

Wollt Ihr den totalen Krieg?

Die geheimen
Goebbels-Konferenzen
1939-43



Herausgegeben und
ausgewählt
von Willi A. Boelcke

»Das faszinierendste Sachbuch
des Jahres« – so stellten die »Nürnberger
Nachrichten« die umfangreiche,
wissenschaftlich kommentierte Veröffent-
lichung der Protokolle der geheimen
Goebbels-Konferenzen 1939–41 vor.
Dieser Band bringt das von Goebbels selbst
sorgfältig geheimegehaltene
Material über die Propaganda-Maschine
des Dritten Reiches von Kriegsbeginn
bis zur Verkündung des totalen Krieges.
Vier Jahre deutscher Tragödie
bis zu ihrem Höhepunkt und der Wende
mit der Schlacht von Stalingrad
sind hier authentisch festgehalten.

»So machte Goebbels Propaganda.
Sein Grundsatz war, daß in
der »Propaganda wie in der Liebe« alles
erlaubt sei, was zum Erfolg führt.«

Der Spiegel

»So war Goebbels, so war seine Arbeit,
so seine Methode...
Ein makabres Zeitbild. Boelke hat es
überzeugend nachgezeichnet.«

Die Zeit



Lizenzausgabe 1989 für
Manfred Pawlak Verlagsgesellschaft mbH, Herrsching
1967 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
Herausgegeben und ausgewählt von
Willi A. Boelcke
Umschlaggestaltung: Bine Cordes, Weyarn
Umschlagfoto: Süddeutscher Verlag, München
Printed in Yugoslavia
ISBN: 3-88199-463-5

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhalt

EINFÜHRUNG	7
<i>«Wir werden siegen»</i>	
OKTOBER-DEZEMBER 1939	21
<i>«Gelobt sei, was hart macht»</i>	
JANUAR-MÄRZ 1940	32
<i>«Die Zeit ohne Beispiel»</i>	
APRIL-JUNI 1940	42
<i>«Einmal wird die Stunde kommen . . .»</i>	
JULI-SEPTEMBER 1940	76
<i>«Die Heimat klagt nicht...»</i>	
OKTOBER-DEZEMBER 1940	109
<i>«Was denkt sich Churchill eigentlich»</i>	
JANUAR-MÄRZ 1941.....	125
<i>«So was muss man doch auf die Dauer merken»</i>	
APRIL-MAI 1941.....	137
<i>«Der Schleier fällt»</i>	
JUNI-OKTOBER 1941	180
<i>«Ein Krieg ohne Krise ist kein Krieg»</i>	
NOVEMBER 1941-MÄRZ 1942	194
<i>«Die überlegene Führung»</i>	
APRIL-JUNI 1942	226
<i>«Seid nicht allzu gerecht»</i>	
JULI-SEPTEMBER 1942	253
<i>«Wir verdauen die eroberten Gebiete»</i>	
OKTOBER-DEZEMBER 1942	286
<i>«Wollt Ihr den totalen Krieg?»</i>	
JANUAR-MÄRZ 1943	316

*«Ich bin der Überzeugung, dass der Mensch in seinen
Taten weiterlebt.»*

JOSEPH GOEBBELS AM 16. APRIL 1945

Von Kriegsanfang bis Kriegsende, beginnend in den ersten Septembertagen des Jahres 1939 und zuletzt am 21. April 1945 berief Goebbels fast täglich zu festgesetzter Stunde am Vormittag seine engeren Mitarbeiter zur geheimen «Ministerkonferenz» im Reichspropagandaministerium zusammen. 1940/41 wurden regelmässig etwa 20 Mitarbeiter zur Konferenz hinzugezogen. Nach Beginn des Russlandfeldzuges erweiterte sich die Teilnehmerzahl allmählich auf rund 50 Personen. Vertreten waren die Abteilungsleiter des Ministeriums, die Verantwortlichen von Funk, Film, Presse, die Vertreter der Gauleitung Berlin, der Reichspropagandaleitung in München und der Auslandsorganisation der NSDAP, sowie die Verbindungsleute zum Oberkommando der Wehrmacht und zu anderen Ministerien.

Mit der Ministerkonferenz, keine «Konferenz» im eigentlichen Sinne, hat sich Goebbels seine eigene geheime Befehlsbühne geschaffen. Hier erteilte er täglich seine mündlichen Weisungen für alle Bereiche der Propaganda und kontrollierte teilweise die Durchführung. Die Konferenz entwickelte sich gewissermassen zur «Kommandobrücke» der deutschen Propagandakriegführung. Hier gab Goebbels die Befehle und verkündete die Propagandaparolen und Sprachregelungen. Der Stil der Konferenz war ganz auf seine Person zugeschnitten. Er gab ihr das Gepräge und stand im alles beherrschenden Mittelpunkt. Er allein dekretierte, stellte in erster Linie Fragen, verteilte Lob und Tadel, blitzte mit Einfällen, machte kritische Alleingänge, bezeichnete die Argumente und liess Gegenargumente kaum gelten. Und er allein bestimmte, was aktuell und «volksnah» sei. Eine freimütige Diskussion, geschweige denn eine kollegiale Beratung hat es niemals gegeben. Wenn überhaupt andere Meinungen laut wurden, so waren es bestenfalls Einwände, die in den ersten Kriegsjahren von dem Leiter der Abteilung Auslandspresse, Professor Dr. Karl Börner (1900 bis 1942), von dem gern brillierenden Hans Fritzsche (1900 bis 1953), berüchtigt als Rundfunkkommentator, nach dem Krieg in Nürnberg angeklagt, aber freigesprochen, sowie von den Wehrmacht-Verbindungsoffizieren stammten. Die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer hielt es für klüger, weder Fragen zu stellen noch Bedenken zu äussern.

Nachdem sich die Konferenz mit Beginn des Ostfeldzuges fast um das Doppelte ihrer ursprünglichen Teilnehmerzahl vergrössert hatte, sprach Korvettenkapitän Hahn, Verbindungsoffizier zur Kriegsmarine und zur Abteilung Wehrmacht-Propaganda im OKW, gelegentlich Goebbels gegenüber von den «Reichskopfnickern» und meinte damit seine Konferenzkollegen, was Goebbels angeblich schallend lachend quittierte. Sodann aber erklärte er dem Vertreter des OKW, dass er diesen grösseren Zuhörerkreis eines sich durch die Teilnahme besonders geehrt fühlenden Gremiums brauche, um «unliebsamen Diskussionen aus dem Wege zu gehen und sich seine unbedingt notwendige Einseitigkeit bei seiner Amtsführung bewahren zu können». Die übliche Goebbelssche Schlussfrage in der Konferenz, ob jemand noch etwas vorzubringen habe, erstarrte bald zu einer leeren Formel.

Goebbels persönlich empfand die Ministerkonferenz als einen, vielfach als den Höhepunkt in seinem Tagesablauf. Hier befand er sich in seinem Metier, hier

konnte er glänzen und liess sich bewundern. Bewundert wurde ebenfalls die Geschicklichkeit, mit der er zu bluffen und zu täuschen verstand. Weilte Goebbels nicht in Berlin und leitete er nicht persönlich die Konferenz, blieb er dennoch gegenwärtig. Dann teilte er dem ihn begleitenden persönlichen Referenten seine Weisungen mit, dieser gab sie telefonisch nach Berlin durch, wo sie von einem Stenografen aufgenommen wurden, um in der Konferenz wortwörtlich verlesen zu werden. So war es letztlich den Konferenzteilnehmern eigentlich nur vorbehalten, die Rolle von Statisten zu spielen, von Statisten auf jener Bühne, deren Fäden Goebbels allein in den Händen hielt. Zur prompten Durchführung seiner Weisungen waren ihm die «Reichskopfnicker» freilich unentbehrlich.

Dass die wesentlichen Ausführungen von Goebbels, seine grundsätzlichen Weisungen während der Konferenz mitprotokolliert wurden, ging schon aus Zeugenvernehmungen während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses hervor. Die Fahnung nach diesen protokollarischen Aufzeichnungen verlief damals ergebnislos. Der sowjetischen Besatzungsmacht waren jedoch die Protokolle in die Hände gefallen, das heisst noch im Propagandaministerium gefertigte verkleinerte Kopien der Originale. Soweit sie die Zeit vom Juni 1941 bis zum Kriegsende betrafen, also die Zeit der Siege und Niederlagen im deutschen Russlandfeldzug, wurden sie in der Sowjetunion, wie glaubwürdig zu erfahren war, ins Russische übersetzt und sind seitdem nirgends mehr aufgetaucht. Die Kopien der Protokolle für die Zeit vom 26. Oktober 1939 bis 31. Mai 1941 gelangten hingegen schon 1952 zusammen mit Splitterakten des Reichspropagandaministeriums ins «Deutsche Zentralarchiv Potsdam», wo sie vergebens der umfassenden wissenschaftlichen Auswertung harrten.

Die Einsichtnahme und Benutzung der erhaltenen Aktenüberlieferung des Dritten Reiches wie auch namentlich der Goebbels-Protokolle im Deutschen Zentralarchiv Potsdam war und ist erheblich erschwert. Als von verlegerischer Seite der Versuch unternommen wurde, die in Potsdam vorhandenen Goebbels-Protokolle in einer selbstverständlich kritischen Ausgabe in Ostberlin, im Verlag Ruetten & Loening zu publizieren, stiess schon allein der Vorschlag auf brüske Ablehnung. Da die Aussagen der Konferenz-Protokolle nicht in das Geschichtsbild passen wollten, welches jenseits des Eisernen Vorhangs über das Dritte Reich als allgemein gültig vorgeschrieben ist, glichen die Protokolle einem «heissen Eisen», das man besser unberührt liess, um bei den obersten Wächtern des staatlichen Geschichtsmonopols nicht in Ungnade zu fallen.

Ganz abgesehen davon deckte ausserdem vieles aus den Protokollen allzusehr die Spielregeln auf, deren sich totalitäre Staaten bedienen, die die freie Meinungsäusserung ausschalten und mit Hilfe von Sprachregelungen bestimmen und manipulieren, was gedacht, gesagt und gedruckt werden darf. Ostberlins Kommunisten scheuten offensichtlich den dem Leser naheliegenden Vergleich zwischen den Praktiken von Goebbels und den Methoden ihrer eigenen Agitation und Propaganda. Es war aber auch nicht zu übersehen, dass manche Partien der Goebbels-Protokolle

der ersten Kriegsjahre weniger den diabolischen, sondern einen durchaus nicht unsympathisch erscheinenden Goebbels erkennen liessen. Das gehört allerdings zu einem objektiven Goebbels-Bild, das deshalb nicht unbedingt einer Retuschierung bedarf. Ein Volksverführer muss von Zeit zu Zeit auf seine Opfer «sympathisch» wirken, sonst gelingt ihm schwerlich auf die Dauer sein Verführungswerk. Die Parallele zum Mephisto-Faust-Verhältnis liegt auf der Hand.

Ohne zunächst dazu einer besonderen Genehmigung zu bedürfen und unabhängig von den Tendenzen der DDR-Geschichtsbetrachtung, hatte der Herausgeber, von 1957 bis 1959 Referent am Deutschen Zentralarchiv in Potsdam und dort ohnehin mit Presse und Propaganda des Dritten Reiches befasst, Editionsabschriften der Goebbels-Protokolle für eine spätere wissenschaftliche Publikation vorbereitet, deren Erscheinen unter den damals gegebenen Verhältnissen freilich nicht abzu-sehen war. Dank der Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Historischen Kommission der ARD sind sie schliesslich im Vorjahr in der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart, mit kritischer Einführung und ergänzenden Erläuterungen und Anmerkungen versehen, in einem Band von fast 800 Seiten Umfang erschienen.

Von den schätzungsweise rund 1'200 Ministerkonferenzen, die während des Zweiten Weltkrieges im Propagandaministerium stattfanden, entfielen auf den Zeitraum vom 26. Oktober 1939 bis Anfang Juni 1941 etwas mehr als 400 Konferenzen, die uns, ausgenommen etwa ein Dutzend, protokollarisch überliefert sind. Doch ist die Zahl der erhaltenen Protokolle, die im Propagandaministerium gefertigt, zumeist von den persönlichen Referenten und Adjutanten des Ministers entworfen worden waren, gemessen an dem noch ausstehenden protokollarischen Niederschlag für rund 800 Konferenzen des Zeitraumes vom Juni 1941 bis April 1945 verhältnismässig gering. Die Zusicherung des Generaldirektors der Sowjetischen Staatsarchive, in seinen Archiven befände sich kein ehemals deutsches Akten-gut mehr, liess freilich die Hoffnung schrumpfen, die erhebliche Lücke innerhalb der Konferenzprotokolle jemals zu schliessen. Nachdem die Protokolle auch in den Aktenmassen, die die westlichen Alliierten beschlagnahmt und nun grösstenteils an die Archive der Bundesrepublik zurückerstattet haben, nirgends zum Vorschein gekommen waren, schienen dennoch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, das Fehlende zu ergänzen.

Am 22. Oktober 1941 war das überfällige «Arbeitsabkommen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda» zustande gekommen, das die seit August 1939 strittige Zusammenarbeit zwischen beiden Ministerien in Fragen der Auslandspropaganda regeln sollte. Das Abkommen sah vor, dass künftig ein «Hauptverbindungs-mann» an den täglichen Vormittags-konferenzen von Goebbels teilnehmen sollte. Ende Oktober 1941 wurden dem «Sonderreferat Krümmer» vornehmlich die Aufgaben einer «Verbindungsstelle» zum Propagandaministerium übertragen. Der Referatsleiter, Ewald Ludwig Krümmer (geb. 1896), seit Dezember 1940 vortragender Legationsrat und seit November

1941 die Amtsbezeichnung Gesandter führend, erhielt alle Funktionen eines Hauptverbindungsmannes zum Propagandaministerium, stellte sich Ende November 1941 bei Goebbels vor und wurde seitdem zu dessen Vormittagskonferenz hinzugezogen. Seit Januar 1942 vertrat ihn dort gegebenenfalls sein Mitarbeiter, Legationsrat Dr. jur. Gerhard Todenhöfer (geb. 1913), der als Oberleutnant und «Vertreter des Auswärtigen Amts» von der Finnlandfront zurückberufen worden war, um zusammen mit Krümmmer die schwierige Aufgabe zu bewältigen, inner- und ausserhalb der Ministerkonferenz die Interessen des Auswärtigen Amts im Propagandaministerium zur Geltung zu bringen. Pünktlich um 10.50 Uhr meldeten sich Krümmmer oder Todenhöfer zu kurzem Vortrag bei Goebbels. Anschliessend nahmen sie an der Konferenz teil, die gewöhnlich von 11.00 bis gegen 12.00 Uhr dauerte.

Für die an der Suche nach den Goebbels-Protokollen Beteiligten völlig überraschend, drückte plötzlich eines Tages Dr. Philippi vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts dem Herausgeber drei unscheinbare, verstaubte Aktenfaszikel in die Hand, Durchschläge und Konzepte der Aufzeichnungen von Krümmmer und Todenhöfer über die Goebbels-Konferenzen für die Zeit vom 1. Dezember 1941 bis einschliesslich 14. März 1943. Dr. Philippi gebührt das eigentliche Verdienst, einen wirklich echten historischen Fund gemacht zu haben, einen Fund, den viele Zeitgeschichtler kaum ahnten und den einige Goebbels-Biographen wohl nach vergeblicher Suche bereits endgültig abgeschlossen oder gar nicht erst aufzuspüren sich die Mühe gemacht hatten. Die Ausbeute erwies sich in der Tat als beachtlich. Die wesentlichsten Weisungen von Goebbels, die er während der etwa 300 Konferenzen in den ersten Jahren des deutschen Russland-Feldzuges bis zur Verkündung des totalen Krieges erteilte, wurden aus authentischer Quelle, aus erster Hand greifbar. Es ist zudem ein Zeitraum, der in den veröffentlichten und unveröffentlichten Kriegstagebüchern von Goebbels recht unvollständig belegt ist. In Lochners Ausgabe der Goebbels-Tagebücher sind Eintragungen für die Zeit vom 21. Januar bis 23. Mai 1942 enthalten. Die Tagebücher für die rund sechs Monate vom 24. Mai bis 6. Dezember 1942 fehlen. Dann bieten sich Eintragungen für den 7. bis 20. Dezember 1942 an. Schliesslich klafft wiederum ein «weisser Fleck» von zwei Monaten bis zum 1. März 1943. Mit Informationen und Reflektion über den Verlauf der Schlacht bei Stalingrad sowie über Vorgeschichte und erste Resultate der gespenstischen Goebbels-Rede im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943 lassen sie uns völlig im Stich. Diese so wichtige Etappe des Zweiten Weltkrieges, die die Kriegswende allgemein sichtbar werden liess, kann durch die Mitschriften aus der Ministerkonferenz nahezu lückenlos dokumentiert werden.

Die Protokolle der Ministerkonferenz vom Oktober 1939 bis Mai 1941, ergänzend herangezogene Aufzeichnungen aus dem Propagandaministerium, die die Zeitspanne vom Juni bis November 1941 überbrücken, sowie die hier erstmals veröffentlichten Mitschriften der Verbindungsleute des Auswärtigen Amts vom Dezember 1941 bis März 1943 geben in ihrer Gesamtheit für nicht ganz vier Kriegsjahre dem interessierten Leser wie auch der Forschung einen ungeahnten Einblick

in das propagandistische Geschehen während des Zweiten Weltkriegs, wie es sich aus Goebbelsscher Sicht darstellte. Die in diesem Band vereinten deutschen «Führungsentscheidungen» im Rahmen des Propagandakriegs stellen Primärquellen seltenen Aussagewerts dar. Komprimiert in einem Band und konzentriert auf die Wesenszüge der von Goebbels und teilweise von Hitler gelenkten Propaganda in den jeweiligen Phasen des Krieges, entrollt sich das Propagandageschehen von knapp vier Kriegsjahren, faszinierend in seiner dokumentarischen Authentizität und Originalität, dramatisch in seinem Verlauf, der seinen Höhepunkt mit der Verkündung des totalen Krieges Anfang 1943 erreichte. Die publizierten Protokolle der Goebbels-Konferenzen sind in ihrer chronologischen Aufeinanderfolge in Anlehnung an die einzelnen Abschnitte und Phasen des Krieges zu dreizehn Kapiteln verdichtet, denen als Überschriften Goebbels-Zitate der gleichen Zeit, Propagandaparolen, die er ausgab, vorangestellt wurden, die mit dazu beitragen, Schwerpunkte zu erkennen, und ausserdem auf den oftmals eklatanten Widerspruch zwischen Propaganda und Wirklichkeit hinweisen. Die Überschrift des den Höhepunkt bildenden Schlusskapitels drängte sich als angemessener Haupttitel des vorliegenden Bandes geradezu auf.

Der Band bietet freilich nur eine sorgsame Auswahl aus den erhaltenen Mitschriften der Ministerkonferenzen. Für die auswählende Zusammenfassung des schriftlichen Niederschlages der Goebbels-Konferenzen von 1939 bis 1943 in einem handlichen Band sprachen verschiedene Gründe. Ausführlichen Dokumentarwerken, in denen sich unvermeidlich und wahllos Grundsätzliches und Nebensächliches findet, fehlt häufig die Übersichtlichkeit und vor allem die Lesbarkeit darstellerischer Zusammenfassungen. Der vorliegende Band trifft deshalb aus der verwirrenden Vielfalt der in den Goebbels-Konferenzen angeschnittenen Gegenstände eine Auswahl mit dem Ziel, die Leitlinien der Goebbelsschen Propaganda in den einzelnen Kriegsphasen deutlicher herauszuheben. Er will über das Grundsätzliche des Propagandakrieges und beispielhaft über die sich wiederholenden und wandelnden Methoden der Propaganda informieren. Sollte er damit ebenfalls an Übersichtlichkeit und trotz des bescheidenen Vokabulars und der simplen Diktion des nüchternen Protokoll-Deutsch auch an Lesbarkeit gewonnen haben, so hat er umso mehr die ihm gestellte Aufgabe erfüllt.

Bei der Konzeption des Bandes war freilich mit zu berücksichtigen, dass ein «Volksaufklärungsbuch über Volksaufklärung» nicht so viel «kosten» sollte, wie dickleibige, grossformatige Dokumentarwerke. Wurden auch von verlegerischer Seite dem Umfang des Bandes nicht zu überschreitende Grenzen gesetzt, so braucht sich der damit verbundene Zwang, elf Aktenbände zu einer noch überschaubaren Buchpublikation zu raffen und zu straffen, durchaus nicht nachteilig auszuwirken. Es galt, Wege zu finden, die sowohl den Masstäben strenger Wissenschaftlichkeit als auch dem allgemeinen Bedürfnis nach sachlicher und knapper Information angesichts der in unserer Zeit ohnehin überforderten Lesekapazität gerecht werden. Im Interesse der Übersichtlichkeit wurde daher Zusammengehöri-

ges, Ergänzendes und Erläuterndes sowie alles das, was jahrelange Aktenstudien zutage förderten und das Gesamtbild abrundeten, in den in den Text eingerückten Anmerkungen zusammengefasst. Im Endergebnis sollte ein Band entstehen, der nicht nur das unentbehrliche Inventar von Fachbibliotheken vermehrt, sondern der auch in den Schul- und Volksbüchereien und in der privaten Bibliothek eines jeden deutschen Lesers, der namentlich über das mit dem Namen Goebbels verknüpfte «Propagandaphänomen» Aufklärung erwartet, seinen festen Platz beanspruchen kann.

Die von Goebbels in den Vormittagskonferenzen erteilten Weisungen bezeichneten den Grundtenor für die in den einzelnen Phasen des Krieges zu verfolgenden Propagandatendenzen. Im Einzelnen betrafen sie vor allem die Nachrichtenpolitik und die Kommentierung des angefallenen Nachrichtenmaterials durch Presse und Rundfunk. Die Polemik stand im Vordergrund. Daneben traten Anweisungen für die Gestaltung des politischen und des Unterhaltungsprogramms im In- und Auslandsfunk. In den ersten Kriegsjahren nahm Goebbels unmittelbar Einfluss auf den Inhalt der Sendungen, welche allein für das Ausland bestimmte getarnte «Geheimsender» ausstrahlten. Vor allem der Frankreichfeldzug bewies, welche heimtückische Waffe der geheime Ätherkrieg darstellen konnte. Goebbels prägte das Gesicht des deutschen Rundfunks und bestimmte weitgehend Aufmachung, Ton und Inhalt der deutschen Presse. Er lenkte die Gerüchteverbreitung im In- und Ausland. Ein Meisterwerk an teuflischer Hinterhältigkeit vollbrachte er ohne Zweifel mit der Lanzierung gefälschter alliierter Nachkriegspläne in der Presse des feindlichen Auslandes, die offenbar nichtsahnend nachdruckte, was Goebbels erdachte, um das deutsche Volk zu Hass und Erbitterung gegen seine Feinde aufzustacheln. Als Zitat aus der Auslandspresse war 1942 in den deutschen Zeitungen zu lesen, dass in einem besiegten Deutschland alle Männer sterilisiert und alle Kinder, von ihren Müttern getrennt, ins Ausland deportiert werden sollen.

Goebbels befasste sich in der Konferenz mit der Flugblattpropaganda, er kontrollierte die Schrifttumspolitik, regte bestimmte Publikationen politisch-propagandistischen Inhalts an, genauso wie die Entstehung mancher Spielfilme erst auf seinen Wunsch hin erfolgte. Sodann schrieb er mit der Ankündigung neuer Spielfilme und Wochenschauen deren publizistische Erläuterung in der Presse vor. Er befasste sich, wenn auch mehr am Rande, mit dem Theater-, Musik- und Kulturleben, verbot Theateraufführungen und Musikdarbietungen und verlangte, dass wiederum andere Stücke auf dem Spielplan blieben oder auf ihn gesetzt wurden. Ihn beschäftigten Fragen der Truppenbetreuung und nicht zuletzt die Programme und die Ausführung der sonntäglichen «Wunschkonzerte». Über die Ministerkonferenz lief die unsichtbare Regie der verschiedenen Massenveranstaltungen, Aufmärsche, Führer-Kundgebungen, und von hier aus wurden die mannigfaltigen Sammelaktionen für das Winterhilfswerk, für das Rote Kreuz usw. eingeleitet. Zahlreiche Massnahmen, die anscheinend mit Propaganda kaum etwas zu tun hatten, wurden von Goebbels während der Konferenz inspiriert oder gefordert,

um ein Absinken der Volksstimmung aufzufangen. Gleichzeitig löste er polizeiliche Aktionen und Strafverfolgungen aus, setzte bei der Justiz durch, dass Abschreckungsurteile gefällt wurden, und sorgte dafür, dass die Gerichtsberichterstattung ihre propagandistische Wirkung nicht verfehlte.

Dennoch gelang es der nationalsozialistischen Führung auf einigen Gebieten während des ganzen Krieges nicht, ihren Willen restlos durchzusetzen. Es war Goebbels unmöglich, das massenhafte Abhören ausländischer Sender, namentlich englischer und schweizerischer Sender, an der Front und in der Heimat zu unterbinden, obwohl zur Abschreckung «Schwarzhörer» zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt oder in Konzentrationslager eingewiesen wurden und die Abschreckungsurteile von Zeit zu Zeit an auffälliger Stelle in der Presse zu lesen waren. Ebenfalls berichtete die deutsche Presse vornehmlich seit 1942 laufend über Vergehen und Verbrechen gegen die Verordnungen über zwangsbewirtschaftete, bezugscheinpflichtige Waren. Eine Fülle von Todesurteilen wurde, nicht zuletzt auf Anregung von Goebbels hin, verhängt, und trotzdem war den «Schwarzhändlern» und den «Schwarzschlächtern», war dem sich ausdehnenden «Schwarzen Markt» niemals beizukommen. Fast täglich empörte sich ausserdem die deutsche Presse seit Kriegsbeginn über die «ungehörige» und «sentimentale» Haltung vieler Deutscher gegenüber Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern. Auf dem Lande wurden sie häufig nicht schlechter und besser behandelt als jeder andere begehrte Landarbeiter auch. In der Masse des Volkes fiel die nationalsozialistische Lehre von der deutschen Herrenrasse auf wenig aufnahmebereiten Boden. Auf innere Ablehnung stiess an der Front und in der Heimat die gegen die Völker der Sowjetunion inszenierte «Untermenschpropaganda», Ausfluss eines imperialistischen Kolonialismus, wie er anderswo im 19. Jahrhundert anzutreffen war.

Wiederholt kamen in den Konferenzen gegen die Juden einzuleitende Zwangsmassnahmen wie auch ihre Vertreibung zur Sprache, und ebenfalls begann von hier aus das Kesseltreiben gegen die nach einem Sieg Hitlers zu vernichtenden christlichen Kirchen. Doch das Verhältnis vieler Deutscher zu ihren jüdischen Mitbürgern und zur Kirche deckte sich nicht mit den Wünschen und Vorstellungen von Goebbels. Die Presse vermied deshalb Attacken gegen die Kirche und hatte währenddes ganzen Krieges die strikte Weisung, dass für sie die deutsche «Judenfrage tabu» sei. Das «Strafgericht für den jüdischen Bazillus» sollte wenig auffällig geschehen und unter Ausnutzung der sich im Krieg bietenden Möglichkeiten der Geheimhaltung. Spätestens seit März 1942 war Goebbels bekannt, dass in den Gaskammern und Verbrennungsofen der Konzentrationslager die «Endlösung» der Judenfrage betrieben wurde. Er notierte in sein Tagebuch, dass in Lublin «ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt» werde, «und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig». Kein Wort darüber durfte in die deutsche Öffentlichkeit dringen, wusste er doch nur zu gut, wie sehr selbst das dem deutschen Volk bekannte Vorgehen gegen die Juden weithin Unbehagen und Ablehnung hervorrief. Hatte auch Goebbels dem deutschen Volk

immer wieder vorgehalten: «Seid nicht allzu gerecht», so wandelte sich dennoch selbst anfängliche Gleichgültigkeit gegenüber den jüdischen Mitbürgern, wo auch immer sie anzutreffen war, zusehends in menschliches Mitgefühl.

Die Wirksamkeit des Propagandaministeriums strahlte auf nahezu alle Erscheinungsformen und Bereiche des Krieges aus oder stand mit ihnen in Beziehung, ohne dass etwa der Kriegsablauf durch Entscheidungen des Propagandaministers massgeblich bestimmt wurde. Allerdings ging es in den Konferenzen nicht immer um hochpolitische Angelegenheiten. Zu ihnen gesellten sich allzuoft scheinbar läppische Anliegen, die jedoch ebenfalls zum Bild der Goebbels-Konferenzen und zur grossen Streuweite der dort behandelten Themen gehörten. Als im ersten Kriegswinter, im Winter 1939/40, die Volksstimmung in für das Regime geradezu gefährlicher Weise absank, wurde sich Goebbels wahrscheinlich bewusst, dass sich der die gesamte öffentliche Meinung dirigierende und kontrollierende Propagandaapparat nicht allein auf das Auswalzen, das Wiederholen gewisser politischer Grundthesen und auf das Einhämmern sprachregelnder Parolen zu den Tagesereignissen beschränken dürfe, sondern sich ebenfalls mit den «kleinen Sorgen und Nöten» des Kriegsalltags zu beschäftigen habe, um hier gegebenenfalls korrigierend einzugreifen. Goebbels begann, wie er sich ausdrückte, mit der «Strategie der kleinen Aushilfen». Seitdem enthielt die fast unübersehbar gewordene Maschinerie des Propagandaapparates «Tastaturen» für Obst-, Gemüse- und Kartoffelzuteilungen, für Babyausstattungen und kostenlose Theaterbesuche, für die Kohlen- und Tabakversorgung, ja «Tastaturen» für Renten- und Kriegsoferangelegenheiten. Dieses System der «Aushilfen» entwickelte sich zur Methode, nachdem Goebbels nach dem schweren britischen Luftangriff auf Lübeck im März 1942 von Hitler Sondervollmachten für sofortige Hilfeleistungen in bombengeschädigten Städten erhalten hatte. Die Verheissung des «Tages der Rache» sowie ein Paket mit Sonderrationen bildeten übrigens Goebbels' wirksamste Waffen gegen den auf Deutschlands sterbende und stöhnende Städte niedergegangenen Bombenhagel.

Für einen totalitären Staat, in dem die Stimmung und die Ansichten weiter Teile des Volkes durchaus nicht mit den Absichten und Vorstellungen des Diktators und seines Propagandaministers im Einklang standen, brachte der Krieg erhebliche Belastungsproben mit sich, denen standzuhalten mit von der Leistungsfähigkeit des Propagandaapparates und der Überzeugungskraft der Propaganda abhing. Der Eindruck monolithischer Geschlossenheit von Führung und Volk musste unbedingt gewahrt bleiben, und sie war erneut herzustellen, drohte sie auseinanderzubrechen. Der hergestellte Gleichklang oder, wenn man so will, die «konzertierte Aktion» aller Kommunikationsmittel, aller Massenmedien bildete nur eine Voraussetzung für eine gleichgeschaltete totalitäre Staatspropaganda. Die zielstrebige Zusammenfassung aller Propagandamittel, ihre Ausrichtung auf ein Ziel, das Monopol der Meinungsführung, die Sicherstellung der Allgegenwart der Propaganda, die Anwendung einer ausgefeilten psychologischen Technik bei der politischen Massenbeeinflussung unter gleichzeitiger Einbeziehung von Gewalt und

Zwang, alles das zusammengenommen kennzeichnete das Wesen der deutschen Propaganda während des Zweiten Weltkrieges. Die Propaganda musste allgegenwärtig sein, und der Propagandist durfte niemals die «Sprache verlieren». Aber wo die Propaganda unsichtbar blieb, erwies sie sich am wirksamsten. So enthüllte sich die politisch-propagandistische Kriegführung erst aus tausend Schleiern und Verkleidungen, verhüllte sich hinter mannigfaltigen Masken und verwandelte mit eiskalter Berechnung den elektrischen Funken zum Echo der Lüge.

Der Krieg kann daher nicht nur als militärisches Faktum gesehen werden, sondern er weitete sich von Anbeginn im In- und Ausland zu einem Propagandakrieg von bisher nicht gekannten Ausmassen aus, in dem alle Mittel der psychologischen Kriegführung als nicht minder wichtige Waffen zum Einsatz gelangten. Die technischen Fortschritte kamen der Reichweite und Wirkung der Propaganda entgegen. Ihr fiel die Aufgabe zu, den seelischen Widerstandswillen des Gegners zu zermürben, die neutralen Völker für sich zu gewinnen oder sie zumindest zu isolieren und nicht zuletzt im eigenen Volk die Siegeszuversicht beziehungsweise die Überzeugung der Unbesiegbarkeit zu stärken.

Dass mit Propaganda allein oder gar mit Lügen auf die Dauer nicht Siege zu erringen seien, darüber war sich übrigens Goebbels selbst schon seit dem Polenfeldzug im Klaren. Die Propaganda konnte nicht gänzlich unbekümmert an den Wahrheiten des Tatsächlichen vorübergehen. Zumeist zog sie es freilich vor, sich bei unangenehmen Tatsachen in Schweigen zu hüllen, während sie in ihrer Nachrichtengebung grundsätzlich den tendenziell gefärbten Teilwahrheiten den Vorzug gab. Durch eine relative Offenheit im Bekennen von Teilwahrheiten und durch die von Zeit zu Zeit überdies beschworene «Stunde der Wahrheit» gab Goebbels seiner Propaganda nicht nur den Anstrich von Glaubwürdigkeit, sondern erreichte zugleich, dass sich die nicht selten aus dem Munde des Gegners zu erfahrende volle Wahrheit nur schwerlich im Volk durchzusetzen vermochte.

Wenn man im Einzelnen die Methoden der Goebbelsschen Propagandatechnik aufzählen sollte, so lassen sie sich auf nur einige wenige Kernsätze reduzieren, an die er sich persönlich von Beginn bis zum jähen Ende seiner Karriere hielt. In den Ministerkonferenzen unterrichtete er seine Mitarbeiter in der «Hohen Schule» der Propaganda und hier dozierte er, was Propaganda sei. Dem Extrakt seiner Darlegungen zufolge ist Propaganda:

1. die «Kunst» der Vereinfachung, die «Kunst» die primitivsten Argumente in «volkstümlicher» Sprache zu finden, weil nur sie zugkräftig und der Zustimmung der Masse sicher seien;
2. die «Kunst» der steten Wiederholung, des unaufhörlichen Einhämmerns von Propagandathesen, Parolen und Losungen, wenn auch nicht in demselben Wortlaut, jedoch solange, bis sie der «Dümmste» begriffen hat;
3. die «Kunst» allein das Instinktive, das Emotionelle, das Gefühl und die Leidenschaften im Volk anzusprechen und demgegenüber niemals das von Vornherein Erfolg-

lose zu versuchen, mit rationellen Argumenten Intellektuelle von seinen Ideen überzeugen zu wollen;

4. die «Kunst», die Tatsachen mit dem Anschein von Objektivität, jedoch durch Auswahl und Art der Darstellung tendenziell gefärbt, wiederzugeben;
5. die «Kunst» «unangenehme Tatsachen» zu verschweigen, sofern allerdings die Wahrheit nicht auf andere Weise an die Öffentlichkeit gelangt;
6. die «Kunst» glaubwürdig zu lügen, wobei die stete Wiederholung der Lüge, der nur durch ihre «Glaubwürdigkeit» Grenzen gesetzt seien, oftmals Wunder wirke.

Die Propaganda, alle Formen politischer Werbung, Ausdruck politischbezogener «Reklame», wenn man so will, galt Goebbels als «Kunst», die er nicht selten mit Wagnerscher Musik verglich. Die Propaganda habe «mit der Wahrheit», wie er betonte, «gar nichts zu tun». Sie habe «ebensowenig wie die Kunst die Aufgabe», argumentierte er bei anderer Gelegenheit, «objektiv wahr zu sein». Ziel der Propaganda sei allein der Erfolg. Aber indem er zum Grundsatz erhob, dass in der «Propaganda wie in der Liebe» alles erlaubt sei, was zum Erfolg führe, und zugleich erklärte, dass allein der Erfolg über den Wert einer Propaganda entscheide, proklamierte Goebbels für die Propaganda, was fast ein halbes Jahrtausend vor ihm Machiavelli als oberstes Prinzip der Staatskunst postuliert hatte. Zu einer machiavellistischen Politik gesellte sich eine machiavellistische Propaganda, die wie der Alleinherrscher keiner höheren Verantwortung, keinem moralischen Gesetz und erst recht nicht dem Votum des Volkes unterworfen sein sollte.

Ebenso wie es sträflichem Leichtsinn gleichkommt, wenn man die Wirkung moderner politischer Massenpropaganda unterschätzt, so wäre es andererseits nicht minder fehl am Platz, etwa Goebbels und seine Propaganda zu überschätzen. Goebbels war durchaus nicht jener virtuose Meister, wie man ihm vielleicht nachsagt, der während des Krieges ganz in seinem Sinne und nach seinem Belieben die Stimmung eines ganzen Volkes zu manipulieren vermochte, der ein «Stimmungstief» plötzlich in ein «Stimmungshoch» verwandeln oder gar eine aus der Sicht der Führung negative Kriegsmoral des Volkes in Kriegsbegeisterung umschlagen lassen konnte.

Von einer Kriegsbegeisterung oder gar Kriegshysterie wie sie in den Augusttagen des Jahres 1914 die Massen in Berlin und Paris erfasst und beseelt hatte, konnte weder 1939 und auch nicht in den darauffolgenden Jahren Hitlerscher «Blitzsieg» die Rede sein. Auf den unerwarteten Kriegsausbruch im September 1939, der für die Mehrheit des deutschen Volkes nach den vorangegangenen politischen Erfolgen Hitlers und nach Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939 völlig überraschend kam, reagierten grosse Teile des deutschen Volkes zunächst depressiv. Der Kriegsausbruch wurde nicht mit Begeisterung und mit Fahnen-schwenken gefeiert, vielmehr herrschte im Volk in den ersten Septembertagen gedrücktes Schweigen. Nicht minder überraschend begann für das deutsche Volk der Westfeldzug im Mai 1940, dessen erste Tage es mit tiefem Ernst und in

schwerer Sorge erlebte. Obwohl im deutschen Volk im Frühjahr 1941 die einheitliche Meinung vorherrschte, dass der Balkanfeldzug mit einem raschen militärischen Sieg Deutschlands ende, war der Feldzug gegen Jugoslawien und erst recht der Krieg gegen das mutige kleine Volk der Griechen ausgesprochen unpopulär. Noch vor Beginn des Russlandfeldzuges ging zudem im Volk plötzlich wieder das Wort aus dem letzten Weltkrieg von Mund zu Mund: «Wir werden uns zu Tode siegen!» Der 22. Juni 1941, der Beginn des deutschen Russlandfeldzuges, verursachte im Volk eine geradezu lähmende Schockwirkung. Wie in allen vorangegangenen Feldzügen bewirkten jedoch die ersten Siegesfanfaren der Sondermeldungen einen sichtbaren Stimmungsumschwung. Doch mit jedem militärischen Sieg, gleichgültig ob er in West, Ost, Nord oder Süd errungen wurde, wuchs bei aller Anerkennung für die vollbrachte militärische Leistung und bei allem Stolz auf echtes soldatisches Heldentum im Volk die Friedenssehnsucht und nicht etwa der Wunsch nach Eroberung weiterer Länder und nach Unterwerfung immer neuer Völker. Gerade diese Hoffnung auf Frieden beeinflusste die Stimmung der Heimat während des ganzen Krieges, um Jahr für Jahr enttäuscht zu werden.

Unentwegt musste sich Goebbels mit im In- und Ausland entstandenen «Friedensgerüchten» befassen. Er verbot in den ersten Kriegsjahren, dass echte Friedensinitiativen durch Presse und Rundfunk bekannt wurden. Wiederholt auftauchende Auslandsmeldungen über Waffenstillstandsverhandlungen mussten dementiert werden, anderen Meldungen trat die Flüsterpropaganda entgegen. Gegen «Gerüchteverbreiter» sollte notfalls «handgreiflich» vorgegangen werden. Schliesslich konnte Goebbels von Zeit zu Zeit nicht umhin, in einem Leitartikel zum vieldiskutierten Thema «Kriegsende» Stellung zu nehmen, um gewöhnlich den Leser mit Allgemeinplätzen zu vertrösten. Der Krieg würde ebenso plötzlich zu Ende sein wie er begonnen habe, wiederholte Goebbels von Leitartikel zu Leitartikel. Er wollte und musste verhindern, dass im Volk irgendwie der Eindruck eines raschen Kriegsendes entstünde. Seine eigenen Gedanken an den Frieden schien Goebbels seit Anfang 1942 mit der Bemerkung wegwischen zu wollen: «Wie ein Wanderer durch die Wüste nicht immer an Wasser denken soll, so soll ein Mann, der den Krieg mit führt, niemals an Frieden denken.»

Die Hoffnung auf einen baldigen Frieden hatte das deutsche Volk zu Beginn des dritten Kriegsjahres, im September 1941, weitgehend auf gegeben. Überall war die bange Frage zu hören: «Wie lange wird der Krieg noch dauern?» Zu Anfang des vierten Kriegsjahres, im September 1942, fragte sich das deutsche Volk: «Ist überhaupt noch ein Ende des Krieges abzusehen?». Inzwischen begann sich, auch die Illusion von einem selbstverständlichen deutschen Sieg zu verflüchtigen. Erstmals während der deutschen Winterkrise vor Moskau 1941/42 machte sich im deutschen Volk das beklemmende Gefühl geltend, der Frieden sei möglicherweise nur mit einer Niederlage zu erkaufen, einer Niederlage allerdings, von der befürchtet wurde, sie könnte noch grössere Leiden mit sich bringen als der Krieg selber. Die beginnende deutsche Sommeroffensive 1942 verfolgten grosse Teile des

Volkes mit abwartender Skepsis. Man schien sich bereits in einen Panzer lethargischer Gleichgültigkeit zu hüllen. Kommentarlos wurden Siegesmeldungen hingenommen, während man heftig auf jede Kürzung der Lebensmittelrationen und auf alle Versorgungsschwierigkeiten reagierte.

Mit den Nachrichten über die sich abzeichnende Katastrophe von Stalingrad erreichte die Stimmung des Volkes vollends ihren Tiefpunkt. Als Goebbels am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast die Frage stellte: «Wollt Ihr den totalen Krieg? Wollt Ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?» war man sich inner- und ausserhalb des Berliner Sportpalastes sehr wohl bewusst, dass der Krieg seinen Höhepunkt erreicht, wenn nicht überschritten hatte. Ein Gefühl nervös-depressiver Spannung erfasste nicht allein die einst Sieges sicheren.

Schon Wochen vor seiner Sportpalastrede entfaltete Goebbels eine geradezu hektische Aktivität, steckte sich hochgespannte Ziele, löste grundlegende Führer-Entscheidungen aus, ehe er mit dem Triumph eines meisterhaften Modulators der Volksstimmung das von ihm in Bewegung Gesetzte weiter ins Rollen bringen wollte. Mitte Dezember 1942 war Hitler eine Goebbels-Denkschrift über die Totalisierung der Kriegsmassnahmen zugegangen. Am 28. Dezember 1942 stattete Bormann, der Leiter der Parteikanzlei und Hitlers gefährlich hinter den Kulissen der Macht agierender Vertrauensmann, Goebbels in Berlin einen Besuch ab, um die Denkschrift und die künftig zu treffenden Massnahmen mit ihm zu erörtern. Goebbels erhielt «Grünes Licht». Ihm wurde aufgetragen, Gesetzesentwürfe zur «Totalisierung der Kriegführung» mit einer entsprechenden «Führer-Vorlage» in kürzester Frist vorzubereiten. Am 13. Januar 1943 unterzeichnete Hitler den von Goebbels und seinen engsten Mitarbeitern entworfenen «Erlass des Führers über den umfassenden Einsatz der arbeitsfähigen Männer und Frauen für die Aufgaben der Reichsverteidigung». Der Erlass sah vor, dass durch umfangreiche Stilllegungen von Betrieben des Handels, des Handwerks und der kleineren Gewerbe Arbeitskräfte freizumachen seien, die sodann in der Rüstungswirtschaft eingesetzt werden sollten, um aus dieser im grössten Umfang Wehrtüchtige für den Fronteinsatz herausziehen zu können. Ein «Gremium» sollte die Einheitlichkeit bei der Durchführung der Totalisierungsmassnahmen überwachen.

Wie dilettantisch die Goebbels-Vorschläge für eine Totalisierung der Kriegführung waren, verriet die dem Erlass beigefügte «Führer-Vorlage». Aus ihr war herauszulesen, dass Goebbels noch uneingeschränkt den von Hitler zur Schau getragenen Siegesoptimismus teilte, dass er offenbar die ihm von Hitler gegebenen Lagebeurteilungen für bare Münze nahm und davon ausgehend statistische Erhebungen anstellte, die von vornherein, selbst in Hitlers Augen, völlig unzulänglich waren. Um bis nach Stalingrad an die Wolga zu marschieren und von dort aus den Rückzug anzutreten, hat Hitler faktisch ein Heer von über zwei Millionen Soldaten, Gefallene, Vermisste und Verletzte zusammengenommen, geopfert. Goebbels hingegen meinte, dass nur zusätzlich eine halbe Million Soldaten, etwa 30 bis 40

Divisionen genügen würden, um im Frühjahr oder Frühsommer 1943 im Osten endgültig den Sieg an Deutschlands Fahnen zu heften. Von militärischer Seite wurde ein Bedarf von weiteren zwei Millionen angemeldet, der allerdings unerfüllbar war. Es braucht schon deshalb nicht zu verwundern, dass Goebbels nicht als Mitglied in das genannte Gremium zur Koordinierung der Totalisierungsmaßnahmen aufgenommen wurde, womit er allerdings fest gerechnet hatte. Ende Januar 1943 bedeutete ihm Hitler, dass er sich mit der Rolle des «Herolds des totalen Krieges» zu begnügen habe, die praktische Durchführung der Idee aber Fachleuten überlassen solle.

Den Plan, in einer Massenkundgebung Hitler die bedingungslose Bereitschaft des deutschen Volkes zum totalen Kriegseinsatz zu demonstrieren, fasste Goebbels ebenfalls Ende Januar 1943. Der wohl sensationelle Erfolg der schliesslich auf den 18. Februar 1943 anberaumten Kundgebung war sicher gleichermaßen der Haltung des Publikums in einer Situation heraufdämmernder Verzweigungsstimmung wie der alle Register suggestiver Verführungskünste ziehenden Rede zuzuschreiben, weniger der obligaten Regie und der während der Veranstaltung den Beifall steuernden Claque, für die in unaufdringlicher Weise in das Lautsprechernetz der Kundgebung überspielte, auf Schallplatten konservierte Ovationen sorgten. Den Beifall jedoch bis Minutenlänge auszudehnen, spontane Zustimmungserklärungen zu inspirieren und schliesslich zu hysterischen Exzessen, wie sie tatsächlich zu beobachten waren, hinzureissen, das alles war weniger technischen Feinessen und der beteiligten Regie, sondern vor allem dem Geschick des Redners zuzuschreiben und seiner Fähigkeit, das ohnehin spannungsgeladene Auditorium, das einen Querschnitt vom Parteifanatiker bis zu dem sich in mannigfaltigen Schattierungen verkörpernden «Mitläufer» bot, zu elektrisieren. Die Goebbels-Rede gliederte sich ihrem Umfang nach in ungefähr zwei gleichstarke Hauptteile. Etwa die halbe Redezeit beschäftigte er sich, ausgehend von der Lage an der Ostfront, mit den Gefahren des Bolschewismus, um auf zwei thesenartige Behauptungen hinzusteuern: 1. Europa sei der bolschewistischen Weltgefahr ausgesetzt, die gleichbedeutend mit der «Weltrevolution der Juden», der «bolschewistisch-kapitalistischen Tyrannei», gleichbedeutend mit «Terror», «Anarchie», «Hunger», «Elend» und «Zwangsarbeit» sei. 2. Allein die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk besässen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung herbeizuführen. Nicht die angelsächsischen Mächte, sondern nur Deutschland könne den «motorisierten Roboterdivisionen» des Ostens siegreich entgegentreten. Dafür aber, so leitete er zum zweiten Teil seiner Rede über, müssen entsprechende Gegenmassnahmen ergriffen werden, «wenn wir nicht das Spiel als verloren aufgeben wollen». «Der totale Krieg ist also das Gebot der Stunde.» Und nun erörterte Goebbels, den spontanen Beifall des Hauses auf seiner Seite, den neuen Lebensstil und bereitete seine Zuhörer durch geschicktes Ausnutzen populärer Kritik an bestehenden sozialen Gegensätzen auf die Radikalität der zu ergreifenden Massnahmen vor. Vor

allem vergass er nicht, die «kriegsentscheidende Aufgabe» herauszustellen, nämlich dem Führer «eine operative Reserve» zu schaffen; er kündigte die Aktion an, «Hunderttausende von UK-Stellungen in der Heimat» aufzuheben, rief die Frauen zum freiwilligen Arbeitseinsatz, deutete «grosszügige Zusammenlegungen» in der Wirtschaft an und erweckte im Übrigen mit dem Hinweis auf die kommende Sommeroffensive jene Siegeshoffnungen, von denen das Auditorium nur allzugern hören wollte. Schliesslich steigerte er mit den psychologisch gut präparierten zehn Fragen seine Rede im letzten Teil zu ihrem Höhepunkt. Durch Beifall oder Sprechchöre sollte die Menge ihren Glauben an den Sieg, die Bereitschaft zu kämpfen, die Entschlossenheit zur höheren Arbeitsleistung, den Willen zum totalen Krieg, das absolute Vertrauen zu Hitler usw. bekunden und bestätigen. Befriedigt und anerkennend schloss Goebbels die Kundgebung mit der Verheissung eines greifbar nahen Sieges, mit der Mahnung an das Gebot der Stunde und mit der Parole in Gestalt des Körner-Wortes: «Nun Volk steh auf, und Sturm brich los!»

Sicher half Goebbels mit seiner Sportpalastrede, die seelische Krise in Teilen des deutschen Volkes für einige Wochen zu überwinden. Doch seine Rede wurde durchaus nicht kritiklos und ohne Kopfschütteln aufgenommen. Auf eisige Ablehnung stiess sie in den von Deutschland besetzten Gebieten, auf skeptische Zurückhaltung vielfach in den neutralen Staaten Europas und selbst bei den deutschen Bundesgenossen. Man zählte dort weniger auf einen deutschen Waffensieg, setzte vielmehr Hoffnung und Zuversicht auf die Überlegenheit des angelsächsischen militärischen Potentials. Vereinzelt in Deutschland, allgemein in den neutralen und teilweise in mit Deutschland verbündeten Ländern vertrat man die Auffassung, es könne nur ein Glück sein, wenn möglichst bald Engländer und Amerikaner in Europa eingriffen.

Der von Goebbels unternommene Anlauf zum totalen Krieg verlief indes nicht im Sande, aber es erwies sich als unmöglich, in wenigen Monaten ein Heer von zwei Millionen Soldaten aus dem Bodep zu stampfen und auszurüsten. Goebbels hatte Hoffnungen und Energien entfacht, die jedoch nicht dem, wie er meinte, «kürzesten Krieg», sondern der Fortführung eines verlorenen Krieges dienten. Er allerdings lebte im Januar/Februar 1943 noch in der gefährlich naiven, die militärischen Kräfteverhältnisse absolut verkennenden Überzeugung, dass der Krieg noch zu gewinnen sei. Anders Mitte 1944, als Hitler den unermüdlichen Goebbels zum «Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz» in, für jedermann sichtbar, hoffnungsloser Lage ernannte. Goebbels aber verkündete wiederum ein Programm des «Endsieges», dem nicht wenige glauben wollten, das jedoch für ihn persönlich die «Schlacht um Berlin» bereits mit einschloss. Die Verlängerung des eigenen Lebens, koste es, was es wolle, galt ihm mehr als das Leben von Millionen anderer Menschen in Deutschland und in aller Welt. Im Berliner Sportpalast provozierte er am 18. Februar 1943 eine Art von plebiszitärem «Ja» zur Selbstvernichtung, am 1. Mai 1945 erschien ihm persönlich die Selbstvernichtung, der Selbstmord in letzter Minute, als einziger Ausweg aus eigener Ausweglosigkeit.

«Wir werden siegen»

OKTOBER-DEZEMBER 1939

26. Oktober 1939

«Herr Fritzsche verliest den Brief eines Juden aus England, der bei einem Prager Rechtsanwalt beschlagnahmt wurde. Der Brief enthält ausserordentlich aufschlussreiches Material insbesondere über die jüdischen Hintermänner der Kriegspartei in England und soll nach genauer Übersetzung ausgewertet werden.»

Am 31. Okt. 1939 veröffentlichte DNB nach Einholung des Einverständnisses von Reichsprotektor von Neurath jenen angeblich in Prag beschlagnahmten Brief vom 18. Okt. eines jüdischen Emigranten an den Rechtsanwalt Dr. ZdenekThon, Prag 12. Der Brief berichtet von der Zusammenarbeit der jüdischen Emigration in England mit den tschechischen Juden, macht Anspielungen auf Beziehungen zum britischen Kriegsminister Hore-Belisha und gibt ferner Ratschläge für antideutsche Aktionen, die auf eine «Revolution» abzielten.

Schon der den Empfänger überaus belastende Inhalt, der jeglichen bei einer Untergrundbewegung einzuhaltenden Regeln widerspricht, dürfte den Brief als recht plumpe Propagandafälschung kennzeichnen, wenn auch der einwandfreie Herkunftsnachweis noch nicht erbracht ist.

27. Oktober 1939

«ORR. Neumann macht Mitteilung, dass die Kohlenversorgung und ebenso die Kartoffelversorgung in Berlin, Hamburg und anderen Grossstädten im Augenblick sehr gefährdet erscheine. Durch die 10-tägige Transportsperrung seien die Vorräte zum Teil ausverkauft, und vor allem bei Kartoffeln bestünde Gefahr, falls dieselben nicht rechtzeitig vor Eintritt des Frostes eingebracht werden könnten. Pg. Jetter weist demgegenüber darauf hin, dass der Mangel bei der Kartoffelzufuhr bereits jetzt zum grössten Teil eingeholt sei, da augenblicklich täglich 60'000 bis 70'000 Zentner Kartoffeln nach Berlin kämen gegenüber einem normalen Satz von 30'000 Zentnern. Ebenso sei die Kohlenversorgung gesichert, falls die zugesagte Transportsteigerung bis zum 10. Dezember durchgehalten werden könne.»

In der Konferenz vom 28. Okt. 1939 berichtete Gutterer, dass notwendige Vorsorge getroffen sei, um in Zukunft die Kohlenversorgung reibungslos zu sichern. Davon konnte nicht die Rede sein. Die Kohlenversorgung, namentlich Berlins, steuerte im Winter 1939/40 fast einer Katastrophe zu. – Fs. 9. Jan. 1940.

30. Oktober 1939

«Um eine Wiederholung der Vorfälle in Prag vom 28. 10. zu vermeiden, sollen Freiherrn von Gregory folgende Vorschläge zur Weitergabe übermittelt werden.

Grundsätzlich soll das Erlaubte geschützt, das Verbotene aber mit Waffengewalt brutal unterdrückt werden. Entsprechende Massnahmen müssten vorher, nicht, wenn es zu spät ist, getroffen werden. Straf- und Abwehrmassnahmen müssten alle treffen, nicht etwa nur die dünne Intelligenzschicht, die als Urheber der Kundgebungen anzusehen ist. Beispiel:

Wenn die Tschechen auch nur einen Tag die Kinos boykottieren wollen, so soll man für drei Monate die Kinos schliessen;

wenn sie auch nur für Stunden die Strassenbahn boykottieren wollen, so soll man ein paar Wochen lang keine Strassenbahn fahren lassen;

wenn sie zu kurzem Tabakstreik auffordern, so soll man ihnen erklären, man würde daraufhin für einige Monate die gesamten Tabakvorräte der Tschechei für die deutsche Front verwenden;

wenn sie Schilder abreißen, so soll man die Schilder auf Kosten des tschechischen Staates kostspielig erneuern lassen;

wenn Auslandssendungen schuld an Kundgebungen wären, so solle man – zunächst in einer kleineren Stadt – sämtliche Apparate beschlagnahmen und an die Front schaffen lassen.

Unter starker Beteiligung der tschechischen Bevölkerung kam es am 28. Okt. 1939, am tschechischen Staatsfeiertag, vor allem in Prag zu Demonstrationen, bei denen Flugblätter verteilt wurden. Von deutscher Seite versuchte man, die Unruhen in Prag zunächst zu verschweigen oder zumindest zu bagatellisieren. Auf der Pressekonferenz vom 29. Okt. 1939 war eine ausführlichere DNB-Meldung über die am 28. Okt. in Prag ausgebrochenen Unruhen wieder zurückgezogen worden. Bestätigt wurde lediglich, dass es zu Demonstrationen jugendlicher Tschechen, vor allem von Studenten, gekommen sei. Es habe Verhaftete und Verletzte gegeben. Schärfere Gegenmassnahmen würden sich notwendig gemacht haben.

Eine der Gegenmassnahmen stellte ferner die am 7. Nov. 1939 verfügte Schliessung aller tschechischen Hochschulen und Universitäten dar, woraufhin es am 15. Nov. zu Studentendemonstrationen kam. Man antwortete mit Massenverhaftungen unter den tschechischen Studenten. Ausserdem wurden am 17. Nov. 9 Studenten in Prag hingerichtet.

Die Auslandsgerüchte über die Absichten der deutschen Heeresleitung sollen in Zukunft nicht mehr dementiert werden, um die Nervosität und Spannung bezw. die Gerüchtbildung selbst nach Möglichkeit noch zu steigern.

In der Pressekonferenz des gleichen Tages wurde dazu gesagt: «Je mehr wir schweigen, desto grösser wird die Nervosität der anderen.» In der Konferenz vom 18. Nov. 1939 verlangte Goebbels ferner, die Spekulationen der Auslandspresse über deutsche militärische Pläne «mit einer Aktion von Zahlen und Statistiken über deutsche Erfolge» zu beantworten.

Herr Berndt soll mit dem AA und OKW abstimmen bezw. die nötigen Vorarbeiten einleiten, um einen französischen kommunistischen Schwarzsender und einen irischen Schwarzsender für England aufzuziehen.»

Zwei gegen Frankreich gerichtete Geheim-Sender und ein gegen England gerichteter Geheim-Sender begannen im Jan./Febr. 1940 mit ihrer Sendetätigkeit.

Am 5. Nov. 1939 hielt Goebbels eine Ansprache zur Eröffnung der Filmfeierstunde der HJ und des BDM, die insofern einige Beachtung verdient, als Ausführungen gemacht wurden, die ihrem Inhalt nach in allzu krassem Widerspruch zu den in der Ministerkonferenz gemachten Weisungen standen. So sagte er: «Weil wir wissen, worum es geht, deshalb sind wir auch gänzlich immun gegen ausländische und vor allem gegen englische Betörungsversuche. Die dummen und albernen Flugblätter, die von englischen Flugzeugen über deutschen Städten und Dörfern abgeworfen werden, können unserer eigenen Moral nichts anhaben. In Deutschland hört niemand mehr auf Stimmen, die aus dem feindlichen Ausland zu uns herüberdringen; wir hören heute nur noch auf die Stimme des Führers.»

6. November 1939

«Dr. Hippler erhält die Anweisung, die amerikanischen Spielfilme aus dem Verkehr zu ziehen. Dr. Hippler berichtet, dass mit den amerikanischen Wochenschaufirmen günstige Verträge abgeschlossen worden sind.»

Infolge der von Hippler vorgetragenen Bedenken gelangte die Weisung von Goebbels nicht zur Durchführung. Goebbels verlangte zwar auf Druck des Reichssicherheitshauptamtes hin in der Konferenz vom 12. Jan. und erneut am 14. Febr. 1940 die sofortige Zurückziehung amerikanischer Filme aus deutschen Kinos, doch auch diese Weisungen wurden wiederum nicht wirksam. – Fs. 16. Febr. 1940.

8. November 1939

«Herr Gutterer teilt mit, dass am 15. November 1939 die Kleiderkarte eingeführt wird, und zwar erhält jede Person eine Karte über 100 Punkte. Der Kauf von Mänteln unterliegt nicht der Kleiderkarte. Der Minister ordnet an, dass entsprechende Massnahmen getroffen werden, um zu verhindern, dass wenige Tage nach Herausgabe der Kleiderkarte die vorhandenen Waren ausverkauft sind.

Die Einführung der 1. Reichskleiderkarte erfolgte durch Verordnung über die Verbrauchsregelung von Spinnstoffwaren vom 14. Nov. 1939. Innerhalb der Bevölkerung bestanden schon zuvor die grössten Bedenken gegen die Kleiderkarte. Man befürchtete, dass vor allem die Arbeiterschaft ihren Bedarf durch das vorgesehene Punktsystem nicht decken könne. Ausserdem herrschte Missstimmung über die unzureichende Zuteilung bzw. totale Sperre von Bezugsscheinen, die nach wie vor zum Bezug von Mänteln und Schuhen erforderlich waren. Gegen den im Oktober vom Wirtschaftsministerium vertretenen Standpunkt, die Bevölkerung müsse für die Dauer des Krieges mit den vorhandenen Schuhen auskommen, war zwar Goebbels mit Erfolg angegangen, doch verbesserte sich dadurch nicht die Schuhversorgung. Selbst an Arbeitsschuhen fehlte es, bis man schliesslich im Verlaufe des Krieges mehr und mehr auf Holzpantinen auswich.

Die Presseveröffentlichungen über die Einführung der Kleiderkarte förderten zudem die Missstimmung unter der Bevölkerung. Aus einem Schreiben des Reichsinnenministers Frick an das RMVP vom 22. Dez. 1939 geht hervor, dass die Mitteilung über die Ausgabe der «Reichskleiderkarte» in der Presse zu einem Zeitpunkt geschah, als den örtlichen Behörden über die Kleiderkarte noch gar nichts bekannt war, so dass sich in den Wirtschaftsämbtern «unerträgliche Szenen» abgespielt hätten.

Herr Gutterer soll Material über die Verjudung der britischen Presse, der Bankenwelt und der Regierungskreise Zusammentragen lassen. Die Presse soll bereits jetzt ihre Kritik an den englischen Verhältnissen auf dem Gebiet «jüdische Kriegshetzer» ansetzen und sich weniger mit den Mängeln auf organisatorischem Gebiet befassen. In diesem Zusammenhang sollen Aussprüche berühmter Engländer über die Judenfrage gesammelt werden und Verwendung finden.»

Im entsprechenden Sinne wurde die Presse am gleichen Tage angewiesen. Als der «Völkische Beobachter» am 9. Jan. 1940 eine grosse Meldung über die angebliche jüdische Abstammung der englischen und französischen Staatsmänner brachte, war er allerdings entschieden zu weit gegangen. Beispielsweise behauptete der «VB», dass Duff Coopers Gattin eine Jüdin sei. In Wirklichkeit war sie, so wurde auf der Berliner Pressekonferenz vom 9. Jan. 1940 festgestellt, «das arischste, was unter den schottischen Adelsgeschlechtern zu finden ist».

11. November 1939

«Der Minister gibt Weisungen für die weitere Behandlung des Attentates im Bürgerbräukeller. Die moralische Schuld der westlichen Demokratien, insbesondere Englands, bewiesen durch die dauernde Mordhetze, soll angeprangert und festgelegt werden. Zu diesem Zweck ist eine umfassende Materialzusammenstellung vorzunehmen.»

Die ersten Weisungen zum Münchener Attentat gab Goebbels in den Nachmittagsstunden des 9. Nov. 1940, nachdem er gemeinsam mit Hitler im D-Zug von München nach Berlin zurückgekehrt war. Auf der Mittagspressekonferenz des 9. Nov., die nur von kurzer Dauer war, hielt man sich offensichtlich mit Äusserungen über das Attentat im Bürgerbräukeller noch zurück. Konkretere Anweisungen an die Presse ergingen erst, soweit ersichtlich ist, mit Herausgabe der «Vertraulichen Informationen». Darin heisst es, dass bei Erörterungen über die Schuld am Attentat im Bürgerbräukeller diese nicht auf innerdeutsche Gruppen (jüd., klerikal, oder monarch.) zu lenken sei, da sonst mit Ausschreitungen gegen die vermeintlichen Schuldigen zu rechnen ist. Vielmehr sollen sich entsprechende Andeutungen gegen die Auslandsmächte richten, die auch die Urheber des Krieges seien. Solange aber kein Untersuchungsergebnis vorliege, dürften Lautstärke und Umfang der Berichterstattung nicht nachlassen.

Weitere Weisungen zur Behandlung des Attentats in der Presse gab Goebbels in der Konferenz vom 10. Nov. 1939. Laut Protokoll der Pressekonferenz hatte das Attentat im Vordergrund der Aufmachung zu stehen. Auch sollte des Opfers der alten einfachen Parteigenossen gedacht werden und das deutsche Volk am Leid ihrer Familie Anteil nehmen. Schliesslich bat das Propagandaministerium ausdrücklich, von den Zwischenfällen an der deutsch-holländischen Grenze, die zur Verhaftung der Leiter des britischen Intelligence-Service in Europa, Best und Stevens, führten, zunächst keine Notiz zu nehmen.

18. November 1939

«Die Presse soll eine Karikatur über Chamberlain in Hausschuhen veröffentlichen.» In der Konferenz vom 16. Dez. 1939 korrigierte Goebbels seine Weisung dahingehend, als Chamberlain «in der Presse nicht mehr als der unfähige, hilflose Regenschirmträger, sondern als der rachsüchtige Greis dargestellt werden» müsse.

22. November 1939

«Veröffentlichungen über Wahrsagungen sind zu sperren. Nostradamus soll evtl. in einem französischen Flugblatt verwendet werden. *Gutterer* soll Vorschläge machen.»

Am 25. Nov. 1939 wurde *Gutterer* von Goebbels beauftragt, «das Nostradamus-Flugblatt schnellstens anfertigen zu lassen». Am 5. Dez. 1939 war in der Konferenz ferner von einer «Nostradamus-Broschüre» die Rede, deren endgültige Fassung binnen weniger Tage Goebbels vorzulegen war. Er erklärte, dass die Broschüre «nicht wissenschaftlichen, sondern propagandistischen Charakter tragen» solle. –

Der französische Astrologe und Arzt Nostradamus, Michel de Notre-Dame (1503 bis 1566), schrieb am Hofe König Heinrichs II. v. Frankreich, der den Engländern Calais und Boulogne entrissen hatte, seine *Centuries*, seine umstrittenen Weissagungen bis 3'000 n. Chr. Besonders brauchbar für den Frankreichfeldzug 1940 erschien die 33. Zenturie, die lautet:

«Brabant, Flandern, Gent, Brügge und Boulogne / werden vorübergehend mit dem grossen Deutschland vereint. / Doch wenn der Waffengang beendet ist, / wird der grosse Fürst von Armenien Kampf ansagen. / Eine Ära der Humanität göttlicher Herkunft beginnt, / die Friedenszeit wird durch Einigkeit gegründet, / gefangen sitzt der Krieg auf der halben Welt, / lange Zeit wird der Frieden bewahrt.»

Nach Sommerfeldt erklärte Goebbels in diesen Tagen in der Konferenz zum Thema Nostradamus: «Das ist eine Masche, an der wir lange häkeln können Ich verbiete jeden Druck dieser Prophezeiung des Monsieur Nostradamus. Sie darf nur durch Handzettel in Handschrift, höchstens mit der Maschine geschrieben, heimlich und in der Art der Kettenbriefe weitergeleitet werden. Das muss durchaus verboten aussehen. Dazu mündlich: magische Übereinstimmung der 33. Zenturie mit dem Jahr der Machtübernahme 33, Deutung: Neuordnung Europas durch Grossdeutschland, Besetzung Frankreichs nur vorübergehend, Grossdeutschland bringt das tausend-jährige Reich und den tausendjährigen Frieden. Den ganzen hanebüchernen Quatsch natürlich auch über die Sender nach Frankreich hinein. – Den grossen Fürsten aus Armenien legen wir auf Eis, bis uns der Herr Stalin aus Georgien den Kampf ansagt – oder wir ihm. Sonst noch Fragen oder Bemerkungen zu dem Thema? Danke.» – Fs. 13. Dez. 1939.

23. November 1939

«SS-Obergruppenführer Heydrich soll vor der Auslandspresse auf die nicht bestehenden Zusammenhänge zwischen dem Münchener Attentat und der Verhaftung der Agenten des Secret Service hinweisen.»

Durch amtliche Bekanntmachung des «Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei» vom 22. Nov. 1939 wurde der 36jährige Münchener Georg Elser als Attentäter des 8. Nov. bezeichnet. Im KZ Dachau gab jedoch Elser Lagerinsassen zu verstehen, dass er von der Gestapo zum Legen der Höllenmaschine angewiesen wurde. In der offiziellen Verlautbarung hiess es hingegen: «Auftrageber und Geldgeber war der britische Intelligence Service. Organisator war Otto Strasser, der, wie die Schweizer Presse berichtet, seit seiner Flucht aus Prag in der Schweiz sich aufhielt, aber am Tage nach dem Attentat Hals über Kopf nach England abreiste.» Dass Otto Strasser nicht vier Stunden nach dem Münchener Attentat aus der Schweiz ausgewiesen wurde, sondern zu diesem Zeitpunkt seine Aufenthaltsgenehmigung

abließ, wurde zwar von der Schweizer Regierung in Berlin mitgeteilt, aber der deutschen Öffentlichkeit unterschlagen.

Gleichzeitig wurde am 22. Nov. 1939 von amtlicher deutscher Seite verlautbart, dass die hinterhältige Verhaftung der beiden Offiziere des britischen Intelligence Service, Best und Stevens, am 9. Nov. an der holländischen Grenze nicht mit dem Attentat auf Hitler im Zusammenhang stände.

Als im Dez. 1939 und Jan. 1940 die Auslandspresse immer wieder darauf hinwies, dass der Prozess gegen Elser noch ausstehe, wurde zwar im deutschen Auslandsdienst dazu Stellung genommen, doch hüllte man sich im Inland in Schweigen. Der Prozess gegen Elser fand niemals statt. Elser verbrachte den Krieg bei relativ guter Behandlung in einem KZ. Ein Polizeibericht vom 16. April 1945 gab schliesslich bekannt, dass er einem alliierten Bombenangriff zum Opfer gefallen sei.

Indem man auf die tatsächlich nicht bestehenden Zusammenhänge zwischen dem Münchener Attentat und der Verhaftung der beiden britischen Offiziere so ostentativ hinwies, entging man vor allem der Verpflichtung, auch diese in einem vielleicht zu jenem Zeitpunkt noch in Erwägung gezogenen Prozess gegen Elser mitanzuklagen zu müssen, was gewiss für diejenigen, die die Verlautbarung der wahren Zusammenhänge zu fürchten hatten, mit Komplikationen verbunden gewesen wäre.

27. November 1939

«Es wird berichtet, dass sich Studenten in kleinen Universitätsstädten schlecht benehmen. Gutterer wird beauftragt, die Meldungen zu prüfen und über die Gaue entsprechende Massnahmen zu veranlassen.»

Am 11. Dez. 1939 erhielt Gutterer ferner den Auftrag, die Klagen über das Benehmen Göttinger Studenten zu prüfen und Bericht zu erstatten. Zu diesem Zweck sollte er am 12. Dez. den Oberbürgermeister von Göttingen anrufen, um Genaueres zu erfahren. Ausserdem forderte Goebbels, dass die generelle Befreiung der Medizinstudenten vom Wehrmehrdienst aufgehoben werde.

Details überliefert der SD-Bericht vom 5. Jan. 1940. Darin heisst es, dass die Göttinger Hochschullehrerschaft dem schlechten Benehmen der Studenten teilweise fassungslos gegenüberstehe. Es sei ihr in der akademischen Praxis noch nicht vorgekommen, dass beispielsweise Papierkügelchen an die Wandtafel geworfen werden, die Studenten mit Knallerbsen bewaffnet in die Vorlesungen kommen und in den medizinischen Kollegs die Erläuterung geschlechtlicher Dinge Kichern und alberne Bemerkungen auslöse.

Ähnliche Erscheinungen wurden an fast allen deutschen Hochschulen beobachtet. Auch in Leipzig zeigten die Studenten nach einer Arbeits- oder Militärdienstzeit «charakterliche Unreife», die sich ausserdem in schlechten Leistungen äusserte. Von Wien wurde ein politisches Desinteresse der Studentenschaft mitgeteilt und als bedenklich angesehen, dass sie nicht mit «Heil Hitler» grüsse.

9. Dezember 1939

«Der Minister berichtet über seine Beobachtungen an der Westfront. Er schildert die Eindrücke. Für die psychologische Einstellung der Propaganda sei es wichtig zu wissen, dass es an der Front keine Einheitlichkeit des Soldatenlebens gebe. Es sei auch nicht möglich, durch Zeitung oder Rundfunk jeden einzelnen Soldaten zu erfassen.

Als schwierigstes Problem erscheine zurzeit, die Soldaten zu beschäftigen. Der Minister weist erneut auf Sendung von Büchern und Rundfunkgeräten hin. Er stellt in Aussicht, am Anfang des nächsten Jahres mehrfach in kleinem Kreise Ansprachen an Soldaten zu halten. Für die Sprache der Front ist jegliches Pathos falsch am Platze. Ablehnung von sentimentaler Weihnachtsstimmungsmache in Presse, Rundfunk und Schriften.

Der Minister berichtet, dass die Stimmung an der Front ausgezeichnet, ja vielleicht besser noch als in der Heimat sei. Gross ist das Lob für die Versorgung der daheimgebliebenen Angehörigen, ebenso gross das Lob über die Propaganda.»

Goebbels wollte offensichtlich seine engsten Mitarbeiter mit diesen Ausführungen optimistisch stimmen. Die Versorgung der Soldatenfrauen liess demgegenüber vielfach zu wünschen übrig, wie auf den Konferenzen der folgenden Wochen zum Ausdruck kam. Auch konnte von einer grossen Lobpreisung der Propaganda nicht die Rede sein.

11. Dezember 1939

«Der Minister untersagt das Herausstellen englischer Versuchsballons für eine friedliche Beilegung des Krieges. Er veranlasst die Unterstreichung der Seekriegserfolge in der Presse.

Gleichzeitig verlangte Goebbels, dass sich die Presse «in schärfster Form mit der Festlegung der englischen Kriegsziele» befasse, und warnte andererseits davor, «die Engländer in ihrem militärischen Wert zu klein zu machen». Von den im Winter 1939/40 über die Neutralen laufenden Friedensvermittlungskaktionen durfte freilich in die deutsche Presse nichts einsickern. Das Wort Frieden hatte aus der deutschen öffentlichen Meinung zu verschwinden, weil man fürchtete, es könnte vom Gegner als ein Ausdruck deutscher Schwäche ausgelegt werden, die Kriegswilligkeit des deutschen Volkes herabmindern und die eigenen militärischen Planungen stören.

Herr Gutterer erhält den Auftrag, die englischen Flugblätter, die sehr viel geschickter geworden sind, genauestens zu beobachten. Beschäftigung mit ihnen in der Presse wird untersagt.»

Bisher war eine begrenzte Polemik gegen den Inhalt englischer Flugblätter der Presse gestattet. Das bekannteste und meistgelesene englische Flugblatt dieser Zeit war der in mehreren Folgen herausgebrachte «Wolkige Beobachter», der sich damals vor allem mit den «NS-Heimkriegern» beschäftigte.

12. Dezember 1939.

«Der Minister beauftragt Herrn Fritzsche, in der Presse dafür zu sorgen, dass in verstärktem Masse darauf hingewiesen wird, dass

- a) der bevorstehende Krieg kein Kinderspiel sein wird und
- b) auf der Gegenseite der Wille vorhanden ist, Deutschland endgültig zu vernichten.

Jede feindliche Stimme dieser Art soll in Zukunft verzeichnet werden; von einem lahmen Frieden darf in der deutschen Presse kein Wort verlauten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch bei allem, was Weihnachten betrifft, in Presse und Rundfunk jede sentimentale Note zu vermeiden. Als Weihnachtstag gilt lediglich der 24. Dezember, sonst hat in den Zeitungen stets die Politik im Vordergrund zu stehen.»

Um die Einheit von Front und Heimat zu bekunden, stand das Weihnachtsprogramm des Rundfunks unter dem Motto «Soldatenweihnacht – Volksweihnacht».

13. Dezember 1939

«Der Minister äussert sich über die Propaganda mit dem astrologischen Material. Die Schrift «Nostradamus» sei grossartig abgefasst. Der Minister regt an, die Horoskope führender Männer der Westmächte zu bearbeiten.

Kreuzworträtsel mit entsprechenden Textlösungen sollen vorbereitet werden und ebenfalls im Ausland zur Verbreitung kommen. Die Zusammenstellung der Zahlenmystik wird ebenfalls für gut befunden und freigegeben.»

Bis um die Mitte des Jahres 1940 erschien die Nostradamus-Schrift in einer Gesamtauflage von 83'000 Exemplaren. Davon entfielen 20'000 auf eine französische, 5'000 auf eine holländische, 10'000 auf eine italienische, 10'000 auf eine serbische, 25'000 auf eine kroatische, 5'000 auf eine rumänische, 5'000 auf eine schwedische und 3'000 auf eine englische Ausgabe für die USA. – Vgl. Karl Loog, Die Weissagungen des Nostradamus. Erstmalige Auffindung des Chiffreschlüssels und Enthüllung der Prophezeiungen über Europas Zukunft und Frankreichs Glück und Niedergang 1555-2200, Pfuldingen 1940 (erlebte 5 Aufl.); ferner Bruno Winkler, Englands Aufstieg und Niedergang nach den Prophezeiungen des grossen französischen Sehers der Jahre 1555 und 1558. Leipzig 1940.

14. Dezember 1939

«Major Cohrs wird beauftragt, sich über die Behandlung polnischer Offiziere in deutschen Kriegsgefangenenlagern insbesondere auch über die Möglichkeiten eines Verkehrs mit der Bevölkerung zu unterrichten und dem Minister schnellstens hierüber Bericht zu erstatten.»

Bereits in der Konferenz vom 4. Dez. 1939 ordnete Goebbels an, «fortlaufend unter der Bevölkerung auf das Würdelose eines Verkehrs mit Kriegsgefangenen» hinzuweisen. Das Problem blieb trotz propagandistischer und polizeilicher Gegenmassnahmen für die nächsten Jahre aktuell. Zunächst von Hess, sodann von Himmler wurden entsprechende Erlasse herausgegeben. Die Justiz fällte Abschreckungsurteile. Im Reichsverfügungsblatt der NSDAP wurde mitgeteilt, dass am 8. Jan. 1940 eine Ehefrau wegen Geschlechtsverkehrs mit einem polnischen Kriegsgefangenen zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei, der Kriegsgefangene aber zum Tode. – Im Dez. 1942 schien sich hingegen die deutsche Führung einig, bei der «Behandlung gewisser moralischer Erscheinungen in der Frauenwelt» den kriegsbedingten Verhältnissen Rechnung tragen zu müssen. «Auf keinen Fall aber will der Führer», so schrieb Goebbels, «eine Lockerung der Gesetzgebung gegen den Umgang von deutschen Frauen mit Kriegsgefangenen. Das ist auch richtig; irgendwo muss eine Grenze gezogen werden», kommentierte der Reichspropagandaminister.

15. Dezember 1939

«Der Minister bespricht mit Herrn Fritzsche, Dr. Börner, Oberstleutnant Wentscher und Kapitänleutnant Hahn die Sprachregelung über «Graf Spee».»

Das deutsche Panzerschiff «Graf Spee», Wasserverdrängung 12'000 t, war im Kaperkrieg im Indischen und Südatlantischen Ozean eingesetzt und befand sich gerade auf der Rückfahrt in die Heimat, als es am 13. Dez. 1939 vor dem La Plata von drei englischen Kreuzern zum Kampf gestellt wurde. Die «Graf Spee» erlitt in langem Gefecht schwere Beschädigungen und lief daher Montevideo an im Glauben, dort reparieren zu können, während die sie verfolgenden britischen Kreuzer ausserhalb der Drei-Meilen-Zone warteten. Wie die Ausführungen Fritzsches in der Pressekonferenz vom 14. Dez. 1939 bewiesen, scheint die Besprechung mit Goebbels ergeben zu haben, dass man mit einer Reparatur des Panzerschiffes im Hafen von Montevideo nicht rechnete und die Entscheidung für möglich hielt, dass sich das Schiff in die Internierung begeben. Schon deshalb sollte die Presse eine hurra-patriotische Stimmung vermeiden, um im deutschen Volke die Enttäuschung über den möglichen künftigen Verlust nicht zu vergrössern.

18. Dezember 1939

«Zur Sprengung der «Graf Spee» ist der Minister der Auffassung, dass nicht nur die nackte Tatsachen-Meldung gegeben werden dürfe.»

Auf der Pressekonferenz wurde gesagt, dass die Verweigerung der beantragten Frist für die Wiederherstellung der Seetüchtigkeit des Panzerschiffs einen Bruch des Völkerrechts darstelle und daher die Sprengung der «Graf Spee» notwendig wurde. Zwei Tage zuvor glaubte Goebbels, durch propagandistische Falschmeldungen über die Verwendung von Giftgas beim Seegefecht vor dem La Plata die Öffentlichkeit auf den endgültigen Verlust des Panzerschiffs vorbereiten zu müssen.

Nachdem die «Graf Spee» am Abend des 17. Dez. in der La-Plata-Mündung von der Besatzung gesprengt worden war, liess sich die Besatzung im deutschfreundlichen Argentinien internieren. Der Kommandant, Kapitän Hans Langsdorff, erschoss sich nach der Internierung am 20. Dez. 1939 im Marinearsenal von Buenos Aires.

19. Dezember 1939

«Der Minister berichtet über die Stellungnahme des Führers zur Behandlung der Auslandspresse. Rangmässig haben folgende Gesichtspunkte nacheinander zu stehen:

- a) Sicherung der inneren Kraft,
- b) Sicherung der äusseren Kraft des Reiches.

Aus diesem Grunde ausnahmsloses Verbot aller deutschsprachigen Zeitungen, die die innere Kraft untergraben können.»

Das Verbot richtete sich vornehmlich gegen die Einfuhr und den Vertrieb schweizerischer Zeitungen und Zeitschriften in das Reich.

20. Dezember 1939

«Der Minister wendet sich gegen die noch herumgeisternde Parole: «Wir kapitulieren nicht!» Sie ist in Bild und Schrift zu ersetzen durch: «Wir werden siegen».

Es wird die Frage einer von anderer Seite in Aussicht genommenen Raucherkarte besprochen. Die Ausgabe einer solchen Karte müsste zu einer vollkommenen Verwirrung führen. Der Minister rät von einer solchen Regelung dringend ab. Gutterer ist beauftragt, dies weiterzugeben.

Die Tabakversorgung blieb während des ganzen Krieges unzulänglich und problematisch. Im Mai 1940 verlangte Goebbels Massnahmen gegen das «Schlangestehen» vor den Zigarrengeschäften. – Fs. 19. Mai 1941.

Aus Briefen von der Front und Gesprächen mit Soldaten geht hervor, dass die Front der Auffassung ist, in der Heimat meine man, der Kampf an der Westfront sei für die Truppen verhältnismässig leicht. Die Propaganda-Kompanien erhalten den Auftrag, die Kämpfe an der Westfront unter ersterem Gesichtspunkt zu schildern.»

23. Dezember 1939

«Der Minister weist darauf hin, dass die Propaganda gegen die Plutokratie in England bemerkt wird und zu wirken beginnt. Er veranlasst, dass sowohl in der Inlands- wie in der Auslandspresse dieser Kurs beibehalten wird.

Bereits am 20. Dez. 1939 gebot Goebbels der Presse, in der Auseinandersetzung mit England den «antiplutokratischen Kurs» zu steuern – auch zu Weihnachten. Die Pressekampagne sollte unter dem Motto stehen: Der jetzige Krieg ist ein revolutionärer Krieg, ein antiplutokratischer Krieg, der die Vernichtung des englischen Kapitalismus bezweckt, wie der Regierungssprecher auf der Pressekonferenz vom 20. Dez. 1939 zum Ausdruck brachte.

Seitdem wurde der «antiplutokratische Kurs» zu einer der beliebtesten Kampagnen im Goebbelsschen Propaganda-Repertoire und der Begriff «Plutokratie» überhaupt erst in der Öffentlichkeit hochgespielt. In der Konferenz vom 2. Febr. 1940 verlangte Goebbels erneut von Fritzsche, dass «Plutokratie» der Hauptbegriff sei, «auf den der Kampf in nächster Zeit geistig abgestellt wird».

Die Wiederaufnahme der Frage «Arc Royal» wird von Herrn Fritzsche vorgeschlagen, vom Minister aber vorerst zurückgestellt.»

Das Thema «Arc Royal» war bereits zum «heissen Eisen» für die deutsche Propaganda geworden, was offenbar Fritzsche noch nicht erkannt hatte. Die wiederholt gemeldete Versenkung des britischen Flugzeugträgers «Arc Royal», die nicht den Tatsachen entsprach, drohte die Glaubwürdigkeit der deutschen Nachrichtengebung zu erschüttern. Am 14. Sept. 1939 detonierte lediglich ein deutsches Torpedo vor der Bordwand des Flugzeugträgers. Am 26. Sept. 1939 wurde er durch Luftangriff bestenfalls leicht beschädigt, jedoch nicht, wie die Luftwaffe annahm, zerstört. – Die deutsche Propaganda hat allmählich aus der möglichen Beschädigung der «Arc Royal» ein Sinken des Flugzeugträgers gemacht. Von Seiten des OKW/WPr wurde jedoch inzwischen auf neutralen Pressewegen versucht, Näheres über den wirklichen Zustand der «Arc Royal» von den Engländern herauszulocken. Man hatte Erfolg. Auch Goebbels wurde darüber unterrichtet. Er hörte es nicht sehr gern. Deshalb wird auch verständlich, weshalb Goebbels das Aufgreifen des Themas «Arc Royal» in der Konferenz vom 27. Dez. 1939 untersagte, ohne freilich den anwesenden Konferenzteilnehmern seine Gründe zu nennen. Bereits im Okt. 1939 befand sich die «Arc Royal» im Einsatz im Südatlantik.

Einige Wochen später kam auch von den Engländern die offizielle Meldung, dass sich die «Arc Royal» in südafrikanischen Gewässern befinde und Kapstadt ange-
laufen habe. Bei Erwähnung dieser Nachricht in der Ministerkonferenz fragte Goeb-
bels den anwesenden Vertreter der Kriegsmarine, was mit dieser «peinlichen Mel-
dung» zu machen sei? Seine Antwort: «Dazu kann ich mich leider nicht äussern,
Herr Reichsminister, die ‚Arc Royal‘ war ja vom Propagandaministerium und nicht von
uns versenkt worden!»

28. Dezember 1939

«Die Massnahmen zur Einrichtung einer Vorzensur von kirchlichen Druckerzeug-
nissen sollen beschleunigt ergriffen werden. Herr Gutterer soll sich deswegen mit
dem OKW und dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen und danach Verhandlung-
gen mit dem Kirchenministerium aufnehmen.»

Die von Goebbels beabsichtigte Unterbindung des konfessionellen Schrifttums stiess
auf mehr Schwierigkeiten, als er ursprünglich erwartet hatte, zumal es ihm daran
gelegen war, den wirklichen Zweck seiner Massnahmen nicht nach aussen hin zu
erkennen zu geben. Das Propagandaministerium war mit dem Präsidenten der
Reichspressekammer, Amann, übereingekommen, den Drucker oder sonstigen Ver-
vielfältiger von Schrifttum einzuschalten und ihm zur Pflicht zu machen, ehe ein
Manuskript in Druck geht, zu prüfen, ob Verfasser oder Herausgeber die Mitglied-
schaft bei der Schrifttumskammer besitzen, was bei den Verfassern religiöser Schrif-
ten gewöhnlich nicht der Fall war. Am 11. März 1940 drängte das Propaganda-
ministerium erneut auf Verabschiedung der Verordnung: «Bei der augenblicklichen
Ruhe an der Front ist die Truppe in besonders hohem Masse der Überflutung mit
derartigem Schrifttum ausgesetzt. Jeder Tag, um den der Erlass der Verordnung
verzögert wird, bedeutet daher eine gewisse Gefahr.» Sie wurde am 17. Juli 1940
vom «Ministerrat für Reichsverteidigung» verabschiedet und als «Verordnung über
den Nachweis der Zugehörigkeit zur Reichsschrifttumskammer» publiziert. – Den
endgültigen Schlussstrich zog eine Mitteilung des Chefs des OKW, Keitel, an den
evangelischen und katholischen Feldbischof vom Apr. 1942: «Der Führer hat auf
meinen Vortrag, ob Neudruck und weitere Verbreitung der von der Wehrmachts-
seelsorge (Heer) verfassten Schriften innerhalb des Heeres erfolgen solle, in seiner
Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Heeres entschieden, dass er die Verbreitung im
Heer nicht wünsche. Bei dieser Gelegenheit hat der Führer zum Ausdruck gebracht,
dass auch bei den übrigen Wehrmachtsteilen eine Verbreitung derartiger Schriften
nicht erfolgen solle.»

«Gelobt sei, was hart macht»

JANUAR-MÄRZ 1940

2. Januar 1940

«Der Minister äussert sich ausführlich zu der Behandlung deutscher kultureller Institutionen und der deutschen Presse im Protektorat. Er sei der Auffassung, dass man sich peinlichst davor hüten müsse, mit zweitrangigen deutschen Kräften auf den Plan zu treten, wo die Tschechen Erstklassiges zu bieten haben. Das Deutsche muss in jedem Falle mit der Überlegenheit, die dem Herrenvolke zusteht, in Erscheinung treten.»

8. Januar 1940

«Die deutsche Presse soll den Rücktritt Hore-Belishas in dem Sinne behandeln, dass wieder einmal in einem Moment, da eine Situation brenzlich zu werden beginnt, der prononcierte Jude in den Hintergrund geht. Dieser im Verlauf der letzten Jahre wiederholt in Erscheinung getretene Vorgang soll von der Presse mit demonstrativen Beispielen belegt werden.

Am 5. Jan. 1940 trat an die Stelle des bisherigen britischen Kriegsministers, Leslie Hore-Belisha, Oliver Stanley. Hore-Belisha, wegen Zerwürfnissen mit Chamberlain als Minister zurückgetreten, gehörte von 1940 bis 1945 als unabhängiger Abgeordneter dem Unterhaus an und übernahm im ersten Nachkriegskabinett Churchills das Versorgungsministerium.

Der Minister weist erneut darauf hin, wie schädlich sich das Abhören ausländischer Sendungen bei den Soldaten auswirkt. Herr Berndt erhält den Auftrag, einen ins einzelne begründenden Brief an Generaloberst Keitel zu entwerfen.»

In der Konferenz vom 5. Jan. 1940 vertrat Goebbels den Standpunkt, dass nur derjenige ausländische Sender hören darf, der in der Lage sei, sich auf direktem Wege über die Wahrheit zu informieren. Mit dieser Formulierung stellte er allerdings die gesamte deutsche Nachrichtengebung in Frage. – Fs. 11. Jan. 1940.

Auf Grund des Schreibens von Berndt an den Chef des OKW, Keitel, erging am 26. Jan. 1940 an die Wehrmacht die Verfügung, dass das Abhörverbot fremder Rundfunksender unbedingt für alle Wehrmachtangehörigen gelte, «soweit sie nicht durch ihre zuständigen Vorgesetzten entsprechend der Bezugsverfügung ausdrücklich dienstlich mit dem Abhören beauftragt sind». In dieser Verfügung findet sich ferner der eindeutig vom Propagandaministerium inspirierte, bezeichnende Satz:

«Wer als deutscher Soldat seine Seele und seinen Geist dieser feindlichen Propa-

gandawaffe aussetzt, begeht seelische Selbstverstümmelung. Sie ist nicht minder verächtlich als die feige körperliche Selbstverstümmelung.»?Das Abhören von Auslandsendern durch Wehrmachtsangehörige konnte auch durch diese Verfügung nicht unterbunden werden.

9. Januar 1940

«Die Kohlenfrage wird behandelt. Sie erweist sich der gesamten Lage nach als schwieriges Problem, das den Gegebenheiten nach, wie Herr Gutterer erklärt, kaum vollständig zu lösen sein wird. Der Minister vertritt die Auffassung, dass nur mit diktatorischen Vollmachten die Katastrophe vermieden werden kann. Der Minister erhebt allerstärkste Bedenken gegen den Vorschlag, Schulen, Kinos und Theater zu schliessen.»

Des Mangels an Kohlen und Kartoffeln konnte man namentlich in Berlin nicht Herr werden. Der Bevölkerung wurden schon dadurch teilweise schwere Belastungen zugemutet. Kohlennot herrschte auch in London, doch wurde sie «durch Konzentrierung der Transportmittel» behoben.

11. Januar 1940

«Der Minister lehnt die Urteile der Gerichte über Abhören und Weiterverbreiten ausländischer Sendungen als zu milde ab und fordert einige exemplarische Urteile. Urteile unter 4 Jahren Zuchthaus sollen nicht mehr in der deutschen Presse veröffentlicht werden. Min. Direktor Greiner erhält den Auftrag, sich dieserhalb mit Staatssekretär Freisler in Verbindung zu setzen. Dem Vergehen in der Wehrmacht, feindliche Sender abzuhören, soll durch Führerbefehl begegnet werden.»

Die Anregung von Massnahmen gegen das Abhören von Auslandssendern zog sich wie ein roter Faden durch die Konferenzen im Winter 1939/40, ohne dass es gelang, mit polizeilichen und juristischen Mitteln das Abhörverbot restlos durchzusetzen. In der Konferenz vom 12. Jan. 1940 regte Goebbels ausserdem einen Rundfunkvortrag über das Abhörverbot von ausländischen Sendungen an. Die in letzter Zeit verhängten schweren Strafen sollten als abschreckende Beispiele in den Vortrag eingebaut werden.

Der SD-Bericht vom 10. Jan. 1940 betonte, dass die hohen Freiheitsstrafen, die wegen Abhörens ausländischer Sender verhängt wurden, in der Bevölkerung zwar einen erheblichen Eindruck hinterlassen haben, aber noch immer keine Klarheit über den Inhalt des Abhörverbots bestände. Man sei der Meinung, dass sich dieses nicht auf die Sendungen aus der Schweiz, aus Italien und der Sowjetunion beziehe und überhaupt nicht ausländische Musikdarbietungen einschliesse. Auch «Pgs.» fühlten sich verschiedentlich berechtigt, ausländische Sender zu hören, da sie die Auffassung vertraten, dass sich das Abhörverbot nur gegen Schwache und Böswillige richte.

In der Präambel zur VO über ausserordentliche Rundfunkmassnahmen vom 1. Sept. 1939 heisst es: «Im modernen Krieg kämpfen die Gegner nicht nur mit militärischen Waffen, sondern auch mit Mitteln, die das Volk seelisch beeinflussen und zermürben sollen. Eines dieser Mittel ist der Rundfunk. Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volke Schaden zuzufügen.»

16. Januar 1940

«Die Russen-Literatur soll bei uns die gleiche Behandlung finden wie umgekehrt die deutschfeindliche Literatur in der Sowjet-Union. Aus einem Bericht von Graf von der Schulenburg geht hervor, dass demnach wohl eine Unterscheidung zwischen Sowjet-Union und Kommunismus nötig ist, dass aber die antikommunistische Literatur keineswegs völlig von der Bildfläche zu verschwinden braucht.»

Nach Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes glaubten einige Kreise innerhalb des deutschen Volkes, dass auch das geistige Verhältnis zur Sowjetunion einer Revision unterzogen werde. Nationalbolschewistische Tendenzen lebten namentlich in Partei und SA auf. Goebbels hingegen sah offenbar von Anbeginn in dem Pakt das, was er wirklich war, nämlich ein lediglich auf Zeit bemessenes machtpolitisches Zweckbündnis und suchte daher das Aufkommen einer prosovjatischen geistigen Haltung zu verhindern. In der Konferenz vom 20. Dez. 1939 sperrte er vorläufig die Veröffentlichung von «Russlandliteratur», am 28. Dez. erinnerte er an das Verbot, weltanschauliche Erörterungen über die Sowjets anzustellen, und beauftragte Gutterer, auch Buchkataloge auf bolschewistische Literatur durchzukämmen. Am 30. Dez. befahl er zu überprüfen, ob in der Sowjetunion weiterhin antinationalsozialistische Literatur und Filme verbreitet werden würden. Eine genaue Aufstellung der von den Sowjets getroffenen Massnahmen wurde am 9. Jan. 1940 vom deutschen Botschafter in Moskau erbeten. Analog dieser Massnahmen sollte in Deutschland verfahren werden. Schliesslich sollten im Febr. 1940 alle Reichsredner Richtlinien über das deutsch-russische Verhältnis erhalten, in denen zum Ausdruck zu bringen war, dass keine «ideologische Gemeinschaft mit Sowjetrussland vorgetäuscht» werden dürfe.

23. Januar 1940

«Herr Börner bittet nochmals, die Entgegnung auf das Rauschning-Buch doch mit aller Beschleunigung herauszugeben, da die Wirkung des Buches im neutralen Ausland äusserst unangenehm ist. Der Minister ordnet daraufhin an, dass sich Herr Diewerge sofort mit Gauleiter Forster in Verbindung setzen und so schnell wie möglich die Entgegnung fertigstellen soll.»

Am 13. Dez. 1939 erklärte sich Goebbels einverstanden, dass sich Börner «mit der Person des Herrn Rauschning» befasse, wollte hingegen am 30. Dez. 1939 jede Polemik mit Rauschning vermeiden, um offenbar zu verhindern, dass die Weltöffentlichkeit auf Rauschnings teilweise sensationell wirkende Publikationen umso mehr aufmerksam werde.

Dr. Hermann Rauschning geb. 1887 in Thorn, seit 1948 Farmer in den USA, bildete 1933 als Senatspräsident eine nationalsozialistische Regierung in Danzig, musste aber auf Druck der Gauleitung hin im Nov. 1934 zurücktreten. 1936 emigrierte er nach Polen, 1938 in die Schweiz, wo er sein Buch «Die Revolution des Nihilismus» herausgab.

Am 29. Jan. 1940 protestierte die deutsche Gesandtschaft in Bern angeblich ein drittes Mal gegen das Erscheinen und die Verbreitung von Rauschnings «Revolution des Nihilismus» und gleichzeitig, dass dessen «Gespräche mit Hitler» in englischer und französischer Sprache in der Schweiz verbreitet werden. Am 10. Febr. verlangte der deutsche Gesandtschaftsrat in Bern, Freiherr v. Bibra, das Verbot von Rauschnings «Gespräche mit Hitler», und schliesslich am 16. Febr. wurde das Buch vom Schweizerischen Bundesrat verboten.

Nach Meinung der an der Auslandspropaganda beteiligten deutschen Instanzen waren Rauschnings Enthüllungen über seine Gespräche mit Hitler geeignet, dessen Ansehen und Glaubwürdigkeit im Ausland erheblich zu erschüttern. Wohl alle deutschen Propagandainstanzen waren daher bestrebt, Material zusammenzutragen, um Rauschnings Veröffentlichungen zu entkräften. Selbst das OKW (WPr) beteiligte sich an der Materialsammlung. – Fs. 12. Febr. 1940.

24. Januar 1940

«Das Thema «Westfälischer Friede» soll in volkstümlichster Form von der Presse weiterhin behandelt werden; desgleichen ist der Begriff «Plutokratie» zu erklären, und es sind Beispiele aus der englischen Geschichte, was darunter zu verstehen ist, zu nennen. Die «Parole der Woche» soll dies ebenfalls tun.

Was Goebbels unter Plutokratie verstanden wissen wollte, sagte er in seiner im Febr. 1940 in Münster gehaltenen Rede. Plutokratie sei jene Art der politischen und wirtschaftlichen Führung, in der ein paar hundert Familien, die alles andere, nur keine sittliche Berechtigung dazu mitbrächten, die Welt beherrschen.

Gegen die englischen Greuelmeldungen aus dem Gouvernement soll ein Dementi herausgegeben werden. Ebenfalls sollen wir uns zur Wehr setzen gegen die englischen Meldungen über die warnungslose Versenkung neutraler Schiffe durch deutsche U-Boote.»

Mit Beginn des Jahres 1940 erfolgten die ersten Massenexekutionen von Juden in polnischen Städten. Ausserdem begannen die Judendeportationen vom Reichsgebiet ins Generalgouvernement. Die Weltpresse berichtete darüber. In der Konferenz vom 27. Jan. 1940 drang Goebbels darauf, «dass etwas Entscheidendes in der Greuelhetze über das Gouvernement getan» werde. «Dementis allein genügen nicht, es müsse zur Offensive übergegangen werden.» Am 29. Jan. 1940 sprach der Reichsstatthalter des Warthegaus, Gauleiter Greiser, vor Auslandspressevertretern in Berlin. Allerdings war dadurch die Berichterstattung über das deutsche Vorgehen im Generalgouvernement nicht abzuwürgen.

29. Januar 1940

«Der Rundfunk soll sich auf musikalischem Gebiet nicht zu Experimenten hergeben; er ist nicht Bahnbrecher neuer Kunst. Neue Musik muss in der Philharmonie oder im Bach-Saal, aber nicht auf dem Weg über die Sender erprobt werden. Es soll darauf geachtet werden, dass die Wunschkonzerte nicht im Niveau absinken. Der Hauptsinn der Wunschkonzerte soll sein: Dem Volke sehr schöne Musik zu bringen. Es soll keine Familienangelegenheit daraus werden, und deshalb muss vor allem das Reden innerhalb der Wunschkonzerte eingeschränkt werden.

Der Minister greift das von Deutschland verlorene Eishockeyspiel in Prag als Beispiel dafür auf, wie falsch es ist, sich mit Kolonialvölkern auf einem Gebiet zu messen, auf dem wir unterlegen sind. Herr Gutterer soll mit Herrn von Tschammer und Osten bezw. dem Reichssportamt vereinbaren, dass eine Wiederholung derartiger Vorfälle unmöglich ist.

Im gleichen Sinne äusserte sich der SD-Bericht vom 22. Jan. 1940. Das besagte Eishockeyspiel fand am 11. Jan. 1940 im Eisstadion zu Prag statt und wurde von der

deutschen Mannschaft mit 1: 5 Toren verloren. Zu Beginn des Spieles wurde die deutsche und tschechische Nationalhymne gespielt. Die deutsche Niederlage wurde laut SD-Bericht von den tschechischen Spielern und Zuschauern als politischer Triumph gefeiert.

Der Minister ermahnt wieder einmal die Bildpresse, bei politischen Kundgebungen dafür zu sorgen, dass nicht stereotyp der Redner in Anfangspose gebracht wird, sondern dass lebendige Bilder etwa vom Publikum auf dem Heuboden gezeigt werden. Der Minister wünscht, dass diese Anregungen anlässlich der Sportpalastkundgebung am Freitag nun endlich einmal beachtet werden.»

Am 30. Jan. 1940 sprach Hitler zum «Tag der Machtübernahme» im Berliner Sportpalast und unterstrich vor allem seine Entschlossenheit, im Westen anzugreifen. Auf Chamberlain bezogen, erklärte er: «Ausserdem, jedes Volk verbrennt sich nur einmal die Finger; einem Rattenfänger von Hameln sind nur einmal die Kinder nachgelaufen und einem Apostel internationaler Völkerverbrüderung auch nur einmal das deutsche Volk!» Er beteuerte, dass Deutschland nicht kapitulieren werde, «denn Deutschland muss und wird siegen.»

1. Februar 1940

«Der Minister fordert von Film, Funk und Presse einen Feldzug zur Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen Verkäufer und kaufendem Publikum. Es soll gezeigt werden, wie gutwillige Menschen durch Ungehörigkeiten schlecht erzogener Verkäufer vor den Kopf gestossen und wie umgekehrt durch taktvolles Einfühlungsvermögen der Verkäufer selbst Härten und Mängel gemildert werden können. Im Einzelnen soll der Film sich des Problems durch Lächerlichmachung der Fehler annehmen; Herr Fritzsche soll eine feine psychologische Bearbeitung des Themas in Spezialauftrag geben, und Herr Hadamovsky soll vom Rundfunk aus Interviews ausarbeiten.»

Aktionen für mehr Höflichkeit im öffentlichen Leben wurden von Goebbels auch in den folgenden Jahren angeregt und gelangten zur Durchführung. Dem Besitzer eines Berliner Speise-Restaurants, der seine Speisenfolge poetisch verherrlichte, drohte er hingegen Ende Jan. 1941 mit Überführung in ein Konzentrationslager, wenn er nicht «sein überflüssiges Getue» aufbebe.

3. Februar 1940

«Herr Fritzsche berichtet über die Stockung in der Papierbelieferung, die es unter Umständen nötig machen wird, für die nächsten vier Wochen die Hälfte des heutigen Umfangs der Tageszeitungen einzusparen. Der Minister will Einzelheiten erst nach einer am Montag [5. Febr.] stattfindenden Unterredung mit Herrn Rienhardt entscheiden, stellt aber schon jetzt den Grundsatz auf, keine Zeitungen eingehen zu lassen, sondern sie nur im Umfang zu verkleinern. Die Polyphonie der Zeitungen soll in jedem Fall erhalten bleiben. Dagegen können noch eine Reihe überflüssiger Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen.

Von den Papiereinsparungsmassnahmen während des Krieges wurde die Zeitschrif-

tenpresse am stärksten betroffen. 1939 erschienen in Deutschland 4789 verschiedene Zeitschriften, deren Zahl sich im Laufe des Krieges bis 1944 auf 458 reduzierte.

In der Pressekonferenz vom 5. Febr. teilte Fritzsche mit, dass der Papierverbrauch um die Hälfte eingeschränkt werden müsse, weil die Papierfabriken keine Kohlen hätten. In der Konferenz vom 6. Febr. 1940 war lediglich von einer 25%igen Papiereinsparung die Rede. Die im Mai/Juni 1940 geplante Einsparung von Rundfunk-Zeitschriften wurde zunächst zurückgestellt. – Fs. 24. Febr. 1941.

5. Februar 1940

«Der Minister gibt Anweisung, dass im Sprachendienst und bei anderen sich bietenden Gelegenheiten vornehmlich den neutralen Nordländern eindeutig klargemacht werden soll, dass es diesmal nicht wie im vergangenen Kriege möglich ist, sich auf der einen Seite im Schutze der Neutralität die Taschen vollzustopfen und dann andererseits an Humanitätsgefühle zu appellieren, wenn beispielsweise neutrale Schiffe versenkt werden.»

Schon am 5. Jan. 1940 wandte sich Goebbels mit aller Schärfe gegen jede Presseveröffentlichung, die die Neutralität der kleinen Staaten unterstreicht. Seine Missbilligung fand ein Leitartikel der «Berliner Börsenzeitung» über die Neutralität Luxemburgs, weil der Artikel Tendenzen zum Ausdruck brachte, die im krassen Gegensatz zur Politik des Reiches standen.

12. Februar 1940

«Der Minister stellt fest, dass allein die mit der politischen und kulturellen Führung des deutschen Volkes beauftragte Partei das Recht habe, in Versammlungen an das deutsche Volk zu appellieren. Es sei deshalb nicht zulässig, dass alte Admirale oder Generale etwa in Betrieben zum deutschen Volke sprächen, zumal sie nicht immer die richtige Fühlung zum Volk hätten. Es handele sich dabei im übrigen auch um einen Wunsch der Wehrmacht selbst. Herr Wächter soll sofort abstellen, dass sich derartige Vorfälle wiederholen.»

Diese Weisung sollte wohl letztlich die Gefahr abwenden, dass Generale und Admirale des 1. Weltkrieges in ihren Reden naheliegende Parallelen zwischen den beiden Kriegen ziehen würden und dadurch die Zweifel innerhalb der Bevölkerung über den Kriegsausgang noch genährt würden.

Das gleiche Thema griff Goebbels in seinem ersten Leitartikel für die NS-Paradezeitschrift «Das Reich» vom 26. Mai 1940 auf. Wer den gegenwärtigen Krieg «nach den damaligen Massstäben zu analysieren versucht», so stellte er einleitend fest, «läuft Gefahr, den schlimmsten politischen und militärischen Irrtümern anheimzufallen». Sodann folgt: «Dem überragenden staatsmännischen Genie des Führers ist es durch unermüdliche diplomatische Vorbereitungsarbeit gelungen, die Einkreisung zu sprengen bzw. sie unter Ansatz von militärischen Machtmitteln aufzulösen ... Das Reich besitzt so viel Rohstoffe, dass es den Krieg wirtschaftlich auf unbegrenzte Zeit durchhalten kann ... Heute besitzt die deutsche Wehrmacht die modernste technische Ausrüstung, die man sich überhaupt nur denken kann.» ... Deutschland «weiss, die Waffe der Wahrheit mit souveräner Sicherheit zu handhaben. Seine Nachrichtenpolitik ist schnell, geübt, klar und durchschlagend. Es hat ein System höchster Vollkommenheit in der Behandlung der Meinung des Volkes selbst und der öffent-

lichen Meinung der Welt bis in die letzte Verästelung durchgebildet... Dazu kommt noch, dass die deutsche Armee heute, was auch psychologisch von ungeheurer Bedeutung ist, den Zauber der Unbesiegbarkeit und die Magie einer glorreichen Revolution vor sich herträgt... Heute erweist es sich mit eindringlicher Deutlichkeit, dass man mit Butter keine Kanonen, mit Kanonen aber sehr wohl Butter erobern kann ..Das deutsche Volk wisse, «in einer Zeit ohne Beispiel zu leben».

Herr Bömer macht auf die grosse Gefährlichkeit des neuen Rauschning-Buches aufmerksam. Er hält es für notwendig, im Auslandsdienst dazu Stellung zu nehmen, was u.a. durch die beweisbare Feststellung möglich ist, dass Rauschning nur ganz wenige Male beim Führer war und keineswegs, wie er behauptet, bei diesem ein- und ausgegangen ist. Herr Müller erhält den Auftrag, sich dieserhalb zunächst mit Gauleiter Forster in Verbindung zu setzen.»

14. Februar 1940

«Der Minister macht sich Ausführungen von Herrn Major Martin über die Entartung des Soldatenhumors zu eigen und stellt als durch Herrn Fritzsche der Presse zu übermittelnden Grundsatz auf: Die Presse dürfe sich dem Soldaten gegenüber nicht mehr erlauben als dem Politischen Leiter gegenüber. Kaczmarek-Typen bzw. überhaupt grundsätzlich blöde Darstellungen von Soldaten und Unteroffizieren haben zu verschwinden.»

16. Februar 1940

«Herr Fangauf soll bis nächsten Montag [19. Febr.] eine Aufstellung über die geldlichen Verluste machen, die durch eine plötzliche Zurückziehung der amerikanischen Filme entstehen könnten. Ferner soll er dafür sorgen, dass in heutiger Zeit nicht Weltkriegsfilme laufen, zumal aus den letzten Kriegsjahren, die einen Soldatentyp zeigen, wie wir ihn im jetzigen Krieg bisher noch nicht kennen.»

Am 19. Febr. 1940 wurde dem SD mitgeteilt, aus welchen Gründen die zurzeit in Deutschland gezeigten amerikanischen Spielfilme nicht plötzlich zurückgezogen werden konnten. – Fs. 10. Apr. 1940.

17. Februar 1940

«Der Minister ordnet zur Durchführung der Neutralitätsdebatte an, dass die neutralen Staaten natürlich nicht «mit dem Gewehr» zu bedrohen seien, sondern dass sie allmählich unter den Terror des von uns neu gebildeten Neutralitätsbegriffes zu bringen seien.»

In seiner in Münster gehaltenen Rede erläuterte Goebbels seinen «Neutralitätsbegriff» und sagte, dass er nicht mit einer Definition einverstanden sei, die dahin gehe, dass unter Neutralität nur eine militärische, nicht aber eine politische zu verstehen sei, zu der seiner Meinung nach auch eine publizistische Neutralität gehöre.

26. Februar 1940

«Herr Gutterer soll dafür sorgen, dass die NS-Presse in Süddeutschland anständigere Werbemethoden an wendet.»

Am 17. Febr. 1940 ging der SD-Bericht auf Werbemethoden für die NS-Presse in Danzig-Westpreussen ein. Dort werde nach dem Grundsatz geworben: «Wer diese Zeitung nicht bezieht, ist kein Deutscher.» Der SD-Bericht vom 23. Febr. beschrieb Werbemethoden in Süddeutschland und besonders in München. Hier forderte man die Ausfüllung von Formularen, in denen gefragt wurde, ob der Leser Pg. und Leser des VB. sei. Schliesslich erweckte man den Eindruck, als dürfe nur der «Völkische Beobachter» gelesen werden.

Am 21. März 1940 gab Goebbels zu einem Fall rigoroser Abonnenten-Erpressung für die NS-Presse die folgende Anweisung: «Wenn es zutrifft, dass ein Werber mit der Drohung gearbeitet hat, falls die Frauen sich weigerten, die NS-Presse zu abonnieren, würden ihre Männer zum Heeresdienst einberufen werden, soll dieser Werber ins Konzentrationslager gebracht und die Strafe veröffentlicht werden.» Lediglich die Dauer der Haftstrafe, nicht aber die Tatsache der Einweisung in ein KZ wäre in einem solchen Falle in der deutschen Presse veröffentlicht worden.

27. Februar 1940

«Herr Fritzsche soll für die Dauer des Europa-Aufenthaltes von Welles die Presse immer wieder darauf hinweisen, dass ausserhalb des amtlichen DNB-Materials über diese Reise in den deutschen Zeitungen nichts erscheinen darf.»

Der amerikanische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Sumner Welles, traf am 25. Febr. 1940 in Rom ein und führte Unterredungen mit Mussolini und Graf Ciano, um Friedensmöglichkeiten zu erkunden. Schon am 26. Febr. 1940 drohte Goebbels, jede deutsche Zeitung beschlagnahmen zu lassen, die über den Welles-Besuch mehr als die amtlichen deutschen Nachrichten bringt.

8. März 1940

«Herr Gutterer soll vor Beginn der Buntmetall-Sammlung dem Minister noch einmal alle Merkblätter, Aufrufe usw. vorlegen. Insbesondere soll dafür gesorgt werden, dass von Gegenständen des täglichen Gebrauchs nur *die* eingesammelt werden, die durch Kauf gleichartiger Gegenstände aus anderem Material tatsächlich ersetzt werden können.»

Die «Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung von Nichteisenmetallen» vom 15. März 1940 besagte: «Um die für eine Kriegführung auf lange Sicht erforderliche Metallreserve zu schaffen», seien ebenfalls die bronzenen Kirchenglocken abzuliefern. Eine Entschädigung wurde für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht gestellt.

In der Konferenz vom 4. März 1940 verlangte Goebbels, Vorbereitungen zu treffen, dass bei der Buntmetall-Sammlung nicht Kunstwerke zerstört werden, vielmehr sollten Metall- und Kunstwert in einem vertretbarem Verhältnis zueinander stehen. Ende März 1940 drängte er in den Konferenzen, dass die Werbung für die Buntmetall-Sammlung (Zink, Kupfer, Blei, Zinn usw.) nicht zu lax betrieben werde und vor allem möglichst bald das Gesetz herauskomme, das die Todesstrafe für jeden vorsah, der sich Gegenstände aus der Sammlung aneignete. Die «Verordnung zum Schutz der Metallsammlung des deutschen Volkes» datierte vom 29. März 1940.

Am 19. Apr. 1940 gab Goebbels den Konferenzteilnehmern bekannt, dass das Ergebnis der Metallspende die optimistischsten Vorschätzungen bereits um das 2 $\frac{1}{2}$ -fache übertreffe. Die genauen Ziffern dürfen jedoch den Feinden nicht bekanntge-

geben werden, allerdings müsse die bewundernswerte Leistung des deutschen Volkes in der Presse höchste Anerkennung finden. Am 29. Apr. 1940 nannte Goebbels als Gesamtergebnis der Metallspende 61'000 t, vergass aber hinzuzufügen, dass das Ergebnis, gemessen am Jahresverbrauch, der allein für Kupfer bei über 300'000 t lag, verhältnismässig gering war. Die Buntmetallsammlung schloss für wenige Monate eine Bedarfslücke, verhalf aber nicht zu der für eine «Kriegführung auf lange Sicht» erforderlichen Metallreserve.

14. März 1940

«Der Minister erklärt sich mit der von Herrn Börner vorgeschlagenen Taktik einverstanden, unliebsame Auslandsjournalisten durch die Polizei als lästige Ausländer über die Grenze abschieben zu lassen, damit die Abteilung Auslandspresse sich aus derartigen Affären möglichst heraushalten kann.»

Zur Kontrolle der Auslandskorrespondenten war ein ausgedehntes System der persönlichen Überwachung eingeführt worden. Hierzu gehörten die sicherheitspolizeilichen Massnahmen, die den gesellschaftlichen Verkehr und das persönliche Verhalten des Auslandskorrespondenten ständig unter Kontrolle hielten. Schliesslich wurde der Kreis der Auslandskorrespondenten in Berlin durch eine beinahe unsichtbare Form der «Ausmerzungen und Auswahl» so sehr eingeengt, dass sich bis auf wenige Ausnahmen nur noch Korrespondenten in Berlin befanden, durch die eine antideutsche Berichterstattung nicht zu befürchten war.

19. März 1940

«Herr Brauweiler soll dafür sorgen, dass die Talks voraussetzungsloser werden, dass das Wichtige in ihnen deutlicher herausgehoben wird und dass in ihnen mehr an Massen- und Klasseninstinkte appelliert wird. In dieser Form – also nicht als Talks nur für die Intellektuellen, wie es England macht – können dann die Talks weiterlaufen.

In der Konferenz vom 26. März 1940 präziserte Goebbels seine Weisung: «Nach wie vor muss gegen die Gefahr angekämpft werden, dass der Sprachendienst zu intellektuell gehandhabt wird. Die Sendungen sollen Wut entfachen, nicht den Verstand einer dünnen Schicht berühren. Ebenso soll etwaige musikalische Umrahmung *unterhalten*, aber nicht den Geschmack anderer Völker umbilden. Herr Dittmar soll in ‚10 Geboten für seine Mitarbeiter‘ entsprechende Richtlinien herausgeben.»

Herr Fritzsche persönlich soll jede Meldung aus Paris oder London unter seine Kontrolle nehmen und grundsätzlich darauf achten, dass von dem Rätselraten im Zusammenhang mit dem Brenner-Treffen nichts in die deutsche Presse kommt. Auf keinen Fall darf die deutsche Öffentlichkeit von der Nervenkrise der anderen angesteckt werden, und das Wort «Frieden» darf in der deutschen Presse überhaupt nicht erscheinen. Der Minister betont, wie der Standpunkt stur durchgehalten werden müsse: Wir kämpfen bis zur völligen Klarheit.

Am 18. März 1940 trafen sich Hitler und Mussolini auf dem Brenner zu einer zweieinhalbstündigen Unterredung, in der Hitler jedoch weder den geplanten Skandinavien- noch den Frankreichfeldzug erwähnte. Er wollte lediglich seinen Gesprächspartner von der zahlenmässigen Stärke der deutschen Wehrmacht beeindrucken.

Dagegen kann der *Sprachendienst* alle Friedensgerüchte usw. aufgreifen, soweit sie geeignet erscheinen, im Ausland demoralisierend zu wirken.»

Am gleichen Tage wurde ein offizielles deutsches Friedens-Dementi veröffentlicht, das von der Presse entsprechend zu kommentieren war. In den Presseinformationen vom 20. März 1940 hiess es dazu: «Es regiert absolut der Krieg, und keinerlei Aktionen Deutschlands diplomatischer oder sonstiger Art sind etwa als Taktik mit getarnten Absichten zu verstehen, sondern sind höchst konkreter Natur und dienen allein dem Ziel, den Krieg siegreich durchzuführen und zu beenden.»

29. März 1940

«Presseanweisungen:

- a) die Presse soll auf die starke Versteifung und Verschärfung der Kriegsmethoden und Kriegsziele auf der Gegenseite hinweisen, die seit Bildung des Kabinetts Reynaud festzustellen ist, und aus diesem Anlass erneut klarmachen, dass dieser Krieg nur mit der Zerschlagung der internationalen Welttyrannei enden kann.
- b) Im Zusammenhang mit einigen prahlerischen Feindstimmen soll daran erinnert werden, wie vor genau einem Jahr die Maulhelden in Polen nach Berlin erobern wollten und es jetzt sieben Monate her sei, dass die Regierung Polens ihr Land verlassen musste. Daran sollen Worte des Bedauerns für das Schicksal der Völker geknüpft werden, die sich solchen Hasardeuren anvertrauen und für ihre Taten büssen müssen.
- c) Im Zusammenhang mit der französischen Äusserung, dass ganz Deutschland nach Kriegsende aus französischen Feldküchen werden essen müssen, soll damit begonnen werden, das Anti-Frankreich-Material auszuwerten. Die Presse soll darauf hinweisen, dass es sich nicht etwa um den literarischen Hasserguss eines Einzelgängers handelt, sondern dass dieselbe Schicht wie 1918-1923 am Ruder sei und dass nur die Gesichter gewechselt haben. Im Interesse einer Verständigung hätten wir in den vergangenen Jahren in Vergessenheit geraten lassen, was noch vor 20 Jahren geschehen sei. Anschliessend sollen dann die einzelnen Zeitungen krasse Einzelbeispiele aus der Besatzungszeit anführen.»

In der Konferenz vom 18. Jan. 1940 gab Goebbels eine Anregung des «Westdeutschen Beobachter» weiter, bei den Ortsgruppen der Partei in den früher besetzten Gebieten des Rheinlandes, in Archiven und bei Zeitungen nach Befehlen der Besatzungsbehörden zu suchen, die die Bevölkerung drangsalierten und schikanierten. Die Material-Sammlung über die Rheinland-Besetzung und den Ruhr-Kampf wurde seit Anfang März 1940 zur Veröffentlichung griffbereit gehalten.

«Die Zeit ohne Beispiel»

APRIL-JUNI 1940

1. April 1940

«Zum deutschen Weissbuch gibt der Minister nochmals allgemeine Richtlinien: Auf keinen Fall darf aus Äusserungen in der deutschen Presse oder im Sprachendienst zu entnehmen sein, dass wir uns in die inneramerikanischen Verhältnisse einmischen wollten. Das Ziel müsse sein, eine Neuwahl Roosevelts zu verhindern, damit Roosevelt nicht nach seiner Wiederwahl ebenso wie seinerzeit Wilson den Beitritt der USA zum Kriege betreibe. Das Ziel könne nur erreicht werden, wenn man das Material für sich selbst sprechen lasse. Lediglich die amerikanischen Bagatellisierungsversuche könnten von oben herab abgetan werden.

Das deutsche Auswärtige Amt übergab der Öffentlichkeit das «Weissbuch Nr. 3, Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges». Die amtliche deutsche Ausgabe des Weissbuches belief sich auf 120'000 Stück, die Volksausgabe auf 200'000, die englische auf 40'000, die französische auf 50'000, die spanische auf 120'000 und die japanische auf 5'000 Stück. Ein grosser Teil der Weissbücher wurde über die Schweiz vertrieben.

Herr Gutterer soll bei KdF dafür sorgen, dass die Conférenciers weniger in Zoten abgleiten als bisher. Grundsatz müsse sein, dass man wohl grosszügig bei der Entblösung des weiblichen Körpers vorgehen könne, umso enger aber mit dem angeblichen «Witzemachen» sein müsse.

Ferner soll Herr Gutterer dafür sorgen, dass die Verordnung des Ministers, die politische Witze für die Conférenciers überhaupt verbietet, nachdrücklichst in die Erinnerung zurückgerufen wird.

Gleichzeitig wurden Besprechungen angeordnet, die zum Ziele haben sollten, den KdF-Veranstaltungen, die zu einer «reinen Rummelbewegung» abzusinken drohten, ein höheres Niveau zu geben. Noch im März 1940 hatte Goebbels eine Kontrolle der Nacktdarbietungen in den Berliner Vergnügungsstätten angeordnet. Da «tatsächliche Obszönitäten» nicht gezeigt wurden, sah er am 21. März 1940 keinen Grund zum Einschreiten.

Herr Börner berichtet, dass das Auswärtige Amt Weisung erteilt hat, gegen die zurzeit tatsächlich in den Vereinigten Staaten erfolgende Aufführung des Filmes «Hitler, die Bestie von Berlin» sowohl in den USA als auch in sämtlichen anderen in Frage kommenden Ländern zu protestieren.»

Die deutschen Missionen hatten häufig Protestnoten bei Aufführung antideutscher Filme im Ausland zu überreichen, jedoch mit unterschiedlichem Erfolg. Beispielsweise verbot Ende Jan. 1940 die belgische Regierung nach einem deutschen Protestschritt die Aufführung des ersten in der Kriegszeit gedrehten englischen Propagandafilms «Der Löwe hat Flügel» (The Lion has Wings), der zur gleichen Zeit in Italien unbeanstandet lief. Ende Mai 1940 fasste Goebbels den Entschluss, den Film ebenfalls in Berlin aufzuführen in der Annahme, der Film würde «in einem Sturm von Heiterkeit ein Begräbnis erster Klasse» finden. Es kam nicht mehr dazu. Ehe eine entsprechende deutsche Bearbeitung des Films fertiggestellt werden konnte, bewiesen die Bomberangriffe der RAF, dass der britische Löwe tatsächlich Flügel besass und wahrhaftig kein Grund zu Heiterkeitsausbrüchen mehr vorlag.

3. April 1940

«Die Europa-Karte in «L'Illustration», die die Neuaufteilung Europas nach einem Siege der Plutokraten zeigt, soll gross ausgeschlachtet werden. Insbesondere sollen auch die kleineren neutralen Staaten darauf hingewiesen werden, welches Schicksal sie nach einer Niederlage Deutschlands erwarten würde. Im «Zeitgeschehen» soll Professor Grimm oder ein anderer Wissenschaftler über den Fall sprechen; die «Parole der Woche» soll die Landkarte bringen; Herr Börner soll an Hand einer vergrösserten Karte vor der Auslands-Presse-Konferenz einen Vortrag halten lassen, und der Sprachendienst soll bei seinen Sendungen in die einzelnen Länder jeweils das Land besonders hervorheben, an das sich der Sprecher wendet.

Am 16. März 1940 veröffentlichte die französische Zeitschrift «L'Illustration» als Titelseite eine photographische Aufnahme, die Sumner Welles und Paul Reynaud und im Hintergrund eine Karte von Mitteleuropa zeigte. In diese Karte wurden sodann von einem zuständigen deutschen Propagandaatelier deutlich erkennbare Grenzen retuschiert mit folgendem Verlauf: der gesamte Rhein bildete Frankreichs Grenze, das rechte Oderufer die Polens. Deutschland zerfiel in zwei Staaten, in Bayern südlich und Preussen nördlich des Mains. Ein noch zu errichtender Habsburger Staat umfasste Teile von Süddeutschland wie die italienischen Provinzen Venetien und Triest. Der Tschechoslowakei waren Teile von Sachsen einverleibt. Ungarn war zugunsten von Rumänien verkleinert und Belgien und die Niederlande zu einem einheitlichen Staatsgebilde vereinigt.

Wie häufig bei deutschen Propagandafälschungen zu beobachten war, wurden sie zuerst zur Veröffentlichung ins Ausland lanciert, um dann von der deutschen Presse übernommen zu werden. Die gefälschte Europakarte brachte zuerst die «Regime Fachista».

Die Presse wurde angewiesen, die Landkarte als zynischen Beweis neuer alliierter Vernichtungstendenzen herauszustellen. «Der Topf dieses Themas sei am Kochen zu halten.» Ausserdem sollten die Redaktionen das Material über den Ruhrkampf und die Separatistenbewegungen zu einer antifranzösischen Kampagne zusammenstellen. Als Sumner Welles kurz darauf klarstellte, dass er bei seiner Besprechung mit Reynaud eine solche Landkarte nicht gesehen habe, wurde die Presse angewiesen, das Dementi Sumner Welles nicht aufzugreifen. Goebbels meinte, durch das Welles-Dementi habe die ganze Angelegenheit eine «neue urkomische Wendung» erfahren, die die deutsche Position nicht im Geringsten schwäche.

Der Minister wendet sich wiederum gegen die unsinnige, ja schädliche Papierflut-

Propaganda, die sich in die neutralen Staaten ergießt, und ordnet endgültig an, dass sich das Ministerium an den törichten und verfehlten Propaganda-Methoden anderer Stellen in keiner Weise beteiligen darf. Grundsatz unserer Propaganda muss bleiben, an den Instinkt, nicht an den Verstand zu appellieren.»

Am 5. Apr. 1940 empfing Goebbels die Chefredakteure der Berliner Presse und die Leiter der Berliner Vertretungen der Auslandspresse, um vor ihnen in vieler Hinsicht aufschlussreiche Ausführungen zu machen. Auf die Propagandagrundsätze der Presse eingehend, sagte er, dass das Prinzip der ständigen Wiederholung der ausgegebenen Propagandaparolen unbedingt beibehalten werden müsse und die Zeitungen sich vor allem an die breite Masse und nicht an kleine auserwählte Schichten zu wenden haben. Unkommentierte Nachrichten haben zu unterbleiben, was bedeute, dass die Meldung eine Fassung im kommentierten Sinne erhalten müsse. Um die Staatsführung nicht festzulegen und auch den einfachen Leser nicht zu schrecken, seien Erörterungen über Kriegsziele zu vermeiden. Nur der jeweils fällige «Marschabschnitt» sei klar aufzuzeigen.

Die Rede verriet ferner die Absicht, dass bald eine Änderung in der Kriegführung zu erwarten sei, so dass dem deutschen Volke eine Nervenprobe bevorstehe. Keinesfalls würde es sich mit dieser Ankündigung aber um einen Bluff im Rahmen des Nervenkriegs handeln. Wenn es auch das Ziel der deutschen Propaganda sei, die Völker der Westmächte von ihren Regierungen zu trennen, wie man im Kampf um die Macht die Wähler von den alten Parteiführungen getrennt habe, so liege darin keineswegs das «allein seligmachende» Rezept der Kriegführung. Die Propaganda sei nur ein Mittel der Kriegführung und mache den militärischen Einsatz nicht überflüssig.

8. April 1940

«Die Hauptmeldung in der Presse wird voraussichtlich der englische Entschluss bilden, in norwegischen Gewässern Minen zu legen. Bei der Behandlung des ganzen Komplexes muss darauf geachtet werden, dass diese Dinge nun kein Auswalzen über mehrere Tage hin mehr vertragen, sondern dass das deutsche Volk mit einer Antwort durch die Tat rechnet.»

Am 28. März 1940 beschloss der alliierte Oberste Kriegsrat, beginnend mit dem 5. Apr. die norwegischen Gewässer zu verminen und in Norwegen Stützpunkte zu besetzen. Am 5. Apr. wurde die Aktion auf den 8. Apr. verschoben und lief tatsächlich auch erst an diesem Tage an. Die Bearbeitung der deutschen Aufmarschstudie «Weserübung», die die Besetzung dänischer und norwegischer Stützpunkte vorsah, wurde am 27. Jan. vom OKW in Angriff genommen und am 1. März von Hitler gebilligt. Am 2. Apr. 1940 befahl Hitler den Beginn der Aktion für den 9. Apr. Am 7. Apr. liefen die deutschen Flottenverbände nach Dänemark und Norwegen aus.

10. April 1940

«Zur Weiterbehandlung der Inschutznahme Skandinaviens gibt der Minister die folgenden Hauptgesichtspunkte aus:

- a) Deutschland hat es nicht nötig, in Triumphgeschrei zu machen; dazu ist unsere Stellung zu stark.
- b) Dagegen muss der Welt und vor allem dem englischen Volk die demütigende Lage so deutlich wie möglich vor Augen geführt werden, in die England sich

hineinmanövriert hat. Die englischen Pressestimmen selbst, ohne Kommentar, sind das beste Mittel dazu.

- c) Dem deutschen Volk muss klargemacht werden, worum es sich gehandelt hat: dass es die tollkühnste, verwegenste Operation im modernen Krieg gewesen ist, die alle Gesetze der Strategie auf den Kopf stellte.
- d) Unbedingt muss die These aufrechterhalten bleiben und unterstrichen werden, dass die Operation lediglich eine Antwort auf die englischen Operationen in norwegischen Gewässern waren und erst durch diese ausgelöst wurden.
- e) Der Minister erwartet von den Angehörigen des Ministeriums, dass diese These der Inschutznahme auch von ihnen selbst nicht etwa angezweifelt oder gar lächerlich gemacht wird.

Da in letzter Zeit immer häufiger durch amerikanische Filme regelrechte Skandal-szenen in deutschen Kinos ausgelöst wurden, wünscht der Minister von Herrn Hippler bis Freitag [12. Apr.] eine Vorlage, die endgültig ein bis Mittwoch nächster Woche durchführbares Verbot aller amerikanischen Filme in Deutschland zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ermöglicht. Herr Hippler soll sich mit dem Auswärtigen Amt wegen der Form der Begründung dieses Verbotes den Vereinigten Staaten gegenüber besprechen.»

Obwohl Goebbels offenbar wiederum bereit war, dem Druck des SD nachzugeben und die amerikanischen Filme zu verbieten, konnte dieses Verbot dennoch nicht im Jahre 1940 durchgesetzt werden. Inwieweit Hitler dabei eingeschaltet wurde, ist bisher nicht zu übersehen. – Fs. 28. Febr. 1941.

11. April 1940

«Der Minister weist darauf hin, dass im Vordergrund aller Betrachtungen über die Operationen in Skandinavien stehen müsse, dass dieses kühne, verwegene Unternehmen zu einem vollen Erfolg geführt hat. Dieser Erfolg allein sei entscheidend. Es sei selbstverständlich, dass wir dabei auch mit Verlusten rechnen müssten. Nicht auf die Verluste komme es an, sondern auf den Erfolg, der zum Siege führt. Dies allein sei entscheidend.

Für Presse und Rundfunk sind in einer Zeit, in der der Gegner die Weltöffentlichkeit mit Gerüchten überschüttet, Kommentare und Talks zwecklos. Primär ist die Meldung. Wenn mangels direkter Verbindungen keine eigenen Meldungen möglich sind, dann müssen sie – ebenso wie England und Frankreich es tun – aus vorliegenden Meldungen anderer Länder gemacht werden.

In der Konferenz vom 12. Apr. 1940 erläuterte Goebbels, «dass es in kritischen Situationen unbedingt notwendig sei, den Angriffen des Gegners sofort zu antworten, wobei diese Antwort durchaus nicht auf *dem* Gebiet zu erfolgen brauche, auf dem der Angriff erfolgt sei. Prinzip müsse sein, niemals zu schweigen, sondern immer etwas zu sagen. Notfalls müsse der Gegner gezwungen werden, anstatt weiter zu lügen, sich in Dementis zu verlieren».

Es soll im deutschen Volk kein Hyperoptimismus aufkommen; das Volk muss immer reale Korsettstangen haben.»

13. April 1940

«Aus den Lügenmanövern der Alliierten in den vergangenen Tagen zieht der Minister die Lehre, dass man

- a) Lügen nur als Abwehrmassnahme gebrauchen darf, nicht aber um Erfolge vorzutäuschen;
- b) dass man sich zur Lancierung von Lügen niemals amtlicher Apparate, Nachrichtenagenturen usw. bediene, sondern man muss grundsätzlich die Quelle einer Lüge sofort vernebeln;
- c) Rundfunk und Presse im eigenen Lande dürfen überhaupt nicht mit solchen Lügen belastet werden, sondern nur die ins Ausland gehenden Kanäle dürfen solche Lügen aufnehmen.

Die «Anleitung zur Abfassung von Zweck- und Störmeldungen» vom Juli 1942, die dem Auswärtigen Amt zur Grundlage seiner auslandspropagandistischen Tätigkeit diene, betonte ebenfalls, dass es für die Wirkung einer Störmeldung wichtig sei, auf welche Art und Weise ihre Bekanntgabe erfolge. Stets sei der Weg ihrer Lancierung genau zu überlegen, der seinerseits davon abhängig sei, welches Ausmass von Verbreitung die «Meldung» erfahren solle. «Störmeldungen» könnten als Einzelmeldungen oder in Gestalt mehrerer Meldungen herausgegeben werden. Besonders vorteilhaft sei es, sie an mehreren Stellen gleichzeitig oder hintereinander auftauchen zu lassen.

Für unsere Propaganda Dänemark gegenüber stellt der Minister als Richtlinie auf, grosszügig in allen Dingen zu sein, die uns nichts kosten.

- a) Ein lebhafter Kulturaustausch auf Gleichberechtigungsbasis soll sofort einsetzen.
- b) Es soll alles getan werden, um den Dänen ihren Minderwertigkeitskomplex zu nehmen.

Mit Flugschriften soll Dänemark verschont werden. Im Übrigen sollen die Dinge, d.h. vor allem unser Militär, für sich selbst sprechen. Bei den Dänen soll insgesamt die Erkenntnis gefördert werden, dass alles, was jetzt geschieht, das kleinere Übel sei. Norwegen gegenüber ist es Aufgabe unserer Propaganda, dem Volke in unaufdringlichem, ruhigem und sachlichem Ton klarzumachen, dass es Wahnsinn sei, wenn sich ein Volk von 2,9 Millionen gegen ein mächtiges Reich von 86 Millionen Menschen auflehnen wolle. Die bisherige Regierung treibe Norwegen aus egoistischen Gründen durch ihre falsche Politik ins Unglück, denn an der Tatsache, dass Norwegen während der Kriegsdauer von Deutschland besetzt bleiben werde, sei nicht mehr zu rütteln.»

Norwegen war entschlossen, sich nicht freiwillig zu unterwerfen, und setzte den deutschen Landungsoperationen zum Teil hartnäckigen Widerstand entgegen. Die deutschen Versuche, König Haakon und die norwegische Regierung umzustimmen und sie zur Aufgabe des Widerstandes zu bewegen, schlugen fehl.

15. April 1940

«Der Minister verbietet, dass in die Inlandspresse noch weiter Bilder von englischen Gefangenen kommen, aus denen sehr gute Behandlung ersichtlich ist.»

Diese Weisung stand im Gegensatz zu der noch am 10. Apr. 1940 gegebenen, in der es hiess, dass mehr Fotos von englischen Gefangenen und von der guten Aufnahme, die sie in Deutschland finden würden, wegen der propagandistischen Wirkung ins Ausland zu bringen seien. Laut Weisung vom 29. Mai 1940 sollten Gefangenenbilder nur noch dann gezeigt werden, wenn die Gefangenen einen zerschmetterten Eindruck machten. Anfang Sept. 1940 bedeutete Fritzsche nochmals der Presse, «dass Berichte über gute Behandlung von Kriegsgefangenen propagandistisch schlecht wirken». Goebbels meinte offenbar, dass das strenge Verbot über den Umgang mit Kriegsgefangenen nicht zu verwirklichen war, solange die Presse über eine gute Behandlung von Kriegsgefangenen lobend berichtete. Andererseits wird man solchen Berichten im Ausland sicherlich wenig Glauben geschenkt haben. Schliesslich sei noch auf die bitteren Erfahrungen der US-Forces in den letzten Kriegsjahren verwiesen, deren Propaganda von der guten Aufnahme deutscher Gefangener in den USA nahezu wirkungslos blieb.

16. April 1940

«Der Minister lässt sich über die Frage der Zensur von Auslandssendungen durch Ausländer berichten und entscheidet, dass ab sofort entgegen der bisherigen Handhabungen von jeder geplanten Sendung rechtzeitig ein Manuskript in dreifacher Ausfertigung vorzulegen ist. Die Zensur üben:

- a) die Wehrmacht,
- b) das Auswärtige Amt und
- c) die Abteilung Auslandspresse

aus. Dabei ist auch auf die Person des Sprechers zu achten, damit nicht ein an sich harmloser Text durch höhnische Aussprache zu gegenteiliger Wirkung gebracht wird. Wird unter den Zensoren keine Einigkeit erzielt, so entscheidet nicht die Mehrheit der Stimmen, sondern die schärfere Meinung.

Herr Fritzsche soll den verantwortlichen Schriftleiter einer lippischen Zeitung auf das schärfste verwarnen, der öffentlich die Frage diskutiert hat, ob in den Nachmittagsstunden eine Übertragung des Wunschkonzertes tatsächlich gleich wichtig sei wie die Übertragung eines Fussballspiels. Es ist diesem Schriftleiter zu bedeuten, dass er im Wiederholungsfall für eine derartig freche Einmischung in staatspolitische Angelegenheiten mit dem KZ. rechnen könne.»

Unter dem Vorbehalt, dass das deutsch-italienische Fussball-Länderspiel für Deutschland günstig ausgehe, erlaubte Goebbels Ende Apr. 1940 die Einblendung einer Reportage ins Wunschkonzert. Deutschland verlor am 5. Mai 1940 den Fussball-Länderkampf gegen Italien mit 3: 2 Toren. Da das Spiel, dessen Ausgang nicht vorauszusehen war, zumal zu Beginn der zweiten Halbzeit das Torverhältnis 2:2 stand, übertragen wurde, verbot Goebbels am 6. Mai 1940 «ein für allemal, dass Sportreportagen im Rahmen des Wunschkonzertes gebracht werden».

17. April 1940

«Wenn unsere bisherigen Verluste im Norwegenunternehmen bekanntgegeben werden sollten, dann muss vor allem in der Presse betont werden, was wir demgegenüber gewonnen haben; dass wir zur Erringung des Erfolges auch Opfer

werden bringen müssen, sei jedem klar gewesen. Ferner muss gesagt werden, dass sich das deutsche Volk auf die Richtigkeit der Wehrmachtsberichte unbedingt verlassen könne.

Herr Gutterer berichtet in diesem Zusammenhang über einen aus dem ganzen Reich gemeldeten Stimmungseinbruch in der Bevölkerung. Der Minister hält grundsätzlich eine raschere Benachrichtigung als diesmal geschehen für richtiger.

Im Übrigen soll gegenüber den von Feindseite verbreiteten Aufstellungen eine Gegenrechnung aufgemacht werden.»

Der Wehrmachtbericht vom 17. Apr. 1940 bestätigte die schweren Verluste der deutschen Flotte vor Narvik. Goebbels entnahm es dem ihm vorgelegten Entwurf zum Wehrmachtbericht und konnte daher nicht wissen, ob nicht wiederum die Ereignisse von Narvik der deutschen Öffentlichkeit auf Veranlassung Hitlers verschwiegen wurden. In der Bevölkerung machte sich jedenfalls eine erhebliche Beunruhigung über die mangelnde Unterrichtung breit.

Hitler hatte am 17. Apr. durch einen vom OKW nicht weitergegebenen Funkspruch den deutschen Truppen bei Narvik die Internierung in Schweden anheimgestellt. Vor der möglichen Internierung war es jedoch unumgänglich, die Öffentlichkeit entsprechend darauf vorzubereiten.

Der Minister wünscht allgemein vorsichtiger Behandlung des vertraulichen Materials. Geheim zu haltende Dinge sollen nicht schriftlich weitergegeben werden, wenn sie ebensogut mündlich mitgeteilt werden können. Im Übrigen soll der Schnelldienst sich nicht mit Dementis befassen, die nicht zur praktischen Auswertung, sondern lediglich zur Befriedigung persönlicher Neugier dienen können.

Allgemein wünscht der Minister, dass die Abteilungsleiter ihre Abteilungen häufiger einmal zusammenfassen und ihnen durch Überblicke über die Lage das Rückgrat stärken. Der Minister betont, dass das Propagandaministerium ein Nazihaus sein muss, von dem unerschütterliche Zuversicht in die ganze Bevölkerung ausstrahlt.»

19. April 1940

«Anweisungen für die Presse:

- a) Der Minister gibt Herrn Fritzsche detaillierte Anweisungen darüber, wie jetzt sozusagen als Bericht des deutschen Nachrichtenquartiers die deutsche Nachrichtenpolitik seit Beginn der Inschutznahme Norwegens vor der Öffentlichkeit begründet werden soll. Es soll gezeigt werden, wie wir aus Gründen der Geheimhaltung dem Feinde gegenüber zunächst gezwungen waren, die eine oder andere Meldung zurückzuhalten, und wie England diese Schweigezeit benutzt habe, um völlig erlogene Erfolgsmeldungen in die Welt zu senden. Schon heute breche schon überall in der Welt die Erkenntnis durch, dass es sich bei den englischen Meldungen tatsächlich nur um Lügen gehandelt hat, und im Gegensatz dazu finde jetzt die absolute Glaubwürdigkeit der deutschen Nachrichtengebung eine neue Bestätigung. Das deutsche Volk wisse darüber hinaus, dass bei uns tatsächlich alles mitgeteilt werde, sobald es aus militärischen Gründen möglich sei.

- b) Die Presse soll die Stimmen aus Italien, die den Kriegseintritt vorbereiten, beachten und herausstellen, ohne sie allzu aufdringlich in den Vordergrund zu schieben.

Eine deutsche Militärmission machte einen Besuch in Italien. Die Meldung sollte kommentarlos gebracht werden, wie auf der Pressekonferenz mitgeteilt wurde. Der Kriegseintritt Italiens war in jenen Tagen noch keineswegs eine beschlossene Sache. Allein durch den Hinweis auf einen möglichen Kriegseintritt wollte Goebbels die Alliierten vom nordischen Kriegsschauplatz auf den Gefahrenherd im Mittelmeerraum hinlenken. Dieses propagandistischen Ablenkungsmanövers bediente er sich ebenfalls im Mai 1940, musste aber dafür die Enttäuschung grosser Teile des deutschen Volkes über den nicht erfolgenden Kriegsbeitritt Italiens in Kauf nehmen. – Fs. 6. Juni 1940.

- c) Es soll darauf hingewiesen werden, wie Chamberlain, der «good old fellow», plötzlich die Nerven verliere und sich in masslosen Schimpfereien ergehe: Wer schimpft hat Unrecht.
- d) Anhand eines Artikels im «12 Uhr Blatt», (das der Minister aber nicht speziell gerügt wissen will), legt der Minister nochmals dar, dass es richtiger sei, angesichts von Verknappungen überhaupt nichts zu schreiben, als eine Darstellung zu geben, die von jedermann als im Widerspruch zu den Tatsachen stehend angesehen werden müsse.
- e) Herr Fritzsche soll in regelmässigen Abständen, etwa alle drei Wochen, neue, harte Urteile für Rundfunkverbrecher bekanntgeben lassen, damit durch dauernde Abschreckung eine Wiederzunahme der Auslandshörer abgedrosselt wird.»

Die enge Verkettung von Propaganda und polizeilichen Massnahmen im Dritten Reich wird gerade durch dieses Protokoll deutlich. Die Unzulänglichkeit der deutschen Nachrichtenabteilung führte zu einem stärkeren Abhören von Auslandssendern, das Goebbels wiederum durch Abschreckungsurteile zu unterbinden suchte.

24. April 1940

«Zur norwegischen Frage stellt der Minister fest, dass über die Eignung Quislings bis zum Beginn unseres Einmarschs wohl verschiedene Ansichten möglich gewesen seien, dass aber jetzt selbstverständlich der Wunsch des Führers Befehl sein müsse und dass er deshalb nicht wünsche, dass das Thema Quisling im Ministerium irgendwie diskutiert wird. Der Minister betont, dass in Kriegszeiten keine Rücksicht auf menschliche Ungerechtigkeit genommen werden dürfe, wenn es sich um politische Gerechtigkeit handle. Für uns alle könne es lediglich die eine Aufgabe geben, die Entscheidung über das Schicksal Norwegens zu decken und nach besten Kräften zu unterstützen.»

Durch Erlass vom 24. Apr. 1940 schuf Hitler das Reichskommissariat Norwegen und ernannte zugleich den Gauleiter Josef Terboven zum Reichskommissar. Ihm sollte als ausführendes Organ der norwegische Verwaltungsausschuss unterstehen. Damit waren alle Versuche, eine norwegische Regierung mit Quisling an der Spitze zu bilden, vorerst gescheitert.

Die norwegische «Scheinregierung Quisling» zu erwähnen, war der deutschen Presse bereits am 10. Apr. und erneut am 16. Apr. 1940 von Goebbels verboten worden, weil sie lediglich einen Versuch darstellte, die Norweger zur Einstellung ihres Widerstandes zu bewegen. Unter Vorsitz des deutschen Gesandten in Oslo, Dr. Bräuer, war zunächst ein vorläufiger Verwaltungsrat mit Quisling als Ministerpräsident gebildet worden. Wenige Tage später entstand ein norwegischer Regierungsausschuss mit dem Präsidenten des obersten norwegischen Gerichts an der Spitze. Quisling wurde Staatsrat und Minister für die Demobilisierung der Armee. Auch diesem Regierungsausschuss sollte nur kurze Lebensdauer beschieden sein. Schon am 19. Apr. teilte das Auswärtige Amt der Presse mit, dass es sicher notwendig sein werde, eine noch straffere deutsche Regierungsgewalt in Oslo zu errichten.

26. April 1940

«Der Minister berichtet über die Lage in Norwegen und gibt dazu folgende Weisungen:

- a) Die Frage Quisling hat zunächst in den Hintergrund zu treten, wobei festzustellen ist, dass die charakterliche und nationale Integrität unantastbar ist. Die Tendenz geht augenblicklich dahin, den Verwaltungsausschuss in Aktion und Funktion zu setzen, durch ihn die nötigen unpopulären Massnahmen durchsetzen zu lassen und gleichzeitig in steigendem Masse in der Öffentlichkeit die Einsicht zu fördern, dass Quisling doch der berufene Mann zur Übernahme der Staatsgeschäfte gewesen wäre. So wird es vielleicht möglich sein, Quisling auf neuer Grundlage in einigen Wochen wieder einzusetzen.

Eine norwegische Regierung mit Quisling als Ministerpräsident wurde erst 1942 ernannt.

- b) Die deutsche Presse muss schärfste Unterschiede zwischen den Teilen Norwegens machen, die sich bereits in unserem Besitz befinden und in denen sich die Bevölkerung tatsächlich äusserst loyal verhält, und zwischen den Teilen, um die noch gekämpft wird. Immer wieder ist zu betonen, dass unser Kampf lediglich der Regierung des Königs und seiner Geldmacherclique, nicht aber dem norwegischen Volk gilt.

Zur Behandlung Englands gibt der Minister folgende Weisungen:

- a) Schon in den nächsten Tagen ist mit einer Katastrophe für die englischen Truppen in Norwegen zu rechnen. Damit die endgültige Meldung in ihrer Wirkung nicht geschmälert wird, dürfen die deutschen Zeitungen jetzt nicht mit vorbereitenden Einzelmeldungen vorpellen, und es darf den Engländern selbst auch nicht gesagt werden, wie es um ihre Aussichten steht.»

Das genaue Gegenteil trat zunächst ein. Die Briten besetzten am 28. Apr. Narvik und hielten sich dort bis zum 8. Juni 1940. Auf der Pressekonferenz wurde mitgeteilt, dass keine strategischen Gesamtübersichten über die Lage in Norwegen gegeben werden dürfen. Das OKW verfolge angeblich mit einer bewusst lückenhaften Berichterstattung bestimmte Zwecke.

3. Mai 1940

«Herr Major Martin, der davon berichtete, wie englische Gefangene nur mit Mühe vor der Wut polnischer Gefangener geschützt werden konnten, soll versuchen, es nochmals zu einer derartigen Szene kommen zu lassen, damit Aufnahmen in die Wochenschau gebracht werden können.»

In der Konferenz vom 30. Jan. 1940 berichtete Major Martin, dass auf Befehl Hitlers nur Elsässer, Bretonen, Schotten und Nordafrikaner in besonderen Kriegsgefangenenlagern untergebracht werden. Alle anderen Kriegsgefangenen werden zusammengelassen, weil sich gezeigt habe, dass «dadurch Reibereien zwischen den Verbündeten ausserordentlich gefördert werden». Am 19. Mai 1940 versicherte Martin, dass alles vorbereitet sei, um bei Gelegenheit Auseinandersetzungen zwischen englischen und polnischen kriegsgefangenen Offizieren durch die Wochenschau aufnehmen zu lassen.

In der Konferenz vom 4. Juli 1940 forderte Goebbels, dass «noch für die nächste Wochenschau endlich die längst zugesagten Bilder von offenen Feindseligkeiten zwischen englischen und französischen Gefangenen sowie von den tierischen Mahlzeiten schwarzer Kriegsgefangener aufgenommen werden».

Die wichtigste Weisung erhielt die Presse am 3. Mai nicht von Goebbels, sondern direkt vom Führerhauptquartier. Fortan sollte die Grossaufmachung der Presse die Suche Englands nach neuen Kriegsschauplätzen im Südosten und im Mittelmeerraum bilden. Namentlich die Neutralen sollten auf das Alarmierende dieser Meldungen hingewiesen werden.

Bei dieser Propagandakampagne konnte man von deutscher Seite gut an Meldungen der britischen Presse anknüpfen, die bereits seit einigen Monaten Vermutungen darüber anstellte, wo und wann deutsche und russische Angriffe auf dem Balkan und im Mittleren Osten ihren Anfang nehmen würden.

Hitler benützte allerdings diese Propagandakampagne lediglich als Auftakt zur Westoffensive und zur Verschleierung seiner nächsten Absichten. Am 5. Mai stellte er die «Begründung für den Fall Gelb» (Westoffensive) fertig, welche in Form eines Memorandums am 10. Mai den diplomatischen Vertretern Belgiens und der Niederlande überreicht werden sollte.

6. Mai 1940

«Der Minister gibt für die Presse die Weisung, dass die Kriegsausweitung weiterhin im Vordergrund zu stehen habe, wobei bis Mitte der Woche Steigerungsmöglichkeiten vorhanden bleiben müssten. Herr Börner soll dafür sorgen, dass auch nachrichtenmässig eine Untermauerung dieser Arbeit möglich ist.

Zum Thema «Kriegsausweitung» wurde auf der Pressekonferenz mitgeteilt: Nachdem nun die deutschen Enthüllungen ein so beispielloses gutes Echo im Ausland gefunden haben und die ganze Presse landauf und landab von der Angst vor der englischen Aggression beherrscht sei, könne die deutsche Presse sich darauf beschränken, zunächst die Auslandsstimmen wiederzugeben und sich mit eigenen Stellungnahmen zurückzuhalten. Dringend sei darauf zu achten, dass nicht Deutschland der Erfinder der Aggressionsangst sei. Die Welt müsse den Engländern alles zutrauen, so dass diese stets als Aggressoren und Schuldige empfunden werden, welches Ereignis auch immer eintreten mag.

Der Minister betont unser Interesse daran, die jeweilige Regierung in den Feind-

ländern zu stürzen, wobei es gleichgültig sei, ob uns die eine oder andere Regierung im Einzelnen mehr liege oder nicht. Wesentlich sei lediglich die Beunruhigung und Schwächung, die durch *jeden* Regierungswechsel entstehe. Dementsprechend habe der Sprachendienst augenblicklich alles zu tun, um das Misstrauen gegen Chamberlain zu fördern, wobei er sich dezent auf die Seite derer stellen könne, die Churchill gegen Chamberlain verteidigten.

Herr Fritzsche soll nochmals die Presse anweisen (und eine gleiche Anweisung hat auch an die Partei und ihre Redner zu ergehen), dass jegliche Erörterung und Präzisierung unserer Kriegsziele zu unterbleiben hat. Der Minister betont die Notwendigkeit, derartige Ziele möglichst vage hinzustellen; die deutschen Kriegsziele könnten demgemäss stets nur in die Worte gefasst werden: «Gerechter und dauerhafter Friede und Lebensraum für das deutsche Volk.»

Am 14. Mai 1940 verbot Hess in einer Anordnung an die Partei, über deutsche Kriegsziele zu sprechen. In der Anordnung heisst es: «In Versammlungsreden sind nach wie vor als Kriegsziele ganz allgemein die Sicherung eines genügenden deutschen Lebensraumes sowie Arbeit und Brot für das ganze deutsche Volk durch einen dauerhaften Frieden zu propagieren.»

10. Mai 1940

Am 10. Mai 1940, 5.35 Uhr, begann die deutsche Westoffensive mit dem Einmarsch in Holland und Belgien.

Am Vorabend fand in Berlin, wie vorgesehen, die Uraufführung des von Mussolini verfassten Theaterstücks «Cavour» statt, der neben Pavolini u.a. Göring und Goebbels beiwohnten. Als Premierenfeier war ein Empfang im «Haus der Flieger» vorgesehen, der noch bis nach Mitternacht andauerte. Während Hitler den an der Lehrter Strecke nördlich Berlins abgestellten «Führerzug» bestieg, um auf Umwegen an die Westfront zu fahren, blieb Goebbels bis nach Mitternacht im «Haus der Flieger». Danach fuhr er ins Ministerium, beorderte ebenfalls Hans Fritzsche dorthin und liess von diesem und seinem Adjutanten v. Schirmeister die Verlautbarung zur Eröffnung der Westoffensive über den Rundfunk sprechen.

«Herr Fritzsche soll von Anfang an dafür sorgen, dass die Presse während des beginnenden Ringens im Westen weder in übertriebenen Optimismus noch in wilde Panikmache verfällt, wenn die eine oder andere Nachricht besonders günstig oder besonders nachteilig erscheinen sollte. Die Presse müsste sich stets vor Augen halten, dass Einzelerfolge noch nicht über den gesamten Ausgang der Operation zu entscheiden brauchen und dass gelegentliche Rückschläge bei dem Umfang der Gesamtoperation nicht ausbleiben dürfen.

Goebbels unterstrich damit teilweise die von OKH und OKL am 10. Mai herausgegebenen «Richtlinien für die Presseberichterstattung über die Operationen im Westen». Darin wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Angriff auf Holland und Belgien nicht mit dem Polenfeldzug gleichzusetzen sei, da man im Westen dem stärksten Festungskampffeld Europas gegenüberstehe. Deshalb dürften Anfangerfolge im feindlichen Vorfeld nicht aufgebauscht werden. Von entscheidenden Operationen könne erst dann die Rede sein, wenn der Angriff auf die Masse des englisch-französischen Heeres treffe.

Auch die Luftwaffe wünschte kein Aufbauschen von Abschuss- und Verlustzahlen. Für sie bedeute jeder Raumgewinn ein sich Nähern dem britischen «Hauptfeind» und eine Erleichterung für die Lage im Ruhrgebiet. Die Luftwaffe kämpfe im Westen mit einem gleich starken Gegner. Es sei auch durchaus mit feindlichen Luftangriffen auf das Reichsgebiet zu rechnen, doch dürften diese nicht in den Vordergrund gerückt werden, da angeblich auf «Befehl des Führers» noch keine deutschen Angriffe auf «offene Städte» erfolgen sollen.

Zunächst hat die Presse die Aufgabe, das heute Morgen über den Rundfunk bekanntgegebene amtliche Material durch Raffung und Herausstellung des Wesentlichen zu popularisieren. Die Meldung müsse eine Erklärung in volkstümlicher Form, nicht etwa eine Wiederholung des schon Gesagten lediglich mit anderen Worten sein. Das ganze Volk müsse die Überzeugung gewinnen, dass Holland und Belgien tatsächlich die Neutralität gebrochen haben.

Herrn Börner empfiehlt der Minister in den kommenden Wochen besondere Vorsicht der Auslandspresse gegenüber. Die bisherige locker gehandhabte Zensur habe jetzt keinen Zweck mehr. Die jetzige Aktion habe nach ganz scharf umrissenen Zensurgesetzen vor sich zu gehen. Auf gar keinen Fall dürfe es vorkommen, dass etwa Panikmeldungen aus Berlin auf deutschen Drähten ins Ausland gelangten.»

11. Mai 1940

«Der Minister erhebt für die nächste Zeit zum Prinzip, dass alles, was an Feindmeldungen nicht zutrifft oder uns auch nur gefährlich werden kann, sofort demontiert werden muss. Es braucht dabei gar nicht selbst untersucht zu werden, ob die Meldung im Einzelnen stimmt, entscheidend ist lediglich, ob das, was der Gegner behauptet, uns in irgendeiner Form schädlich werden kann. Deshalb muss unbedingt auf die schnelle Herausgabe von Dementis geachtet werden. Bei der Abfassung wird sich die Fassung «entspricht nicht den Tatsachen» in gespannten Zeiten im Allgemeinen als zu milde erweisen; es wird nötig sein, «in Bausch und Bogen» zu dementieren oder, wenn die feindlichen Behauptungen unserer Ehre zu nahe treten, in schärfsten Ausdrücken zu antworten.

Vor der ganzen Welt muss England und Frankreich immer wieder erklärt werden, dass *sie* es seien, die uns den Krieg erklärt haben und dass sie nun dafür die Quittung bekommen. *Ihr* eigener Krieg breche nun über sie herein. Auf keinen Fall dürften wir uns wieder in die Rolle des Angreifers drängen lassen.

Der Sprachendienst hat Holland und Belgien immer wieder klarzumachen, dass jeder Widerstand gegen uns zwecklos ist. Der Gegensatz zwischen Wallonen und Flamen soll aber erst aufgegriffen werden, wenn wir auch flämischen Boden erreicht haben. Streng ist darauf zu achten – das gilt auch für die deutsche Presse, für PK-Berichte usw. – dass jetzt keinerlei Annexionsabsichten anklingen.»

Die nach Holland und Belgien hineingetragene Zersetzungpropaganda sollte, laut Weisung vom 12. Mai 1940, «die materialistische Einstellung der Holländer» berücksichtigen und am Beispiel Polens darlegen, wie unsinnig es sei, sich sein Land selbst zu zerstören.

17. Mai 1940

«Dem Geheimsender fällt ab sofort die Aufgabe zu, mit allen Mitteln Panikstimmung in Frankreich zu schaffen. Zu diesem Zweck muss er mit absolut französischer Tendenz arbeiten und im Tone grösster Empörung und Bestürzung gegen die Versäumnisse der französischen Regierung Protest erheben. Im Einzelnen muss er dazu die in Frankreich umherschwirrenden Gerüchte aufgreifen und erweitern. Insbesondere soll er sich der Gerüchte annehmen, die von einer beabsichtigten Flucht der französischen Regierung aus Paris wissen wollen, und Reynaud, der sich gegen diese Gerüchte wandte, der Lüge bezichtigen. Ferner soll er eindringlich vor den Gefahren der «Fünften Kolonne» warnen, zu der zweifellos auch alle deutschen Emigranten gehören. Er soll ausführen, dass selbstverständlich auch die Juden aus Deutschland in der augenblicklichen Situation nichts anderes seien als Agenten Deutschlands. Ferner soll er das Gerücht verbreiten, dass das Erste, was die Deutschen in den besetzten Städten zu tun pflegten, die Beschlagnahme sämtlicher Bankgelder sei, so dass die wahren französischen Patrioten schon jetzt in den jeweils gefährdeten Gebieten ihre Gelder abheben müssten. Endlich soll er den Gegensatz weiter aufreissen, der sich darin zeigt, dass England vor allem die Küste, Frankreich vor allem seine Grenzen verteidigt wissen will.»

Während im April die deutsche Führungsspitze noch geteilter Meinung darüber war, ob es ratsam sei, die Meldungen des Auslandes über die Tätigkeit der deutschen «Fünften Kolonne» aufzugreifen, war man seit Mitte Mai 1940 der Auffassung, dass die Lancierung von vielfach aus den Fingern gesogenen Meldungen über eine vermeintliche Aktivität der «Fünften Kolonne» Unruhe ins gegnerische Lager trage und damit den deutschen Absichten entgegenkomme.

In der Pressekonferenz vom 12. Mai war die Berliner Presse darauf vorbereitet worden, dass «in der nächsten Woche» im Ausland Enthüllungen über Aktionen der «Fünften Kolonne» herauskämen, womit die Wühlarbeit deutscher Spione und Agenten gemeint sei. Die deutsche Presse solle auf derartige Auslandsmeldungen nicht eingehen, sondern dem Ausland überlassen, sich über die Tätigkeit der «Fünften Kolonne» den Kopf zu zerbrechen.

Die vom Propagandaministerium ins Ausland lancierten Meldungen über die Wirksamkeit der «Fünften Kolonne» fielen vor allem in Frankreich auf den günstigsten Boden und wurden dort von der Presse sensationell herausgestellt. Duff Cooper berichtet, dass der Politische Direktor des Pariser «L'Epoque», Henry de Kerillis, geradezu besessen war von der angeblichen Bedrohung durch die «Fünfte Kolonne».

H. de Kerillis, gest. 1945 in New York, galt als sehr national gesinnter, überzeugter Rechter. In offizieller Mission ging er noch vor der Kapitulation nach New York, wo er den Krieg über für die «France-Libre»-Bewegung arbeitete.

19. Mai 1940

«Die Stimmung in Paris und London hat sich zunächst noch einmal gefangen, was vor allem auch auf die Regierungsumbildung in Frankreich zurückzuführen ist. Insbesondere hat die Berufung Pétains, dessen Ausspruch «Sie werden nicht durchkommen» aus dem Weltkrieg noch in Erinnerung ist, dazu beigetragen. Der Minister schreibt Presse und Rundfunk die Aufgabe vor, in Deutschland wie vor allem

nach Frankreich hinein dem gegenüber die Hintergründe des politischen Manövers aufzudecken und darzulegen, dass ein 84jähriger Mann selbstverständlich nicht in der Lage sei, an den tatsächlichen Verhältnissen etwas zu ändern. Daneben soll auch darauf hingewiesen werden, dass ausgerechnet ein Jude dazu ausersehen wurde, als französischer Innenminister jede Regung gesunden Menschenverstandes rücksichtslos niederzuschlagen und das Volk zu opfern, um die jüdische Plutokratie zu retten. Die harten Urteile Clémenceaus über Mandel, die in dem Buch «Die ‚Sieger‘ – nachher» verzeichnet sind, sollen ausgewertet werden. Deutsche Presse, Sprachendienst und Geheimsender sollen das Thema in sinngemässen Variationen behandeln, der Geheimsender im Ton der Entrüstung darüber, dass die Kriegsverbrecher vom Schlage Reynaud nun die ehrwürdige Figur des Marschalls Pétain vor sich aufbauen.

Daneben sollen Sprachendienst und Geheimsender die Panik-Tendenz mit allen Mitteln forcieren. Beispielsweise soll ein Attentatsplan gegen das Palais Bourbon «enthüllt» werden. Der Minister beauftragt die Herren Brauweiler, Fritzsche, Dittmar, Wächter, weitere für den Geheimsender geeignete Falschmeldungen zu erfinden.

Grundsätzlich fasst der Minister nochmals zusammen, dass in den nächsten zwei Tagen die Franzosen voraussichtlich eine gewisse Erholungszeit vor sich haben werden, in der auch mit lokalen französischen Erfolgen gerechnet werden kann. Derartige Erfolge würden die Franzosen zweifellos propagandistisch zum Auffangen der Stimmung auszuschlachten suchen. Es komme deshalb besonders darauf an, auf alle derartigen Regungen sofort publizistisch mit allen nur möglichen Mitteln zu reagieren. Denn wenn die abrutschende Stimmung nach kurzem Auffangen erneut ins Rutschen komme, werde die zersetzende Wirkung noch viel stärker sein als vorher.»

Am 18. Mai erfolgte eine Umbildung des Kabinetts Reynaud. Das Verteidigungsministerium übernahm Reynaud, das Innenministerium Mandel. Marschall Pétain trat als Vizepräsident in das Kabinett ein. An die Stelle von General Gamelin trat General Weygand am 19. Mai als Oberbefehlshaber.

20. Mai 1940

«Der Minister legt dar, dass keinerlei tatsächliche Vorgänge als Grund dafür angegeben werden können, dass sich die Stimmung in England und Frankreich zunächst wieder gefangen hat. Um so mehr kommt es jetzt darauf an, über alle zur Verfügung stehenden Nachrichtenmittel Gerüchte zu lancieren, die Glaubwürdigkeit besitzen, um die Stimmung wieder zum Fallen zu bringen. U.a. soll dargelegt werden, dass Gamelin gehen musste, weil er in gesunder Kenntnis der Lage nach einer Möglichkeit suchte, mit Deutschland ins reine zu kommen. Churchill habe jedoch Reynaud gelegentlich seines Besuches in Paris wieder auf die Seite der Engländer gezogen, und Reynaud habe sich nun an Stelle von Gamelin eine andere Stütze gesucht. Ferner soll stärker als bisher verbreitet werden, dass die franzö-

sische Regierung den Flüchtlingen aus den evakuierten Gebieten falsches Geld gebe, dass sie den ausländischen Diplomaten unter der Hand nahegelegt habe, sich auf eine Verlegung der Regierung aus Paris einzustellen und dass es äusserst gefährlich sei, gerade in einem so kritischen Augenblick wie dem jetzigen einen Wechsel in der Führung vorzunehmen.»

21. Mai 1940

«Der Geheimsender hat alles nur Mögliche zu tun, um die Panikmache zu steigern. Seine Parole muss sein: «Wir sind verloren; Schluss mit diesem Krieg.» Weiter muss er in Frankreich den Verrat der Engländer geisseln und den Juden Mandel als Scharfrichter und Kerkermeister des französischen Volkes anprangern, der nicht das Recht hat, die Stimme der Vernunft niederkartätschen zu lassen.

In England dagegen muss Angst und Panikmache unter Hinweis darauf mobilisiert werden, dass die deutschen Kanonen der englischen Küste immer näher rücken.

Für morgen hat der Geheimsender einen Bittgottesdienst vorzubereiten, zu dem Herr Gutterer die Predigt liefern wird; die Ankündigung hat bereits heute Abend zu erfolgen.»

Im deutschen Rundfunk war die Sendung von Gottesdiensten oder kirchlichen Morgenfeiern seit 1939 grundsätzlich gesperrt.

24. Mai 1940

«Der Minister rügt scharf einen Artikel im «12 Uhr Blatt», der die Dinge so darstellt, als sei die endgültige Vernichtung des Gegners im belgischen Kampfgebiet schon in den allernächsten Stunden zu erwarten. Er weist auf den ausserordentlichen, an intellektuellen Landesverrat grenzenden Schaden hin, den solche törichten Prophezeiungen hervorrufen können, und verlangt eine öffentliche Rüge des «12 Uhr Blattes» in der nächsten Pressekonferenz sowie eine scharfe Verwarnung des verantwortlichen Schriftleiters. Allgemein soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass es Aufgabe der Presse lediglich sein darf, über *Gewesenes* zu berichten, und dass Voraussagen unter gar keinen Umständen zulässig sind. Bei dieser Gelegenheit soll auch allgemein darauf hingewiesen werden, dass bei den augenblicklichen Operationen in einem umschlossenen Gebiet mit zunächst gelegentlich wechselnden Erfolgen gekämpft werde, so dass der Besitz oder Verlust dieser oder jener Stadt nicht so wichtig sei wie im Weltkrieg.

Die französische Regierung dementiert in grossem Umfange eine Reihe von Meldungen, die angeblich vom deutschen Rundfunk verbreitet worden sind. Der Sprachendienst muss dagegen entschiedene Gegen-Dementis setzen und betonen, dass sich auch unser englischer und französischer Sprachendienst absoluter Wahrheitsliebe befleissigt. (Bei den Meldungen, auf die sich die französische Regierung bezieht, handelt es sich um durch den französischen Geheimsender verbreitete Nachrichten).

Der Geheimsender muss in grossem Umfange mit Prophezeiungen arbeiten. Der

Minister weist auf die Prophezeiung eines Mönches hin, ferner auf die Sagen, die um die Loretto-Höhe gehen, und empfiehlt jetzt Auswertung der Nostradamus-Broschüre.

Wenn der Sieg in der jetzigen Schlacht völlig erfochten ist, soll in der Presse den Engländern ihr Lied «Wir wollen unsere Wäsche in der Siegfried-Linie aufhängen» nachdrücklich präsentiert werden.

Irgendwelche Voraussagen über eine deutsche Landung in England dürfen in Deutschland nicht gemacht werden, wie der Minister überhaupt keine Renommiersucht in der deutschen Presse wünscht. Nur der Geheimsender dürfe sich mit diesen Dingen befassen.»

25. Mai 1940

«Herr Gutterer soll zusammen mit Herrn Raskin ein Tagebuch eines englischen Gefangenen herstellen lassen, in dem Erlebnisse pornographischer Art aus Paris geschildert werden. Dieses Tagebuch soll dann über Frankreich abgeworfen und eventuell auch durch den Geheimsender ausgenutzt werden.»

Gleichzeitig wurden illustrierte Flugblätter ausgesprochen obszönen Charakters über den französischen Linien abgeworfen. Sie stellten britische Soldaten in engster Gemeinschaft mit französischen Frauen dar und waren geeignet, bei den Poilus sowohl heftiges Hassgefühl gegen die Engländer als auch starke erotische Bedürfnisse zu wecken. Ein kurzer Text forderte zur Desertion auf. Nach Stephan versetzten Berichte über die gute Wirkung der «Sexualpropaganda» Goebbels in helle Freude.

28. Mai 1940

«Geheimsender und Sprachendienst haben nach der Kapitulation der belgischen Armee ihre Angriffe auf die öffentliche Meinung in Frankreich noch zu verstärken. Auch der Sprachendienst für Frankreich muss die Parole «Schluss machen!» jetzt ganz offen vertreten. Im Übrigen soll die Panikmache durch Einzelschilderungen der französischen Verluste verstärkt werden. Es soll in apokalyptischen Bildern und immer wiederkehrenden Schilderungen dem französischen Volke das Grauen des Krieges gezeigt werden.

Am 28. Mai 1940, 10.00 Uhr, erfolgte die Unterzeichnung der belgischen Kapitulation.

Der Minister stellt die grundsätzliche Forderung auf, dass mit Dementis nur solange gearbeitet werden darf, wie von der Gegenseite nur hin und wieder lästige Behauptungen aufgestellt werden; wenn daraus dem Gegner ein System wird, muss dagegen sofort mit verzehnfachten Mitteln zur Offensive übergegangen werden.

So hat die Greuelmache in der feindlichen Presse jetzt ein Mass erreicht, das verlangt, dass wir nun unsererseits mit allen Mitteln selbst Greuelmeldungen in die Welt streuen. Diese Arbeit hat sofort einzusetzen und muss tagtäglich wiederholt und der Presse immer wieder aufgetragen werden. Neue Greuelmeldungen der

Gegner müssen dann als klägliche Versuche abgetan werden, gegen unsere Greuelmeldungen mit Lügen zu antworten.»

Die hier erwähnte «Greuelhetze» des Auslandes bezog sich teilweise auf die Tatsache, dass in dem von den deutschen Truppen eingeschlossenen Gebiet die auf den Strassen befindlichen Kolonnen ohne Rücksicht darauf bombardiert wurden, ob sich darunter militärische Einheiten oder fliehende Zivilisten-Trecks befanden. Goebbels beauftragte schon in der Konferenz vom 22. Mai 1940 Fritzsche der «Greuelhetze» u.a. mit dem Argument entgegenzutreten, «dass erfahrungsgemäss der härteste Krieg auch immer der kürzeste ist».

29. Mai 1940

«Das Gerücht, die Franzosen könnten augenblicklich einen sehr billigen und gerechten Frieden haben, soll weiter verbreitet werden.

Presse und Sprachendienst sollen den belgischen König der Regierung gegenüberstellen: der König als der Mann, der mit der Armee gekämpft hat und nun, in der Erkenntnis der Sinnlosigkeit des Kampfes, sich unterwirft, und dagegen die Regierung, die kein Pulver gerochen hat, als bestochene Kriegsverbrecher und Knechte der grossen Plutokratien.

Am 31. Mai 1940 bat Goebbels, darauf zu achten, den König der Belgier nicht zu einer «deutschen Nationalfigur» abzustempeln. König Leopold III. ging in deutsche Kriegsgefangenschaft. Zum Aufenthalt wurde ihm Schloss Laeken zugewiesen.

Der Sprachendienst soll den Glauben zu erschüttern suchen, dass England den Krieg doch noch gewinnen könne. Er soll sachlich untersuchen, wo überall England bereits geschlagen worden ist, nachdem es vorher immer den Mund sehr voll genommen hatte, und den Beweis führen, dass die Lage jetzt endgültig hoffnungslos geworden ist.

Der Geheimsender soll das Bestehen einer Organisation vortäuschen, der er Stichworte vermittelt.

Herr Major Martin soll versuchen, die Freigabe der bisherigen deutschen Gesamtverluste in Norwegen, die nach seiner Angabe noch nicht 2'000 Mann betragen, für möglichst bald zu erwirken. In der Presse muss dann darauf hingewiesen werden, dass diese erstaunlich niedrige Zahl ein Erfolg unserer neuen Kampftechnik und taktisch geschulten Kriegsführung ist.»

Nach offiziellen Angaben verlor die deutsche Wehrmacht bei der Besetzung Norwegens und Dänemarks: 1'317 Gefallene, 2'375 auf dem Seetransport oder sonst Vermisste, 1'604 verwundete Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Die Luftwaffe büsste 117 Flugzeuge ein, die Kriegsmarine 1 schweren und 2 leichte Kreuzer, 10 Zerstörer, 1 Torpedoboot, 6 U-Boote und 15 kleinere Fahrzeuge.

30. Mai 1940

«Der Minister betont, dass es wichtigste Aufgabe der nächsten Wochen sein muss, dem Volk mit allen Mitteln die Notwendigkeit einer radikalen Auseinandersetzung mit Frankreich klarzumachen. In populärster Form und in immer wiederkehrenden Aufsätzen ist darzulegen, wie die Franzosen in ihrem Verhältnis zu

Deutschland seit jeher nur ein Ziel kannten: Deutschland zu spalten und dann zu beherrschen. Durch Erinnerungen an die Rhein- und Ruhr-Besetzung soll der Hass gegen Frankreich neu entflammt werden; es soll gezeigt werden, wie die sich entvölkernde Nation Deutschland durch überseeische, gelbe, schwarze und braune Völker niederzuwerfen sucht, und eine wie grosse Kultur- und Rassenschande es war, dass man sich nicht gescheut hat, Neger an den Rhein zu holen. Als «verniggerte Sadisten» sollen die Franzosen angeprangert werden, und in unermüdlicher Arbeit muss erreicht werden, dass in spätestens 14 Tagen das ganze deutsche Volk gegen das korrupte, freimaurerisch verseuchte Frankreich mit Wut und Hass geladen ist.

Im gleichen Tenor waren die Weisungen an die Presse gehalten, die vor der Pressekonferenz bekanntgegeben wurden: Von jetzt ab müsse jede Zeitung gegen Frankreich Stellung beziehen und in den nächsten 14 Tagen immer wieder das Franzosentum angreifen. Das Problem des Sonderfriedens mit Frankreich spiele jetzt keine Rolle mehr. Es gebe kein ritterliches Frankreich mehr, sondern nur noch ein Frankreich der «Dekadenz» und des «verniggerten Sadismus». Juden, Freimaurer und Emigranten seien zu geisseln.

Herr Major Schmidtke soll der Presse zur geeigneten Auswertung klarmachen, weshalb wir die *Stadt* Narvik ruhig aufgeben konnten, nachdem dieser Trümmerhaufen für uns bedeutungslos geworden ist. Die Presse soll mit ein paar Sätzen darüber berichten, um die Wirkung der ersten Bilder aus der kommenden Wochenschau nicht zu beeinträchtigen. Es soll aber nicht etwa so getan werden, als sei Narvik nun ein Neben-Kriegsschauplatz geworden, da der Heroismus der dort liegenden Truppen eine Herabsetzung nicht verdient.

Zu Narvik, seit über einem Monat von englischen Truppen besetzt, war auf der Pressekonferenz vom 15. Mai verlautbart worden, dass der Hafen namentlich für Erzverschiffungen völlig unbenutzbar sei. Im Hafen, der nur eine Tiefe von 24 bis 27 m aufweise, würden 42 Schiffe auf Grund liegen. Dazu gehöre ausser verschiedenen Kriegs- und Erzschiffen das deutsche 20'000 t schwere Walfangschiff «Jan Wellern».

Vor der Auslandspresse soll hier in Berlin in Form eines kategorischen Dementis abgestritten werden, dass Deutschland irgendwelche Friedensabsichten Frankreich gegenüber habe; der Geheimsender soll nach wie vor Sonderfriedensgerüchte nähren und den Franzosen klarmachen, dass sie sich bei ihrer Regierung bedanken könnten, wenn daraus vorläufig nichts geworden sei.

Der Minister berichtet über die Verstärkung der Geheimsender: Köln wird auf neuer Welle heute Abend bereits mit der Arbeit einsetzen; Leipzig soll entgegen einem anderen Vorschlag ebenfalls auf neuer Welle arbeiten und ebenso soll der Deutschlandsender auf andere Welle gehen; bis die beiden letzteren Umschaltungen erfolgt sind, muss Luxemburg noch stehen bleiben.

Dieser Geheimsender hat sich revolutionär-hypernationalistisch zu gebärden und mit richtigen Argumenten eine Regierung nach der anderen als zu schlapp bis zu ihrem Sturz zu bekämpfen. Der Minister wünscht für diese Arbeit weitestgehende Beteiligung.

Vom kommunistischen Sender Humanité wünscht der Minister Manuskripte zu

sehen, da Herr Brauweiler behauptet, die Sendungen seien zu doktrinär und langweilig; der Minister betont, dass es selbstverständlich Aufgabe dieses Senders sein muss, die Volksleidenschaften zu mobilisieren.»

Am 2. Juni 1940 machte Goebbels in der Konferenz den Vorschlag, den ehemaligen Kommunisten Torgler und seine Mitarbeiterin Maria Reese zur Bearbeitung von Sendungen des Geheimsenders «Humanité» heranzuziehen, da die bisherigen Bearbeiter, französische Kommunisten, lediglich an das Hirn von Intellektuellen, nicht aber an «die primitiven Masseninstinkte appellieren». Am 8. Juni begann die Zusammenarbeit mit den ehemaligen führenden deutschen Kommunisten Torgler und Kasper.

Ernst Torgler bat den Herausgeber zu seiner Tätigkeit am Geheimsender Folgendes anzumerken: Er und Wilhelm Kasper «fanden sich nach Ausbruch des Frankreichfeldzuges unter Druck bereit, für die gegen Frankreich operierenden Geheimsender des Propagandaministeriums einige Entwürfe für Aufrufe an die französischen Werk tätigen zu liefern, den Widerstand gegen den übermächtigen deutschen Feind einzustellen und überflüssiges Blutvergießen zu vermeiden». Torgler bestritt aber, dass Maria Reese ebenfalls beteiligt war. Dass verschiedene Instanzen des Propagandaministeriums die Maria Reese (geb. Meyer) zu propagandistischen Aufträgen namentlich während des Russlandfeldzuges heranzogen, geht allerdings aus ihrem schriftlichen Nachlass eindeutig hervor. In einem ihrer Briefe vom 8. Juni 1944 sagte sie: «Ich wurde einmal zur Zusammenstellung einer Rede Goebbels' zugezogen und sollte das Material dafür liefern, dass bolschewistische Staatsmänner erklärt hätten, den Krieg herbeizuführen.» Und in einem Brief vom 16. Nov. 1944 heisst es: «Ich sollte einmal nach England zu Landsburry geschickt werden in der Zeit unserer Werbung um England, das Hitlers unglückliche Liebe war. Aber Dr. Taubert meinte, Goebbels sage, das gehe nicht, denn Maria Reese macht ihre eigene Politik.» Torgler, der unter dem Schutz von Göring stand, Kasper, der aus dem Konzentrationslager geholt wurde, und der Ex-Kommunist Albrecht, dessen undurchsichtige Tätigkeit auf beiden Seiten noch manches Rätsel aufgibt, wurden angeblich später zur Propaganda-Ersatzabteilung Potsdam einberufen. Die Mitarbeit von Torgler und Albrecht fand namentlich zu Beginn des Russlandfeldzuges ihre Fortsetzung und offenbar auch Anerkennung.

2. Juni 1940

«Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln muss der Welt klargemacht werden, dass England und Frankreich eine Niederlage und nicht einen Sieg errungen haben. Der Minister verlangt, dass der ausgezeichneten englischen Propagandaarbeit durch Gegenüberstellung dessen begegnet wird, was die Engländer und was wir bei Beginn der Operationen als Ziel proklamiert und was beide Parteien erreicht haben: Unser Ziel: «Sie kommen nicht ins Ruhrgebiet»; stattdessen Erreichung eines Zieles, an das auch nur zu denken vor Wochen noch fast blasphemisch gewirkt hätte; das Ziel der Engländer: «Wir werden die Deutschen vernichten», und ihr Ergebnis: Sie retten Trümmer ihrer Armee aus Dünkirchen.

Am 26. Mai 1940 begann die Schlacht um Dünkirchen, mit der zugleich die Evakuierung der eingeschlossenen alliierten Verbände eingeleitet wurde. An der Einschiffungsaktion waren 861 Schiffe beteiligt, davon sanken 243. Bis zum 4. Juni, dem Abschluss der Aktion, konnten jedoch insgesamt über 338'000 Mann englischer

und verbündeter Truppen nach England evakuiert werden. In seinem Bericht vor dem Parlament sagte Churchill am 4. Juni 1940: «Wir müssen sehr sorgfältig darauf bedacht sein, diese Rettung nicht in einen Sieg umzudeuten. Kriege werden nicht durch Evakuierungen gewonnen. Doch erfochten wir bei dieser Rettung einen Sieg, der verdient, festgehalten zu werden. Er wurde von unserer Luftwaffe errungen.» Nicht der englische Soldat soll in seiner Ehre angegriffen werden, sondern unsere Propagandaarbeit muss sich auf Seiten des Soldaten gegen die Zivilisten und Schwadronneure vom Londoner Rundfunk stellen. Der Minister betont, dass es immer das Gesamtziel sein muss, das Volk gegen die jeweilige Regierung aufzuhetzen. Auch in der Polemik gegen Frankreich wird es sich als zweckmässig erweisen, solange kein akuter Anlass anderes verlangt, den Hass gegen die im Hintergrund stehenden Kreise und nicht gegen den einzelnen Franzosen zu lenken.»

4. Juni 1940

«Der deutsche Bombenangriff auf Paris muss als militärische Operation im Rahmen des Völkerrechts geschildert und seine Wirkung muss im weitesten Umfange auch durch den Sprachendienst, insbesondere nach England und Frankreich, beschrieben werden. Im Geheimsender muss ausserdem betont werden, wie wenig die Abwehr vorbereitet war und wie schlecht sie funktioniert hat. Im Übrigen ist zu beobachten, dass die Franzosen durch Betonung der Tatsache, dass wir militärische Ziele angegriffen haben, um die Frage von Gegenmassnahmen zu drücken suchen, während England Vergeltung wünscht. Im Sprachendienst ist England klarzumachen, dass englische Flieger ja dauernd zivile Ziele in Deutschland angriffen, dass sie sich aber über die Folgen klar sein müssen, wenn sie nun gar bewusst derartige Ziele anfliegen.

Von einigen Zeitungen soll sehr überlegen und von oben herab die Greuelfrage einmal von der ironischen Seite aus behandelt werden und zwar in dem Sinne, dass es geradezu eine Perversität der mächtigen deutschen Luftflotte sei, wie sie sich systematisch ausgerechnet nur Säuglinge und alte Frauen, Verwundete und amerikanische Friedhöfe oder englische Lazarettschiffe zu Bombardierungen ausuche und dabei auch immer Erfolg habe, während sie allen militärischen Zielen ängstlich aus dem Wege ginge und vorbeiträfe.»

6. Juni 1940

«Der Minister fixiert unseren Standpunkt dem neuen Reynaud-Kabinett gegenüber dahin, dass es uns gleichgültig sein kann, welche neuen Verbrecher in die französische Regierung eingetreten sind.

Lediglich der Geheimsender hat sofort mit Opposition gegen die neue Regierung zu beginnen und darauf hinzuweisen, dass der nunmehr ausgebootete Daladier der einzige gewesen sei, der Frankreich noch nicht ganz an England habe verkaufen wollen.

Am 5./6. Juni 1940 wurde das Kabinett Reynaud umgebildet. Daladier schied aus. General de Gaulle wurde zum Mitarbeiter im Kriegsministerium bestimmt.

Der Minister weist nochmals darauf hin, dass die italienische Frage augenblicklich mit grösster Vorsicht behandelt werden muss.

Am 30. Mai 1940 überreichte der italienische Botschafter in Berlin Hitler eine Botschaft Mussolinis, in der dieser für den 5. Juni den Eintritt Italiens in den Krieg ankündigte. Hitler antwortete umgehend offenbar unter Hinzuziehung von Goebels. Da das Eingreifen Italiens in den deutschen Westfeldzug nicht in Hitlers Pläne passte, riet er dem Duce, den Angriffstermin noch etwas hinauszuschieben, worauf dieser auch einging.

Der Geheimsender soll zurzeit nicht mit schwerem Geschütz auffahren, sondern Steigerungsmöglichkeiten offenlassen, um für einen in acht bis vierzehn Tagen möglichen Höhepunkt der Krise noch Atem zu haben.

Der Minister wünscht, dass die Frage der Gerüchtebildung einmal grundsätzlich aufgegriffen wird und dass die Bevölkerung zum Einschreiten gegen Gerüchteverbreiter aufgefordert werden soll. Auch über den Rundfunk soll die Parole verbreitet werden: «Erzähle nur das, was Du selbst gesehen hast». In nicht schroffer, aber eindringlicher Form soll der Bevölkerung klargemacht werden, dass Gerüchteverbreitung ein Verrat an der Sicherheit des deutschen Volkes sein kann.»

9. Juni 1940

«Von der deutschen Presse ebenso wie vom gesamten Sprachendienst soll mit einigen Kürzungen der Havas-Bericht übernommen werden, der das Vorwärtsstürmen der deutschen Truppen in einer erschütternden Schilderung mit dem Angriffsgeist der Cimbern und Teutonen vergleicht. Wenn irgendwo, so hat hier das Wort vom Furor Teutonicus seine Berechtigung. Das «Ne passeront pas», das noch vor wenigen Tagen erklang, soll den jetzigen Berichten gegenübergestellt werden.

Der damals in Frankreich laufende französische Landesverteidigungsfilm «Die französische Armee» stand unter dem Motto «On ne passe pas».

Auf Bitte von Herrn Raskin ordnet der Minister an, dass Herr Börner vor der Auslandspresse die Meldung des Geheimsenders dementieren soll, dass Rauschning, Strasser und Konsorten Führer der «Fünften Kolonne» seien. Ferner soll Herr Gutterer feststellen, wo sich Herr Strasser befindet und ihm dann aus der Schweiz ein Telegramm des Inhalts senden lassen, seine Arbeit sei aufgedeckt, für seine Sicherheit könne nicht mehr gebürgt werden, es werde ihm geraten, nach Portugal zu flüchten.

Der Minister rügt auf das Schärfste, dass «Die Woche» ein Bild von der Platte veröffentlicht hat, von der der Rundfunk die Sondermeldungs-Fanfare überträgt. Er verlangt Bekanntgabe an die Presse, dass er im Wiederholungsfall den Schriftleiter in ein Konzentrationslager bringen lassen wird, der sich des Vergehens der Desillusionierung nationaler Vorgänge schuldig macht, gleichgültig ob es sich um Film, Rundfunk usw. handelt. Ebenso soll Herr Kurzbein den Herren von der Bildpresse-Abteilung bedeuten, dass der Minister sich nicht scheuen wird, auch den Zensor verhaften zu lassen, der noch einmal ein derartiges desillusionierendes Bild passieren lässt.»

Der Bildbericht mit dem Titel «Sie hören eine Sondermeldung des drahtlosen Dienstes», in: «Die Woche» (Berlin) vom 5. Juni 1940, erschien übrigens unter demselben Titel am 13. Juni 1940 im «Illustrierten Beobachter» (Berlin).

10. Juni 1940

«Für Film, Presse und Rundfunk gibt der Minister die Richtlinie, dass wohl die Härte, die Grösse und das Opfervolle des Krieges gezeigt werden soll, dass aber eine übertrieben realistische Darstellung, die stattdessen nur das Grauen vor dem Kriege fördern könne, auf jeden Fall zu unterbleiben habe.

Die Abt. Wehrmachtpropaganda im OKW gab bereits Mitte Mai 1940 die Weisung heraus, dass es zu vermeiden sei, Bilder aufzunehmen, «die geeignet sind, Schrecken, Abscheu oder Ekel» vor dem Krieg zu erregen, «wenn sie nicht gerade dadurch dokumentarischen Wert erhalten». Diesen Grundsätzen folgte die deutsche Bildberichterstattung schliesslich bis Kriegsende, so dass Wochenschau und Bildberichte den Krieg niemals in seinem wirklichen grauenvollen, mörderischen Ausmass zeigten.

Da schon wieder in einem Fall die bereits mehrfach gegebene Anweisung unbeachtet geblieben ist, auf keinen Fall deutsche Kriegsziele zu erörtern, macht der Minister für die Zukunft Herrn Börner und Herrn Stephan dafür verantwortlich, dass das unter allen Umständen zu unterbleiben hat. Herr Börner soll vor der ausländischen Presse offiziell verkünden, dass verschiedentlich in in- und ausländischen Blättern deutsche Kriegsziele territorialer und machtpolitischer Art dargelegt worden seien, dass aber keine dieser Veröffentlichungen irgendwelche Authentizität besitze. Nur der Führer sei in der Lage, solche Ziele näher zu definieren. Andere Stimmen, die dieses Thema veröffentlichten, müssen als nicht authentisch zurückgewiesen werden.»

In den Konferenzen vom 18. März, 6. Mai und 7. Juni 1940 verbot Goebbels der Presse, «klare Kriegsziele» aufzustellen, vielmehr solle man sich auf Allgemeinplätze über junge und alte Staaten beschränken. Auf beiden Seiten war man von Anbeginn sehr zurückhaltend mit der Publizierung von konkreten Kriegszielen, weil man mit Recht negative psychologisch-propagandistische Rückwirkungen fürchtete und dabei nicht zuletzt die verhängnisvollen Kriegszieldebatten während des 1. Weltkriegs vor Augen hatte. Hitler liess stattdessen die von ihm geschaffenen machtpolitischen Realitäten für sich sprechen.

9. Juni 1940

«Die Auswirkungen der deutschen Propagandatätigkeit beginnen, jetzt in Paris spürbar zu werden. Ab sofort muss nun auch der Sprachendienst nach Frankreich völlig in den Dienst der Zersetzungspropaganda gestellt werden und die Nachrichtengebung in den Hintergrund treten lassen.

1. muss gegen die französischen Kreise gehetzt werden, die die Stadt [Paris] befestigen wollen.
2. muss zu Demonstrationen für den Frieden aufgerufen werden, «um Schlimmstes zu verhüten».

3. muss der Regierung das Recht abgesprochen werden, noch im Namen Frankreichs das Wort zu führen, da sie nichts anderes sei als ein Vollzugsorgan der Engländer.
4. soll Herr Major Martin feststellen, ob es für die militärische Führung wertvoller sei, wenn die Zivilbevölkerung in Paris bleibt oder wenn sie hinausströmt. Je nachdem muss zum einen oder zum anderen aufgefordert werden.

Jedenfalls ist Panikerzeugung jetzt die Hauptaufgabe des Geheimsenders wie des französischen Sprachendienstes. Dagegen hat der Sprachendienst nach den anderen Ländern (mit Ausnahme Londons) sich jeglicher Panikmache zu enthalten und höchstens sachlich über die Resultate der Panikmache in Frankreich zu berichten. Für die Presse ist der Zeitpunkt zur Panikmache noch nicht gekommen. Der Minister betont, dass die fraglichen Abteilungen des Ministeriums jetzt vor einer Bewährungsprobe stehen und dass es die Arbeit von vielen Monaten krönen könne, wenn es gelinge, die Revolution in Paris auszulösen.»

10. Juni 1940

«Die deutsche Presse soll sich hinsichtlich Paris sehr Zurückhaltung auferlegen. Die Eroberung soll nicht als ein in den nächsten Tagen oder Stunden bereits erreichbares Ziel hingestellt werden. Für Geheimsender und Sprachendienst gilt es, gegen die Errichtung von Barrikaden aufzurufen; für die Zersetzungsarbeit liegt eine Fülle von Material vor. Der Minister weist darauf hin, dass die Version, Paris sei «mensenleer», Unsinn sei, da das Beispiel von Warschau gezeigt habe, dass die völlige Evakuierung einer Millionenstadt unmöglich sei.

Gegen die englische Greueltüde, die Deutschen hätten Leichenmassen in einen Fluss geworfen, um darauf den Übergang zu bewerkstelligen, soll mit dem Letzten, was uns an Angriffsvokabular zur Verfügung steht, losgeschlagen werden.

Der Minister klärt in einer Aussprache mit Herrn Major Martin und Herrn Major Wodarg Folgendes: Im Westen werden in steigendem Masse starke Klagen über den Luftschutz laut. Tatsache ist, dass nicht immer Alarm gegeben werden kann, da beim Einflug kleinerer Verbände das Risiko, einige Menschenleben zu verlieren, gegenüber der Wichtigkeit eines ununterbrochenen Weiterlaufs wichtiger Produktionsbetriebe in Kauf genommen werden muss. Herr Major Martin, der zunächst eine offene Darlegung dieser Gründe für unzweckmässig hielt, lässt sich vom Minister davon überzeugen, dass eine Erklärung in der Presse nur nützen kann. Es soll also von militärischer Seite eine aufklärende Notiz verfasst werden, die etwa besagt, dass nur bei Grossangriffen, bei denen das Leben einer Stadt gefährdet erscheint, mit Fliegeralarm zu rechnen ist. Die bisherigen Zahlen der Verluste durch Fliegerangriffe stehen in keinem Verhältnis zu der beabsichtigten Lahmlegung unserer Produktion. Beim Einflug von wenigen Flugzeugen müsse sich deshalb die Bevölkerung als im Kriege befindlich betrachten; sie solle sich vergegenwärtigen, dass sie es noch immer viel besser habe als die Bevölkerung etwa von Warschau oder von Rotterdam.

Nachdem die Notiz von DNB verbreitet sein wird, soll die Partei die Aufklärung vertiefen.

Noch in der Konferenz vom 24. Juni 1940 erklärte Goebbels in Verkennung des bevorstehenden Luftkrieges, dass es eine auf die Dauer unerträgliche Nervenbelastung für eine 4¹/₂-Millionen-Stadt bedeute, wenn die Bevölkerung wegen des Einfluges einzelner Flugzeuge wöchentlich ein- bis zweimal in den Keller gejagt werden würde. Er glaube, dass eine Luftwarnung nur dann erfolgen solle, wenn ein Einflug in grösserem Umfang stattgefunden hat. Selbst Ende Aug. 1940 glaubte er noch, an diesen Grundsätzen festhalten zu können. – Fs. 30. Aug. 1940.

Es soll in der Presse nicht mit Drohungen gearbeitet werden, ohne dass die Bevölkerung auch Kunde von unseren Vergeltungsmassnahmen erhält. Gegebenenfalls sollen Bombardierungen feindlicher Städte jeweils ausdrücklich als Vergeltungsmassnahme gekennzeichnet werden.»

Der Begriff Vergeltung wurde seit diesen Tagen zum immer wieder gern benutzten Schlagwort der deutschen Propaganda, ohne dass sich der Gegner dadurch auf die Dauer einschüchtern liess. Im deutschen Volk war der Glaube an die Wirksamkeit der «Vergeltungsschläge» bereits im Herbst 1940 weitgehend geschwunden.

11. Juni 1940

«Mit Reynaud soll keine sachliche Auseinandersetzung mehr stattfinden, sondern er soll auch in der deutschen Presse mit schärfsten Ausdrücken als Börsenschieber und «Stück Malheur» abgetan werden. Der Minister wünscht auch im Bilde eine Kontrastierung: eine Aufnahme, die Reynaud schwammig und widerlich in Badehosen zeigt, soll dem Bilde eines verwundeten Poilus gegenübergestellt werden, dem man das Grauen ansieht, durch das er gegangen ist.

Der Geheimsender soll allgemein mit allen Argumenten die Parole verbreiten: «Legt die Waffen nieder, es ist alles zwecklos.»

Im Übrigen ist ab sofort eine gänzliche Umstellung sämtlicher Geheimsender von der Grossstadt weg auf den Bauern und Kleinbürger hin erforderlich, da die Grossstadt ja inzwischen erledigt worden ist. Auch der kommunistische Sender darf nicht mehr mit Sowjet-Parolen arbeiten, sondern er muss rein sozial verhetzende Argumente hervorziehen. (Alles werde zerschossen, wer solle das dann bezahlen; wer garantiere die Renten; die Steuerlast werde erdrückend werden usw.)

Von den Geheimsendern sollen zwei ihren «Standort» im besetzten Gebiet behalten und beispielsweise über den deutschen Einmarsch in Paris berichten. Mit steigendem Wohlwollen sollen sie schildern, wie mit den Deutschen Ruhe und Ordnung einzieht.

Die restlichen Geheimsender dagegen sollen ins unbesetzte Gebiet mitziehen.»

12. Juni 1940

«Herr Fritzsche soll mit dem Führerhauptquartier und ebenso Herr Major Martin mit den militärischen Stellen klären, ob beide Stellen damit einverstanden sind, dass eventuell heute Abend über eine von den Franzosen zurzeit nicht benutzten

Welle schlagartig eine Meldung lanciert wird, laut der Friedensverhandlungen bereits im Gange sind. Der Minister verspricht sich angesichts der zweifellos in Frankreich im Anwachsen begriffenen Friedensströmung und angesichts der Tatsache, dass auch in der französischen Regierung eine Friedenspartei am Werke ist, stimmungsmässig katastrophale Folgen aus einer derartigen Meldung, weil die Franzosen sie wohl oder übel würden dementieren müssen.»

13. Juni 1940

«Der Minister macht grundsätzliche Ausführungen zu einigen politischen Fragen:

I. Es muss verhindert werden, dass sich im deutschen Volk eine falsche Vorstellung über die italienische Kriegführung festfrisst, wodurch die Italiener gekränkt und deprimiert werden würden. Durch geschickte Gerüchtbildung soll in- folgedessen – da sich über diese Dinge weder schreiben noch reden lasse – im Volke die Erkenntnis verankert werden, dass Italien einfach deshalb noch nicht angreife, weil ein Angriff im Augenblick noch unerwünscht sei, und es soll die Überzeugung gefördert werden, dass Italien bestimmt angreifen werde, wenn die Dinge soweit gediehen seien. Herr Fritzsche soll auch im Kreise der Pressevertreter derartige Gedankengänge durchklingen lassen und ebenso sollen vertraulich die Reichs- und Stosstruppredner orientiert werden. Darüber hinaus soll evtl. Witzeleien gegen die Italiener schärfstens entgegen- getreten werden. Allgemein ist eine vorsichtige und rücksichtsvolle psycholo- gische Einstellung den Italienern gegenüber angebracht. Weiter soll dem deut- schen Volk klargemacht werden, welch weitgedehnte Kriegsschauplätze Italien zu verteidigen hat, ohne dass eine derartige Unterrichtung aufdringlich wirkt.

Am 10. Juni 1940 erklärte Italien an Frankreich den Krieg, um noch Anteil an der erwarteten Siegesbeute zu haben. Erst am 19. Juni griffen italienische Truppen die französischen Alpenbefestigungen an und zudem ohne Erfolg. Sie gaben dem Druck erst nach, nachdem sie durch deutsche Verbände im Rücken umfasst worden waren. Weder die anfängliche Neutralität noch der Kriegseintritt Italiens lagen übrigens in der Absicht Hitlers.

II. Wir haben augenblicklich kein Interesse daran, dass Frankreich jetzt schon um Frieden bittet. Denn wenn Frankreich auch tatsächlich bereits geschlagen ist, so ist das für den Laien doch noch nicht absolut sicher erkennbar. Nach dem Beispiel der deutschen Wiederaufrichtung hätte auch Frankreich vor- läufig noch die Möglichkeit, wenige Jahre nach Friedensschluss eine nationale Wiedergeburt zu versuchen, da es sich noch nicht in seiner nationalen und militärischen Ehre im Kern getroffen fühle. Das Ziel müsse aber sein, Frank- reich endgültig als eine in Betracht kommende nationale Macht aus Europa auszuschalten; England könne vom Kontinent auf die Dauer nur vertrieben und zu einem «vergrösserten Holland» gemacht werden, wenn sein Festlands- degen, also Frankreich, ein für allemal zerschlagen sei. Deshalb müsse also Frankreich in seiner nationalen Ehre und in seinem Stolz zunächst tödlich

getroffen werden. Deshalb sei auch das Dementi über deutsche Friedensabsichten so rücksichtslos scharf gefasst worden. In unserer Sprache nach aussen komme es dagegen darauf an, die Widerstandskraft Frankreichs zu schwächen, und deshalb müsse vor allem der Geheimsender sehr elastisch in der Form so operieren, als seien die Deutschen bis gestern Nachmittag durchaus zu Friedensverhandlungen bereit gewesen, worüber ja auch im neutralen Ausland und in den Vereinigten Staaten bereits offen gesprochen worden sei. Wieder aber habe sich Reynaud durchgesetzt, und es sei ganz verständlich, dass die Deutschen, als sie von dieser Wendung der Dinge erfuhren, die bereits ausgestreckten Hände zurückgezogen und sich zur Fortführung des Angriffs entschlossen hätten. Reynaud also sei auch jetzt wieder schuld daran, wenn es bisher zu keinem Frieden gekommen sei.

Der Sprachendienst soll diese selben Dinge mehr nachrichtenmässig verzeichnen und lediglich durch seine Nachrichtengebung den Eindruck erwecken, als hätten die Friedensfreunde in Frankreich eine Gelegenheit verpasst.

- III. Der Minister rückt die Grosssprechereien Roosevelts ins rechte Licht und stellt fest, dass uns die Nichtanerkennung territorialen Gebietes, von der Roosevelt gesprochen habe, völlig gleichgültig lassen könne, da die Macht der Tatsachen und nicht irgendeine diplomatische Anerkennung entscheidend sei. Dass an tatsächlichen Massnahmen von Amerika nichts zu erwarten sei, gehe aus der Leere der Phrasen hervor. Im Übrigen werde das kommende Europa die deutsche Führung nicht nur dulden, sondern es werde danach rufen.

Der Minister fasst nochmals zusammen, dass jetzt nicht um eines Augenblickserfolges willen die Endentscheidung geschmälert werden dürfe.

Einen Appell Reynauds an die USA beantwortete Präsident Roosevelt in einer Botschaft vom 13. Juni 1940.

Während der Wintermonate war die Presse wiederholt angewiesen worden, sich mit Angriffen gegen die USA zurückzuhalten. Die publizistische Reserve gegenüber den USA wich im gleichen Masse, wie sich die deutsche Führung siegessicher wähnte.

Gegen die Versuche, von London und von Frankreich zur Einnahme von Paris auseinanderzusetzen, dass Paris zwar das Herz, aber nicht die Seele Frankreichs sei usw., soll einmal ganz deutlich klaggestellt werden, dass uns Herz und Seele keineswegs interessierten, sondern dass es uns nur darauf angekommen sei, *Paris* zu erobern.»

Am 14. Juni 1940 erfolgte die kampflose Besetzung von Paris, am 16. Juni die Einnahme von Orléans.

17. Juni 1940

«Der Minister führt aus, wie die Umbildung der französischen Regierung in ihren einzelnen Phasen deutlich erkennen lasse, dass zeitweise bereits die Absicht bestanden habe, Deutschland die bedingungslose Kapitulation anzubieten, dass jetzt aber wohl doch zunächst versucht werden würde, lediglich eine Waffenruhe zu erzielen. Anschliessend an seine Ausführungen vom Vortage begründet er nochmals,

wie sehr ein derartiger Versuch, sich auf halbem Wege mit uns zu treffen, in unserem Interesse liege. Denn je länger die Kapitulation hinausgezögert werde, um so katastrophaler und demoralisierender werde das militärische Debakel vor aller Augen sichtbar. Die deutsche Öffentlichkeit dürfe nun, bis die Meldung von der Kapitulation aus dem Führerhauptquartier komme, in gar keiner Weise mit den Zwischenmöglichkeiten bekanntgemacht werden, damit nicht auf Umwegen im Ausland der Eindruck von einer Friedensbereitschaft des deutschen Volkes erweckt werde. So habe sich auch der Sprachendienst, abweichend vom bisherigen Kurs, aller Meldungen zu enthalten, die die einzelnen Etappen bis zur Kapitulation behandelten; er habe vielmehr jetzt sein ganzes Schwergewicht darauf zu legen, den französischen Soldaten, vor allem denen in der Maginot-Linie, durch wiederholte Appelle klarzumachen, dass ihr Kampf unsinnig und zwecklos geworden sei. Während Marschall Pétain nicht angegriffen werden solle, müsse weiter scharf gegen Reynaud, Daladier und Mandel, die als Sammelbegriff zu behandeln seien, Front gemacht werden. Sie seien als die typischen Parlamentarier zu schildern, die sich jetzt feige drücken wollten und die versuchten, dem alten General die geschichtliche Verantwortung für den grössten militärischen Zusammenbruch aller Zeiten aufzubürden. Mit Begriffen wie «grösster militärischer Zusammenbruch», «Frankreichs Elitetruppen vor dem Zusammenbruch» usw. müsse intensiv gearbeitet werden, um die Demoralisation in Frankreich zu verstärken. Der Geheimsender solle Pétain einstweilen ignorieren und den Kampf weiter gegen Reynaud und Konsorten führen. Im Übrigen solle der Geheimsender jetzt einmal fragen, wer besser informiert gewesen sei als er, der von Anfang an gegen alle Schönfärberei der offiziellen französischen Sender aufgetreten sei. Er könne an vielen Beispielen belegen, dass seine Informationen und Voraussagen immer zugetroffen hätten, und darauf aufbauend könne er auch jetzt den Rat erteilen, dass es angesichts der grössten militärischen Katastrophe aller Zeiten sinnlos sei, in letzter Stunde für Frankreich zu sterben; wichtiger sei, für Frankreich zu leben. Im Übrigen solle der Judenhass in Frankreich noch nicht zu stark gefördert werden, umso mehr aber der Englandhass. Auch hier könne sich der Geheimsender auf seine Voraussagen berufen; jetzt treffe es zu, dass kein Engländer mehr in Frankreich zu sehen sei. Nach England sollen mit allen Sendern Nachrichten über Nachrichten von der Katastrophe gesendet werden, der Frankreich zustrebt. Dabei sollen Churchill und Konsorten angeklagt werden, weil sie sich jetzt schon festlegten, den Krieg auch nach einer französischen Kapitulation weiterzuführen. Die deutsche Presse könne im Übrigen die Frage aufgreifen, ob England ernstlich eine Besserung seiner Lage dadurch erhoffe, dass es jetzt scheinheilig in die Kirche laufe.»

Nach der Demission von Reynaud bildete am 17. Juni 1940 Marschall Pétain eine neue französische Regierung, um zugleich die Einstellung der Kampfhandlungen anzubieten.

18. Juni 1940

«Der Minister weist Sprachendienst, Geheimsender und deutscher Presse die Aufgabe zu, nachdrücklichst alle französischen Versuche im Keim zu ersticken, die aus einer Kapitulation sozusagen eine freundschaftliche Waffenniederlegung machen wollen. Es müsse mit allem Nachdruck festgestellt werden, dass Frankreich uns am 3. September ohne Grund angegriffen hat, dass es uns vernichten wollte und dass jetzt dafür gesorgt werden würde, dass eine ähnliche Situation nie wieder entstehen könne. Auf keinen Fall dürften die tatsächlichen Verhältnisse jetzt ins Gegenteil umgedreht werden. Auch dem deutschen Volke gegenüber müsse dafür gesorgt werden, dass die Franzosen nun nicht etwa durch falsche Sentimentalität mit einem blauen Auge davonkämen. Mit aller Klarheit könne nur immer wieder betont werden, dass Verhandlungen überhaupt nicht in Frage kämen, dass zunächst einmal Frankreichs Armee, Flotte und Ausrüstung in unserer Hand sein müssen und dass es für die nächsten 300 bis 400 Jahre zum letztenmal geschehen sein dürfe, dass Frankreich ein friedliches Volk ohne Grund überfallen konnte. Es solle dabei an die Vorgeschichte der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne erinnert werden und daran, dass wir damals vom 3. Oktober bis zum 11. November auf den Waffenstillstand hätten warten müssen, der in Wirklichkeit eine Kapitulation gewesen sei. Wenn Frankreich jetzt erkläre, es habe nicht kapituliert, so könne nur nachdrücklichst betont werden, dass es dann eben noch kapitulieren müsse. Die jetzigen Mitglieder des Pétain-Kabinetts – unter Herauslassung von Pétain selbst – sollen zusammen mit Reynaud, Daladier usw. angeprangert werden: sie schoben Pétain wie ein Denkmal vor sich hin, um sich selbst vor der Verantwortung zu drücken.

England gegenüber habe der Sprachendienst augenblicklich die Aufgabe, zu schildern, wie es in der augenblicklichen hoffnungslosen Lage keinen anderen Ausweg als den Versuch gebe, zu einem halbwegs anständigen Frieden zu kommen, wie aber stattdessen Churchill genau wie bisher stur und verbohrt jede Friedensmöglichkeit verhindere. Auch für den Geheimsender nach England gelte: Wenn jemand anfangs, sich mit Kapitulationsabsichten zu tragen, müsse man es ihm leicht machen. Der Geheimsender müsse mit englischen Argumenten schildern, wie die Partie verloren sei und wie England seinen Festlandsdegen verloren habe.»

19. Juni 1940

«Es muss weiter dafür gesorgt werden, dass im deutschen Volke nicht der Eindruck entsteht, als ob der Krieg schon zu Ende sei. Die französische und englische Presse gibt reichliche Anhaltspunkte dafür, dass weiter gekämpft werden wird, und ist nach dieser Richtung auszuschlachten. Frankreich hat mit sehr harten Bedingungen zu rechnen, und es ist durchaus anzunehmen, dass es die deutschen Forderungen zunächst ablehnen wird. Deshalb muss der Siegeswille im deutschen Volke weiter gestärkt werden, der im Übrigen ja auch aus gesundem Instinkt heraus die Bestrafung Englands durch Waffengewalt wünscht.

Nur die Geheimsender haben nach wie vor die Aufgabe, in Frankreich und England von der Zwecklosigkeit weiteren Widerstandes zu überzeugen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass England vorläufig noch hinter den Worten Churchills steht, dessen Zynismus nochmals angeprangert werden soll.

Die deutsche Presse soll im Übrigen nicht nur von Compiègne berichten, sondern die französische Zerstörungs- und Raubpolitik seit den Tagen Richelieus und Mazarens, die immer wiederkehrenden Raubzüge der Franzosen usw. schildern, und sie soll dem deutschen Volke klarmachen, dass damit jetzt Schluss gemacht wird. Es handelt sich nicht um die Befriedigung von Rachegefühlen, sondern darum, dass derartige Überfälle nie wieder in Frage kommen dürfen.

Die Franzosen haben zweifellos immer noch die Hoffnung, durch allmähliche Steigerung ihrer Wünsche einiges für sich zu erreichen, um in einigen Jahren bei einer günstigeren Konstellation die Einkreisung Deutschlands besser als diesmal betreiben zu können. Ein Abweichen von der uns vorgezeichneten klaren Linie kann deshalb keinesfalls in Frage kommen.»

20. Juni 1940

«Presse und Sprachendienst sollen nach wie vor die Entwicklung der Verhandlungen überhaupt nicht beachten und sich ganz so einstellen, als ob der Krieg in normaler Weise weitergeführt würde. Es sind deshalb alle Meldungen zu bringen, aus denen die Fortsetzung der Kämpfe hervorgeht. Ausserdem sind auch Beispiele aus der Geschichte herauszuziehen, die zeigen, dass auch in früheren Kriegen der Kampf nicht etwa gleichzeitig mit der Bitte um Waffenstillstand eingestellt wurde. Es ist durchaus damit zu rechnen, dass die Franzosen unsere Bedingungen zunächst ablehnen und alles darauf anlegen werden, möglichst viel Zeit zu gewinnen. Derartigen Versuchen muss von vornherein begegnet werden.

Dem französischen Volk muss inzwischen klargemacht werden, wie sehr es von England im Stich gelassen wurde. Flüchtlings- und Ernährungslage drücken augenblicklich bereits spürbar auf die öffentliche Meinung in Frankreich, und dieser Druck muss durch uns noch verstärkt werden. Durch diesen Druck auf die öffentliche Meinung muss, da militärische Machtmittel einstweilen auf diesem Gebiet nicht zur Verfügung stehen, auch gegen die Absicht eingewirkt werden, die französische Flotte und Luftflotte den Engländern zu unterstellen.

England dagegen muss von Sprachendienst und Geheimsender klargemacht werden, dass es auf eine wesentliche Hilfe aus den Vereinigten Staaten nicht rechnen kann. Ebenso muss gezeigt werden, wie unsinnig die Anschauung ist, England könne Deutschland auf die Dauer aushungern, denn es sei doch einleuchtend, dass bei einem derartigen Versuch heute ganz Europa getroffen würde und dass wir dafür sorgen würden, dass zunächst einmal die umliegenden Staaten einschliesslich Frankreich von einer solchen Hungerblockade getroffen würden.»

Anfang Juni 1940 erschienen in der Auslandspresse die ersten Meldungen über eine Deutschland und den besetzten Ländern bevorstehende Hungersnot. Goebbels

bat, dass Staatssekretär Backe durch Ausführungen vor der Auslandspresse «diese unsinnigen Gerüchte» sofort erstickte. Die Auslandsmeldungen namentlich über die Hungersnöte in den besetzten Ländern waren durch publizistische Deklamationen aber auf die Dauer nicht aus der Welt zu schaffen, wie Goebbels sehr bald erfahren musste. Daher machte er sich allmählich den Standpunkt zu eigen, dass der Erobererstaat nicht grundsätzlich verpflichtet sei, für die Lebensmittelversorgung der besetzten Länder aufzukommen. – Fs. 5. Aug. 1940.

Lebensmittellieferungen in die besetzten Gebiete – wie etwa die Lieferung von über 2 Millionen Zentner Weizen im Frühjahr 1941 nach Frankreich – waren eine reine Geste, lediglich um propagandistische Effekte im Ausland zu erzielen.

21. Juni 1940

«Der Minister setzt auseinander, dass der augenblickliche Stillstand der militärischen Operationen in Frankreich durch unser Interesse daran bedingt ist, dass wir mit einer im noch unbesetzten Gebiet amtierenden französischen Regierung verhandeln, um etwaigen Verträgen den Charakter der Legalität zu geben. Die Verhandlungen in Compiègne beginnen um 16 Uhr.

Der Minister führt weiter aus, dass es sich in Compiègne lediglich um den Akt der Übergabe unserer Bedingungen handelt und dass die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung nicht vor morgen oder übermorgen zu erwarten ist. Im Übrigen besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Franzosen ablehnen werden, es sei denn, dass sie unter dem Druck des Flüchtlingseleuds zur Annahme gezwungen werden.»

Über den voraussichtlichen Ablauf der Kapitulationsverhandlungen wurde die Berliner Presse am 21. Juni unterrichtet. Es wurde mitgeteilt, dass sie im historischen Salonwagen von Marschall Foch erfolgen sollen. Einleitend würde Hitler einige Worte sprechen und danach Keitel eine drei Seiten lange Präambel verlesen. Die Kapitulationsbedingungen würden ohne Verlesung überreicht werden.

Ihre Entgegennahme durch die französische Delegation erfolgte am 21. Juni 1940 um 15.30 Uhr.

22. Juni 1940

«Der Minister gibt einen Überblick über den vorgesehenen Ablauf der Kapitulationsverhandlungen von Compiègne. Für 11 Uhr wird mit Abgabe der französischen Erklärung gerechnet, wobei im Augenblick durchaus mit der Möglichkeit der Annahme unserer Bedingungen gerechnet werden kann, während noch offen ist, ob die Franzosen nicht etwa die italienischen Bedingungen ablehnen werden. Für den Fall, dass die Franzosen tatsächlich annehmen, soll bei der Bekanntgabe durch den Rundfunk das dafür vorgesehene grosse Zeremoniell angewandt werden. Sollte die Meldung selbst in feierliche Form gekleidet sein, so behält sich der Minister die Entscheidung vor, ob die Durchsage durch den Minister selbst oder Herrn Fritzsche erfolgen soll. Sollte für die Nachmittagspresse noch keine Meldung vorliegen, so müssten auch die Nachmittagsblätter sich durchaus auf Krieg einstellen.»

Am 22. Juni um 18.50 Uhr unterzeichneten die französischen Unterhändler die Waffenstillstandsbedingungen. Der Öffentlichkeit wurden sie erst am 25. Juni nach

Eintreten der Waffenruhe auch mit Italien bekanntgegeben. Frankreich wurde nördlich und westlich der Linie Genf-Dôle-Tours-Mont de Marsan-Spanische Grenze besetzt, so dass die Atlantikküste ganz in deutscher Hand war. Das französische Heer wurde bis auf eine Freiwilligenarmee sowie Teile der Luftwaffe und der Marine demobilisiert, die französische Flotte, mit grösseren Kontingenten in Nordafrika stationiert, aber nicht ausgeliefert.

Die deutschen Verluste während des Westfeldzuges beliefen sich auf 27'074 Tote, 111'034 Verwundete und 18'384 Vermisste.

23. Juni 1940

«Der Minister führt aus, dass nunmehr das England-Thema durchaus in den Vordergrund zu treten hat, ohne dass dabei in den allernächsten Tagen bezüglich Frankreichs bereits eine übereilte Friedensstimmung durchklingen darf. Zwar ist noch nicht abzusehen, in welcher Form der Kampf gegen England weitergeführt werden wird, und es darf deshalb nicht der Eindruck erweckt werden, als ob bereits morgen die Besetzung Englands ihren Anfang nehme. Andererseits besteht aber kein Zweifel darüber, dass England das gleiche Strafgericht wie Frankreich zu gewärtigen hat, wenn es sich auch jetzt vernünftigen Überlegungen gegenüber sperren sollte.

Die antienglische Polemik kann dabei an die Rundfunk-Erklärung Churchills und an die Auslassungen der «Times» angeknüpft werden, laut denen England der letzte Wächter der europäischen Freiheit sein solle. Dagegen soll jetzt von uns erklärt werden, dass wir nunmehr die Führer der Auseinandersetzung Kontinental-Europas gegen das plutokratische Inselvolk der Briten sind. Der Sprachendienst hat dabei ganz bewusst und systematisch mit Schlagworten zu arbeiten, die im Ton von «Völker Europas – England organisiert den Hunger gegen Euch!» usw. zu halten sind.

Nach Stephan verkündete Goebbels in der Konferenz: «Na, diese Woche wird ja nun der grosse Umschwung in England kommen. Churchill kann sich natürlich nicht halten. Eine Kompromissregierung wird gebildet werden. Wir stehen dicht vor dem Ende des Krieges.»

Es besteht die Gefahr, dass in Deutschland die italienfeindliche Stimmung unerwünschte Ausmasse annimmt und dass es infolge der empfindlichen Reaktion der Italiener derartigen Strömungen gegenüber zu einer regelrechten deutsch-italienischen Entfremdung kommt. So sehr sich die massgebenden Stellen deshalb auf der einen Seite gegen Taktlosigkeiten der Italiener – zuletzt die voreilige Veröffentlichung in «Giornale d'Italia» und «Tribuna», dass die Franzosen die Waffenstillstandsbedingungen angenommen hätten – verwahren müssen, so dringend ist es auch nötig, dass die Presse in taktvoller Form die beginnende Wut- und Hassstimmung gegen Italien auffängt und in vernünftige Bahnen lenkt. Sie hat deshalb dem deutschen Volke klarzumachen, was Italien uns gerade durch sein Stillhalten während des Winters genutzt hat und welche Chancen den Italienern von alliierter Seite geboten waren, wenn sie sich von uns trennten. Die militärische Seite soll am besten ganz übergangen werden.

Das russische Dementi der Auslandsmeldungen, laut denen das deutsch-russische Verhältnis getrübt sein sollte, muss auch in der Presse gebracht werden. Mit gewissen Grenzschwierigkeiten in Norwegen ist allerdings in nächster Zeit deswegen zu rechnen, weil gegen die dauernden Grenzüber tretungen durch russische Flieger vorgegangen werden soll.»

Am 22. Juni 1940 wurde von «Tass» amtlich verlautbart, dass Gerüchte in Umlauf gesetzt worden seien, der Einmarsch sowjetischer Truppen in die baltischen Staaten bedeute eine Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Diese Gerüchte würden in keiner Weise den Tatsachen entsprechen.

Alarmierend wirkte hingegen die Tass-Meldung vom 17. Juni 1940, in der mitgeteilt wurde, dass die Sowjetregierung in der Allianz der baltischen Staaten eine Bedrohung sehe. In gleichlautenden Noten habe daher die UdSSR die Besetzung der baltischen Staaten durch Sowjettruppen gefordert, die jedoch schon am 15. Juni in Litauen einmarschiert waren. – Fs. 28. Juni 1940.

24. Juni 1940

«Auch für den Fall, dass in nächster Zeit in England gewisse innerpolitische Veränderungen festzustellen sein sollten, muss der publizistische Kampf gegen England mit unverminderter Stärke fortgeführt werden, wie überhaupt der publizistische Kampf immer erst ganz zuletzt abgeblasen werden darf. Dagegen sollen Presse und Rundfunk sehr diskret und taktvoll allmählich im Kampf gegen England an die Seite der französischen Regierung treten, ohne dabei nun etwa übers Ziel hinauszuschiessen. Unsere Verlautbarungen müssen sich etwa in dem Sinne bewegen: «Wir sind zwar keine Franzosen; aber wenn wir jetzt anstelle Pétains stünden, dann würden wir dieses oder jenes sagen oder tun.»

25. Juni 1940

«Der Minister spricht den an der täglichen Morgenkonferenz teilnehmenden Mitarbeitern Dank und Anerkenntnis für die in den letzten neun Monaten vollbrachten Leistungen aus. Er betont dabei, dass die kommende Kriegsgeschichtsschreibung die sogenannte «vierte Waffe» besonders werde berücksichtigen müssen. Dass wir eine Reihe von Faktoren frühzeitig und rechtzeitig genug erkannt hätten, um sie im Krieg sofort einzusetzen, begründet zu einem guten Teil den deutschen Erfolg. Mit einem relativ kleinen Kreise und mit relativ kleinen Kraftaufwendungen sei es gelungen, die öffentliche Meinung der Welt massgebend zu bestimmen und zu formen, und es sei ebenso gelungen, die auf seelische Zersetzung des deutschen Volkes gerichteten Versuche unserer Feinde zunichtezumachen und das deutsche Volk auch in Zeiten, in denen es nicht leicht war, bei gutem Mut zu halten. Auch die Rolle, die der Rundfunk im Allgemeinen und beispielsweise das Wunschkonzert im Einzelnen für die Erhaltung der Widerstandskraft gehabt habe, werde erst eine kommende Geschichtsschreibung richtig würdigen können.

Der Kampf der kommenden Tage und Wochen ist ganz darauf abzustellen, eine kontinentale Front gegen England zu bilden und England auch polemisch und geistig aus dem Kontinent herauszudrängen.

Die Presse wurde am gleichen Tage angewiesen, nicht plumpe Angriffe gegen England zu starten etwa in dem Sinne: «Empire in Klump hauen.» Die Angriffe hätten sich auf «eleganter Ebene» gegen Einzelpersonlichkeiten zu richten. Deutschland wolle nicht das britische Weltreich, sondern nur die europäische Vormachtstellung Englands vernichten. – Diese Weisung trägt unverkennbar den Stempel Hitlers.

Es soll daran erinnert werden, wie auch nach der französischen Revolution in Koblenz Teile der Emigranten zunächst noch «Monarchie gespielt» hätten, und es soll von da aus die Parallele zu den britischen Versuchen gezogen werden, um den ausgehaltenen General de Gaulle eine französische Scheinregierung zu bilden.

General de Gaulle hatte am 18. Juni von London aus die Fortsetzung des französischen Widerstandes verkündet. Am 27. Juni 1940 gab Goebbels die Weisung, den Namen de Gaulles in der deutschen Presse nicht mehr zu nennen, sondern nur noch seine Argumente zu widerlegen. Das am 18. Juni 1940 von General de Gaulle in England gebildete «Nationalkomitee der Freien Franzosen» wurde am 28. Juni als politische Vertretung Frankreichs von England anerkannt.

Die Hasspropaganda gegen Frankreich hat sofort aufzuhören. Das Umschwenken muss aber ganz vorsichtig geschehen, und wir müssen uns aufdringlicher politischer Ratschläge enthalten. Ratschläge lassen sich nur in der Form erteilen, dass wir andeuten, was wir machen würden, wenn wir Franzosen wären. Um die Wunde vernarben zu lassen, haben Dinge, die typisch mit dem Krieg gegen Frankreich verbunden waren, wie beispielsweise das Frankreich-Lied, stark zurückzutreten. Dagegen ist Frankreich immer in Beziehung zu England zu bringen. Der Englandhass muss rigoros und rücksichtslos geschürt werden.»

27. Juni 1940

«Die ersten vom Minister vorausgesagten Nachrichten über englische Friedensfühler liegen vor. Die Presse darf sich auf diese Dinge überhaupt nicht einlassen. Bei Anfragen von ausländischer Seite ist zu erklären, dass die deutsche Presse eindeutig über unsere Haltung unterrichtet.

Ein paar Zeitungen sollen sich die jüdische Ausstreuung vornehmen, nach der jeder zur «Fünften Kolonne» zählt, der auch nur irgendwie vernünftige Äusserungen macht. Der Minister wendet sich nochmals gegen sentimentale, verbrüderungsselige Aufsätze über Paris. Er macht sehr eindringlich klar, dass Deutschland für die nächsten 3-400 Jahre die Bedeutung haben werde, die in den letzten 150 Jahren Frankreich gehabt hat. Unter diesen Umständen sei es völlig falsch, von uns aus den Ruf von Paris noch zu nähren, denn natürlich soll nun auch Berlin an die Stelle von Paris treten. Es komme deshalb darauf an, unser Sicherheitsgefühl zu heben, und Paris könne für uns nur noch die Rolle und Bedeutung einer Provinzstadt einnehmen. Der Minister betont die Notwendigkeit, sich in nächster Zeit wieder mehr um die geistige Betreuung des Volkes zu kümmern, das auch in vielleicht kommenden stillen Wochen in Spannung gehalten werden müsse. Pläne, die dieses Ziel im Auge haben, sollen bis zur kommenden Woche hinausgeschoben werden, damit vorher ein klares Bild der Lage gewonnen werden kann.»

28. Juni 1940

«Der Minister betont nochmals, dass unsere England-Propaganda von den sich hinter den Kulissen abspielenden Vorgängen keine Notiz nehmen darf, sondern stur die bisherige Richtung weiter verfolgen muss. Sie hat herauszustellen, dass England den Krieg haben will und ihn nun auch haben soll, und sie hat weiter festzustellen, dass England von Kriegsverbrechern regiert werde und dass es von uns nichts anderes als den Krieg zu erwarten habe, bis es zur Besinnung komme. Dagegen hat sich die Propaganda vor Präzisierungen zu hüten. Es darf nicht gesagt werden, dass wir das englische Weltreich zerstören wollen, und ebensowenig dürfe Art und Zeitpunkt unseres Angriffs angedeutet werden.

Zu den in der Morgenpresse veröffentlichten Zusammenstellungen über die Lügenpraxis unserer Gegner sollen in der Nachmittagspresse Kommentare erscheinen, die die Richtigkeit unserer Nachrichtengebung und ebenso die Richtigkeit des Verbots des Rundfunk-Abhörens betonen müssen. Es soll dabei gezeigt werden, wie unsere Gegner eine Flut von Lügen als Mittel der Kriegführung verwandt haben, die zwar von den zuständigen Stellen in Deutschland aufmerksamst beobachtet worden sind, so dass Gegenmassnahmen getroffen werden konnten, die aber nicht zur Kenntnis des deutschen Volkes kamen, solange sie vielleicht hätten gefährlich werden können. Die scharfen Urteile gegen Rundfunkverbrecher sollen in diesem Zusammenhang als wohlbegründet erwähnt werden, und es kann gesagt werden, dass bei uns ein Wahrheitsministerium gegen die Lügenministerien in den Feindländern stünde. Endlich soll die Kurzsichtigkeit der feindlichen Propaganda angeprangert werden, die auch jetzt wieder den völligen Zusammenbruch des französischen Volkes in dem Augenblick zur Folge hatte, in dem Frankreich die Wahrheit erfuhr.

Der Minister berichtet, dass in einer Zusammenstellung über die Wirksamkeit unserer Rundfunksendungen nun auch von deutscher diplomatischer Seite bestätigt worden ist, dass der Erfolg unserer Rundfunksendungen hundertprozentig war und dass der Zusammenbruch in den Feindmächten zum überwiegenden Teil auf ihre Wirkung zurückgeführt werden kann.

Der Minister will sich selbst mit dem Führerhauptquartier in Verbindung setzen, um Freigabe wenigstens einer neutralen Meldung über die Vorgänge in Rumänien zu erwirken, da mit Ausnahme des deutschen Lesers die ganze Welt inzwischen diese Vorgänge kennt und da nicht einzusehen ist, was durch eine Wiedergabe wenigstens der amtlichen rumänischen und russischen Verlautbarung geschadet werden könnte.»

Am 28. Juni 1940 um 14 Uhr marschierten sowjetische Truppen in Bessarabien ein. Am 5. Juli gab der rumänische Generalstab abschliessend bekannt, dass die Räumung Bessarabiens und des letzten Teiles der Bukowina durch die rumänischen Truppen beendet sei. Zu Zwischenfällen sei es nur gekommen, soweit die russischen Truppen die festgelegten Grenzlinien überschritten hätten.

«Einmal wird die Stunde kommen ...»

JULI-SEPTEMBER 1940

3. Juli 1940

«Von im Ausland immer häufiger auftauchenden Friedensgerüchten darf in der deutschen Presse mit keiner Silbe Notiz genommen werden. Die Presse soll sich zwar vor Präzisierungen hüten und weder vom Termin eines Grossangriffs auf England noch von unserer Absicht sprechen, das britische Imperium zu zerschlagen; sonst aber hat sie sich eindeutig auf die Fortführung des Kampfes gegen England festzulegen.»

4. Juli 1940

«Der Überfall der englischen Flotte auf die französische bei Oran soll dazu benutzt werden, um im Einzelnen darzulegen, wie England zunächst Frankreich in den Krieg hineingezogen hat, wie es dann Frankreich die Hauptvorbereitungen treffen liess, wie Frankreich in der Hauptsache das Material besorgen musste, wie der Kampf auf Frankreichs Grund und Boden ausgetragen wurde, wie sich die französischen Divisionen verbluteten, während die Engländer einen «verlustlosen Rückzug» durchführten, wie schliesslich England die Franzosen zum Weiterkämpfen zu zwingen suchte, wie die Engländer sie nach dem Zusammenbruch beschimpften, ihnen die Schuld an der Niederlage gaben, schliesslich auf englischem Boden eine französische Pseudoregierung erstehen liessen und wie sie nun auch noch die französischen Schiffe überfallen – alles «im Interesse Frankreichs». Hier zeige sich wirklich England ohne Maske.»

Am 3. Juli wurde ein vor Oran liegendes französisches Geschwader von britischen Seestreitkräften vernichtet, um zu verhindern, dass es in deutsche Hände falle. Nur das Schlachtschiff «Strasbourg» vermochte sich nach Toulon zu retten.

Zu dem Überfall auf die französische Flotte bei Oran sagte Churchill: «Das war ein höchst widerwärtiger Beschluss, der unnatürlichste und schmerzlichste, den ich je zu fassen hatte.»

Am 5. Juli 1940 folgte die Weisung, bei der Behandlung Frankreichs im Augenblick sowohl allzu positive als auch negative Darstellungen zu unterlassen.

5. Juli 1940

«Der Minister ordnet an, dass neben seinem Aufruf zum Empfang des Führers, der in den regulären Morgenblättern veröffentlicht werden soll, in Leitartikeln der

Berliner Presse die Bedeutung des Tages unterstrichen und die Berliner Bevölkerung zu einem einzigartigen Empfang aufgefordert werden muss. In der nächsten Wochenschau soll der Einzug des Führers in Berlin in grosser Aufmachung erscheinen, wobei auf ergreifende Einzelszenen und Einzeltypen besonders Wert gelegt werden muss.»

In der Konferenz vom 6. Juli 1940 erklärte Goebbels, dass die Führerkundgebung «den Wert einer erstrangigen politischen Demonstration» habe.

Am 6. Juli, 15.00 Uhr, traf Hitler mit einem Sonderzug auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin ein, um sodann durch ein Menschengespinnnis zur Reichskanzlei zu fahren. Als er sich auf dem Balkon der Reichskanzlei zeigte, liess er sich nochmals von der auf dem Wilhelm-Platz versammelten Volksmenge umjubeln.

6. Juli 1940

«Vom Auswärtigen Amt soll Freigabe unserer Note an die Vereinigten Staaten zur Monroe-Doktrin-Frage erwirkt werden. Grundsätzlich nimmt der Minister zu einer Frage von Major Martin Stellung, ob das deutsche Volk nicht zu wenig bzw. zu einseitig über die Stellung der Vereinigten Staaten uns gegenüber unterrichtet werde. Er legt dar, dass wichtiger als diese Unterrichtung sei, dass den Juden in Amerika keine Gelegenheit gegeben werde, sich mit uns auf Grund irgendwelcher unbedachter Äusserungen anzulegen. Aus diesem Grunde sei es besser, Amerika als quantité négligeable zu betrachten.

Das State Department der USA hatte am 5. Juli die deutsche Antwortnote auf die Note der USA vom 19. Juni 1940 veröffentlicht. In der deutschen Note wurde die Warnung der USA zurückgewiesen, Deutschland würde sich in die Angelegenheiten der westlichen Halbkugel einmischen und gehe dort auf territoriale Eroberungen aus. Wenn Amerika erwarte, so heisst es in der deutschen Antwort, dass man die Monroe-Doktrin respektiere, so sollte sich auch Amerika nicht in die europäischen Angelegenheiten einmischen.

Der Minister betont, dass Presse, Sprachendienst und Nachrichtendienst augenblicklich insofern in einer schwierigen Situation sind, als nur durch Unterdrückung von Nachrichten aus Frankreich verhindert werden kann, dass eine zu frankreichfreundliche Stimmung in Deutschland Raum gewinnt. Umgekehrt ist es unbedingt nötig, den England-Hass auf gleicher Höhe zu halten wie bisher, wobei aber der Gefahr ausgewichen werden muss, dass die Bevölkerung endlich Taten statt Anklagen und Drohungen sehen will. So muss auf der Stelle getreten werden, da dem Führer nichts vorweggenommen werden kann, und die Stimmung muss möglichst auf gleicher Höhe gehalten werden, bis der Führer selbst gesprochen hat.

Herr Major Titel soll mit dem Auswärtigen Amt genau absprechen, was zum Empfang von Aussenminister Graf Ciano erwartet wird. Er soll dabei keinen Zweifel darüber lassen, dass es unmöglich ist, genügend Bevölkerung zur Spalierbildung vom Anhalter Bahnhof bis Schloss Bellevue auf die Beine zu bringen, und das um so mehr, weil durchaus die Gefahr besteht, dass die Berliner Bevölkerung aus ihren Gefühlen Italien gegenüber keinen Hehl macht.

Hitler empfing am 7. Juli in Berlin den italienischen Aussenminister Ciano, der ihm eine grosse Liste italienischer Annektionswünsche überbrachte, von denen allerdings Hitler, beschäftigt mit der bevorstehenden Auseinandersetzung mit England, nichts wissen wollte. Stattdessen musste sich Ciano einen Siegesmonolog über den West-Feldzug anhören.

Der Minister wünscht, dass Herr Gutterer am Montag [8. Juli] Vertreter des Ernährungsministeriums, der Berliner Stadtverwaltung, des Gauess Berlin der NSDAP, des Preiskommissars und der Wehrmacht zusammenberuft, um mit ihnen die Berliner Versorgungslage zu besprechen. Der Zustand, dass es in Berlin weder Obst noch Kartoffeln, noch Gemüse in ausreichender Menge gibt, während in anderen Grossstädten des Reiches keinerlei Versorgungsschwierigkeiten fühlbar sind, muss nun endlich mit allem Nachdruck sofort geändert werden. Soweit Transportschwierigkeiten bestehen, soll die Wehrmacht mit Fahrzeugen und Menschen einspringen.»

In der Konferenz vom 12. Juli 1940 kam erneut die unzureichende Obstversorgung Berlins zur Sprache. Um den dringendsten Obstbedarf zu decken, ordnete Goebbels Ende Juli den Ankauf von italienischen Pfirsichen für insgesamt eine halbe Million RM an.

7. Juli 1940

«Der Minister gibt einen Überblick über die politische Situation und betont dabei besonders nochmals die Notwendigkeit, immer nur Churchill und seine Plutokratenclique, aber niemals das englische Volk als solches anzugreifen. Churchill selbst habe alle Brücken hinter sich abgebrochen, so dass irgendeine Einigung mit England nicht in Frage komme, solange er am Ruder sei.

Weiter weist er auf die Notwendigkeit hin, Frankreich auch in Zukunft als Feind zu behandeln. Es werde in Deutschland leider übersehen, dass die Kreise, die den Krieg gemacht und erklärt hätten, ja gar keine Wandlung durchgemacht hätten und dass die Volksmassen, die jetzt eine halbwegs vernünftige Haltung zeigten, ja doch stets nur Objekt der französischen Politik gewesen seien. Es müsse also zurückgehalten werden, was zu stark für Frankreich spreche, und alles, was gegen Frankreich zeuge, müsse hervorgehoben werden. Insbesondere solle man mehr über Gefangenenmisshandlungen bringen. Das Ganze dürfe aber nicht demonstrativ geschehen, damit nicht der Eindruck entstehe, als ob nun eine neue antifranzösische Kampagne einsetze. Grundsatz für alle Artikel, insbesondere gegen England, müsse im Übrigen sein, dass die Schreiber der Aufsätze nicht selbst in Wut geraten sollten, sondern dass diese Wut zu entfachen hätten, also den Effekt nicht aus dem Auge verlieren dürften.»

9. Juli 1940

«Der Minister wendet sich nochmals gegen die zahlreichen Veröffentlichungen über Frankreich, die im deutschen Leser ein abwegiges Bild erstehen lassen. Er weist darauf hin, dass wir an den französischen Bestrebungen, einen autoritären Kurs

einzuschlagen, absolut kein Interesse haben und dass es völlig falsch wäre, wollte man nun aus den Franzosen Nationalsozialisten machen. Ganz im Gegenteil liege unser Interesse in einem schwachen, in sich uneinigem Frankreich, das nicht einmal die Kraft zu einer moralischen Abwehrfront finden dürfe. Das Ziel müsse sein, aus Frankreich eine «verdickte Schweiz» werden zu lassen.

England gegenüber ändert sich in unserer Haltung bis zum Anfang der kommenden Woche nichts. Der Minister weist nochmals darauf hin, dass die Vernichtung Englands nicht das erstrebenswerte Ziel ist und dass England deshalb noch eine letzte Chance gegeben wird, auf verhältnismässig billige Weise davonzukommen. Da wir nicht zulassen können, dass sich in Zukunft noch einmal einer der kleinen

Souveräne gegen Deutschland wendet, besteht nicht die Absicht, irgendeinen der kleinen, von uns unterworfenen Staaten als dynastischen Staat neu aufzurichten. Den Raum, den wir brauchen, werden wir uns durch Entfernung der Elemente schaffen, die sich nicht einschmelzen lassen. In Zukunft wird nicht mehr vom «Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete», sondern-ohne ausdrücklichen Hinweis – nur noch vom «Generalgouvernement» die Rede sein, und so werden nach und nach wie im Protektorat, das ja jetzt auch nur noch Protektorat heisst, ganz von selbst klare Verhältnisse geschaffen. Die Bevölkerung in diesen Gebieten hat lediglich die Aufgabe, uns unsere Arbeit zu erleichtern.»

10. Juli 1940

«Der Minister warnt nochmals dringend davor, dass der deutschen Sentimentalität zu grosser Raum gegeben wird, die durch Jahrhunderte hindurch die besten Gelegenheiten der deutschen Geschichte verdarb und jetzt wieder im Begriff ist, in einer kitschig-weibischen Auffassung von Politik das deutsch-französische Verhältnis auf eine völlig falsche Bahn zu ziehen. Der Rundfunk soll durch geschichtliche Vorträge und die deutsche Presse durch entsprechende Aufsätze (u.a. durch Auswertung von Bainville) in steigendem Umfange, jedoch unauffällig, wieder zu einer frankreichfeindlichen Stimmung hinführen.

So sehr es darauf ankommt, Frankreich wieder unpopulär zu machen, so sehr ist es staatspolitisch notwendig, die Italiener im deutschen Volke wieder populärer zu machen. Der Minister betont die Verdienste Italiens während der ganzen Kriegsdauer und auch schon in den langen Jahren seit Stresa. Auch die Partei müsse sich gegen das Kolportieren italienfeindlicher Witze wenden. Auf keinen Fall darf der Eindruck entstehen, dass die deutschen Freundschaften nur Zweckfreundschaften seien.»

Vgl. J. Bainville, Frankreichs Kriegsziel, Hamburg 1940. – Jacques Bainville (1879 bis 1936) gehörte der faschistischen Action Française an.

Die Stresa-Konferenz zwischen England, Frankreich und Italien fand im April 1935 statt, besass aber nur deklamatorischen Charakter.

12. Juli 1940

«Der Minister verlangt nochmalige Weisung an die Presse, keinesfalls durch Rat-schläge den Franzosen den Weg in eine bessere Zukunft zu erleichtern. Er zeigt an Beispielen, wie bis in Parteistellen hinein die Franzosenfreundschaft seltsamste Blüten treibt, und verlangt, dass noch schärfer und klarer als bisher herausgestellt wird, dass Frankreich uns diesen Krieg erklärt habe und ihn nun auch bezahlen müsse. Auch Pétain selbst solle nicht als «französischer Hindenburg» geehrt werden; es könne aber ruhig einmal daran erinnert werden, dass die Franzosen ihrerseits sogar die Auslieferung Hindenburgs als Kriegsverbrecher verlangt hatten, so dass also auch in diesem Punkte eine kühle Reserve unsererseits im Grunde viel mehr sei, als die Franzosen erwarten dürften.

Der Sprachendienst soll sich gegen die «neue» englische These, in Deutschland drohe Revolution, wenden. Es soll daran erinnert werden, dass wir ähnliche Töne schon seit dem 1. September hörten, dass sich die Lage seitdem ja immerhin einiger-massen zu unseren Gunsten verändert habe – und bei dieser Gelegenheit sollen diese Veränderungen im Einzelnen dargelegt werden – und es soll gefragt werden, weshalb eigentlich ausgerechnet jetzt nach all unseren militärischen Erfolgen die Aussichten auf eine Revolution in Deutschland grösser geworden sein sollten.

Dagegen solle natürlich bei den Franzosen der Hass gegen England genährt werden, da das unsere eigene Position erleichtere. Wie all diese Dinge nach dem Kriege behandelt werden würden, könne jetzt noch nicht entschieden werden. Einstweilen solle lediglich die Besatzungsarmee sich Sympathien in Frankreich verschaffen; die Truppe müsse aber dabei so unterrichtet werden, dass sich jeder deutsche Soldat als Propagandist fühle, nicht aber etwa als Träger einer deutsch-französischen Verbrüderung.»

15. Juli 1940

«Herr Gutterer berichtet über die Vorbereitungen zum Empfang der nach Berlin heimkehrenden Division. Er soll auf dem Obersalzberg anfragen, ob mit Freitag 18 Uhr als feststehendem Termin endgültig gerechnet werden kann, da von diesem Termin ausgehend entweder am Mittwoch oder am Montag auch die Reichstags-sitzung stattfinden muss. Der Minister betont, dass der Empfang der Division für Berlin ein einmaliges Erlebnis werden muss, und er wünscht Mitarbeit von Rund-funk und Presse. Die Presse muss jedoch insofern vorsichtig sein, als der Eindruck vermieden werden soll, dass es sich nun etwa schon um die grosse Schlussparade handelt. Bei dem Empfang sollen neben den Verwundeten auch die Rüstungs-arbeiter betont in Erscheinung treten; damit soll der Gegensatz zu 1918, als die heimkehrenden Frontregimenter von meuterndem Mob empfangen wurden, be-sonders deutlich herausgestellt werden.

Am 18. Juli empfing Goebbels als Gauleiter von Berlin die nach Berlin zurück-kehrende 218. Infanteriedivision. In der Ansprache, die Goebbels aus diesem An-las hielt, heisst es: «... Wir haben, als ihr euren Vormarsch begannt, in der Heimat

kein Biertischstrategentum geduldet... Wir haben euch, während ihr kämpftet und siegtet, keine defaitistischen Briefe und Zeitungen an die Front geschickt, auch nicht im verflossenen Winter, der für Berlin härter war als für jede andere Stadt im Reich ... Noch ist der Krieg nicht zu Ende. Seine letzte Etappe muss noch gewonnen werden. Dann sollen die Friedensglocken über dem Vaterland läuten, dann bauen wir ein grösseres Reich und ein besseres Europa auf.»

Zur Behandlung der Franzosen gibt der Minister die Weisung, mit rücksichtslosem geistigem Terror jede Lust zu einer Wiedererhebung im Keim zu ersticken. Er schildert, wie die Intelligenz jedes vom Menschen erdachte Hindernis beseitigen kann, wie aber lethargischer Stumpfsinn am sichersten jede Wiedererhebung verhindert. Es käme deshalb in der Hauptsache darauf an, die Gesinnung und den Willen zu den Waffen zu brechen; damit werde die dauernde Entwaffnung sicherer gewährleistet als durch Wegnahme der Waffen selbst. Dr. Börner soll deshalb ab sofort gerade auch die französische Provinzpresse und die kleinen Winkelblättchen im unbesetzten Gebiet ständig darauf hin überwachen lassen, ob ausfällige Bemerkungen in ihnen vorhanden sind, und mit mimosenhafter Empfindlichkeit soll in jedem einzelnen derartigen Fall ein politischer Krach in Szene gesetzt werden. Durch dauernden geistigen Terror solle den Franzosen von Anfang an und für immer die Lust vergällt werden, sich jemals wieder gegen uns zu erheben.»

19. Juli 1940

«Der Minister legt im Einzelnen fest, dass ab 15 Uhr, wenn die Reichstags-sitzung in Presse und Rundfunk bekanntgegeben worden ist, auch die ausländischen Sender unterrichtet werden können. Am Abend sollen im Rahmen der Ankündigung durch den Rundfunk sämtliche angeschlossenen Sender namentlich aufgeführt werden, damit der Eindruck unterstrichen wird, dass die ganze Welt zuhört.

In der Wiedergabe des Auslandsechos der Führer-Rede soll mit äusserster Vorsicht vorgegangen werden, da am Sonnabend früh höchstens ein inoffizielles Teilecho vorliegen kann. Vor Sonntag oder Montag Abend kann mit einer endgültigen Stellungnahme des Auslandes umso weniger gerechnet werden, als auch durch die öffentliche Meinung in England selbst zweifellos ein tiefer Schnitt gehen wird und, falls es zu einem Rücktritt der Regierung Churchill kommt, schwere Rückzugsgefechte vorangehen werden. Der Minister betont, dass heute Abend über das Schicksal Englands entschieden werden wird.

Die von deutscher Seite diplomatisch und propagandistisch vorbereitete Reichstagsrede Hitlers vom 19. Juli 1940 gipfelte in der Aufforderung an England, einen «Verständigungsfrieden» mit Deutschland zu suchen, durch den England die deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent anerkennen solle, während Hitler das Empire unangetastet lassen wollte.

Die Presse soll gegen die in Frankreich Boden gewinnende Legende Stellung nehmen, dass Frankreich unter der Überlegenheit unseres Materials zusammengebrochen sei, und demgegenüber betonen, dass der Sieg durch den deutschen Soldaten und durch die deutsche Führung errungen wurde.

Der Minister gibt seiner Anerkennung für die organisatorische Durchführung der Empfangsfeierlichkeiten für die heimgekehrte Berliner Division Ausdruck. Von der Wochenschau erwartet er, dass der Bericht über den Empfang selbst und das sich um ihn entwickelnde Volksfest grossartig herauskommt.

Herr Gutterer berichtet, dass auf dem Kurfürstendamm zurzeit des Einzugs der Truppen das gleiche flanierende Pack zu beobachten war wie immer. Der Minister gibt in diesem Zusammenhang seinen Entschluss kund, sofort nach Kriegsende sämtliche 62'000 in Berlin noch lebende Juden innerhalb eines Zeitraumes von höchstens acht Wochen nach Polen schaffen zu lassen; solange die Juden in Berlin lebten, würde die Stimmung im Westen der Stadt stets durch sie beeinflusst bleiben. Herr Hinkel berichtet über den mit der Polizei bereits ausgearbeiteten Räumungsplan, in den sich auf Wunsch des Ministers auch Herr Gutterer einschalten soll. Er soll vor allem dafür sorgen, dass Berlin an erster Stelle gesäubert wird, da der Kurfürstendamm unverändert ein jüdisches Gesicht behalten wird, auch wenn die Juden nicht nach aussen direkt in Erscheinung treten, bis Berlin wirklich judenfrei geworden ist. Erst nach Berlin sollen dann die anderen Judenstädte (Breslau usw.) an die Reihe kommen.»

20. Juli 1940

«Wenn auch dem ersten englischen Echo auf die Führer-Rede gegenüber etwas Vorsicht geboten ist, so liegen doch schon so viele absolut negative und zynisch ablehnende Meinungsäusserungen vor, dass ein Verschweigen einen falschen Illusionismus fördern würde. So soll eine Auslese aus diesen ersten Stimmen nicht prononciert, aber doch als erste Antwort aus England gebracht werden, und es kann schon dazu gesagt werden, dass diese Fülle von gleichklingenden Äusserungen ohne Einverständnis der amtlichen Kreise wohl nicht denkbar wäre.

Bereits eine Stunde nach Hitlers Reichstagsrede antwortete BBC und lehnte in einer von Sefton Delmer gegebenen Stellungnahme Hitlers Angebot ab. Seine scharfe Abweisung, die «ohne irgendwelches Zutun von der Regierung Seiner Majestät» geschah, sollte schliesslich Haltung und Tenor der britischen Presse für die nächsten Tage bestimmen.

Der Sprachendienst soll die entscheidenden Abschnitte der Führer-Rede einzeln und jeweils mit Kommentar noch mehrfach und in Abständen von etwa einer halben Stunde nach England geben. Er soll dann sagen, wir brächten nun das, was der englische Rundfunk bisher dazu zu erklären habe, und er soll darauf hinweisen, dass es schliesslich bei den englischen Hörern um Tod oder Leben gehe.

Die Geheimsender sollen ähnlich wie vor Beginn der Westoffensive klarlegen, was England erwartet, wenn die Offensive erst einmal beginnt. Im *Arbeiter-Sender* soll schon jetzt vorsichtig versucht werden, zu Aktionsausschüssen gegen Churchill aufzurufen. Als zügige Parole soll jeder einzelnen Sendung vorangestellt werden «Ein Narr regiert das Weltreich; Churchill ist ein Narr». In «Voix de Paix» soll nicht nur der Frieden gefordert werden, sondern hier können auch die Möglich-

keiten des Friedens deutlich herausgestellt werden. Dazu soll Herr Dr. Börner Herrn Raskin Material über den Herzog von Windsor geben.

Ferner sollen Herr Major Wodarg und Herr Major Martin bereits einen Evakuierungsplan ausarbeiten mit dem Ziel, bei Beginn der Offensive möglichst verheerende Folgen in England zu erzielen.

Herr Raskin soll ferner einen Franzosen auf Englisch sprechen lassen, der erzählen soll, was Frankreich hätte erspart bleiben können, wenn es rechtzeitig auf des Führers Angebot eingegangen wäre. Weitere Spezialsendungen sollen überlegt werden, so etwa ein Bittgottesdienst für den Frieden. Über den Herzog von Windsor ist zu sagen, dass er seinerzeit gestürzt wurde, weil er Frieden und Verständigung mit Deutschland wollte; Absätze aus seiner seinerzeitigen Abdankungsrede sollen gesendet werden.»

Am 10. Dez. 1936 verzichtete König Edward VIII. auf den englischen Thron wegen der beabsichtigten Eheschliessung mit Mrs. Simpson sowie infolge vorangegangener Differenzen mit dem Kabinett um die vom König verfolgten sozialpolitischen Absichten.

Es existierten damals folgende gegen England gerichtete Geheimsender bzw. «Concordia-Dienste»: Die bereits bestehende New British Broadeasting Station sendete fortan über drei Kurzwellensender auf verschiedenen Frequenzen. Ihre Sendungen richteten sich gegen die Regierung und traten für ein England «des Friedens und der Wohlfahrt» ein. Ein Amateur-Sender arbeitete unter dem Namen «Caledonia» und vertrat den schottischen Freiheitsgedanken. Ein dritter Geheimsender, Concordia «Plan S», strahlte auf Mittelwelle über einen fahrbaren Sender aus und rief mit revolutionär-sozialistischer Tendenz die britische Arbeiterschaft zu Aktionen auf. Ein Kurzwellen-Geheimsender «Plan W» unterstützte die wallisischen Separatistenbestrebungen und ein fünfter Concordia-Sender, «Plan P», sollte rein pazifistische Tendenzen auf christlicher Grundlage vertreten.

22. Juli 1940

«Der Minister schildert die Schwierigkeiten, die sich unserer Propaganda in den Weg stellen, wenn sie an die englische Mentalität heranzukommen sucht. Aus seiner ganz anderen europafremden Mentalität heraus sei es dem Engländer unvorstellbar, dass das in der Führer-Rede gemachte Angebot nicht lediglich ein Bluff, sondern ernst gemeint sei. Er führt aus, dass die englischen Zeitungen nicht so höhnisch und ablehnend schreiben könnten, wenn England wirklich den Frieden wollte, denn die englische Presse müsse sich der öffentlichen Meinung unterwerfen. Unsere Aufgabe sei es, unsere Argumente weiter zu verstärken und dabei die englische öffentliche Meinung als noch durchaus intakt zu werten. England werde erst zur Vernunft kommen, wenn es die ersten Schläge erhalten habe, vorläufig mache es sich keinerlei Vorstellungen von der Situation, vor der es stehe.

Die deutsche Presse war zunächst angewiesen worden, das Auslandssecho zur Hitler-Rede in der von Goebbels geforderten Weise zu vermerken. Am Abend des gleichen Tages wurde diese Weisung jedoch grundsätzlich abgeändert. Der deutschen Presse wurde auferlegt, die ablehnenden englischen Stimmen gross herauszubringen und

England «mit aller Wucht» anzugreifen. Die Ablehnung von Hitlers Angebot gleiche einem «Kriegsverbrechen».

Es wird die Frage erörtert, ob die Nostradamus-Prophezeiungen im offiziellen Sprachendienst oder über die Geheimsender in England verbreitet werden sollen. Angesichts der den unseren entgegengesetzten Interpretationen wird beschlossen, den Geheimsendern den Vorzug zu geben. Es soll jedoch der Geheimsender mit dem grössten Hörerkreis genommen werden; in ihm soll in Etappen zunächst einmal geschildert werden, was Nostradamus für frühere Zeiten richtig prophezeit habe, und allmählich soll dann auf die Prophezeiungen hingeführt werden, die eine Zerstörung Londons im Jahre 1940 schildern.»

24. Juli 1940

«Der Minister legt die Haltung gegenüber England für die nächste Zeit fest.

- I. *Der deutschen Öffentlichkeit gegenüber* soll die im Volke wohnende, sehr starke Kampf Stimmung noch weiter untermauert und aufs Neue bestärkt werden. Die Zurückhaltung der letzten Wochen muss also aufgegeben werden. Auch dem deutschen Volke gegenüber soll jedoch nur die englische Plutokratie, nicht das englische Volk in seiner Gesamtheit angegriffen werden. Im Übrigen jedoch ist mit ganz primitiven Argumenten zu arbeiten. Es ist dem Volke klarzumachen, dass die Plutokratenschicht nur durch Schläge unserer Waffen aus ihrem dummdreisten Dünkel herausgestürzt werden kann.
- II. *Unsere offiziellen Propagandamittel* haben dem englischen Volk gegenüber klarzumachen, dass die Plutokratenclique an der Spitze weder etwas mit dem englischen Volk zu tun hat noch sich mit ihm verbunden fühlt. Es können dabei auch Argumente verwandt werden, die in Deutschland nicht zu verwerthen wären (z.B. Behandlung der Steuerfrage), da das englische Volk über die innerdeutschen Verhältnisse überhaupt nicht oder nur verzerrt unterrichtet ist. Gegen die plutokratische Führungsschicht muss Misstrauen gesät und vor dem, was jetzt kommt, muss Angst eingeflösst werden, wobei möglichst dick aufgetragen werden muss.
- III. Die *Geheimsender* dürfen sich keinesfalls als deutsche Einrichtung demaskieren, und sie müssen deshalb möglichst jede Sendung mit Angriffen gegen die Nationalsozialisten beginnen. Verstärkt müssen sie die Stoffe aufgreifen, die auch von den offiziellen Sendern behandelt werden; darüber hinaus sollen sie innerpolitische Vorgänge aus Klubs und Nachtbars erfinden, gegen die sie im Namen des englischen Volkes protestieren müssen. Sie haben in besonderem Masse durch Verbreitung von englischen Augenzeugenberichten aus Warschau, Dünkirchen usw. Grauen zu verbreiten und müssen jetzt mit allen nur möglichen Mitteln arbeiten, damit bereits die ersten Schläge auf England auf einen psychologisch gut vorbereiteten Boden fallen.
Im Einzelnen sollen die Geheimsender die Inflationsgefahr heraufbeschwören;

sie sollen zum grösstmöglichen Hamstern von Lebensmitteln auffordern, zum Abheben des Geldes von der Bank, zum Ankauf von Schmuck und wertbeständigen Dingen.»

25. Juli 1940

«Die Geheimsender haben in besonderem Masse die Aufgabe, im englischen Volk Furcht und Angst zu erwecken. Da aber die dahinter stehende deutsche Propaganda nicht zutage treten darf, müssen sie ihre eigentliche Absicht in Moral und gute Vorschläge einhüllen; deshalb sollen sie jetzt u.a. sehr fachmännisch ausgearbeitete Luftschutzkurse vermitteln, in deren Rahmen die genauesten Einzelheiten so geschildert werden müssen, dass die Zivilbevölkerung von Vornherein das Grauen packt.»

29. Juli 1940

«Auf Grund der Erfahrungen seiner Münchener Reise verlangt der Minister von Herrn Gutterer einen energischen Schritt sowohl beim Ernährungsministerium als auch beim Reichskohlenkommissar, damit die Versorgung Berlins nicht fortlaufend schlechter ist als die Versorgung anderer Teile des Reiches. Der Minister betont, dass es auf die Dauer ein unerträglicher Zustand ist, dass von Preussen das Tragen von Lasten seit jeher als Selbstverständlichkeit gefordert wird, während andere Stämme ebenso selbstverständlich nur die Vorteile aus dem Reich zögen. Ebenso soll vom OKW nochmals verlangt werden, dass Aufkäufe grösseren Ausmasses grundsätzlich nicht in Berlin und seiner Umgebung erfolgen dürfen. Bis Ende der Woche verlangt der Minister genaue Vorschläge über ausserordentliche Zuschläge für die Berliner; andernfalls wird er das Thema einmal in aller Öffentlichkeit behandeln.»

5. August 1940

«Die Propaganda gegen England muss in den nächsten Tagen noch mehr als bisher intensiviert werden, und vor allem die Geheimsender sollen das Letztmögliche an Wirkung zu erzielen suchen. Der Minister lobt in diesem Zusammenhang die bisherigen Luftschutzkurs-Sendungen und regt an, nun auch noch Gaskurse zu geben und die Angst vor Unglücksfällen bei den Luftschutzkursen zu steigern. So soll beispielsweise, wenn die Hausanfertigung von Molotow-Cocktails als nationale Pflicht hingestellt worden sei, wenige Tage darauf bei allen Besitzern derartiger Handgranaten grösste Besorgnis herrschen, dass ihre Werkzeuge jeden Augenblick explodieren könnten.

Derartige Sendungen wurden, angeregt von Goebbels, mehrfach wiederholt. Im Zusammenhang mit Anweisungen für die Behandlung einer Rede von Kardinal Hinsley sowie einer Rede von Duff Cooper stellt der Minister nochmals klar, dass er zwar gegen die gelegentliche Anwendung von Schimpfworten nichts einzuwenden habe, dass diese Schimpfworte dann aber durch gute Argumentation so

begründet erscheinen müssten, dass beim Leser nicht der Eindruck blossen Geschimpfes entstehe. Die englischen in letzter Zeit immer wiederkehrenden Behauptungen, an der für Europa mit Sicherheit zu erwartenden Hungersnot sei niemand anders schuld als der Führer, ja, «General Hunger» sei personengleich mit Adolf Hitler, sollen schon jetzt durch Aufwerfen der Gegenfrage pariert werden, wer denn eigentlich die Blockade begonnen habe. Der Minister teilt im Übrigen mit, dass Mussolini seine Bewunderung über die grossartige Art und Weise zum Ausdruck gebracht habe, mit der die deutsche Presse die augenblickliche Stagnationszeit durchstehe.»

7. August 1940

«Zur Frage der Flugblattpropaganda erklärt der Minister, dass er sich von einer Flugblattpropaganda in *England* nicht viel verspricht, da die dafür angewandte Mühe in keinem Verhältnis zum Erfolg stehe. Die Massen in England seien viel einfacher durch den Rundfunk zu erreichen. Wenn England umgekehrt in Deutschland mit Flugblättern arbeite, so sei das dadurch begründet, dass England über den Rundfunk an die deutschen Hörer ja nicht in nennenswertem Umfang herankomme. Im Übrigen wirke das gesprochene Wort magnetischer als das geschriebene. Der Minister gibt zu, dass die zuletzt von den Engländern abgeworfenen Flugblätter etwas gefährlicher sind als die früheren. Er wünscht über jede Neuerscheinung sofort mit genauem Wortlaut unterrichtet zu werden.»

Fs. 5. Mai 1942.

8. August 1940

«Der Minister verweist auf einen Aufsatz im «Economist» über «dynamische Demokratie», der sich im gleichen Fahrwasser wie der kürzlich erschienene Times-Artikel bewegt, und verlangt schärfste Abfertigung vor allem auch im Sprachendienst. Er entwickelt, wie England zweifellos die Hoffnung habe, erst einmal Zeit zu gewinnen; sei der Oktober erreicht, so hofften die Engländer, sei man aus dem Schlimmsten heraus. Man male schon jetzt das Gespenst einer Hungersnot, in der Hoffnung, dass sie revolutionäre Erscheinungen zur Folge haben werde und dass die von Deutschland angezogenen Staaten dann wieder abfallen würden. Es sei durchaus nötig, den Engländern ihre geistigen Argumente schon jetzt aus der Hand zu schlagen. Dass das möglich sei, habe sich bereits bei Kriegsbeginn gezeigt, als die Engländer zunächst mit ganz anderen Parolen zu arbeiten versucht hätten, dann unter dem Druck unserer Gegenwehr die Tendenz hätten ändern müssen.

Aufs Schärfste müsse daneben in der Frage der angeblichen Lebensmittelverknappung gegen die immer wiederkehrenden englischen Verdrehungsversuche polemisiert werden. Nicht deutlich genug könne dabei gezeigt werden, dass man nicht *uns* für etwaige Verknappungen verantwortlich machen dürfe und dass nur Englands Blockade die Schuld daran trage, wenn Lebensmittel aus den Vereinigten

Staaten nicht in die von uns besetzten Länder kämen. Den besetzten Ländern selbst müsse daneben klargemacht werden, dass nicht wir für ihre Ernährung verantwortlich seien und dass unsere Lebensmittel nicht dazu da seien, die von uns niedergeworfenen Völker zu ernähren, die jetzt eben die Folgen des uns von ihnen aufgezwungenen Krieges tragen müssten. Im Übrigen habe – in Entgegnung einer von England böswillig ausgestreuten Behauptung – der Führer nicht davon gesprochen, dass wir die Ernährung *Europas* sichergestellt hätten, sondern der Führer habe lediglich von der Ernährung des *deutschen Volkes* geredet.

Goebbels bezieht sich auf den Artikel «England's Example» in: «The Economist» vom 20. Juli 1940. Das betreffende Zitat aus der Hitler-Rede vom 19. Juli 1940 lautet: «Auch die Ernährung ist dank der diesmal beizeiten getroffenen Massnahmen für jede Dauer des Krieges sichergestellt.»

Herr Raskin soll sich für den Geheimsender eine englische Meldung zurücklegen, laut der bei Dünkirchen 100'000 englische Uniformen in deutsche Hand gefallen sind. Wenn die Dinge soweit gediehen sind, sollen die Geheimsender damit arbeiten, dass in diesen Uniformen Fallschirmjäger in England abgesprungen seien.» Am 14. Aug. 1940 brachten die Geheimsender angeblich erstmals die Nachricht, dass Fallschirmjäger in britischer Uniform und in Zivilkleidern in Nordengland abgesprungen seien und sich bei Angehörigen der Fünften Kolonne versteckt halten. Es schien, dass England eine Fallschirmjägerpsychose erfasste, doch wurde der Erfolg der Aktion schon am nächsten Tage durch britische Zeitungen verdorben, die bekanntgaben, dass man zwar Fallschirme gefunden habe, diese jedoch unbemannt gewesen waren, weil sich keine Spuren finden liessen, dass Menschen ihren Weg aus den Kornfeldern und anderen Stellen, wo die Fallschirme heruntergekommen waren, genommen hätten.

Goebbels befahl in der Konferenz vom 20. Aug. 1940, die englischen Meldungen über das Vorhandensein deutscher Fallschirmjäger in England offiziell zu dementieren, doch hätten die Geheimsender die Furcht vor weiteren Absprungen zu nähren. Die Geheimsender brachten u.a. die Meldung, die Fallschirmjäger würden von der «Fünften Kolonne» geschützt werden. Am 20. und 22. Aug. 1940 regte Goebbels eine Wiederholung der Fallschirm-Abwurfaktion über England an, da englische Pressestimmen «eine sehr weitgehende Beunruhigung der Bevölkerung» erkennen liessen.

9. August 1940

«Der *einen* deutschen Sondermeldung von gestern Nachmittag über einen Luftsieg am Ärmelkanal mit 34 Feindabschüssen haben die Engländer 14 Einzelmeldungen gegenübergestellt, die in dramatischer Steigerung in der Behauptung gipfelten, es seien insgesamt 53 deutsche Flugzeuge abgeschossen worden. In eingehender Aussprache wird geklärt, dass wir bei der augenblicklich angewandten Methode, lediglich einen ganz nüchtern gehaltenen OKW-Bericht herauszugeben, publizistisch unweigerlich geschlagen werden müssen. Der Minister weist insbesondere darauf hin, dass Feindlügen so lange verhältnismässig ungefährlich gewesen sind, wie es sich um Meldungen aus dem Kampf zu Lande handelte, da zumindest der reine Landgewinn auf die Dauer nicht verborgen werden konnte. Im Luftkampf lägen die

Dinge völlig anders, da der Nachweis der Richtigkeit einer Meldung hier nicht mit gleicher Akribie zu führen sei. Die schon jetzt angewandte englische Taktik lasse ohne Weiteres vermuten, dass die Engländer beispielsweise bei einem wirklichen deutschen Grosseinsatz gegen England ungeheure deutsche Verluste behaupten und, falls sich unsere Taktik nicht wendele, mit ihren Meldungen auch Glauben finden würden. Es sei höchste Zeit, dass man sich darüber klar werde, dass wir vor einer dramatischen Wendung unserer Nachrichtenpolitik stünden; wenn wir diese Tatsache nicht erkannten, bestünde die Gefahr, dass wir in der Nachrichtengebung den Kampf verlören.

Im Einzelnen wird dann ein Teil der Gründe geklärt, aus denen eine Verzögerung von mehreren Stunden, gerechnet ab erster englischer Meldung bis zur Ausgabe der deutschen Sondermeldung, entstehen konnte. Sowohl Herr Major Wodarg als auch Herr Fritzsche halten es für erforderlich, dass der Minister sich vom Führer die Erlaubnis erwirkt, in künftigen Fällen Teilmeldungen selbständig herausgeben zu können, ohne dass sie vorher dem Führer vorgelegen haben.»

Das OKW gab am 9. Aug. 1940 bekannt, 49 britische Flugzeuge würden bei Luftkämpfen über dem Kanal abgeschossen worden sein, während sich die eigenen Verluste auf angeblich nur 10 Flugzeuge beliefen. Am Abend des 9. Aug. bezifferte das britische Luftfahrtministerium in einem Abschlussbericht die deutschen Verluste auf 53 Flugzeuge und sprach von 16 vermissten britischen Flugzeugen.

10. August 1940

«Für die Nachrichtengebung der Abteilung Auslandspresse gibt der Minister die Anweisung, dass augenblicklich alle Meldungen weiterverbreitet und unterstützt, zum Teil auch durch unsichtbare Kanäle von uns lanciert werden sollten, die Furcht vor dem Schrecken und der Furchtbarkeit des deutschen Angriffs nach England tragen. Dieser Teil des Nervenkrieges dürfte in seiner Wichtigkeit nicht unterschätzt werden.»

12. August 1940

«Im Zusammenhang mit einem Bild von der russischen Ausstellung im Rahmen der Königsberger Messe, auf dem der Kopf Stalins zu sehen ist, wendet sich der Minister gegen die Gruppen, die immer noch mit Gewalt einen inneren Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus festzustellen suchen. Unter Hinweis z.B. auf den Russenfilm «Sturm auf die Mannerheim-Linie» und auf das Buch von Sostschenko «Schlaf schneller, Genosse» weist der Minister nach, wie irrig die Versuche philobolschewistischer Kreise sind, eine innere ideologische Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus nachzuweisen, und er fordert Herrn Gutterer dazu auf, nichts an bolschewistischer Tendenz und Gesinnung nach Deutschland hereinzulassen. Das Verhältnis mit Russland sei von rein machtpolitischen Zweckmässigkeiten geleitet.

Eine Leseprobe von Sostschenko erschien 1940 in der Zeitschrift «Die Weltliteratur, Romane, Erzählungen und Gedichte». Eine Buchveröffentlichung Sostschenkos ist im

Deutschen Schrifttumsverzeichnis nicht genannt, was freilich nicht ausschliesst, dass eine solche erschienen ist, da beschlagnahmte Literatur nicht verzeichnet ist. Vgl. «Schlaf schneller, Genosse!». Sowjetrussische Satiren von Michail Sostschenko und anderen. Hg. von G. Willinsky, Frankfurt/M. [1956].

Der Minister bezeichnet es als grundsätzlich falsch, dass von verschiedenen deutschen Stellen in den besetzten Gebieten, die bei Friedensschluss zum Grossdeutschen Reich fallen werden, eine Konkurrenz hochgezüchtet wird, die uns selbst schwer zu schaffen machen muss. Für uns gelte es zunächst, ohne Rücksicht auf andere Völker die verlorenen Weltmärkte zurückzuerobern, und besonders günstig seien unsere Aussichten dabei auf kulturellem Gebiet, nachdem wir die französische Konkurrenz in den Hintergrund gedrängt hätten. Unsinnig sei es bei diesem allem, wenn jetzt versucht werde, beispielsweise in Norwegen oder Frankreich landeigene Filmproduktionen wieder ins Leben zu rufen, da diese Produktionen zwangsweise als Konkurrenz gegen uns auftreten müssten.»

Die Unzulänglichkeit der deutschen Spielfilmproduktion zur hinreichenden filmischen Versorgung des Reiches und der besetzten Länder zwang jedoch im Verlaufe des Krieges nicht nur zu deutsch-französischen Ko-, sondern auch zur Zulassung französischer Eigenproduktionen. Zu diesem Zweck war in Paris die vom Reich kontrollierte Continental-Gesellschaft gegründet worden. Nur war Goebbels nun nicht einverstanden, dass dort Filme von ausgezeichneter Qualität gedreht wurden. Die Franzosen sollten sich mit «einem seichten Kitsch» zufriedengeben. Am 19. Mai 1942 erläuterte er seine diesbezüglichen Grundsätze: «Wir müssen zur absolut dominierenden Filmmacht auf dem europäischen Kontinent werden. Soweit noch in anderen Staaten Filme produziert werden, dürfen sie nur lokalen oder begrenzten Charakter haben. Deshalb muss es uns angelegen sein, alle Bildungen einer neuen nationalen Filmindustrie nach Möglichkeit zu verhindern, eventuell die Kräfte, die dazu in der Lage wären, für Berlin, Wien oder München wegzuzugieren.»

13. August 1940

«Die Presse soll die Erfolgsmeldungen der letzten Tage nicht etwa in der Form aufmachen, dass sie davon spricht, jetzt gehe der grosse Schlag gegen England los. Grundsätzlich muss sie vielmehr von der Einstellung ausgehen, dass der Krieg gegen England im Gange ist und dass er sich jetzt zwar verstärkt habe, dass aber Haltepunkte nicht festgelegt werden können.»

Am 12. Aug. gab Göring den Befehl, die Luftschlacht über England (Adlerangriff) mit dem Ziel zu beginnen, die Luftüberlegenheit über England zu erringen.

14. August 1940

«Der Minister weist auf die Notwendigkeit hin, dass die Glaubwürdigkeit der englischen Meldungen über die Luftkampfsergebnisse auch weiter durch systematische Arbeit erschüttert werden. Auch in den Vereinigten Staaten wird der Verdacht immer stärker, dass England die Zahlenangaben einfach fälscht, da die Divergenz zwischen den deutschen und den englischen Angaben anders überhaupt nicht mehr zu erklären ist. Tatsächlich sind die von uns angegebenen Zahlen durch-

aus richtig, und das in die deutschen Angaben gesetzte Vertrauen ist deshalb voll- auf berechtigt. Daneben muss anhand von Beispielen immer wieder die Systematik der englischen Polemik behandelt werden. Auch das deutsche Volk verfolgt diesen Nachrichtenkampf mit Spannung, da man von dem Ausgang der sich jetzt entwickelnden Kämpfe Schlüsse auf eine Fortdauer des Krieges über den Winter hin oder auf eine Beendigung noch im Spätherbst ziehen zu können glaubt und da deshalb die natürlich doch nicht ganz zu verheimlichenden englischen Zahlen sehr interessiert verglichen werden.

Der *Sprachendienst* hat nach wie vor in vielen Einzelmeldungen ein ungeschminktes Bild der tatsächlichen Lage zu geben, während die *Geheimseher* vor allem die verheerenden Wirkungen und grauenvollen Begleitumstände der Bombardierungen der englischen Öffentlichkeit darstellen müssen. Im Übrigen soll die Presse einmal zusammenstellen, was während der Frankreich- und während der Polen-Offensive über die Erfolge des deutschen Luftkrieges von unseren Gegnern zusammen- gelogen wurde und wie dann die Wirklichkeit bzw. das Endergebnis aussah.

Herr Dr. Börner berichtet über den Abflug von acht Auslandsjournalisten an die Kanalküste, der sich erst nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten bewerk- stelligen liess. Der Minister wendet sich aus diesem Anlass an die anwesenden Ver- bindungsoffiziere mit der Bitte, doch nach Möglichkeit den Bürokratismus bei ver- schiedenen Wehrmachtsstellen mit beseitigen zu helfen. Schon kurz nach Kriegs- ausbruch habe er nur gegen entschiedensten Widerstand der zuständigen Militär- stellen die Reise des Amerika-Journalisten Lochner nach Tschenstochau durchsetzen können und damit die erste grosse Kriegslüge schon im Entstehen ausgelöscht. Seit- dem habe es sich immer wiederholt, dass er nur gegen starken Widerstand Aus- landsjournalisten zur Beseitigung von Feindlügen habe ansetzen können; jedesmal nach erreichtem Erfolg freilich habe er den Beifall auch der vorher widerstrebenden Stellen gefunden. Man solle sich doch allgemein endlich darüber klarwerden, welche Waffe gerade die in Deutschland vertretene amerikanische Presse darstellt, wenn es um die Unterbindung von Feindlügen gehe.»

Um Stationierung von Auslandsjournalisten an der Kanalküste hatte Goebbels in der Konferenz vom 13. Aug. 1940 nachgesucht. – Fs. 18. Aug. 1940.

Bald nach Beginn des Polen-Feldzuges dementierten die grossen amerikanischen Nach- richtenbüros die von Warschau ausgegangene Meldung über die Zerstörung Tschen- stochaus und des dort verehrten, berühmten Wunderbildes der «Schwarzen Madonna». Börner hatte die Reise der amerikanischen Journalisten nach Tschenstochau bewerk- stelltigt.

17. August 1940

«Der Minister stellt fest, dass die militärischen Ereignisse in England sowohl in unserer inländischen wie auch in unserer ausländischen Nachrichtengebung sehr gut behandelt worden sind und dass auch die in der Presse erschienenen zusammen- fassenden Artikel richtig an die Dinge herangegangen sind. Es komme jetzt darauf an, die in England zweifellos allmählich anwachsende Panikstimmung nach Mög-

lichkeit zu verstärken. Insbesondere hätten Geheimsender und Sprachendienst jetzt die Aufgabe, dem Teil der Bevölkerung Englands, der noch nicht Augenzeuge der furchtbaren Wirkung unserer Luftangriffe gewesen sei, ein Bild von der Grösse und Wucht unseres Angriffes zu geben. Der Minister betont dabei nochmals den Wert der amerikanischen Stimmen; aus den Berichten der Londoner Korrespondenten dieser Blätter sei ein beginnender Umschwung der Stimmung in England schon zweifelsfrei erkennbar. Immer müsse von uns betont werden, dass auch die jetzigen Angriffe nur einen Vorgeschmack von dem gäben, was noch kommen werde. Im Übrigen solle auch darauf hingewiesen werden, dass Nebel und Dunst keineswegs als Bundesgenossen der Engländer zu betrachten seien, da sie lediglich die Zielsicherheit der deutschen Bomber beeinflussen könnten und mit der Möglichkeit zu rechnen sei, dass dann häufiger als jetzt Bomben in den dem Ziel benachbarten Gegenden niederfielen. Die Geheimsender sollen vor allem Zeugen aufmarschieren lassen, die schauerliche Berichte über die Zerstörungen geben müssen, die sie mit eigenen Augen gesehen haben. Die letzten Möglichkeiten der Panikmache sollen aber noch nicht ausgeschöpft werden. Immerhin müsse jetzt die Härte des Krieges schon voll in Erscheinung treten, und es hätten deshalb wenigstens im Prinzip die Anprangerungen von Lächerlichkeiten zu verschwinden. Wenn nur halbwegs Möglichkeiten dazu vorhanden seien, solle ferner der Luftwaffenführungsstab weiter für so ausgiebige und farbige Berichterstattung sorgen wie in den letzten Tagen, da sich diese Art der Nachrichtengebung grossartig bewährt habe und vor allem die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ganz im Zeichen dieser Berichte stehe.

Das Problem der amerikanischen Korrespondenten wurde wenige Tage später in einem Schreiben des britischen Premier an den Luftfahrtminister berührt. Churchill teilte diesem am 21. Aug. 1940 u.a. Folgendes mit: «...wie weit die amerikanischen Korrespondenten und das amerikanische Publikum von unserem Sieg und von der Richtigkeit unserer Ziffern überzeugt sind, ist weit weniger wichtig... Es hat etwas recht Anstössiges, Reporter zu den Kampffliegern zu führen, damit sie dem amerikanischen Publikum versichern können, dass sie weder mit ihren Ziffern prahlen noch lügen. Wir könnten es uns doch wohl leisten, in all diesen Dingen ein wenig kühl und ruhig zu bleiben ...»

Der Minister rechnet damit, dass über kurz oder lang die Engländer ihre jetzige Taktik der Bagatellisierung aufgeben und mit einer neuen Taktik vertauschen werden, in der sie die Humanitätsfiedel spielen, um das «Weltgewissen wachzurufen». Für diesen vorauszusehenden Fall, in dem also getötete Frauen, Schwangere, Greise etc. Revue passieren werden, sollen Herr Fritzsche und Herr Börner Material griffbereit halten, um mit Bildern von den getöteten Kindern in Freiburg usw., aber auch mit Berichten über englische Flugzeugangriffe in Indien u. s. f. jederzeit aufwarten zu können. Ferner soll Herr Braeckow die in Frage kommenden Abteilungen stets über englische Bombenangriffe auf dem Laufenden halten, damit in Foto und Film alles für diesen Zweck in Frage kommende Material festgehalten wird. Auf eine Frage von Herrn Hadamovsky hin entscheidet der

Minister, dass die Zeit noch nicht gekommen ist, in der für die Geheimsender unsere Grosssender zur Verfügung gestellt werden. Dagegen sollen die Möglichkeiten des Sprachendienstes verbreitert werden. Ein Vorschlag von Herrn Brauweiler findet die Billigung des Ministers, laut dem der Geheimsender unter Verwendung der englischen Luftwarzeichen wiederholt Fliegeralarm melden soll. Weder im Inland noch im Ausland soll die Behauptung weitergetragen werden, Hitler wolle England allein mit der Luftwaffe unter Verzicht auf eine Invasion niederringen.»

Freiburg im Breisgau war am 10. Mai 1940 weder von französischen noch von englischen Fliegern angegriffen worden, sondern wurde durch einen Fehlwurf deutscher Kampfflieger schwer betroffen. Diese Tatsache blieb der Öffentlichkeit freilich verborgen.

18. August 1940

«Herr Raskin soll in den offiziellen Sprachendienst weiter geheimnisvoll klingende, aber wohl überlegte Durchsagen in deutscher Sprache einstreuen, die den Verdacht wachhalten, dass wir mit Mitgliedern der «Fünften Kolonne» in England in Verbindung treten.

Ferner sollte gegen die in der amerikanischen Presse auftauchenden «unsinnigen» Artikel über die «Fünfte Kolonne» nichts unternommen werden, «damit das Vorhandensein der ‚Fünften Kolonne‘ weiter offen bleibt». Anfang Aug. hatten zwei Berliner Tageszeitungen in einem Aufsatz die Tatsache zu behandeln, «dass es sich auf der Gegenseite als bequemstes Mittel eingebürgert hat, einen politischen Gegner als Angehörigen oder als Führer der ‚Fünften Kolonne‘ zu bezeichnen».

Aus einem Vorschlag von Herrn Glasmeier entwickelt der Minister die Anordnung, dass ein Italiener und drei amerikanische Journalisten in Begleitung eines Angehörigen des Ministeriums und mindestens eines Offiziers, ferner drei Sprecher für den südamerikanischen Kurzwellensender und ein bis zwei Sprecher für den nordamerikanischen Rundfunk am Dienstag [20. Aug.] an die Kanalküste fahren sollen, um von dort aus Bericht zu erstatten. Im Zusammenhang mit dem Einsatz der Amerikaner weist der Minister darauf hin, dass in der amerikanischen Presse in jüngster Zeit zweifellos eine Schwenkung insofern festzustellen sei, als die Siegesaussichten Deutschlands weit objektiver als bisher hervorgekehrt würden. Wenn auch die neue Schreibweise zum Teil dadurch begründet sei, dass die interventionistischen Kräfte vor der Präsidentenwahl durch möglichst düstere Schilderung der Lage Englands gestärkt werden sollten, so sei doch zweifellos selbst bei der jüdischen Presse das Bedürfnis vorhanden, sich ihrer Leserschaft gegenüber jetzt schon einen Ausweg aus der schweren Vertrauenskrise zu sichern, die die Folge eines unvorbereitet kommenden Zusammenbruchs Englands sein müsste.»

21. August 1940

«Zur weiteren Behandlung der am Dienstag gehaltenen Churchill-Rede sollen die Zeitungen ihre besten Federn ansetzen; Herr Fritzsche soll die Rede der Presse

ganz allgemein zur Kritik freigeben, lediglich mit der Massgabe, dass von uns beachtliche Stellen nicht im Wortlaut zitiert, sondern nur dem Sinn nach wiedergegeben werden sollen.

In seiner Unterhausrede vom 20. Aug. 1940 gab Churchill eingangs die bisherigen britischen Verluste bekannt, die er auf insgesamt 92'000 bezifferte (Tote, Gefangene, Vermisste einschl. Zivilpersonen). Ferner sagte er zum begonnenen Luftkrieg: «Es liegt auf der Hand, dass Hitler ein Misslingen seines Luftangriffes auf Grossbritannien nicht zugeben könnte, ohne sich erstem Schaden auszusetzen.»

Eine Begründung für das Abschalten der Sender schon um 23^h soll zunächst nicht gegeben werden, da man in den nächsten Tagen bis Montag zunächst einmal Erfahrungen sammeln will. Herr Dr. Börner soll inzwischen den Auslandsjournalisten auf Anfragen erklären, es handle sich hier um ein militärisches Geheimnis, über das nicht gesprochen werden dürfe.»

Göring hatte die Abschaltung aller Rundfunksender (Lang- und Mittelwelle) für die Zeit von 23.00 bis 3.00 Uhr bis zum 26. Aug. einschliesslich befohlen. Auch die als «Funkfeuer» für Zwecke der deutschen Luftwaffe eingesetzten Reichssender wurden davon betroffen. – Der RAF sollte damit eine Orientierungsmöglichkeit genommen werden, was umso notwendiger war, als das Reichsgebiet zu jenem Zeitpunkt fast ohne Luftwaffenschutz war, da die Luftgeschwader über England zum Einsatz gelangen sollten.

Auf deutschen Wunsch wurde ebenfalls in Italien, später auch für den Balkan, eine Rundfunksperre schon ab 22.00 Uhr eingeführt. Der erwartete Erfolg blieb hingegen aus. Die Abdrosselung des Rundfunks erwies sich für die Wirksamkeit der Propaganda von grossem Nachteil. – Fs. 7. Okt. 1940.

22. August 1940

«Der Minister ermahnt Herrn Fritzsche nochmals eindringlich, aus der Presse alles fernzuhalten, was über die inneren und sozialen Verhältnisse in der Sowjet-Union unterrichtet, insbesondere jegliche Propaganda für die Sozial-, Kultur-, Wirtschafts- und Militärpolitik der Russen. Weiter soll sich die Presse davor hüten, den russischen Stand auf der Leipziger Messe über Gebühr zu besprechen.»

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1941 wiederholte Goebbels seine Weisungen und betonte, dass an einen Kulturaustausch mit der Sowjetunion überhaupt nicht gedacht werde. «Unser Zusammengehen mit den Sowjets ist lediglich auf realpolitischen Nützlichkeiterwägungen aufgebaut.» Ferner verlangte er eine diskrete Überwachung des im russischen Pavillon ausliegenden Gästebuches, in dem sich einige sehr zustimmende deutsche Eintragungen fanden.

23. August 1940

«Der Minister weist auf die Notwendigkeit hin, das Volk allmählich mit der Möglichkeit vertraut zu machen, dass der Krieg sich auch noch über den Winter hinwegziehen kann. Er betont dabei, dass einstweilig keinesfalls feststeht, dass tatsächlich mit einer Kriegsdauer noch über den Winter gerechnet werden muss, dass vielmehr durchaus auch jetzt noch mit allen Möglichkeiten für eine Beendigung des Krieges noch in diesem Jahr zu rechnen sein kann und alle Möglichkeiten dazu offen sind. Er betont aber, dass es besser sei, das Volk auf einen längeren Krieg vorzubereiten,

der dann vielleicht nicht komme, als im Volk die Hoffnung auf einen früheren Friedensschluss zu nähren und diese Hoffnung dann zu enttäuschen. Jedenfalls soll durch nichts mehr der Glaube gestärkt werden, dass der Krieg noch in diesem Herbst zu Ende geht; dagegen soll nicht etwa bereits demonstrativ auf eine längere Kriegsdauer hingewiesen werden. Es soll ferner die Härte des englischen Kriegsentchlusses in den Vordergrund gerückt und über die Lächerlichkeiten des englischen Alltags nur noch mit Ausnahmefällen berichtet werden.»

Einer von Hitler angeordneten Weisung vom 16. Aug. 1940 ist zu entnehmen, dass lediglich die Bedrohung Englands durch eine Invasion aufrechterhalten bleiben solle, auch wenn diese selbst nicht stattfindet.

24. August 1940

«Der Minister weist im Einzelnen nach, wie die englische Propaganda die durch das Wetter bedingte Ruhepause dazu ausnutzt, um ganz systematisch überall in der Welt zu verbreiten, die englischen Chancen seien gestiegen und der Blitzkrieg erledigt. Gegen dieses krampfhaftes Bemühen, Optimismus vorzutauschen, sollen Presse und vor allem Sprachendienst alles nur Mögliche aufbieten. Es soll dabei gezeigt werden, dass die Engländer diese Taktik schon immer und zuletzt in Norwegen und Frankreich angewandt hätten, um damit jedesmal kurze Zeit darauf auf das Drastischste widerlegt zu werden. Während im Inland mit dem Wetter dabei nicht operiert werden soll, soll dem Ausland gegenüber ruhig betont werden, ein wie schwaches Argument es sei, wenn die Engländer durch ein paar Regentage ihr Weltreich gerettet sehen wollten. Im Übrigen soll darauf hingewiesen werden, dass die deutsche Führung nichts unvorbereitet und nichts improvisiert macht, sondern warten kann. Wenn die Stunde gekommen sei, werde das Schicksal schon über Grossbritannien hereinbrechen. Der Geheimsender soll von der englischen Seite aus ab morgen diese Argumente aufgreifen und weiter verarbeiten. Der Minister führt dazu des Weiteren aus, wie er fest davon überzeugt sei, dass London binnen weniger Tage zusammenbrechen werde, wenn nur erst einmal ein rücksichtsloser Einsatz aller unserer Mittel möglich sei.»

28. August 1940

«Im Übrigen soll inoffiziell über die Partei erreicht werden, dass gegen Gerüchtmacher von den anständigen Kreisen der Bevölkerung rigoros und notfalls auch ruhig einmal handgreiflich vorgegangen wird.

Im allgemeinen Stimmungsbild aus England, das die Presse auch heute wieder bringen soll, sollen immer auch einige von unserem Standpunkt aus negative Momente mit verwertet werden, damit keinesfalls etwa der Eindruck entsteht, als ob England bereits am Boden liege. Es müssen immer Steigerungsmöglichkeiten offen gehalten werden und in späteren Zeiten soll auch aus unserer Berichterstattung über die Lage in England ein naturgetreues Bild der tatsächlichen Entwicklung genommen werden.»

30. August 1940

«Es hat sich herausgestellt, dass der Erlass des Reichsmarschalls, laut dessen bei Luftalarm die Luftschutzkeller in Berlin nicht unbedingt aufgesucht werden müssen, das Problem des Luftalarms in der Reichshauptstadt nicht im Kern trifft. Die richtige Fragestellung ist vielmehr, *wann* für Berlin Luftalarm gegeben werden soll. Ist jedoch einmal Alarm gegeben, so hat sich jeder in den Luftschutzraum zu begeben. Die Partei soll durch Mundparole diese Auffassung verbreiten und auch gegen die Meinung angehen, dass das Aufsuchen des Luftschutzkellers Mangel an Mut bedeute.»

Ende Sept. 1940 lag endlich eine Entscheidung Hitlers vor, die zumindest bei Luftalarm das Aufsuchen der Luftschutzräume zur Pflicht machte.

Noch glaubte Goebbels, dass nicht bei jedem Einflug englischer Flugzeuge Luftalarm gegeben werden müsse, noch meinte er, dass Todesopfer leichter zu verschmerzen seien als ein Ausfall der Produktion, die durch Luftalarme unterbrochen werden würde. Noch diskutierte ferner die Bevölkerung den inzwischen in der deutschen Presse erschienenen Artikel «Fliegeralarm oder nicht?» Es war der Sinn dieses Artikels, klarzumachen, dass der Produktionsprozess nicht durch Fliegeralarme unterbrochen werden dürfe. Daraufhin hielten in zahlreichen Betrieben nunmehr die Arbeiter von sich aus während der Arbeitszeit dauernd nach feindlichen Fliegern Ausschau. Andere Betriebe organisierten einen Beobachtungsdienst und führten einen eigenen Luftalarm ein. Die Betriebe waren zur Selbsthilfe geschritten, um nicht völlig überraschend einem Luftbombardement zum Opfer zu fallen. In England stand man übrigens in jenen Tagen vor ähnlichen Problemen. Vgl. 4. Sept. 1940.

31. August 1940

«Zu dem Luftangriff auf Berlin in der Nacht zum Sonnabend soll ruhig gesagt werden, dass u.a. in Siemensstadt zwei kleine Brände ausgebrochen waren. Die Schäden sind tatsächlich so unbedeutend, dass ein offenes Zugeben einen besseren Eindruck macht als ein Verschweigen. Um den Unterschied klarzumachen, der zwischen den Angriffen auf Berlin und denen auf London liegt, sollen die englischen Zahlen ausgewertet werden, die davon sprechen, dass 700 deutsche Flugzeuge gleichzeitig zum Angriff angesetzt waren, und es soll dem gegenübergehalten werden, dass über Berlin nur 15 Flugzeuge gewesen sind. Der Unterschied der Wirkung wird durch diese Gegenüberstellung jedem eindrücklich klar werden.

In den Berichten soll ferner hervorgekehrt werden, dass diesmal nur drei Personen verletzt worden sind – eine Folge davon, dass die Bevölkerung auf Grund der Erfahrungen des letzten Angriffs mit äusserster Disziplin die Luftschutzräume aufgesucht hat.

Herr Major Wodarg soll vor der Pressekonferenz wiederholen, was er über das mustergültige Verhalten der Berliner Bevölkerung zu berichten weiss. Er hat sofort nach dem Angriff Luftschutzräume an den Bombenabwurfstellen aufgesucht und die Bevölkerung beim Ablöschen von Bränden usw. beobachtet und findet Worte höchsten Lobes für die disziplinierte, sachliche Haltung besonders der Arbeiterschaft, die ohne Klagen und ohne Erschütterung einen geradezu vorbildlichen Ein-

druck machte. Der Minister wünscht, dass die Presse darüber unpathetisch und untendenziös erzählt; er erwartet, dass durch eine solche Veröffentlichung, mehr als es durch Gebote oder Aufrufe geschehen könnte, in der Bevölkerung ein gewisser Wettstreit ausgelöst wird, um im Wiederholungsfalle ähnlich gut abzuschneiden.

Im Übrigen soll aber die Berichterstattung insgesamt nicht mehr so ausführlich und ins Einzelne gehend gehalten werden wie nach dem letzten Angriff, der als Parade-fall besondere Herausstellung erfuhr.

Zur Beisetzung der Opfer des letzten Luftangriffs bestimmt der Minister, dass aus ihr keine Paradeschau gemacht werden dürfe, da der Rahmen der ersten derartigen Feier auch bei kommenden Todesopfern beibehalten werden müsste und eine dauernde Wiederholung eines grossen Staatsaktes nicht möglich sei. Es müsse ausserdem beachtet werden, dass es in der Provinz einen schlechten Eindruck machen würde, wenn Berlin «seine» Opfer so ganz besonders herausstellen würde. Der Minister denkt stattdessen an eine feierliche Beerdigung, an der der zuständige Kreisleiter mit den Ortsgruppenleitern teilnehmen soll.»

In der Nacht zum 29. Aug. 1940 erfolgte der zweite britische Luftangriff auf Berlin. Brand- und Sprengbomben fielen auf Wohnviertel im Osten der Stadt und töteten und verletzten zahlreiche Zivilpersonen. Militärische Objekte wurden nicht beschädigt.

3. September 1940

«Der Minister macht grundsätzliche Ausführungen über den vermutlichen weiteren Verlauf des Krieges gegen England. Die Ansichten darüber, ob ein Luftkrieg allein zum endgültigen Erfolg führen könne, gingen auseinander und ebenso widersprächen sich die Meldungen über die bisher bereits erzielten Wirkungen. Zweifellos seien diese Wirkungen viel erheblich grösser als die Engländer bisher angäben. Ein Volk, das zur Verteidigung seiner Freiheit wirklich entschlossen ist, sei zweifellos nur in einem Kampf Mann gegen Mann niederzuzwingen. Eine andere Frage und zu bezweifeln sei es, ob England so hart entschlossen sei. Denn England führe den Krieg, um den lästigen deutschen Konkurrenten aus dem Wege zu räumen – nicht um ein leuchtendes Beispiel seiner Freiheitsliebe zu geben. Also könne man mit der Möglichkeit rechnen, dass vielleicht doch vernünftige Kreise rechtzeitig einlenken. Um wirklich klar sehen zu können, werde man die Entwicklung der nächsten Wochen noch abwarten müssen.

Inzwischen dürften in der deutschen Presse über England nur wirklich authentische Meldungen ausgegeben werden. Phantastereien hätten ebenso zu unterbleiben wie auch ausländische Stimmen, die im Augenblick für uns zu günstig erscheinen, besser noch fortgelassen werden sollten.

W. v. Oven schildert die Eindrücke, die Goebbels angeblich im Sommer 1940 bei einem Besuch im Luftwaffenhauptquartier von General Sperrle gewonnen hatte. Goebbels war danach mit den schlechtesten Erlebnissen von Deauville nach Berlin zurückgekehrt. Vielleicht ist darauf auch teilweise zurückzuführen, dass er von

einem überwältigenden Sieg der deutschen Luftwaffe über die RAF sowie einem baldigen Zusammenbruch Englands offenbar nicht mehr recht überzeugt war.

Zur Zeit wird in Massen ein in der Druckerei Altötting im Jahre 1938 gedrucktes Traktätchen über einen Heiligen ins Feld gesandt, das u.a. ein Gebet für England enthält, weil dieser Märtyrer (in Wirklichkeit offensichtlich ein tuberkulöser Homosexueller) aus England hervorgegangen ist. Das Traktat hat auch dem Führer vorgelegen. Herr Gutterer erhält alle Vollmachten, in Zukunft jede Druckerei zu schliessen und Papier usw. zu beschlagnahmen, in der derartiger skandalöser Unfug hergestellt wird. Er soll sich darüber hinaus Vertreter der protestantischen und katholischen Kirche kommen lassen und ihnen in aller Deutlichkeit sagen, dass das Dritte Reich nicht beabsichtige, sich eine derartige Verballhornisierung des Front-erlebnisses gefallen zu lassen, und dass verlangt werde, diese sowie einige andere namhaft zu machende Traktätchen aus dem Handel zu ziehen. Der Unterredung sollen einige Herren des OKW beiwohnen, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass die Wehrmacht genau den gleichen Standpunkt vertritt. Es soll weiter kein Zweifel darüber gelassen werden, dass von den Geistlichen verlangt werde, dass sie klar und uneingeschränkt für die deutsche Sache eintreten.»

Bezieht sich auf die Schrift von Pater Josef Anton (d. i. Jos. Ant. Kessler), Der selige Märtyrer Eduard Oldeorne, Drittordensverlag, Altötting 1938. Das Gebet des im Jahre 1606 gestorbenen englischen Märtyrers «enthält eine Fürbitte nicht in dem Sinn, dass England als Staatsgebilde erhalten bleibt, sondern dass es wieder zum katholischen Glauben zurückfinden möge». Pater Jos. Anton wurde verhaftet und der Drittordensverlag im Nov. 1940 aufgehoben, nachdem alles dort vorhandene Schrifttum verbrannt bzw. vernichtet worden war.

Am 12. Sept. 1940 fand die von Goebbels geforderte Besprechung über Schrifttumsfragen im Propagandaministerium statt. Sie stand unter der Leitung von Gutterer. Zugezogen waren Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, der Orden, der evangelischen Freikirchen, des Kirchenministeriums, des OKW und der Gestapo. Gutterer berichtete, dass sich Soldaten über die ihnen zugesandten religiösen Schriften beschwert hätten, da diese einen Geist erkennen lassen würden, der in keiner Weise «in die heutige grosse Zeit» hineinpasse. «Die christlichen Kirchen förderten nicht die grossen Ziele der Staatsführung und trügen nicht zur Stärkung der seelischen Haltung des deutschen Volkes und seiner Wehrmacht bei», führte Gutterer weiter aus. Dann hielt er den Vertretern der Kirche das Beispiel der englischen, französischen und polnischen Geistlichkeit vor Augen, um die Kirchen aufzufordern, «ihre Haltung zum Staat zu ändern, solange es noch Zeit sei».

4. September 1940

«Die Entscheidung des Führers über die Behandlung des englisch-amerikanischen Abkommens (50 Zerstörer gegen Flugzeugstützpunkte) steht noch aus. Der Minister betont, dass er eine Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit für umso nötiger halte, als eine gewisse Vorbereitung darauf erforderlich sei, dass die Vereinigten Staaten im Verlaufe des Winters aller Voraussicht nach in den Krieg aktiv eintreten würden, falls die Operationen bis dahin nicht beendet seien. Praktisch würde dieser Schritt sehr wenig zu bedeuten haben, das Volk müsse aber darauf

vorbereitet werden. Im Übrigen sei das englisch-amerikanische Abkommen mit seinen Begleiterscheinungen ein Beweis für die ausserordentliche militärische Schwäche Englands und werde in der Welt im Allgemeinen auch so aufgefasst.

Am 3. Sept. 1940 wurde gleichzeitig in London und Washington die zwischen den USA und Grossbritannien geplante Vereinbarung bekanntgegeben, die vorsah, dass die USA 50 Zerstörer der britischen Flotte im Austausch gegen Flotten- und Flugstützpunkte in der westlichen Hemisphäre zur Verfügung stellen.

Sprachendienst und Geheimsender sollen sich mit verteilten Rollen der Tatsache annehmen, dass die Engländer für ihre Produktionsstätten den Luftalarm abschaffen wollen. Sie sollen dem englischen Arbeiter klarmachen, dass er doppelt und dreifach luftgefährdet sei, während die englischen Lords in Luftschutzkellern sässen und ihre Familien in Sicherheit gebracht hätten. Insbesondere sei der Informationsminister, der seine Tochter nach den Vereinigten Staaten gebracht habe, der Berufene, um den Arbeiter zum Ausharren an den Produktionsstätten aufzufordern. Auf diese Weise soll die englische Massnahme ihres patriotischen Sinnes entkleidet und es soll ihr ein plutokratischer Charakter gegeben werden.»

Das britische Innenministerium hatte seit 1. Sept. 1940 ein neues Luftwarnsystem eingeführt, damit die Arbeit in den nicht zerstörten Rüstungsfabriken keine Stockung erfahre. Nur bei einem unmittelbaren Angriff sollte in Zukunft Alarm gegeben und in Deckung gegangen werden.

Am 7. Sept. 1940 gab Goebbels den Geheimsendern die Weisung, mit sozialistischen Mitteln dagegen zu hetzen, dass die englischen Arbeiter während der Fliegerangriffe weiter arbeiten sollten. Meldungen sollten erfunden werden, dass eine Fabrik mit 800 Arbeitern in Grund und Boden gestampft worden sei, nur weil man eine halbe Stunde Luftalarm im Produktionsgang ersparen wollte.

6. September 1940

«Wenigstens einige der radikaleren Blätter in Deutschland sollen nach Möglichkeit jetzt, wo nach der Abdankung des rumänischen Königs nicht mehr der Zwang zur Rücksichtnahme besteht, etwas in den Charakter dieses verkommenen Monarchen hineinleuchten und festnageln, dass er es war, der die rumänischen Patrioten erschiessen liess. Ferner soll sein Verhältnis mit Frau Wolf-Lupescu und die Tatsache festgenagelt werden, dass er seinen Hofminister mit seiner Maitresse verheiratete, um mit Letzterer unter einem Dache wohnen zu können, und dass er dann ausgerechnet diesen Hofminister als Leiter der antijüdischen Bewegung einsetzen wollte.

Am 1., 2. und 3. Sept. 1940 kam es in den an Ungarn abzutretenden rumänischen Gebieten sowie auch in Bukarest selbst zu Demonstrationen gegen die Annahme des 2. Wiener Schiedspruchs. Die Demonstrationen wurden auf Anordnung der rumänischen Regierung unterdrückt. Am 4. Sept. ernannte König Carol II. v. Rumänien General Antonescu zum Ministerpräsidenten und beauftragte ihn mit der Bildung einer neuen Regierung.

König Carol II. v. Rumänien (1893-1953) sah sich infolge der Auswirkungen des 2. Wiener Schiedspruches gezwungen, zugunsten seines Sohnes Michael auf den rumänischen Thron zu verzichten. Die Abdankung erfolgte am 6. Sept. 1940 um 6 Uhr morgens. Weni-

ge Stunden danach lief die Nachricht über den Rundfunk. Am folgenden Samstag begann die dramatische Flucht König Carols im Sonderzug über die rumänische Grenze. Sie endete nach verschiedenen Zwischenstationen in Portugal. Es begleiteten ihn seine treue Freundin und spätere Gattin Madame Helene (Magda) Lupescu und der Minister des Kgl. Hauses, Ernest Urdarianu, der mit der Geliebten des Königs auf vertrautem Fuss stand, aber mit ihr nicht verheiratet war. Madame Lupescu war jüdischer Abstammung und soll den Mädchennamen Wolf (rumänisiert Lupescu) geführt haben. Sie war es vor allem, die den antijüdischen Ausschreitungen in Rumänien Einhalt zu gebieten versuchte.

Herr Hinkel berichtet über die Ausweisung der Juden aus Wien und Berlin: In Wien leben von 180'000 jetzt noch 47'000 Juden, davon $\frac{2}{3}$ Frauen und nur ca. 300 Männer im Alter von 20 bis 35 Jahren. Es ist auch während des Krieges gelungen, insgesamt 17'000 Juden über den Südosten abzuschicken. Berlin zählt noch 71'800 Juden; in Zukunft sollen monatlich ca. 500 Juden nach dem Südosten verschickt werden.

Im Übrigen berichtet Herr Hinkel, dass alle Vorbereitungen getroffen sind, um – sobald nach Kriegsende Transportmittel frei sein werden – innerhalb von 4 Wochen 60'000 Juden im Wesentlichen nach dem Osten aus Berlin zu entfernen; die restlichen 12'000 würden innerhalb weiterer vier Wochen ebenfalls verschwunden sein.»

Zur Judenfrage sagte Goebbels wenige Tage danach: «Dass wir Judengegner waren, hatte sich auch schon bis 1933 allgemein in der Welt herumgesprochen. Die Nachteile des Antisemitismus in der Weltpropaganda bekamen wir also sowieso zu spüren; da konnten wir uns also getrost auch die Vorteile sichern und die Juden heraussetzen. Wenn wir sowieso in der Welt als Judengegner bekämpft und verleumdet wurden – warum sollten wir da nur die Nachteile für uns in Kauf nehmen müssen, nicht aber zugleich auch die Vorteile, nämlich den Ausschluss der Juden aus dem Theater, dem Film, dem öffentlichen Leben und der Verwaltung. Wenn wir dann noch weiter als Judengegner angegriffen wurden, konnten wir wenigstens mit gutem Gewissen sagen: Es lohnt sich, wir haben ja etwas davon.»

7. September 1940

«Der Minister unterrichtet darüber, dass der Fliegerangriff der letzten Nacht in Berlin entgegen den Erwartungen nicht die Auswirkungen gehabt hat, die nötig sind, um der Welt gegenüber mit einem Schrei der Empörung eine gewaltige Steigerung unserer Angriffe auf London zu rechtfertigen. Man müsse sich darüber klar sein, dass die Vernichtung Londons wohl die grösste Menschheitskatastrophe der Geschichte darstellen würde, so dass diese Massnahme auch vor der Welt irgendwie gerechtfertigt erscheinen müsse. Man müsse also hoffen, dass eine derartige Möglichkeit durch einen der englischen Fliegerangriffe möglichst bald gegeben werde. Entsprechend der Voraussage des Ministers beginnt die englische Presse immer mehr in Humanitätsgefühlen zu wühlen (von Bomben getroffene Kirchen, Lazarette, Frauen, Kinder usw.). Gegen diese Taktik soll rechtzeitig vorgegangen werden, indem schon jetzt darauf hingewiesen wird, dass es leicht sei, die armen englischen Arbeiterkinder zu bedauern, nachdem die Plutokraten ihre eigenen Kinder

in Sicherheit gebracht hätten. Kein Mensch in England hatte aber Mitleid mit den armen Müttern in Deutschland gehabt, wenn diese wirklich, wie schon einmal, der englischen Hungerblockade zum Opfer gefallen wären, und niemand hätte sich mit den armen Kindern in Deutschland beschäftigt, wenn diese jämmerlich verhungern müssen.

Da sich die deutsche Luftwaffe nicht darauf beschränkte, nur militärische Ziele in England anzugreifen, drängte Churchill trotz aller ihm gegenüber erhobenen Einwände moralischer und technischer Natur auf Vergeltungsangriffe der RAF auf Deutschland. Durch Schreiben vom 6. Sept. 1940 liess er den stellvertretenden Stabschef der RAF wissen: «Ich habe niemals ein Abweichen von unserer Generallinie befürwortet, aber ich glaube doch, dass wir in Deutschland derzeit moralisch zu gewinnen hätten, wenn monatlich in ein oder zwei Nächten eine Anzahl kleinerer, unerwarteter, auf ein weites Gebiet verteilter Angriffe gegen die kleineren deutschen Zentren durchgeführt würden. Sie dürfen nicht vergessen, dass diesen Leuten nie die Wahrheit gesagt wird und man ihnen überall, wo die RAF nicht hingekommen ist, erklärt, die deutsche Verteidigung sei unüberwindlich.»

Der Reichsmarschall wünscht, dass ab 21 Uhr die meisten Sender möglichst auf eine Welle gesetzt werden, was praktisch bedeutet, dass nur ein einziges Reichsprogramm in den Abendstunden durchgeführt werden kann. Der Minister wünscht, dass die Öffentlichkeit über die Gründe dieser Massnahme schleunigst unterrichtet wird. Herr Major Wodarg bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die Einflüge englischer Bomber in Deutschland in dem Augenblick sowieso aufhören würden, in dem unser vorläufig gegen die englischen Jäger gerichteter Kampf erst einmal auf die Bomber verlagert werden könne.»

8. September 1940

«Der Minister gibt Richtlinien über die pressemässige Behandlung des Grossangriffs gegen London, der noch einige Tage weitergehen wird.

1. soll streng darauf geachtet werden, dass immer die Behauptung aufrechterhalten wird, unsere Angriffe gälten lediglich militärischen Anlagen. Sollten auch zivile Ziele getroffen werden, so liegt das daran, dass viele militärische Ziele mitten in die Stadt London hineingebaut sind.
2. sollen die in englischen Berichten immer wieder auftauchenden zynischen Redewendungen, wie: «die englischen Flieger hätten über Nürnberg Gelegenheit gehabt, sich im Bombenabwurf zu üben», von uns dick unterstrichen werden, um damit die Berechtigung unserer Vergeltungsmassnahmen nachzuweisen.
3. Wenn auch gerade jetzt auf erhöhte Schnelligkeit Wert gelegt werden muss, so dürfen dabei die psychologischen Gesichtspunkte nicht vernachlässigt werden. Es ist falsch, im Voraus von schweren Opfern zu sprechen, die unsere Angriffe kosten würden; es kann nur entweder von sehr geringen Opfern oder mit klaren Zahlenangaben geredet werden. Ebenso ist es unmöglich, wenn auch nur die Möglichkeit offen gelassen wird, dass deutsche Flieger ihre Bomben nicht gezielt

auf militärische Ziele abgeworfen hätten. Der Minister weist darauf hin, dass, würde auch nur ein kleiner Teil von uns zugegeben, im Ausland bestimmt viel weitergehendere Folgerungen aus einem derartigen Eingeständnis gezogen werden würden.

Mit dem 7. Sept, lief die 2. Phase des Luftkampfes gegen England an, die zum Ziel hatte, das englische Wirtschaftspotential zu vernichten und die britische Bevölkerung zu demoralisieren. Laut Luftlagebericht des OKW wurden vom 7. bis 11. Sept. 1940 etwa 8'100 Sprengbomben und «Flambo» mit einem Gesamtgewicht von 1'500 t über London u.a. abgeworfen. Auf den Luftbildern konnten jedoch ausserhalb der ausgebrannten Gebäude nur insgesamt etwa 400 Bombeneinschläge festgestellt werden. Die tatsächliche Wirkung wurde allerdings grösser eingeschätzt, als sie auf den Luftbildern zu erkennen war.

Die Führungen von Auslandsjournalisten in Berlin nach feindlichen Bombenangriffen haben in letzter Zeit nicht das erhoffte Echo im Ausland ausgelöst. Die Meldungen wurden entweder im Ausland verdreht, oder die Journalisten verzeichneten bereits in Berlin selbst die tatsächlichen Massstäbe, da sie nicht richtig abschätzen konnten, in welchem unbedeutendem Verhältnis der einzelne Abwurf zur Millionenstadt Berlin steht. Der Minister ist damit einverstanden, wenn absolut zuverlässige Auslandsjournalisten, so die Spanier, Italiener und Japaner, weiter herumgeführt werden; den zweifelhaften Journalisten dagegen soll anhand eines Modells von Berlin klargemacht werden, dass die von ihnen gross herausgebrachten Schäden, gemessen an der Grösse Berlins, überhaupt keine Rolle spielen. Probe-weise soll für sie mit den Führungen einmal ausgesetzt werden.»

Ende Sept. 1940 wurden von der Reichskanzlei die Führungen von Auslandsjournalisten im Anschluss an Luftangriffe verboten. Nun aber befürchtete man im Propagandaministerium, dass die Missionen als Nachrichtenquelle für das Ausland fungieren würden.

9. September 1940

«Ganz von oben herab ist den Engländern immer wieder die Sinnlosigkeit weiteren Widerstandes klarzumachen. Insbesondere ist aus den Gegensätzen der englischen Berichterstattung im englischen und im fremdsprachlichen Nachrichtendienst eine scharfe Polemik zu entfachen. (Die Engländer geben auf Englisch ihrem eigenen Volk gegenüber die von uns angerichteten Schäden schon weitgehend zu, während sie sie beispielsweise auf Französisch vorläufig noch zu bagatellisieren suchen.)

Die Geheimsender sollen sich u.a. der Tatsache bemächtigen, dass in Birmingham nur für Vn der Bevölkerung Luftschutzkeller vorhanden sind und daran die Behauptung knüpfen, ähnliche Zustände herrschen in ganz England.

Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass infolge schlechten Wetters unsere Angriffe auf London zeitweilig an Kraft nachlassen. An unserer grundsätzlichen Entschlossenheit zur Vernichtung Londons für den Fall, dass die Engländer nicht rechtzeitig nachgeben, wird dadurch nichts geändert. Unsere Berichterstattung soll daher im Ton auch stark bleiben, wenn einmal vorübergehend neueste Meldungen nicht vorliegen. Sie soll sich nur vor allzu prononcierten Definitionen (etwa: «Lon-

don in Flammen») hüten. Grundsätzlich muss nach wie vor zum Ausdruck kommen, dass wir lediglich militärische Ziele angreifen.»

Der Hoffnung der Engländer auf das schlechte Herbstwetter verlangte Goebbels am 18. Sept. 1940 zu entgegnen, «dass weder auf ‚General Wetter‘ noch ‚General Nebel‘ Verlass sei, da schliesslich jedes Wetter seine Vor- und Nachteile habe».

10. September 1940

«Die Fliegerangriffe auf Berlin und Hamburg in der Nacht zum Dienstag sollen unter möglicher Aufbauschung aller Einzelheiten so aufgemacht werden, dass sie vor der Welt die Berechtigung unserer Vergeltungsmassnahmen weiter untermauern. Ferner soll das Material der letzten Monate mehr ausgewertet werden als bisher, um auch auf diese Weise die Berechtigung unserer Massnahmen zu verdeutlichen.

Da die Engländer, wie erwartet, mit immer stärkerer Greuelhetze einsetzen, soll umgekehrt unsere Presse und auch der Sprachendienst nachdrücklich darauf hinweisen, dass es England war, das den Krieg gewollt und erklärt hat, und dass alles, was sich jetzt abspielt, von England unter Ausserachtlassung aller unserer immer wiederholten Warnungen provoziert worden ist. Im Übrigen ist immer wieder zu betonen, dass wir im Gegensatz zu den Engländern nur militärische Ziele angreifen, dass es sich allerdings die Engländer selbst zuzuschreiben haben, wenn nun, da sie ihren Krieg bekommen haben, auch Zivilpersonen mit zu Schaden kommen. Die Polemik soll aber nicht etwa auf Verteidigung abgestimmt sein; es kommt vielmehr darauf an, immer wieder das System der Engländer aufzudecken.

Der Sprachendienst soll sich stets vergegenwärtigen, dass die Londoner Bevölkerung nur Vs der Gesamtbevölkerung Englands ausmacht und dass es also weiter darauf ankommt, auch das Hinterland zu demoralisieren. Lord Haw-Haw soll heute einmal auf die Prophezeiungen von Nostradamus hinweisen, die sich jetzt zu erfüllen scheinen.»

Den Namen «Lord Haw-Haw» gaben die Engländer dem bekanntesten Kommentator des Englanddienstes der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Lord Haw-Haw, sein wirklicher Name William Joyce (1906-1946), war britischer Faschist und verliess unmittelbar vor Kriegsausbruch seine Heimat, um auf Seiten Hitlers gegen England zu kämpfen.

11. September 1940

«Der englische Angriff auf Berlin in der Nacht zum Mittwoch soll von der Presse mit flammender Entrüstung als Angriff auf unsere nationalen Symbole angeprangert werden. Die Presse soll jedoch grundsätzlich die zusammenfassende Schau im Interesse einer guten Ausarbeitung erst in den Morgenblättern bringen, es sei denn, dass die einzelnen Zeitungen schon von sich aus und nicht erst auf Grund der Pressekonferenz genügende Vorarbeit geleistet haben.

Beim britischen Luftangriff auf Berlin in der Nacht zum 11. Sept, wurden u.a. das Brandenburger Tor und das Reichstagsgebäude beschädigt.

Ebenso sollen die Todesopfer der englischen Fliegerangriffe erneut genannt werden, und es soll dabei darauf hingewiesen werden, dass die Engländer insofern eine Fälschung begangen haben, als sie die Zahl der in Deutschland getöteten *Kinder* als *Gesamtzahl* der Toten ausgeben. Es soll deshalb von Herrn Braeckow auch die Zahl der getöteten Erwachsenen festgestellt und der Presse übergeben werden.»

Am 11. Sept. wurde der Presse mitgeteilt, dass in der Zeit vom 10. Mai bis 10. Sept. 1940 durch englische Luftangriffe auf das Reichsgebiet nicht 1'500, sondern nur 617 Menschen getötet worden seien. Diese Zahl dürfe jedoch nicht aufgegriffen werden, da die gleiche Zahl an Menschen durch die deutschen Luftangriffe in London täglich ums Leben komme.

Am 11. Sept. 1940 hielt Goebbels in Berlin vor «tschechischen Kulturschaffenden und Journalisten» eine für seine Propagandataktik überaus bezeichnende Ansprache. In einer geschickten Mischung von Drohung und Überredung gab er einige Perspektiven zur künftigen «Neuordnung Europas» preis. Dieser Neuordnung müssten sich ebenfalls die Tschechen unterwerfen. Goebbels sagte im Einzelnen: «Deshalb also, meine Herren – und ich spreche jetzt einmal ganz realpolitisch, ohne jeden Appell an das Sentiment Ob Sie diesen Zustand billigen oder nicht, ist gleichgültig; ob Sie ihn mit Herzen begrüßen oder nicht, ist unerheblich; an dem Zustand selbst ändern Sie nichts. Nun bin ich der Meinung: wenn man an einem Zustand nichts ändern kann und die gewiss auch vorhandenen Nachteile dieses Zustandes sowieso in Kauf nehmen muss, dann würde man töricht sein, wollte man sich nicht auch seine Vorteile sichern ... Darüber müssen Sie sich und muss auch das tschechische Volk sich entscheiden. Sagen Sie nicht, das tschechische Volk will so oder so. Ich glaube, ich kann auf dem Gebiet der Volksführung einige Erfahrungen für mich in Anspruch nehmen. Ein Volk denkt so, wie seine Intelligenzschicht es zu denken lehrt; es hat immer die Vorstellung, die seine geistige Führung besitzt... wie gesagt, wir bieten Ihnen die Möglichkeit zur Mitarbeit... Ich fordere Sie deshalb auf, in diesem Sinne zum tschechischen Volke zu sprechen. Wenn wir das täten, würde das tschechische Volk uns nicht glauben ...»

12. September 1940

«Es soll mit Meldungen zurückgehalten werden, die den Eindruck erwecken könnten, als ob London in den allernächsten Tagen schon erledigt sei. Es liegt auch im militärischen Interesse, wenn der Widerstand des englischen Volkes einstweilen noch als intakt hingestellt wird. Entsprechende neutrale Stimmen sollen laufend in die deutsche Berichterstattung eingestreut werden. Dabei muss aber selbstverständlich die Monumentalität unserer Angriffe auf London nach wie vor deutlich zum Ausdruck kommen.

Die Presse war schon am 11. Sept. per Fernschreiber angewiesen worden, mit solchen Auslandsmeldungen vorsichtiger zu sein, welche die Vermutung aussprechen, London habe genug oder die Moral der Bevölkerung sei untergraben oder die englische Verteidigungskraft habe gelitten. In den nächsten Tagen sei vielmehr mit einer Verstärkung der Luftangriffe zu rechnen, aber diese Verstärkung müsse unverständlich bleiben, würde man verfrüht den Eindruck erwecken, der Gegner sei bereits erheblich angeschlagen.

Da es zwecklos wäre, wenn der Geheimsender noch weiter in der bisherigen Form die Parole aufrechterhalte, die Bevölkerung solle London nicht räumen, soll jetzt

gesagt werden, grundsätzlich sei eine Evakuierung Londons zwar richtig, in der Praxis sei es aber dazu jetzt zu spät. Trotz aller Schrecknisse sei es deshalb jetzt besser, in London zu bleiben, da die Flüchtlingströme auf den Landstrassen erfahrungsgemäss ein besonders beliebtes Ziel der deutschen Flieger seien.

In diesem Zusammenhang sollen schärfste Angriffe gegen die englische Regierung gerichtet werden, die es verabsäumt habe, rechtzeitig für genügende Luftschutzmöglichkeiten zu sorgen. Weiter soll der Geheimsender in demagogischster Weise anfragen, wo denn jetzt die Vertreter des Volkes seien, wo die vornehmen Lords seien, weshalb das Parlament ausgerechnet jetzt auseinandergegangen sei, usw. usw. Da der Judenfilm in der augenblicklichen Fassung nach Ansicht auch des Gauleiterstellvertreters, des Polizeipräsidenten und zahlreicher Journalisten nur für nervenstarke Personen geeignet ist, sollen zwei Fassungen hergestellt werden, deren mildere für Frauen und Jugendliche gedacht ist. Die Fassung, die auch die Schächteszenen enthält, soll durch die Partei in geschlossenen Vorstellungen gezeigt werden, evtl. soll auch *eine* der täglichen Vorstellungen in Kinos diese stärkere Fassung bringen, wobei vorher in der Presse eine genaue Unterrichtung des Publikums erfolgen müsste.»

Der antisemitische, «dokumentarische Film ‚Der ewige Jude‘» wurde am 28. Nov. 1940 in Berlin uraufgeführt. Für die Gestaltung des Filmes zeichnete Dr. Fritz Hippler. Das Manuskript schrieb Dr. Eberhard Taubert.

15. September 1940

«Herr Major Titel berichtet, das Auswärtige Amt habe zum Empfang des spanischen Ministers rege Beteiligung der Berliner Bevölkerung gewünscht und behauptet, dieser Wunsch komme von allerhöchster Stelle. Eine Rückfrage bei Gruppenführer Schaub habe ergeben, dass dort nichts bekannt sei. Der Minister entscheidet, dass Herr Gutterer sich noch einmal erkundigen soll, ob der Führer selbst tatsächlich diesen Wunsch geäussert habe. Er soll darauf aufmerksam machen, dass für diesen Fall die Betriebe geschlossen werden müssten, da eine Spalierbildung in Berlin anders heute nicht möglich sei. Die Berliner Bevölkerung habe an sich keine Zeit, um sich eines ihr unbekanntem fremden Ministers wegen auf die Strasse zu stellen. Falls also nicht etwa der Führer aus besonderen Gründen den ausdrücklichen Wunsch habe, dass in diesem Ausnahmefall ein aussergewöhnlicher Empfang veranstaltet werde, solle nichts veranlasst werden.»

Zur Spalierbildung erhielten am 16. Sept. 1940 die umliegenden Berliner Ortsgruppen der NSDAP die Weisung, «etwas nachzuhelfen, da auf Grund lediglich einer Zeitungsnotiz nicht mit genügender Beteiligung gerechnet werden» konnte. Die deutsche Presse sollte den Besuch Suners am 17. Sept. 1940 in der Reichskanzlei «besonders herzlich» kommentieren. Die Unterredungen Hitlers mit Suner, die dazu beitragen sollten, Spanien in den Krieg gegen England hineinzuziehen, verliefen jedoch ergebnislos.

17. September 1940

«Der Minister bezeichnet es als schwere Beleidigung des gesunden Empfindens, dass die Schweden nach einer offiziellen Sondersitzung wegen der deutsch-feindlichen Artikel von «Göteborgs Handels- und Schifffahrtszeitung» lediglich beschlossen haben, die Nummer vom 13. mit einem deutschfeindlichen Artikel am 17. einzuziehen zu lassen. Praktisch bedeutet eine solche Massnahme nichts anderes als eine schwere Verhöhnung des deutschen Standpunktes. Dr. Börner soll dem schwedischen Presseattaché klarmachen, dass die einzig ausreichende Sühne ein sofortiges Verbot der Zeitung gewesen wäre, und Herr Fritzsche soll ein paar Zeitungen freigeben, in schärfsten Ausdrücken gegen die unverschämte Provokation Stellung zu nehmen.

Herr Hinkel berichtet über die Alterszusammensetzung der noch in Berlin befindlichen 72327 Juden:

bis 18 Jahre	3'900 Männer	4'000 Frauen
18-45 Jahre	7'000 Männer	11'000 Frauen
45-60 Jahre	9'000 Männer	14'000 Frauen
60 Jahre und darüber	11'000 Männer	15'000 Frauen

Im Übrigen seien aus dem Altreich auf dem Wege über Südeuropa in der Zeit vom 1.9. 1939 bis 1.9. 1940 trotz Krieg und Grenzsperr 15 727 Juden abgeschoben worden.

Insgesamt seien im Altreich einschliesslich der neu gewonnenen

Ostprovinzen noch vorhanden	743'000
im Gouvernement	2'300'000
im Protektorat	77'000
ferner in Belgien	80'000
Holland	160'000
Luxemburg	2'500
Frankreich	270'000
alles in allem	ca. 4'000'000

Das Madagaskar-Projekt, das genehmigt worden sei, sähe vor, dass nach dem Kriege in ca. 1¹/₂ Jahren hiervon etwa 3¹/₂ Millionen Juden nach Madagaskar gebracht werden könnten.»

Das Projekt, nach dem Kriege alle Juden nach Madagaskar zu deportieren, wurde zuerst von Hitler etwa im Okt./Nov. 1938 erwogen. Er aber scheint damit eine bei antisemitischen Ausschreitungen in Polen erhobene Forderung aufgegriffen zu haben. Es war vorgesehen, ein autonomes jüdisches Reservat unter einem deutschen Polizeikommandeur auf Madagaskar zu schaffen. Das mit dem Kriegsverlauf immer mehr zur Fiktion gewordene Madagaskar-Projekt wurde offiziell erst im Febr. 1942 aufgegeben. Angeblich hat Hitler bereits nach der Kapitulation Frankreichs von diesem Plan Abstand genommen und damals Himmler befohlen, die beschleunigte Vernichtung des europäischen Judentums in anderer Weise zu betreiben.

18. September 1940

«Der Minister wünscht in grösserer Aufmachung eine Zusammenstellung der auf beiden Seiten seit Beginn der Schlacht um London abgeschossenen Flugzeuge. Die Aufmachung soll so sein, dass auch die Auslandspresse nach Möglichkeit darauf zurückkommt.

Nach den OKW-Berichten verlor die RAF im August und während der ersten beiden Septemberwochen insgesamt 2'096 Maschinen. Goebbels war sich allerdings der ganzen Problematik der deutschen und britischen Flugzeugverlustmeldungen nicht bewusst, vor allem aber konnte er nicht wissen, dass die deutsche Luftwaffe zu einem strategischen Bomber- bzw. Luftkrieg gegen England überhaupt nicht in der Lage war.

Zur Frage der «Göteborgs Handels- und Schifffahrtszeitung» teilen Herr Dr. Börner und Herr Fritzsche mit, dass das Auswärtige Amt gebeten habe, vorläufig von einer Polemik abzusehen, es seien z. Z. Verhandlungen im Gange, ob der König, der den deutschen Standpunkt durchaus verstehe, sich einfach über die ihm von der schwedischen Verfassung auferlegten Hemmungen hinwegsetzen und selbst durchgreifen solle. Der Minister ordnet an, dass unter diesen Umständen dem Auswärtigen Amt mitgeteilt werden solle, wir würden noch acht Tage abwarten, sollte aber eine neue Entgleisung der «Göteborgs Handels- und Schifffahrtszeitung» festgestellt werden, so würde ohne vorherige Rückfrage in der deutschen Presse stärkstens zugeschlagen werden.»

In der Konferenz vom 9. Okt. 1940 erklärte Goebbels, dass die wiederholte Beschlagnahme der «Göteborgs Handels- und Schifffahrtszeitung» keineswegs als eine ausreichende Sühne zu betrachten sei, sondern im Gegenteil «eine schlappe Unzulänglichkeit» darstelle.

20. September 1940

«Sehr grosses Gewicht soll auf die Feststellung gelegt werden, dass in England verschärfte Zensurbestimmungen durchgeführt sind, da praktisch kaum noch eine Tatsachenmeldung aus dem Land herausgelassen werde, wenn Herr Churchill es nicht will. Andererseits soll aber nicht etwa auf Grund der wenigen zur Verfügung stehenden Berichte der Eindruck hervorgerufen werden, dass London bereits in seinem Lebensnerv getroffen worden sei. Der Minister betont, dass es so weit noch nicht ist. Im Übrigen wolle er auf Sicherheit hinarbeiten, und deshalb müsse der englische Zusammenbruch vor dem Termin kommen, der in Deutschland auf Grund unserer Veröffentlichungen als wahrscheinlich angenommen werde, und nicht hinterher. In keinem Fall sei dieser Zusammenbruch nur noch eine Frage von Tagen.»

Am 23. Sept. 1940 erhielt die deutsche Presse einen streng vertraulichen Informationsbericht zur Lage in England. Darin wurde gesagt, dass sich Hitler noch nicht zu einem Termin für die Landung entschieden habe. Die britischen Luftangriffe auf die deutschen Vorbereitungen an der Kanalküste würden zwar «unbequem» sein, doch nichts Entscheidendes ändern. Ziel der deutschen Luftangriffe war es gewesen, London ausser Funktion zu setzen, die Hauptverkehrswege des

Landes und die Wirtschaftszentren zu zerstören. Trotz vorhandener Erfolge lasse sich aber die von mancher Seite gehegte Hoffnung, allein durch Luftangriffe die Invasion zu vermeiden, bisher nicht verwirklichen. Die englische Luftwaffe sei noch immer nicht zerschlagen. Das gelte für die Bomber und ebenfalls für die Jagdwaffe, die die Engländer für den Fall einer Invasion schonen würden. Die Invasion hänge überhaupt auch vom Wetter und namentlich vom Seegang ab, zumal man zur Landung in der Masse nur flache Boote verwende. Die Verzögerung der Invasion könne aber auch politische Gründe haben, da Deutschland einen «grossen Kolonialfeldzug» vorbereite. «Es ist ja bekannt, dass der Führer niemals zwei grosse Aktionen zu gleicher Zeit unternommen hat.»

24. September 1940

«Zu dem englisch-französischen Zwischenfall bei Dakar ordnet der Minister an, dass die Presse nicht in einer Form berichten darf, die eine neue Sympathiewelle für Frankreich auslösen könnte.

Am 23. Sept. 1940 griffen britische Flotteneinheiten die französische Nordafrika-Festung Dakar an, um sich des Hafens zu bemächtigen und Truppen des Generals de Gaulle zu landen. Der Widerstand Vichy treuer französischer Verbände vereitelte die Aktion. Die französische Luftwaffe flog ferner daraufhin einen Vergeltungsangriff gegen Gibraltar.

Eine Anfrage von Herrn Direktor Dittmar über die beste Art der Durchgabe unseres Nachrichtendienstes entscheidet der Minister dahin, dass am besten Nachrichten so ausgegeben werden, dass sie scheinbar ohne Kommentar sind, dafür aber die Tendenz schon in sich selbst tragen. *Dass* Tendenz in unsere Nachrichtengebung gelegt wird, ist selbstverständlich; sie soll aber am besten unsichtbar bleiben.»

25. September 1940

«Der nächtliche Fliegerangriff auf Berlin soll wieder gross aufgemacht werden, wobei aber berücksichtigt werden muss, dass keine Einzelheiten genannt werden dürfen, aus denen die Engländer für sie wichtiges Nachrichtenmaterial entnehmen können. Ferner dürfen die Vorkommnisse nicht so aufgebauscht werden, dass Churchill mit den deutschen Angaben vor dem englischen Volk den Eindruck erwecken kann, als hielten sich unsere Angriffe auf London und die englischen Angriffe auf Deutschland ungefähr die Waage.

Der Minister weist darauf hin, dass Churchill immer mehr Märchen erfinden und Erfolgsmeldungen aufbauschen muss, um im englischen Volk den Glauben an die Möglichkeit einer Fortsetzung des Krieges zu erhalten. Es muss deshalb sowohl dem deutschen Volk als auch dem englischen Volk gegenüber systematisch klargelegt werden, mit welcher unglaublich starken Übertreibungen die Engländer die Glaubwürdigkeit ihrer Meldungen zu untermauern suchen, und wie es englische Taktik ist, geradezu groteske Behauptungen aufzustellen, um ja um jeden Preis dem englischen Volk noch inneren Halt zu geben. Herr Dr. Börner soll dieses englische System auch vor der Auslandspresse anprangern.

Während des britischen Nachtangriffs vom 24. zum 25. Sept. 1940 wurden in Berlin die Werkanlagen von Siemens getroffen. 1'500 Beschäftigte der Firma konnten am nächsten Tage nicht mehr ihrer gewohnten Arbeit nachgehen.

Zum Film «Jud Süß» entwickelt der Minister, dass der Film das Problem der arischen und der jüdischen Welt behandelt und dass diese grundsätzlichen Dinge auch in der Presse erklärt werden müssen. Es soll deshalb nochmals die schauspielerische und ebenso die weltanschauliche Leistung des Filmes in der Presse behandelt werden und dabei muss überall da, wohin der Film kommt, von den Zeitungen darauf hingewiesen werden, dass die Schauspieler in den jüdischen Rollen nicht etwa jüdisches Blut haben, sondern eben sehr gute Schauspieler sind. Der Minister hat den Schauspielern die Zusage dieser Veröffentlichung gemacht, da sie gefühlsmässige Nachteile für sich selbst aus dem Film befürchten.»

Der Terra-Film «Jud Süß» wurde am 24. Sept. 1940 in Berlin uraufgeführt. Regie führte Veit Harlan, dem mit den Schauspielern George, Marian, Krauss, Klöpfer und Loos die Elite der deutschen Schauspieler zu Gebote stand. Näheres über die Entstehungsgeschichte des vielumstrittenen Harlan-Filmes: V. Harlan, Im Schatten meiner Filme, Selbstbiographie, Gütersloh 1966, S. 89-119 u. W. Krauss, Das Schauspiel meines Lebens, Stuttgart 1958, S. 625-637.

27. September 1940

«Die Presse muss völlig unter dem Eindruck der Ereignisse des heutigen Mittags stehen; sie hat ebenso wie der Rundfunk die Aufgabe, die ausserordentliche Bedeutung des Paktes klarzumachen und zu zeigen, wie schwer England dadurch getroffen wird.»

Am 27. Sept. 1940 fand durch Staatsakt die feierliche Unterzeichnung des Dreimächtepaktes zwischen Deutschland, Italien und Japan statt.

30. September 1940

«Herr Major Martin soll veranlassen, dass hervorragende Soldaten mehr als bisher in der Öffentlichkeit zu Wort kommen. Ferner soll über die Leistungen des Heeres in der Presse mehr als in letzter Zeit gebracht werden; insbesondere soll nicht der Eindruck entstehen, als ob sich das Heer zurzeit ausschliesslich auf Sportfeste verlegt habe.»

«Die Heimat klagt nicht...»

OKTOBER-DEZEMBER 1940

1. Oktober 1940

«Zur Frage der Kinder-Evakuierung soll Herr Dr. Bömer dafür Sorge tragen, dass über die in Berlin vertretene Auslandspresse keine falschen Meldungen mehr hinausgehen. Der Minister geißelt in diesem Zusammenhang nochmals den Tatbestand, dass die NSV durch übereiltes Handeln die Gerüchte von einer Zwangsevakuierung verschuldet hat. Eine an sich vorbildliche Hilfsmassnahme sei dadurch, dass klare Anordnungen des Ministers nicht durchgeführt wurden, zu der schwersten Belastungsprobe für weite Bevölkerungskreise in Berlin geworden, die seit Kriegsbeginn festzustellen sei. Er werde in Zukunft unnachsichtlich gegen jeden vorgehen, der ohne vorherige Verständigung mit ihm in den Gau Berlin hineinwurstele.»

2. Oktober 1940

«Der Minister weist darauf hin, dass zurzeit von London unverkennbar eine Welle von Optimismus und Illusionismus über ganz England und möglichst auch in die Welt hinein verbreitet wird. Dagegen soll sofort eine Gegenaktion gestartet werden, die möglichst auch die Weltmeinung erfassen soll. Insbesondere soll dabei die Methodik der Engländer in einer systematischen Kampagne blossgelegt werden; es soll am Beispiel der Gründung der «Eisernen Front» (die ebenfalls keinerlei realen Machtzuwachs bedeutete) gezeigt werden, wie hohle Phrasen ohne dahinter stehende Substanz die Welt einnebeln sollen und wie das ganze Manöver überhaupt nur deshalb möglich ist, weil England nach aussen noch im Besitz von Macht ist. Es soll weiter darauf hingewiesen werden, dass England es heute bereits als ausserordentlichen Sieg hinstellt, dass es im September nicht bereits zerschmettert wurde.»

3. Oktober 1940

«Der Minister stellt fest, dass es nach wie vor so gut wie unmöglich ist, sich ein klares Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in London zu machen. Wie neuerdings bekannt geworden ist, hat die amerikanische Botschaft in London geradezu katastrophal klingende Berichte nach den Vereinigten Staaten gegeben, denen

jedoch Berichte anderer Beobachter durchaus entgegenstehen. Jedenfalls deutet der zurzeit gepflegte Illusionismus darauf hin, dass man es in London für notwendig hält, etwas für die Stimmung des Volkes zu tun. Gegen diesen Illusionismus soll die Kampagne deshalb fortgesetzt werden. Der Geheimsender soll in diesem Rahmen die von den Engländern ausgestreute Behauptung aufgreifen, die deutschen Flugzeugverluste seien bereits so stark, dass 5'000 italienische Flugzeuge an die französische Küste entsandt werden müssten. Er soll sagen, dass ein Grund zur Freude in dieser Meldung keineswegs zu sehen sei; im Gegenteil beweise sie, dass die englische Mittelmeerflotte nicht einmal in der Lage sei, die italienischen Kräfte dort zu binden.

Zum Wechsel im englischen Kabinett wünscht der Minister schärfste Kommentare, die sagen sollen, dass nun die beiden grössten Kriegshetzer, Daladier und Chamberlain, hätten abtreten müssen, auch Chamberlain verfolgt von den Flüchen seines eigenen Volkes. Chamberlain soll dabei als der Mann angeprangert werden, der süsseste Worte für den Frieden gefunden, in Wahrheit aber mit allen Mitteln zum Kriege geschürt habe.

Chamberlain schied wegen schwerer Krankheit aus dem britischen Kabinett aus. Morrison übernahm das Innenministerium, während Anderson Lordpräsident im Bereich des Komitees für Innere Angelegenheiten wurde. Chamberlain verstarb am 9. Nov. 1940 auf seinem Landsitz in Hampshire (England).

Zur Frage der Kinder-Evakuierung wird von Fällen berichtet, in denen Amtswalter versichert haben sollen, zwar werde jetzt in der Öffentlichkeit von einer freiwilligen Evakuierung geredet, es handele sich in Wahrheit aber *doch* um eine Zwangsevakuierung. Pg. Böker soll sofort die Kreisleiter davon unterrichten, dass der Minister sie persönlich dafür verantwortlich macht, dass derartige Fälle nicht vorkommen; sollte dem Minister ein derartiger Fall bekannt werden, so hat der Verbreiter dieser Gerüchte mit dem Konzentrationslager zu rechnen. Herr Major Martin teilt dazu mit, dass das OKW eine etwaige Wirkung der Zwangsevakuierungs-Gerüchte an der Front dadurch abgefangen habe, dass es schon jetzt mit telegraphischer Anweisung den Gerüchten dienstlich entgegengetreten wäre; ausserdem soll die vom Minister genehmigte Veröffentlichung auf Wunsch des Ministers auch in allen Frontzeitungen erscheinen.

Die Kinderverschickung wirkte auf die deutsche Bevölkerung zunächst schockartig; man hegte die schlimmsten Befürchtungen bezüglich des Luftkrieges. Mit Recht sah man ebenfalls den Widerspruch zwischen der Kinderevakuierung und der von der Propaganda betonten deutschen Luftüberlegenheit.

Herr Dr. Börner macht von einem Fall Mitteilung, in dem ein Offizier telefonisch das Gerücht verbreitet haben soll, dass ein Gasangriff durch die Engländer erfolgen werde. Der Minister ordnet an, dass Herr Dr. Börner die Unterlagen an Herrn Major Martin zur Untersuchung gibt; er schlägt vor, für den Fall der Bestätigung dieser Angaben in aller Öffentlichkeit die Meldung zu verbreiten, dass der Betreffende verhaftet sei. Allgemein stellt der Minister fest, dass in einer Zeit, in der das

Volk an sich schon sehr nervös sei, weil es die Umstellung auf einen möglichen zweiten Kriegswinter durchmachen müsse, doppelt brutal gegen die Gerüchtemacherei vorgegangen werden müsse und dass rücksichtslos Exempel statuiert werden sollten, wo beweisbare Fälle der Gerüchtemacherei aufträten.»

7. Oktober 1940

«Der Minister wünscht, dass die Anti-Illusions-Kampagne nach wie vor in der gleichen Weise durchgeführt wird, in der es Sonntag Nachmittag und Montag morgen geschehen ist. Er betont, dass England vor der Wahl stehe, entweder zu kapitulieren oder durch rücksichtsloses Lügen und Bluffen gute Aussichten für die Zukunft vorzutäuschen. Er erinnert daran, dass England ja schon im Weltkrieg dicht vor der Kapitulation stand und sich lediglich durch Bluff über die schwierige Situation hinweggemogelt hat. Deutschland muss der Welt diesmal zeigen, dass es gar nicht daran denkt, auf den englischen Bluff hereinzufallen, sondern sich nur durch Realitäten imponieren lasse. Wie diese Realitäten beschaffen sind, kann man aus der Tatsache entnehmen, dass bisher auf Berlin etwa 23'000 kg Sprengbomben herniedergegangen sind, auf London dagegen 7 Millionen kg. Man kann sich, wenn man sich diese Zahlen vergegenwärtigt, ein Bild davon machen, was hinter den englischen Illusionsmeldungen tatsächlich steht. So muss die deutsche Presse ununterbrochen die englische Illusionskampagne zu paralisieren suchen, ohne Rücksicht darauf, ob es der Presse langweilig wird oder nicht. Sie soll dabei freilich nicht den Eindruck erwecken, als ob England nun unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe; jeden Tag aber soll sie die hoffnungslose Lage Englands schildern und zeigen, wie sich in jeder aus England kommenden Meldung die Bluff-Politik Churchills offenbart. Solange der Minister keine Gegenorder gibt, soll die Presse mit dieser Kampagne fortfahren.

Der Minister ist durch Herrn Berndt auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden, dass bei ständigem weiterem Abstoppen unserer Rundfunksendungen der englische Nachrichtendienst beherrschend in den Vordergrund rückt. Tatsächlich werden englische Nachrichten in deutscher Sprache jetzt bereits achtmal täglich gesendet. Herr Gutterer soll deshalb beim Luftwaffenführungsstab ernsthafte Vorstellungen erheben und auf die grosse Gefahr vor allem für die Wintermonate aufmerksam machen, in denen die Bevölkerung vielleicht nicht mehr ins Kino oder Theater gehen kann, weil die Flugzeugangriffe mit früherer Dunkelheit schon früher einsetzen werden. Gerade dann wird der Rundfunk als Führungsmittel unentbehrlich sein, und ebenso können wir uns die tiefstdringende Waffe dem Ausland gegenüber nicht aus der Hand schlagen lassen. Es soll deshalb wiederum überprüft werden, ob nicht die Gefahren einer weiteren Abdrosselung der Rundfunksendungen grösser sind als ihr Nutzen.»

8. Oktober 1940

«Der Minister stellt fest, dass die erste Reichsstrassensammlung in diesem Jahr ein leichtes Absinken gegenüber dem Ergebnis der vorjährigen Sammlung aufzuweisen hat. Herr Gutterer weist jedoch nach, dass dieses Absinken nicht stimmungsmässig begründet ist, sondern lediglich darauf zurückgeführt werden muss, dass im vorigen Jahr die DAF mit all ihren grossen Möglichkeiten Trägerin der Sammlung war, während diesmal die Sportjugend eingesetzt gewesen ist. So handelt es sich diesmal um ein reines Sammelergebnis ohne die zusätzlichen Posten, die die DAF einzubringen weiss.

Der Minister verweist darauf, dass die Sammelergebnisse wichtigere Kennzeichen für die Stimmung der Bevölkerung seien als eine Wahl und dass ein stärkeres, begründetes Absinken auf jeden Fall würde berücksichtigt werden müssen. Er macht sich die Auffassung von Herrn Hinkel zu eigen, dass der Sport allein nicht zum ausschliesslichen Träger einer Sammlung gemacht werden dürfe.»

Da Goebbels die Ergebnisse der WHW- und Rote-Kreuz-Sammlungen stets als Stimmungsbarometer der Bevölkerung nahm, befürchtete er bei einem Absinken der Sammelergebnisse gewöhnlich einen Stimmungsrückschlag, der auch häufig unverkennbar war. Bestürzt zeigte er sich bereits im Aug. 1940, als das Berliner Sammelergebnis für das Deutsche Rote Kreuz erheblich unter dem Münchener lag. Auch die Rote-Kreuz-Sammlung vom Mai 1941 brachte weit weniger als im Vorjahr ein. Dennoch zeigten die publizierten Zahlen ein von Jahr zu Jahr steigendes «Geldspendenaufkommen».

9. Oktober 1940

«Der Minister erörtert die Frage, ob wir weiter widerstandslos die englischen Behauptungen hinnehmen sollen, Kraftwerke und andere wichtige Ziele in Berlin bzw. in anderen Teilen Deutschlands seien durch Luftangriffe zerstört worden. Die Wirkung derartiger Meldungen in England, so führt er aus, müsse sein, dass der Engländer den Eindruck gewinne, der Krieg werde auf beiden Seiten mit etwa gleichen Ergebnissen geführt, und es sei also nur die Frage, wer den längeren Arm habe und die Angriffe länger aushalte. So sei es nicht mehr möglich, die defaitistische Propaganda genügend wirken zu lassen. Viel wirksamer würde es sein, wenn man den Engländern immer wieder klarmache, dass sie zwar zivile Ziele in Deutschland trafen – das aber auch nur in für England völlig unzureichenden Verhältnissen zu den Schäden, die wir in England anrichteten – dass sie aber militärische Ziele so gut wie überhaupt nicht getroffen hätten. Es sei deshalb nötig, dass der Luftwaffenführungsstab nochmals überprüfe, ob nicht die zusätzliche Zermürbung der englischen Moral erheblich wichtiger sei als die Gründe, die der Luftwaffenführungsstab für die von ihm verlangte Taktik anführe. Zudem sei sehr zu bezweifeln, ob die Engländer tatsächlich keine weiteren Bomben gegen militärische Ziele abwerfen liessen, die sie als einmal getroffen gemeldet hätten – ebenso wie doch ganz offensichtlich englische Flieger auch nach Abstellung des Rundfunks nach Berlin durchbrechen könnten. Der Minister betont nochmals die Gefahr, dass wir

uns auf zwei Gebieten einer schneidenden Waffe gerade vor Eintritt des Winters freiwillig entäussern. Freiwillig gäben wir den Äther preis und freiwillig verzichten wir auf Dementis gegen die englische Lügenpropaganda.

Zum neuen SD-Bericht äussert der Minister, dass ihm die darin zum Ausdruck gebrachte Stimmungsverschlechterung der Bevölkerung zwar etwas zu pessimistisch gesehen erscheine, dass aber auch er es für nötig halte, dass die Presse zusätzlich mehr als bisher tue, damit das Interesse auch an militärischen Dingen nicht weiter absinke.»

Am 26. Sept. 1940 wurde berichtet, dass die Stimmung der Bevölkerung nach wie vor gut sei. Sie erwarte die Niederwerfung Englands, doch hege man kaum mehr die Hoffnung, dass dieses noch vor Beginn des Winters geschehe. Der SD-Bericht vom 7. Okt. 1940 brachte zum Ausdruck, dass das Interesse am militärischen Geschehen nachgelassen habe und sich die Bevölkerung ungern und widerstrebend mit dem Gedanken auf einen zweiten Kriegswinter vertraut mache, wobei zugleich alltägliche Sorgen in den Vordergrund rückten. Ausserdem würde eine ausserordentlich grosse Zahl von Volksgenossen über die Gleichförmigkeit der täglichen Presseberichterstattung meckern.

11. Oktober 1940

«Der Minister betont nachdrücklich die Notwendigkeit, dass sich die öffentliche Meinungsmache in verstärktem Masse aller Dinge enthalten muss, die geeignet wären, das an sich schon nervöse Volk noch mehr zu bedrücken. Während der Sommermonate mit ihren grossen Ereignissen habe die Propaganda mehr in Holzschnittmanier arbeiten können und auf die eine oder andere Unterlassung oder Entgleisung habe nicht so sehr geachtet werden müssen. Jetzt aber müssten psychologische Fehler unter allen Umständen vermieden werden, da auch Bagatellvorkommnisse von Miesmachern ungünstig ausgewertet werden würden.

So müsse beispielsweise das Problem Luftschutzkeller unter allen Umständen aus der Presse herausgehalten werden. In anderen Fragen z.B. in der Kohlenfrage, verlange die Bevölkerung dringend Aufklärung, und Herr Fritzsche müsse deshalb dafür sorgen, dass dem Volk hierzu in absehbarer Zeit nun endlich etwas gesagt werde. Das Ministerium dürfe sich dabei nicht in die sogenannten Gegebenheiten fügen und sich beispielsweise damit abfinden, dass der Kohlenkommissar erst sprechen wolle, wenn er mit dem Reichsmarschall geredet habe, sondern es müsse darauf dringen, dass zu dem von ihm als richtig erkannten Zeitpunkt das Nötige gesagt werde. Während im Sommer die Propaganda sozusagen von selbst gelaufen sei, werde sie im kommenden Winter zweifellos wieder an die erste Stelle rücken, und deshalb müsse sie ihren Standpunkt rigoros durchdrücken, wo es ihr nötig erscheine. Wie im vergangenen Winter werde dabei oft eine minutiöse Auseinandersetzung mit scheinbaren Bagatellen notwendig werden. Es dürfe nicht übersehen werden, dass das Volk von grossen Redensarten wie: «Na, wartet! Jetzt kommt unsere Vergeltung!» nichts mehr halte und sachliche Argumente wünsche.

Insbesondere müsse der Propagandakampf energisch gegen die englischen Versuche, die Moral in Deutschland zu unterhöhlen, angesetzt werden. Die grösseren Zeitungen sollen die Frage der stärkeren Moral jetzt offen aufgreifen.

Über die zu treffenden Luftschutzmassnahmen herrschte in Deutschland noch bis Ende Okt. 1940 «einiges Durcheinander». Vielfach war man der Überzeugung, dass der Luftschutzkeller nicht die nötige Sicherheit biete. In der Konferenz vom 23. Okt. 1940 berichtete Goebbels über das Ergebnis einer Untersuchung, ob der Aufenthalt im Luftschutzkeller sicherer sei als auf der Strasse. Er bezeichnete es als grotesk, wenn aus der Tatsache, dass bisher in Berlin auf der Strasse 32 und im Keller 33 Personen getötet worden seien, die Sicherheit als etwa gleich gross errechnet werde, da auf der Strasse sich höchstens ein Zehntel der Bevölkerung befände, während 90% im Keller seien. Ausserdem würde sich nunmehr jede Diskussion über diese Frage erübrigen, da inzwischen die Führer-Entscheidung vorliege, die das Aufsuchen der Schutzräume bei Luftalarm zur Pflicht mache.

Am 23. Okt. 1940 hielt der Reichskohlenkommissar Walther die seit langem hinausgezögerte Ansprache vor Vertretern der deutschen Presse, die von der Bevölkerung durchaus nicht nur positiv aufgenommen wurde. Er erklärte, dass Kohlenversorgungslücken, die im Osten des Reiches vorhanden seien, in den nächsten Wochen geschlossen werden würden. Und er sagte wörtlich: «Durch die Einführung der Zwangsbewirtschaftung ist der bisher wohl einmalige Zustand eingetreten, dass heute mit ganz geringen Ausnahmen jeder deutsche Haushalt einen angemessenen Kohlenvorrat besitzt.» Er fügte aber hinzu: «Für die Dauer des Krieges muss sich jeder Deutsche sagen, dass der Zentner Kohle, den er spart, im Interesse Deutschlands gespart wird.» – Der Reichskohlenkommissar gab sich zu optimistisch. Am 10. März 1941 kam in der Konferenz zur Sprache, dass für die restliche Kohlenversorgung keine Gewähr geboten sei. Es bestehe Gefahr, dass sogar gewisse Industriebetriebe aus Kohlenmangel geschlossen werden müssen.

Da das OKW die entsprechenden Zahlen jetzt freigegeben hat, sollen gegenübergestellt werden: Der Verlauf der letzten 14 Tage in Berlin und in London, die Sprengstoffmengen, die über beiden Städten bisher abgeworfen worden sind und die Zahl der Toten und Verwundeten in London und in Berlin. Dabei soll nicht etwa der Eindruck, eines Wettlaufs in der Zahl der Ziviltoten erweckt werden, sondern wir wollen uns bereits über an sich geringfügige Totenziffern jeweils äusserst entrüstet zeigen, damit bei den Engländern der von Churchill gewünschte Eindruck zerstört wird: «Wir haben es zwar schlimm, den Deutschen geht es aber auch nicht besser, und weil wir Engländer die Zäheren sind, werden wir den Krieg gewinnen».

Es soll die Auffassung beseitigt werden, die Kriegsfolgen lagerten auf beiden Ländern etwa mit gleicher Schwere, und es soll demgegenüber immer wieder die hoffnungslose Lage gezeigt werden, die zur Zerstörung Londons führen muss. Zusätzlich soll den Engländern noch klargemacht werden, dass selbst wenn es ihnen gelänge, ihre Luftwaffe auf die gleiche zahlenmässige Höhe zu bringen wie die deutsche, immer noch London infolge des kürzeren Anflugweges der deutschen Luftwaffe die zehnfache Bombenmenge zu gegenwärtigen hätte wie Berlin.

Nur dem Sprachendienst war bisher erlaubt, den britischen Meldungen über angebe-

lich 1'700 Bombentote in Berlin die tatsächliche Zahl von bis dahin 77 Todesopfern entgegenzuhalten. Als man in London Ende Oktober schliesslich von 2'871 Berliner Toten sprach, obwohl sich deren Zahl lediglich um 12 erhöht hatte, fand dennoch die von Goebbels geforderte konkrete «Gegenrechnung» über die Ergebnisse der Luftangriffe auf London und Berlin nicht die Billigung des Führerhauptquartiers. Dort wurde mit Recht befürchtet, dass eine solche Zahlenzusammenstellung die deutsche Propaganda, dass die Angriffe der deutschen Luftwaffe lediglich militärischen Zielen gelten würden, in den Augen der Welt allzu schlagend widerlegen. Dass Deutschland mit dem Grossbombardement ziviler Ziele begann, war freilich nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Herr Major Martin soll die in der englischen Verlustliste angegebene Kriegsgefangenenanzahl mit der tatsächlichen Zahl abstimmen. Wenn sich die von den Engländern behauptete Zahl als falsch erweist, soll sowohl Presse als auch Rundfunk die erlogene Behauptung der Engländer zu einer Standardlüge stempeln und in allergrösstem Umfang mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausschlichten.»

Nach einer wahrscheinlich inoffiziellen Londoner AP-Meldung über die Gesamtverluste der britischen Armee seit Kriegsbeginn befanden sich 1770 britische Soldaten in deutscher oder italienischer Kriegsgefangenschaft. Nach der offiziellen britischen Verlustmeldung vom 30. Nov. 1940 belief sich deren Zahl jedoch auf 32 219 Mann. In den deutschen Lagern zählte man angeblich über 38'000 britische Gefangene, wie der «VB» vom 5. Dez. 1940 berichtete.

14. Oktober 1940

«Der Minister setzt auseinander, dass augenblicklich im Reich eine gewisse Flautenstimmung deshalb entstanden ist, weil sich das Volk jetzt mit der Wahrscheinlichkeit des neuen Kriegswinters vertraut machen muss, während bisher – zum Teil verschuldet durch einige ungeschickte Massnahmen – die Hoffnung bestand, dass der Krieg noch in diesem Jahr beendet werden würde. Wenn auch mit Worten keinesfalls gesagt werden soll, dass der Krieg nun doch noch ins nächste Jahr hineingehen wird, so muss das doch durch verschiedene Massnahmen kenntlich gemacht werden. Um so wichtiger ist es, dass alles unterlassen wird, was irgendwie Meckerei fördern könnte. Dazu gehört auch eine äusserst feinfühligte Handhabung der Pressepolitik, und es ist deshalb nicht angängig, dass aus dem Auswärtigen Amt heraus versucht wird, die Presse ausschliesslich zu einer Dienerin der Diplomatie zu machen.»

21. Oktober 1940

«Der Minister schildert, wie er sich auf seiner Frankreich- Reise persönlich von der Präzision und Gründlichkeit habe überzeugen können, mit der der Luftkrieg deutscherseits geführt werde, und wie er vor allem auch einen ausgezeichneten Eindruck von den Menschen gewonnen habe, die Träger dieses Kampfes seien. In ihm habe sich die Überzeugung gefestigt, dass London der Welt den grandiossten Bluff vorspiele, den man sich denken könne, und dass die tatsächlichen Zustände unendlich viel schlimmer sein müssten, als die englischen Kommunikés zugäben.

Man müsse sich vergegenwärtigen, dass der Zusammenbruch Englands voraussichtlich ohne vorherige lange Ankündigung erfolgen werde; wohl gäbe es schon jetzt eine Reihe brüchiger Stellen, aber der eigentliche Zusammenbruch werde plötzlich kommen. Natürlich aber werde bei dem gigantischen Kampf zwischen zwei Riesenreichen nicht der eine Partner ganz ohne Narben bleiben, während der andere zusammengedroschen wird.

Presse, Sprachendienst und unsere gesamte Propaganda sollen diese Gedankengänge mehr als bisher in vorsichtiger Form zum Ausdruck bringen. Sie sollen zeigen, dass die täglichen Angriffe auf London keineswegs ein «langweiliges Schauspiel» seien, sondern dass es sich dabei um grossartig angelegte militärische Operationen handelt. Daneben sollen die Zeitungen mehr als bisher den Typ des deutschen Jagdfliegers zeigen, der unpathetisch und voll Todesverachtung den Kampf gegen England führt. Das deutsche Volk soll wissen, welchen Respekt es ihm schuldet.

Das geschichtliche Geschehen unserer Zeit soll also dem deutschen Volk eindringlich klargemacht werden, und es soll dabei kein Zweifel darüber gelassen werden, dass eines Tages der Kampf endgültig und eindeutig zu unseren Gunsten entschieden sein wird.»

Vom 17. bis einschliesslich 19. Okt. 1940 unternahm Goebbels eine Reise in die besetzten französischen Gebiete und besuchte u.a. an der Kanalküste stationierte Luftwaffeneinheiten. Kurz vor seinem Flug zu den Fliegerhorsten in Frankreich hatte ihm allerdings der Luftwaffen-Verbindungsoffizier Wodarg gesagt: «Herr Reichsminister, London wird unser Verdun der Luft.» – Bis Ende Oktober 1940 verlor die deutsche Luftwaffe in der «Battle of Britain» 1733 Maschinen, während sich die englischen Flugzeugverluste auf 915 Maschinen beliefen. Damit büsste die deutsche Luftwaffe in rund zweieinhalb Monaten etwa drei Viertel der Mitte August einsatzbereit gewesenen Jäger und Bomber ein.

22. Oktober 1940

«Zu der Frage, weshalb die englischen Flieger in manchen Nächten, in denen flugtechnisch ein Angriff auf Berlin ohne Weiteres möglich wäre, nicht kommen, ergibt sich in einer ausführlichen Aussprache, dass auch die Luftwaffe die Gründe für das Verhalten der Engländer nicht kennt. Der Minister folgert aus den Erfahrungen des Weltkrieges und ebenso aus den Erfahrungen, die die NSDAP in der Kampfzeit gesammelt hat, dass wir uns davor hüten müssen, zuviel in unsere Gegner hineingeheimnissen zu wollen; die Systematik, mit der wir zu arbeiten pflegten, sei in anderen Ländern völlig unbekannt, und es werde dort weitgehend improvisiert. Auch 1918 habe in England völliges Tohuwabohu geherrscht, und der unglückliche Ausgang des Krieges sei lediglich dadurch bedingt gewesen, dass wir vorzeitig die Nerven verloren hätten.»

24. Oktober 1940

«Generalfeldmarschall Milch hat in längeren Ausführungen darum gebeten, ab sofort keine freie Berichterstattung über Fliegerangriffe mehr zu gestatten. Herr Fritzsche soll diese Anweisungen durcharbeiten und an die Presse weitergeben. Falls er bei einzelnen Punkten glauben sollte, dass mehr Schaden als Nutzen angerichtet wird, soll er sich mit dem Luftwaffenführungsstab wegen etwaiger Milderung in Verbindung setzen. Im Grossen und Ganzen hält der Minister die Anweisung jedoch für richtig und zweckmässig.

Durch Schreiben vom 23. Okt. 1940 teilte Milch im Auftrage Görings dem Propagandaministerium Folgendes mit: «Ich bitte, durch unverzügliche Anweisung aller in Betracht kommenden Stellen Ihrer Bereiche Sorge zu tragen, dass ab sofort überhaupt keine freie Presseberichterstattung über stattgefundene feindliche Luftangriffe sowie deren Auswirkung mehr erfolgt.

Infolge der Verstärkung des Luftkriegs ist es künftighin weiter untragbar, dass der Gegner aus deutschen Veröffentlichungen irgendwelche wichtigen Rückschlüsse hinsichtlich der Zweckmässigkeit seiner Angriffsverfahren sowie über den Umfang seiner Waffenwirkung ziehen kann.» Das solle auch für Luftangriffe auf Berlin gelten, wo in jedem Einzelfalle der entsprechende Bericht zwischen dem Propagandaministerium und dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe abzusprechen sei. Eine über den OKW-Bericht hinausgehende, amtlich gesteuerte Berichterstattung komme nur noch dann in Frage, wenn die Bevölkerung durch die Luftangriffe besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde oder «von höchster Stelle eine propagandistische Ausweitung der Schadenswirkungen besonders gewünscht wird».

Der Minister rügt, dass seine zahlreichen Anregungen für die Presse vor allem von der «Berliner Börsen-Zeitung» unbeachtet bleiben, dass diese Zeitung aber ihrerseits stattdessen keineswegs interessantere Meldungen und Artikel bringt. Der Minister betont, dass wir mit Gewalt in der Presse auf den Zustand des vergangenen Winters zurückkommen müssten. Mit Aufmachung reiner Nachrichten sei in den kommenden stillen Monaten nichts zu erreichen. Es sei dringend nötig, wieder in der altgewohnten Weise schärfste Polemik aufzunehmen, da ganz zweifellos die Englandfeindlichkeiten im Volke zu verflachen beginnen und an ihre Stelle eine gewisse Hochachtung vor der Hartnäckigkeit der Engländer trete. Herr Fritzsche vertritt die Ansicht, dass die BBZ immer noch williger sei als die DAZ. Der Minister ordnet an, dass Herr Fritzsche die führenden Zeitungen einmal zu einer Sonderkonferenz zusammenkommen lasse und dass er ihnen ruhig und sachlich klar machen soll, dass sie für einen witzigen und guten Ersatz für all das zu sorgen hätten, was augenblicklich dem Leser nun einmal nicht geboten werden könne. Es sei gewiss nicht leicht, müsse aber immer wieder versucht werden, das Publikum zu fesseln. Es sei kein Zweifel, dass die Zeitungen augenblicklich nicht mehr interessant genug seien. Dabei habe man bei manchen Zeitungen geradezu den Eindruck, als ob sie langweilig seien, weil ihnen eine Reihe von Themen zurzeit gesperrt werde. Dem Leser müsse aber in jedem Fall Gelegenheit gegeben werden, sich wenigstens mit irgendwelchen Themen wirklich zu beschäftigen. Eine Aufpulverung der Zeitungen sei also einmal wieder dringend notwendig.»

28. Oktober 1940

«Auf Grund der Beobachtungen, die der Minister auf seinen Reisen nach Danzig und Wien machen konnte, gibt er ein Bild über die Stimmung im deutschen Volke. Er spricht die Ansicht aus, dass die leichte Depression, die in den letzten Wochen stimmungsgemäss festzustellen war, schnell behoben werden kann. Bei seinen Reden in Danzig und Wien hat er die Argumente vorgebracht, die in der Ministerkonferenz immer wieder in den letzten Wochen zur Kommentierung angeführt worden seien. Die einem kleinen Kreis von Propagandafachleuten schon veraltet erscheinenden Argumente riefen in den Versammlungen so stürmische Beifallskundgebungen hervor, wie sie aus der Kampfzeit kaum erinnerlich sind. Der Minister ist der Ansicht, dass die Depression in der Stimmung des deutschen Volkes mit geeigneten Mitteln und durch Anwendung geeigneter Argumente in ganz kurzer Zeit behoben werden kann. Er ordnet an, dass ab sofort die Schlagzeilen, die militärische Ereignisse in schreiender Form darstellen, zu verschwinden haben. Es müsse auf die Dauer abstossend wirken, wenn jeden Tag in der Presse der Eindruck erweckt würde: Morgen bricht England zusammen. Das deutsche Volk wolle zäh um seinen Sieg kämpfen, es könne ihm also ruhig gesagt werden, dass ein Weltreich wie das britische nicht in wenigen Wochen zusammenbricht (zusammenkracht). Es sollen also im Zeitungsbild die militärischen Berichte und die politischen Argumente sich die Waage halten. Die kluge, ausgewogene Polemik soll mit der militärischen Erfolgsmeldung abwechseln. Die deutsche Presse soll einen raffiniert aufgezogenen Feldzug der klugen, einleuchtenden Beweise gegen England beginnen. Natürlich müssen militärische Meldungen von grosser Bedeutung weiterhin in entsprechendem Rahmen gewürdigt werden. Die Kritik des Ministers richtet sich nur gegen die Tendenz, gegenüber den täglichen Meldungen über die Bombardierung Londons die politischen Argumente in den Hintergrund treten zu lassen.»

30. Oktober 1940

«Der Minister beauftragt Ministerialdirektor Gutterer damit, erneut beim Staatssekretär Freisler in Sachen der schweren Zuchthausurteile gegen Rundfunkverbrecher vorstellig zu werden. Ministerialdirektor Gutterer soll den SD und die Polizei darauf aufmerksam machen, dass der feindliche Nachrichtendienst wieder in stärkerem Umfange abgehört wird. Der Minister verlangt schwere Strafen für Rundfunkverbrecher, weil in der entscheidenden Phase des Krieges sich jeder Deutsche darüber im Klaren sein müsse, dass das Abhören dieser Nachrichten einen ernststen Sabotagefall darstelle.»

In der Konferenz vom 28. Okt. 1940 hatte Goebbels Gutterer angewiesen, mit Freisler in Verbindung zu treten und ihn zu ersuchen, «in den nächsten 14 Tagen ihm eine Reihe schwerer Zuchthausurteile bis zu den Strafen von 7 bis 8 Jahren zur Veröffentlichung zuzuleiten».

1. November 1940

«Der Minister verkündet die Weisung des Führers, in der Publizistik Frankreich gegenüber die grösste Reserve zu bewahren. Man solle weder Positives unterstreichen noch Negatives kritisieren, sondern sich bis auf Weiteres auf Tatsachennmeldungen beschränken.

Am 24. Okt. 1940 war Hitler in Montoire mit Marschall Pétain zusammengetroffen, doch erfüllte sich seine Hoffnung, Frankreich zum Kriegseintritt gegen England zu bewegen, in keiner Weise.

Der Minister ordnet an, dass bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit einmal der folgende Gedankengang dem deutschen Volke klargemacht werden solle:

Die Engländer sagen: Napoleon hat uns nicht besiegen können. Demgegenüber ist klarzumachen, dass Napoleon in Europa eine Gewaltherrschaft aufgerichtet hatte, der sich drei Grossmächte der damaligen Zeit, Russland, Preussen und Österreich, in verschiedenen Koalitionen gegenüberstellten. Heute habe England in ganz Europa keinen Festlandsdegen mehr.»

Vom 12. bis 14. Nov. 1940 besuchte der sowjetische Aussenminister Molotow Berlin und führte politische Gespräche mit Hitler, Göring und Ribbentrop. Die Unterredungen mit Hitler führten zu keiner Einigung und endeten faktisch mit einem Fiasko, da sich die Russen weder zu einem Vorgehen gegen England veranlassen liessen noch ihre Interessensphären auf dem Balkan und am Schwarzen Meer zugunsten Deutschlands aufgeben wollten.

Am 10. Nov. 1940 erhielt die Presse zum Besuch Molotows folgende Kommentaranweisung: Beim bevorstehenden Besuch Molotows in Berlin solle «auf die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen seit dem vergangenen Jahre hingewiesen werden, dabei ist an die Reisen von Ribbentrop nach Moskau und an die Vereinbarungen anzuknüpfen, die damals getroffen wurden. Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion bildete damals den Höhepunkt und die Krönung dieser Verhandlungen. In diesem Zusammenhang soll auch auf die englischen Quertreibereien und Versuche eingegangen werden, deren Ziel es war und heut noch ist, Deutschland und Russland voneinander zu trennen ...».

Am 11. Nov. 1940 erging folgende Kommentarrichtlinie: «Der Besuch Molotows ist als politisches Ereignis zu werten. Die Aufmachung muss in der sachlichen Seite ihre Begründung finden, und es darf nicht der Eindruck in der Welt erweckt werden, als ob wir uns über den Besuch die Hände rieben. Ohne Kombinationen über die Berliner Gespräche Molotows anzustellen, muss der Besuch als ein politischer Punkt in den deutsch-russischen Beziehungen gewertet werden. In einem historischen Rückblick kann festgestellt werden, dass sowohl Deutschland als auch Russland ein Miteinandergehen stets genutzt, ein Gegeneinandergehen aber immer geschadet hat... Ausserdem ist auf die vergeblichen englischen Versuche hinzuweisen, neben den Illusionen über militärische Erfolge solche politischer Art zu verbreiten, z.B. den Versuch, Russland als potentiellen Freund Englands hinzustellen. E>as wollte England vor allem den USA einreden».

Am 14. Nov. 1940 sollte laut «Tagesparole» der Abschied Molotows von Berlin die Aufmachung der Presse bilden, wobei das gemeinsame Abschlufi-Kommuniqué im Mittelpunkt zu stehen habe. Der Besuch Molotows habe wiederum der «Erneuerung und Vertiefung» der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR gedient, und es heisst wörtlich: «Die aktuellen, beide Staaten interessierenden Fragen wurden in

persönlichen Gesprächen zwischen dem Führer und Herrn Molotow und zwischen dem Aussenminister und Herrn Molotow in ausführlichen und freundschaftlichen Gesprächen erörtert, und es zeigte sich, dass ein Einvernehmen der beiden Regierungen besteht in der Beurteilung aller wichtigen Fragen. Deutschland sieht in der Politik, die im vorigen Jahr begonnen wurde, eine feste und dauerhafte Grundlage einer Zusammenarbeit..

2. Dezember 1940

«Zur Haltung unserer Presse stellt der Minister Folgendes fest: Zurzeit kommen aus England Berichte, die recht pessimistisch und mit breiter Ausführlichkeit den Eindruck der Grossangriffe der deutschen Luftwaffe auf die englischen Provinzstädte wiedergeben. Die deutsche Presse soll dem aus verschiedenen Quellen einlaufenden Echo auf diese Angriffe nicht allzuviel Raum geben, während für die Arbeit nach dem Ausland diese Stimmen voll verwertet werden können. Der Minister ist der Meinung, dass es falsch sein würde, diese «pessimistische Stimmungswelle» in England voll dem deutschen Volke zur Kenntnis zu bringen. Wenn es sich nämlich nur um eine Krisenstimmung handele, die später in England wieder überwunden werde, sei die breite Öffentlichkeit in Deutschland unnötig alarmiert worden.

Grundsätzlich bestimmt der Minister, dass die in der deutschen Presse zur Veröffentlichung gelangenden Berichte zwar das Ausmass der Zerstörung in vollem Umfange widerspiegeln können, dass es aber streng vermieden werden soll, aus dem Ausmass der gegenwärtigen Angriffe politische Folgerungen zu ziehen.

Der Minister weist darauf hin, dass der augenblickliche pessimistische Ton der englischen Presse durchaus darauf abgestimmt sein kann, Amerika zur aktiveren Teilnahme am Kriege zu bewegen. Schon aus diesem Grunde sei Vorsicht am Platze.»

Bereits in der Pressekonferenz vom 29. Nov. 1940 wurde die Presse vertraulich darauf hingewiesen, dass die Auslandsmeldungen über die Wirkung deutscher Luftangriffe stark übertrieben seien. Die Engländer scheinen die Zensur weniger scharf zu handhaben, so dass die Meldungen ein falsches Bild ergeben. Deshalb werde künftig die Veröffentlichung von Auslandsmeldungen über die deutschen Luftangriffe untersagt, bevor nicht von deutscher Seite eine Bestätigung vorliegt.

3. Dezember 1940

«Durch Mundpropaganda soll in grossem Stil auf die Bevölkerung eingewirkt werden, aus den in letzter Zeit spärlich oder teilweise gar nicht erfolgten englischen Einflügen nicht den falschen Schluss zu ziehen, dass es nun etwa mit der Luftgefahr weniger ernst sei. Bei dieser Propaganda soll herausgestellt werden, dass bei besserem Wetter englische Einflüge wieder zu erwarten sind.

Die Presse wurde am gleichen Tage in dem Sinne informiert, dass wegen starken Bodennebels der Start von Bombenflugzeugen in England stark erschwert sei und daher nur wenige Einflüge in den letzten Nächten ins Reichsgebiet erfolgten.

In diesem Zusammenhang verlangt der Minister, die bisher nicht glücklich ver-

laufene Wirkung der Kinderverschickung in richtige Bahnen zu lenken. Es soll der hier und dort aufgetretene Wunsch, die Kinder wieder in ihre Heimatorte zurückkehren zu lassen, aus den oben angegebenen Gründen zurückgedrängt werden.»

Im Jan. 1941 beunruhigte die Bevölkerung der Grossstädte erneut das «Gerücht», es sei eine Zwangsevakuiierung von Kindern aus luftgefährdeten Gebieten geplant, was auch tatsächlich der Fall war. Als schliesslich am 31. März 1941 der tausendste Zug evakuierter Kinder Berlin verliess, liess man dieses Ereignis aus gutem Grund «sang- und klanglos» vorübergehen. Die Kinderevakuierung blieb weiterhin ein Problem der deutschen Innenpolitik.

Im Aug. 1941 wurde beschlossen, sämtliche Jugendliche, die bereits sechs Monate und mehr von ihren Familien getrennt in luftschutzgesicherten Lagern lebten, zurückzurufen, da die Wünsche der Eltern dies in den meisten Fällen verlangten. Zu Anfang des Sommers konnte die Rückführung nicht geschehen, da die militärischen Transporte beinahe alle Verkehrsmittel belegten. Nun aber kamen die Kinder zu einem Zeitpunkt nach Berlin zurück, als wiederum beinahe keine Nacht ohne Luftalarm blieb. Eine neue, auf mindestens neun Monate bemessene Kinder-Evakuierungsaktion lief daher zugleich an. Während dieser Zeit durften die Kinder nur bei Todesfall oder schwerer Krankheit der Eltern zurückgeholt werden. Die Presse brachte unterdessen Schilderungen von der guten Aufnahme der Kinder in den Lagern. – Fs. 4. Nov. 1942.

4. Dezember 1940

«Der Minister legt noch einmal dar, weshalb die augenblicklichen pessimistischen Pressestimmen aus England mit Vorsicht behandelt werden sollen. Er ist der Ansicht, dass es heute nicht einmal die Geschäftsmänner der City sind, die in England eine Weiterführung des Krieges befürworten. Es seien vielmehr die Juden, die in der Angst davor lebten, vom Kontinent vertrieben zu werden. Es seien selbstverständlich auch die Männer, mit deren Namen der Beginn des Krieges verknüpft sei: Churchill, Eden usw. Für sie sei die Fortführung des Krieges eine Verzweiflungsangelegenheit. Der Minister stellt Herrn Fritzsche frei, ruhig einmal das Beispiel von dem Vabanque-Spieler im Spielsaal zur Erklärung der augenblicklichen Situation Englands zu verwenden. Der Vabanque-Spieler, der von seiner Million 900'000 Mk. verspielt hat, wird immer noch glauben, mit den restlichen 100'000 Mk. Seinen Verlust wieder aufzuholen.»

Die Zeitungen erhielten am 4. Dez. 1940 die Kommentaranweisung: «Die deutsche Presse hat in den letzten 14 Tagen immer und immer wieder Anweisung erhalten, durch die Wiedergabe ausländischer Pressestimmen keinesfalls falsche oder übertriebene Hoffnungen im deutschen Volk zu erwecken. Obwohl die deutsche Presse diesen Wünschen des Ministeriums nachgekommen ist, hat sich trotzdem gezeigt, dass die Fülle der pessimistischen Meldungen trotz der vorsichtigen Haltung der Presse teilweise zu einem starken Optimismus führte, der in einigen Gegenden den Glauben an eine Revolution in England aufkommen liess. Demgegenüber steht aber fest, dass die Politiker Englands ausgesprochene Hasardeure sind, die ihr Spiel so lange fortsetzen werden, bis sie nichts mehr einzusetzen haben. Die Zeitungen haben deswegen die Aufgabe, bei der Übernahme von Lageberichten aus England alles das wegzulassen, was den Gedanken aufkommen

lässt, in aller Kürze sei ein Friede, ein Waffenstillstand oder aber eine Revolution in England zu erwarten. Es hat sich zwar gezeigt, dass die deutschen Luftangriffe gegen England katastrophale Folgen sowohl für die Wirtschaft als auch für die Stimmung der Bevölkerung gehabt haben. Bei der Mentalität der Engländer ist trotz dieser Sachlage an eine Revolution nicht zu denken. Der Zusammenbruch Englands wird erst erfolgen, wenn die führende Schicht der City einsieht, dass Englands Lage hoffnungslos ist und dass vor allem keine Hilfe von Amerika zu erwarten ist.»

12. Dezember 1940

«Der Minister stellt fest: Die Engländer beginnen jetzt, sich mit den Argumenten der Führer-Rede zu befassen. Sie schicken ihre Arbeiterführer vor, die sich vor allen Dingen mit den sozialpolitischen Argumenten des Führers auseinandersetzen. Die deutsche Propaganda muss darauf eine deutliche Antwort geben.

Hitler versprach in seiner Rede vor den Arbeitern der Berliner Borsig-Werke am 10. Dez. 1940, nach dem deutschen Sieg nach grossen Plänen einen sozialpolitischen «Volksstaat» zu schaffen.

Es kann gesagt werden, dass England bis zum Kriegsbeginn die absolute Macht gehabt habe, Europa neu zu organisieren. Es soll gefragt werden, was England getan habe, um nach dem gewonnenen Krieg 1914/18 Europa nach vernünftigen Prinzipien zu ordnen. Damals sei nichts geschehen. Europa sei in Versailles nach den Gesetzen der politischen Unvernunft atomisiert worden. England sei ein schlechter Sachwalter der grossen europäischen Sache gewesen. Es habe einen ganzen Erdteil unglücklich gemacht. Deshalb sei es überhaupt zum Kriege gekommen.

Dieselben Engländer, die nun von 1919-1939 ihr Unvermögen praktiziert hätten, träten jetzt mit dreister Stirn vor Europa hin und erklärten: «Wenn wir den Krieg gewinnen, werdet Ihr sehen, welche sozialen Leistungen wir vollbringen, wie wir Europa politisch und wirtschaftlich neu organisieren.»

Morrison soll gefragt werden, ob England denn nicht bereit sei, zum Zeichen seiner neu entdeckten sozialen Gesinnung während des jetzigen Krieges die Rüstungsdividenden herunterzusetzen. Unsere Propaganda soll weiterhin stark herausheben, dass in England die Opposition von der Regierung honoriert wird, dass also von einer gegensätzlichen Meinung in politischen Angelegenheiten keine Rede sein kann. Der Minister vergleicht den Stand der englisch-deutschen Auseinandersetzung mit der Lage, die der Nationalsozialismus kurz vor dem Machtantritt vorfand. Die damaligen Machthaber hätten auch versucht, mit nationalsozialistischen Parolen vor das Volk hinzutreten, um so der Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damals habe auch das Argument den einfachen Volksgenossen am besten überzeugt, das jetzt gegen England anzuwenden sei: «Ihr hattet die Macht, warum habt Ihr nicht schon längst gehandelt?»

13. Dezember 1940

«Der Minister ordnet an, dass der erfolgreiche Luftangriff auf Sheffield von der Presse gross herauszustellen ist. Die Leitartikel sollen jedoch ein Gegengewicht gegen den Eindruck schaffen, als ob hiermit das Kriegsende ein Stück näher gerückt sei. In den Leitartikeln soll zum Ausdruck gebracht werden, dass die Zerstörung der einen oder anderen Stadt noch nicht das Ende des Krieges bedeuten kann. Es geht um mehr als nur um die Vernichtung mehrerer Städte. Zwei Welten kämpfen gegeneinander. Gleichzeitig soll die Presse Vergleiche ziehen zwischen heute und der damals endlos erschienenen Wartezeit von August 1932 bis Januar 1933, in der der innenpolitische Gegner erst endgültig mürbe geschlagen wurde. So ist es auch jetzt mit England.»

In der Nacht zum 13. Dez. wurde Sheffield, das Zentrum der englischen Rüstungsindustrie, zum ersten Male von einem deutschen Luftangriff betroffen. 336 Kampfflugzeuge warfen 335 t Sprengbomben über der Stadt ab.

16. Dezember 1940

«Die englische Propaganda nützt in steigendem Masse die in Italien herrschende Missstimmung aus. Sie arbeitet vor allem mit der Behauptung, dass im deutschen Volk sich eine antiitalienische Haltung bemerkbar mache und Deutschland bei einem Ausbruch italienischer Unruhen Italien besetzen werde. Der Minister ordnet an, dass die deutsche Presse Italien gegenüber sehr vorsichtig sein solle. Niemand dürfe das, was im deutschen Volk als Ressentiment vorhanden ist, in Presse und Rundfunk irgendwie in Erscheinung treten.»

Der Pressekonferenz wurde am gleichen Tage mitgeteilt, dass die britische Presse Meldungen über den Ausbruch von Unruhen in Italien brächte, die Möglichkeiten einer faschistischen Gegenrevolution erörtere, den Marsch deutscher Truppen über den Brenner melde und von dem Einsatz deutscher Kommissare und Gestapo-Agenten in Italien spreche.

19. Dezember 1940

«Die englische Propaganda versucht in letzter Zeit immer mehr, Deutschland gegen Italien und Italien gegen Deutschland aufzuhetzen. Der Minister wünscht deshalb, dass den Italienern bei jeder Gelegenheit moralisch Hilfestellung gegeben wird. Presse und Rundfunk sollen alles zitieren, was die Italiener zur Verstärkung ihrer psychologischen Position vorbringen. In jeder Zeitung und in jedem Nachrichtendienst des Rundfunks sollen unermüdlich die deutsche Bundestreue und der Begriff der Achse betont werden, wenn das auch im Augenblick unpopulär ist. Gleichzeitig damit sollen mehr herausgestellt werden die grossen Verdienste, die sich Italien um die Kriegsführung erworben hat und die es uns heute noch leistet. Italien bindet grosse englische Kräfte im Mittelmeer.

Diese Anordnung gilt gleichfalls für den Sprachendienst. Aus den angeführten Gründen sollen sich die Zeitungen mit dem Italien-Leitartikel der «Times» attackierend auseinandersetzen. Die Kommentare müssen aggressiv zum Ausdruck

bringen: das sind die Engländer, diese Feiglinge, die nichts anderes wollen, als die Völker auseinanderzubringen. Sie schwatzen jetzt von der Gefahr einer Revolution in Italien genau so, wie sie von Revolution in Deutschland schwatzen, als wir bei Narvik eine kleine Panne erlitten. Sie glauben, wenn ein strategischer Rückzug angetreten werden muss, breche gleich eine Revolution aus. Sie kennen die Kraft des Faschismus nicht, ebenso wenig wie sie die Kraft des Nationalsozialismus nie gekannt haben.»

«The Times» brachte am 18. Dez. 1940 einen Artikel unter der Überschrift «No Respite for the Italians».

20. Dezember 1940

«Die katholische und die evangelische Kirche verfälschen bewusst den Begriff «Führer»; sie wenden ihn neuerdings mit besonderer Vorliebe auf Christus an. Der Minister beauftragt Ministerialdirektor Gutterer, sich deswegen mit je einem beglaubigten Vertreter beider Kirchen in Verbindung zu setzen, dazu je einen Vertreter des Kirchenministeriums und der Gestapo.

Der Begriff «Führer» sei, bevor die Partei ihn schuf, niemals auf Christus angewandt worden. Wenn dieser Begriffsfälschung nicht mit aller Schärfe ein Riegel vorgeschoben werde, hätten die Kirchen die Möglichkeit, mit durchsichtiger Perfidie überhaupt jeden deutschen Staatsbegriff zu entwerten. Der Staat stehle der Kirche nicht ihre Parolen. Die Kirche solle gefälligst ihre Hand von seinen Parolen lassen. Jeder, der sich in dieser Weise gegen die geheiligten Staatsbegriffe vergehe, werde zur Rechenschaft gezogen werden. Den Vertretern der Kirchen soll Ministerialdirektor Gutterer eröffnen, dass in Zukunft jede Zeitschrift und jedes Buch, das unsere Begriffe verfälscht, sofort beschlagnahmt wird. Höchste Geldstrafen werden dafür sorgen, dass aus den Verurteilten keine Märtyrer werden.»

Im Vorjahr war die «Essener Nationalzeitung» wegen eines Weihnachtsartikels gerügt worden, in dem Hitler mit Christus verglichen und eine angebliche Übereinstimmung näher ausgeführt wurde. Dem Chefredakteur, Graf Schwerin, wurde bedeutet, Hitler wünsche selber keine derartigen Vergleiche, während Goebbels persönlich derartige Vergleiche gern zu ziehen beliebte.

27. Dezember 1940

«Der Minister weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass vom Propagandaministerium aus eine Welle der Achsenfreundschaft auszugehen hat. Jedes Spotten und Spötteln über Italien hat zu unterbleiben. Diese Haltung ist nicht nur den Italienern, sondern ebenfalls den führenden politischen und wirtschaftlichen deutschen Kreisen gegenüber einzunehmen. Es ist ein alter geschichtlicher Fehler der Deutschen, die Aussenpolitik von Ressentiments beeinflussen zu lassen. Hiergegen muss mit aller Schärfe angegangen werden. Wir können nur gemeinsam siegen oder gemeinsam untergehen.»

«Was denkt sich Churchill eigentlich?»

JANUAR-MÄRZ 1941

6. Januar 1941

«Der Minister weist erneut darauf hin, dass die deutschen Grossangriffe auf England von der Presse nicht in allzu schreiender Form aufgemacht werden dürfen. Es könne sonst zu leicht der Eindruck entstehen, dass der englische Widerstand binnen Kurzem zum Erliegen käme.»

7. Januar 1941

«Der Minister weist auf die grosse Gefahr hin, die für die deutschen Soldaten aus dem Abhören englischer Sender erwächst. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, dass die englischen Sendungen, die jetzt täglich für die deutsche Wehrmacht von London aus betrieben würden, in grösserem Umfange von Angehörigen der deutschen Wehrmacht in den besetzten Gebieten abgehört werden. Die Gefahr einer Infektion durch diese feindlichen Sendungen sei durchaus gegeben.

Der Minister weist auf das Beispiel Frankreichs hin, das im Augenblick der Entscheidung durch die deutschen Rundfunksendungen in seiner Moral bereits völlig gebrochen gewesen sei. Der Minister beauftragt Major Martin, dafür zu sorgen, dass ein kategorischer Befehl des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht im Auftrag des Führers ergeht, der unter Androhung schwerer Strafen noch einmal grundsätzlich das Abhören feindlicher Sender für Soldaten verbietet.»

Ende Febr. 1941 kam das Propagandaministerium mit der Abt. Wehrmachtspropaganda des OKW überein, einen Merkzettel an allen Rundfunkapparaten der Wehrmacht mit dem folgenden Text anzubringen: «Das Abhören ausländischer Sender ist ein Vergehen gegen die nationale Sicherheit unseres Volkes. Es wird auf Befehl des Führers mit schweren Zuchthausstrafen geahndet. Soldaten denkt daran.» Aber auch dieser Merkzettel half nicht viel.

10. Januar 1941

«Ausgiebigen Stoff für eine wirksame Polemik, die sich über mehrere Tage erstrecken soll, biete der gestrige Leitartikel der «Times», worin diese zum Ausdruck bringe, dass eine Rückkehr zu den Vorkriegszuständen unmöglich sei und dass man mit neuen Ideen und Schlagworten der deutschen Propaganda entgegenarbeiten müsse. Der Minister weist darauf hin, dass sich hier ein ganz ähnlicher

Vorgang zeige, wie er sich in den letzten Monaten vor der Machtergreifung der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland abgespielt habe. Damals habe sich die Reaktion nicht mehr anders zu helfen gewusst, als der Partei ihre Parolen zu stehlen, diese auszuhöhlen und ihnen Sinn und Gehalt zu nehmen. Die bekannten Schlagworte der Bewegung seien damals als billiger Köder von den bürgerlichen Parteien benutzt worden, um die Massen zu täuschen und sie der NSDAP zu entreissen. Dieselbe kindliche Auffassung demonstrierte jetzt der Leitartikel der «Times», aus dem man den Eindruck gewinnen könnte, dass die englische Plutokratie in den letzten Jahren für nichts anderes als eine ideale Völkergemeinschaft gekämpft habe und dass es kein erstrebenswertes Ziel für das Glück der Menschheit gebe, als das reaktionäre Deutschland zu Boden zu werfen. Hier müsse, so betont der Minister, ein ausserordentlich scharfer Ton angeschlagen werden, und der Artikel der «Times» biete für die nächsten Tage reichlich Gelegenheit hierzu.»

Goebbels bezog sich wahrscheinlich auf den Artikel der «Times» vom 9. Jan. 1941 mit der Überschrift «Interpendence».

13. Januar 1941

«Der Minister rügt scharf die Aufmachung der Sonntagsnachmittagblätter, die im Gegensatz zu seiner ausdrücklichen Anordnung wieder neutrale Pressestimmen zu dem Angriff auf London gross herausstellten. Es sei eine gefährliche Stützung von im Volk vorhandenen Illusionen, wenn man die Geschehnisse des Luftkampfes durch Riesenüberschriften dramatisiere. Wie wolle man erst den Endsieg über England einst in der Presse gebührend würdigen? Der Minister sieht die Gefahr voraus, dass bei einer anhaltenden Dramatisierung der Kämpfe unser Volk die englische Kapitulation wie etwas hinnähme, das eigentlich schon längst zu erwarten gewesen sei.

Der Minister erinnert an den psychologischen Fehler, den der Rundfunk seinerzeit bei der Ansage des zusammenfassenden OKW-Berichts über den Norwegenfeldzug gemacht habe. Damals sei das deutsche Volk durch dauernde Voransagen alarmiert und in eine gespannte Stimmung versetzt worden. Zum Schlüsse habe dann die bekanntgegebene Meldung längst nicht dem entsprochen, was der einfache Mann von ihr erwartet habe.

Der Minister regt an, die in weiten Kreisen unseres Volkes bezüglich der Lage in England herrschenden Illusionen geschickt dadurch abzdämmen, dass man bei Gelegenheit der Veröffentlichung einer für uns sehr positiven Meldung aus England einen kritischen, abwägenden Kommentar anhängt. In diesem soll dann zum Ausdruck gebracht werden, dass sich das deutsche Volk nicht durch Sensationsmeldungen einiger Journalisten den realistischen Blick über die Lage auf der britischen Insel trüben lässt.»

14. Januar 1941

«Auf Grund verschiedener Berichte von Reichspropagandaämtern gewinne man den Eindruck, dass in den Kabarets politische Witzeleien trotz Verbots wieder stark in den Vordergrund träten. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, dass hier, zum Beispiel gegen Italien, in versteckter Form politische Sabotage geübt werde.»

Aktenkundig wurde der im Jan. 1941 im Berliner «Kabarett der Komiker» von einem Conferenciér erzählte Italien-Witz: «Wer trägt eine Feder und ist kein Hahn? Wer trägt einen Stahlhelm und ist kein Soldat? Wer geht dauernd rückwärts und ist kein Krebs?» Woraufhin aus dem Publikum sogleich unisono tönte: «Die Italiener!» Bereits Ende Dez. 1940 wurde den Conferenciérs angeblich in Form einer letzten kategorischen Warnung verboten, «politische Witze zu reissen und sich bei ihren Darbietungen des schlüpfrigen erotischen Witzes zu bedienen». Im Sept, war über minderwertige Varieté-Vorführungen geklagt worden. «Die Partei soll Ansager und insbesondere Ansagerinnen, die ihre künstlerische Dürftigkeit hinter Zoten zu verbergen suchen, nach Berlin melden», ordnete Goebbels am 11. Okt. an, «damit diese Pseudo-Künstler aus der Reichskulturkammer ausgeschlossen werden können.»

1. Februar 1941

«Der Minister nimmt zur Frage der Jazz-Musik im deutschen Rundfunk Stellung und bestimmt als grundsätzlich verboten:

1. Musik mit verzerrten Rhythmen,
2. Musik mit atonaler Melodieführung und
3. die Verwendung von sogenannten gestopften Hörnern. Diese Regelung sei von nun ab bindend für die Darbietung jeglicher Art von Tanzmusik.»

Da das offizielle Verbot des Jazz keineswegs allgemein akzeptiert wurde, begründete Goebbels etwa ein Jahr darauf seine ablehnende Haltung mit den Worten: «Wenn man unter Jazzmusik eine Musik versteht, die unter gänzlicher Vernachlässigung oder gar Verhöhnung des Melodischen nur auf Rhythmus ausgeht und bei der auch der Rhythmus sich vornehmlich durch ein übertönendes Instrumentengequieke kundtut, das die Ohren beleidigt, dann können wir diese Frage nur rundweg verneinen.»

5. Februar 1941

«Der Minister ist der Meinung, dass die sich in der Presse jetzt Überschlagenden Invasionsmeldungen nur der Vorwand dafür sein sollen, dass England uns nach kurzer Zeit wieder einmal vorwerfen kann, Deutschland habe den Termin für eine Invasion nicht eingehalten. Es soll in der deutschen Presse auf diese Invasionsmeldungen keinerlei Bezug genommen werden.

Der Minister betont auf Befragen, dass das deutsche Volk jetzt die richtige Einstellung zu dem Problem des etwaigen Kriegseintritts der Vereinigten Staaten habe. Jedermann in Deutschland sehe einem solchen Ereignis nicht leichtfertig entgegen, aber das Volk habe die Gewissheit, der Führer hat sich auf jede Möglichkeit vorbereitet.

Diese Art, die politische Lage zu sehen, sei von der des Weltkrieges sehr verschieden. Damals habe man unser Volk in eine Hurra-Stimmung getrieben unter dem Motto: Hier werden Kriegserklärungen entgegengenommen!

Ergänzend dazu ordnete Goebbels in der Konferenz vom 17. März 1941 an, die Presse habe häufiger darauf hinzuweisen, der Rüstungsstand der USA sei nicht so beschaffen, dass er Befürchtungen in der Bevölkerung rechtfertige.

Am Beispiel der aus dem Weltkrieg stammenden Hetzzeichnungen des holländischen Karikaturisten Raemaekers macht der Minister die Wirkungsmittel der Karikatur klar. Die Karikatur eines Gegners, den man auf Tod oder Leben bekämpft, darf diesen nicht lächerlich machen, sondern muss ihn verzerren und brutalisieren. Regierungsrat Kurzbein erhält vom Minister den Auftrag, die Raemaekers-Karikaturen in einem Lichtbild-Vortrag der deutschen Presse vorzuführen, um an ihnen unseren Zeichnern zu erklären, wie sie politisch zweckvoll arbeiten müssten.»

Vgl. Louis Raemaekers' *Cartoon history of the War* (London). – Der Zeichenstift konnte «seine grössten Triumphe in den Blättern des von der Entente gekauften Holländers Raemaekers feiern ... Diese Blätter, die in lebenswahrer Darstellung erfundener oder nur vom Hörensagen bekannter deutscher Abscheulichkeiten das Menschenmögliche leisteten, sind zu Millionen in englischen und französischen, leider aber nicht minder in neutralen Zeitschriften während des ganzen Krieges verbreitet worden und haben dem gesprochenen und geschriebenen Wort an Wirkung, besonders auf die minder gebildeten Schichten der Bevölkerung erfolgreich die Waage gehalten». (Stern-Rubarth)

7. Februar 1941

«Im Hinblick auf die sehr wahrscheinliche Steigerung der feindlichen Lufttätigkeit im kommenden Frühjahr sei es notwendig, das deutsche Volk auch mit der Härte des Krieges, der immer auch mit eigenen Verlusten verbunden sei, vertraut zu machen. Mit ein Mittel hierzu sei die ungeschminkte Nennung von Verlustzahlen bei feindlichen Luftangriffen.»

13. Februar 1941

«Der Minister erklärt, nachdem ihm Unterlagen für die Frauen-Arbeitspflicht vorgelegen haben, dass er seine grundsätzliche Zustimmung dazu gegeben habe, die Meldepflicht aller kinderlosen Frauen und Mädchen im Alter von 14 bis 40 Jahren bei den Arbeitsämtern durchzuführen.

Schon im Hinblick auf den beträchtlichen Arbeitermangel des Reiches sei die praktische Bedeutung einer solchen Massnahme offenkundig. Aber auch die psychologische Seite der Frauenarbeitspflicht falle ins Gewicht, da sie geeignet sei, die Arbeitsfreudigkeit der bereits schon seit Monaten oder Jahren in deutschen Rüstungsfabriken arbeitenden Frauen wesentlich zu heben. Darüber hinaus stelle sie ein wirksames Mittel dar, einen überholten Klassenstandpunkt, dessen Spuren gerade in den besseren Ständen noch zu finden seien, vollends zu überwinden.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten würden sich zweifellos alle erfassten Frauen,

besonders aus den gehobenen Bevölkerungsschichten, mit Eifer und einer gewissen sportlichen Begeisterung ihrer neuartigen Tätigkeit widmen.»

Am 15. März 1941 erging von der Reichspropagandaleitung (Amtsleitung Rednerausbildung) die Weisung, in der Zeit vom 23. bis 29. März 1941 die Aktion «Deutsche Frauen helfen siegen» zu starten, die von Rudolf Hess eingeleitet wurde. Zweck der Aktion sei es, dass Frauen und Mädchen, die keinen Beruf ausüben, oder diejenigen, die nur den eigenen Haushalt versorgen, sich für den Einsatz in kriegswichtigen Betrieben oder zu kriegswichtigen Arbeiten zur Verfügung stellen.

Die Aktion führte nicht zum gewünschten Erfolg, da die Anzahl der Frauen unter der Industrie-Arbeiterschaft im Frühjahr und Sommer 1941 sogar zurückging und das nicht etwa deshalb, weil die langjährige Parteipropaganda immer die Idee vertreten hatte, der Platz der Frau sei im Haus, ihre Beschäftigung in der Industrie sei der Rasse biologisch schädlich. Nach statistischen Erhebungen zählten am 31. Mai 1939 2,62 Millionen Frauen zur deutschen Industrie-Arbeiterschaft, am 31. Mai 1941 waren es 2,613 Millionen und am 31. Mai 1942 2,58 Millionen.

24. Februar 1941

«Einer Anordnung des Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung entsprechend, müssten 30'000 Arbeiter aus dem Druckereigewerbe demnächst an die Rüstungsindustrie abgegeben werden. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit einer starken Einschränkung der Druckereierzeugnisse im gesamten Reichsgebiet. Grundsatz hierbei müsse sein, so betont der Minister, dass Druckereierzeugnisse, die im nationalen Interesse wichtig seien, unter keinen Umständen verkleinert werden dürften, sondern dass die Einsparung der Arbeitskräfte auf weniger bedeutsamen Gebieten des Druckereigewerbes vorgenommen werden müsste. Auf jeden Fall also müsse die Tagespresse in ihrem heutigen Umfang voll erhalten bleiben, während eine grosse Zahl von minder bedeutsamen Druckereierzeugnissen aller Art ohne Gefahr abgestossen werden könne.

Als notwendige Folgerung hieraus ergebe sich, dass mit sofortiger Wirkung jegliche Neuerscheinung von Zeitschriften unter ein grundsätzliches Verbot falle.

Der Minister weist darauf hin, dass sich hier eine gute Gelegenheit biete, die gesamte kirchliche Presse abzuschaffen und zu verbieten.»

Ende Mai 1941 erhielten rund 540 Tageszeitungen den Stillgebungsbescheid durch die Reichspressekammer. Diese Massnahme wurde mit Kriegserfordernissen, mit Einsparung von Papier, Druckerblei und von Arbeitskräften begründet.

Bereits am 28. März 1941 teilte Goebbels dem *Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten* mit, er habe «angeordnet, dass u.a. die gesamte konfessionelle Presse mit Ausnahme der im amtlichen Auftrage erscheinenden Blätter mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres einzustellen sind».

Seinen Standpunkt zum Verbot der konfessionellen Presse wie überhaupt sein Verhältnis zur Kirche legte Goebbels im August 1941 ausführlich seinem Verbindungsmann zum Führerhauptquartier, Tiessler, dar. Er vertrat nach einer Bormann-Aufzeichnung die Auffassung, «dass es seines Erachtens richtiger gewesen wäre, während des Krieges die Kirchen nicht herauszufordern, sondern zu versuchen, sie in unserem Sinne so weit wie möglich zu steuern ... So sehr es für ihn – im Gegensatz zu anderen Reichsleitern – selbstverständlich gewesen wäre, die Kirchenpresse zu ver-

bieten, weil er hier wirklich eine Begründung und Entschuldigung der Kirche gegenüber gehabt habe, die den Schein wahrten, so stände er doch auf dem Standpunkt, dass es richtiger gewesen wäre, auch sonst den Schein gegenüber den Kirchen während des Krieges zu wahren. Man dürfe einen Gegner immer erst angreifen, wenn man bei einem entschiedenen Gegenangriff des Gegners auch entsprechend antworten könne. Dies sei aber bei einem Gegenangriff der Kirche während des Krieges ausserordentlich schwierig, ja fast unmöglich. Man dürfe eine Radie nie heiss geniessen, sondern kalt. In der Politik müsse man warten können; der Führer habe dies ja wieder im Fall Russland klar und deutlich gezeigt. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte man während des Krieges so getan, als wenn man mit den Kirchen loyal zusammenarbeite. Nach dem Kriege aber hätte der Führer bei Bekanntgabe der grossen sozialen Massnahmen mit angekündigt, dass das gesamte Eigentum der Kirchen nunmehr dem deutschen Volk gehört..." – Vgl. S. 217.

26. Februar 1941

«Dem Minister liegt eine Untersuchung vor über die Bestimmungen des Völkerrechts hinsichtlich der Verantwortlichkeit eines Erobererstaates für die Ernährungslage in den von ihm besetzten Gebieten. Das Völkerrecht sehe nicht nur keine Verantwortlichkeit dieser Art vor, sondern gestehe darüber hinaus dem Erobererstaat ausdrücklich das Recht zu, Lebensmittelvorräte, Bargeld, Vorrathshäuser sowie überhaupt jegliches bewegliche Eigentum des Staates mit Beschlag zu belegen.

Als tags darauf eine englische Stimme feststellte, Hunger in den von Deutschland besetzten Gebieten müsse sich schädlich für Deutschland selbst auswirken, da hungernde Arbeiter nicht in genügendem Masse für die deutsche Rüstung arbeiten könnten, verlangte Goebbels, «dass der hier unverhüllt zum Ausdruck kommende englische Zynismus entsprechend festgenagelt» werde.

Der Minister stellt Massnahmen zur Erörterung, die im Zusammenhang mit einer in Amsterdam aufgetretenen Streikbewegung von deutscher Seite umgehend getroffen werden müssten. Der Minister beauftragt Ministerialdirektor Gutterer, mit den Dienststellen des Ministeriums im Haag in Verbindung zu treten, um dort zu veranlassen, dass mit radikalen Mitteln die Amsterdamer Streikbewegung und ihre etwaige Ausweitung sofort unterdrückt werde.

Als geeignete Massnahme komme die Einstellung des Strassenbahnverkehrs, die Schliessung der Kinos und Theater, allgemeines Ausgehverbot nach 18 Uhr und die Verhängung einer hohen Busse für die Stadt Amsterdam in Frage. Darüber hinaus müsse durch Sofortmassnahmen erreicht werden, dass die Kreise der Streiktreiber und -hetzer von der übrigen Bevölkerung geschieden würden, so dass sich der Unwille der geschädigten Bevölkerung sehr bald gegen diese Elemente zu richten beginne.

Da hinter dieser Streikbewegung in erster Linie jüdische Kreise stünden, würden abschreckende Massnahmen gegen Juden von erheblich beruhigender Wirkung sein.»

Zum Streik in den Niederlanden vom 24. bis 26. Febr. 1941, der ersten grösseren Auflehnung gegen die deutsche Besetzung, dem eine vorwiegend von kommunisti-

schen Arbeitern organisierte Demonstration vom 15. Febr. voranging, wurde am 27. Febr. von deutscher Seite amtlich verlautbart, dass es in Amsterdam bei polizeilichen Massnahmen, durch die die Urheber eines nächtlichen Überfalls auf eine Polizeipatrouille und Mitglieder eines jüdischen Geheimklubs aufgespürt werden sollten, zu Zusammenstössen gekommen sei, bei denen es einige Tote und Verletzte gegeben habe. Eine grössere Anzahl von Personen sei verhaftet worden.

In der Pressekonferenz vom 26. Febr. 1941 war hingegen mitgeteilt worden, dass der Aufstand durch Propagandaaktionen holländischer SA-Männer ausgelöst worden sei. Der Aufstand habe bereits 75 Tote gefordert.

27. Februar 1941

«Herr Gutterer teilt auf Anfrage mit, dass er über die Streikbewegung in Holland heute Morgen noch keine neue Nachricht erhalten habe. Herr Fritzsche bittet, dass über die bisher bekannt gewordenen Vorgänge auch eine kleine Notiz in der deutschen Presse erscheinen dürfe. Der Minister selbst stellt dazu fest, dass auf dem Wege über die «Deutsche Zeitung in den Niederlanden» Nachrichten über die Vorgänge in Amsterdam ja auf jeden Fall in die deutsche Öffentlichkeit sickern müssten. Ausserdem ist für das Ausland eine kleine Notiz bereits freigegeben worden. Der Minister ordnet deshalb an, dass sich Herr Fritzsche vom Obersalzberg eine kurze Notiz freigegeben lässt.

Der Minister verweist im Übrigen darauf, dass die Vorgänge in Amsterdam ein Schulbeispiel für die Richtigkeit der von ihm stets vertretenen Auffassung seien, dass man dem Versuch von Unruhen und Kundgebungen *sofort* mit kleinen Mitteln entgegentreten solle, wenn man verhindern wolle, dass man später erheblich grössere Mittel anwenden müsse.»

Am 28. Febr. 1941 berichtete Gutterer in der Konferenz, dass sich die Verhältnisse in Holland «langsam zu konsolidieren» scheinen. In der Konferenz vom 4. März 1941 nahm Goebbels Anstoss an dem seiner Meinung nach zu milden Verfahren gegen die aufrührerischen Elemente in den Niederlanden. Er sagte, es gehe nicht an, dass man jüdische Banden, die sich gegen deutsche Soldaten tötlich vergingen, zu Gefängnis oder Zuchthaus verurteile, während in Deutschland ein unter Ausnutzung der Verdunkelung begangener Diebstahl bereits mit dem Tode bestraft werde.

Er beauftragte ferner Gutterer, darauf hinzuwirken, dass schwere Strafen verhängt werden. Schon in der Konferenz vom 7. März 1941 konnte Goebbels berichten, dass auf Grund der Vorstellungen des Propagandaministeriums nunmehr in Amsterdam Todesurteile vollstreckt werden. Doch sei davon abgesehen worden, die Verurteilten zu erhängen statt zu erschiessen, obwohl dem Erhängen nichts im Wege stand. Gutterer sollte deshalb nochmals in Amsterdam vorstellig werden.

28. Februar 1941

«Major Hoffmann macht Angaben über die augenblickliche Stärke der RAF. Nach diesen, aus zuverlässiger Quelle stammenden Informationen besitze England augenblicklich:

70 Jagdstaffeln mit insgesamt 700 Maschinen,

an Kampfflugzeugen 65 bis 70 Staffeln mit insgesamt 1'100 Maschinen,

Fernaufklärer: 30 Staffeln mit zusammen 400 Flugzeugen,
Nahaufklärer: 25 bis 30 Staffeln und 350 bis 400 Maschinen.

Die RAF wurde demnach von zuständiger deutscher Seite stärker eingeschätzt, als sie wirklich war. Ende Sept. 1940 verfügte die RAF über 569 Bombenflugzeuge und 665 einsatzfähige Jäger (Churchill, Weltkrieg, 2/2, S. 452-454). Ende Dez. 1940 besass die Luftwaffe 1956 einsatzbereite Maschinen bei einem Ist-Bestand von 3'050 Kampfflugzeugen (Bomber und Jäger).

Präsident Roosevelt habe auf einem amerikanischen Filmbankett eine Rede gehalten, wobei er die Behauptung aufzustellen wagte, dass Deutschland aus Angst vor der Wahrheit amerikanische Filme aus seinen Lichtspieltheatern verbannt habe.

Der Minister empfiehlt, diese gemeine Lüge sowohl im Kurzwellensender als auch in der deutschen Presse etwa unter dem Motto «Die Wahrheitsliebe des USA-Präsidenten» gebührend anzuprangern. In Wirklichkeit hätten die amerikanischen Filmjuden seit Jahren eine wüste Hetze gegen die Aufführung deutscher Filme in den USA getrieben und schliesslich jeden Export nach den Vereinigten Staaten unmöglich gemacht. Im Hinblick darauf hätte sich Deutschland schliesslich veranlasst gesehen, alle amerikanischen Filme vom deutschen Markt auszuschliessen.»

Das Verbot der amerikanischen Filme in Deutschland war nunmehr mit einer Verspätung von über einem Jahr – ausgehend von den ersten Vorstössen Himmlers – Wirklichkeit geworden.

Am 2. März 1941 hielt Goebbels in Leipzig die obligate Rede zur Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse 1941. Ausgehend von der Kriegsschuldfrage kam er auf die Neuordnung Europas zu sprechen, um sodann auf die Leistungen der deutschen Kriegswirtschaft einzugehen. In diesem Zusammenhang äusserte er: «Die deutsche Kriegsproduktion ist für jedes kommende Ereignis vollkommen gerüstet...» Sie steht «auf dem festen Boden eines klaren, realistischen theoretischen Programms, das durch eine achtjährige zielbewusste Praxis erfolgreich erhärtet worden ist».

5. März 1941

«Die italienische Zeitung «Piccolo» hat sich über die angeblichen Versprechungen ausgelassen, die wir Bulgarien gemacht haben, um seinen Beitritt zum Dreimächtepakt zu erreichen. Ebenso ist die «Stampa» mit einer Veröffentlichung aus der Reihe getanz. Der Minister brandmarkt erneut die Disziplinlosigkeit der italienischen Presse.»

Die greifbaren Vorteile Bulgariens bei der von Hitler betriebenen «Neuordnung» Europas, die Bulgarien u.a. das jugoslawische Mazedonien zusprach, veranlassten die bulgarische Regierung, dem Dreimächtepakt beizutreten.

6. März 1941

«Die augenblicklichen Bemühungen der Engländer, ihre Industrie nun endgültig auf den Kriegsbedarf umzustellen, dürften in der deutschen Presse nicht mit verächtlicher Herablassung behandelt werden. Das deutsche Volk sehe darin kein kritik-

würdiges Vorgehen, vielmehr könne man hier nur die feste Entschlossenheit Englands erblicken, unter allen Umständen durchzuhalten.

In der Zeitschrift «Daheim» sei ein Artikel über «Strategie und Taktik» erschienen, der in versteckter Form als die hinterhältigste und niederträchtigste Verleumdung des Führers als Feldherrngenie bezeichnet werden könne. Der Artikel sei angeblich von einem Major Dr. Hense in Osnabrück geschrieben worden. Der Minister beauftragt Ministerialdirigent Fritzsche, die Hintergründe des Artikels aufzudecken und mit geeigneten Massnahmen gegen die Verantwortlichen vorzugehen.

In dem zitierten Artikel wird gesagt, dass Strategie und Taktik «niemals so etwas wie Dilettantismus» ertragen. «Man beherrscht sie denn auch nur durch eingehendes Studium und langjährige Friedens- bzw. Kriegserfahrung im Dienst militärischer Einrichtungen, vorzüglich der Truppenführung, der Kriegsakademie, des Generalstabsdienstes, gleichwie man ein echtes Handwerk oder eine Wissenschaft erlernt. Sofern erst handwerkliches oder wissenschaftliches Können die Grundlage bildet, vermag sie Kunst oder Intuition oder Genialität darüber hinaus wachsen zu lassen.» Daher sei nicht jeder Feldherr, der sich landläufig so bezeichnen lässt. Auch Scharnhorst, der «Schöpfer der Wehrmacht» bzw. «Gestalter der Wehrkraft» könne nicht als Feldherr gelten; «verständlicherweise kann auch nicht Anspruch erheben, Feldherr im wahren Sinne zu sein, wer als ‚Oberster Kriegsherr‘ von den verantwortlichen Oberbefehlshabern lediglich ‚sich Vortrag halten lässt‘, ‚Weisungen erteilt‘, – wie Ludendorff sagt, sozusagen ‚mit einer eleganten Handbewegung über die Generalstabskarte fährt‘ und gewissermassen ‚zwischen den Mahlzeiten Krieg führt‘...»

Der Minister nimmt Stellung gegen die in allen Modezeitzungen beschriebene und dargestellte kommende Sommer- und Herbstmode für Frauen, die lange und weite Kleider vorsehe und damit in absolutem Gegensatz zu den Notwendigkeiten des Krieges stehe und jegliche Rücksicht auf zwingende Sparmassnahmen vermissen lasse. Die Mode müsse jetzt auf den Krieg eingestellt sein und dürfe nicht von einigen weltfernen und beziehungslosen Künstlern gestaltet werden.

Der Minister erteilt Ministerialdirektor Gutterer den Auftrag, Vorkehrungen zu treffen, dass die beabsichtigten Auswüchse der kommenden Mode rechtzeitig einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Revision unterworfen würden.»

Am 29. Mai 1941 lobte Goebbels demgegenüber die aus Gründen der Stoffersparnis kürzer gewordenen Röcke in England.

7. März 1941

«Wenn in der englischen Presse über angebliche neue deutsche Waffen phantasiert wird, soll dagegen niemals Stellung genommen werden, auch im Sprachendienst nicht, da Gerüchte über neue deutsche Waffen in England ja nur Unruhe und Schrecken auslösen können.

Auch der Sprachendienst soll englische Stimmen aufgreifen, aus denen hervorgeht, dass die Engländer tatsächlich seit dem Weltkrieg nichts vergessen und nichts hinzugelernt haben und dass uns also im Falle eines verlorenen Krieges nur Schlimmeres geschehen könnte als 1919.»

17. März 1941

«Der Minister äussert sich über die psychologischen Rückwirkungen, die allzu häufige mit Zahlenangaben versehene Nachrichten über Transporte italienischer Arbeiter nach Deutschland in der Bevölkerung haben. Die Stimmung sei so, dass sich die Bevölkerung frage, weshalb wir denn mit unseren Soldaten in Libyen kämpfen müssten, solange die Italiener Hunderttausende von Arbeitern abzugeben hätten, die ja auch Soldaten werden könnten. Es sei deshalb zweckmässiger, diese Arbeiter gut zu betreuen, als sie in der Presse immer wieder lobend zu behandeln.»

20. März 1941

«Der Minister hält es für unpsychologisch, dass diejenigen Männer im Reich, zu deren Aufgabe ein oft hartes und brutales Durchgreifen gegen Staatsfeinde, Juden, Polen usw. gehöre, in Verbindung mit dem Vollzug der von ihnen verfügten Massnahmen und Strafen gebracht werden.

Die abschreckende Wirkung der Vollstreckung von Todesurteilen, denen sie beizuwohnen oft gezwungen seien, könne der weiteren konsequenten Durchführung ihres richterlichen und politischen Amtes nur abträglich sein.

Diese Weisung von Goebbels dürfte wahrscheinlich machen, dass zwar nicht der breiten Öffentlichkeit, wohl aber Goebbels und den Teilnehmern der Ministerkonferenz die Hinrichtungseinheiten der «SS Totenkopf»-Verbände und ihre Aufgaben bekannt waren.

Der Minister nimmt zu der beabsichtigten Schliessung des United Press-Büros in Berlin Stellung und betont, dass die Schliessung nach aussen hin nicht als Repressalie gegen die Unterdrückungsmassnahmen gegen Transocean in New York erklärt werden dürfe, da man sonst die Redaktionsmitglieder der United Press unnötigerweise zu Märtyrern mache. Dr. Börner fügt hinzu, dass sich das gegen den amerikanischen Journalisten Hottelot vorliegende Material doch als schwerwiegender herausgestellt habe als ursprünglich angenommen. Es sei anzunehmen, dass mindestens mehrere Jahre Zuchthaus, wenn nicht sogar die Todesstrafe gegen ihn verhängt werden müsse.»

Schon in der Konferenz vom 14. März 1941 bestätigte Bömer, dass entsprechende Gegenmassnahmen gegen amerikanische Journalisten und Agenturen getroffen seien. Mit Zustimmung Hitlers würden erste Massnahmen gegen die Agentur United Press und deren Mitglied Hottelot zur Durchführung gelangen.

Am frühen Morgen des 15. März 1941 wurde Richard C. Hottelot von der Gestapo verhaftet. Seine Verhaftung stand offenbar mit dem Vorgehen gegen zwei deutsche Korrespondenten der Transocean-Agentur in New York und Washington in unmittelbarem Zusammenhang. Ihre Festnahme erfolgte jedoch erst am 7. Mai 1941. Nachdem Hottelot, dessen antinationalsozialistische Gesinnung bekannt war, etwa 6 Wochen im Untersuchungsgefängnis Berlin-Alexanderplatz zu den verschiedensten Gegenständen verhört worden war, wurde er plötzlich Anfang Juli 1941 aus der Haft entlassen. Es war inzwischen der Austausch der beiden in den USA verhafteten deutschen Korrespondenten arrangiert worden.

21. März 1941

«Die Zeitungen können sich ausführlich mit einer im «Daily Mirror» enthaltene Charakteristik der Deutschen befassen, in der die Deutschen als minderwertige Rasse, dickbäuchige und krummbeinige Hunnen geschildert werden. Es kann dazu gesagt werden, dass diese dickbäuchigen Hunnen die gradbeinigen Engländer immerhin zu Lande, zu Wasser und in der Luft das Rennen gelehrt haben.

Wahrscheinlich meint Goebbels den Artikel «Nazi Spring» im «Daily Mirror» vom 7. März 1941. Statt von Deutschen pflegte man in der britischen Presse und selbst in offiziellen Ansprachen von den Hunnen (Huns) zu sprechen. Diese Diffamierung bezog sich allerdings nicht allein auf die «Nazis», sondern teilweise auf das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und erwies sich letztlich von nachhaltiger Wirkung.

Wie weit sich in dieser Hinsicht die britische Presse versteigen konnte, beweist nicht zuletzt der «Daily Sketch» vom Okt. 1940, in dem es hiess, dass die Deutschen niedriger seien «als die niedrigsten anderen Lebewesen in den finstersten Höhlen eines tropischen Sumpfes... und an Mord von Kindern und Kranken ihre orgiastische Seligkeit» fänden.

Der Minister macht Herrn Dr. Börner darauf aufmerksam, dass sich die Klagen häufen, die Moskauer Journalisten betätigen sich in Deutschland als Panikmacher.

Dr. Börner berichtet, dass umgekehrt der Sowjetbotschafter bei Staatssekretär Weizsäcker bereits Beschwerde darüber geführt habe, die Tass-Vertreter würden schlecht von uns behandelt. Der Minister ordnet an, dass die russischen Journalisten sehr kühl behandelt und gut überwacht werden sollen.

Grundsätzlich legt der Minister nochmals dar, dass noch Wochen, vielleicht Monate vergehen könnten, bis sich die ersten Bruchstellen in England zeigen. Eine so lange Zeit könne unsere Presse unmöglich in gleicher Tonstärke durchhalten, wenn sie schon jetzt unsere Angriffe auf London usw. zu stark aufmache. Deshalb müsse die gestrige Aufmachung der Zerstörungen in London als Sonderfall gelten, und im Übrigen sollten auch grosse Angriffe auf England zunächst nur auf der zweiten Seite und im Ton gebremst behandelt werden.»

24. März 1941

«Der Minister betont, dass noch mehr als bisher darauf hingewiesen werden müsse, dass der 7-Milliarden-England-Kredit der Vereinigten Staaten in Wirklichkeit ja nicht nach England gehe, sondern lediglich in die Tasche der amerikanischen Kapitalisten fliesse. Die Presse müsse unterstreichen, dass das amerikanische Volk sieben Milliarden aufzubringen habe, die ausser den Grossindustriellen niemandem zu Nutzen gereichten. Darüber hinaus müsse immer wieder daran erinnert werden, dass England noch nicht einmal die Schulden des Weltkrieges bezahlt habe, geschweige denn, dass es dazu übergehen werde, nach dieser Auseinandersetzung die gigantische Verschuldung dieses Krieges abzutragen. Der propagandistische Ansatzpunkt müsse lauten: Der kleine amerikanische Bürger und Arbeiter muss sein Geld herausrücken, damit das plutokratische und reiche England Krieg führen kann.»

26. März 1941

«Der Minister spricht der deutschen Presse seine Anerkennung aus über die Behandlung des Beitritts Jugoslawiens zum Dreimächtepakt. Insbesondere sei gut herausgebracht worden der Gegensatz zwischen der feindlichen Illusionskampagne der letzten Tage und Wochen und der gestern in Wien vollzogenen Wirklichkeit. Das üble Erwachen der Engländer nach ihren vergeblichen Einmischungsversuchen komme heute in einer Anzahl englischer Stimmen stark zum Ausdruck, so dass sich für eine Fortführung der Polemik reichliches Material biete. Zum Teil seien die englisch-amerikanischen Kommentare so widerspruchsvoll, dass sich auch in dieser Beziehung Ansatzpunkte für eine wirksame Erwiderung ergäben.

Über angebliche Unruhen und achsenfeindliche Demonstrationen in Jugoslawien lägen mehrere hauptsächlich aus englischer Quelle stammende Nachrichten vor.

Der Minister ordnet eine Nachprüfung über die Hintergründe dieser Gerüchte an, wünscht jedoch nicht, dass die deutsche Presse sich damit beschäftige.»

Am 28. und 31. März 1941 gab Goebbels die Weisung, die nunmehr bestätigten «ungünstigen» Meldungen aus Jugoslawien rein nachrichtenmässig zu registrieren, «ohne Kommentar und ohne unsere Maske zu lüften».

28. März 1941

«Der Minister erklärt, dass sich Churchill gestern in einer Rede zu dem Thema «Kriegsziele» geäußert habe. England suche sich, um sich nach allen Seiten hin zu sichern, an der Diskussion über die Kriegsziele vorbeizudrücken. Über das eigentliche Kriegsziel, nämlich Deutschland zu zerschlagen und die britische Plutokratie wieder in ihre Rechte einzusetzen, könne man im Augenblick in England nicht reden, während andererseits den britischen Politikern die Verkündung neuer Wilsonscher Punkte nicht ratsam erscheine. In diesem Dilemma erkläre nun Churchill, man könne sich im Augenblick zu diesem Thema nicht äussern. Die Polemik der deutschen Presse zu dieser Churchill-Rede müsse von diesem wesentlichsten Punkte ihren Ausgang nehmen.»

Am 27. März 1941 sprach Churchill vor Gewerkschaftern und führte u.a. aus: «Was nun die Zukunft anbelangt, so scheute ich mich ein wenig davor, Kriegsziele festzulegen. Wenn aber die grossen Staaten, die jetzt nicht nur um ihr Leben, sondern für ihre Freiheit und den Fortschritt der Welt kämpfen, aus diesem Kampf siegreich hervorgehen, dann wird die Welt von einer elektrischen Atmosphäre erfüllt sein, die es vielleicht ermöglichen wird, zu einer grösseren und allgemeineren sozialen Eintracht und Gerechtigkeit zu gelangen, als es in vielen Jahren des Friedens möglich gewesen wäre.»

«So was muss man doch auf die Dauer merken»

APRIL-MAI 1941

2. April 1941

«Der Minister ermahnt sämtliche Konferenzteilnehmer, in den nächsten Tagen in Gesprächen mit Aussenstehenden ganz besonders vorsichtig zu sein. Verständlicherweise sei die Gerüchtebildung augenblicklich besonders stark. Zweckmässig soll man allen derartigen Gerüchten, insbesondere solchen, die von einem bestimmten Termin wissen wollen, gegenüberhalten, dass ausser dem Führer niemand etwas Tatsächliches wisse und dass im Übrigen die Termine im Einzelnen auch unwesentlich seien.»

3. April 1941

«Propagandistisch gesehen, befinde sich Deutschland in der Auseinandersetzung mit Jugoslawien insofern in einer etwas schwierigen Situation, als die öffentliche Meinung im Reich den tatsächlichen Ereignissen bereits weit vorausseile.

Bestimmte Ereignisse seien dem Volke durch unsere Nachrichtengebung bereits zur Kenntnis gebracht worden, so dass man allgemein jetzt gewisse Kombinationen über die wahrscheinliche Lösung des gegenwärtigen Konfliktes anstelle.

Sowohl für die Presse als auch für den Rundfunk sei Vorsicht, aber auch ein grosses Mass von Elastizität geboten. Als Richtlinie möge gelten, dass das Feuer einerseits nicht erkalten dürfe, dass andererseits aber auch die Flammen jetzt nicht schon hochschlagen sollten.

Die äusserst schwierige Lage der englischen Regierung hinsichtlich der Darlegung ihrer Kriegsziele müsse von uns immer wieder in Presse und Rundfunk unterstrichen und stark betont werden. Der englischen Regierung müsse ständig die peinliche Frage nach dem Warum und Weshalb dieses Krieges vorgehalten werden. Unsere Polemik sei deshalb besonders wirksam, weil sich England trotz gewisser propagandistischer Notwendigkeiten bis zum Ende des Krieges über seine Kriegsziele nicht äussern könne, denn, wenn es die englische Bevölkerung zufriedenzustellen trachte, werde die andere Seite, nämlich das deutsche Volk, vor den Kopf gestossen. Wenn jedoch Churchill andererseits dem deutschen Volk eine Beruhigungsspielle reichen wolle, laufe er Gefahr, sich in Gegensatz zur öffentlichen Meinung in England zu setzen. Aber auch im Hinblick auf die USA müsse Church-

ill in dieser Frage Zurückhaltung üben, um nicht durch eine englische Kriegszieldebatte unangenehme Reaktionen auszulösen, die der englischen Politik schweren Schaden zufügen könnten.»

6. April 1941

Am 6. Apr. 1941 um 5.15 Uhr begann der deutsche Angriff auf Jugoslawien und Griechenland. Am gleichen Tag erliess Hitler eine «Proklamation an das deutsche Volk» und einen «Tagesbefehl an die Soldaten der Südostfront».

«Diese Nacht ist das Ereignis ausgelöst worden, das wir seit Tagen oder Wochen schon erwartet haben. Es wird sich schon in den nächsten Tagen oder Stunden ein ähnlicher Prozess abspielen, wie wir ihn nicht bei der Westoffensive, sondern bei unserer Ostoffensive gegen Norwegen festgestellt haben. Es wäre durchaus irrig, wenn wir glaubten, es handele sich jetzt um einen Spaziergang nach Belgrad oder Athen. Davon kann gar keine Rede sein. Nicht, als wenn ein besonders harter militärischer Widerstand zu erwarten wäre; aber die uns jetzt entgegenstehenden geographischen und Wegeverhältnisse sind von ausserordentlicher Schwierigkeit. Der Führer selbst schätzt die ganze Aktion in ihrer Zeitdauer auf etwa zwei Monate. Ich selbst glaube, dass sie wahrscheinlich kürzer sein wird. Aber immerhin tun wir in unseren ganzen Berechnungen und auch in unserer ganzen Darstellung der Lage – wenn wir das auch wörtlich nicht so sagen – gut daran, wenn wir uns auf diese zwei Monate vorläufig einmal einrichten. Vor allem die ersten Hindernisse sind sehr schwer zu überwinden, weil hier wahrscheinlich in den gebirgigen Gegenden ein sehr harter und wohl auch blutiger Heckenschützenkrieg eintreten wird, der allerdings – dazu ist der Führer fest entschlossen – mit brutalsten Mitteln, ähnlich wie in Polen, gebrochen werden soll. Es ist auch zu erwarten, dass von den massiven Luftangriffen, die heute Morgen schon auf Belgrad stattgefunden haben und vor allem heute Abend und in der kommenden Nacht in sehr grossem Umfang auf Belgrad stattfinden werden, eine tiefe moralische Wirkung auf die serbische Bevölkerung ausgeübt werden wird. Aber ungeachtet dessen, müssen wir uns, wie gesagt, darauf vorbereiten, dass diese Generalsclique solange wie möglich Widerstand leisten wird – diese Generalsclique, der man überhaupt eine menschliche Vernunft und gesunden Menschenverstand nicht mehr zutrauen kann. Ich glaube, wir tun allen diesen Herren zu viel Ehre an, wenn wir sie nach unseren Massstäben des gesunden Menschenverstandes beurteilen; ich bin der Überzeugung, dass so dumm ein Staatsmann oder ein General nicht sein kann, wie jetzt Herr Simowitsch gewesen ist, wie im Vorjahr die Herren Hambro und Koht und Rydz-Smigly und Beck gewesen sind, sondern dass es sich hier um bestochene Subjekte der Engländer handelt. Diese haben es genauso im Burenkrieg gemacht. Überall, wo die Engländer aufgetreten sind, haben sie natürlich versucht, die billigsten Methoden durchzuführen, nämlich durch Bestechung die verantwortlichen Führer der betreffenden Nationen, die sie für ihre Dienste benutzen wollten und deren Blut sie für Englands Interessen einsetzen wollten, zu kaufen.

Es ist gut, sich von vornherein darauf einzustellen, dass die Aktion hart und von grossen Schwierigkeiten begleitet sein wird; aber sie wird in 6-8 Wochen zu dem gewünschten Ziel führen. Im Grossen und Ganzen können wir auch glücklich darüber sein, dass es so gekommen ist, wie es gekommen ist. Denn hätten wir nicht durch die Dummheit der serbischen Regierung die Möglichkeit, nun auf dem Balkan tabula rasa zu machen, so wäre der Balkan doch immer das Pulverfass Europas geblieben und immer hätte England die Möglichkeit gehabt – wir dürfen das ja nicht nach den jetzigen Machtverhältnissen beurteilen, sondern nach einem Zustand in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren, also immerhin einem Zeitraum, der für geschichtliche Berechnung überhaupt keine Rolle spielt – ein paar verwegenen Komitatschis die Lunte in die Hand zu drücken, damit sie das Pulverfass einmal wieder zur Explosion bringen. Es ist also ganz gut für uns, dass wir nun die Gelegenheit haben, mit den besten moralischen und psychologischen Qualifikationen ausgestattet, den Balkan nach allen Regeln der Kunst zu bereinigen.

Ich möchte auch zu Ihrer eigenen Beruhigung, obschon ich über dieses Thema selbst nicht schreiben werde, Ihnen Antwort geben auf eine Frage, die natürlich jetzt jedermann beschäftigt, das ist die Frage Russland. Es ist nicht an dem, dass wir uns allein etwa den Gedanken «Russland» vorlegten; dieser Gedanke «Russland» ist seit Wochen und Monaten selbstverständlich auch von den verantwortlichen Seiten, vor allem dem Führer selbst, erwogen worden. Es ist auch nicht an dem, dass irgendein Freundschafts- oder Unterstützungs- oder Neutralitätspakt, den Russland abgeschlossen hat oder abschliessen möchte, überraschend käme. Im Gegenteil, ich kann Ihnen vertraulich mitteilen, dass im Augenblick wahrscheinlich nichts gelegener käme, als wenn Russland in diese Situation eingriffe. Es würde in kürzester Zeit ein militärisches Fiasko erleben.

Noch am 5. April 1941 hatte die Sowjetunion einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit Jugoslawien abgeschlossen.

Es ist gar kein Zweifel, dass Russland sich sehr schwer hüten wird, seine Finger in diesen Brand hineinzustecken; es wird mit geballten Fäusten beiseite stehen und der weiteren Entwicklung zusehen. – Sie kennen ja die Methode des Führers. Es wird im Laufe des Tages und der kommenden Nacht ein derartiges Strafgericht in Belgrad vollzogen, dass im Umkreis von tausend Kilometern jeder sagt: «Hände weg! Nicht hineinmischen»! Und das ist auch der Zweck der Übung. Die ganze Aktion ist darauf aufgebaut, dass sie noch gelingen wird, wenn sich plötzlich jetzt alles, was östlich und südlich von Wien steht, gegen uns erhöbe. Eine Gefahren- und Risikoquelle existiert also in dieser Berechnung nicht. Aber wir müssen, wie gesagt, mit gewissen Schwierigkeiten rechnen, die die Natur uns entgegengesetzt hat. Wir müssen uns auch darüber klar sein, dass selbstverständlich der Serbe ein guter Soldat ist und wir, wenn überhaupt der Staat praktisch zur militärischen Gegenwart schreiten würde, – was meiner Meinung nach noch nicht ganz feststeht – wahrscheinlich mit anderen soldatischen Tugenden zu rechnen hätten als etwa bei Norwegen oder Holland oder Belgien. Aber dessen ungeachtet, bin ich der Über-

zeugung, dass diese ganze Aktion etwa Ende Mai beendet sein wird. Es ist auch gar nicht gesagt, dass es nun die einzige Aktion ist. Wir haben auch im vorigen Jahr erlebt, dass in den Norwegenfeldzug die Westoffensive hineinplatzte, eine Offensive, die andere dann wieder geschmeidiger gemacht und ihr grössere Erfolgchancen gegeben hat. Wie dem auch sein mag, jedenfalls können wir – ohne dass ich hier zum Fenster hinaus spreche – innerlich vollkommen ruhig sein über diese ganze Aktion. Es werden in dieser Aktion Krisen auftreten, es werden irgendwelche unglücklichen Tage kommen, die uns nicht so grosse Erfolge bringen, kritische Belastungsproben psychologischer und militärischer Art; aber ich glaube, solche Krisen haben wir in der Entwicklung der Partei und des nationalsozialistischen Staates vor allem auch im Verlauf dieses Krieges so oft schon erlebt, dass wir sie mit Leichtigkeit überstehen werden. Wir werden uns also jetzt, nachdem uns frei Hals gegeben worden ist, an die uns wesenseigenen Aufgaben heranzumachen, und ich bin der Überzeugung: in kürzester Frist werden wir auch hier rein psychologisch eine Basis geschaffen haben, die der Kriegführung auch dann die Durchsetzung der Aktion, wenigstens unter der Neutralität der Welt, etwas erleichtert.

Tendenz unserer Nachrichtengebung nach Innen: Diese Tendenz ist durch die Aufrufe des Führers vollkommen klargestellt: darin sind alle die Argumente enthalten, die wir dem deutschen Volke gegenüber bringen können.

Es müsste also Aufgabe der deutschen Presse sein, erstens das gesamte Material abzdrukken, es dann aber zu erweitern. Wenn der Führer von dem fluchwürdigen Attentat in Serajewo spricht, so ist das für uns ein feststehender Begriff; für die junge Generation bedeute es aber nichts. Die deutsche Presse müsste also in den nächsten Tagen im politischen Teil, soweit er nicht von der Polemik beansprucht wird, dem deutschen Volke diese serbische Verbrecherclique schildern und ihm klarlegen: Was ist das eigentlich – «der Balkan»? Aus welchen Völkern besteht der jugoslawische Staat? Wie ist der überhaupt zustande gekommen? Wie haben sich die Strauchritter überhaupt erst in den Besitz dieses Staates gesetzt? – Jede Zeitung soll sich ein paar Sätze aus der Führerproklamation herausholen und kommentieren: Was ist Serajewo? Was verstehen wir unter Serben? Wo wohnen die Serben? Welche Rasse sind sie? Welche nationalen Eigentümlichkeiten haben sie? Welche religiösen Vorstellungen? Was sind die Slowenen? Was ist ein Kroat? Wie ist das Verhältnis dieser Völkerschaften zu uns? Wie sind die Parteiverhältnisse in Kroatien? Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse? Wovon ernährt sich das Land? Wie ist es geopolitisch beschaffen? Wie hoch sind die Berge? Was ist das Balkan-Gebirge? Wie ist die Bezeichnung «Jugoslawien» zustande gekommen?

In der Polemik nicht mehr von den «Jugoslawen» sprechen, nicht vom jugoslawischen Volk – das gibt es gar nicht. (Führerproklamation spricht nur vom jugoslawischen Staat.) Den Namen mehr und mehr verschwinden lassen und nur noch von den Serben, Kroaten und Slowenen sprechen. (Parallele zur Tschecho-Slowakei)! *Tendenz* der neutralen und der feindlichen Welt gegenüber: England gegenüber ist sie ganz klar. Es muss immer wieder betont werden: «Wir schlagen Euch den Süd-

osten und den Balkan aus der Hand. Wir werden es Euch beweisen: Hier im Südosten dulden wir ebenso wenig einen Engländer, wie wir ihn in Skandinavien und in Westeuropa geduldet haben. Auf dem Kontinent dulden wir keinen Engländer, ganz gleichgültig, wo er in Erscheinung tritt. Wir warten dann zwar eine gewisse Zeit, aber dann feuern wir ihn hinaus. Auf dem europäischen Festland hat kein Engländer etwas zu suchen. Ihr werdet das jetzt wieder einmal erleben. Ob Ihr als Secret-Service-Leute kommt oder mit Euren Tanks – egal, Ihr werdet hinausgefetzt!»

Tendenz gegenüber den Serben: Hier verfolgen wir eine ähnliche Tendenz wie damals den Polen gegenüber. Es muss den Serben gesagt werden:

Das, was sich jetzt abspielt, habt Ihr dem Walten einer Generalsclique zu verdanken. Ihr könntet heute das ruhigste, das sicherste, friedlichste Land der Welt sein, wenn nicht eine Generalsclique eine Regierung gestürzt hätte, die sich im Namen ihres Volkes durch heiligste Vertragsunterschriften an den Dreimächtepakt gebunden hatte. Wir haben Euch gar nicht dazu gezwungen; Ihr seid ja in den Dreimächtepakt freiwillig eingetreten. Nun hat die Generalsclique Euch in diesen Wahnsinn hineingesteuert. – Nun seht einmal, was Euch diese 17-18jährigen Gymnasiasten, diese halbwüchsigen Rotznasen, eingebrockt haben. Die haben ein paar Demonstrationen gemacht, das ist sehr billig; Ihr habt triumphiert und Euch gross und mächtig gefühlt und jeden Sinn für Realität verloren. Ihr habt Euch mächtig gefühlt, weil Ihr unser Verkehrsbüro zerschlagen, den deutschen Gesandten ausgepiffen und den deutschen Militärattaché verletzt habt. – Was Ihr jetzt erlebt, hat Euch die Generalsclique eingebrockt. Die hat erst einmal diese Strassendemonstrationen machen lassen, um sich selbst ein gewisses innenpolitisches Fundament zu geben. Denn in Wirklichkeit ist ja diese Revolution von zwanzig, dreissig Menschen gemacht worden. Jetzt habt Ihr einen 17jährigen jungen Mann, der von Tuten und Blasen keine Ahnung hat, als König, der soll Euch führen in einer Situation, in der Ihr nicht ein noch aus wisst, in der Ihr militärisch von allen Seiten umschlossen seid. Was ist das für eine Regierung, die einen Krieg anfängt, die eine solche Provokation der stärksten Militärmacht der Welt gegenüber anwendet! Wenn Ihr nur auf die Landkarte seht, erkennt Ihr, dass Ihr von allen Seiten eingeschlossen seid, dass Ihr nicht mehr atmen, Euch nicht mehr bewegen könnt. Ihr geratet einfach unter die militärische Dampfwalze Deutschlands. Das habt Ihr der Generalsclique, der Verbrecherclique, die den Weltkrieg angefangen hat, zu verdanken!

Wir halten es für überflüssig, liebe Serben, Euch zu belegen, dass die englische Hilfe nur auf dem Papier steht. Denn die jüngste Vergangenheit beweist, dass die Engländer nicht daran denken, Euch zu helfen. Sie denken nicht nur nicht daran, sie können es gar nicht. Wie sollen sie Euch Material und Truppen bringen? Wo sollen sie landen? Dasselbe England, das grossspurig heute Morgen erklärt: «Amtliche Kreise gaben am Sonntagmorgen bekannt, dass Jugoslawien unbeschränkte Unterstützung des englischen Empire erhalten wird» – dasselbe England hat selbst nichts.

Die Engländer schreien ja nach Amerika: «Könnt Ihr uns nicht ein paar alte ausgediente Schiffe zur Verfügung stellen? Ein paar Flugzeuge? Wir haben das und das nicht.» Das heisst, dasselbe England, das heute schon am Hungertuch nagt, in dem Lloyd George von einer kommenden Hungersnot sprach, das nach Amerika um materielle Hilfe schreit, dies selbe England erklärt grossspurig: «Wir werden Jugoslawien jede Hilfe angedeihen lassen.» Diese Hilfe wird genau so sein, wie die Hilfe, die England Polen hat angedeihen lassen, die es Norwegen hat angedeihen lassen, die es Holland und Belgien und die es Frankreich hat angedeihen lassen. Systematisch alles geeignete Material von damals herausholen, wie die Engländer die Franzosen in den entscheidenden Stunden im Stich gelassen haben, wie sie nicht daran gedacht haben, ihre Jagd- und Bombengeschwader zur Unterstützung der Franzosen einzusetzen; wie die Hilferufe, die Daladier und Reynaud an Churchill gerichtet haben: «Gebt uns doch wenigstens ein Flugzeuggeschwader», zynisch, brutal und kaltschnäuzig abgewiesen worden sind. – Den Serben vorgehalten: Auch Englands Hilfe ist Quatsch, davon könnt Ihr überhaupt nichts erwarten. Und wenn Ihr Euch etwa als Slawen auf russische Hilfe verlasst, dann seid Ihr verlassen; die Russen denken gar nicht daran. Die haben mit Euch einen Pakt wohlwollender Neutralität abgeschlossen. Ihr Serben werdet Euch für diese wohlwollende Neutralität nichts kaufen können. Bei Euch werden nun überall, wo Ihr Widerstand leisten werdet, Eure Dörfer verwüstet, Eure Städte in Schutt und Asche gelegt. Schaut hinüber nach Holland, Belgien, Norwegen, der ganze Spass hat da zum Teil nur drei, vier Tage gedauert, im Höchstfall 14 Tage bis drei Wochen. Erfolg, dass heute die Brücken zerstört sind, die Häuser zerstört sind, die Städte in Schutt und Asche liegen, die Menschen in Höhlen und Kellern herumvegetieren müssen – alles, weil es einer bestochenen Regierung gefallen hat, einen operettenhaften Widerstand zu leisten.»

Den Serben besonders klarmachen: «Ihr steht in dieser Auseinandersetzung ganz allein. Es hilft Euch keine Türkei und kein Russland, und es hilft Euch kein England, und es ist geradezu zynisch, wenn man Euch vorspiegelt, dass die Amerikaner Euch Hilfe bringen würden. Jene Amerikaner, die kaum den Engländern zu Hilfe eilen können, sollen ausgerechnet hier an Eure Küste herankommen und Euch die Maschinengewehre und Flugzeuge bringen, das ist alles Quatsch von bestochenen Subjekten Eurer Regierung, von Eurer Generalsclique, die von England gehalten wird. Diese Clique stürzt Euch in diesen Konflikt hinein, der nur mit dem blutigsten Misserfolg für Euch enden wird; und diese Generalsclique tut das nur, weil sie eben Geld dafür bekommt. Und England tut das nur, um gewisse deutsche Kräfte zu binden. Die Bindung deutscher Kräfte spielt aber dabei gar keine Rolle; sie sind sowieso da, die sind froh, dass sie wieder einmal Krieg führen können.

Leistet keinen Widerstand! Denn wo Ihr Widerstand leistet, könnt Ihr nur damit bezahlt werden, dass Eure Dörfer und Städte zerstört werden. Schaut auf Belgrad! Der Theaterputsch des Herrn Simowitsch wird teuer bezahlt mit einer Hauptstadt.»

(Psychologisch geschickt auf die Mentalität der Serben eingehen. Man darf dabei nicht vergessen, dass es ein slawisches Volk ist. Ein charakteristisches Merkmal slawischer Völker ist: Grössenwahn und wenn dann gewisse Ereignisse eintreten, bricht sofort dieser ganze slawische Grössenwahn zusammen. Wir haben es bei den Polen schon erlebt. (Die Erfahrungen daraus berücksichtigen!))

Den Serben klarmachen: «Eure Generäle sind schuld.»

(Es ist für das kleine Volk immer sehr populär, gegen die Generäle zu hetzen, besonders wenn es daneben geht; sogar bei dem soldatischsten Volke, dem deutschen, haben wir das 1918 erlebt. Wenn ein Krieg daneben geht und furchtbare Opfer kostet, ist es nicht schwer, ein Volk gegen die Generäle aufzuhetzen.)

Nicht gegen die Generäle als Generäle polemisieren, sondern gegen die politisierenden Generäle, gegen den blutigen Dilettantismus, mit dem diese politisierenden Generäle den jugoslawischen Staat in diese furchtbare Katastrophe gestürzt haben. Immer wieder schlagwortartig betonen, etwa: «Belgrad zerstört – das habt Ihr dem dilettierenden General mit Namen Simowitsch zu verdanken! Wenn die alte Regierung geblieben wäre, dann wäre das nicht gekommen, dann wäret Ihr heute das sicherste Land, das es überhaupt in Europa gibt.» Immer wieder betonen: «Wir wollten gar nichts anderes, als was im Dreimächtepakt steht. Wir wollten nur, dass die gegenwärtige Konstellation erhalten bleibt, dass Ihr Eure Sorgen los wurdet, dass später einmal Ungarn oder Bulgarien mit neuen Forderungen an Euch heranträten.» Gegenüberstellen: «Wie sähe heute Euer Land aus, wenn Ihr im Dreimächtepakt geblieben wäret, und wie sieht es jetzt aus, nachdem Ihr von einem siebenzehnjährigen Jungen regiert werdet, von dem die Engländer schrieben, dass er eigentlich schon Peter der Grosse genannt werden müsste.»

Eines der wichtigsten Argumente ist, dass die Regierung Belgrad verlassen hat. Wenn morgen früh Belgrad brennt, sagen: «Serben, merkt wohl: Eure Regierung hat vorsorglich, nachdem sie diesen Krieg provoziert hatte, mit Kind und Kegel Belgrad verlassen; und jetzt könnt Ihr das Süppchen auslöffeln. Das habt Ihr den 17jährigen Gymnasiasten, an ihrer Spitze einem 17jährigen König, und diesen bestochenen Generälen zu verdanken. (Als Schlagwort «bestochener, dilettierender General».) Die haben Euch das eingebrockt. Schaut Euch jetzt mal Eure Prachtstrassen in Belgrad an und dann müsst Ihr Euch bedanken bei dem Herrn, der am vorigen Sonnabend, bevor der Konflikt ausgebrochen war, Euch liebenswürdig mitteilte, dass die Regierung ‚zur Aufrechterhaltung ihrer Handlungsfreiheit‘ die Hauptstadt verlassen hat.» Grundsatz in der Propaganda auch gegenüber den Serben: Niemals Völker angreifen, sondern immer nur Regierungen. Die ganze Argumentation darauf abstellen, das serbische Volk mehr oder weniger zu unserem Bundesgenossen zu machen. Die Propaganda muss immer ein Appell an das serbische Volk gegen die Generalsclique sein.

Tendenz gegenüber den Kroaten: Im offiziellen Dienst noch nicht ganz so stark, wenigstens nicht so sichtbar, auf die Trennung zwischen Kroaten und Serben hinausgehen, sonst «merkt man die Absicht und ist verstimmt». Tendenz für die Pro-

paganda gegenüber den Kroaten ist eigentlich im Aufruf des Führers gegeben: «Wir haben nichts gegen Euch – wir haben nicht einmal etwas gegen das serbische Volk; wir haben nur etwas gegen die serbische Generalsclique. Wir haben nichts gegen die Kroaten, im Gegenteil, Ihr seid uns besonders sympathisch. Die Serben sind uns nicht so sympathisch, aber gegen die haben wir auch nichts.»

Den Kroaten gegenüber immer schon im offiziellen Dienst leise anklingen lassen – das muss mehr im Stil einer wissenschaftlichen Darlegung anhand der Vergangenheit und Erfahrungen aus der Nachkriegszeit geschehen «Was habt Ihr eigentlich aus dem Bund mit den Serben davongetragen? Ihr seid unterdrückt worden. Ihr konntet keine Beamten werden, hattet keine Möglichkeit zum Emporstieg. Die Serben haben den Staat regiert, ähnlich wie seinerzeit die Tschechen ihren Staat.» *Geheimsender:* (In der deutschen Presse und im deutschen Rundfunk dies Thema nicht berühren: «Auf die Tube drücken» mit allen Mitteln demagogischer Verführungskünste. Grenze nur gesetzt durch die Glaubwürdigkeit dessen, was wir sagen. Des längeren und breiteren immer wieder wiederholen, was die Kroaten unter den Serben zu leiden gehabt haben, wie sie unterdrückt wurden. (Material darüber u.a. aus den Parlamentsreden Matscheks.) Sobald die erste Krise eintritt, etwa nach der ersten schweren Belastungsprobe für Belgrad morgen früh: «Unsere Stunde ist jetzt gekommen. Wenn wir überhaupt staatliche Selbständigkeit haben wollen, dann jetzt. Wir sind der Überzeugung, die Deutschen werden es auch machen. Siehe Slowakei. Die Slowaken haben die Autonomie. Sie haben die Stunde damals erfasst, als der tschechoslowakische Saisonstaat in die Krise kam. Erfolg: sie haben einen eigenen Staatspräsidenten, ein eigenes Parlament, eine eigene Wehrmacht; niemand pfuscht ihnen in ihre inneren Angelegenheiten hinein; wir haben nie gehört, dass die Deutschen sich in die inneren Angelegenheiten der Slowakei hineingemischt haben. Alles, was darüber prophezeit wurde, ist nicht eingetroffen. Die Deutschen haben keinen Gouverneur eingesetzt. Sie haben nur einen Gesandten.» Auch hier natürlich die serbische Generalsclique wieder herausstellen. Klarmachen: «Wir sind vollkommen wehrlos, ganz abgesehen von den reinen Zweckmässigkeitserwägungen, die wir anstellen: Es wäre sinnlos, Widerstand zu leisten. Parole: Leistet keinen Widerstand. Bildet schon unter Euch den kommenden kroatischen autonomen Staat! Bildet Aktionsausschüsse! In jedem Dorf, in jeder Stadt muss ein neuer Kommunalrat (oder irgendeinen anderen zweckentsprechenden Ausdruck wählen!) gebildet werden». («Die Ältesten des Dorfes treten zusammen» oder dergleichen.) «Wenn Ihr überhaupt Kerle seid, dann nutzt diese Situation aus! Von 1919 an habt Ihr immer nach Eurem autonomen Staat gerufen. Wenn Ihr jetzt den Augenblick nicht nutzt, dann lasst Euch begraben; dann sind das alles nur Klopffechtereien gewesen. Haltet jetzt keine Reden mehr, sondern handelt. Wenn Ihr den autonomen Staat jetzt nicht erringt, werdet Ihr ihn niemals haben. Jetzt ist die Stunde gekommen! Die Deutschen suchen Freunde. Die können uns jetzt Autonomie schaffen. Was heisst hier ‚Vaterlandsverrat‘! Das ist gar nicht Vaterlandsverrat. Dieser serbische Staat war nicht unser Vaterland. Das

ist die Tyrannei der Serben gewesen, die uns in diesen Saisonstaat hineingepresst haben. Wir desertieren nicht aus einem Staat. Man kann nicht von etwas desertieren, zu dem man gepresst worden ist. Dieser Staat ist für uns nur eine Zwangsmaschine gewesen. Wir haben ja auch immer betont, dass wir bei der ersten besten Gelegenheit dieser Zwangsmaschine entweichen werden. Jetzt ist der Augenblick gekommen.»

Tendenz nach Griechenland: Auch hier ist die Grundeinstellung im Führerauftrag enthalten. – Noch nicht gegen die Regierung hetzen; erst abwarten, wie die Griechen sich zu uns einstellen. «Wir haben eigentlich gar nichts gegen Euch. Die Engländer müssen heraus; anderes wollen wir gar nicht von Euch.» Die Sache nicht zu versteifen, klarmachen, wie aussichtslos die Situation ist. Die Griechen müssen verstehen, dass wir nicht dulden können, dass die Engländer dort das Experiment vom Weltkrieg wiederholen. «Das muss bereinigt werden, sobald das klar ist, haben wir gegen Griechenland nichts einzuwenden.»

Tendenz gegenüber den Slowenen: In der Mitte zwischen den Tendenzen gegenüber Serben und Kroaten, nicht ganz so glimpflich behandeln wie die Kroaten, denen wir direkt unsere Freundschaft beteuern können, aber auch nicht so hart anpacken wie die Serben. – Auch hier sagen: «Was habt Ihr von den Serben? Ihr seid immer gegen die Serben gewesen.» Ebenfalls: «Die Generalsclique» usw.»

7. April 1941

«Der Minister betont die Notwendigkeit einer Zweiteilung unserer Taktik und Propaganda bezüglich der englischen Hilfestellung für Jugoslawien. Für unsere Eigenpropaganda, die kommende Mehrung des Ruhmes unserer Wehrmacht und auch für die psychologische und moralische Fundierung unserer Angriffsberechtigung seien alle die Nachrichten herauszustellen, die unterstreichen, dass die Engländer tatsächlich mit starken Kräften seit langer Zeit bereits in Griechenland standen. Den Völkern gegenüber jedoch, die wir zermürben wollen, sei mit besonderer Betonung klarzulegen, dass die englische Hilfe mangelhaft sei und daher unwirksam bleiben müsse. Da die Engländer eine sehr zwiespältige Nachrichtenpolitik treiben, sei es nicht schwer, die notwendigen Argumente für diese Propaganda zu finden. Die Engländer kämen unseren propagandistischen Bestrebungen insofern sehr entgegen, als sie selbst grosssprecherisch verkünden, dass sie seit Wochen zahlreiches Kriegsmaterial nach Griechenland transportiert hätten. Der Minister zitiert hierzu englische Verlautbarungen, in denen es u.a. heisst: «Wir befinden uns schon seit Wochen in Griechenland» oder «Truppen aus Bengasi nach Griechenland geschickt» oder «Direkte militärische Kampfberührung britischer Truppen mit den Deutschen auf dem europäischen Kontinent».

Die englische Propaganda operiert mit Vorliebe mit dem Schlagwort, dass Hitler nunmehr an zwei, ja an drei Fronten zu kämpfen habe. Dies bringe zwangsläufig eine erhebliche Schwächung des deutschen Kriegspotentials mit sich.

Dieses Argument spiele, wie der Minister betont, in der ausländischen Polemik eine

ausserordentliche Rolle. Wir müssten seiner Widerlegung eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Diese englischen Manöver könnten erledigt werden, indem man betone, dass die Engländer ihre Front nach Norwegen, Holland, Belgien und Nordfrankreich ausdehnen würden, wenn sie auch nur die Spur einer Möglichkeit hierzu sehen würden. Ausserdem könne herausgestellt werden, dass unsere Millionenarmee den ganzen Winter über ja nur darauf gewartet habe, irgendwann und irgendwie wieder in Aktion treten zu können. Man könne in diesem Zusammenhang auch auf einen vielgebrauchten Satz der englischen Propaganda hinweisen, der im vergangenen Winter wiederholt von dem englischen Nachrichtendienst zitiert worden sei: «Hitler hat ein paar Millionen arbeitslose Soldaten; das wird der Keim der kommenden Revolution sein».

Im Gehorsam gegen den Augenblick rennen die Engländer jetzt wieder einmal in eine unvorstellbare psychologische Pleite hinein. Sie betonen grosssprecherisch ihren starken Einsatz auf dem Balkan und die sich daraus ergebenden Hoffnungen für einen britischen Sieg über die deutsche Armee.

Für eine spätere Polemik wünscht der Minister eine genaue Registrierung aller dieser Stimmen, denn es werde bald die Zeit kommen, da England aus dem Südosten herausgeschlagen werde. In diesem Augenblick könne man dann aus England Stimmen hören: «Wir hatten ja nur verhältnismässig schwache Kräfte in Jugoslawien und Griechenland stationiert». Ausserdem könne man schon jetzt englische und amerikanische Äusserungen verwerten, in denen es heisse, dass man dem serbischen, kroatischen, slowenischen und griechischen Volk gegenüber natürlich nicht so viel Hilfe schicken könne, wie man dies selbst gern wünschte, denn «die Möglichkeit einer Hilfeleistung sei beschränkt, da die USA alles verfügbare Kriegsmaterial nach Grossbritannien abzugeben haben».

9. April 1941

«Der Minister erklärt, es entspreche einem Wunsch des Führers, im Augenblick möglichst wenig über das zu sagen, was wir an militärischen Erfolgen in Jugoslawien und Griechenland erreicht haben. Wenn aber das Ausland bestimmte Nachrichten bringe und zu bagatellisieren versuche, müssten wir uns selbstverständlich dem Ausland gegenüber damit auseinandersetzen. Es liege in unserer Absicht, dass, wenn wir einmal Erfolgsnachrichten ausgeben, sie gleich so über die Gegenseite hereinbrechen, dass damit eine ungeheure moralische Wirkung erzielt werde. Die Meldungen über Derna, Saloniki, Uesküb seien also in der deutschen Presse nur zu bringen, wenn der Heeresbericht sie erwähne. Auf die Frage, wie man sich Fragen ausländischer Pressevertreter gegenüber verhalten solle, bemerkt der Minister, wir seien da ja in einer grossartigen Position. Man könne ihnen etwa sagen: «Wir haben so viele Siege, ich kann Ihnen im Augenblick gar nichts im Einzelnen sagen, wir bringen das zu gegebener Zeit in einer Sammelmeldung. Wir haben keine Veranlassung, Niederlagen zu Siegen zu machen; im Gegenteil, wir nennen nicht einmal unsere Siege. Wir haben das alles ja vorausgesagt. Wir nennen gar nicht jede

einzelne Stadt, die wir eingenommen haben; wir überlassen es den Engländern, jede Stadt zu nennen, die sie räumen mussten.»

Das OKW meldete am 9. Apr., dass schnelle Truppen über 100 km tief in das Becken von Uesküb vorgestossen seien, während in der Cyrenaika Verbände des deutschen Afrika-korps am 7. April Derna erreicht hätten.

Die Erklärungen der Engländer, sie seien von der militärischen Entwicklung nicht sonderlich betroffen, denn man habe damit gerechnet, ebenso die Äusserung, die Griechen müssten jetzt allein Saloniki verteidigen und ihre Stellungen unter allen Umständen halten, müssten im Sprachendienst – vor allem auch nach den kleinen Staaten – deutlich unterstrichen und hervorgehoben werden. Die deutsche Presse dürfe sie jedoch nur auf greifen, soweit der OKW-Bericht Unterlagen hierzu gäbe.

Wenn die Engländer sagen, sie hätten jetzt die Absicht, das östliche Libyen aufzu-geben und ihre Kräfte auf den Balkan zu konzentrieren; sie würden die ausser-ordentliche Hitze, die wasserlose Wüste usw. zu ihren Bundesgenossen machen, so wollten wir im Auslandsdienst die englischen Bemühungen glossieren, neben General Nebel, General Winter und dergleichen sich nun neue «Bundesgenossen» zu schaffen.»

11. April 1941

«Der Minister unterstreicht die im Augenblick für uns sehr günstige Position, die uns in die Lage versetze, neben der militärischen Blossstellung auch eine absolute propagandistische und politische Demaskierung der Engländer vorzunehmen. Wenn Englands Prestige in rasendem Abnehmen begriffen sei, so sei das zum grossen Teil auf unsere intensive Ausnutzung der sich anbahnenden Katastrophe zurückzuführen. Der grösste Teil der deutschen Presse habe diese Gesichtspunkte mit grosser Virtuosität herausgebracht.

Es läge heute wieder eine Reihe von Stimmen vor, die wir gut benutzen können. Wenn die gegenwärtige Taktik konsequent fortgesetzt und den Engländern keine Ruhe gelassen werde – sie müssen ja einerseits uns gegenüber das Gesicht wahren, andererseits aber ihrem Volke allmählich beibringen, dass sie im Südosten mit einer Niederlage zu rechnen haben – so würden wir sie in eine ähnliche Lage bringen wie im Juni des vergangenen Jahres in Dünkirchen.

Unsere Luftangriffe auf England müssten in diesen Tagen mit grösserer Aufma-
chung als üblich gut herauskommen, damit beim deutschen Volk nicht der Eindruck
entstehe, dass wir zwar im Südosten siegen, dass dafür aber deutsche Städte ohne
deutsche Gegenwirkung durch die RAF vernichtet würden. Nachrichten, wie z.B.
die gestrige englische Verlautbarung, dass England im Ganzen etwa 40'000 Tote
durch Luftangriffe zu verzeichnen habe, sollten in solchen Städten, in denen zahl-
reiche Todesopfer zu beklagen seien, mit besonderem Nachdruck veröffentlicht
werden; d.h. nicht nur in Kiel oder Bremen selbst, sondern im ganzen Nordwest-
gebiet. Der Minister beauftragt Major Titel, die Zahl der Todesopfer der einzelnen
deutschen Gauen zusammenstellen zu lassen.»

In der Konferenz vom 16. Apr. 1941 gab Goebbels die prozentualen Verlustzahlen der verschiedenen Gaue bekannt und verlangte eine bessere Versorgung der besonders betroffenen Städte.

Tote je 10'000 Einwohner: Hamburg 1,5, Weser-Ems 1,43, Essen 1,18, Südhannover-Braunschweig 0,81, Köln-Aachen 0,75, Düsseldorf 0,73, Westfalen-Nord 0,67 und Berlin 0,61.

Allein durch Bombenwirkungen hatte die englische Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkriegs nach der amtlichen Statistik 51'509 Tote (die Schwerverletzten nicht inbegriffen) zu beklagen. Die mehr als zehnfache Zahl an Luftkriegsopfern verlor hingegen die deutsche Zivilbevölkerung bis Kriegsende. Die von Goebbels angestellte Zwischenbilanz beweist somit letztlich, dass England die Grauen des Luftkrieges vor allem 1940/41 erlebte, der deutschen Zivilbevölkerung diese in vielfachem Ausmass aber noch bevorstanden.

14. April 1941

«Der Minister erklärt zunächst, die grosse Sensation des Tages sei natürlich die Unterzeichnung des russisch-japanischen Freundschaftspaktes und die dramatische Verabschiedung Matsuokas in Moskau. Aus bestimmten Gründen müssten wir diese Vorgänge jedoch von uns aus lediglich klein bringen, auch im Sprachendienst. Eine sensationell aufgemachte Berichterstattung sei also nicht erlaubt, sondern die Angelegenheit werde nur der Chronistenpflicht genügend vermerkt. Nicht vermerkt werde dabei die so ausserordentlich herzliche Verabschiedung Matsuokas und vor allem auch die Umarmung des deutschen Militärrattachés durch Stalin. Es könne deshalb auch nicht mit dem zur Behandlung herausfordernden Widerspruch in den amerikanischen Stimmen polemisiert werden, die einerseits sagen, der Pakt habe gar keine Überraschung hervorgerufen, während sie andererseits erklären, diese Nachricht habe in Amerika die tiefste Schockwirkung seit Monaten ausgelöst. Nur die japanische Presse dürfe etwas zitiert werden.

Am 13. Apr. 1941 wurde ein japanisch-sowjetisches Nichtangriffsabkommen abgeschlossen, vorangegangen war ein Besuch Matsuokas in Berlin.

Es liege ein Bericht des Amerikaners Dr. Herbert Spencer über die deutschen Kriegsgefangenenlager vor, der zwar eine positive Einleitung habe, dann aber nur Negatives bringe. Der Minister beauftragt Korvettenkapitän Hahn, beim OKW zu klären, wie Spencer überhaupt in die Kriegsgefangenenlager hereingekommen wäre. Der Minister betont: «Wir Nationalsozialisten haben es immer abgelehnt, Dinge, die uns selbst angehen, durch internationale Kommissionen prüfen zu lassen. Der Führer hat vom ersten Tage an erklärt, er denke nicht daran, irgendwelche Sachverständige in unsere Konzentrationslager hineinzulassen oder als «Gutachter» beim Reichstagsbrandstifterprozess zuzulassen, die sich dann als «Splitterberichter» betätigen sollen. – Wenn Spencer vom Roten Kreuz aus in die Kriegsgefangenenlager gekommen sein sollte, könne man dagegen nichts machen; handle es sich aber um Journalisten, müsse das abgestellt werden.»

15. April 1941

«Hauptaufgabe für heute und die nächsten Tage sei, so erklärt der Minister, die Diskreditierung Englands bei dem Versuch, Griechenland zu verlassen. Dieser Versuch sei zwar noch nicht in dem Umfang unternommen worden, wie wir ihn heute darstellten, trotzdem aber müssten wir heute schon sehr stark damit herauskommen, um die Engländer zu Gegenantworten aufzureizen. Jetzt erklären sie bereits, sie hätten nur rückwärtige Stellungen bezogen, sie dächten nicht daran, das Land zu verlassen. Die ganze Presse muss jetzt darauf eingestellt werden, diese Diskreditierung der Engländer vorzunehmen, und zwar in den schärfsten Ausdrücken, die überhaupt zur Verfügung stehen. Der neutralen Welt gegenüber muss in einem Ton gesprochen werden, der den Höchststand von Injurien und Anprangerungen darstellt. Churchill sollten wir nur als eine Spielerfigur anprangern, eine Figur, die besser in den Spielsaal von Monte Carlo passt als in den Sessel eines englischen Premierministers. Eine typische Spielernatur: zynisch, rücksichtslos, brutal, die das Blut anderer Völker einsetzt, um damit englisches Volksblut zu schonen, die rücksichtslos über das nationale Schicksal der kleinen Staaten hinweggeht. Dann müsse darauf verwiesen werden, dass wir alles versucht haben, die Völker auf dem Balkan vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, dass aber anscheinend die blutigen Lehren, die die Geschichte im vergangenen Jahr erteilt hat, für diese Völker nicht genügten, sondern dass sie noch einmal am eigenen Leibe ausprobieren wollten, wie das tut, von England Hilfsversprechen entgegenzunehmen und dann, wenn es hart auf hart geht, von England im Stich gelassen zu werden. Dieser Herr, der, als er die Nachricht bekam, dass Simowitsch in Belgrad einen Putsch gemacht hätte, vor der Konservativen Partei sagte: «Ich bringe Euch eine gute Nachricht», dieser Herr, der jubilierte, als er hörte, dass Jugoslawien in den Kampf eingetreten war, derselbe, der sagte: «Unsere Truppen brennen darauf, mit den Deutschen zusammenzustossen; jetzt sind wir da, wir Engländer beziehen jetzt unsere festen Stellungen», dieser Herr, der sich mit faulen Phrasen herauszureden versuchte wie: «Wir stehen jetzt nicht mehr in der Reserve, sondern Gewehr bei Fuss», gibt jetzt seinen «auf einen Zusammenstoss mit den Deutschen brennenden Truppen» den Befehl, nun Hals über Kopf die Schiffe zu besteigen, um dann auszureissen. Vor allem müsse dann mit blutigem Hohn gesagt werden, dass die Parole sich nun zu verwirklichen beginne: «Statt Butter – Bengasi, statt Bengasi – Griechenland, statt Griechenland – nichts». Das ist jetzt das Ende.»

16. April 1941

«Der Minister erklärt, es sei unserer dauernden Propaganda nun doch gelungen, die Engländer aus dem Bau herauszulocken; sie äusserten sich jetzt und bestritten unsere Meldungen über ihre Flucht. Diese Dementis müssten widerlegt und als freche Lügen gekennzeichnet werden. Wir könnten ihnen vor allem die Äusserung von der «New York Times» entgegenstellen, wonach es durchaus möglich sei, dass die Engländer das griechische Unternehmen aufgeben und Griechenland «zeitweilig

im Stich lassen». Nun müsse gefragt werden: «Wie verträgt sich das miteinander? Auf der einen Seite sagen die Engländer: ‚Es ist kein Körnchen Wahrheit an den deutschen Meldungen‘; auf der anderen Seite berichten die amerikanischen Blätter, schon weit den englischen Zugeständnissen vorausseilend und den Tatsachen Rechnung tragend, dass die Engländer sich nicht nur mit solchen Gedanken tragen, sondern sie praktisch durchführen. Auf die englischen Erklärungen geben wir überhaupt nichts. Die Engländer haben genau dieselben grossen Töne geredet, ehe sie aus Dünkirchen flohen; sie haben sogar, als sie einen Teil ihrer Invasionsarmee nach England zurückbrachten, das als einen besonderen Trick ausgegeben, mit dem sie uns genial getäuscht hätten. Diesmal wird ihnen von uns die Maske heruntergerissen; wir wissen ganz genau, dass sie fliehen und die Griechen ihrem Schicksal überlassen». Die Transocean-Meldung «England sieht eine Katastrophe ersten Ranges herannahen» (Bedrohung des Suezkanals), fährt der Minister fort, sei einstweilen noch nicht in der deutschen Presse, sondern nur im Sprachendienst zu verwenden und zwar nur in Form des Zitats der englischen Stimmen, ohne eigene Stellungnahme. Der Minister betont, wir wollten bezüglich Afrikas überhaupt nicht sagen, was wir wollen, sondern nur, was wir erreicht haben. Unsere ganze Nachrichtenpolitik hat sich dadurch ausgezeichnet, dass wir nie etwas haben zurücknehmen müssen, ganz im Gegensatz zu den Engländern. Der Anfall von Material und von Siegesmeldungen sei jetzt ja auch so stark, dass wir auf solche optimistischen Prognosen nicht angewiesen seien, sondern uns auf das beschränken können, was ist.

Die Auslassungen des diplomatischen Korrespondenten von Reuter zum Verlust Bardias seien ebenfalls zum Aufgreifen sehr geeignet. (Bardia sei in den heissen Monaten ohne Wasser und daher nicht zu halten). Man könne dazu etwa sagen: «Die Engländer kommen bekanntlich ohne Wasser aus. Sie trinken keines, nur die Deutschen trinken Wasser. Deshalb können die Deutschen Bardia nicht halten, während die Engländer, wenn sie es wollten, es natürlich gehalten hätten. Das erinnere an die Geschichte vom Fuchs und den Trauben». (Auch für den Sprachendienst).»

17. April 1941

«Nachrichten über die sehr starken deutschen Luftangriffe auf London, die die verheerenden Folgen ausserordentlich wirkungsvoll schildern, sollen in der deutschen Presse, (selbstverständlich auch im Sprachendienst) ausführlich wiedergegeben werden, vor allem in den luftbedrohten Gebieten. Ein Bericht aus Kiel besage, dass die Stimmung in Kiel doch recht depressiv sei; es werde z.B. berichtet, dass Hunderte und Tausende jede Nacht aus der Stadt zögen, um in Zelten draussen zu kampieren. Gerade in diesen Gebieten müsse Wert darauf gelegt werden, die Totenzahlen auf der Gegenseite zu nennen; man gebe ihnen damit eine moralische Stütze. Der Minister erklärt, es besteht der Eindruck, dass in England augenblicklich ein schwerer Rutsch in der öffentlichen Meinung stattfindet, von dem man allerdings

nicht sagen könne, ob er zu einer Krise führen werde. Es bestünden zwei Möglichkeiten, einerseits die, dass tatsächlich eine Opposition gegen Churchill in der Presse und den hinter der Presse stehenden Kreisen sich entwickelte, was aber im Augenblick ziemlich unwahrscheinlich sei; die zweite Möglichkeit, die wahrscheinlicher erscheine, sei, dass infolge der Illusionskampagne und der darauf folgenden Enttäuschung eine tiefe Verstimmung durch das englische Volk gehe. Es sei möglich, dass die Kritik in der englischen Presse an der Regierung und ihren Massnahmen direkt auf Wunsch Churchills vorgenommen werde; sie sei vergleichbar mit dem Öffnen eines Ventils, um ein Platzen des Kessels zu vermeiden. Der Minister hält es nicht für richtig, an diese Stimmungskrise irgendwelche Hoffnungen auf ein Zusammenbrechen der englischen Widerstandsfront zu knüpfen.

Die zynische amerikanische Äusserung, «Amerika könne dem Balkan nun keine Hilfe mehr bringen, sie sei nur eine Geste in Form von Schecks und einigen Sanitätswagen gewesen», soll gut herausgestellt werden, zweckmässiger ohne viel Kommentar, einfach in Form einer Gegenüberstellung, z.B. mit dem Telegramm Roosevelts an König Peter zu Beginn der Feindseligkeiten.

Der Minister beauftragt Herrn Fritzsche, dafür Sorge zu tragen, dass keinerlei Äusserungen über Anzeichen einer englischen Verständigungsbereitschaft durch die Presse in die Öffentlichkeit gelangen. Auch im Sprachendienst soll keinerlei Notiz von solchen Stimmen genommen werden.

In diesem Zusammenhang erklärt der Minister, wir müssten uns darüber klar sein, dass der Balkanfeldzug nicht so populär sei wie der Westfeldzug und dass natürlich mit der Zeit die Begeisterung unseres Volkes den militärischen Ereignissen gegenüber etwas nachlasse. So werde berichtet, dass z.B. bei der Vorführung der letzten Wochenschau die militärischen Vorgänge mehr objektiv betrachtet wurden und nicht mit der rasanten Begeisterung wie während des Westfeldzuges. Erfreulicherweise sei nun die jetzt herauskommende neue Wochenschau vorbildlich, eine der besten Wochenschauen, die überhaupt je herausgebracht worden seien.

Herr Gutterer teilt auf eine Frage mit, der Vatikan-Sender führe seit dem 15. April zweimal täglich seinen Nachrichtendienst durch. Herr Dr. Börner erklärt, dass Material darüber zusammengestellt werde. Der Minister möchte es über den Weg von Botschafter Alfieri und den Nuntius ausnutzen, ohne dass wir selbst in Erscheinung treten. Er hält es für möglich, den Vatikan-Sender zum Schweigen zu bringen. Dies würde sehr zweckmässig sein, denn der Vatikan-Sender sei unangenehmer als etwa ein kommunistischer Sender (der ja keine Klasse in Deutschland finde, zu der er spreche), weil er sich an 40 Millionen Katholiken wende und diese es nicht als verbrecherisch empfinden, den Vatikan-Sender zu hören, da er ja von den meisten Katholiken für eine religiöse Einrichtung gehalten werde.»

Ende April wurde dem italienischen Botschafter in Berlin eine Materialzusammenstellung über den Vatikan-Sender zugeleitet. Der Botschafter sollte auf gänzlich informellem Wege und gewissermassen «nur als freundschaftlichen Ratschlag» den Nuntius darauf aufmerksam machen.

18. April 1941

«Herr Fritzsche fragt, ob im Augenblick des Inkrafttretens des Waffenstillstandes heute um 12 Uhr im Rundfunk eine Feier stattfinden solle; er hält das nicht für notwendig. Der Minister erklärt, das deutsche Volk sähe im serbisch-griechischen Krieg eine Einheit; eine Feier wäre also zweckmässiger Weise bis zum Ende des gesamten Balkan-Feldzuges aufzuschieben. Oberstleutnant Martin empfiehlt, die Bedeutung des Ereignisses dadurch zu würdigen, dass man nachträglich nochmals die Schwierigkeiten aufzeige und vor allem die gegenüber 1915 wesentlich andere Lage kennzeichne. Damals sei es einem grossen Teil der serbischen Armee gelungen, zu entkommen, diesmal sei kein jugoslawischer Soldat entronnen.

Am 17. Apr. 1941 kapitulierte die jugoslawische Armee. Die Kampfhandlungen wurden am 18. Apr. 1941 um 12.00 Uhr eingestellt.

Der Minister verweist auf Meldungen von AP über grosse deutsche Verluste auf dem Balkan. In der deutschen Presse soll damit nicht polemisiert werden, dagegen im ganzen Auslandsdienst, auch durch Herrn Börner gegenüber der Auslandspresse. Es könne dazu gesagt werden: «Diese Meldungen kommen uns nicht unerwartet. Es sind die obligaten Behauptungen. Wir erinnern daran, dass bei der Besetzung Norwegens gesagt wurde, das ganze Skagerrak schwimme von Leichen deutscher Soldaten; nachher stellte sich heraus, dass das ganze Norwegenunternehmen etwa 3'000 Todesopfer gekostet habe.» Der Minister wünscht kein förmliches Dementi; es soll nur erklärt werden: «Diese Methoden kennen wir, sie sind uns nichts Neues».

Die Gesamtverluste der deutschen Wehrmacht während des Balkan-Feldzuges beliefen sich auf 2'559 Tote, 5'820 Verwundete und 3'169 Vermisste.

Bis zur offiziellen Bekanntgabe der deutschen Verluste hatten sich Presse und Rundfunk wiederholt mit den Verlustmeldungen meist aus englischer Quelle polemisch auseinanderzusetzen. Es schien auch späterhin stets ein Grundsatz der britischen Publizistik gewesen zu sein, deutschen Siegesmeldungen die deutschen Verluste entgegenzuhalten, was nicht zuletzt Goebbels einiges zu schaffen machte.

19. April 1941

«Der Minister erklärt dann, er habe heute Morgen einen PK-Bericht über Griechenland gelesen, in dem etwas wegwerfend von den Griechen gesprochen werde. Der Minister hält das nicht für gut. Es sei dem deutschen Volke und auch dem Führer übrigens nicht sympathisch. Es treffe auch nicht zu, dass Athen gestern angegriffen worden sei. Der Führer habe ausdrücklich Befehl gegeben, Athen überhaupt nicht zu bombardieren, auch nicht, wenn es strategisch nötig wäre. Es sei nur der Piräus vermint worden. Es solle peinlichst vermieden werden, den Griechen irgendwie zu nahe zu treten. Herr Stephan wird beauftragt, darauf zu achten. Wendungen wie: «Jetzt fangen die Griechen aber an zu laufen», seien fehl am Platz. Im Übrigen sei das auch nicht richtig; im Gegenteil, es seien in den meisten genommenen Bunkern nur Tote gefunden worden.»

20. April 1941

«Auf die jetzt wieder auftauchende englische Behauptung, die österreichischen Truppen hätten keine besonders hohe Moral, müsse im Sprachendienst eingegangen werden. Vor allem nach England hin sei zu sagen, die Engländer sollten doch einmal etwas Neues erfinden. Es sei doch langweilig, immer wieder nur von denselben Leichenbergen, von den Verbrennungsmaschinen für Soldatenleichen und von dem mangelnden Kampfgeist der «österreichischen Truppen» zu hören. Man solle zur Abwechslung doch wenigstens einmal sagen, die sächsischen oder die württembergischen Truppen hätten gemeutert, damit ein bisschen Kolorit in die Sache komme. (Das Thema soll ganz von oben herab behandelt werden.)

Commander Fletscher erklärte, wenn Hitler weiter die Nerven verliere und die Kräfte seiner Luftwaffe für Angriffe auf London vergeude, könne das den Engländern nur passen. Man könne dazu sagen: «Wenn wir London mit stärksten Kräften der Luftwaffe angreifen, ist das ein Beweis dafür, dass Hitler die Kräfte bzw. die Nerven verloren hat und seine Kräfte vergeudet. Wenn wir unsere Kräfte in Nordafrika verbrauchen, sind das ‚peripherische Erfolge‘. Wenn wir sie auf dem Balkan einsetzen, heisst es: ‚Hitler macht eine neue Front auf und zersplittert seine Kräfte‘. Was sollen wir denn überhaupt mit der Luftwaffe anfangen? Wir haben sie ja nun mal. Vielleicht könnten uns die Engländer einen guten Rat geben? Was wir tun müssen, um keine neue Front aufzunehmen, nicht die Kräfte zu zersplittern und sie nicht zu vergeuden. Sollen wir etwa die eigenen Städte angreifen?»

Nach einer offiziellen britischen Meldung vom 23. Mai 1941 verlor die deutsche Luftwaffe in den vergangenen 21 Monaten etwa 10'000 Flugzeuge, während die RAF nur 227 Maschinen einbüsste. Nach den Angaben des General-Quartiermeisters belief sich der deutsche Flugzeugverlust in diesem Zeitraum auf knapp 5'000 Maschinen, einschliesslich der bis zu 10% beschädigten Flugzeuge.

Oberstleutnant Martin teilt mit, dass aus einer als zuverlässig angesehenen Quelle Meldungen vorlägen, dass doch ein gewisser Stimmungseinbruch in England zu verzeichnen sei; und zwar gewinne eine These, die bisher nur in gewissen führenden Kreisen vertreten wurde – dass nämlich England, selbst wenn es den Krieg gewinnen würde, praktisch doch nichts mehr gewinnen könnte, der Krieg also praktisch für England verloren gehe – nach unten hin Boden. Es gehe das – vielleicht im G-Sender verwendbare – Schlagwort um: «England kann am gewonnenen Krieg nichts gewinnen».

Der Minister erklärt, er sei auch der Meinung, dass die Stimmung im englischen Volke schlecht sei. Die Presse spiegele immer die Meinung wider. Wenn Churchill ein Ventil der Pressekritik geöffnet habe, so tue er das nur, wenn dazu eine Veranlassung gegeben sei; wenn aber die Presse wirklich «wild geworden» sei, so würde das nicht der Fall sein, wenn nicht auch im Publikum die entsprechende Stimmung herrsche. Im Übrigen sei er der Ansicht, dass die Engländer nicht nur bewusst schwindeln, sondern zum Teil selbst daran glauben, dass die von ihnen in

Deutschland angerichteten Schäden furchtbarer seien als die Zerstörungen in England. Man spreche sich, – wie das früher auch die Gegner des Nationalsozialismus im innerpolitischen Kampf getan hätten – gegenseitig Mut zu, einer sage dem anderen nur das Positive, und daraus entstehe ein Illusionsbild ohne realen Hintergrund. Nur bei ganz schweren Schlägen sehe man dann diese Illusionen zerstäuben. Wenn nach unseren jetzigen Siegen Ruhe eintreten würde, dann würde in vier Wochen die ganze Sache abgefangen sein; nur durch ununterbrochen sich wiederholende Schläge könne man etwas erreichen. Wir hätten ja auch Frankreich nicht propagandistisch niederringen können, wenn nicht vernichtende militärische Schläge damit verbunden gewesen wären, und zwar Schläge, die gleichbedeutend waren mit Raum- und Landgewinn. Diesen hätten wir heute England gegenüber nicht. Wo es zum ersten Mal an englisches Eigentum herangehe, wo wir vor den Toren Ägyptens stehen, sehe man mit einem Male, was das bedeute. Mit Luftangriffen könne man das nicht erreichen, was durch Landgewinn zu erzielen sei.»

21. April 1941

«Zu Griechenland erklärt der Minister, dass auf Grund des im Rundfunk verbreiteten griechischen Aufrufs jetzt auch der König (nicht das Königshaus) anzugreifen sei. Man müsse z.B. im G-Sender erklären: «Hat es irgendetwas mit der griechischen Ehre zu tun, dass wir, nur weil wir 24 Stunden länger Widerstand leisten wollen, sämtliche Brücken zerschlagen, sämtliche Olivorräte verbrennen lassen? Patrioten, wir appellieren an Euch! Hat dieser König überhaupt noch das Recht, im Namen des griechischen Volkes zu sprechen? Dieser König, der den griechischen Kronschatz schon nach Ägypten hat schaffen lassen, dessen Minister auf dem Sprunge sind, nach Konstantinopel abzufliegen und der, wenn die Truppen der Deutschen in hundert Kilometer Entfernung von Athen auftauchen, das Flugzeug besteigen wird, um zu fliehen».

Der nach Griechenland gerichtete Geheimsender «Vaterland», der sich als unabhängige, patriotische Stimme von Hellas, betrieben als Sender einer politischen Geheimorganisation, einführte, begann am 18. Apr. 1941 mit seinen Sendungen. Am 19. April meldete er, dass die Engländer das Trinkwasser mit Typhusbazillen vergiftet hätten, am 20. rief er zur Verhaftung von Anglophilen auf und forderte zur Beschlagnahme englischer Militärfahrzeuge sowie zur Plünderung von Lebensmittelmagazinen auf, am 21. berichtete er, dass die Engländer die Familienangehörigen von griechischen Seeleuten zu Geiseln machen würden, erzählte von Skandalen in Athener Salons, und die Sendungen des 23. Apr. galten vor allem der Verunglimpfung des griechischen Königs, der als «Abenteurer» dem griechischen Volk «nichts als die Katastrophe» hinterlasse.

Zu den Ausführungen Sullivans nimmt der Minister wie folgt Stellung: Wir können die Tendenz wieder aufgreifen «Amerika wird kämpfen bis zum letzten Engländer. Was Roosevelt will, liegt klar zutage: Roosevelt will in die englische Weltmachtstellung einsteigen, und zwar ist es ihm dabei gleichgültig, ob England den Krieg gewinnt oder verliert. Denn gewinnt England den Krieg, ist es so ge-

schwächt, dass Roosevelt ohne Weiteres eine ganze Reihe der englischen Machtpositionen für sich in Anspruch nehmen kann, verliert es den Krieg, kann Roosevelt sowieso die Besitzungen Englands auf der westlichen Hemisphäre für sich in Anspruch nehmen. Roosevelt hat gar nicht ernsthaft die Absicht, England Material zu liefern – und selbst wenn er wollte, könnte er es nicht, denn dazu ist die amerikanische Rüstungsindustrie überhaupt nicht in der Lage! – er hat nur ein Interesse, nämlich die Verlängerung des Krieges, um damit das Weltreich zu schwächen und es für die amerikanische Erbschleicherei reif zu machen. Dahin gehen auch all die Versuche Roosevelts, andere Länder mit in den Krieg zu ziehen. Überall hat Roosevelt erklärt: ‚Wir schicken Flugzeuge, wir schicken Schiffe!‘ Er hat nie daran gedacht, auch nur irgend ein Stück Material zu schicken. Das klassische Beispiel dafür ist in Griechenland und Jugoslawien gegeben. Sogar die Amerikaner kommen jetzt darauf, das Roosevelt vorzuwerfen.» Diese Gesichtspunkte seien in den englischen G-Sendern gut herauszubringen.

Der Minister erklärt dann, es werde ihm vorgeschlagen, dass für die Juden in Berlin – die wir augenblicklich nicht herausbringen könnten, weil sie als Arbeitskräfte unentbehrlich seien – ein Abzeichen geschaffen werde. Der Minister hält das ebenfalls für erwünscht und beauftragt Gutterer mit der Durchführung dieser Massnahme.»

Ende August 1941 notierte Goebbels nach einem Besuch im Führerhauptquartier in sein Tagebuch, dass er nun sofort anfangen, in der Judenfrage aktiv zu werden, denn Hitler habe ihm erlaubt, ein Abzeichen für Juden einzuführen. Es sollte ein grosser gelber Davidstern sein, dessen Tragen jedoch nicht auf dem Wege einer öffentlichen Anordnung obligatorisch gemacht werden sollte.

23. April 1941

«Der Minister betont, überall im deutschen Volk werde die beleidigende Redewendung gebraucht: «Die Engländer sind zäher als wir! Das sollten wir mal erleben, was die Engländer durchhalten». Es sei eine freche Unverschämtheit, so etwas zu behaupten. Die Engländer hätten heute noch nicht einen Bruchteil von dem erlebt und erlitten, was das deutsche Volk im Weltkrieg erduldet habe. Deutschland habe bewiesen, dass es vier Jahre hindurch zäh im Nehmen war und dies nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat. Die Heimat wäre auch im November 1918 nicht zusammengebrochen, wenn wir nicht eine unter aller Kritik schlechte Führung gehabt hätten. Woher nehme der deutsche Spiesser das Recht zu sagen: «Die Engländer sind zäher als wir». Der Spiesser finde es auch «bewundernswert», wenn Churchill sich hinstelle und auf den Hinweis eines Abgeordneten über Unruhe im Volke sage: «Ich verweigere jede Aussage, ich weiss nichts von einer Unruhe im englischen Publikum.» Dies sei alles andere als bewundernswert. Churchill entpuppe sich hier als ein frecher Lügner.

Der Minister erklärt, er werde Anfang der Woche in einem Leitartikel dem deutschen Volk das Schamlose und Entwürdigende einer solchen Behauptung über die

angeblich grössere Zähigkeit der Engländer vor Augen halten; auf diesen Startschuss hin solle die ganze deutsche Presse das Thema aufnehmen. Wir müssten in der Presse gegen eine solche Haltung vorgehen, die Partei mobilmachen und jedem, der noch einmal mit einer solchen Phrase komme, sagen: «Sie finden es bewundernswert, wenn so ein Strolch kommt und unser Volk vernichten will?»

24. April 1941

«Der Minister beauftragt Herrn Fritzsche, sich mit dem AA. bezüglich der Behandlung der Lindbergh-Rede in Verbindung zu setzen. Der Minister hat den Eindruck, dass die USA augenblicklich «auf der Kippe stehen» und dass es bei kluger Behandlung der Frage gelingen könne, die Stimmung dort wesentlich zu ändern. Er empfiehlt den wesentlichen Teil dieser Rede, ohne sie zu dramatisieren, auf der 2. Seite zu bringen und sie insbesondere im Sprachendienst ausgiebig wiederzugeben. Sie spreche dann schon für sich. – Im Übrigen sei Lindbergh wirklich ein tapferer Bursche, da er sich angesichts der jüdischen Öffentlichkeit derart äussere.

USA-Pressestimmen, die das britische Fiasko sensationellisieren, müssten wir etwas abdämpfen, vor allem aus ihnen die Feststellung herausstreichen, dass unzufriedene Elemente auch im Unterhaus stärkstens vertreten sind, woraus dem britischen Kabinett ernste Schwierigkeiten entstehen würden. Wir wollten auch nicht frohlockend feststellen, dass in den USA ein Stimmungsumschwung stattgefunden habe. Durch eine solche Feststellung würden wir ihn eher aufhalten. Wir wollten Tatsachen bringen – eine Tatsache sei beispielsweise die Rede Lindberghs – aber keine Folgerungen ziehen und auch keine Folgerungen wiedergeben, die von der USA-Presse gezogen würden. Die gleiche Sprachregelung gelte auch bezüglich der Behandlung der Vorgänge in England.

Oberst Lindbergh hielt am 24. Apr. 1941 auf einer Massenversammlung eine Rede, in der er betonte, dass die USA zurzeit nicht in der Lage seien, den Krieg für England zu gewinnen.

Herr Dr. Börner teilt ferner mit, Stefani habe die Waffenstillstandsbedingungen für die griechische Nordarmee in allen Einzelheiten herausgegeben. Der Minister meint, wir sollten das Verhalten der Italiener nach dem Sieg im Balkan mit Rücksicht auf die in Italien gegebenen Umstände nicht so genau nehmen.

Am 21. Apr. 1941 unterzeichnete die 12. griechische Armee die Kapitulation. Auf Drängen Mussolinis wurde die Unterzeichnung am 23. Apr. 1941 unter Einbeziehung der Italiener in Saloniki wiederholt. Italienische Meldungen stellten die erfolgte Kapitulation so dar, als sei sie allein ein Erfolg der Italiener.

Die deutsche Propaganda hatte während des Balkan-Feldzuges zwischen der Verstimmung und der publizistischen Eigenwilligkeit des italienischen Waffengefährten sowie der «Italienfeindlichkeit» des deutschen Soldaten und der deutschen Bevölkerung zu lavieren. Schon zu Beginn des Feldzuges beklagten sich die Italiener, dass ihre Verdienste in Jugoslawien nicht genügend gewürdigt worden seien. Goebbels verlangte Rücksichtnahme, damit die «Welle der Italienfeindlichkeit» nicht zu stark werde. Im SD-Bericht vom 10. Apr. 1941 heisst es: «Je grösser die deutschen Erfolge auf jenen Kriegsschauplätzen, wo bisher Italiener gekämpft hatten, werden, desto

mehr steigt die Entrüstung und Abneigung gegen die Italiener. Man fragt sich allgemein mit einer gewissen Verbitterung, was die italienischen Soldaten in den langen Monaten nur getan haben. Bei den meisten Gesprächen der Volksgenossen über diese Frage wird der Unterschied in der Bewaffnung zwischen deutschen und italienischen Truppen nicht erwähnt, ist auch fast allgemein unbekannt.»

Herr Oberstleutnant Martin gibt eine Information über die Wirkung der deutschen Propaganda in England zur Kenntnis. Darin wird – nach der Feststellung, die Wirkung deutscher Luftangriffe in England werde durch die feste Überzeugung der Engländer abgeschwächt, dass ihre Luftwaffe in Deutschland ebenso umfangreiche Zerstörungen anrichte – gesagt, die für England bestimmten Rundfunksendungen berücksichtigten psychologisch nicht ausreichend die Einstellung der englischen Arbeiterklasse. Einer der grössten Fehler des deutschen Rundfunks sei, dass er englische Nachrichten grundsätzlich lächerlich mache, anstatt ernsthaft auf sie einzugehen. Vernünftigen Äusserungen sei die englische Bevölkerung sehr wohl zugänglich, sie müssten aber ruhig und sachlich vorgetragen werden. Die deutsche Propaganda verfehle ihren Zweck und wirke gerade entgegengesetzt, wenn sie behaupte, dass alle englischen Rundfunk- und Zeitungsnachrichten grundsätzlich erlogen seien.»

25. April 1941

«Der Minister erklärt, dass wir jetzt an einem gewissen Wendepunkt in unserer Auslandspropaganda ständen, und zwar sowohl in Bezug auf England als auch in Bezug auf Amerika.

- a) **England:** Es ist nicht zu verkennen, dass ein tiefer Schock augenblicklich durch die englische öffentliche Meinung geht, und zwar verursacht einerseits durch die schweren militärischen Misserfolge, die das englische Weltreich erlitten hat, und andererseits durch das konsequente Schweigen Churchills gegenüber der steigenden Kritik in England.

Auch eine ganze Reihe von Geheimberichten tun ohne Weiteres dar, dass unsere Luftangriffe nicht nur in den Städten, sondern auch in der englischen öffentlichen Meinung ganz schwere Verwüstungen angerichtet haben. In einer solchen Situation ist ein sehr starkes polemisches Zureden nicht so wirksam wie eine ganz nüchterne realistische Wiedergabe von Tatsachen. Wenn ein Mensch ganz schwere Schläge erleidet und man sich dann vor ihn hinstellt und sagt: «Daran bist Du selbst schuld, Du hast ja nicht hören wollen», dann reagiert er sauer. Wenn man aber ruhig und ohne jeden polemischen Beigeschmack die Tatsachen reden lässt, dann wird das auf ihn viel tiefer wirken. Wir müssen daher jetzt in unseren Auslandsdiensten, die das englische Publikum (nicht nur im Mutterland, sondern im Weltreich) erreichen, nach Möglichkeit eine überlegene, ironische, zum Teil sogar zynische Polemik völlig wegfällen lassen und uns darauf beschränken, Pressestimmen zu zitieren, Äusserungen von Lindbergh oder Wheeler wiederzugeben, zu berichten, was die «New York Times», die Athe-

ner Presse, die türkische Presse schreiben; von der guten Stimmung in Deutschland sprechen, widerlegen, dass Berlin angegriffen worden sei, usw.

- b) **Amerika:** Es ist nicht zu bezweifeln, dass augenblicklich in Amerika eine von Stunde zu Stunde wachsende Opposition gegen Roosevelt festzustellen ist. Sie ist ebenfalls auf die schweren militärischen Misserfolge der Engländer auf dem Balkan und in Nordafrika zurückzuführen. Roosevelt muss in der Befolgung seiner Interventionspolitik unter dem Druck der öffentlichen Meinung kurz treten. Es ist nicht zu bezweifeln, dass er heute schon viel weiter wäre, wenn die Engländer nicht in den letzten Wochen so schwere militärische Misserfolge erlebt hätten. Wir müssen nun alles darauf anlegen, die Hysterie aus der amerikanischen Meinung herauszubringen. Roosevelt könnte überhaupt nichts unternehmen, wenn er nicht vorzutäuschen verstünde, dass wir in der Tat einen Angriff auf die USA nach der Besiegung Englands planten.

Wir dürfen uns jetzt nicht über diese Stimmung lustig machen oder etwa Vergleiche heranziehen, wie: »Eben so gut könnten die Marsbewohner kommen!«

Man muss jetzt die Tatsachen sprechen lassen: 1.) Die Entfernungen aufzeigen.

2.) darlegen, dass wir gar nicht das Bedürfnis zu einem solchen Angriff haben.

3.) heranziehen, was der Führer über unser Verhältnis zu Amerika gesagt hat, warum wir von den USA nichts wollen, warum wir kein Interesse an Amerika haben; dass alles, was jetzt in England geschieht, Ausdruck der deutschen Notwehr ist. Alle diese Argumente sollen für die nächste Zeit ohne jede gespielte geistige Überlegenheit vorgetragen werden. Man kann die geistige Überlegenheit zeigen, wenn die militärischen Waffen schweigen. Haben diese aber eine absolute Überlegenheit, dann kann man es sich leisten, auf dem Gebiet der Polemik und der psychologischen Auseinandersetzung sich dieser gespielten geistigen Überlegenheit zu begeben und nur die Tatsachen sprechen zu lassen. – Wenn wir jetzt konsequent diesen Weg gehen, d.h. mehr die Siege der Waffen beschreiben, als höhnische Kommentare daran zu knüpfen, dann werden wir sowohl auf die amerikanische als auch auf die englische öffentliche Meinung viel stärker einwirken als bei umgekehrten Verfahren. Ich werde versuchen, Cudahy mit dem Führer zusammenzubringen, und hoffe, dass der Führer ihm eine Erklärung abgeben wird. Wenn das der Fall ist, bin ich aber der festen Überzeugung, dass man in diesem Augenblick, wo in der amerikanischen öffentlichen Meinung eine sehr schwere Krise für die Interventionisten ausgebrochen ist, nun auch noch die 2% hinzufügen kann, damit der Prozentsatz der Nicht-interventionisten von 49 auf 51 steigt.

Alle beleidigenden Wendungen müssen jetzt aus den Sprachendiensten herausbleiben. – In der deutschen Presse kann auch etwas von der neuen Tendenz zum Ausdruck kommen, im Grunde braucht aber hier die Haltung nicht geändert zu werden.»

John Cudahy, bei Kriegsausbruch amerikanischer Botschafter in Brüssel, -führender Isolationist und nunmehr u.a. Korrespondent vom «Life», erhielt am 23. Mai 1941

auf dem Obersalzberg das von Goebbels arrangierte Interview Hitlers. Darin wies Hitler zunächst alle Behauptungen amerikanischer Kreise, dass Deutschland eine militärische Invasion gegen den amerikanischen Kontinent beabsichtige, als völlig unsinnig zurück. Den an ihn gerichteten Fragen über die geplante politische und wirtschaftliche «Neuordnung Europas» wich Hitler weitgehend aus. Über das Interview berichtete Cudahy erstmals am 6. Juni 1941 in der «New York Times» und am 25. Sept. 1941 in der Zeitschrift «Life». An das Interview schlossen sich verschiedene amerikanische Pressediskussionen an, in denen Cudahy mehrfach für eine isolationistische amerikanische Aussenpolitik Stellung nahm.

26. April 1941

«Zu den Massnahmen und Äusserungen Roosevelts gegen Lindbergh sei etwa zu sagen: «Das nennt man also Demokratie! Dafür kämpfen die Demokratien! Dafür wird Deutschland in die Schranken gefordert! Dafür vertritt man die Meinungsfreiheit, die Freiheit des Gewissens! Nur weil Lindbergh den Standpunkt einnimmt und ihn auch mit ganz klaren Unterlagen begründet, dass England den Krieg nicht gewinnen kann, wird er nicht zum Heeresdienst herangezogen und als Defaitist bezeichnet». Dem sei gegenüberzustellen, dass die grosse amerikanische Presse (Hearst) sich vollinhaltlich hinter Lindbergh stelle.

Am 25. Apr. 1941 gab Präsident Roosevelt auf einer Pressekonferenz im Weissen Haus bekannt, dass Oberst Lindbergh seiner politischen Ansichten wegen nicht wieder zum Aktiviendienst in die amerikanische Armee einberufen werde. Am 28. Apr. 1941 legte Lindbergh seinen Rang als Offizier der amerikanischen Luftwaffenreserve nieder. In einem an den Präsidenten gerichteten Schreiben erklärte er, dass er «diesen Schritt mit tiefstem Bedauern» getan habe. Er wolle aber weiterhin seinem «Lande nach bestem Können als Privatmann dienen».

In der Konferenz vom 29. Apr. 1941 erklärte Goebbels, dass der «klassisch» geschriebene Brief des Obersten Lindbergh an Roosevelt von der deutschen Presse unmöglich übergangen werden könne, obwohl ein Vertrauensmann Lindberghs die Bitte übermittelt habe, mit Nachrichten über Lindbergh zurückhaltend zu sein, da jede Unterstreichung in Deutschland ihm in den USA nur schade.

Zum Bericht der «Suisse» über eine Rede, die Professor Barth in der Schweiz gehalten hat, wünscht der Minister Sonntag früh folgende Antwort von Megerle in der «Börsenzeitung»: Der Korrespondent der «Suisse» schreibt, er habe in einem sechsmonatigen Aufenthalt in Frankreich, in einem kriegführenden Lande, nicht derartig unglaublich scharfe Ausfälle gegen das Reich gehört wie in dieser Rede, die hier ein Theologe in der neutralen Schweiz unter dem Schutz der Öffentlichkeit und des Staates gehalten habe. Mit Rücksicht auf die neutrale Haltung der Schweiz müsse die Zeitung von einer Wiedergabe der Rede absehen.

Dazu sei zu sagen: ,So hat es in Prag, in Warschau, in Paris und in Belgrad angefangen. Wir machen darauf aufmerksam, dass eine Regierung für die Haltung der öffentlichen Meinung verantwortlich ist; Beispiele beweisen, dass die Haltung der Öffentlichkeit eine Regierung sonst in Abenteuer hineinstürzen kann, die zum Schluss zur Vernichtung des Staates führen. Wir waren mit Belgrad in bestem Einvernehmen, dann kam die Strasse und ergriff das Wort und zum Schluss fielen

die Bomben. Vor anderthalb Jahren haben wir mit der Schweizer Presse Diskussionen angestellt über die geistige Neutralität. Wir haben nicht mehr nötig, ewig dasselbe wiederzukäuen. Wir warnen die Schweizer Regierung, diesem sträflichen und verbrecherischen Treiben der Gosse weiter tatenlos zuzuschauen. Bismarck hat schon gesagt: ‚Die Völker müssen die Fensterscheiben bezahlen, die die Presse eingeworfen hat‘.

Man soll hier auch nicht von «Mut» sprechen. Diese Art von «Mut» kennen wir. Das ist der «Mut» des Herrn «Peters des Grossen», der einen Militärputsch duldete und nachher auskratzt.»

Vgl. K. Barth, Eine Schweizer Stimme 1938-1945, Zürich 1945, S. 179-200. Der dort abgedruckte Brief von Prof. Barth vom Apr. 1941 lässt erkennen, mit welcher geistigen Schärfe und Klarheit er sich damals mit der nationalsozialistischen Welt auseinandersetzte. Auch der Druck dieses Briefes wurde von der Schweizer Zensur verboten.

28. April 1941

«Für die Kommentierung der Churchill-Rede, die in der deutschen Presse nicht besonders gross aufgemacht werden soll, ausführlich dagegen im Sprachendienst, vor allem nach England, Amerika und Australien, gibt der Minister folgende Anregungen: «Churchill gehört zu den Nilpferdnaturen, die, wenn sie Zerstörungen in England anschauen, nicht nur beruhigt, sondern sogar erfrischt nach London zurückkehren.» Man muss den ganzen Zynismus schildern, mit dem Churchill erklärt, das englische Volk sei von einer «freudvollen Heiterkeit» erfüllt. Zu einer weiteren Äusserung Churchills soll man sagen: Erst habe er also die Griechen und Serben in den Krieg hineingehetzt. Habe er bereits vorhergesagt, dass seine Kräfte nicht ausreichen, um diese Länder zu beschützen? Im Gegenteil, er habe erklärt: «Ich bringe eine frohe Botschaft», und ausdrücklich versichert, dass es möglich sei, den Balkan zu beschützen und von den Deutschen zu reinigen. Jetzt, wo die Dinge umgekehrt kommen und wider alles englische Erwarten nun die Engländer vom Kontinent herausgejagt worden sind, sagen sie plötzlich: «Wir haben es von vornherein gewusst, dass Griechenland und Serbien gar nicht zu halten waren, aber die Ehre hat uns geboten...» Hat Churchill vielleicht den Serben und Griechen vorher gesagt: «Wir wissen ganz genau, dass wir Euch nicht beschützen können; dass unsere Kräfte dafür nicht ausreichen; aber unsere Ehre gebietet uns das.» Ist vorher von der Ehre die Rede gewesen oder von der Möglichkeit, Deutschland zu schlagen?

Wenn Churchill ferner jetzt erklärt: «So wurde ein grosser Teil der mobilen Nilarmee nach Griechenland gesandt, um unseren Verpflichtungen nachzukommen. Es ergab sich zufällig, dass die disponiblen Formationen... aus Neuseeland und Australien kamen,» – so ist dazu zu sagen: Das ist also ein Zufall! Immer «zufällig» sind die Engländer hinten; zufällig sind sie immer auf dem Rückzug begriffen. Zufällig nehmen die Engländer nicht an den Blutopfern teil. Zufällig hatten

die schwersten Opfer während der Westoffensive die Franzosen, Belgier und Holländer zu bringen. Zufällig mussten die Norweger die aus Norwegen zurückflutenden Engländer decken. Und zufällig müssen jetzt, wo keine anderen mehr vorhanden sind, die Truppen des Empire diese Aufgabe übernehmen. Die Australier sind jetzt disponibel, die Engländer nicht, denn sie müssen als Secret-Service-Agenten im mittleren Orient mit Bomben- und Giftattentaten beschäftigt werden. Eine Unverschämtheit sei ferner Churchills Behauptung: «Die Deutschen versuchen, Unstimmigkeiten zwischen Australien und dem Mutterland hervorzurufen». Wir haben überhaupt kein Wort davon gesagt. Im Gegenteil, diese Nachrichten sind von Australien zu uns gekommen. Das fehlte noch, dass Churchill sämtliche Unstimmigkeiten, die zwischen ihm und Gliedern des Empire entstehen, plötzlich auf die deutsche Propaganda zurückführt. Wenn Churchill vollends behauptet: «Australien mag darauf antworten», so könne festgestellt werden: Es *hat* schon geantwortet. Es hat Menzies zurückgerufen.

Die deutsche Presse berichtete in jenen Tagen, dass es im australischen Parlament zu stürmischen Kundgebungen gegen England kam, als das Telegramm des Ministerpräsidenten Menzies aus London verlesen wurde, wonach er aus Gründen der Geheimhaltung die Einwilligung des Parlaments zur Entsendung australischer Truppen nach dem Nahen Osten nicht habe einholen können. Ausserdem habe Ministerpräsident Menzies, von dem Churchill erwartete, er würde sich im Interesse einer besseren Kontaktnahme zwischen der britischen und australischen Regierung für längere Zeit in London aufhalten, London verlassen, um über New York nach Australien zurückzukehren. – Aus Singapur wurden ferner blutige Zusammenstöße zwischen indischen und australischen Truppen gemeldet.

«Wir wussten natürlich gut, dass die Streitkräfte, die wir nach Griechenland schicken würden, allein nicht genügen würden, die deutsche Invasionsflut aufzuhalten», so erklärte Churchill jetzt. Dieser Falschspieler treibt von Gallipoli angefangen über Zeebrügge, über die Scheinbeteiligung in Polen und über das Norwegenunternehmen und das Westunternehmen hinaus immer dieselbe Taktik, eine verbrecherische, dilettantische Politik, die dazu führt, ganze Völker zum Verbluten zu bringen und England nachher die Möglichkeit zu geben, von «Ehre» zu faseln.

Zu der Bemerkung Churchills: «Als sich schliesslich das jugoslawische Volk spontan erhob, rettete es seine Seele und die Zukunft des Landes», sei die Frage zu stellen – hat Herr Churchill vielleicht, als das jugoslawische Volk sich spontan erhob – davon ist übrigens gar keine Rede gewesen, sondern ein Dutzend Generäle hatten das Unheil heraufbeschworen – auch den Serben gesagt: «Meine Herren, ich kann Ihnen natürlich nicht helfen, aber Sie retten wenigstens Ihre Seele!» Hat Churchill Simowitsch und «Peter dem Grossen» gesagt: «Meine Herren, es besteht keine Aussicht, dass wir Ihnen Material schicken!» Oder hat Roosevelt telegraphiert: «Wir können Ihnen kein Material schicken, aber Sie retten wenigstens Ihre Seele!» Oder hat er nicht vielmehr telegraphiert: «Mit unserer ganzen Streitmacht und all unseren materiellen Mitteln stehen wir Euch zur Seite?»

Gleich zu Beginn der Polemik müsse man betonen: Es ist bezeichnend, dass Church-

ill vor drei Tagen im Unterhaus allen Fragen ausgewichen ist. Denn dort hätte man ihn nach der Rede wieder stellen und ihm peinliche Fragen vorlegen können, während er jetzt am Mikrophon erstens die Zwischenrufe nicht hörte und zweitens nicht die Fragen gestellt werden konnten.»

Am 27. Apr. 1941 hielt Churchill eine Rundfunkansprache zur Kriegslage. Die Polemik gegen Churchill führte Goebbels in seinem «Reich»-Artikel vom 4. Mai 1941 «Flaissensuren von USA» fort.

Churchills Rede gipfelte in den Worten: «Kein vernünftiger und weitblickender Mensch kann zweifeln, dass schliesslich die völlige Niederlage Hitlers und Mussolinis gewiss ist, wenn er die einzelnen Entschlüsse, die von den britischen und amerikanischen Demokratien gefasst wurden, in Betracht zieht. Es gibt weniger als siebzig Millionen bössartiger Hunnen – einige davon sind zu heilen, die anderen umzubringen –, von denen viele damit beschäftigt sind, die Österreicher, Tschechen, Polen, Franzosen und die vielen anderen Rassen, die sie einschüchtern und plündern, niederzuhalten. Die Völker des britischen Empires und der Vereinigten Staaten zählen in den Mutterländern beinahe zweihundert Millionen Menschen und ebenso viele in den britischen Dominions. Sie besitzen unbestreitbar die Herrschaft über die Meere, und bald werden sie auch die entscheidende Überlegenheit in der Luft besitzen. Sie besitzen grösseren Reichtum, grössere technische Hilfsquellen und produzieren mehr Stahl als der Rest der übrigen Welt. Sie sind entschlossen, es nicht zuzulassen, dass die Sache der Freiheit mit Füssen getreten, noch dass der Strom des Fortschritts dieser Welt von zwei verbrecherischen Diktatoren aufgehalten wird.»

29. April 1941

«Zum ersten Male tauche in der englischen Propaganda gestern ein Argument auf, gegen das wir im Augenblick noch nichts zu unternehmen brauchten, das aber bei Wiederholung energisch zurückgewiesen werden müsste. Die Engländer behaupteten nämlich, die Deutschen, die bekanntlich alle Irren und Erbkranken sterilisierten oder überhaupt töteten, würden nach dem Kriege auch die Kriegsinvaliden töten, weil sie der Gemeinschaft nicht mehr nützlich seien. Der Minister betont, das Thema «Euthanasie» dürfe jetzt auf keinen Fall berührt werden. Auch auf die Frage der Irren und Erbkranken soll in diesem Zusammenhang gar nicht eingegangen werden. Man solle, wenn sich bezüglich der Kriegsverletzten eine systematische Kampagne gegen uns entwickle, lediglich sagen: «Die englische Propaganda behauptet infamerweise, die Deutschen hätten die Absicht, die Kriegsinvaliden nach dem Kriege zu töten», und dieser Behauptung solle dann entgegengestellt werden, was wir alles für die Kriegsverletzten getan haben und wieviel besser diese bei uns gestellt sind als in anderen Ländern. Es könne darauf eingegangen werden, dass Churchill von den Hinterbliebenen englischer Matrosen die zuviel gezahlte Löhnung zurückfordere. Herr Braeckow wird beauftragt, vom OKW die Unterlagen über unsere Fürsorge für die Kriegsverletzten zu beschaffen und – nur zur Information, nicht zur Auswertung – ebenso Unterlagen zur Frage der Euthanasie.»

Am 10. Mai 1941 unterzeichnete Hitler den Euthanasie-Erlass, der auf den 1. Sept. 1939 zurückdatiert worden war. Der Erlass lautet: «Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestim-

mender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.»

1. Mai 1941

«Der Minister gibt einen Überblick über die gegenwärtige deutsche Ernährungslage und legt die Form fest, in der die Herabsetzung der Fleischration auf 400 g wöchentlich, die vom 2. Juni ab in Kraft tritt, mitgeteilt und begründet werden soll. Ministerialdirektor Gutterer wird Herrn Fritzsche eine vom Ernährungsministerium und vom Propagandaministerium zusammengestellte Ausarbeitung zuleiten; wichtig sei darin vor allem das Vergleichsmaterial über den Fleischverbrauch in Deutschland vor dem Kriege und über die gegenwärtige deutsche Versorgung im Vergleich zu der in anderen europäischen Ländern. Weiter müsse in der Begründung betont werden, dass wir auch mehr Esser bekommen hätten (Kriegsgefangene, ausländische Arbeitskräfte) und dass die Zahl der Schwerarbeiter, die erhöhte Rationen bekommen, gestiegen sei. Die Veröffentlichung müsse spätestens am 20. Mai erfolgen. Bei der Wahl des Veröffentlichungstermins müsse darauf geachtet werden, dass sie an einem Tage erfolge, an dem gleichzeitig ein grosser militärischer Schlag bekanntgegeben werde.»

Nach offiziellen deutschen Verlautbarungen waren im Mai 1941 rund 1,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte und 1,3 Millionen Kriegsgefangene in der deutschen Volkswirtschaft beschäftigt. Eine ausdrückliche Erwähnung der italienischen Gastarbeiter in der deutschen Presse wurde am 7. Mai 1941 untersagt, um der anti-italienischen Haltung der Bevölkerung nicht noch mehr Nahrung zu geben.

Die Herabsetzung der wöchentlichen Fleischration von 500 auf 400 g ab Juni 1941 führte innerhalb der Bevölkerung zu grosser Missstimmung, die sich in «Schimpfereien» Luft machte. Der Hinweis, dass die Kürzung nur für die Sommermonate in Aussicht stehe, wurde angezweifelt. Der Ausweichmöglichkeit auf Gemüse hielt man entgegen, dass es zur Bereitung kräftiger Gemüsespeisen am nötigen Fett fehle. Missstimmung herrschte auch unter den Metzgern, die sich über ihren 20%igen Verdienstausfall beklagten. Dennoch erwartete Goebbels am 21. Mai 1941 von der Partei, dass sie an die Metzger herantrete und ihnen klarmache, sie sollten nicht mit ihren Kunden über die Rationsherabsetzung schimpfen, sondern sie über die Gründe aufklären.

3. Mai 1941

«Der Minister erklärt, in Ausnützung des Zusammenpralls zwischen England und dem Irak eröffne sich ein gutes Feld für unsere arabischen Sendungen. Wir müssen uns nun im Sprachendienst mit verstärkter Intensität dieses Konfliktes annehmen, ohne Rücksicht darauf, wie wir ihn in der deutschen Presse behandeln, da man ja den Sprachendienst nicht so sehr als Massstab für unsere offizielle Stellungnahme betrachte. Wir müssten versuchen, die arabischen Instinkte, die England mit grossem Erfolg für sich im Weltkrieg eingesetzt habe, nun für unsere Zwecke einzusetzen.»

Ein von Raschid Ali el Kailani (1888 bzw. 1893-1965) geführter Staatsstreich führte zur Einsetzung einer achsenfreundlichen Regierung im Irak, die am 2. Mai 1941 die britischen Flugplätze bei Habbaniya angreifen liess. Die Auflehnung des Irak gegen England kam deutschen Vorhaben sehr entgegen, Pläne für eine «Neuordnung» des grossarabischen Raumes wurden ernsthaft erwogen.

Am 23. Mai 1941 erging Hitlers Weisung Nr. 30, die die zur Unterstützung der irakischen Erhebung zu treffenden Massnahmen festlegte. Zwar trafen deutsche Flugzeuge zur Unterstützung Raschid Alis ein, doch war eine wirksame militärische Hilfe unmöglich. Das Unternehmen brach am 30. Mai 1941 zusammen. Raschid Ali war schon Anfang Mai nach dem Iran geflohen, von dort flüchtete er in die Türkei und gelangte von hier aus mit einem Flugzeug nach Deutschland.

7. Mai 1941

«Der Minister erklärt, zu der Übernahme der Ministerpräsidentschaft durch Stalin wollten wir weder in der deutschen Presse noch im Sprachendienst Kommentare geben. Man könne sich im Übrigen auch noch gar keinen Überblick über die Gründe dieser Massnahme verschaffen, es sei aber wohl richtig anzunehmen, dass darin ein Zeichen der Autoritätsverstärkung in Russland, vor allem auch im Hinblick auf kommende Ereignisse, zu sehen sei.»

Die Presse wurde am gleichen Tage angewiesen, keine Kommentare über den sowjetischen Kabinettswechsel zu bringen, obwohl dieser von der Weltpresse als Sensation herausgestellt werde. Der ehemalige russische Ministerpräsident Kerenski sagte der «New York Times» in einem Interview, die Übernahme des Premierministerpostens durch Stalin bedeutete sicher sowjetische Kriegsteilnahme auf deutscher Seite. Die deutsche Presse sollte diese Äusserung mit Vorsicht behandeln.

Zum Thema Russland äusserte ferner Fritzsche in der Pressekonferenz vom 8. Mai 1941: Seit Herbst vergangenen Jahres seien Gerüchte verbreitet, dass im Osten der neue Schlag geführt werde. Wenn der einzelne diese Frage mit seinesgleichen erörtere, so sei dagegen nichts einzuwenden. Solche Gespräche werden im Bewusstsein geführt, man wisse zwar nichts, wolle auch nichts wissen, sei vielmehr dankbar, sich überraschen zu lassen, denn Überraschungen seien sehr positiv gewesen. Ein Verbrechen wäre es aber, wenn durch Kreise der Wissenden Andeutungen verbreitet werden, die Unheil stiften.

8. Mai 1941

«Zur Churchill-Rede erklärt der Minister:

Die ganze Polemik Churchills ist auf zwei Fundamenten aufgebaut. 1. Ihr müsst mir ein Vertrauensvotum geben, denn sonst freut sich der Feind. 2. Ich kann Euch nichts sagen, denn sonst erfährt der Feind etwas. Mit diesen beiden Argumenten erreicht Churchill, dass er überhaupt nicht zur Rechenschaft gezogen wird. Das Balkan-Unternehmen mit riesigen Verlusten an Material, mit einer furchtbaren Prestigeinbusse des englischen Imperiums wird einfach sang- und klanglos ad acta gelegt, weil Churchill sagt: «Ihr dürft mich nicht stürzen, sonst freuen sich die Deutschen, und ich kann Euch nichts sagen, sonst erfahren die Deutschen etwas».

Wie steht im Gegensatz dazu die deutsche Politik da? Der Führer hat einen ganz

eindeutigen, klaren, präzisen, mit genauesten Zahlenangaben versehenen Rechenschaftsbericht über die Balkan-Vorgänge gegeben. Wir würden uns freuen, wenn Churchill etwas Ähnliches getan hätte. Der Führer aber, der nichts verborgen gelassen hat, wird angegriffen, weil er «nichts Neues» gebracht habe. Churchill ist nicht einmal in der Lage, dasselbe zu tun, was der Führer getan hat. Wir haben in diesen Dingen nichts zu verbergen. Wenn in der Unterhausdebatte zum ersten Male ein englischer Parlamentarier, Lloyd George, Dinge, die die ganze Welt diskutiert, behandelt – nicht etwa, dass er die englische Regierung in ungerechtfertigter Weise angegriffen hätte, er sagt vielmehr nur, was jedermann in der Welt weiss – dann sagt Churchill: «Das ist keine Rede, die man von Seiten eines Staatsmannes erwarten könne». Der Hauptwert der Polemik gegen die Churchill-Rede soll also darauf gelegt werden, dass Churchill sich jeder Kritik entzieht.

Weiter erwähnt der Minister dann noch eine Reihe von Stellen aus der Churchill-Rede, an die sich unsere Polemik anhängen kann. Wenn Churchill z.B. behauptete, die Deutschen hätten dadurch, dass sie Griechenland und Jugoslawien unter ihre Hoheit gebracht haben, keinen Vorteil gewonnen, so könnten wir wohl sagen, dass es doch ein unbezweifelbarer Machtzuwachs war. Es könne im Einzelnen erwähnt werden, was wir an Kupfer, Eisen, an zusätzlichen Arbeitskräften für uns gewonnen hätten.

Wenn Churchill auf Napoleon anspiele und sage: «Immerhin jedoch muss man sich erinnern, dass die Armeen Napoleons den Geist der Freiheit und der Gleichheit, der französischen Revolution mit sich trugen», so sei dem gegenüber zu halten: «Deshalb hat England auch Napoleon bekämpft».

Zu den «Erklärungen» über die Vorgänge in der Cyrenaika sei festzustellen: «Churchill hat also bis zur Stunde noch keinen Bericht darüber, was sich bei der El Ageila zugetragen hat. Die deutschen Panzerkräfte, die von den englischen ‚wie Käse durchschnitten werden‘ und in der gleichen Anzahl wie die englischen vorhanden waren, konnten jedenfalls die Engländer aus der Cyrenaika herausjagen».

Für später vermerken wollen wir uns den Satz: «Wir beabsichtigen bis zum Tode, ohne einen Gedanken an Rückzug, unsere offensiven Vorposten von Kreta und Tobruk zu verteidigen.»

In seiner von verhaltenem Optimismus getragenen Unterhaus-Rede vom 7. Mai 1941 charakterisierte Churchill die Kriegslage und ging dabei vor allem auf Ausführungen von Unterhausabgeordneten ein. Er sagte wörtlich: «Das Jahr 1943, selbst wenn wir es noch im Kriege erleben sollten, wird uns vielleicht weniger schwere Probleme aufgeben.» Damit klang ein fortan immer häufiger zu hörendes Argument der Auslandspublizistik an, dass sich nämlich Hitler in einem Wettlauf mit der Zeit befinde.

12. Mai 1941

«Der Minister macht zunächst folgende grundsätzliche Ausführungen zur allgemeinen Propaganda bezüglich des Luftkrieges: ‚Ich habe in letzter Zeit in zunehmenden

dem Umfang folgende Beobachtungen gemacht. Wir, die wir mit den Meldungen über Luftangriffe täglich zu tun haben, laufen Gefahr, dass für uns Angelegenheiten, die für das Publikum sein Leben bedeuten, allmählich zu Routinesachen werden. Noch mehr als bei uns, ist das beim Soldaten der Fall. Es ist natürlich, dass der Soldat, der mit seinen 23 oder 24 Jahren immer wieder nach England fliegt, den Tower zusammendrückt oder die Westminsterabtei mit einer wohlgezielten Bombe in Trümmer legt, den Dingen ganz anders gegenübersteht, als der, der unten die Bomben in Empfang nimmt.

In der Soldatensprache – nicht aber in der Sprache des Publikums – heisst der Kanal «der Bach»; der Soldat sagt nicht: «Wir haben einen schweren Bombenangriff gemacht», sondern «das war die richtige Massarbeit». Das Publikum empfindet nicht so. Im Gegenteil: es sieht heute zum grossen Teil im Luftkrieg ein zwar notwendiges und unvermeidliches, aber doch furchtbares Verhängnis. Nicht nur bei uns, sondern auch in England ist das der Fall. Es ist ganz charakteristisch, dass bei einer kürzlichen Abstimmung in England darüber, ob man Vergeltungsangriffe gegen deutsche zivile Ziele führen sollte, die niedrigsten Ziffern von Zustimmungen in Coventry, Birmingham und Bristol erreicht wurden, also in den Städten, die am meisten zu leiden gehabt hatten. Nur 10 bis 15% der Stimmen waren dort für die Vergeltungsangriffe, während in Gegenden des Nordens, wo keine Flugzeuge herangekommen waren, Vergeltungsangriffe verlangt wurden, Biertischstrategie betrieben wurde.

Ich habe gestern mit Gauleiter Kaufmann gesprochen. Es kann keine Rede davon sein, dass die Hamburger Bevölkerung etwa weich geworden wäre. Aber es kann auch keine Rede davon sein, dass sie etwa sagen würde «Grossartig! Weiter mit den Bomben herunter»! Wenn eine Stadt in zwei Nächten 200 Tote hat, das Rathaus und ein paar Bahnhöfe entzwei geschlagen worden sind, die Strassenbahnen nicht mehr fahren, im Innenviertel die Zivilhäuser in Trümmer geworfen worden sind, dann wird der Einwohner es in die falsche Kehle bekommen, wenn er liest: «Das war gestern eine gute Massarbeit» oder «da haben wir es den Engländern aber verpasst».

Ich möchte selbstverständlich nicht, dass wir nun etwa pazifistische Anwendungen haben oder scheu sind, diese Dinge beim Namen zu nennen; ich möchte aber, dass diese etwas kessen, nassforschenden, von 22 und 23jährigen geprägten Ausdrücke aus der Debatte herauskommen und unsere Berichterstattung ernst, sachlich und der Schwere und Tragik dieses Vorganges angemessen ist.*

Der Minister erklärt dann: „Ich habe es auch am Freitag bei der Wochenschau gesehen: Wir, die wir das sehen, die optische Wirkung erkennen, finden das grossartig. Aber das Publikum sagt, wenn es sieht, wie ein halbes Dutzend Dampfer in die Tiefe geschickt werden: «Schade, die könnten doch für uns das Fleisch und das Getreide bringen»! Wir müssen darauf Rücksicht nehmen. Ich bitte, jede Art von Zynismus oder Frivolität oder jungenhafte nassforschende Ausdrücke in der Berichterstattung über Luftangriffe – die ja unendliche Kulturwerte, Wirtschaftswerte

und auch menschliche Werte zerstören – zu vermeiden, ohne dass dabei – das möchte ich ausdrücklich betonen – eine pazifistische oder weiche oder sentimentale Note hineinkommt. Die Dinge müssen männlich, hart und ernst dargestellt werden. Damit werden wir auch am besten der Stimmung in Städten wie Hamburg und Bremen gerecht. – Ich bin im Übrigen der festen Überzeugung: Wir können glücklich sein, dass die Bombenangriffe auf deutsches Reichsgebiet im Norden des Reiches und nicht im Süden stattfinden, dass diese harten Belastungsproben unverbrauchte Dithmarscher und nordische Menschen treffen.

Wir haben es bei diesen gigantischen Vorgängen – wie gigantisch sie sind, wird uns wahrscheinlich erst nach dem Kriege aufgehen – nicht nötig, zu übertreiben. Diese Vorgänge haben ihr gigantisches Ausmass in sich. Ich halte es deshalb nicht für richtig, dass wir sagen «tausendfache Vergeltung». Es genügt zu sagen: «Das haben wir ihnen doppelt und dreifach vergolten!» Das nimmt man ja nicht buchstäblich mit drei multipliziert, sondern das drückt aus: «richtig heimgezahlt!».

13. Mai 1941

«Der Minister nimmt zum Fall Hess wie folgt Stellung: „Ich darf Ihnen im Augenblick noch nichts Näheres über die Hintergründe der dramatischen Vorgänge des gestrigen Tages und der vergangenen Nacht sagen; ich möchte Ihnen nur vor der Abreise nach dem Obersalzberg einige Verhaltensmassregeln geben.

Es gilt im Augenblick, die Ohren steif zu halten, nicht zu reagieren, nichts zu erklären, nicht zu polemisieren. Die Sache wird im Laufe des Nachmittags restlos geklärt werden, und ich werde vom Obersalzberg aus heute Nachmittag nähere Richtlinien geben.

Ich halte den ganzen Vorfall nicht für so schwerwiegend, dass er zu einer Erschütterung unserer Arbeit führen könnte; davon kann überhaupt keine Rede sein. Ich bin überzeugt, dass unter den militärischen Vorgängen der nächsten Wochen diese Sache leicht und in verhältnismässig kurzer Zeit ausgemerzt werden kann.

Es gibt eine Menge von geschichtlichen Beispielen ähnlicher Art, wo Menschen im letzten Augenblick die Nerven verloren und dann Dinge getan haben, die vielleicht aus bester Absicht entstanden sind, die aber doch dem Vaterlande Schaden zugefügt haben. Das wird später als eine dramatische Episode eines grossen historischen Ringens angesehen werden, die im Augenblick selbstverständlich nicht angenehm ist; aber es besteht keinerlei Grund, nun irgendwie die Flügel hängen zu lassen oder zu glauben, wir würden dies nie überwinden. Wir haben in der Partei und auch im Staat ganz andere Dinge überwunden!

Es wäre gut, wenn wir nun die militärischen Vorgänge dramatisierten. Was gestern über London gesagt wurde, ist jetzt überholt; jetzt ist das Gegenteil richtig; hier muss in den nächsten 48 Stunden richtig geackert und geerntet werden, damit wir wenigstens etwas die Augen der Öffentlichkeit von diesem peniblen Vorgang ablenken können.

Jedenfalls erwarte ich von allen Herren dieser Konferenz, dass sie gerade jetzt

ihre Stärke und innere Gelassenheit auch nach aussen hin zur Schau tragen. Nicht ein Zucken von Pessimismus oder von Nachgiebigkeit oder gedrückter Haltung soll bei irgendjemand zum Vorschein kommen'.

Am 10. Mai 1941 gelang dem Stellvertreter Hitlers, Rudolf Hess, nach drei vorangegangenen, aber wieder aufgegebenen Versuchen, von Augsburg aus mit einer umgebauten Me 110 unversehrt nach Schottland zu fliegen und dort mit dem Fallschirm abzuspringen.

Am 11. Mai vormittags hatte Hitler durch einen Brief, den ihm der Adjutant von Hess überbracht hatte, von den Absichten seines Stellvertreters erfahren. Da mit dem Absturz von Hess vor Erreichung des Zieles gerechnet wurde, gab Hitler am 12. Mai eine von ihm persönlich verfasste Verlautbarung heraus, in der er Hess eine «fortschreitende Krankheit» und «Wahnvorstellungen» nachsagte. Es sei damit zu rechnen, dass Hess «auf seinem Flug irgendwo abgestürzt bzw. verunglückt» sei. Dieser Meldung wurde jedoch in England zunächst nicht Glauben geschenkt. Am 12. Mai 23.00 Uhr verlaubliche Radio London, Hess habe wahrscheinlich Selbstmord begangen oder sei sicher von der Gestapo umgebracht worden. Erst am 13. Mai um 6.00 Uhr morgens gab der Londoner Rundfunk bekannt, dass Hess sich in England befinde.

Wenige Stunden danach veröffentlichte der parteiamtliche Nachrichtendienst, die «Nationalsozialistische Parteikorrespondenz», ein Kommuniqué, in dem betont wurde, dass der körperlich kranke Hess in «dem Wahn gelebt» habe, durch persönliche Schritte bei ihm von früher her bekannten Engländern doch noch eine Verständigung zwischen Deutschland und England herbeizuführen.

Dann erklärt der Minister, er werde darauf aufmerksam gemacht, dass in der Wehrmacht, vor allem bei der Luftwaffe, in steigendem Umfang englische Sender abgehört werden, und zwar nicht wegen der Wortsendungen, sondern wegen der schmissigen Musik. Herr Martin bemerkt, am Tage werde meistens der Sender Calais (deutscher Sender) eingestellt, der derartige Musik sende. Der Minister ordnet an, dass die Herren Glasmeier und Diewerge mit den Herren vom OKW die Angelegenheit besprechen; es soll dafür gesorgt werden, dass ein oder zwei Sender freigemacht werden, die abends nach 8.15 Uhr leichte, schmissige Tanzmusik bringen. Der Minister vertritt mit Nachdruck den Standpunkt, dass das Abhören ausländischer Sender, auch in der Wehrmacht, rücksichtslos unterbunden werden müsse. Es müsste unmöglich sein, dass sich ein Fliegeroffizier – und wenn er auch Ritterkreuzträger wäre – sich des Abhörens ausländischer Sender, also eines Verbrechens, das der Führer mit Zuchthausstrafe bedroht hat, rühme. Entweder müsste man dieses Gesetz für die Luftwaffe aufheben – das sei natürlich unmöglich – oder aber es durchführen. Es bestehen zu lassen, aber nicht anzuwenden, sei gefährlich.»

15. Mai 1941

«Der Minister erklärt: ‚Ich möchte trotz vielen Drängens von vielen Seiten in der inneren Propaganda nicht das Thema Hess aufgreifen, wenigstens jetzt im Augenblick noch nicht, sondern möchte erst Klarheit darüber bekommen, was die Engländer wollen. Bis jetzt ist aus dem Wust von Nachrichten und Meldungen noch keine klare Tendenz ersichtlich. Es kommt zwar eben eine AP-Meldung,

wonach die Engländer nun «mit einer unvergleichlichen Rundfunkpropaganda» uns nervös machen wollen. Das wäre meiner Ansicht nach das Klügste, was die Engländer tun können: die tollsten Meldungen herausfeuern, so dass dieser Primanerstreich von uns dann doch mit einer sehr schweren Einbusse bezahlt werden müsste. Ich möchte aber abwarten, was Churchill heute Nachmittag sagen wird. Jedenfalls ist es noch nicht so, dass wir uns schon panzern und zuschlagen müssten. Wenn man die Sache einmal anrührt, muss sie natürlich auch erschöpfend behandelt werden. Das kann man dann nicht mit ein paar Zeilen abmachen. Man müsste dann evtl, die Briefe im Wortlaut veröffentlichen. Aber einen so weittragenden Entschluss kann man nicht fassen, bevor man sich nicht darüber im Klaren ist, was die Engländer eigentlich planen: Haben sie die Absicht, die Sache weiterhin zu mystifizieren und uns mit Greuelnachrichten zu bombardieren, oder beabsichtigen sie, irgendwie auf den Kern der Sache einzugehen, oder haben sie, weil es sich um die Anbahnung von Friedensgesprächen, wenn auch in verrückter Form, handelt, die Absicht, die ganze Sache allmählich abklingen zu lassen? Im Augenblick ist noch nichts herausgekommen, von dem wir sagen könnten: Es ist Gefahr im Anzuge.

Vorläufig gilt es, wie schon gestern gesagt, Ruhe und Haltung zu bewahren. In acht Tagen wird die Sache schon anders aussehen. Ich erinnere an das Beispiel Röhms. Da haben wir alles ausgepackt und jahrelang ist das der Gesprächsstoff in der Öffentlichkeit geblieben. Die Engländer wollen uns herauslocken. Wir ignorieren die Sache vorläufig einmal. Im Übrigen wird sich auch auf militärischem Gebiet demnächst etwas ereignen, was uns ermöglicht, vom Thema Hess auf andere Dinge abzulenken.*

Der Minister erklärt weiter: „Was die Dokumente anlangt, müssen Sie etwas vorsichtig sein. Hess hat seine ganzen Pläne in einem langen Brief an den Führer klargelegt. Darin ist ein Friedensprogramm enthalten, das er aber schon im Oktober vorigen Jahres entworfen hat. Der grosse Brief datiert vom Oktober vorigen Jahres, und Hess nimmt gar keine Notiz davon, dass sich inzwischen die Situation wesentlich geändert hat und wir sehr viel mehr als damals fordern können. Das Friedensprogramm ist auf eigene Faust über den Daumen gepeilt, ohne mit dem Führer Rücksprache zu nehmen. Diese Punkte hat Hess nun aus dem Brief herausgeschnitten und sie einzeln, damit sein Vorhaben nicht entdeckt wurde, von Herrn Bohle übersetzen lassen. Bohle hat das naiv übersetzt in der Meinung, das seien Flugblätter, die wir über England abwerfen wollten; und zwar wurde jeder Punkt einzeln übersetzt. Ich vermute nun, dass Hess diese Blätter eingesteckt und mitgenommen hat, um sie zur Basis seiner Gespräche zu machen.“

Wenn die englische Regierung herausbringt, was Hess gesagt oder geschrieben hat, ist es überhaupt keine Gefahr, kann uns sogar einen guten Nutzen bringen. Wenn aber die englische Regierung entschlossen ist – und ich würde das in einem solchen Fall sein! – nach dem Grundsatz zu verfahren: «Right or wrong – my Country!» dann ist es gefährlich. Wenn sie gefälschte Erklärungen über die Rohstoff- oder Ernährungslage oder die Absichten des Führers herausbringt, die sie ja nach Be-

lieben fabrizieren kann, womöglich mit gefälschten Unterschriften, dann können wir uns auf einiges gefasst machen'.

Auf eine Asso-Press-Meldung ist zu entgegnen, die Engländer sollten doch nicht glauben, uns mit derartigen kindlichen Mätzchen nervös machen zu können. Was Hess sagen wollte, sei ganz genau in seinen Briefen festgelegt. Wenn ihm etwas in den Mund geschoben werde, was darüber hinausginge, so könne es sich nur um eine Fälschung handeln. Wir kennen ja Churchills Methoden. Im Übrigen wüssten wir, dass Kriege nicht mit Redensarten, sondern mit Realitäten entschieden würden. Die aber hätten sich seit vergangenem Montag [12. Mai] nicht im Geringsten geändert. Wir hätten nicht einen Tank, nicht einen Stuka, nicht einen Soldaten, nicht ein Maschinengewehr weniger, und wir hätten auch kein einziges Land zu räumen brauchen, sondern wir ständen in Europa, gespickt mit Waffen, gespickt mit Soldaten. Das Weitere werde sich finden.

Es könne auch daran erinnert werden, dass in Deutschland noch vor jedem grossen Schlag und vor jedem geschichtlichen Erfolg des Führers ein solches Ereignis eintrat, mit dem uns das Schicksal gewissermassen ein letztes Mal auf die Probe stellen wollte.

Wir waren im Begriff, an die Macht zu kommen, da kam der Abfall Strassers von der Partei. Wir hören noch das Triumphgeheul unserer Gegner vom November und Dezember 1932, die damals erklärten, nun sei Hitler eine gefallene Grösse, ein «Mann von gestern». Acht Wochen später waren wir an der Macht.

Ein weiteres Beispiel: Als der Fall Blomberg eintrat, wurden Gerüchte ausgestreut, dass die Wehrmacht gegen die SS und die SS gegen die Partei sei; es wurde von Kämpfen im Regierungsviertel und von aufgefahrenen Kanonen gefaselt. Vier Wochen später hatten wir Österreich angeschlossen. Auch damals hatten die Herren Illusionisten von der Gegenseite geglaubt, sie könnten mit Redensarten Realitäten beseitigen.

Auch im Jahre 1934 war es ähnlich. Da ist es über uns hereingepresselt; da kam die Österreich-Affäre und die Röhms-Affäre, und dann starb Hindenburg, und alles triumphierte. Kurze Zeit danach aber haben wir das Rheinland besetzt.

So ist es auch jetzt. Gerade wo das Reich im Begriff ist, nun den Sieg an sich zu reissen, kommt ein solcher Fall. Es ist die letzte harte Prüfung unseres Charakters und unserer Standfestigkeit, und wir fühlen uns einer solchen Prüfung des Schicksals vollauf gewachsen. Mit den Herren Illusionisten, Märchenerzählern und Greuelberichterfindern in London werden wir uns in einigen Wochen widersprechen, wenn die Kanonen reden. Dann wollen wir sehen, was härter ist – das Papier in London oder die Kanonen in Deutschland.

Dem Ausland gegenüber können wir jetzt auch ruhig einmal Argumente verwenden, die wir sonst während des Krieges nicht gebrauchen dürfen, mit denen wir aber früher viel operierten: «Wir glauben an die divinatorische Begabung des Führers. Wir wissen, am Ende ist alles, was scheinbar zu unseren Ungunsten ausschlagen will, unser grosses Glück.»

19. Mai 1941

«Der Minister erklärt zunächst: «Ich glaube, wir können jetzt von uns aus den Fall Hess als erledigt betrachten und zwar sowohl im Ausland als im Inland. Im Inland ist die Sache wesentlich abgeflaut. Selbstverständlich wird noch darüber geredet, und gewisse Rückwirkungen werden wir auch noch zu spüren bekommen. Aber das Volk hat sich mit der Tatsache abgefunden, und ich habe jetzt überhaupt den Eindruck, dass der Nationalsozialismus im Volk nur durch den Führer erschüttert werden könnte, durch niemand anders und durch kein Ereignis. Ich habe jetzt im Gau Oberdonau, in Aussee, mitten unter dem Volk gesessen, mit ganz kleinen Bauern und Holzfällern und kann nur sagen: Der Fall Hess ist für sie gewissermassen nur eine Rasierschramme im Antlitz des deutschen Volkes gewesen. Ich glaube also, dass die von uns eingeschlagene Taktik des Totschweigens die richtige gewesen ist. Im Ausland ist nun auch aus der Natur der Sache heraus die Gegenwelle entstanden, so dass der Fall Hess auch dort nicht mehr im Vordergrund steht. Jedenfalls haben die Engländer nicht das getan, was ich zuerst befürchtete. Ich muss heute gestehen, dass ich ein paar schlaflose Nächte gehabt habe, wenn ich mir vorstellte, was die Engländer aus dem Fall hätten machen können und zu welcher schweren Schädigung unseres internationalen Ansehens das dann hätte führen können. Aber die Engländer haben sich, wie in allen für sie wirklich zügigen Angelegenheiten, als plump und kurzsichtig erwiesen. Die Sache ist meiner Ansicht nach ziemlich ausgestanden. – Wir wollen also auch dem Ausland gegenüber nichts mehr darüber verlautbaren. Auf Einzelfragen der Auslandspresse – z.B. ob die Adjutanten von Hess in Freiheit gesetzt seien oder dergleichen – kann natürlich geantwortet werden. Im Übrigen nehmen wir aber keine Stellung mehr. Wir haben unseren Standpunkt dargelegt, und der hat sich als richtig erwiesen.»

Der Minister wünscht, dass jetzt einmal energischer die Tabakfrage aufgegriffen werden soll. Die arbeitende Bevölkerung klagt darüber, dass sie am wenigsten Tabak bekomme, weil sie meistens erst von der Arbeit komme, wenn die Tabakgeschäfte geschlossen seien; zum anderen werde darüber geklagt, dass einzelne Betriebe für ihre Kantinen Sammelbestellungen für Tabak machen, so dass der Arbeiter dort beliebig viele Zigaretten kaufen könne. – Es werde vorgeschlagen, Kundenkarten für Tabak einzuführen, was seinerzeit als nicht notwendig bezeichnet worden sei. Herr Gutterer teilt mit, eine Kommission befinde sich zurzeit zur Beschaffung von Tabak in Griechenland. Es werde in Aussicht gestellt, dass bis Juli die Kalamität behoben sein werde. Im Übrigen sei es nicht nur eine Frage der Tabakvorräte, sondern auch eine Frage der Arbeitskräfte und der Kohlenbelieferung der Fabriken, in denen an sich noch grössere Tabakvorräte vorhanden seien. Die Gesamtproduktion an Zigaretten liege um 50% höher als der Friedensstand. Herr Oberstleutnant Martin erklärt, auch bei der Wehrmacht werde eine Einschränkung durchgeführt; Zigaretten würden nur noch an Raucher abgegeben, die dafür auf Schokolade verzichten müssten. Der Minister erklärt, jedenfalls könne man die Dinge nicht einfach weiterlaufen lassen. So nützlich es vielleicht vom ge-

sundheitlichen Standpunkt aus sei, das Rauchen allgemein abzuschaffen, so unzweckmässig wäre dafür die gegenwärtige Zeit. Der Minister beauftragt Herrn Gutterer, eine Kommission zusammenzuberufen, die untersuchen soll, wie die Frage gelöst werden kann.»

Erreicht hat Goebbels zunächst lediglich, dass im Juni 1941 eine Verbesserung der Zigarettenversorgung in Berlin eintrat. Die Einführung der «Raucherkarte» wurde 1942 unumgänglich.

21. Mai 1941

«Zu Kreta kann im Sprachendienst gesagt werden: Bezüglich der Aktion in Kreta fühlen wir keine Veranlassung, den Engländern nähere Nachrichten zu geben. Jedenfalls können wir sagen, dass die Sachen sehr gut stehen. Die englische Behauptung, die deutschen Fallschirmjäger seien in neuseeländischer Uniform gelandet, ist nicht weiter interessant. Interessant wäre es höchstens, wenn die Engländer zur Abwechslung einmal behaupteten, es handele sich um Briefträger-Uniformen. Denn Priester-, Nonnen- und holländische Uniformen waren ja in der englischen Propaganda bereits vertreten.

Englische und amerikanische Stimmen, es handele sich um eine sehr kühne Unternehmung, können im Sprachendienst gebracht werden. Auf keinen Fall sei aus Kreta eine Prestige-Frage zu machen. Wir dementieren zwar offenbare Lügen, wie etwa die, alle Fallschirmjäger seien gefangengenommen oder die Lüge über die neuseeländischen Uniformen, lassen uns aber im Augenblick nicht in eine Debatte über die politische und militärische Bedeutung der Insel hineinziehen.

Am 25. Apr. 1941 erging die Führerweisung Nr. 28 über die Besetzung der Insel Kreta. Die Tagesparole vom 21. Mai 1941 besagte: «Die zu erwartende Sondermeldung über die deutsche Aktion gegen Kreta steht im Vordergrund der Blätter ...

Die Äusserung Churchills, wonach deutsche Truppen in neuseeländischen Uniformen über Kreta abgesprungen seien (DNB-Meldungen hierzu abwarten), muss als besondere Dummheit bezeichnet werden, da der Absprung nach eingehender Vorbereitung durch Kampf- und Sturzkampfflugzeuge erfolgte... Schon immer hat man englischerseits den Versuch gemacht, die deutschen Fallschirmjäger zu verunglimpfen. Zuerst hat man behauptet, sie seien als Mönche und Nonnen getarnt gewesen. Dann dichtete man ihnen an, sie hätten die Uniform fremder Soldaten getragen und heute nun startet Churchill die Lüge, dass die Truppen in neuseeländischen Uniformen abgesprungen seien.»

Die angekündigte und erwartete Sondermeldung über die Luftlandung auf Kreta wurde jedoch im Führerhauptquartier zurückgehalten. Erst am 24. Mai 1941 gab das OKW, nachdem der Westteil der Insel bereits fest in deutscher Hand war, durch Sondermeldung bekannt: «Deutsche Fallschirmjäger- und Luftlandetruppen stehen seit den frühen Morgenstunden des 20. Mai auf der Insel Kreta im Kampf gegen Teile des britischen Heeres.» So erfuhr die deutsche Öffentlichkeit mit viertägiger Verspätung von der Landung auf Kreta, noch nichts allerdings vom Absprung getarnter Einheiten.

Seit vorgestern setze, so fährt der Minister fort, in der ganzen ausländischen Presse wieder eine grosse Greuelkampagne ein, man behauptet, es seien Fotografien gefunden worden, die zeigten, wie rigoros in Polen, dem Protektorat usw. mit

der Bevölkerung umgegangen werde. Diese Dinge sollen im Auslandsdienst scharf zurückgewiesen werden unter Hinweis auf die Greuelpropaganda des Weltkrieges mit den abgehackten Kinderhänden usw. Man könne dazu sagen: «Diese Tour kennen wir; die Engländer haben nichts anderes mehr für ihre Propaganda zur Verfügung.» In der deutschen Presse das Thema jedoch nur streifen.

Der Minister ordnet an, dass von heute ab im Rundfunk nach 20.15 Uhr nur noch leichte Unterhaltungsmusik gesendet werden soll. Er beauftragt Herrn Fischer, ein Rundschreiben an die RPÄ, die Partei und ihre Gliederungen usw. auszuarbeiten nach folgenden Grundgedanken:

Auf dringendstes Ersuchen aller militärischen Dienststellen vom OKW bis zu unseren Luftgeschwadern, auch aus weiten Kreisen unserer arbeitenden Bevölkerung, deren ganze Nervenkraft durch des Tages Last und Mühe in Anspruch genommen wird, sieht sich der deutsche Rundfunk nunmehr veranlasst, für die Sommermonate sein Abendprogramm auf Heiterkeit, Entspannung und Unterhaltung umzustellen. Wir wissen, dass es eine Reihe von Miessmachern gibt, die das nicht vertragen können, sondern meinen, dass man den Krieg in Sack und Asche besser überstehen würde als mit Heiterkeit, Frohsinn und innerer Ausgeglichenheit. Wir wissen auch, dass gerade diese fleissiger schreiben, als diejenigen, die nach Heiterkeit verlangen. Diese Dinge sind reiflich überlegt und nach allen Seiten hin erwogen worden. Das Für und Wider ist bekannt. Wir bitten, solche Briefe nicht mehr weiterzugeben, sie können uns nicht von unserem Entschluss, diese Neuerung durchzuführen, abbringen. Wir bitten vielmehr, solchen Briefschreibern die Argumente, die für die Neuerung bestimmend sind, zur Kenntnis zu geben. Der ausgesprochene Unterhaltungssender könne, wie Herr Glasmeier erklärt, in Betrieb genommen werden, sobald der Startschuss gegeben werde. Die Art der Musik, die gesendet werden soll, wird der Minister selbst bestimmen.

Der Minister beauftragt Herrn Tiessler, mit Herrn Bormann die Sache zu besprechen und ihm zu sagen, es komme darauf an, wirklich schwere Schäden zu verhüten. Die Bevölkerung hätte im Zusammenhang mit dem Fall Hess wieder in verstärktem Masse englische Sender abgehört; davon müsste sie wieder entwöhnt werden. Niemand nähme Schaden an seiner Seele, wenn er abends Lehár oder Paul Lincke oder auch Mackeben oder Kollo höre, wohl aber wenn er englische Sender höre, was zum grossen Teil nicht wegen der Nachrichten, sondern wegen der schmissigen Musik geschehe, so z.B. bei den Fliegern. Schliesslich könne man ja nicht neben jeden Ritterkreuzträger einen Gendarm oder politischen Leiter zum Aufpassen stellen.»

Es war geplant, künftig drei Reichsprogramme auszustrahlen. Ein sog. «Beethoven-Sender» sollte ernste Musik darbieten, ein «Johann-Strauss-Sender» für heitere Musik und Unterhaltung sorgen und ein sog. «Goethe-Sender» vor allem das Wortprogramm von der politischen Information und Propaganda hin bis zur Dichtung übernehmen. Der «Goethe-Sender» schien jedoch Goebbels nicht die geeignete propagandistische Lösung gewesen zu sein und kam nicht in der geplanten Weise zustande.

Das seit 23. Mai 1941 gültige deutsche Rundfunkprogramm wies dennoch drei Programme auf. Es gab 1. ein «Reichsprogramm», das von 5 Uhr morgens bis 2 Uhr nachts zu empfangen war, 2. ein leichtes Unterhaltungsprogramm, das die Sender Luxemburg, Weichsel und Alpen zwischen 20.15 und 22.00 Uhr brachten, und 3. ein ernsteres Musikprogramm, das der Deutschlandsender in den Abendstunden durch Orchester-, Opern- und Kammermusik bestritt.

26. Mai 1941

«Der Minister verweist zunächst auf sehr brauchbare amerikanische Stimmen zur Versenkung der «Hood», die wir natürlich weiter herausbringen müssten. Mit der englischen Behauptung, dass sie die «Bismarck» verfolgt hätten, soll polemisiert werden, allerdings ohne Erwähnung des nach englischer Behauptung auf ein deutsches Schiff abgeworfenen Lufttorpedos.

Bei einem Feuerwechsel brach das britische Schlachtschiff «Hood» am 24. Mai 1941 nach Einschlag einer von der «Bismarck» abgefeuerten Salve unter ungeheueren Detonationen auseinander und sank. Die «Bismarck» wurde beschädigt.

Mit der Vernon-Bartlett-Rede müssten wir uns auseinandersetzen, weil zu befürchten sei, dass der nächste Trick der englischen Propaganda sein würde: «Hitler siegt in allen Schlachten, aber England gewinnt den Krieg». Die englische Logik sei also: «Aus Niederlagen setzt sich unser Sieg zusammen». Weiter verweist der Minister auf die Wendung der Rede, dass Rückzüge der Engländer die ganze Welt in einen rasenden Begeisterungstau mel versetzen, während sie von deutschen Siegen überhaupt keine Notiz nähme.

Charles Vernon Bartlett war Mitglied des britischen Unterhauses, Korrespondent des «News Chronicle» und Herausgeber der «World Review of Reviews».

Der Minister erklärt, es werde von vielen Frontsoldaten, die sehr lange mit Engländern umgegangen seien, immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die Front nicht verstehe und nicht billige, wenn wir die Engländer leichtfertig heruntermachten. Es bestände dazu keine Veranlassung, denn die Engländer kämpften sehr zähe, tapfer und hingebungsvoll. Sie liessen zwar die anderen, wenn möglich, vorgehen und den ersten Blutzoll zahlen, wenn es aber hart auf hart gehe, setzten sie sich mit einem ungeheuren Schneid und einer nassforschenden Kaltblütigkeit für ihre Sache ein. Wir hätten von solchen Berichten, fährt der Minister fort, auch selbst gar keinen Vorteil, denn es sei für uns keine Ehre, mit einem feigen, immer auf dem Rückzug befindlichen Gegner zu kämpfen und ihn zu beseitigen. Der Minister wünscht daher, dass wir den Engländern zwar nicht ausdrücklich eine besonders germanische Tapferkeit bescheinigen, uns aber andererseits davor hüten, sie einer besonderen Feigheit zu bezichtigen.

Der Minister erklärt, es sei nicht richtig, in besonders kritischen Perioden die Härte des Kampfes vor dem deutschen Volke drastisch in Erscheinung treten zu lassen; das wäre zum Beispiel falsch in einer Woche, in der man dem deutschen Volk eine so heikle und gefährliche Aktion wie die Besetzung von Kreta mitteilt. Das Volk

sei ohnehin von ungeheurer Spannung erfüllt. Das Kreta-Unternehmen habe das deutsche Volk zweifellos in den tiefsten Tiefen aufgewühlt. Es sei nicht gut, in einer solchen Situation die Gefährlichkeit einer solchen Aktion zu zeigen.»

27. Mai 1941

«Der Minister hält es im Hinblick auf den noch nicht feststehenden Ausgang des Kampfes des Schlachtschiffes «Bismarck» mit überlegenen feindlichen Streitkräften für zweckmässig, dass wir im Augenblick nicht auf den Fall «Bismarck» und «Hood» näher eingehen. Sowohl im Sprachendienst wie in der deutschen Presse müsse die ganze Flottendebatte wieder auf das Mittelmeer abgedreht werden. Es liege dafür grossartiges Material vor. Der Minister gibt dazu einige Hinweise. Bemerkenswert sei das Eingeständnis der amerikanischen Zeitung «PM», dass die Engländer im Mittelmeer wenigstens 12 Kreuzer verloren hätten. Für den Sprachendienst sei die Reutermeldung über den «Heroismus» der englischen Truppen auf Kreta gut zu gebrauchen. Wenn die Engländer von «Ehrfurcht vor dem Heldenmut ihrer Truppen» anfangen, stehe es immer faul um sie.

Aus den amerikanischen Meldungen, wonach die Achsenerfolge im Mittelpunkt des Interesses in den USA stehen, sei das über Kreta Gesagte zu bringen. Die Äusserungen über die «Bismarck» seien wegzulassen. Herr Fischer soll der Presse ausdrücklich sagen, dass vor allem Wendungen wie die, das Schlachtschiff «Bismarck» sei in Sicherheit, unbedingt herausbleiben müssen.»

Das 53'000 t schwere Schlachtschiff «Bismarck», Stapellauf im Apr. 1939, sank nach zahlreichen Artillerie- und mehreren Torpedotreffern am 27. Mai 1941 auf der Fahrt nach Brest, nachdem durch Beschädigung der Ruderanlage das Schiff navigationsunfähig geworden war.

Die britische Mittelmeerflotte verlor in den Kämpfen um Kreta 3 Kreuzer und 6 Zerstörer. 3 Schlachtschiffe, 1 Flugzeugträger, 6 Kreuzer und 5 Zerstörer wurden beschädigt. Nach offiziellen deutschen Angaben wurden im Mai 1941 von deutschen Luft- und Seestreitkräften insgesamt 1 Schlachtkreuzer, 7 Kreuzer, 11 Zerstörer, 7 Schnellboote, 3 Hilfskreuzer, 4 U-Boote u. 6 Vorpostenboote der britischen Flotte versenkt; italienische Streitkräfte versenkten 5 Kreuzer, 1 Zerstörer u. 2 U-Boote.

29. Mai 1941

«Dem SD-Bericht zufolge würden wieder in grösserem Umfange ausländische Rundfunksender abgehört. Daher müssten morgen oder übermorgen wieder einige abschreckende Urteile veröffentlicht werden. Die deutschen Hörer ausländischer Sender beständen aus 3 Kategorien: Einmal handele es sich um bewusste Staatsfeinde, zum anderen seien es Neugierige und drittens Spiesser. Von den letzten beiden Gruppen werde ein grosser Teil durch Veröffentlichung der Urteile vom Abhören von Auslandssendern zurückgehalten.

Oberstleutnant Martin teilt mit, es sei in militärischen Kreisen darüber diskutiert worden, ob es zweckmässig sei, am selben Tage zu versuchen, eine unerfreuliche Nachricht durch eine gute Nachricht aufzuheben. Es sei die Ansicht vertreten wor-

den, wenn man z.B. gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Todes Priens die Versenkung von 110'000 t melde, dann sehe das Volk sowie das Ausland nur die Meldung vom Tode Priens, während der Erfolg nicht gesehen werde, und es wäre daher besser, wenn die Erfolgsmeldung erst einen Tag später gebracht würde; man lasse dann ein gewisses Wellental der Stimmung entstehen, und am nächsten Tage komme die Erfolgsmeldung und hebe die Wirkung wieder auf.

Der Minister erklärt, dies stimme wohl für die Kreise, die die Dinge durchschauen, nicht aber für die Masse des Volkes. Man dürfe bei der Beurteilung solcher Fragen auch nicht allein von den Massen in Berlin ausgehen, die ja besonders «clever» seien, sondern von den breiten Massen des deutschen Volkes. Es sei doch die primitivste Methode des Trostes, einen Menschen in einem Schmerz auf etwas Positives hinzuweisen.

«U 47», geführt von Prien (1908-1941), wurde während einer Geleitzugsschlacht am 8. März 1941 versenkt. Das Boot ging mit der gesamten Besatzung unter. Am 24. Mai 1941 war die Presse angewiesen worden, den Tagesbefehl der U-Boot-Waffe zum Tode von Korvettenkapitän Prien «gut aufzumachen».

Der UP-Vertreter Wilke habe aufgrund einer völlig unbestätigten UP-Meldung aus Alexandrien, wonach Schmeling auf Kreta gefangengenommen und dann auf der Flucht erschossen worden sei, den Manager Schmeling, Machon, angerufen, dieser wiederum das Dienstmädchen von Frau Schmeling, das nichts Eiligeres zu tun hatte, als der Frau die Nachricht zu überbringen. Nach 14 Tagen oder drei Wochen könne sich nun herausstellen, dass die Meldung nicht zutreffe, dann habe die Frau nur durch die Geschwätzigkeit eines Auslandsjournalisten den Schmerz um ihren Mann durchlebt, dem in der Tat nichts zugestossen sei. Werde die Meldung bestätigt, dann werde man Frau Schmeling auf eine taktvolle Art unterrichten, aber nicht über den Manager oder das Dienstmädchen. – Der Minister beauftragt Dr. Brauweiler, den Auslandspressevertretern anhand dieses Beispiels eindringlich klarzumachen, dass sie im deutschen Publikum nur das diskutieren, was in der deutschen Presse steht. Dr. Brauweiler bemerkt, dass dies den Auslandsjournalisten immer wieder im Zusammenhang mit dem Abhören ausländischer Sender (was ihnen gestattet sei) gesagt werde. Der Minister ordnet an, dass Dr. Brauweiler dem UP-Korrespondenten Wilke eine ernsthafte Verwarnung erteile und ihm für den Wiederholungsfall sofortige Ausweisung androht.»

Am 29. Mai 1941 meldete die «New York Times» auf der ersten Seite den Tod Max Schmeling. Er sei britischen Meldungen zufolge erschlagen worden, weil er sich der Gefangennahme entziehen wollte.

30. Mai 1941

«a) Der Minister teilt mit, es habe sich herausgestellt, dass Schmeling nicht tot sei, sondern mit einer leichten Ruhrerkrankung im Lazarett in Athen liege. Der Minister beauftragt Herrn Dr. Brauweiler, das der Auslandspresse mitzuteilen – in Gegenüberstellung zu den in alle Einzelheiten gehenden englischen Darstellungen

über den Tod Schmelings – und nochmals eindringlich darauf hinzuweisen, dass künftig gegen Auslandskorrespondenten, die sich disziplinos zur Auskunftseinholung über primitivste menschliche Rücksichten hinwegsetzen, mit schärfsten Mitteln vorgegangen wird.

Am 30. Mai 1941 berichtete die «New York Times» auf Seite 5, dass Schmeling, wie aus Berlin berichtet werde, am Leben sei. Die Engländer hätten ihren Irrtum und die Richtigkeit der deutschen Meldung bestätigt.

Wenige Tage danach wurde der amerikanische Journalist Harry Flannery nach Kreta geschickt, um den Gefreiten Max Schmeling im Frontlazarett von Kania zu interviewen. Das Interview, in dem er ausführte, die Engländer hätten sich tadellos geschlagen und es habe auf Kreta keine Greuel gegeben, erschien versehentlich unzensuriert in der Weltpresse. Auf der Pressekonferenz vom 7. Juni 1941 wurde daraufhin verlautbart: «Schmeling mag ein guter Boxer sein, er ist aber nach amtlicher Auffassung [von Goebbels] ein sehr schlechter Politiker.» Der Fall Schmeling dürfe nicht weiter behandelt werden, auch sei ein früherer PK-Bericht über ihn zu stoppen. Wenig später wurde gegen Schmeling ein Kriegsgerichtsverfahren anhängig gemacht, doch kam es nicht zu einer Anklage, da seine Kameraden die gleichen Aussagen gemacht hatten. Als Unteroffizier wurde Max Schmeling 1943 aus der Wehrmacht entlassen.

b) Zur Behandlung des Themas «Kreta» ordnet der Minister an: das von uns gesammelte Material über Kreta kann jetzt ausgewertet werden. Zwar können wir noch nicht sagen, dass Kreta schon in unserer Hand ist, aber doch schon so polemisieren, als wenn wir Kreta bestimmt bekommen und kein Rückschlag mehr eintreten kann. Jetzt können wir Herrn Churchill um die Ohren schlagen, was er am ersten Tag des Unternehmens selbst erklärte, und die heutigen Geständnisse gegenüberstellen und daraus die Konsequenzen ziehen. Damals hiess es: «Wir werden Kreta mit der ganzen Kraft unseres Empire verteidigen, Kreta darf nicht fallen». Heute: «Ach, Kreta ist eigentlich gar nicht wichtig, wir wollten ja die Deutschen nur aufhalten!» Genau so haben die Engländer gesagt: «Norwegen ist gar nicht so wichtig, wir wollten die Deutschen in Norwegen nur eine zeitlang fesseln, damit sie nicht im Westen angreifen konnten», und ebenso haben sie gesagt: «Frankreich ist ja nicht so wichtig, wir wollten Frankreich nur als Auffangstellung benutzen, damit wir uns im englischen Mutterland vorbereiten konnten».

Bis zum 1. Juni 1941 war Kreta von britischen und griechischen Truppen geräumt.

c) Dem Ausland gegenüber und ebenso den englischen Soldaten soll man sagen: ,Die Engländer sind schlechte Verlierer. Man rühmt immer den «Gentlemangeist» dieser Nation und sagt, dass sie besonders auf sportliche Fairness halten. Davon können wir in ihrer Darstellung des Krieges nichts entdecken. Sie haben nicht ein einziges Mal gesagt: «Wir haben eine Schlappe erlitten.» Einen Soldaten kann es nur anekeln, wie sie versuchen, aus Rückzügen Siege zu machen, Niederlagen als Etappen zum endgültigen Triumph und umgekehrt ganz frech deutsche Siege als Etappen zum endgültigen deutschen Zusammenbruch darzustellen. Der englische Soldat verdient eigentlich eine so schlechte Propaganda nicht. Es würde seinem Ruf

viel nützlicher sein, wenn London ruhig zugeben würde: «Wir haben zwar versucht, Kreta zu halten, wir haben es tapfer verteidigt. Das ist nicht gelungen, das ist eine Schlappe, und das tut uns selbstverständlich sehr leid.» Dann würde die ganze Welt sagen: «Bravo, das ist Haltung»!

Eigentlich müsste sich jeder englische Soldat dagegen zur Wehr setzen, wenn ein paar Schwadronneure im Londoner Rundfunk sagen: «Wir durchschneiden die deutschen Panzer wie Käse», und die englischen Soldaten sind dann gezwungen, sich vor diesen angeblich so miserablen deutschen Panzern zurückzuziehen. Wenn die englische Propaganda gesagt hätte: «Die deutschen Panzer sind unüberwindlich, dagegen kann Menschenkraft nicht an», dann sei ein notwendig werdender Rückzug weniger ehrenkränkend für den englischen Soldaten.'

Ähnlich, aber natürlich mit einigen Abwandlungen, müsse auch in der deutschen Presse geschrieben werden.»

31. Mai 1941

«Der Minister teilt mit, dass der Exkaiser im Sterben liege, und gibt das Zeremoniell für den Fall des Ablebens bekannt. In der deutschen Presse soll die Meldung vom Ableben nicht gross aufgemacht werden (einspaltig erste Seite unten). Das Zeremoniell der Beisetzung könne geschildert werden. Kommentarhinweis des Ministers: «Es ist nicht nationalsozialistische Art, vergangene Träger des Reichsgedankens zu schmähen oder über den Tod hinaus ihnen noch Übles nachzusagen. Es stehe ohne Zweifel fest, dass der Kaiser das Beste gewollt hat, dass aber sein Regime und auch seine Person nicht die Gewähr geboten haben, dass die Reichsinteressen so vertreten würden, wie das heute im nationalsozialistischen Staat geboten und gefordert wird. In der Geschichte entscheidet eben nicht der gute Wille, sondern das grosse Können. Im Übrigen ist es jetzt aber in unserem Schicksalskampf nicht an der Zeit, ein geschichtlich abschliessendes Urteil zu fällen; das wird die Aufgabe späterer Geschichtsschreibung sein». Es soll ausdrücklich betont werden, dass wir es ablehnen, einen solchen Mann im Tode zu schmähen oder etwas Beleidigendes über ihn zu sagen. Wir sind auch keine Bilderstürmer, wir haben nicht, wie die Marxisten, monarchische Standbilder entfernt; das alles gehört nach unserer Auffassung der deutschen Geschichte an. Der Kommentar, betont der Minister, müsse so gehalten sein, dass weder ein Nazi in seinen antimonarchistischen Gefühlen noch ein guter Deutscher in seinen monarchistischen Gefühlen gekränkt werde. Keine Lobeshymnen, aber auch keine Verdammungsurteile. «Die Entscheidung über die deutsche Staatsführung ist ja längst gefällt durch den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung, und wir können deshalb von der Sicherheit eines gefestigten Staatsregimes aus heute ein ruhiges und sachliches Urteil fällen.» Herr Fritzsche wird beauftragt, Aufmachung und Kommentierung der eventuell eintreffenden Meldung noch mit dem Berghof abzustimmen.

Wilhelm II. (1859-1941), Deutscher Kaiser und König v. Preussen (1888-1918) verstarb am 4. Juni in Doorn/Holland. Anlässlich der Beisetzung am 9. Juni 1941 in

Doorn legte der Reichskommissar für die besetzten Niederlande, Seyss-Inquart, den Kranz Hitlers nieder. Ferner war eine Trauerparade in Stärke eines Regiments vorgesehen.

Der Protest gegen die Forderung des Labour-Abgeordneten Davies im Unterhaus, die Regierung solle erklären, dass sie Deutschland nicht zerstückeln wolle, sei wichtig für unsere Polemik in der Frage der englischen Kriegsziele. Zur Forderung, englische Truppen nach Berlin zu schicken, damit die Deutschen nicht sagen könnten, sie hätten den Krieg nicht verloren, könne man bemerken, es sei wichtiger, dass die Engländer vorläufig mal versuchten, Truppen nach Kreta zu bringen, um erst einmal verlorene Positionen zu retten.

Der Minister gibt dann auszugsweise den gestern erwähnten Bericht des Berliner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung», Dr. Schwarz, zur Kenntnis und bemerkt, diese Aneinanderreihung negativer Dinge stelle eine Unverschämtheit dar. Er beauftragt Herrn Dr. Brauweiler, Herrn Schwarz – nicht vor der Auslandspressekonferenz – zu sagen, wir verbäten uns derartige Anpöbeleien. Es sei eine Ungezogenheit als Mitglied eines so kleinen Landes uns von oben herab abzanzeln zu wollen. Das werde nicht mehr geduldet; wenn es noch einmal vorkomme, werde er ausgewiesen. Herr Fritzsche bemerkt hierzu, im Augenblick hätten überhaupt die Auslandsjournalisten in Deutschland keinen Zweck mehr; die Meinungen draussen seien so festgelegt, dass es kaum noch Sinn habe, hinter ein paar Auslandsjournalisten herzulaufen und etwa kostspielige Balkanreisen zu veranstalten. Die Zeit dafür sei vorbei. – Die Reaktion des Auslandes zu dem Bericht von Schwarz müsse sein: «Wenn das durch die deutsche Zensur gegangen ist, dann ist es natürlich in Wirklichkeit noch viel schlimmer.» Der Minister betont, er habe kaum jemals einen Bericht eines Auslandsjournalisten gesehen, der die innere Lage Deutschlands positiv schildere. Der Minister ist der Meinung, dass man schärfer gegen negative Berichte der Berliner Auslandspressevertreter vorgehen müsse. Herr Hunke stellt fest, er habe überhaupt den Eindruck, dass man in der Behandlung der Ausländer viel zu weich verfare. Auch den ausländischen Arbeitern gegenüber.»

Die «Neue Zürcher Zeitung» veröffentlichte am 29. Mai 1941 einen Hauptartikel von Dr. Urs Schwarz (geb. 1905, Berlin-Korrespondent 1940/41) unter der Überschrift «Berliner Stimmungsbild», datierend vom 23. Mai. Der Artikel handelte von den Spuren, die der Luftkrieg und die Vorbereitungen darauf hinterliessen, er streifte die Erregung über den Fall Hess, kam dann auf die Schlangen vor den Tabakläden und die Beschränkung des Bierausschanks zu sprechen und beschäftigte sich ausführlich mit dem Arbeitskräftemangel und den dagegen getroffenen Massnahmen. Eine Verwarnung von Dr. Schwarz scheint jedoch nicht erfolgt zu sein.

«Der Schleier fällt»

JUNI-OKTOBER 1941

5. Juni 1941

«Der Minister erklärt, es sei notwendig, dass die Konferenzteilnehmer über die militärische und politische Lage, welche in naher Zukunft eintreten werde, ins Bild gesetzt werden. Der Führer habe entschieden, dass ohne eine Invasion Englands der Krieg nicht zu Ende gebracht werden könne. Operationen, die im Osten geplant worden seien, wurden abgesagt. Genauere Termine könne er nicht mitteilen, aber sicher sei: in drei, vielleicht in fünf Wochen werde die Invasion Englands beginnen.»

Mit solchen und anderen Ausführungen in den Konferenzen Anfang Juni 1941 suchte Goebbels, den zahlreich kursierenden Vermutungen über den bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion entgegenzutreten und glaubte überdies, die Teilnehmer der Ministerkonferenz hinters Licht führen und täuschen zu müssen. Er beauftragte ferner seine Ressortchefs, bestimmte Vorbereitungen für die Invasion zu treffen. Planmässig wurden mit Hilfe der Partei Gerüchte über einen bevorstehenden Besuch Stalins in Deutschland und über die Verpachtung der Ukraine an Deutschland auf 99 Jahre ausgestreut. 1942 plauderte der Stabsleiter in der Reichspropagandaleitung, Werner Wächter, in internem Kreis ein wenig aus der Schule. Da man im «Zeitalter der Flüsterpropaganda» lebe, erklärte er, wurden während der Vorbereitungen zum Russland-Feldzug neben die wahren Tatsachen so viele Gerüchte gestellt, «die alle gleich glaubhaft waren, dass am Schluss kein Aas [!] mehr wusste, was überhaupt los» sei. Wir wissen heute, dass sich selbst Stalin von der deutschen Propaganda täuschen liess, weil er offenbar seinem von Goebbels allerdings hinters Licht geführten geheimen Nachrichtendienst mehr Glauben schenkte als den ersten deutschen Überläufern am Bug.

Schliesslich regten im Mai/Juni 1941 erschienene Kommentare der britischen Presse Goebbels zu einem Propagandatrick an. Am 13. Juni 1941 veröffentlichte er lediglich in der Berliner Ausgabe des «VB.» einen Leitartikel mit der Überschrift «Kreta als Beispiel», um darin eigentlich kaum mehr zum Ausdruck zu bringen, als was englische Pressestimmen bereits befürchtet hatten. Zu einer Sensation wurde der Artikel erst, nachdem die betreffende Ausgabe des «VB.», die bereits ausgeliefert war, in den Morgenstunden von der Polizei beschlagnahmt worden war. Das aber war von Goebbels zuvor geplant und beabsichtigt, um den Anschein zu erwecken, er habe die bevorstehende Invasion Englands verraten.

Goebbels schrieb wörtlich in dem Artikel: «Und wenn heute in England heiss und leidenschaftlich um den Fall Kreta debattiert wird, so braucht man nur statt Kreta England zu sagen, und man weiss, was gemeint ist.» Er schloss mit der Prophezeiung:

«Und würde man ihm [Churchill] heute wiederum sagen, was in zwei Monaten der Fall sein wird, er würde vermutlich wiederum lachen; und wiederum wird er in zwei Monaten das Nachsehen haben.»

22. Juni 1941

Am 22. Juni 1941 um 3.15 Uhr begann ohne vorherige Kriegserklärung die deutsche Offensive gegen die Sowjetunion. Seit der «Führerweisung» Nr. 21 («Barbarossa») vom 18. Dez. 1940 liefen die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion auf Hochtouren, nur musste der Angriffstermin infolge des Balkan-Feldzuges verschoben werden. Die deutschen und rumänischen Armeen stiessen am 22. Juni 1941 auf einen Gegner, der weder auf einen Angriffs- noch einen Verteidigungskrieg vorbereitet war und somit völlig überrascht wurde. Nicht nur Hitler, sondern auch der deutsche Generalstab waren jedoch auf Grund falscher «Erkundungsberichte» der Überzeugung, dass die Rote Armee an der Westgrenze der Sowjetunion zu einem Angriff gegen das Reich aufmarschiert sei und dieser unmittelbar bevorstehe, dem es nun in einem Präventivkrieg zuvorzukommen gelte.

Am 22. Juni 1941 richtete Hitler eine «Proklamation an das deutsche Volk», in der er dem «Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale» die Schuld an allem gab. Das Reich sei nunmehr gezwungen, die Sicherung und Rettung Europas zu übernehmen. Gleichzeitig erliess Hitler einen «Tagesbefehl an die Soldaten der Ostfront» gleichen Inhalts, unterliess es aber bezeichnenderweise, sich mit einer Proklamation an die «Völker der Sowjetunion» zu wenden.

«Das verbrecherische bolschewistische Doppelspiel, das den überwältigenden Einsatz des deutschen Millionenheeres vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer herausgefordert hat, ist im Laufe der nächsten Tage zum Gegenstand eines umfassenden publizistischen Wirkens der deutschen Presse zu machen, durch das dem deutschen Volke der Sinn und die geschichtliche Bedeutung dieses Kampfes an Hand der Führerproklamation, der vom Reichspressechef gegebenen besonderen Gesichtspunkte und des weiter vorliegenden Materials nachdrücklich umrissen wird.

Wie der Kampf ausgeht, ist für uns klar. Er kann nur mit einem Sieg der deutschen Waffen enden. Die Presse hat jetzt die entscheidende Aufgabe, Herz und Gefühl der Heimat so zu lenken, dass die Front sich auch jetzt wieder auf die Heimat verlassen kann. Diese Arbeit der deutschen Presse ist deshalb von so entscheidender Bedeutung, weil bisher um der militärischen Operationen willen die innere Vorbereitung des deutschen Volkes auf diese Wende hin fehlte.

Das deutsche Volk bewegen heute zwei Fragen:

- a) wie verträgt sich der Krieg mit der Sowjet-Union mit den Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende, nach jahrelangem antibolschewistischem Kampf haben wir dann einen Pakt geschlossen mit Moskau, wie konnte es nun zu der zweiten Wende kommen.
- a) Das wichtigste Argument ist hier die Betonung der Tatsache, dass ein voller Einsatz der deutschen Wehrmacht im Westen solange unmöglich war, als im Osten eine unbekannte verräterische Grösse stand. Die Behandlung dieses Argumentes ist für die psychologische Haltung des ganzen deutschen Volkes in diesem Kampf entscheidend und daher entsprechend gut herauszuarbeiten.

- b) Hier ist klarzumachen, dass es sich nicht einfach um eine einfache Schwenkung handelt. Der Nationalsozialismus ist als Bewegung im Kampf gegen den Bolschewismus angetreten. Er hat unter diesem Zeichen das Reich erobert und neu gegründet. Nach Erfüllung dieser Aufgaben des Reiches ist der Kampf gegen den Bolschewismus durch einen scheinbaren Burgfrieden fast zwei Jahre zurückgestellt worden. Durch den jetzt vom Führer aufgedeckten Verrat der bolschewistischen Machthaber kehrt der Nationalsozialismus und damit das deutsche Volk jetzt zu dem Gesetz zurück, nachdem es angetreten ist, zum Kampf gegen Plutokratie und Bolschewismus.

Der Minister führt wörtlich aus: «Der Führer sagt, es dauert vier Monate. Ich aber sage Ihnen, es dauert nur acht Wochen. Denn so wahr der Nationalsozialismus den Kommunismus an innerem Gehalt haushoch überragt, so wahr muss sich auch auf dem Schlachtfelde seine ungeheure Überlegenheit in kürzester Frist erweisen.»

Wie Semler berichtet, telefonierte Goebbels am 1. Juli 1941 mit dem Führerhauptquartier und erfährt von Hitler, dass er im Osten mit einem Feldzug von dreimonatiger Dauer rechne. In der Öffentlichkeit durfte freilich über diese Zielsetzung nichts verlautbart werden, vielmehr erhielt die deutsche Presse die Weisung, dass sie der Auffassung des Volkes, der schnelle militärische Sieg sei selbstverständlich, indirekt entgegenarbeiten müsse. Nach den SD-Berichten vom Juni 1941 reagierte das deutsche Volk auf den Angriff gegen die Sowjetunion zunächst teils mit Bestürzung, teils mit «gefasster Zuversicht». Erst Siegesmeldungen ließen die anfängliche Nervosität schwinden.

27. Juni 1941

«Die Meldungen aus aller Welt lassen erkennen, dass ein Aufbruch Gesamteuropas gegen den Bolschewismus zu verzeichnen ist, wie er bisher noch nicht festzustellen war. Europa marschiert gegen den gemeinsamen Feind in einer einzigartigen Solidarität und steht gewissermassen gegen den Unterdrücker jeder menschlichen Kultur und Zivilisation auf. Diese Geburtsstunde des neuen Europas vollzieht sich ohne Forderung und Zwang deutscherseits.»

Mit der Proklamation «des Kreuzzuges Europas gegen den Bolschewismus» griff die deutsche Presse Anregungen des Auswärtigen Amtes auf. Deutschland würde in diesem Kreuzzug mit seinen Verbündeten, mit Italien, Finnland, Rumänien, Ungarn und der Slowakei und den faschistischen Freiwilligen anderer Länder ein europäisches Mandat erfüllen, schrieb die deutsche diplomatisch-politische Information. Goebbels hingegen wollte in der Presse das Wort «Kreuzzug» nicht allzu häufig gebraucht sehen, da die mittelalterlichen Kreuzzüge, die Ströme von Blut kosteten, niemals einen vollen Erfolg brachten und daher seiner Meinung nach nur pessimistische Reminiszenzen wiederaufleben lassen würden.

In Moskau erklärte am 29. Juni 1941 das Parteikomitee der KPdSU den Abwehrkampf zum «Vaterländischen Krieg». In seiner Rundfunkrede vom 3. Juli 1941 bezeichnete Stalin den Angriff auf die Sowjetunion als einen «wortbrüchig» begonnenen Überfall und verkündete, «dass die besten Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe schon zerschmettert» seien. Den Krieg dürfe man

jedoch nicht als einen gewöhnlichen Krieg betrachten, nicht nur als Krieg zwischen zwei Armeen, sondern als grossen Vaterländischen Volkskrieg mit dem Ziel, allen Völkern Europas zu helfen, «die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen».

Es sei ein Befreiungskrieg, in dem die Sowjetunion «treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas» hat. «Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten», so Stalin.

5. Juli 1941

«Durch die deutsche Abrechnung mit Moskau wird jetzt der grösste Judenschwindel aller Zeiten aufgedeckt und entlarvt. Das «Arbeiterparadies» entpuppt sich vor aller Welt als ein gigantisches Betrüger- und Ausbeutersystem, in dem die Schaffenden durch blutigsten Terror in menschenunwürdigen Zuständen ein unbeschreiblich erbärmliches Dasein fristen müssen. In diesem System, in dem Juden, Kapitalisten und Bolschewisten Hand in Hand arbeiten, herrscht ein geradezu unvorstellbarer Grad menschlicher Verkommenheit. Alles, was die Millionen deutscher Soldaten heute dort sehen, ist ein einziges Bild niedrigsten sozialen Lebensstandards: angefangen von den erbärmlichen Behausungen und verlausten Wohnungen, von den verwahten Strassen, verdreckten Dörfern bis zur tierischen Stumpfheit ihres ganzen Daseins. In diesem unsagbaren Zustand tiefsten menschlichen Elends hat der Jude durch sein teuflisches System des Bolschewismus die Völker der Sowjetunion gestossen. Diesem grössten Völkerbetrug aller Zeiten ist nun die Maske vom Gesicht gerissen. Der Kampf im Osten bedeutet die Befreiung der Menschheit von diesem Verbrechen.

Die Aufgabe der deutschen Presse wird es nunmehr sein, in einem durchschlagenden Aufklärungsfeldzug die vorstehend umrissenen Gesichtspunkte in grundlegenden eigenen Ausführungen, in der Heranschaffung von Beweismaterial in Wort und Bild und in plastischer Aufmachung herauszuarbeiten. Eine besondere Rolle wird dabei die eindrucksvolle Gegenüberstellung der menschenunwürdigen Zustände in der Sowjetunion gegenüber dem sozialen Fortschritt, dem kulturellen Hochstand und der gesunden Lebensfreude des arbeitenden Menschen im nationalsozialistischen Deutschland einnehmen. Einer guten Bildauswahl, in der die vertierten bolschewistischen Typen dem freien und offenen Blick des deutschen Arbeiters, die verdreckten Sowjetbaracken den deutschen Arbeitersiedlungen, die grundlosen Morastwege den deutschen Reichsstrassen usw.... gegenübergestellt werden, kommt dabei grosse Bedeutung zu. Dazu treten Bilder der Verbrechen der GPU., wie sie zurzeit bereits aus Lemberg vorliegen und vor deren Wiedergabe die Zeitungen nicht zurückschrecken dürfen.»

Das Startzeichen zu dieser Pressekampagne gab Goebbels persönlich mit seinem «Reich»-Artikel vom 6. Juli 1941: «Der Schleier fällt.» Sein Artikel endet mit den Worten: «Der Marschbefehl des Führers an die deutsche Wehrmacht in der Nacht zum 22. Juni war eine welthistorische Tat. Sie wird wahrscheinlich als die entscheidende in die Geschichte dieses Krieges eingehen. Die Soldaten, die nach diesem Befehl marschieren, sind in Wahrheit die Erretter der europäischen Kultur und

Zivilisation gegen die Bedrohung durch eine politische Unterwelt. Deutschlands Söhne sind wieder einmal angetreten, um mit dem Schutz des eigenen Landes zugleich den Schutz der gesitteten Welt zu übernehmen. In der Lehre des Nationalsozialismus geschult und gefestigt, ziehen sie in stürmendem Heerbann nach Osten, zerreißen den Schleier vor dem grössten Völkerbetrug, den die Geschichte kennt, und geben damit ihrem eigenen Volke und der Welt die Möglichkeit zu sehen, was ist, und zu sehen, was kommen wird.»

2. August 1941

Bis Anfang Aug. 1941 stiess die Heeresgruppe Süd an den Dnjepr vor, die Heeresgruppe Mitte siegte in den Schlachten bei Smolensk und Roslawl, während die Heeresgruppe Nord die Düna überschritt und Estland eroberte. Ein an eine Presseagentur gegangener, streng vertraulicher Informationsbericht vom 2. Aug. 1941 schilderte die Lage an der Ostfront und stützte sich vornehmlich auf jene Informationen, die kompetenten Persönlichkeiten und Stellen des Propagandaministeriums zugänglich waren. Es heisst in diesem Bericht:

«Die Frage der Sowjetreserven ist dadurch in der Öffentlichkeit aktuell geworden, dass vor mehr als 14 Tagen der OKW-Bericht lapidar meldete: «Stalin wirft seine letzten Reserven in die Schlacht.» Dieser OKW-Bericht hatte einen tiefen politischen Sinn. Er sollte nämlich die Japaner beeinflussen, die gerade in der Matsuoka-Krise standen und einige Korsettstangen brauchten. Möglicherweise ist die erwartete *politische* Wirkung dieses OKW-Berichts auch eingetreten.

Am 26. Juli 1941 wurden alle japanischen Guthaben in den USA eingefroren. Ferner verhängte Präsident Roosevelt eine Erdölsperre gegen Japan. Der japanische Premierminister, Fürst Konoye, suchte durch Einberufung einer Konferenz mit Roosevelt die japanisch-amerikanischen Spannungen zu beseitigen. Bevor überhaupt über das Zustandekommen einer solchen Konferenz verhandelt werden konnte, stellte aber Roosevelt die für Japan unerfüllbare Vorbedingung des Austritts aus dem Dreierpakt. – Dass Hitler sehr hoffte und letztlich überzeugt war, Japan würde in den Krieg gegen die Sowjetunion eingreifen, die Erfüllung dieses Wunsches aber davon abhängen, dass die Deutschen in Moskau sind, entnahm Goebbels Ende August 1941 einer längeren Unterredung mit Hitler im Führerhauptquartier.

In Wirklichkeit haben die Sowjets nach den schweren Verlusten bei der Schlacht um Minsk und Bialystok Reserven einsetzen müssen, die aber nicht überstürzt und irgendwo hergeholt rasch und planlos in die Schlacht geworfen wurden, sondern die die reguläre Ersatztruppe der einzelnen kampfgeschwächten Divisionen darstellten. Es kann keine Rede davon sein, dass die Sowjets am Ende ihrer Soldatenreserven seien. Sie haben ungeheure Soldatenmengen noch zur Verfügung, es fragt sich lediglich, ob auch jeweils genug Offiziere und Unterführer und genug schweres Material vorhanden sind. Die Sowjetunion hat etwa 190 Millionen Einwohner, allein die ausgebildeten Truppen umfassen sicherlich ein Kontingent von 12 Millionen. Das bolschewistische System ist aber in der Lage, kraft seiner Diktatur, noch viel mehr männliche und auch weibliche Kräfte zu erfassen, da es hierzu nur einer Unterschrift bedarf.

Nach den ersten verlorenen Grenzschlachten und der Einkesselungsschlacht von Minsk sollten Woroschilow, Timoschenko und Budjonny den Sowjetwiderstand reorganisieren

und die Kräfte zusammenfassen. Dies ist ihnen gelungen. Vor allem hatte Timoschenko genügend aktive Divisionen noch zur Verfügung, um die Schlacht um Smolensk zu einer der erbittertsten Schlachten überhaupt werden zu lassen. Die Sowjetarmee brauchte nur in ganz seltenen Fällen zu improvisieren. Dies ist in einem Falle geschehen an der Leningrad-Front, wo für ein bis zwei Tage, um ein Loch zu stopfen, vorübergehend Leningrader Werkschutz in die vorderste Linie geworfen wurde. Er wurde aber dann von aktiven Truppenkontingenten sehr schnell wieder abgelöst. Man nimmt an, dass hinter der Wolga noch eine Sowjetarmee von 5 Millionen Mann steht, dazu im Kaukasus bestimmt auch grössere Kontingente und jenseits des Ural die völlig intakte fernöstliche Armee. Auf diese ganzen Kontingente haben die Sowjets bisher noch gar nicht zurückgegriffen. Sie speisen die Schlachten bisher immer noch mit den riesigen Truppenmengen der einzelnen westrussischen Militärbezirke.

Auch die der Sowjetunion zur Verfügung stehenden schweren Waffen sind ungeheuer zahlreich. Auch Panzer gibt es immer noch mehr als genug, und es wird deutlich, dass der niedrige Lebensstandard des Systems und die nicht unerhebliche Arbeitsleistung des einzelnen in den vergangenen 20 Jahren zu einer unerhörten Materialrüstung der Sowjets führten, die sicherlich unserem Generalstab bekannt waren, aber der deutschen Öffentlichkeit ein Buch mit sieben Siegeln sein sollte. Es ist auch nicht richtig, dass die Sowjetsoldaten nur deshalb bis zum letzten kämpften, weil die Kommissare sie sonst erschiessen würden. Die aktiven Divisionen bestehen aus aktiven Bolschewisten, die in ihrem System das Paradies erblicken und durch die Abschnürung vom Ausland jahrelang nichts anderes hörten und dankbar waren für jeden kleinsten kümmerlichen zivilisatorischen Aufschwung. Das kann natürlich dem deutschen Volk vorläufig noch nicht so deutlich gesagt werden, obwohl es viel zur Klärung beitragen würde.

Anlässlich seines ersten Besuches nach Beginn des Russland-Feldzuges im Führerhauptquartier Ende August 1941 kam Goebbels ebenfalls auf die Widerstandskraft der Sowjetarmeen zu sprechen. Hitler erklärte ihm, dass die deutsche Führung die sowjetische Stosskraft und vor allem die Ausrüstung der Sowjetarmeen unterschätzt habe. Man habe die Zahl der sowjetischen Panzer auf nur 5'000 geschätzt, in Wirklichkeit seien es aber an die 20'000 gewesen. Das gleiche gelte von der Zahl der Flugzeuge, wo man mit etwa 10'000 rechnet, in Wirklichkeit aber über 20'000 zur Verfügung standen. Auf die Frage von Goebbels, ob Hitler bei Kenntnis der genauen Zahlen vor einem Angriff auf die Sowjetunion zurückgeschreckt wäre, gab dieser zu verstehen, dass ihm in diesem Falle der Entschluss viel schwerer gefallen wäre (Hitlers Zahlenangaben waren übrigens masslos übertrieben).

Infolge der Unterschätzung der Sowjetarmeen befand sich die deutsche Kriegführung Anfang August zwar in einer schweren Krise, nun aber hoffe er, noch vor Einbruch des Winters über Moskau hinaus vorzustossen. Vielleicht trete dann, so meinte Hitler in dem Gespräch mit Goebbels, der Augenblick ein, dass Stalin um Frieden bittet. Hitler wäre bereit, die Kapitulation anzunehmen, wenn er grosse gebietsmässige Sicherungen in die Hand bekomme und die Rote Armee bis zum letzten Gewehr zerschlagen werden würde.

Die Zähigkeit des bolschewistischen Widerstandes ist bei den deutschen Plänen mit einkalkuliert worden, da man stets an die schwierigste Situation denkt und danach handelt. Diese Zähigkeit kommt aber dem deutschen Volke etwas überraschend wie vieles andere, so dass durch PK-Berichte, Wochenschauen usw. jetzt wenigstens über diese Tatbestände Aufklärungsunterricht erteilt werden musste.

Termine können nicht genannt werden für die Einnahme der grossen Städte. Man

hört die Anschauung, dass die Besetzung des Sowjetgebietes bis zum Ural unter Umständen erst Weihnachten dieses Jahres erreicht sein könnte, aber auch diese Vermutung ist völlig irrelevant, und man kann darüber überhaupt kaum diskutieren. Im Kriege gibt es Überraschungen nach der positiven und negativen Seite und im Sowjetfeldzug sind diese Überraschungen erst recht nicht ausgeschlossen. Nach überzeugenden amtlichen Auslassungen ist bisher alles programmässig verlaufen und in vieler Beziehung sind wir dankbar, dass die Russen sich im jetzigen Zeitpunkt schon mit so grossen Massen zum Kampf gestellt haben.»

In einem Leitartikel vom 3. Aug. 1941 erklärte Goebbels: «Der bisherige Verlauf des Krieges gegen die Sowjetunion hat alle von uns darüber angestellten Prognosen bestätigt... Das deutsche Volk hat allen Grund, dem weiteren Verlauf der militärischen Operationen mit festem Vertrauen und absoluter Siegesgewissheit entgegenzuschauen ... Augenblicklich wird um die grosse Entscheidung gerungen. Sie wird das Kardinalproblem unseres Kontinents zur Lösung bringen. Mit verhaltenem Atem schaut die ganze Welt diesem dramatischen Vorgang zu. Noch hofft der Feind. Aber er hofft umsonst. Die deutsche Wehrmacht ist dabei, seine letzten Illusionen endgültig zu zerschlagen.»

5. September 1941

Am 5. September 1941 gab Hans Fritzsche vor einem kleinen Kreis Berliner Pressevertreter sehr wahrscheinlich im Auftrage von Goebbels einen vertraulichen Überblick über die Lage an der Ostfront auf Grund von Informationen aus militärischen Quellen. In einer Niederschrift über seine Ausführungen heisst es:

«Der wichtigste Teil der Front liegt *in der Mitte, etwa im Raum Smolensk-Gomel-Tschernigow-Brjansk*. Zu *Anfang August* haben die Russen eine starke Gegenoffensive unternommen, die sie an Smolensk vorbei über *Jelnja* bis über die Beresina hinweg an die Pripet-Sümpfe heranführte. Bei dieser zunächst gelungenen grossen *Durchbruchsbewegung* ist es den Russen gelungen, Bobruisk wieder einzunehmen. Die Flankendrohung für die Armeen Bock war offensichtlich. Es musste daher zum Gegenschlag ausgeholt werden, und es kam dann zur grossen Schlacht von *Gomel*, deren Verlauf durch die Wehrmachtberichte bekannt ist (Mitte August). Kaum war diese Bedrohung vorüber, so begannen die Sowjets eine neue Gegenoffensive, diesmal aus dem Raum von *Brjansk* her in doppelter Richtung: einmal auf Gomel zu und das zweite Mal in Richtung Smolensk. Die Anstrengungen der Russen waren ausserordentlich und sind es wohl noch heute. Man hat festgestellt, dass beinahe jeden Tag, mindestens aber jeden zweiten Tag, jeweils *zwei neue sowjetische Divisionen* zum Einsatz kamen. Alte Weltkriegsoffiziere haben in diesen Tagen mitgeteilt, dass die Härte der Kämpfe schlimmer sei als in den heftigsten Kampftagen am Chemin de Dames. Die Kämpfe sind noch im Gange. Man kann aber sagen, dass weder Smolensk noch Gomel unmittelbar bedroht sind. Im Gegenteil: es hat sich an einem bestimmten Abschnitt aus dieser Operation der Sowjets für uns eine wichtige operative Möglichkeit ergeben, und zwar in der Gegend von *Tschernigow*. Es ist uns hier gelungen, die *Djesna* zu überschreiten und die Stadt Tschernigow selbst gerade in diesen Tagen zu nehmen. Man kann nicht prophezeien, aber es ist durchaus möglich, dass wir von Tschernigow aus die Strasse nach *Charkow* gewinnen. Dieser Vorgang würde auch die östliche Ukraine bedrohen und die Armee Budjonny vom Rücken her angreifen lassen. Diese Operation kann jedenfalls zu einer Entscheidung in diesem Raum führen.

Die Absicht der Sowjets bei diesen beiden grösseren Gegenoffensiven war es, Smolensk (den Schlüssel zu Moskau) und Gomel zurückzuerobern. Der deutsche Nachschub kommt ganz

sicher nach Smolensk. Es steht ihm eine viergleisige Eisenbahn bis in die Stadt Smolensk zur Verfügung, und zwar in deutscher Spurweite, gewiss eine der erstaunlichsten Leistungen der deutschen Eisenbahner. Von Smolensk aus aber kann eine direkte Operation gegen *Moskau* nicht unternommen werden. In dem Abschnitt *Wjasma-Moskau* stehen noch sehr erhebliche Verteidigungskräfte Timoschenkos. Die Stadt Wjasma war nie in deutscher Hand.

Erst am 26. Sept. 1941 gab Hitler der Heeresgruppe Mitte den Angriffsbefehl zur Einleitung der Schlacht um Moskau.

Nach Besprechung der einzelnen Kampfabschnitte machte Fritzsche noch einige Ausführungen über die *Kampfkraft der Sowjets*: Die Zähigkeit des Kampfes und des Widerstandes ist heute noch die gleiche wie am ersten Tage des Ostfeldzuges. In Frontabschnitten von geringerer Bedeutung merkte man allerdings, dass der Ersatz der Sowjettruppen qualitätsmäßig schlechter würde. Zum Teil fände man unausgebildete Kontingente vor oder schlecht bewaffnete. Auch die Zahl der Überläufer mehre sich. Dies alles gelte aber nicht für die Hauptkampfabschnitte. Zahl und Qualität der schweren Waffen nehmen an verschiedenen Frontabschnitten ab, aber auch das deutsche schwere Material sei überbeansprucht und müsse häufig herausgezogen werden. Spürbar sei das Schwächerwerden der Sowjetluftwaffe. Das OKW behauptet, dass die Russen nur noch 2'000 Kampfflugzeuge, also Bomber und Jäger, in erster Linie an der europäischen Front besitzen. Diese verhältnismäßig wenigen Flugzeuge würden von Frontabschnitt zu Frontabschnitt geworfen, um wenigstens in den dringenden Fällen eine Luftwaffenwirkung zu erzielen. In dieser Zahl von 2'000 können natürlich nicht enthalten sein die Maschinen der laufenden Sowjetproduktion – etwa von Kriegsbeginn an. Bei den Panzern macht sich auch hier und da Mangel bemerkbar. Man hat bereits einige sibirische Tanks festgestellt. Dies wird als sehr erfreulich angesehen; denn Abzüge an Menschen und Material von der sowjetischen Fernostarmee interessieren natürlich nicht nur uns, sondern vor allem die Japaner, die darüber genau unterrichtet sein sollen. Dennoch ist es immer wieder erstaunlich, wieviel Panzer die Sowjets überhaupt noch haben und zum Einsatz bringen können.»

18. September 1941

«In Bezug auf die Berichterstattung über den Ostfeldzug machen die Engländer und Bolschewisten im Gegensatz zu ihren früheren optimistischen Schilderungen neuerdings in übersteigertem Pessimismus. Sie zeigen heute Ziele des deutschen Vormarsches auf, die weit über das hinausgehen, was in den nächsten Tagen erreicht werden kann. Diese Taktik verfolgen sie in der Absicht, die deutschen Erfolge nachträglich zu bagatellisieren. So werden immer wieder gewisse Stundenpläne und bestimmte Termine aufgestellt (z.B. die Erreichung des Kaukasus in 6 Wochen). Die deutsche Presse hat hier Gelegenheit, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Engländer uns solche Termine unterschieben.»

Die sowjetische Propaganda betonte zwar Ende Sept. 1941 die Gefahr, die aus einem weiteren Vordringen der deutschen Armeen für die Sowjetmacht erwachse,

fügte aber hinzu, dass letztlich der Winter die «faschistischen Marodeure kleinkriegen» werde, wie man sich in Moskau auszudrücken pflegte. Schliesslich brachte die sowjetische Propaganda stets zum Ausdruck: «Unsere Reserven sind grenzenlos.»

Am 30. Sept. 1941 schrieb Goebbels in einem Leitartikel für «Das Reich»: «Was man in London von uns denkt und welchen Wert man uns dort beizumessen geruht, ist gänzlich belanglos. Entscheidend sind in dramatischen Stunden nur die Realitäten. Die sind nicht durch Phrasen oder Illusionen zu beseitigen, sondern nur durch härtere Realitäten. Solche stehen England nicht zur Verfügung; und darum wird es fallen. Sein Schicksal ist besiegelt. Keine Macht der Erde kann es mehr wenden. Wir werden noch grosse und bewegende Tage erleben. An ihrem Ende aber steht der deutsche Sieg. Er wird das Ergebnis eines höchsten Zusammenspiels aller Kräfte unseres Volkes darstellen. Er ist der Schlusspunkt einer totalen Aktion zu einem totalen Ziel und unter Ansatz totaler Mittel, der Triumph einer aufs Ganze gehenden und auch das Ganze erfüllenden Kriegführung und Politik.»

4. Oktober 1941

«Von militärischer Seite wird gebeten, bei der Kommentierung der Führer-Rede hinsichtlich seiner Ausführungen über Moskau nicht über das hinauszugehen, was der Führer wörtlich sagte. Bei der weiteren Kommentierung kann durchklingen, dass neue Operationen im Gange sind, dass in altgewohnter Weise über diese Operationen nichts gesagt wird, ehe nicht die gewünschten Ziele bzw. Erfolge erreicht worden sind. Was das Kriegsende anbetrifft, so kommt es darauf an, herauszuarbeiten, dass es nicht so wichtig ist, wann der Krieg zu Ende ist, als vielmehr, wie er zu Ende geht. Auch bietet sich die Möglichkeit, den Hinweis des Führers bezüglich Reden und Taten entsprechend zu kommentieren und zu unterstreichen, dass das Gesetz des Handelns seit Beginn des Krieges auch noch nicht einen einzigen Tag der Hand Deutschlands entglitten sei.

Es bestehen auch keine Bedenken dagegen, dass die Zahlen und Angaben über die bisherigen Erfolge im Osten zur Untermauerung der Kommentare herangezogen werden. Schliesslich ist es in jeder Weise erwünscht, dass der Appell an die Opferbereitschaft auch bei der Kommentierung zum Tragen kommt, wobei darauf hingewiesen werden kann, dass Deutschland mit der Niederrichtung des Bolschewismus eine lebensgefährliche Krise überstanden hat und der bolschewistische Widerstand gebrochen ist.»

Am 2. Okt. 1941 begann die grosse deutsche Offensive gegen Moskau. In der Nacht vom 1. zum 2. Okt. erliess Hitler eine Proklamation an die Soldaten der Ostfront, in der er zum Ausdruck brachte, nun sei «endlich die Voraussetzung geschaffen worden zu dem letzten gewaltigen Hieb, der noch vor dem Einbruch des Winters diesen Gegner zerschmettern soll».

Am Nachmittag des 3. Okt. sprach Hitler auf der Eröffnungskundgebung des Kriegswinterhilfswerks im Berliner Sportpalast und erklärte, dass die Sowjetunion «bereits gebrochen» sei und «sich nie mehr erheben» werde. In den «Frontlage-Berichten» war davon wenig zu spüren. Dennoch stand die deutsche Propaganda seit der Hitler-Rede vom 3. Okt. für die nächsten Wochen unter dem Motto: «Der Krieg im Osten ist entschieden, der Kampf ist noch nicht beendet.» Eine Presseverlautbarung des Reichspressechefs Dr. Dietrich vom 9. Okt. 1941 unterstrich die

Ausführungen Hitlers, dass im Ost-Feldzug «mit der Zertrümmerung der Heeresgruppe Timoschenko» die Entscheidung gefallen sei. Der «VB.» schrieb am 10. Okt.: «Stalins Armeen sind vom Erdboden verschwunden.»

Dazu nachträglich Dietrich: «Hitler sagte mir – um es inhaltlich zusammenfassend nochmal zu wiederholen –, dass er nach allem bereits Voraufgegangenen mit den beiden letzten grossen Vernichtungsschlachten [Kiew und Wjasma/Brjansk] den Gegner schon rein zahlenmässig jetzt so ungeheuerlich in seinem Feldheer und seinem Kriegsmaterial geschwächt habe, dass er nicht mehr die Kraft besitze, den siegreichen deutschen Panzerarmeen mit Aussicht auf Erfolg Widerstand zu leisten. Wenn auch noch eine Reihe mehr oder weniger schwerer Kämpfe bis zur völligen Besiegung des Gegners den deutschen Truppen bevorständen, so seien die deutschen Armeen doch über den Berg hinüber, und die Entscheidung im Ostfeldzug sei damit praktisch gefallen. Der Traum unserer Gegner vom Zweifronten-Krieg sei ausgeträumt.

Hitler war in diesem Augenblick der festen Überzeugung, dass der ganze Krieg damit gewonnen sei, und gab dieser Überzeugung in einem Gefühlsausbruch mir gegenüber Ausdruck, ohne dass ich in meiner Pressekonferenz so weit gegangen wäre, davon der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben. Aber ich hatte keinen Grund zu bezweifeln, was der Feldherr und Oberste Befehlshaber mir in seinem Hauptquartier über die Ereignisse im Osten zum Zwecke der Veröffentlichung so spontan mitteilte.»

13. Oktober 1941

Am Abend des 13. Okt. 1941 machte Hans Fritzsche «zweifellos in höherem Auftrage» vor dem Berliner Verband der auswärtigen Presse grundsätzliche Ausführungen über die künftigen politischen Planungen. Der politische Extrakt seiner Ausführungen wurde in einer Niederschrift vom 14. Okt. 1941 festgehalten:

«Die militärische Entscheidung dieses Krieges ist gefallen. Was nun noch zu tun bleibt, trägt vorwiegend politischen Charakter nach Innen und nach Aussen. An irgendeinem Punkte werden die deutschen Heere im Osten stehenbleiben, und es wird dann eine von uns gezogene Grenze errichtet, die das grosse Europa und den unter deutscher Leitung stehenden europäischen Interessenblock abschirmt gegen Osten. Es ist möglich, dass militärische Spannungen und auch kriegerische Auseinandersetzungen im Kleinen noch *acht oder zehn Jahre andauern*, diese Lage ändert jedoch nach dem Willen der deutschen Staatsführung nichts daran, den europäischen Kontinent aufzubauen und ihn nach eigenen, von Deutschland diktierten Gesetzen zu ordnen. Gewiss ist dies ein «*Europa hinter Stacheldraht*», aber dieses Europa wird wirtschaftlich, industriell und agrarisch vollständig autark sein und militärisch im Grunde *unangreifbar*.

Die deutsche Staatsführung denkt nicht daran, England und Amerika in den Weiten der Räume zu verfolgen und zum Kampf zu stellen. Für Europa ist dabei nichts zu gewinnen, der Aufwand an Menschen und Material stünde in keinem Verhältnis zu dem erreichbaren Nutzen. Etwas anderes ist es mit dem Gebiet der britischen Insel. Das am Montag ausgegebene sehr massive deutsche Dementi gegen angebliche Friedensfühler des Reiches bei England und den USA hat schon die politische Linie aufgezeigt, nach der jetzt gehandelt wird. Es kommt nicht in Frage, dass wir England nach der Entscheidung im Osten einen Ausgleichsvorschlag

machen, sondern es kommt höchstens in Frage, dass die britische Insel im Augenblick ihrer totalen militärischen Niederlage an uns herantritt, um im Rahmen des neuen Europas als äussere Insel einen von uns zugemessenen Platz zu erhalten. Die Frage ist dabei gleichgültig, ob nun sehr bald die britische Insel militärisch angegriffen und besetzt wird, ob im Frühjahr nächsten Jahres oder im Sommer oder wann immer. Ein derartiges militärisches Unternehmen wird nur von einem kleineren Teil unserer Gesamtwehrmacht durchzuführen und zu beenden sein. Deutschland wird jetzt den europäischen Kontinent wohlbeschützt und gesichert einem Aufbau zuführen, wenn auch hinter Stacheldraht und immer abwehrbereit. Wir wollen nicht die uferlose Ferne, sondern die Konzentration auf die gewaltigen europäischen Aufgaben der Zukunft. Sollten wir darin durch Bombenangriffe des Gegners oder durch Angriffe an der Ostgrenze oder an anderen Grenzgebieten gestört werden, so wird jeweils die Vergeltung furchtbar sein, bis derartige Unternehmungen von Seiten des Gegners unterbleiben. Gegenüber den von uns beherrschten Völkern wird die Sprache sehr viel freier und kälter werden. Es ist natürlich nicht angängig, dass ein kleiner Miststaat gegen den europäischen Frieden mit Sonderwünschen und Sonderforderungen angeht, er wird dann nämlich mit Härte an seine europäische Aufgabe erinnert werden müssen. Damit ist auch verbunden, dass die deutsche Presse in Zukunft, wenn nämlich der Status des friedlichen Europa verkündet wird, sehr viel freier hinsichtlich der Behandlung der europäischen Völker und Kleinstaaten arbeiten kann. Es bedarf dann keiner Zensur mehr, da der imperiale Instinkt ausreichen dürfte, um bei jeder Gelegenheit den deutschen Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Tritt also das Militärische zurück – da der Krieg als Kette von Kampfhandlungen im Wesentlichen beendet ist – so tritt *das Politische* umso stärker in den Vordergrund. Hierfür sind aber die Zeitungen von ungemeiner Wichtigkeit und überhaupt das entscheidende Führungsmittel des Volkes. Geführt werden soll das deutsche Volk zum imperialen europäischen Gedanken, zur Erkenntnis, dass der Spannungszustand noch viele Jahre bleibt und dass dies eine natürliche Ordnung des Weltgeschehens für unsere europäische Zukunft darstellt. Genau wie die Engländer in Indien an ihrer Nordostgrenze dauernd Plänkeleien haben, so wird Deutschland vielleicht im Osten oder an anderen Grenzen irgendwelche Kämpfe oder Scharmützel auszufechten haben. Dies stärkt den Kampfgeist und die Ausbildung der jungen Mannschaft des Reiches. Die grossen Heere des Reiches können automatisch vermindert werden, vielleicht auf $\frac{5}{8}$ Millionen oder 1 Million oder $1\frac{1}{2}$ Millionen Mann. Man braucht dann wohl eine starke Luftflotte, aber nicht mehr ein 10-Millionen-Heer. Nach Auffassung der deutschen Staatsführung ist der Süden ein absolut zweitrangiger Kriegsschauplatz, nachdem die gewaltige militärische Entscheidung im Osten gefallen ist und die Sowjets sich nie wieder erheben können.

Wörtlich sagte Fritzsche, wenn das deutsche Volk innerlich sich damit abgefunden habe, dass diese Art Kriegszustand mit selbstverständlich vermindertem Einsatz

an kämpfenden Menschen und an Material für 10 Jahre andauert, dann wären praktisch neun Jahre dieser Zeit bereits überwunden. Es ist nun die Aufgabe der deutschen Presse, diese Aufklärung auf bestimmte Stichworte hin im kommenden Winter zu betreiben, und diese Aufgabe ist aus psychologischen Gründen natürlich *hochpolitisch*. Das *Stehvermögen* des deutschen Volkes muss gestärkt werden, dann wird sich die Entwicklung so planmässig vollziehen, dass innerhalb kurzer Zeit niemand mehr merkt, dass überhaupt kein Frieden geschlossen wurde. Dies klingt auf den ersten Blick merkwürdig, aber man muss bedenken, dass ja innerhalb absehbarer Zeit grosse Entlastungen vorgenommen werden und im Sinne der europäischen Aufgabe ja auch vorgenommen werden müssen, dass ferner in weiten Gebieten des Reiches, vor allem im Osten, Süden und Mitte die Verdunkelung teilweise aufgehoben wird, dass die ganze Arbeit des Volkes sich konzentrieren wird auf mehr friedensmässige Produktionsziele, dass innerhalb übersehbarer Zeiträume auch die Nahrungsmittelzufuhr aus dem Osten usw. zu funktionieren anfängt – kurzum, dass die Härten des Krieges zwar nicht mit einem Schlage, aber doch nach und nach verschwinden, ein ungeheurer Arbeitsrhythmus einsetzt mit Verdienst und Landgewinn und grossen Geschäften. Die Bombenangriffe werden nach Berechnung der Staatsführung nach und nach ebenfalls geringer werden, weil eben die jeweilige deutsche Vergeltung es dem Gegner unratsam erscheinen lassen wird, auf *diesem* Wege das deutsche Volk einzuschüchtern. Die Presse wird beweglicher werden, sie wird in einem sehr viel grösseren Raum zu Hause sein und mit souveräner Hand politisch arbeiten können, wo sie vorher an kleinlichste Richtlinien gebunden war. Für diesen Zweck ist natürlich Papier notwendig, und Fritzsche gab das Versprechen, dass noch im Laufe dieses Winters die Papierkontingente reichlicher und immer reichlicher zu fliessen beginnen, da dies eine Entscheidung des Führers sei. Sollte aber diese Papierausschüttung zunächst noch durch eine weitere Verschärfung der Papierkontingente eingeleitet werden müssen, so solle man nicht an der Aufgabe verzweifeln, die geradezu naturgesetzlich der deutschen Presse im grössten Umfange bald gestellt werden muss. Wörtlich sagte Fritzsche: «Und wenn die Zeitungen nur noch als Flugblätter erscheinen müssten, so hätten diese Flugblätter heute schon eine derartige europäische Geltung, dass ihr Echo grösser ist als eine sonstige lendenlahme dickleibige Zeitschrift.

Die Entscheidung dieses Krieges ist gefallen. Der deutsche Journalismus habe nach so viel Jahren der Mühen und der Disziplin bald die Chance, den Lohn für diese komplizierte Arbeit der vergangenen Jahre einzuheimsen. Er wird weiter *das* Führungsmittel sein gegenüber dem der Rundfunk, die Volksversammlung und jeder Gauleiter und Reichskommissar zu verstummen hat.»

Wenn auch im Ostheer die amtlichen Erklärungen über die gefallene Entscheidung im Ostfeldzug auf vielfachen Widerspruch stiessen und vor allem die Frontlage nicht rechtfertigte, von einem bevorstehenden Zusammenbruch des sowjetischen Widerstandes zu sprechen, so schien man zumindest im Führerhauptquartier in der ersten Oktoberhälfte anderer Meinung gewesen zu sein und das nicht allein deshalb, um

durch vorzeitige Siegesmeldungen Japan in den Krieg hineinzuziehen bzw. in den Auseinandersetzungen mit den USA den Rücken zu stärken. Die Front meldete jedenfalls Mitte Okt. 1941 harte sowjetische Abwehr- und Angriffskämpfe vom Süden bis Norden. Ausserdem verlangsamte sich der deutsche Vormarsch durch die Verschlammung der Strassen bzw. durch andauernden Schneefall, der zu Schneeverwehungen von einem Meter Höhe führte.

Den angeblich greifbaren deutschen Sieg glaubte man vielmehr aus «Erkundungsberichten» herauszulesen. Nach «übereinstimmenden Gefangenenaussagen» von Anfang Okt. standen zur Verteidigung Moskaus zu jenem Zeitpunkt nur meist unausgebildete NKWD- und Milizverbände zur Verfügung ohne Artillerie und mit wenigen schweren Waffen. Hitler sah sich bereits in Moskau und verbot daraufhin am 7. Okt. 1941 die Annahme der erwarteten Kapitulation der Stadt. Ferner wurde am 10. Okt. der Beginn der Evakuierung Moskaus gemeldet sowie die Verlagerung von Industriebetrieben in Stalingrad, Charkow und Kursk nach dem Ural. Als man in Moskau am 11. Okt. appellierte, die letzten Kräfte zur Verteidigung einzusetzen, und allen Sowjetsoldaten befahl, auf ihre Waffen zu achten, meinte man im Führerhauptquartier, dass nunmehr die sowjetischen Menschen- und Materialreserven erschöpft seien.

Die politischen Pläne, mit denen sich wahrscheinlich Hitler zu jener Zeit beschäftigte – Anklänge davon fanden sich noch in Hitlers Tischgesprächen vom 8. bis 10. Nov. 1941 – erläuterte Fritzsche ganz gewiss im vollen Einverständnis mit Goebbels vor der Berliner Presse. Infolge der Fehleinschätzung der militärischen Lage ersuchte ausserdem Goebbels in einem Schreiben vom 30. Sept. 1941 Reichsleiter Bormann, bei Hitler zu erwirken, dass noch vor Einbruch des Winters unentbehrliche Propagandafachkräfte aus der Wehrmacht entlassen werden. Am 18. Okt. 1941 antwortete ihm der Chef des OKW, Keitel, aus dem Führerhauptquartier, dass Hitler wie folgt entschieden habe: «Mit Abschluss der Ostoperationen wird die Propaganda ein neuer Schwerpunkt der deutschen Kriegführung werden. Aus diesem Grunde hat der Führer sich im Grundsatz mit Ihren Forderungen einverstanden erklärt und gewünscht, dass für den Winter 1. die für die Propaganda unentbehrlichen Arbeitskräfte im Rahmen der für die Fortsetzung des Krieges gegebenen Notwendigkeiten weitgehend entlassen werden ...»

14. Oktober 1941

«Die gewaltig angestiegenen Gefangenenanzahlen (das Überschreiten der Dreimillionengrenze wird im Laufe des Tages gemeldet werden) sind für die deutsche Presse der Anlass, hieran den Zusammenbruch der Sowjetarmee und die ungeheure Leistung des deutschen Soldaten und seiner Führung, sowie die Bedeutung der von ihnen erzwungenen militärischen Entscheidung im Osten zu würdigen. Daneben ist es die Aufgabe der deutschen Presse, laufend die lächerlichen Berichte und Schilderungen sogenannter militärischer Sachverständiger des Feindes abzufertigen und die Grösse der weltgeschichtlichen militärischen Entscheidung der Gegenwart ständig den kindischen Lügen Londons und Moskaus gegenüberzustellen. Um die Gefangenenanzahl des Ostfeldzuges richtig würdigen zu können, ist es notwendig, die Gesamtzahl der Gefangenen des Weltkrieges, die sich auf 2'520'983 belief, zu kennen bzw. gegenüberzustellen. Hiervon waren 1'434'529 Russen, 535'411 Franzosen und 185'329 Engländer. Weiterhin ist es erforderlich, die Toten

und blutigen Verluste der Sowjets hinzuzuzählen, um zu erkennen, dass bei weitem die grösste Wehrmacht der Welt an Mensch und Material der Vernichtung anheimgefallen ist.»

Da man sich im feindlichen Ausland ausserdem auf einen raschen Fall Moskaus eingestellt hatte, dieser aber nicht eintrat, war in der zweiten Oktoberhälfte namentlich in der britischen Presse zu lesen, dass die deutsche Propaganda dem deutschen Volk unbedingt den Sieg über die Sowjetunion suggerieren wolle und das sowohl mit Sondermeldungen, die den Anschein erwecken, als habe sich etwas ereignet, als auch durch die Bekanntgabe von Gefangenenzahlen mit mehreren «Nullen», die zu beweisen hätten, dass es keine sowjetische Armee mehr gebe. Noch im Okt. protestierte zwar Goebbels gegen die Nachrichtenpolitik Dietrichs angeblich bei Hitler, weil sie der deutschen Propaganda alle Glaubwürdigkeit nehme, ahnte aber offenbar nicht, dass diese von Hitler direkt inspiriert worden war.

29. Oktober 1941

«Ende Oktober melden die ausländischen Zeitungen, dass der Botschafter von Papen in Ankara eingetroffen sei, und knüpfen mancherlei Kombinationen daran.

Am 29. Oktober – es ist sein Geburtstag – gibt sich Goebbels bei der Ministerkonferenz gesprächiger als sonst. Er teilt den Referenten streng vertraulich mit, in Kürze werde eine DNB-Meldung etwa folgenden Inhalts herauskommen: ‚Der Führer hat dem türkischen Staatspräsidenten Ismet İnönü anlässlich des Jahrestages der Gründung der türkischen Republik seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt!‘

Die Neugier ist geweckt. Man darf sich trauen zu fragen. ‚Gibt es in Bezug auf die Türkei den Unterschied zwischen Neutralität und Nicht-Kriegführen?‘

‚Dieser Unterschied‘, erwidert der Minister, ‚ist nicht völkerrechtlicher, sondern politischer Natur. Er ist durch die Haltung verschiedener Staaten im Laufe der letzten Jahre eingeführt worden.‘

‚Die Türken können also als neutral betrachtet werden?‘ – ‚Selbstverständlich.‘ Daraus ist noch nichts zu entnehmen. Man muss es etwas direkter versuchen: ‚Herr von Papen ist schon oft zu besonderen Missionen verwendet worden. Könnte man aus dem Geheimnis, Herr Minister, in das Sie sich hüllen, schliessen, dass in diesem Falle etwas Ähnliches vorliegt?‘ – Goebbels lächelt. ‚Auch mit noch so grosser Liebenswürdigkeit wird es Ihnen nicht gelingen, mich zu irgendeiner Äusserung über die Reise des Botschafters von Papen hinzureissen.‘

Nun sind alle überzeugt, dass etwas ganz Grosses bevorsteht.»

Am 29. Okt. 1941 sandte Hitler ein «Glückwunschtelegramm» an Staatspräsident Ismet İnönü zum türkischen Staatsfeiertag. Alle deutschen Versuche, die Türkei zu einem Kriegseintritt gegen die Sowjetunion zu bewegen, scheiterten jedoch. Bereits in den ersten Novembertagen erteilte Präsident İnönü anlässlich der Eröffnung der Wintertagung des türkischen Parlaments den in Berlin gehegten Absichten eine deutliche Absage. Er erklärte, dass Deutschland, falls es den Durchmarsch von Truppen durch die Türkei oder den Gebrauch türkischer Stützpunkte am Schwarzen Meer für einen Angriff auf den Kaukasus oder Nord-Iran fordern würde, eine kategorische Weigerung erhalte, wenn nötig unter Anwendung von Waffen.

«Ein Krieg ohne Krise ist kein Krieg»

NOVEMBER 1941-MÄRZ 1942

17. November 1941

«Den Waffentaten der deutschen Armee folgt nunmehr eine grosszügige neue Ordnung, die ihrer Bedeutung gemäss zu würdigen ist. Hervorzuheben ist nachdrücklich der Begriff Ostland, ohne dass die Grenzen dieses Gebietes irgendwie umschrieben werden. Es wird auf das DNB-Material verwiesen, das die kämpferische Arbeit, vor allem des neuen Reichsministers und auch seiner Mitarbeiter Meyer, Lohse und Koch würdigt. Die Berufung des Reichsministers Rosenberg und seine Betrauung mit der Aufbauarbeit und der neuen Gestaltung des Ostraumes ist die Anerkennung des Führers für Rosenberg auch auf dem staatspolitischen Gebiet. Bei der Kommentierung sollen keine Prognosen hinsichtlich der Gestaltung dieses Raumes in der Zukunft angestellt werden. Im Vordergrund steht vielmehr die Tatsache, dass diese Betrauung dazu dient, dass Ordnung in den besetzten Gebieten, die unter langjähriger Missherrschaft der Bolschewiken gelitten haben, hergestellt wird. Bei der Würdigung der kämpferischen Persönlichkeit Rosenbergs, und vor allem seiner Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus, die Rosenberg praktisch seit dem Jahre 1918 betrieben hat, ist darauf zu achten, dass die Kriegsschuldfeststellung vom 22. Juni 1941 nicht erschüttert wird.»

Am 17. Nov. 1941 erschien in der Presse die Bekanntmachung, dass Hitler in den neu besetzten Ostgebieten, in denen die Kampfhandlungen beendet waren, eine Zivilverwaltung zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung eingesetzt habe. Reichsleiter Alfred Rosenberg (1893-1946; geb. in Reval als Sohn eines Schuhmachers) ernannte er zum «Reichsminister für die besetzten Ostgebiete» mit Sitz in Berlin, Gauleiter Dr. Alfred Meyer zu seinem ständigen Stellvertreter. Zum «Reichskommissar für das Ostland» (für Weissruthenien und die drei baltischen Staaten) bestellte er Gauleiter Hinrich Lohse und zum «Reichskommissar für die Ukraine» Gauleiter Erich Koch. Geplant waren ferner Reichskommissariate für den Kaukasus und für Moskau.

Die Absichten Hitlers, die besetzten Ostgebiete zur grossen deutschen Kolonie zu machen, konnten von Anbeginn nicht verborgen bleiben. Sie waren auch nicht durch Weisungen an die Presse zu verschleiern, wie etwa die vom 21. Dez. 1941: «Über die Endabsichten in der Gestaltung des Ostraumes soll vorläufig nicht gesprochen werden. Insbesondere ist es unzweckmässig, den Begriff ‚Kolonien‘ oder ‚Kolonialmethoden‘ in der Auseinandersetzung mit den Problemen des Ostens anzuwenden.»

Noch viel weniger durfte etwas von den Exekutionen, die der Einführung der «Neuen Ordnung» vorangingen, in die Öffentlichkeit dringen. In einem Erlass des Chefs des OKW, Keitel, vom 2. Nov. 1941, der auch an das Propagandaministerium ging, wurde bestimmt: «1. Die Sicherung der Deutschen Wehrmacht und der Verwaltung in den besetzten Gebieten und darüber hinaus die Sicherheit des Deutschen Volkes für die Zukunft erfordert zahlreiche Exekutionen. Solche Exekutionen zu fotografieren ist grundsätzlich verboten ... 2. Die mit der Durchführung von Exekutionen beauftragten militärischen Stellen sind verpflichtet, jeweils die zur Durchführung dieses Befehls erforderlichen Vorkehrungen zu treffen und alle überflüssigen Zuschauer fernzuhalten ...»

18. November 1941

«Über die Versorgung der Truppen im Osten mit *Winterausrüstung* wird mitgeteilt: Die für die Truppe notwendige Winterbekleidung (Pelze, Fahrmäntel, warme Unterkleidung usw.) ist bereits im Laufe des Sommers vorsorglich beschafft worden. Sie liegt an den Endpunkten der Eisenbahn zur Ausgabe an die Truppe bereit. Zum Teil ist mit der Ausgabe auch bereits begonnen worden. Die Ausgabe wird erschwert durch die Transportlage, so dass eine gewisse Verzögerung unvermeidlich ist. Es ist daher unzweckmässig, auf die Winterausrüstung der Truppe, wie es an sich zur Beruhigung der Bevölkerung erwünscht wäre, bereits jetzt zu sprechen zu kommen. Die Folge würde sein, dass aufgrund von Nachrichten in der Presse die Soldaten an ihre Angehörigen schreiben würden, dass sie die Winterbekleidung noch nicht erhalten haben. Damit würde das Vertrauen in die deutsche Nachrichtengebung in einem wichtigen Punkt erschüttert. Bei der Auswahl von PK-Bildern muss daher besonders darauf geachtet werden, dass nicht Bilder erscheinen, die den Schluss zulassen, dass die Truppe noch keine Winterkleidung erhalten hat. (Unerwünscht sind z.B. Bilder, die einen Zug Kriegsgefangener mit Mänteln zeigen, während die deutsche Begleitmannschaft ohne Mäntel marschiert; besonders bei älteren Bildern besteht die Gefahr.)

Erste Vorbesprechungen über die Bereitstellung von Winterkleidung für die Truppe wurden Ende Juli/Anfang August geführt. Mitte September hielt der Generalquartiermeister dem Chef des Generalstabes des Heeres Vortrag über die vom Generalstab «einheitlich gesteuerte Wintervorbereitung». Als in Russland der Winter einfiel, war jedoch die Truppe weder mit der nötigen Winterkleidung versehen noch diese in den rückwärtigen Heereslagern in erforderlichem Umfang bereitgestellt. Um den dringenden Bedarf zu decken, lief Ende Dezember 1941 die von Goebbels schon im August angeregte «Wollsammlungsaktion» an. Damals lehnte General Jodl das Angebot von Goebbels ab, eine «nationale Sammlung» von Winterkleidung zu organisieren, weil man u.a. befürchtete, Front und Heimat, die meinten, der Ostfeldzug würde vor Einbruch des Winters beendet sein, zu schockieren.

Später erzählte Goebbels, dass er nochmals im Oktober 1941 General Jodl wegen der Winterbekleidung angesprochen habe, dieser ihm aber von oben herab sagte: «Im Winter? Da sitzen wir in warmen Quartieren von Leningrad und Moskau. Das lassen Sie nur unsere Sorge sein.» Inzwischen war auch vom Generalquartiermeister, General Wagner, der sich nach dem 20. Juli 1944 das Leben nahm, in

Smolensk eine Ausstellung über die Winterausrüstung der Ostsoldaten gezeigt worden. Aufnahmen davon erschienen in der Wochenschau. Dazu Goebbels: «Es stellte sich heraus, dass General Wagners Ausstellung und die Versicherungen, die er mir und auch dem Führer gegenüber abgegeben hatte, der pure Schwindel waren. Er hatte nicht viel mehr Winterausrüstung, als er für sich selbst und seine Ausstellung benötigte. Ich hatte dem Volk in der Wochenschau das Potemkinsche Dorf von der Winterausstellung in Smolensk gezeigt, das General Wagner aufgebaut hatte. Ich wurde natürlich vom Volk mit der Verantwortung belastet. Da kann man mal sehen, hiess es, wie der Goebbels lügt.» Und er log erneut, als am 18. November 1941 die Presseweisung über das mit Winterkleidung versorgte Ostheer herauskam.

Die englische Militärmission in Moskau hat den Sowjets schon wiederholt den Rat gegeben, den Widerstand im Raum von Moskau aufzugeben, sich in Richtung auf den Ural zurückzuziehen und die Sowjetarmeen unbehelligt vom Gegner zu reorganisieren. Es ist unerwünscht, wenn in der deutschen Presse den Sowjets derselbe Rat wie von den Engländern gegeben wird.»

Mitte November begann die 2. Phase der Schlacht um Moskau, aus der sich am 5./6. Dezember die sowjetische Gegenoffensive entwickelte, die die deutschen Angriffsoperationen endgültig zum Stehen brachte und die fast bis an den Stadtrand von Moskau vorgestossenen Einheiten zum Rückzug zwang. Die Führerweisung Nr. 39 vom 8. Dez. 1941 befahl: «Sofortige Einstellung aller Angriffsoperationen und Übergang zur Verteidigung.» Am 16. Dezember folgte Hitlers «Halt-Befehl».

Am 1. Dezember 1941 erklärte Goebbels in der Aula der Berliner Universität: «Militärisch unangreifbar und wirtschaftlich gesichert, kann schon jetzt dieser Erdteil mitten im Kriege seine Neuordnung organisieren, als ob die Kräfte der Vergangenheit überhaupt nicht mehr vorhanden wären.»

7. Dezember 1941

«Der Minister macht aufgrund seiner in Wien gewonnenen Eindrücke folgende grundsätzliche Ausführungen:

Die bisherige Propaganda hat den grundlegenden Fehler gemacht, dass sie das deutsche Volk durch Fernhaltung jeder unangenehmen Nachrichten überempfindlich für etwaige vorübergehende Rückschläge gemacht hat. Die Bevölkerung selbst weiss im Allgemeinen mehr über die Gesamtlage, als sich lediglich aus der Presse ergibt, und sie verträgt und verlangt, dass man ihr auch unangenehme Wahrheiten mitteilt. Churchill hat es richtig gemacht, als er kurz nach Beginn des Krieges den Engländern «Blut, Schweiss und Tränen» in Aussicht stellte. Die deutsche Propaganda, die selbstverständlich den berechtigten Optimismus hinsichtlich des Kriegsausgangs immer zu ihrer Grundhaltung machen muss, soll in allen ihren Zweigen in Zukunft mehr realistisch gehalten sein. Als Beispiele verweist der Minister darauf, dass der Bevölkerung ruhig gesagt werden solle, dass die Gesamtlage im Grossen und Ganzen Weihnachtsgeschenke erübrige, dass ihr die Einschränkungen im Reiseverkehr unter entsprechender Erläuterung nicht nur für einige Tage, sondern für längere Zeit in Aussicht gestellt werden müssen u.ä.

Der Minister kommt auf die Frage zu sprechen, wie der Widerstand der russischen Soldaten und der russischen Bevölkerung zu erklären sei. Er weist darauf hin, dass

der Russe sehr viel Härteres gewohnt sei als der Deutsche. Die russische Armee kenne z.B. weder die Einrichtung einer Feldpost noch die Benachrichtigung von Verwandten im Todesfalle. Deutschland habe Frankreich besiegt, weil der Deutsche dem Franzosen an Härte überlegen war und der Deutsche müsse noch härter werden, um auch den Russen innerlich zu überwinden.

Der OKW-Bericht vom 8. Dez. 1941 meldete: «Die Fortsetzung der Operationen und die Art der Kampfführung im Osten sind von jetzt ab durch den Einbruch des russischen Winters bedingt. Auf weiten Strecken der Ostfront finden nur noch örtliche Kampfhandlungen statt.»

Der Minister teilt mit, dass Richtlinien für die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen auszuarbeiten seien. Das Propagandaministerium wird eine Ressortbesprechung unter Beteiligung des OKW, des Ostministeriums, der Parteikanzlei, des Ministeriums Todt, des Vierjahresplanes und der wirtschaftlichen Ressorts einberufen. Diese Richtlinien würden umso notwendiger sein, als der Einsatz russischer Kriegsgefangener zur Arbeit auf Befehl des Reichsmarschalls im ganz grossen Umfange in die Wege geleitet wird.»

Bis Ende des Jahres machte die deutsche Wehrmacht im Osten nahezu vier Millionen Gefangene, von denen jedoch ein grosser Teil am Hungertode, durch Epidemien und im Zuge von Exekutionen zugrunde ging. Zahllose Gefangene stiessen zu den Partisanen. Die unmenschliche Behandlung der russischen Kriegsgefangenen wurde schliesslich zu einer schweren Belastung für die deutsche Kriegführung in jeder Hinsicht, nicht zuletzt durch die Verhärtung des Widerstandes der Roten Armee.

Im Dezember 1941 hatte Hitler lediglich seine Ablehnung, russische Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft zu beschäftigen, aufgegeben. In der Behandlung der Kriegsgefangenen trat allerdings keine grundsätzliche Änderung ein; weder Goebbels noch Rosenberg vermochten Keitel von einer milderen Behandlung der Kriegsgefangenen zu überzeugen.

11. Dezember 1941

«Der Minister erklärt, in England herrsche infolge der schweren Schiffsverluste eine starke Niedergeschlagenheit. Die deutsche Propaganda dürfe aber nicht in den Fehler verfallen, diese Niedergeschlagenheit zu sehr herauszustellen. Wie sich nach Dünkirchen gezeigt habe, könnten durch eine solche übertriebene Darstellung in der deutschen Öffentlichkeit ganze falsche Vorstellungen entstehen; auch sei zu beachten, dass die englische Propaganda in geschickter Weise bei Rückschlägen absichtlich die Stimmung stark absinken lasse, um sie nach kurzer Zeit unter dem Motto «so schlimm ist es ja nun auch wieder nicht» in einen fundierten Optimismus umschlagen zu lassen.

Der Minister weist auf die öffentliche Stimmung in Deutschland hin, die einen Vergleich zwischen den japanischen und italienischen Leistungen ziehe, wodurch die ohnehin schlechte Meinung über die Italiener noch weiter herabgedrückt werde. Unter diesen Umständen sei es besser, die italienischen Stimmen, auch wenn sie die Ereignisse im Fernen Osten im günstigsten Licht schilderten, in der deutschen

Öffentlichkeit nicht allzu viel zu zitieren, weil solche italienischen Meinungsäusserungen beim deutschen Leser die Kritik an den Italienern vermehren.»

Am 7. Dez. 1941 griffen japanische See- und Luftstreitkräfte den amerikanischen Stützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii an, wobei 19 US-Schiffe versenkt oder durch schwere Beschädigungen ausser Gefecht gesetzt wurden. Daraufhin erklärten die Vereinigten Staaten und Grossbritannien am 8. Dez. an Japan den Krieg.

In seiner Reichstagsrede vom 11. Dez. 1941 verkündete Hitler die Kriegserklärung an die USA. Er verlas drei Artikel, in denen sich die deutsche, italienische und japanische Regierung geeinigt haben, «den ihnen von den Vereinigten Staaten von Amerika und England aufgezwungenen Krieg mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln gemeinsam bis zum siegreichen Ende zu führen».

12. Dezember 1941

«Der Minister gibt die Weisung, in der innerdeutschen Propaganda auf Grund der Kriegereignisse im Fernen Osten keine übertriebene Hochstimmung zu erzeugen, deren längere Aufrechterhaltung Schwierigkeiten bereiten müsste. Andererseits dürfen natürlich die japanischen militärischen Erfolge nicht etwa in einer für Japan unerwünschten Weise behandelt oder gar übergangen werden. Die deutschen Propagandamittel müssten zwischen diesen beiden Gesichtspunkten den richtigen Weg suchen.

Die überraschenden japanischen Siege im Fernen Osten bildeten jedoch im Kriegswinter 1941/42 die Hauptaufmachung der deutschen Presse, zumal von deutscher Seite kaum Erfolge zu berichten waren und sich vor allem die willkommene Gelegenheit bot, über die Krise an der Ostfront publizistisch hinwegzukommen. Der Kriegseintritt Japans, so formulierte Goebbels am 18. Febr. 1942, sei für Deutschland «ein wahres Gottesgeschenk» gewesen. Japan sei es hauptsächlich zu danken, «dass wir aus der schwersten Krise heraus sind ...»

Am 25. Dez. 1941 kapitulierte das britische Hongkong, am 27. Dez. nahmen die Japaner das amerikanische Manila auf den Philippinen und meldeten gleichzeitig die ersten Erfolge im Inselkrieg in Ozeanien.

In der Konferenz vom 18. Dez. 1941 wurde ausserdem die Einführung einer japanischen Fanfare für die Umrahmung von japanischen Siegesmeldungen im deutschen Rundfunk besprochen. Dem Einwand, dass hierdurch die Italiener beleidigt werden könnten, wurde entgegengehalten, «dass eine entsprechende italienische Fanfare für den Fall eines italienischen Sieges vorgesehen sei».

Der Minister erklärt, es sei absolut notwendig, in der Heimatpropaganda langsam eine ähnliche Haltung zum Durchbruch zu bringen, wie sie der Soldat an der Front zum Kriege einnimmt. Es sei absolut unerträglich, wenn jetzt noch in der Heimat Frieden gespielt würde. Dem deutschen Frontsoldaten dürfe z.B. nicht zugemutet werden, dass er in der Presse, im Rundfunk, in der Wochenschau oder sonst mit Wiedergaben von Empfängen friedensmässiger Aufmachung beleidigt werde.»

13. -15. Dezember 1941

«Der Minister führt aus: Der Führer hat ausdrücklich befohlen, dass die Frage der Schuld am Ausbruch des Krieges mit den Vereinigten Staaten in der gesamten deutschen Propaganda mit aller Eindringlichkeit und ohne Unterbrechung unter dauernder Wiederholung der deutschen Thesen behandelt wird.

Während der bevorstehenden politisch vielleicht etwas ruhigeren zwei Wochen ist die deutsche Öffentlichkeit auf allen geeigneten Wegen darüber aufzuklären, dass mit der Vergrößerung der Kampfgebiete auch eine entsprechende Erweiterung der Entscheidungen eintritt. Es soll der Öffentlichkeit, die die Ausweitung der Kampfhandlungen zwar als unvermeidlich, aber trotzdem zum mindesten als nicht wünschenswert ansieht, klargemacht werden, dass der geforderte vergrößerte Einsatz auch sehr viel grössere und weitertragende Entscheidungen für die Zukunft verspricht.

In der innerdeutschen Propaganda soll zum Ausdruck gebracht werden, inwiefern sich die deutsche Lage jetzt von derjenigen während des Weltkrieges zu unseren Gunsten unterscheidet (Sicherung des gesamten Kontinents, aktive Bundesgenossenschaft Japans, bessere deutsche Führung an der Front und in der Heimat u.ä.). Es soll damit der feindlichen Propaganda entgegengetreten werden, die zu den Jahren 1917/18 Parallelen zieht.»

16. Dezember 1941

«Der Minister verlangt folgende propagandistische Massnahmen gegen die USA:

1. Herstellung von Schriften, die sich an die deutsche Intelligenz wenden und in objektiver Darstellung nachweisen, dass die USA so gut wie keine eigene Kultur besitzen, dass ihre kulturellen Erzeugnisse vielmehr im Wesentlichen von europäischen Leistungen abgeleitet seien. In diesem Rahmen sollen auch Auseinandersetzungen mit dem amerikanischen Film stattfinden.
2. Daneben sollen sehr populäre Schriften herausgegeben werden, die sich an die breite Masse in Deutschland, insbesondere aber an die Jugend wenden und darstellen sollen, dass die kritiklose Übernahme gewisser amerikanischer Massnahmen, wie auch z.B. der Jazz-Musik usw. eine Kulturlosigkeit bedeutet. Dabei soll u.a. auf die grotesken Verdrehungen hingewiesen werden, die z.B. in der Umwandlung Bach'scher Musik in Jazz-Musik zu erblicken sind.
3. Diese innerdeutsche Propaganda soll schon jetzt vorbereitet werden. Ihr Einsatz ist jedoch nicht für den jetzigen Augenblick geplant, weil zurzeit in Deutschland eine erhebliche Welle der inneren Ablehnung der USA vorhanden ist. Bei dem deutschen Hang zur Objektivität muss aber, wie der Minister ausführt, damit gerechnet werden, dass diese Welle nach einiger Zeit abebbt und an ihre Stelle eine freundlichere Würdigung der Amerikaner tritt, wie dies auch im Verhältnis zu England im Verlauf dieses Krieges zeitweise zu beobachten war. Für den Augenblick dieses Stimmungsumschwunges soll das aufgeführte Material dann bereitliegen.»

Broschüren über die USA sind seitdem in Fülle erschienen u.a. im parteieigenen Eher-Verlag sowie im «Nibelungen-Verlag», dem Hausverlag des Propagandaministeriums. Vgl. «Das ist Amerika», Nibelungen 1942, u. F. O. Wrede, Schmelztiigel Amerika, Schriftenreihe der NSDAP, Eher 1940 ff., ferner ders., Nordamerika wirklich, Eher 1943 (Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulung der NSDAP. Nur für den Dienstgebrauch).

In der Konferenz vom 9. Sept. 1942 kritisierte Goebbels die im Eher-Verlag erschienene Amerika-Broschüre, die bereits in einer Auflage von einer halben Million verbreitet worden sei. Sie enthalte Bilder, die trotz der negativen Unterschriften werbend für Amerika wirken. Unterschriften könnten grundsätzlich niemals den werbenden Charakter eines Bildes vernichten.

17. Dezember 1941

«Da der Minister am 16. Dezember unerwartet ins Führerhauptquartier berufen wurde, leitet Staatssekretär Gutterer die Konferenz. Es kommt zur Sprache, dass Reichsminister Rosenberg am 18. d. M. eine öffentliche, programmatische Rede halten werde, in der u.a. zum Ausdruck kommen solle, dass an eine Wiederentstehung Russlands nicht zu denken sei.

Der Vertreter des OKW macht hierzu geltend, dass im Ostministerium anscheinend die Lage an der Front und besonders im besetzten Hinterland nicht richtig gesehen werde. Aus diesem Grund werde heute ein hoher Offizier Herrn Reichsminister Rosenberg aufsuchen und ihn dringend bitten, seine Tätigkeit in erster Linie darauf abzustellen, dass die Partisanenkämpfe im Hinterland eingedämmt werden. Die Front werde es im Übrigen nicht verstehen, wenn jetzt öffentlich das zukünftige Schicksal der russischen Gebiete erörtert werde, weil die militärische Lage zum jetzigen Zeitpunkt solche Erörterungen als unzeitgemäss erscheinen lasse.»

Die von Rosenberg geplante öffentliche Rede über die Zukunft der Ostgebiete unterblieb.

19. Dezember 1941

«Der Minister macht nach Rückkehr aus dem Führerhauptquartier grundsätzliche Ausführungen zur innerdeutschen Propaganda: Es liegt zwar kein Anlass vor, die militärische, politische und versorgungswirtschaftliche Lage zu dramatisieren. Es hat sich aber als richtig und notwendig herausgestellt, dem deutschen Volk die tatsächliche Gesamtlage klar und rücksichtslos zu schildern und es mit den Notwendigkeiten, die sich hieraus ergeben, bekanntzumachen. Die Propaganda des «realistischen Optimismus» ist notwendig sowohl im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Heimat und Front, als auch auf die innere Stimmung der Heimat. Die Gauleiter, denen kürzlich entsprechende Grundanweisungen zugegangen sind, haben übereinstimmend berichtet, dass diese klare Linie von ihnen auf das Lebhafteste begrüsst werde, da die stickige Luft, in der sich die deutsche Aufklärungs- und Propaganda-Arbeit bisher vollzogen habe, in Anbetracht der Tatsachenlage unerträglich geworden sei.

Der Besuch von Goebbels im Führerhauptquartier stand offensichtlich im Zusammenhang mit dem geplanten Führungswechsel an der Spitze des Heeres. Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall v. Brauchitsch, hatte bereits am 7. Dez. Hitler, dessen Vertrauen er nicht mehr besass, seinen Rücktritt angeboten. Am 17. Dez. wiederholte Brauchitsch sein Gesuch, das Hitler am 19. Dez. annahm. In einer Proklamation an die Soldaten des Heeres und der Waffen-SS vom gleichen

Tage gab Hitler den Wechsel im Oberkommando und die Übernahme des OKH bekannt. Die Presse erhielt am 22. Dez. 1941 die Anweisung: «Die Übernahme des OKH durch den Führer, die ein eindrucksvolles Zeichen für die Zusammenfassung aller Kräfte an Front und Heimat, für den Willen zu verstärktem Einsatz aller und für die Grösse des Vertrauens ist, soll in keiner Weise kommentiert werden, aber für die Zeitungen Anlass zur Vertiefung ihrer kämpferischen Haltung und zur Verdoppelung auch ihres Einsatzes sein.»

Die Krise an der Ostfront hatte sich inzwischen verschärft. Erstmals am 17. Dez. gebrauchte der OKW-Bericht Vokabeln, die noch bis Kriegsende den militärischen Rückzug publizistisch «deckten». Man sprach von «planmässigen Frontverbesserungen und Frontverkürzungen».

Der Minister erklärt als Ziel dieser Propaganda, das deutsche Volk hart zu machen und ihm den Eindruck zu vermitteln, dass die Regierung Härte verlange, dafür aber auch das Volk fest und gerecht führe. Es sei in diesem Zusammenhang völlig abwegig, das, was die Heimat zur Verwendung der Front abgebe, als Opfer zu bezeichnen. Es sei kein Opfer, wenn jemand länger als in Friedenszeiten auf Verkehrsmittel warten müsse oder wenn er Schallplatten, Wollsachen oder ähnliches zur Verfügung stelle. Dies seien Unbequemlichkeiten, vielleicht auch Entbehrungen und selbstverständliche Hilfeleistungen, nicht aber Opfer. Was der Soldat an der Front auf sich nehme, wenn er, wie jetzt vielfach, ohne ausreichende Kleidung, ohne Pelzmantel, mit unzulänglicher Munition und ohne ausreichende Verpflegung einem tadellos ausgerüsteten, frischen, neu eingesetzten Feinde gegenüberstehe und die Stellung halte, selbst wenn er in diesem Zustande in der Zeitung lese, dass in Berlin an dieser oder jener Stelle ein gesellschaftlicher Empfang stattgefunden habe –, das verdiene den Namen Opfer. Die deutsche Propaganda müsse also, so führt der Minister aus, vermeiden, Ausdrücke, Begriffe und Worte, die nur für eine bestimmte Situation passen, ohne Unterschied zu verwenden. Es müsse in der Diktion zwischen dem, was die Front leiste und dem, was die Heimat tue, ein der tatsächlichen Lage entsprechender Unterschied gemacht werden.

Besonders weist der Minister darauf hin, dass bereits die für die Weihnachtstage angeordnete Wollsammlung der Öffentlichkeit in diesem Sinne richtig dargestellt werden müsse. Das deutsche Volk wolle gar nichts von «Opfern» in diesem Zusammenhang wissen, sondern es werde gern und reichlich spenden und sammeln, wenn ihm erstens klargemacht werde, dass an der Front an warmen Sachen ein schwerer Mangel bestehe und wenn zweitens dafür gesorgt werde, dass die gesammelten Gegenstände schnell und richtig bis an die Front gelangen.

Am 21. Dez. 1941 rief Goebbels in einer Rundfunkansprache zur Sammlung von Wintersachen für die Front auf. Er erklärte: «Ich möchte deshalb die Sammlung, die mit dem 27. Dezember 1941 beginnt und mit dem 4. Januar 1942 endigt, das Weihnachtsgeschenk des deutschen Volkes an die Ostfront nennen ... Die Heimat selbst können wir unseren Soldaten noch nicht wiedergeben.»

Die Darstellung der Gesamtlage gegenüber der deutschen Öffentlichkeit müsse unbedingt der tatsächlichen Lage entsprechen. Nur dann könne über Einzelheiten,

deren Kenntnis in der Öffentlichkeit zu übereilten oder falschen Schlussfolgerungen führen könnte, geschwiegen werden. Es müsse also sichergestellt werden, dass solche Einzelheiten, die der Allgemeinheit nicht bekanntgegeben werden, die aber immerhin auf anderen Wegen diesem oder jenem nicht verborgen bleiben, in die von der deutschen Propaganda vertretene Gesamtschau hineinpassen.

Was die deutsche Versorgungslage angehe, so stehe in Aussicht, dass ab Februar die Brotration um 250 g gekürzt werde. Der Minister erklärt, es sei richtig, sobald diese Tatsache der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden müsse, sie auch einfach und klar zu begründen. So bestehe kein Anlass, der Öffentlichkeit zu verschweigen, dass diese Kürzungen durch Abgaben deutscherseits an den heldenmütig kämpfenden finnischen Bundesgenossen, der unter einem schweren Mangel leide, notwendig seien. Die Bekanntgabe dieser Tatsache werde im Inland ebenso wie im Ausland nur eine uns erwünschte Wirkung haben.

Fs. 3. Febr. 1942.

Der Minister erklärt weiter, wenn bisher die innerdeutsche Propaganda noch immer auf den Eindruck Rücksicht genommen habe, den das Ausland daraus gewinne, so sei dieser Gesichtspunkt jetzt überholt. Sicherlich sei es richtig gewesen, vor dem Kriegseintritt Japans die deutsche Lage in der deutschen Propaganda nicht in einem ungünstigen Licht erscheinen zu lassen. Jetzt aber hätten alle Völker Stellung genommen. Eine Rücksichtnahme dieser Art sei also nicht mehr notwendig. Abschliessend betont der Minister, dass es sich bei diesen Richtlinien um die Grundlage für die innerdeutsche Propagandahaltung in den nächsten drei Monaten handele. Diese drei Monate seien als eine Krisenzeit anzusehen, die mit dem beginnenden Frühjahr von selbst ihr Ende finden werde. Wie nach dem Clausewitz'schen Satz eine Schlacht ohne Krise keine Schlacht, sondern nur ein Gefecht sei, so sei es selbstverständlich, dass ein Krieg ohne Krise auch kein Krieg sei. Die Aufgabe der Propaganda sei es, durch ihre Grundhaltung das deutsche Volk bewusst krisenfest zu machen.»

21./22. Dezember 1941

«In der innerdeutschen Propaganda ist darauf zu achten, dass im Zusammenhang mit dem deutsch-japanischen Zusammengehen in der deutschen Öffentlichkeit eine Diskussion über die Rassenfrage nicht aufkomme. Der Minister führt aus, es sei anzunehmen, dass mancher Deutsche sich diese Frage vorlegen werde, sobald einmal die ersten grossen Erfolge der Japaner hinter uns lägen und eine ruhigere Beobachtung und Wertung der Ereignisse eintrete. Es müsse nach Möglichkeit vermieden werden, dass dann eine Polemik in Deutschland entstehe, die Japan beleidigen könne. Es sei also gut, diesen ganzen Fragenkomplex aus der innerdeutschen Diskussion in Presse, Rundfunk, Film usw. völlig auszuschalten.

In seinen weiteren Ausführungen weist der Minister darauf hin, dass die Bildung des gross-ostasiatischen Raumes durch Japan für den gesamt-europäischen Raum

auf lange Sicht gesehen natürlich auch eine gefährliche Seite habe. Europa und damit in erster Linie Deutschland habe einen hohen Lebensstandard, der weiter gesteigert werden solle. Es werde aber in Zukunft über kurz oder lang in Ostasien einem Block von 500 Millionen Menschen gelber Rasse gegenüberstehen, deren durchschnittlicher Lebensstandard sehr niedrig sei und infolgedessen auf Europa nicht ohne Einfluss bleiben könne. Der Minister erwähnt diesen Gedankengang unter Hinzufügung, dass naturgemäss diese Frage in keiner Form angeschnitten werden dürfe.»

Seine Rundfunkrede zum Heiligabend 1941 nahm Goebbels zum Anlass, um das Volk auf den neuen Propagandakurs auszurichten und zu betonen, dass Front und Heimat künftig mehr Opfer, Strapazen und Entbehrungen auf sich nehmen müssten. Er sagte wörtlich: «Die Notwendigkeiten des Krieges müssen wir ertragen. Das Leben ist hart. Der Krieg hat es uns noch härter gemacht. Mit Empfindsamkeit werden wir seiner nicht Herr. Wir müssen tapfer sein und ständig in Bereitschaft stehen. Der Sieg wird uns nicht geschenkt, wir können ihn uns nur verdienen.»

27. Dezember 1941

«Der Minister ordnet an, dass Herr Staatssekretär Gutterer sich mit dem Reichssportführer in Verbindung setzt, um mit ihm eine gemeinsame Vorlage an den Führer zu vereinbaren, durch die vorgeschlagen werden soll, bis auf Weiteres auf alle internationalen Eis- und Schneesportveranstaltungen zu verzichten. Der Minister weist darauf hin, dass es für die deutschen Soldaten an der Front völlig untragbar sei, Berichte über internationale Winterwettkämpfe, noch dazu mit gesellschaftlichen Veranstaltungen zu lesen oder zu hören, während sie selbst unter Schnee, Eis und Kälte auf das Schwerste zu leiden haben. Auch seien solche Veranstaltungen mit dem Aufruf zur Abgabe von Schneeschuhen und Wintersport-ausrüstungen unvereinbar.

Der Minister weist darauf hin, dass auch andere nicht sachlich notwendige internationale Veranstaltungen bis auf Weiteres unterbleiben sollten, und dass insbesondere jeder gesellschaftliche Rahmen auf das Äusserste zu beschränken sei.

Was die deutschen Volksveranstaltungen wie z.B. Eishockey-Wettspiele im Sportpalast u.ä. angeht, so fallen sie nicht unter das beabsichtigte Verbot, vielmehr soll sich das Verbot auf Veranstaltungen beschränken, die von der Regierung oder den Ministerien usw. durchgeführt werden.»

Hitler hat Anfang Januar 1942 im Sinne des von Goebbels gemachten Vorschlages entschieden und nahm damit seine Mitte September 1941 gegebene Zusage zurück, die internationalen Ski-Weltmeisterschaften, die durch die Fédération Internationale de Ski für 1942 Deutschland zugesprochen waren, in Garmisch zuzulassen. Der Reichssportführer wollte ausserdem die Ski-Weltmeisterschaften zum Anlass nehmen, um eine europäische Sportkonferenz in Deutschland abzuhalten. Für die vom 5. bis 15. Febr. 1942 vorgesehenen Ski-Weltmeisterschaften waren folgende Länder eingeladen und hatten zugesagt: Schweden, Dänemark, Spanien, die Schweiz, Italien, Kroatien, Ungarn, die Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Norwegen und Holland. Ausserdem wurden Finnland und eine französische Mannschaft erwartet.

28. Dezember 1941

«Der Minister führt im Anschluss an eine eingehende Darlegung der Lage an der Ostfront aus, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, zu dem die im deutschen Volk vorhandenen seelischen Kräfte zur Geltung gebracht werden müssten. Man müsse sich darüber klar sein, dass wir die These von der Überlegenheit des deutschen Volkes über das Russentum jetzt als richtig beweisen müssten, da wir sonst unsere grundsätzlichen Ansprüche nicht aufrechterhalten könnten. Der Minister erinnert an den November 1932, als die NSDAP von 230 Sitzen 40 verloren hatte; wenn der Führer damals auf die Stimmung innerhalb der Partei gehört hätte, dann wäre in der Tat ein Zusammenbruch in der Partei nicht zu vermeiden gewesen. Ebenso sei es jetzt Aufgabe der Führung, dem deutschen Volk zu sagen, wie die Lage ist, es aber gleichzeitig mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass ein Rückschlag an einer Front im Verhältnis zur Gesamtsituation überhaupt keine wesentliche Bedeutung habe.

Der Minister bittet die Empfänger von Mitteilungen von der Front, darin etwa enthaltene Schilderungen ungünstiger Art nicht ohne Weiteres zu verallgemeinern.

Andererseits unten S. 30

Der Minister macht darauf aufmerksam, dass anscheinend die Japaner jetzt in ihrer Propaganda nicht nur Tatsachen, sondern auch Voraussagen brächten. Er bitte, sich in der deutschen Inlandspropaganda auf Mitteilungen von Tatsachen zu beschränken.»

Goebbels ordnete wiederholt an, die übertriebenen japanischen Prognosen nicht zu verzeichnen. Solche propagandistischen Fehler, wie sie den Japanern unterlaufen, seien die «Eierschalen der Kriegsanzugszeit»; die Japaner seien in diesem Handwerk noch ungeübt. Beispielsweise würden sie, wie Goebbels darlegte, der eigenen Sache nur Schaden zufügen, wenn sie – wie der Marinesprecher in Tokio – erklären, sie hätten die Absicht, auf dem amerikanischen Kontinent zu landen und in Washington einzumarschieren.

Seinen «Neujahrsgross» 1942 richtete Goebbels wohl in der Sorge um die militärische Lage an die Soldaten der Front. Er sagte u.a.: «Wie lange der Krieg dauert, das weiss niemand. Aber dass wir ihn gewinnen werden, das wissen wir nicht nur alle; dafür kämpft die Front, und dafür arbeitet die Heimat.»

1./2. Januar 1942

«Der Minister führt aus: Den kleinen europäischen Ländern, besonders auch den von uns besetzten, ist durch die deutsche Propaganda systematisch die Erkenntnis beizubringen, dass England den europäischen Kontinent nunmehr endgültig dem Bolschewismus preisgegeben beschlossen hat. Diese durch englische Pressestimmen und Verlautbarungen zu erhärtende Tatsache ist besonders auch den führenden Schichten der kleinen Länder bewusst zu machen. Sie müssen auf diesem Wege erkennen, dass eine gemeinsame europäische Abwehrfront gegen den Bolschewismus und gegen den Verräter an der europäischen Kultur notwendig ist.

Bei der deutschen propagandistischen Auswertung der Ergebnisse der Sammlung

von Woll- und Wintersachen ist zu beachten, dass es im Ausland wesentlich mehr imponiert, das deutsche Volk in einer ausserordentlichen, und zwar erfolgreichen Kraftentfaltung zu sehen, als ein Volk, das während eines Krieges auf Tod und Leben im Innern Frieden spielt oder Friedenszustände vortäuscht. So wie uns an den Japanern die Tatsache der ungeheuren militärischen Anspannung einen Eindruck macht, während Nachrichten über den Fortgang des normalen Vergnügens- und Unterhaltungsbetriebes in japanischen Städten uns völlig kalt lassen würden, so muss auch die deutsche Propaganda sich ihrerseits klar darüber sein, dass das Ausland, und zwar das verbündete ebenso wie das neutrale und sogar das feindliche, mehr Respekt vor zusammengeballten Leistungen als vor unrichtigem Frieden-Spielen hat. Demgegenüber tritt das Argument der Feindpropaganda, dass Deutschland zu Verzweigungsmassnahmen, wie öffentliche Wollsammlungen, greifen muss, völlig zurück, da die feindliche Propaganda *jede* deutsche Massnahme negativ auslegen würde.

Der Minister weist darauf hin, dass die Partei in Zukunft darauf angewiesen sein wird, noch mehr als bisher grosse Aktionen zu improvisieren. Das Arbeiten nach «MOB-Plänen» sei zwar leichter, genüge aber für solche Zeiten wie jetzt keinesfalls. Bei der Schallplattensammlung und der Wollsammlung habe sich im Übrigen seine alte These erneut bewahrheitet, dass das Volk praktische Aufgaben lösen wolle. Alles Politisieren habe gar keinen Zweck und drücke höchstens auf die Stimmung; würden dagegen der Öffentlichkeit klare Aufgaben gestellt, die ihren Einsatz und ihre Arbeit erfordern, so bessere sich sofort die Stimmung. Der Minister vertritt die Auffassung, dass die Stimmung der breiten Öffentlichkeit trotz der vermehrten Einschränkungen im dritten Kriegswinter bisher besser als im ersten Kriegswinter gewesen sei.»

Die «Wintersachen-Sammlung» wurde durch Goebbels in der Tat zu einem Politikum ersten Ranges hochgespielt. Die Presse war angewiesen worden, das Endergebnis der um einige Tage verlängerten Sammlung als einen «Vertrauensbeweis des deutschen Volkes zu Wehrmacht und Staatsführung» zu werten. Am 15. Jan. 1942 gab Goebbels das Endergebnis der Sammlung bekannt. Sie erbrachte angeblich über 67 Millionen Stück.

8. Januar 1942

«Der Minister ordnet an, dass in der Propaganda wieder auf die Pauke geschlagen werden müsse. Seit Wochen spreche die feindliche Propaganda von einer Revolution in Deutschland, von Generalsrevolten u.ä. Es sei heute angebracht, diesen Meldungen gegenüber eine Generalschau der deutschen Lage vorzunehmen. Dem Ausland gegenüber solle gesagt werden:

1. Seit Wochen spricht ihr von unseren Niederlagen im Osten. – Alle Stimmen über die Zurücknahme unserer Linien und unsere Niederlagen sollen gebracht werden. Dann soll ein Vergleich vorgenommen werden, zwischen dem, was die feindliche Propaganda angekündigt hat und zwischen dem, was tatsächlich erreicht worden ist.

2. Die Lage in Nordafrika und die Voraussagen der Engländer sollen nebeneinander gestellt werden.

Man müsse das deutsche Volk zehn Schritte zurücktreten lassen, um von diesem Standpunkt aus das Erreichte zu betrachten und zu einer richtigen Würdigung der Lage zu kommen.»

Mit der Übernahme des OKH durch Hitler verstärkten sich – wie Goebbels sehr bald feststellen konnte – die «defaitistischen Strömungen» in OKW und OKH. Andererseits nutzte die Partei den Wechsel im Oberkommando zu einer Stimmungsmache gegen die Wehrmacht. Am 13. Jan. 1942 wurde deshalb der Verbindungsoffizier zum RMVP, Oberstleutnant Martin, vom OKW beauftragt, Goebbels darauf aufmerksam zu machen, dass die Wehrmacht im Falle Hess schärfste Anordnungen erlassen habe, um in Offizierskreisen jegliche Ausschlichtung der Affäre zu einer Stimmungsmache gegen die Partei zu unterbinden. Nun aber erwarte die Wehrmacht, dass das Propagandaministerium entsprechend Vorsorge treffe, dass die Partei den Wechsel im OKH nicht zum Anlass nimmt, Gerüchte gegen die Wehrmacht auszustreuen. Goebbels sagte einen entsprechenden Erlass zu.

11. Januar 1942

«Als Entgegnung auf die dauernden Berichte über eine Revolte der deutschen Generäle wird vorgeschlagen, über Schweden oder eine andere neutrale Nachrichtenquelle und im Sprachendienst eine Meldung zu verbreiten, dass in London zurzeit Krisenstimmung herrsche. London mache zurzeit den Versuch, die verschiedenen Krisenmeldungen aus dem Empire dadurch zu vertuschen, dass es grosse Berichte von der deutschen inneren Lage bringe. Gegen diese Nachrichtenoffensive der Engländer gehe man am besten durch eine Gegenoffensive vor. In der deutschen Inlandspresse darf von den Meldungen über Zersetzungserscheinungen in den englischen Regierungskreisen nichts gebracht werden. Der Minister erklärt, dass die Engländer «Qualm machen», um kritische Erscheinungen zu vernebeln.»

Soweit zu sehen ist, meldete erstmals am 7. Jan. 1942 eine Washingtoner Korrespondenz, dass deutsche Offiziere im Zusammenhang mit der Winterkrise den Plan hegten, Hitler abzusetzen.

12. Januar 1942

«Der Minister glaubt, dass zurzeit tatsächlich in London eine Krisenstimmung ist. Er ist gespannt auf die englische Reaktion nach der gestrigen Abendmeldung im Fremdsprachendienst über die Spannung in London.

Als die deutsche Presse die Meldungen über Unstimmigkeiten in der englischen Regierung übernahm, ordnete Goebbels am 15. Jan. 1942 an, dass vom Reich ausgegangene, ins Ausland lancierte Zweckmeldungen in der deutschen Presse nicht gebracht werden dürfen.

Innenpolitisch wird eine Aktion gegen den Tausch- und Schleichhandel vorbereitet.»

Die geplante Aktion fand die Billigung Hitlers, der aber zuvor eine Definition dessen verlangte, was künftig erlaubt und verboten sei.

Goebbels bemühte sich ferner um eine Verschärfung der Strafbestimmungen der

Kriegswirtschaftsverordnung. Eine neue «Verordnung zur Ergänzung der Kriegswirtschaftsverordnung» wurde am 25. März 1942 erlassen, gezeichnet von Göring, Frick, Funk, Lammers, Keitel und Bormann. Sie stellte nur in schweren Fällen u.a. der Fälschung von Bezugsberechtigungen die Todesstrafe in Aussicht. Goebbels erschien diese Verordnung zu abgemildert und wollte daher nochmals bei Hitler vorstellig werden. Er meinte, dass seinen Bemühungen, zu «einer radikalen Kriegführung» zu gelangen, von der Ministerialbürokratie «Knüppel zwischen die Beine» geworfen worden seien.

13. Januar 1942

«Über die Berichterstattung der französischen Nachrichtenagentur OFI wird Beschwerde geführt, weil sie in letzter Zeit unfreundliche militärische Berichte bringt. Es wird gefragt, ob es möglich sei, zu gegebener Zeit einen Druck auf die französische Regierung in diesem Sinne auszuüben. Vorerst soll die Berichterstattung weiter beobachtet werden.

Am 15. Jan. 1942 ordnete Goebbels an, dass wegen der fortdauernden unfreundlichen Berichterstattung der französischen Nachrichtenagentur OFI von den zuständigen Stellen etwas unternommen werde. Das Auswärtige Amt sollte in Vichy protestieren und eventuell mit Repressalien drohen und solche anwenden. In seinen Tagebüchern rekapitulierte Goebbels in diesem Zusammenhang, dass die deutsche Politik Frankreich gegenüber ziemlich Schiffbruch erlitten habe. Es wurde Frieden gemacht, ohne Frieden abzuschliessen.

In Zukunft soll nicht mehr von Angelsachsen gesprochen werden, sondern nur noch von der englisch-amerikanischen Plutokratie. Der Begriff «Angelsachse» erinnere zu sehr an die deutsche Abstammung und eigne sich in diesen Zeiten nicht als Begriff für unsere Feinde.»

14. Januar 1942

«Der Minister glaubt, dass die deutsche Presse in der Betrachtung der englischen Kolonialfrage zu weit gehe und falsche Vorstellungen in der deutschen Öffentlichkeit erwecke. Krisenerscheinungen und Verknappungen in der Lebenshaltung der Engländer könnten nicht in der deutschen Propaganda verwandt werden, wenn wir selbst daran gingen, Einschränkungen vorzunehmen. Man könne mit diesen Erscheinungen in England nur beweisen, dass man sich auch dort einschränken müsse. Der Minister glaubt nicht, dass durch den moralischen Zusammenbruch eines Volkes der Krieg beendet werden könne, sondern nur durch die Entscheidung der Waffen oder durch einen Kompromiss. In der Auslandspropaganda könne man englische Zersetzungerscheinungen gut bringen.

Innenpolitisch fordert der Minister eine Grossaktion, um fehlende Arbeitskräfte aus dem deutschen Bürgertum zu organisieren. In der Rüstung sei ein Engpass durch fehlende Arbeitskräfte entstanden. Dieser Mangel könne zweifelsohne durch Kräfte aus dem eigenen Lande beseitigt werden.»

Nahezu jede Besprechung mit Hitler nutzte Goebbels, um ihm die Einführung der «Frauenarbeitspflicht» nahezu legen, bekam aber bis Anfang 1943 immer wieder

zu hören, wie sehr Hitler gegen die Einführung einer generellen Arbeitspflicht namentlich für Frauen aus höheren Gesellschaftskreisen grundsätzliche Bedenken hatte. Er befürchtete, dass die Frauenarbeitspflicht zu einer gefährlichen Verwischung sozialer Standesunterschiede führe. Die Zahl der in einem Beschäftigungsverhältnis stehenden deutschen Frauen war von 1939 bis Anfang 1943 um 147'000 zurückgegangen.

16. Januar 1942

«Bei der Betrachtung der Rio-Konferenz soll sich die deutsche Presse grösste Zurückhaltung auflegen. Je zurückhaltender die deutschen Pressekommentare sind, umso besser ist es.

Vom 15. bis 21. Januar 1942 fand in Rio de Janeiro eine Konferenz der Aussenminister von 21 amerikanischen Staaten über die Koordinierung von Massnahmen zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre statt. Die Konferenz war auf Initiative Roosevelts zustande gekommen mit dem Ziel, die südamerikanischen Staaten zum gemeinsamen Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan, Deutschland und Italien zu bewegen.

Die Konferenz nahm eine vier Artikel umfassende Resolution an, deren dritter Artikel auf Wunsch Argentiniens allerdings eine einschränkende Abänderung erfuhr, als der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Achsenmächten den einzelnen Staaten lediglich empfohlen werde. Goebbels jubelte, als die Konferenz mit diesem Kompromiss endete, obwohl von 21 Staaten nur noch vier zu den Achsenmächten vorerst ihre diplomatischen Beziehungen aufrechterhielten. Im Falle Chiles hatte japanischer und im Falle Argentiniens einiger deutscher Druck eine Rolle gespielt.

Der Minister beschwert sich über einen Bericht der «Göteborgs Handels- und Schiffszeitung», der in unverschämter Weise das Ansehen des deutschen Reiches verletzt. Er bittet, im Auswärtigen Amt vorzuschlagen, dass gegen diesen Artikel bei der Schwedischen Regierung energisch protestiert wird. Seiner Ansicht nach sei es notwendig, dass man gegen derartige Anpöbeleien vorgehe, und sei es nur, um sich ein Alibi für spätere Zeiten zu beschaffen. Ihn habe ein heiliger Zorn erfasst, als er diesen Bericht gelesen habe.»

Ende Januar 1942 erhielt Goebbels vom Auswärtigen Amt einen Bericht über das deutsche Verhältnis zu Schweden. Danach habe Schweden vor allem im Kriege gegen die Sowjetunion mehr für die deutsche Kriegführung getan, als gemeinhin angenommen werde.

Aus dem Bericht wurde ferner deutlich, dass man Professor Segerstedt, dem Herausgeber von «Göteborgs Handels- und Schiffszeitung», in Schweden «nicht recht zu Leibe rücken» könne. – Aufgrund von deutschen Protesten wurde jedoch «Göteborgs Handels- und Schiffszeitung» mehrfach in Schweden beschlagnahmt. Nach deutschen Informationen habe schliesslich der schwedische König Segerstedt zu sich kommen lassen und ihn gefragt, ob er es zu einem Krieg zwischen Deutschland und Schweden treiben wolle. Als Segerstedt nicht verneinte, habe der König ihn darauf aufmerksam gemacht, dass sowohl er als auch der frühere Pastor von Göteborg nach spätestens 14 Tagen nicht mehr auf ihren Sesseln sitzen würden. Daraufhin zeigte sich Segerstedt für einige Wochen in seiner Zeitung zurückhaltender. – Fs. 25. Juli 1942.

24. Januar 1942

«Beim Führer liegt zurzeit eine Sammlung von englischen Pressestimmen vor über Hoffnungen, die an die Offensive in Nordafrika geknüpft wurden. Diese Hoffnungsstimmen sollen unter Umständen nach Genehmigung durch den Führer in den nächsten Tagen erscheinen und mit der tatsächlichen Lage verglichen werden.

Die im November 1941 begonnene britische Offensive in die westliche Cyrenaika kam Anfang Januar 1942 bei Agedabia zum Stehen. Am 21. Januar begann Rommel den Gegenangriff zur Wiedereroberung der Cyrenaika. Die bei Sollum und am Halfaya-Pass an der ägyptischen Grenze seit Wochen eingeschlossenen deutsch-italienischen Kräfte mussten am 17. Jan. kapitulieren. Am 20. Jan. meldete die deutsche Presse, die Italiener verteidigten die Bergstellung am Halfaya «bis zur letzten Patrone».

Am 29. Januar besetzten jedoch deutsch-italienische Truppen wiederum die Hauptstadt der Cyrenaika, Bengasi, ein Ereignis, das die Italiener sogleich in einem «Dokumentarfilm» festhielten. Während des Bienales in Venedig im September 1942, zwei Monate vor dem endgültigen Verlust Bengasis, erlebte der Film «Bengasi» seine Uraufführung. Goebbels hatte die Aufführung nicht besucht, weil der Film seiner Meinung nach eine «Geschichtsfälschung» darstelle, andererseits aber «strengste Zurückhaltung an den Tag gelegt», um die Italiener «nicht zu verstimmen». Als der Film Ende Oktober 1942 in Deutschland aufgeführt werden sollte, versagte er seine Genehmigung. Dem Auswärtigen Amt liess er zur Begründung des Verbots mitteilen, «dass eine grosse Zahl deutscher Soldaten die tatsächlichen Vorgänge bei Bengasi kennt und deshalb eine Vorführung im Reich nur zu unliebsamen Äusserungen gegen die Italiener führen könnte. Ausserdem könne den Italienern gegenüber zum Ausdruck gebracht werden, dass in dem Film nicht ein einziger deutscher Soldat zu sehen ist, was sich auch wiederum stimmungsmässig schlecht auswirken würde».

Die schweren Besorgnisse Australiens sollen stark herausgestellt werden. Man könne heute die Australier dadurch aufhetzen, dass man die englischen Versäumnisse der Verteidigung Australiens in den Mittelpunkt rücke.

Die japanische Propaganda für die unterdrückten Völker in Ostasien soll unterstützt werden. Wir würden von den Indern als viel objektiver als die Japaner angesehen werden und daher sei unsere Stellungnahme von besonderer Bedeutung.

Die inländische Presse wird angewiesen, die italienische Kriegsführung stärker herauszustellen. In der Inlandspresse muss nun endlich etwas getan werden, damit die schlechte Stimmung gegenüber Italien nachlasse. Wir müssten unter allen Umständen die Italiener bei der Stange halten, und es sei notwendig, sie herauszustrichen.

In der Weltpresse tauchen gelegentlich Friedenspläne einzelner Leute auf. Diese Friedenspläne sollen grundsätzlich totgeschwiegen werden.»

26. Januar 1942

«Der Minister kritisiert ausserordentlich scharf die Zensur der Wehrmacht. Alle Aufnahmen, die deutsche Generäle populär machen könnten, werden grundsätz-

lich von der Wehrmacht gestrichen. Aufnahmen aus dem Leben von Reichenau durften z.B. nicht gebracht werden. Der Minister sagt wörtlich: «Man könnte die Zensur ohrfeigen!» Einige Vorgesetzte in der Wehrmacht würden sich offensichtlich einigen ihrer Untergebenen unterlegen fühlen. Erst mit dem Tode schein die Konkurrenz und der Neid in der Wehrmacht aufzuhören. Die Furcht, einige Generäle könnten zu populär werden, plage scheinbar gewisse Persönlichkeiten sehr stark.

Unter anderem erwähnt der Minister die Tatsache, dass die Wehrmachtzensur verboten hatte, dass der 50. Geburtstag des Generals Rommel in der deutschen Presse überhaupt gebracht wird, während der irgendeines unbekanntes Generals der Luftwaffe, der ein verwaltungsmässig-technisches Amt in der Provinz leitet, gross in der Presse gebracht werden durfte.»

In seinen Tagebüchern war Goebbels in jenen Tagen voll des Lobes für Rommel, und er kritisierte ferner die mangelhafte Organisation beim Staatsbegräbnis v. Reichenaus. Des 50. Geburtstages Rommels am 15. Nov. 1941 wurde allerdings von der Presse gedacht. Beispielsweise brachte der «Stuttgarter NS-Kurier» einen zweispaltigen Artikel mit Bild.

Am 20. Jan. 1942 verlieh Hitler Rommel (geb. am 15. Nov. 1891 in Heidenheim/Württ.) das Eichenlaub zum Ritterkreuz mit Schwertern für den Abwehresieg in der Cyrenaika und am 29. Jan. beförderte er ihn für die Wiedereroberung Bengasis zum Generalobersten. In beiden Fällen erschienen in der Presse die bei Beförderungen und Ordensverleihungen im Allgemeinen üblichen Bilder. Das gleiche galt für die Presseaufmachung zum Tode des am 17. Jan. 1942 an den Folgen eines Schlaganfalls verstorbenen Generalfeldmarschalls v. Reichenau, obwohl die Presse am 23. Jan. angewiesen worden war: «Heute Morgen fanden die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalfeldmarschall von Reichenau statt. Es ist erwünscht, dass diese Feierlichkeiten in allergrösster Form herausgestellt werden. Gerade die Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls von Reichenau ist geeignet, die Synthese zwischen dem Soldaten und dem politischen Kämpfer zu behandeln. Über den knappen und sachlichen Lebenslauf hinaus bietet sich die Möglichkeit, Episoden seines Lebens zu schildern.» Das Verbot, Anekdoten aus dem Leben deutscher Generäle zu veröffentlichen, war am 24. Jan. 1942 gelockert worden.

29. Januar 1942

«Der Minister teilt mit, dass nach ihm aus zahlreichen Quellen vorliegenden Nachrichten die Stimmung im Reich einen Tiefpunkt erreicht und bereits überschritten zu haben scheint. Insbesondere scheint die deutsche Öffentlichkeit zu der Überzeugung gelangt zu sein, dass eine katastrophale Entwicklung nicht mehr in Frage komme, dass sich vielmehr die Front festige.

Heftige Kritik wurde in der Bevölkerung auch an der deutschen Nachrichtengebung geübt. Schon in der Ministerkonferenz vom 19. Jan. 1942 kam zur Sprache, dass die deutsche Öffentlichkeit einem Grossteil der Meldungen nicht mehr Glauben schenke. Schuld daran sei die mangelnde Unterrichtung der Presse. Am 24. Jan. ordnete Goebbels scharfe Massnahmen gegen die defaitistischen Stimmen «gewisser Kreise» an.

Der Minister gibt Anweisung, in der innerdeutschen Propaganda schärfstens dar-

auf zu achten, dass keinerlei falsche Hoffnungen in militärischer Hinsicht erwartet werden. Dies gilt z.B. für die an sich so günstige Entwicklung in Libyen, die aber auch nicht so dargestellt werden dürfe, als ob wir die Cyrenaika zurückzuerobern vorhätten.»

Der Vorstoss Rommels in Libyen erlahmte Anfang Februar.

30. Januar 1942

«Der Minister teilt mit, dass der Führer ihm gestern erneut den Auftrag und die Vollmacht erteilt habe zu bestimmen, wer die Auslandsnachrichten der verschiedensten Art (DNB, TO., Europapress, Abhörberichte des Seehauses, Johannsendienst u.ä.) erhält. Der Führer habe die wenigen Reichsminister und Reichsleiter, die beliefert werden dürfen, ausdrücklich genannt und die Weisung erteilt, ohne Ansehen der Stellung und des Einflusses andere Chefs der obersten Reichsbehörden nicht zu beliefern und im Übrigen den allerstrengsten Massstab anzulegen.

Als ein Reichsminister Anfang Dezember 1941 in Gegenwart Hitlers kritiklos Auslandsmeldungen, die er dem geheimen DNB-Dienst entnommen hatte, zitierte und diesen frappierte, gab Hitler die Anordnung, «dass die fremden Sendungen und Meldungen auch den höchst gestellten Persönlichkeiten nur insoweit zugänglich zu machen seien, als sie für die sachlichen Arbeiten jeweils unbedingt benötigt werden». Goebbels brachte zudem in Erfahrung, dass die von den verschiedensten Dienststellen verschickten vertraulichen und streng geheimen Nachrichtendienste und Lageberichte von vielen zur Befriedigung ihres «Nachrichtenhungers» benutzt werden. Besonders der Seehaus-Dienst, die Berichte der Rundfunk-Abhörstelle des Auswärtigen Amtes, seien zur Quelle des «Defaitismus» geworden.

Schon am 15. Jan. 1942 erliess Hitler ferner die Anordnung, dass nur Göring, Ribbentrop, Keitel, die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile, Lammers, Frick, Goebbels und Ohnsorge zum Abhören von Auslandssendern berechtigt seien und die übrigen Reichsminister einer Abhörgenehmigung Hitlers bedürfen. Abhörberechtigte Minister durften in ihrem Dienstbereich Abhörgenehmigungen erteilen, sollten diese aber auf einen kleinen Personenkreis beschränken. Abhörberechtigten wurde seitdem eine besondere Ausweiskarte ausgestellt.

Der Minister führt über die allgemeine Lage aus, dass wir, wenn wir zu den Ereignissen der letzten Monate Abstand nehmen, feststellen können, dass die Lage, im ganz grossen gesehen günstiger sei, als man bei täglicher Beschäftigung mit der Lage an der Ostfront anzunehmen pflege: Die russischen Durchbruchversuche seien, wie man heute feststellen könne, nicht geglückt. Der englische Versuch, Tripolis aufzurollen, sei in das Gegenteil umgeschlagen, und die Ereignisse in Ostasien liessen auch die Gesamtlage in Europa und Nordafrika in einem ganz andern Lichte erscheinen als noch vor wenigen Monaten. Der Minister erklärt, dass diese Grundauffassung ohne einen falschen Illusionismus auch in der deutschen Öffentlichkeit vertreten werden könne. Im Übrigen verweist er auf die bevorstehende Führer-Rede.»

In seiner Rede im Berliner Sportpalast zum 30. Jan. 1942 prophezeite Hitler, dass 1942 «wieder ein Jahr grosser Siege sein» werde.

1./2. Februar 1942

«Der Minister gibt Weisung, mit dem Ausland über die Änderungen in Norwegen nicht zu debattieren und sich daher im Allgemeinen mit der ausländischen Kritik an Qisling nicht auseinanderzusetzen. In der Inlandpropaganda sollen die heute im «Völkischen Beobachter» und an anderer Stelle für Qisling und den norwegischen Staat verwendeten Bezeichnungen «Führer» und «Reich» nicht verwendet werden.

Die Ernennung Qislings zum norwegischen Ministerpräsidenten am 1. Februar 1942 veranlasste die Auslandspresse zu kritischsten Kommentaren. Goebbels glaubte für Qisling, in allen Kulturstaaten als Prototyp des käuflichen politischen Verräters verachtet, eintreten zu müssen, wollte aber die Begriffe «Führer» und «Reich» allein für Hitler und das Deutsche Reich reserviert wissen.

Der Minister weist darauf hin, dass die englische Propaganda regelmässig, wenn England an irgendeiner Stelle militärische Niederlagen erlitt, erklärt habe, dass gerade dort England an Material und Ausrüstung unterlegen gewesen sei. Unter Zusammenfassung derartiger englischer Behauptungen soll in der deutschen Propaganda dargestellt werden, dass es schwer verständlich sei, woher Churchill die Frechheit genommen habe, um Deutschland trotz Englands rüstungsmässiger Unterlegenheit den Krieg zu erklären. Dabei müsse natürlich die Tatsache, dass es sich nicht um einen Verteidigungs-, sondern um einen englischen Angriffskrieg handle, entsprechend herausgestellt werden.

Der Minister erteilt Anweisung, dass im Rahmen der im Monat Februar durchzuführenden Propaganda für eine Leistungssteigerung auch das Thema «Höflichkeit» entsprechend deutlich behandelt werden solle. Dem Publikum müsse gegenüber dem vielfach aus Nervosität oder Überheblichkeit unverschämten Ton gewisser Kaufleute, Verkehrsbeamter usw. der Rücken gestärkt werden.

Fs. 12. Apr. 1942.

Der Minister ordnet an, dass ihm bei der Durchführung des ihm vom Führer erteilten Befehls, die Empfänger der geheimen Informationsmaterialien unter Anlegung eines besonders strengen Massstabes zu bestimmen, Vorschläge unterbreitet werden sollen, wie zu verhindern ist, dass die Empfänger das Material ihrerseits wieder durch eine grosse Anzahl weiterer Hände gehen lassen. Er habe festgestellt, dass häufig die eigentlichen Empfänger das Material gar nicht erhielten, dass sich dafür aber eine grosse Anzahl von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, besonders auch technische Hilfskräfte, eingehend mit dem Material zu befassen pflegen.»

Rund 100 vertrauliche bzw. geheime Informationsdienste, die in einer Auflage bis zu 4'000 Stück herauskamen, wurden in Deutschland festgestellt. Am 3. Febr. 1942 erklärte Goebbels, dass nur solche Informationsdienste bestehen bleiben sollten, «die ausdrücklich als kriegswichtig anerkannt werden».

3. Februar 1942

«Der Minister gibt Weisung, von der Verbreitung aller Nachrichten über russische Terrormassnahmen in einigen durch die russische Armee wiederbesetzten Ort-

schaften unbedingt abzusehen; es müsse vermieden werden, dass durch ein Bekanntwerden dieser russischen Terrorakte in den von uns besetzten Gebieten die einheimische Bevölkerung veranlasst wird, die Zusammenarbeit mit uns einzuschränken.

Ministerialdirektor Berndt (Abteilung Propaganda) teilt mit, dass der Führer die Einschränkung der Lebensmittelrationen, beginnend mit der Verteilungsperiode Anfang April, genehmigt habe. Voraussichtlich würden die Brotration von 2'250 g auf 2'000 g, die Fleischration von 400 g auf 300 g und die Fettration herabgesetzt; für letztere wurde keine genaue Zahlenangabe gemacht. Die Einschränkung des Brotverbrauchs gehe restlos zurück auf die Hilfslieferungen an Finnland, während die übrigen Einschränkungen nur zum Teil durch diese Hilfsmassnahme bedingt seien. Der Minister weist auf die besondere Geheimhaltungspflicht hin.»

Die Ernährungsverhältnisse in Finnland waren in der Tat erschreckend. Die deutschen Getreidelieferungen erlaubten eine Erhöhung der Brot ration. Zu einer «Volksseuche» war jedoch der Hunger in Griechenland geworden. Zu Tausenden starben die Menschen in Athen vor Entkräftung. – Fs. 18. März 1942.

4. Februar 1942

«Der Minister ordnet an, dass die Rede des finnischen Ministerpräsidenten Ryti an besonders guter Stelle gebracht wird.

Der finnische Ministerpräsident Ryti nahm in einer Ansprache gegen die umlaufenden Gerüchte eines beabsichtigten Sonderfriedens zwischen Finnland und der Sowjetunion Stellung. – Die Gerüchte über finnische Sonderfriedenswünsche rissen jedoch nicht ab. Im Dezember 1942 wurde in der Konferenz angeordnet: «Zu den neuerlichen Meldungen über finnische Sonderfriedenswünsche wird von unserer Seite nichts gesagt, weil in dieser Frage den Finnen der Vortritt gelassen werden soll.»

Bei der Ablieferung der Kirchenglocken haben sich in einigen Orten unerfreuliche Szenen abgespielt. Die Propaganda wird angewiesen, die Bevölkerung auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass auch im Weltkrieg die Kirchenglocken abgeliefert werden mussten.

Die Beschlagnahme der Kirchenglocken, besonders der historisch wertvollen, fand im In- und Ausland ein sehr negatives Echo. Die Beschlagnahmeaktion sollte sich teilweise auch auf die besetzten Gebiete erstrecken, nur Dänemark verschonte man. In Norwegen und Holland wurden die Glocken abgenommen, doch war in Norwegen der Erfolg sehr gering, weil – laut Bericht des Auswärtigen Amtes – «die norwegischen Glocken nur die Grösse von stattlichen Kuhglocken hatten». In Belgien und Frankreich blieben zwar die Glocken hängen, stattdessen hatten Frankreich und Belgien nach einem Entsch eid Hitlers die gleiche Menge an Metall abzuliefern, «die man durch die Abnahme gewonnen hätte».

Nach einer Mitteilung des OKW sind an der Ostfront bis zum 20. Januar 50'000 frostgeschädigte Soldaten festgestellt. 46'000 wären ersten und zweiten Grades, 4'000 Fälle dritten Grades und davon müssten 1'856 Amputationen vorgenommen werden. Von der Zahl der Frostschäden kann gesprächsweise Gebrauch gemacht werden.»

Bei Frostschäden 1. Grades blieb der Soldat bei der Truppe und wurde dort behandelt. – Die Zahlenangaben decken sich mit denen in den Goebbels-Tagebüchern.

5. Februar 1942

«Der Minister weist darauf hin, dass wir uns auf keinen Fall einer Treibhausstimmung über die Erfolge in Afrika oder bei einer kommenden Offensive im Osten hingeben dürften. In der Presse müsse ruhig und sachlich die Lage dargestellt werden. Wir dürften nicht den Fehler begehen, dem Volke Ziele vor Augen zu stellen, die wir nicht erreichen können. So wird im Zusammenhang mit der Wiedereroberung der Cyrenaika von ihm ein Verbot ausgesprochen, das Wort «Suezkanal» in der Presse überhaupt zu bringen. Churchill stelle immer Ziele für uns auf, die wir nicht gemacht haben und behauptet dann nachher, es sei noch immer ein Beweis des Sieges Englands, dass dieses Ziel, das er selbst uns gestellt hat, nicht erreicht worden sei.

Nach einer amtlichen Mitteilung des OKW sind im Ostheer 4'119 Fälle von Fleckfieber vorgekommen, davon verliefen 685 tödlich.»

Die Fleckfieber-Erkrankungen nahmen auch in den folgenden Monaten recht bedrohliche Ausmasse an. In der ersten Mai-Dekade wurden beispielsweise noch 2'301 neue Fleckfieberfälle registriert. Erst in den Sommermonaten gelang es, die Krankheit einzudämmen.

9. Februar 1942

«Die englischen Kommentare über den Tod von Reichsminister Todt sollen mit einigen verachtenden Worten abgetan werden. Wenn die Engländer selbst nicht am Grabe eines Mannes mit ihren Schmähungen aufhören könnten, dann zeige dies, wie stark jüdisch bereits das englische Volk infiziert sei.

Am 8. Febr. 1942 kam der Reichsminister für Bewaffung und Munition, Dr. Todt, bei einem Flugzeugabsturz unmittelbar nach einem Besuch im Führerhauptquartier ums Leben. In seinen Tagebüchern stellte Goebbels mit Genugtuung fest, dass die Engländer Todts «geniales Organisationstalent» rühmend hervorgehoben hätten. Nachfolger Todts wurde Prof. Speer.

Die Rede von Sir Stafford Cripps soll stark polemisch hervorgehoben werden. Es soll der Bluteinsatz der Engländer mit dem der Empiretruppen verglichen und es soll energisch bestritten werden, dass die Engländer in gleicher Höhe Opfer für die Verteidigung des Empire bringen. Cripps behauptete, dass die Engländer noch nicht einmal arbeitsmässig das Erforderliche leisten würden. Wie können sie dann, so soll gesagt werden, Sinn für den richtigen Einsatz an Menschenleben bei der heutigen Lage haben.

Die Worte von Cripps, dass die Engländer die Dringlichkeit der Lage nicht begreifen würden, sollen Churchill in die Schuhe geschoben werden. Der Lügner Churchill habe dem Volke die Schwere der Lage Englands einfach verschwiegen. Der Minister schlägt vor, dem Ausland gegenüber zu sagen: Seht, wie recht wir hatten, als wir die schwere Lage Englands darlegten. Sir Stafford Cripps bestätigt es heute.»

Sir Richard Stafford Cripps (1889-1951), von Goebbels gern als «Salonbolschewist» charakterisiert und von 1940-42 britischer Botschafter in Moskau, war nach London zurückgekehrt und gab vor dem Unterhaus wie in der Öffentlichkeit teilweise Aufsehen erregende Erklärungen zur Kriegslage ab. Sogleich nach seiner Ankunft behauptete er, dass die deutsche Frühjahrsoffensive eine der kritischsten Phasen des Krieges sei.

13. Februar 1942

«Der Minister ordnet an: In der Propaganda über den Verlust von Singapur soll das Argument hervorgehoben werden, dass die Engländer nicht wollten, dass Danzig deutsch würde; dafür seien sie wahrscheinlich bereit, Singapur herzugeben.

Am 11. Febr. 1942 eroberten die Japaner von der Landseite her überraschend schnell die britische Festung Singapur. 60'000 Briten gerieten in Gefangenschaft. Die Nachricht vom Fall Singapurs wirkte wie ein Schock auf die britische Öffentlichkeit. Die englische Presse stellte Vergleiche mit Dünkirchen und Kreta an.

Der Minister schlägt vor, in den Sendungen nach dem Ausland immer wieder die These hervorzuheben, dass die Engländer alle Völker für sich kämpfen liessen, nur sie selbst lehnten es ab, Blutopfer zu bringen.

Nach Meinung des Ministers ist Cripps ein «Goldjunge» für die deutsche Propaganda. Man dürfe ihn jedoch nicht als Aussenseiter Englands hinstellen, sondern ihn zum Repräsentanten des englischen Volkes machen. Selbst wenn er in Opposition zu Churchill stehe, dürfe man ihn nicht in Schutz nehmen, um ihn nicht zu diskreditieren.»

In einem Interview erklärte Cripps: «Nach dem Sieg der Alliierten wird die Sowjetunion ohne Frage die stärkste europäische Macht sein, die den Krieg beenden und sich wahrscheinlich in Berlin niederlassen wird.»

Die deutsche Presse bekam am 10. Febr. 1942 die Weisung: «Die Tatsache, dass Botschafter Cripps eine bolschewistische Regierung in Berlin ankündigte, ist in guter Aufmachung herauszustellen, wobei die Gefahren für die osteuropäischen Staaten im Allgemeinen und ganz Europa im Besonderen herausgearbeitet werden können. Das gleiche gilt für das Eingeständnis Cripps', dass Stalin schon 1939 den Entschluss gefasst hat, Deutschland anzugreifen, weswegen er Anordnung gab, die Rüstungsindustrie bis zum Höchstmass auszubauen. Nicht genug damit sind die Ausführungen Cripps' der abermalige Beweis, dass England im Falle eines Sieges Europa an den Bolschewismus auszuliefern gedenkt. Cripps ist als Exponent Stalins nach London zurückgekehrt, um auf allen Gebieten, auch innerpolitisch, die Radikalisierung der Massen vorwärts zu treiben. Deswegen war er auch nicht bereit, nach Umbildung des Kabinetts Churchill als Minister in dieses Kabinett einzutreten, weil er seine Zeit noch nicht für gekommen hielt. Vor seinem Weggang aus Moskau hat er von Stalin klare Anweisungen erhalten, von denen er jetzt einige ausplaudert. Dies geschieht im Einvernehmen mit Churchill. Beweis dafür ist, dass der Rundfunksprecher F.Iliot gestern darauf hinwies, dass die Sowjets nach dem Krieg eine grundlegende Rolle in Europa spielen müssten. Darüber hinaus stattete «News Chronicle» gestern Cripps den öffentlichen Dank dafür ab, dass er sich für die Interessen der Sowjets so mannhaft einsetze. «News Chronicle» führte aus, Cripps habe der Nation einen wertvollen Dienst erwiesen, indem er die Aufmerksamkeit

der Briten auf die Notwendigkeit gelenkt habe, den Sowjets entgegenzukommen. Wenn Presse und Rundfunk aber derartige Ausführungen bringen können, so ist damit die Mitwissenschaft Churchills bewiesen. Cripps gilt als präsumtiver Nachfolger Churchills. Trotzdem wäre es falsch, die ganze Verantwortung allein auf die Schultern Cripps' abzuladen, da dadurch Churchill nur entlastet würde, denn so würden wir Churchill nur ein Alibi für seine bolschewistische Politik verschaffen.»

14. Februar 1942

«Der Minister führt aus, dass der Verlust von Singapur und der Durchbruch der deutschen Seestreitkräfte noch längst nicht den Abgang Churchills hervorrufen könnten. Er vergleicht die Lage Englands mit der der SPD vor der Machtübernahme in Deutschland. Diese sei trotz aller schweren Schläge nicht zerbrochen worden, aber ihre Stosskraft wäre vor der Machtübernahme ständig zurückgegangen, und das sei schon wichtig gewesen. Genauso verhalte es sich wohl heute mit dem englischen Empire. An eine dramatische Wendung in der englischen Politik glaube er nicht. Man dürfe dem deutschen Volk deshalb auch keine grossen Hoffnungen machen.

Am 12. Febr. 1942 passierten die Schlachtschiffe «Scharnhorst», «Gneisenau» und der schwere Kreuzer «Prinz Eugen» von Brest kommend den Kanal. Die «Times» kommentierte das Ereignis als das «Demütigendste, was England seit dem 17. Jahrhundert erlebt» habe.

Der Minister schlägt vor, in den Sendungen nach England nicht zu höhnen, sondern scheinobjektiv zu sein und zu sagen: «Es ist /licht unsere Sache, über Eure Verluste zu reden, aber Ihr habt ja immer selbst gesagt, welche Bedeutung Singapur besitzt.» Churchill ist ein Mann der Irrtümer, und wenn ich Engländer wäre, dann würde ich auf die ganze Politik der Regierung nicht mehr viel geben. Teilweise müsste ein Ton des Bedauerns herausklingen und dabei gesagt werden, dass wir, die Japaner und die Italiener ja immer bereit gewesen seien, sich mit den Engländern zu vereinigen, aber sie hätten uns ja zu diesem Krieg gezwungen.»

16. Februar 1942

«Zur Kritik an der Churchill-Rede führt der Minister aus, dass man hervorheben müsse, dass Churchill kein englisches Argument mehr vorbringen könne. Er verlasse sich nur auf Russland, USA und China, und er hoffe von ihnen eine entscheidende Wendung in diesem Kriege. Dem müsse man in unserer Propaganda entgegenhalten, wie unverschämt es sei, dass heute Churchill sich hinstelle und sich nur auf seine Verbündeten verlasse, während er doch den Krieg provoziert und herbeigeführt habe. Die Berufung auf die Rede, in der Churchill Blut, Schweiß und Tränen versprochen habe, könne man damit angreifen, dass man sage, es sei ein schlechter Arzt, der immer nur eine Verschlimmerung der Krankheit oder gar den Tod prophezeien könne.

Die bedingungslose Kapitulation Singapurs wäre für uns eine hervorragende Gelegenheit, auf die alten Reden Churchills zurückzukommen, in denen er Belgien,

Holland und Frankreich wegen ihrer Kapitulation, die er grundsätzlich als ehrwidrig hingestellt habe, angriff.»

In seiner Rundfunkansprache vom 15. Febr. 1942 stellte Churchill «zwei gewaltige, grundlegende Tatsachen» heraus, «die schliesslich die Weltlage beherrschen und den Sieg in einer Form möglich machen werden, wie er nie zuvor möglich war». Diese Tatsachen seien einmal der Eintritt der USA in den Krieg an der Seite des britischen Commonwealth und zum anderen das Faktum, dass die Sowjetarmeen nicht geschlagen und vernichtet werden konnten. Abschliessend betonte er: «Wir müssen uns daran erinnern, dass wir nicht länger allein sind. Wir sind inmitten einer grossen Schar. Drei Viertel der gesamten Menschheit marschieren mit uns.»

17. Februar 1942

«Der Minister ordnet an, die scharfen Oppositionsstimmen gegen Churchill nicht zu bringen, um keine falschen Hoffnungen zu erwecken. Churchill sei es gelungen, die widerstrebendsten Elemente wieder hinter sich zu sammeln. Man dürfe die Ereignisse in England nicht dramatisieren.

Der Bischof von Berlin, Graf Preysing, habe einen unverschämten Hirtenbrief erlassen, gegen den sich der Minister in schärfsten Worten wendet. Der Bischof habe in seinem Hirtenbrief nur Klagen und Vorwürfe gegen das Reich und seine Führung erhoben, ohne auch nur mit einem Wort der Kämpfe der deutschen Soldaten im Osten zu gedenken.»

Goebbels spielte zunächst mit dem Gedanken, den Bischof zu sich zu bestellen und «ihm die Leviten zu lesen», hielt es aber dann für angebrachter, der Sache nicht nachzugehen und die Auseinandersetzung mit dem Episkopat bis Kriegsende zu vertagen.

Als im August 1941 der Bischof von Münster, Graf v. Galen, sich in einer Rede mit scharfen Worten gegen die Euthanasie aussprach, stand bereits die Führung vor der Frage, ein «Exempel zu statuieren», nahm aber wieder davon Abstand, weil es ihr in «einer kritischen Periode des Krieges» nicht ratsam erschien, weder die Kirche herauszufordern noch eine Euthanasie-Debatte auszulösen. Ende Mai 1942 bekräftigte Hitler erneut Goebbels gegenüber seinen Entschluss, «die christlichen Kirchen nach dem Sieg zu vernichten». Sowie er freie Hand habe, erklärte er, sollten die Kirchen seine Macht zu spüren bekommen. – Vgl. 24. Febr. 1941.

19. Februar 1942

«Der Minister führt wegen der Veröffentlichung des Kleffens-Dokuments aus: Die Veröffentlichung derartiger Dinge müsse seiner Ansicht nach mit ihm vorher abgesprochen werden. Worte wie Revolution, Rebellion, Attentat im Zusammenhang mit dem Führer würden immer ein grosses Echo in Deutschland finden und bei einem grossen Teil der Bevölkerung erhebliche Sorgen auslösen. Das Wort Attentat im Zusammenhang mit dem Führer übe eine faszinierende Wirkung auf weite Teile aus.

Die Presse veröffentlichte einen diplomatischen Bericht des ehemaligen französischen Gesandten in Den Haag an Daladier, in dem der einstige holländische Aussenminister Kleffens Ende 1939 mit einem an sich unklaren Attentatsplan gegen Hitler und Ribbentrop in Zusammenhang gebracht wurde.

In der deutschen Presse erscheinen immer noch Lebensläufe, Bilder und Geschichten von Churchill, die zu positiv sind und zu einer Popularisierung Churchills im deutschen Volk beitragen. Der Minister stellt daher mit sofortiger Wirkung Bilder über Churchill unter Zensur. Churchill müsse man auch in der deutschen Presse als Lügner bezeichnen, seine verwahrlosten Familienverhältnisse schildern und seine dilettantische Art Krieg zu führen herausstellen.»

23. Februar 1942

«Der Minister verbietet das Wort Frühjahrsoffensive für die deutsche Presse. Dies soll nicht heissen, dass keine Frühjahrsoffensive komme, sondern man wolle sich in keiner Weise festlegen. Ebenso dürften Offensivziele nicht mehr genannt werden. Die Lage im Osten soll optimistisch, aber real betrachtet werden.

Fs. 26. März 1942.

Zur Stalin-Rede bemerkt der Minister, dass diese Rede zum Roten Tag riesige Triumphe habe bringen sollen, aber Stalin habe nichts anderes getan als Wasser in den Wein der Engländer gegossen.

In Stalins Befehl Nr. 55, erlassen zum 24. Jahrestag der Roten Armee am 23. Febr. 1942, ist von England nicht die Rede. Allerdings erinnerte er an die Vertreibung der Truppen der Entente in den Jahren 1919 bis 1921. Er betonte andererseits die Stärke der deutschen Armeen, deren Vernichtung noch viele Schwierigkeiten bereiten würde. Wörtlich führte er aus: «Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.»

In der Beurteilung von einigen führenden Engländern dürfe man nicht sagen, dass sie sozialen Tendenzen huldigen oder auf sozialem Gebiet tätig seien, sondern müsse sie als Bolschewiken und Stalinisten dem deutschen Volk hinstellen.»

26. Februar 1942

«Der Minister ordnet an, dass die Polemik gegenüber Cripps nicht damit argumentiert, dass er gegen die Plutokraten vorzugehen beabsichtigt. Diese Einstellung könne Cripps nur Sympathien einbringen. Man müsse den Eintritt von Cripps in das Kriegskabinet als den Beginn eines geistigen und weltanschaulichen Bolschewisierungsprozesses in England dem deutschen Volke hinstellen.»

Bei einer Umbildung des britischen Kriegskabinetts wurde dieses auf sieben Mitglieder reduziert. Lord Beaverbrook schied aus. Sir Stafford Cripps wurde als Sprecher des Unterhauses ins Kabinet aufgenommen. Die «Tagesparole des Reichspressechefs» vom 20. Febr. lautete:

«Die Umbildung des englischen Kriegskabinetts ist als toller Bluff eines neuen Täuschungsmanövers zur Chloroformierung der allmählich den Ernst der Lage erkennenden englischen Öffentlichkeit und ein unglaublicher Falschspielertrick des Katastrophenpolitikers und schlechten Verlierers Churchill gut pointiert herauszuarbeiten. Statt als der für die unaufhörliche Kette der militärischen Niederlagen

allein Schuldige zumindest das Verteidigungsministerium abzugeben, bringt es dieser Mann im Gegenteil fertig, sich von der Pflicht zu drücken, seine miserable Strategie vor dem Unterhaus zu verantworten, um in Zukunft nur noch mehr Zeit als bisher für seine katastrophalen militärischen Abenteuer zu gewinnen. Dieser echt Churchill'sche Volksbetrug und Parlamentsschwindel, den er schon so oft in kritischer Stunde durch seine pompös inszenierten lächerlichen Regierungsumbildungen angewandt hat, ist anhand der bisherigen Kabinettskomödie aufzudecken.»

27. Februar 1942

«Um die russischen Partisanen nicht unnötig populär zu machen und um ihnen nicht den Schein des Heldentums zu geben, ordnet der Minister an, dass immer neue Worte für die Partisanen in der Presse und im Rundfunk verwandt werden.

Die sowjetischen Partisanenverbände waren inzwischen zur immer grösser werden den Gefahr im Rücken der deutschen Ostfront geworden. Übrigens bekam die deutsche Presse schon am 23. Febr. 1942 die Weisung, den Ausdruck «Partisan» künftig nicht mehr zu verwenden. Um eine Glorifizierung der Partisanen zu vermeiden, sei von «Banden» oder «Heckenschützen» zu sprechen. Auch das aus dem Polen-Feldzug bekannte «Flintenweib» wurde wiederum zu geläufigen Vokabel.

Zum Thema Cripps führt der Minister noch einmal aus, dass Cripps sicher

- a) keine Bolschewisierung Englands will;
- b) den Bolschewismus in Europa nur insofern wünschenswert hält, als damit die deutsche Führungsschicht durch den Kommunismus ausgerottet wird.

Cripps glaube wohl daran, dass der Bolschewismus für einige Monate dem deutschen Volk gut tun würde, um es für alle Zeiten als Konkurrent auszuschalten.

Der Minister meint, dass selbstverständlich Cripps eine Verschärfung des Kriegskurses in England bedeute. Er sei der Vorposten Stalins in Europa, und als solcher wäre er für die deutsche Propaganda der beste Aktivposten.»

1. März 1942

«Der Minister ordnet an, dass die Landung von Fallschirmtruppen in Nordfrankreich als Strauchrittertum ohne militärischen Sinn gekennzeichnet werden soll. Es sei selbstverständlich, dass auf der langen Front von Kirkenes bis zur spanischen Grenze es immerhin einmal eine Lücke geben könnte, die nicht genau überwacht wird.»

In der Nacht vom 27./28. Febr. 1942 landeten englische Fallschirmjäger, unterstützt von einer polnischen Emigranten-Abteilung, in der Nähe einer Funkmess-Station der Luftwaffe bei Bruneval (nördlich Le Havre), überrumpelten die Wachen, bauten die wichtigsten Teile des sog. «Würzburg-Gerätes» aus und zogen sich ohne Verluste auf am Ufer bereitliegende Schnellboote zurück. Der Besitz des deutschen Flugzeug-Ortungsgerätes setzte die Engländer in die Lage, wirkungsvolle Massnahmen zur Störung des deutschen Fliegerortungssystems zu entwickeln.

2. März 1942

«Der Minister erklärt, dass er eine Zusammenstellung des englischen Nachrichtendienstes von gestern auf heute vornehmen lässt, um anhand der Meldungen fest-

zustellen, wie die Engländer bei der Verschleierung ungünstiger Nachrichten vorgehen. Die Meldungen von schweren Verlusten der Japaner bei Java sollten nur der Zucker sein, um den bitteren Beigeschmack zur Besetzung von Java zu vertreiben. Der englische Nachrichtendienst habe wieder einmal sich gewunden und seine ganze Verlegenheit dargelegt.

Durch den vernichtenden japanischen Sieg in der Seeschlacht in der Javasee, die vom 27. Febr. bis zum 1. März 1942 dauerte und wobei alle beteiligten alliierten Seestreitkräfte in Stärke von 5 Kreuzern, 6 Zerstörern und einer Schaluppe versenkt wurden, war für Japan die Besetzung Javas (Niederländisch-Indien) frei. Am 8. März kapitulierten die holländischen Truppen auf Java.

Am Dienstag erfolgt die Uraufführung des Films «Der grosse König», der unter starker persönlicher Anteilnahme des Ministers gedreht worden ist. In dem Film, der im Sommer 1940 begonnen worden ist, ergeben sich so viele verblüffende Parallelen zur heutigen Zeit, dass der Minister für die deutsche Presse und den Rundfunk eine umfangreiche Aufklärung anordnet, aus der hervorgeht, dass der Film sich streng an die geschichtliche Wahrheit hält.»

«Der grosse König», «Historischer Roman» um Friedrich den Grossen und das Schicksal Preussens während 1759-1763, ein Tobis-Film unter der Regie von Veit Harlan mit Otto Gebühr, Kristina Söderbaum, Gustav Fröhlich, Paul Wegener u.a. Der Film wurde am 3. März 1942 gleichzeitig in Berlin und Potsdam uraufgeführt und erhielt die Prädikate «Film der Nation» und «staatspolitisch u. künstlerisch wertvoll».

Die Presse wurde am 2. März angewiesen: «Der künstlerisch und volkserzieherisch hervorragende Film «Der grosse König» verdient besondere Beachtung der Blätter. In den Besprechungen sind jedoch alle Vergleiche Friedrichs mit dem Führer unter allen Umständen zu vermeiden, ebenso alle Analogien mit der heutigen Zeit, insbesondere die pessimistische Note, die zu Beginn des Filmes vielfach die Texte beherrscht, und die keinesfalls mit der Haltung des deutschen Volkes im jetzigen Kriege zu identifizieren ist.» Ausdrücklich wurde ferner gesagt, dass es auf «Abwege» führe, wenn die Szene, in der «die Generalität sich gegen Friedrich den Grossen wendet und die Einstellung des Kampfes fordert», kommentiert werde.

Der Film wurde im Frühjahr 1940 in Angriff genommen, zu Beginn des Jahres 1941 begannen die Dreharbeiten, die etwa mit Ausbruch des Russland-Feldzuges abgeschlossen waren. Goebbels verlangte nach einer Zensurvorführung Ende August 1941 die Umarbeitung des Drehbuchs und das Nachdrehen einiger Szenen. Insbesondere sollte die Haltung des russischen Generals Tschernitschew während der Schlacht bei Schweidnitz im Jahre 1762 als Verrat an der Zarin gekennzeichnet werden.

4. März 1942

«Der Bombenangriff der Engländer auf Paris soll nach Anweisung des Ministers in grosser Form herausgebracht werden. Dabei sollen folgende Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden:

1. Wir haben Paris während unserer ganzen Offensive im Westen nie angegriffen, nur die Einsatzhäfen der französischen Luftwaffe in der Nähe von Paris sind bombardiert worden.

2. Ein Angriff auf Paris ist vornehmlich von den Engländern immer wieder als eine Kulturbarbarei ersten Grades hingestellt worden. Jetzt greifen die Engländer ihre alten Bundesgenossen an und scheuen sich nicht, die von ihnen als Mittelpunkt der Kultur bezeichnete Stadt anzugreifen.

Dem Deutschen Reich wurde mit dem Bombardement von Paris kaum ein Schaden zugefügt, aber dafür mussten Unschuldige aus der Zivilbevölkerung leiden.

In den Sendungen nach Holland soll darauf hingewiesen werden, dass dieselben Bomber, die Paris angriffen, auf Java fehlten.

In der Nacht zum 4. März 1942 unternahmen britische Bomber einen Luftangriff auf Paris. Nach anschliessenden französischen Meldungen wurden 340 Menschen getötet und etwa 600 verwundet. – In der Konferenz vom 6. März 1942 ordnete Goebbels an, die Beisetzungsfeierlichkeiten in Paris zu einer antienglischen Demonstration ersten Grades auszugestalten. «Man müsste die Pariser Bevölkerung in eine unerhörte Wut hineinbringen und ihr klar machen, dass ihr Zorn auch die beste Flak gegen die Engländer sei.»

Der Minister kommt erneut auf Indien zu sprechen und ordnet an, dass die indische Frage in der deutschen Propaganda stärkstens berücksichtigt werde, nachdem das Auswärtige Amt das Signal für eine stärkere Beachtung der Indienfrage gegeben habe.»

Dazu ergänzend am 30. März 1942: «Der Minister ordnet an, die Versprechungen und Verhandlungen der Engländer mit den Indern aus dem Weltkriege aktenmässig zu bringen, um darzulegen, wie sie schon damals den Versuch unternahmen, mit Versprechungen über Krisenzeiten hinweg zu kommen.»

7. März 1942

«Der Minister bittet den Vertreter des OKW, die Genehmigung zu erwirken, dass die russischen Nachrichten von der Einnahme von Orel gebracht werden dürfen, um dem deutschen Volk und der Welt zu zeigen, wie verlogen der russische Nachrichtendienst ist. Bei Orel, das 100 km hinter der Front liegt, herrscht absolute Ruhe.»

An der Front vor Orel, das zur Frontstadt geworden war, fanden seit Januar 1942 schwere Abwehrkämpfe statt. Noch im März/April war täglich zu befürchten, dass Orel von einer russischen Offensive überrollt werden konnte. Um den teils vorschnellen sowjetischen Erfolgsmeldungen entgegenzutreten, die meist in die Auslandspresse übernommen wurden, war Orel gewiss nicht das geeignetste Beispiel. Ein anderer Vorschlag von Goebbels bezog sich am 21. März 1942 auf die vor Leningrad zum Stellungskrieg übergegangene 18. Armee: «Die Feindmächte haben abwechselnd mehrfach die Vernichtung dieser Armee, ihre Einschliessung und ihren Entsatz gemeldet. Gegeneinanderstellungen dieser Nachrichten würden ein gutes Bild der Verlogenheit des feindlichen Nachrichtendienstes geben.»

8. März 1942

«Der Minister ordnet an, dass immer wieder die schleichende Krise Englands dargelegt werden soll. Daran dürften jedoch keine falschen Hoffnungen geknüpft

werden. Wir dürften uns auf keine Termine festlegen. Es müsste fortlaufend wiederholt werden, dass England von einer Krankheit befallen sei, die so schwer ist, dass sie zum Tode führen müsse. Einmal würde es im Innern kriseln, einmal aussen. Unsere Propaganda müsse die Rolle des objektiven Geschichtskritikers einnehmen.

Aus einigen Pressestimmen schein ihm hervorzugehen, dass gewisse Kreise den Sturz Churchills wünschten. Daran dürften sich jedoch keine Hoffnungen knüpfen. Dem Volke müsse man sagen, dass Churchills Abgang wahrscheinlich Cripps an die Macht bringen würde und dass dies eine Intensivierung des Krieges bedeute.»

Amerikanische Pressemeldungen stellten zuerst Vermutungen über einen Sturz Churchills an. In der Berliner Pressekonferenz vom 8. März 1942 wurde zu diesem Thema verlautbart: «Die Kritik an Churchill nimmt zweifellos wieder sehr stark zu und es wäre keineswegs ausgeschlossen, dass Churchill doch noch zum Rücktritt gezwungen wird. Das kann bald sein, das kann auch noch lange dauern. Wenn die deutsche Presse weiter wie bisher von solchen Möglichkeiten überhaupt keine Notiz nimmt, könnte, falls der Rücktritt Churchills eines Tages kommen sollte, der Eindruck beim deutschen Volk entstehen, dass nun der Krieg aus sei. Das wäre es natürlich nicht, denn die Kritik gegen Churchill richtet sich ja gerade dagegen, dass er nicht mehr energisch genug die Kriegsanstrengungen Englands betreibt. Die Leute, die Churchill stürzen wollen, wollen noch grössere Kriegsanstrengungen machen. Das muss immer wieder bei unseren Berichten durchklingen. Wir wollen also von jetzt ab etwa unter dem Motto ‚der schleichenden Krise‘ ruhig vorsichtig über die Gefährdung der Stellung von Churchill zu berichten anfangen.»

10. März 1942

«Die Drohung der Engländer wegen einer neuen Luftoffensive im kommenden Frühjahr dürfe nicht aufgegriffen werden.

Das Thema «Gelbe Gefahr» soll auf keinen Fall auch nur angesprochen werden.

In der Konferenz vom 6. März 1942 hatte Goebbels die Herausgabe eines Rundschreibens an sämtliche Gauleitungen angeordnet, das auf die «verheerende Wirkung des Geschwätzes von der Gelben Gefahr» hinzuweisen habe. Im Laufe des März kam dieses Thema erneut in den Konferenzen zur Sprache. Ausserdem hatte sich die Japanische Botschaft beklagt, «dass im Reich verschiedentlich von der «Gelben Gefahr» gesprochen werde. Der Minister bat, im Auswärtigen Amt die Angelegenheit vorzutragen und darauf hinzuweisen, dass er jede Diskussion über den Begriff «Gelbe Gefahr» strengstens verboten habe. Es lasse sich aber nicht verheimlichen, dass in breiten Kreisen über dieses Thema diskutiert werde. Nach Meinung des Ministers sei es gänzlich unmöglich, in der Öffentlichkeit dieses Thema anzuschneiden, weil die feindliche Propaganda sich sofort mit Freuden in diese Debatte einmischen würde.

Der Minister schlug vor, im Auswärtigen Amt einmal zu prüfen, ob es nicht möglich sei, Botschafter Oshima oder irgendeinen anderen Herrn der Japanischen Botschaft zu veranlassen, ein Interview zu geben. Es wäre wünschenswert, hierin zu sagen, dass die Japaner die in Ostasien eroberten Rohstoffe nicht kapitalistisch und plutokratisch für sich allein verwenden wollen. Die Eroberung der Gebiete solle keine hermetische Abschliessung gegenüber den Achsenpartnern sein, sondern solle auch ihnen in irgendeiner Weise wirtschaftlich nutzbar gemacht werden.

Solche und ähnliche Veröffentlichungen, wie z.B. auch die vor einigen Tagen über ein Gespräch eines japanischen Oberstleutnants, würden – ohne dass man damit den Begriff «Gelbe Gefahr» überhaupt zu nennen brauche – die Diskussionen über das uns unerwünschte Thema langsam zum Verstummen bringen.

In Zukunft wird den Juden die Benutzung der Verkehrsmittel in Berlin verboten werden. Die in der kriegswichtigen Industrie beschäftigten Juden, deren Zahl sich auf etwa 17'000 beläuft, erhalten einen roten Sonderausweis, der sie berechtigt, Verkehrsmittel in Anspruch zu nehmen.»

Am 12. Jan. 1942 hatte Goebbels gefordert, dass an Juden weder im Abonnement noch an den Kiosken Zeitungen verkauft werden. Von Goebbels zumeist angeregt, erging am 17. Febr. 1942 die Anordnung, dass Juden nicht mehr mit Zeitungen und Zeitschriften u.ä. beliefert werden dürfen, am 24. Apr. 1942 das Verbot über die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, am 15. Mai 1942 das Verbot über das Halten von Haustieren, am 29. Mai 1942 das Verbot über jede Inanspruchnahme von Friseuren, am 11. Juni 1942 der Erlass, dass Juden keine Tabakwaren mehr beziehen dürfen und am 18. Sept. 1942 wurde angeordnet, dass Juden keine Lebensmittel mehr erhalten, die auf Lebensmittelkarten abgegeben werden.

Mit diesen und anderen Massnahmen setzte Goebbels vor allem seine eigens von ihm inszenierten Aktionen fort, um Berlin zu einer «judenreinen» Stadt zu machen.

18. März 1942

«Der Minister ordnet an, dass in den Kommentaren zur Lebensmittellieferung keinen Fall gesagt werde, dass dies ein Erfolg der englischen Blockade sei. Man müsse darauf hinweisen, dass England unter den gleichen Schwierigkeiten wie wir leidet. In einem Krieg müssen infolge der Umstellung der Wirtschaft und der Herausnahme der Männer immer Einschränkungen erfolgen. Auf diese Tatsache soll besonders stark hingewiesen werden.

Am 22. März 1942 folgte die Anweisung, die mit Lebensmittellieferungen in die besetzten Gebiete begründete Lebensmittelleistungsbeschränkung dahingehend zu erklären, dass diese Gebiete ihre Arbeitskräfte dem Reich zur Verfügung stellen. – Für Normalverbraucher wurde die Fleischzuteilung ab 6. April 1942 von wöchentlich 400 g auf 300 g, die Butterration von 150 auf 125 g, die Margarinezuteilung von 96,87 auf 65,62 g und die Brotmenge von 2'250 auf 2'000 g herabgesetzt.

Auf seiner Vortragsreise hat der Minister festgestellt, dass die zügigste Parole die ist: Sieg um jeden Preis.»

Vom 12. bis 14. März 1942 unternahm Goebbels eine Reise durch die «Ostmark» und sprach u.a. auf Kundgebungen in Graz und Wien.

26. März 1942

«Auf Wunsch des OKW wird in allen amtlichen Verlautbarungen, in Rundfunksendungen und in der Presse vermieden, jetzt schon vom Frühling zu sprechen. Erst, wenn auch in Russland der Frühling eingezogen ist, soll man stärker diese Jahreszeit herausstellen.

Der Minister meint, diese Sperre könne man jetzt nicht mehr so rigoros durchhalten, da ja auch inzwischen im Osten besseres Wetter eingetreten sei.

Am 29. März 1942 wurde erneut verboten, das Wort «Offensive» in der deutschen Presse zu gebrauchen. – Die Führerweisung Nr. 41 für die Sommeroffensive 1942 datiert vom 5. Apr. 1942. Die deutsche Offensive setzte am 8. Mai mit dem Beginn der Rückeroberung der Halbinsel Kertsch ein.

Der Minister kommt auf die englische Propaganda zu sprechen und meint, dass, wenn die feindliche Propaganda konsequent über die 2½ Jahre Krieg hinweg immer wieder behauptet hätte, dass die Alliierten nicht gegen das deutsche Volk, sondern allein gegen Hitler kämpfen, dies zwar am Anfang wohl keine Erfolge hätte zeitigen können, auf die Dauer jedoch wäre wahrscheinlich mancher darauf reingefallen. Zurzeit schein die Propaganda der Vereinigten Staaten von Nordamerika diese These wieder neu aufzugreifen. Er ordnet an, nicht darauf einzugehen, dafür aber alle Stimmen zu bringen, die von einer Vernichtung des gesamten deutschen Volkes sprechen. Reden, wie die von Vansittard seien die beste Methode, das deutsche Volk gegen eine Propaganda, die einen Zwiespalt zwischen Volk und nationalsozialistischer Führung hervorrufen solle, zu immunisieren.»

28. März 1942

«Auf Anweisung des Ministers soll der Landungsversuch der Engländer in St. Nazaire als Maisky-Offensive bezeichnet werden. Unsere Kommentare sollten von oben herab die Angelegenheit behandeln und die Engländer herzlichst einladen, weitere solche Unternehmungen durchzuführen.

In der Nacht des 28. März 1942 starteten die Engländer ein Landungsunternehmen in St. Nazaire mit dem Ziel, den deutschen U-Boot-Stützpunkt und seine Einrichtungen zu zerstören. Das Unternehmen musste im Morgengrauen nach nur teilweisem Erfolg abgebrochen werden. Zerstört wurde das einzige an der Atlantikküste befindliche deutsche Grossdock, das zur Aufnahme des Schlachtschiffs «Tirpitz» geeignet war.

Der Minister warnt davor, einen etwa geplanten Umbau des Oberhauses mit der Ersetzung der erblichen Mitgliedschaft durch freie Wahl in der deutschen Presse zu kritisieren. Dieses könne manchen auf den Gedanken bringen, dass man in England fortschrittlich gesinnt sei.

Das Zusammentreffen Pétain-Laval könne man doch kaum bringen, da Laval für das deutsche Volk immer noch der Ministerpräsident Frankreichs sei und es nicht angängig wäre, dass man nun schreiben würde, Pétain und Laval hätten sich verschwiegen irgendwo getroffen.»

Im Dezember 1940 hatte Pétain seinen Stellvertreter Laval aus dem Amt entlassen und in Haft setzen lassen. Laval wurde wenig später von deutscher Seite nach Paris geholt. Ministerpräsident der Vichy-Regierung war von 1941 bis Apr. 1942 Admiral Darlan.

29. März 1942

«Die Aktion gegen die Schieber und den Schleichhandel ist von den Engländern nicht aufgegriffen worden. Der Minister ordnet an, in unserer Propaganda die

Frage zu stellen, warum die Engländer in einer solchen Massnahme keine Verfallszeichen des deutschen Volkes sehen, wie sie dies bei jeder anderen Aktion zu tun pflegten. Die Engländer befänden sich, so meint der Minister, in der schwierigen Lage, dass, falls sie unsere Aktion bekanntgeben, in England selbst die Frage erhoben würde, warum dies nicht auch in England geschehe.»

Anlässlich der Erwähnung der VO über den Schleichhandel in der Konferenz vom 21. März 1942 verlangte Goebbels, die Lage so darzustellen, «dass es sich nur um ganz wenige Stänker und Feinde handelt und nicht, als ob alles schieben würde».

Am 27. Apr. 1942 folgte die Weisung, die scharfen Urteile gegen Schieber und Wucherer in Inlandspresse und -funk stärker herauszustellen. Goebbels erschien es noch nicht hinreichend, dass Ende März/Anfang April 1942 beinahe täglich jede deutsche Tageszeitung von gegen «Schieber» verhängten Todesurteilen berichtete.

Zu jener Zeit waren in allen Teilen Deutschlands vor allem «Schwarzschlächter» mit dem Tode bestraft worden. – Dem «Schwarzhandel» war freilich nicht beizukommen. Schon Ende 1941 wurden für das Kilo Butter 20,- RM und für ein Ei bis zu 1,- RM gezahlt.

30. März 1942

«Der Führer hat dem Minister Vollmachten erteilt für die Versorgung der Bevölkerung bei englischen Luftangriffen. Bei dem gestrigen Luftangriff auf Lübeck sind die zuständigen Stellen über Paragraphen und Zuständigkeiten zu keiner greifbaren Hilfsaktion gelangt.

Es wird Beschwerde darüber geführt, dass im Wehrmachtsbericht ein so schweres Bombardement wie das von Lübeck nur mit einigen Worten abgetan wird. Der Minister bittet den Vertreter des OKW darauf einzuwirken, dass noch nachträglich in dem neuen Wehrmachtsbericht die Schwere des Bombardements von Lübeck hervorgehoben wird, um das Vertrauen des Volkes zum Wehrmachtsbericht nicht zu erschüttern. – Der Minister gibt die Zustimmung, dass in der deutschen Presse die Bombardierung von Kulturgütern, wie es in Lübeck geschehen ist, schärfstens herausgestellt wird.»

Am 31. März 1941 ordnete Goebbels an, dass Kunstsachverständige nach Lübeck fahren, um sich ein Bild vom Ausmass der Zerstörung der Lübecker Kulturdenkmäler zu machen und darüber vor der Auslandspresse zu berichten.

In der Nacht zum 29. März 1942 erlebte Lübeck einen schweren britischen Luftangriff, bei dem schwerste Bomben abgeworfen worden waren. 234 Bomber entluden 300 to Brand- und Sprengbomben über der Stadt. Die Zerstörungen waren von verheerendem Ausmass, die Zustände nach dem Angriff chaotisch. Die ersten von Goebbels eingeleiteten Hilfsmassnahmen liefen in der Nacht des 30. März an. Am 4. Apr. 1942 drückte er die Befürchtung aus, dass eine wochenlange Fortsetzung der britischen Luftangriffe in diesem Stil «gewiss eine demoralisierende Wirkung auf die deutsche Bevölkerung ausüben» könne. Nach einer offiziellen Schlussverlautbarung waren bei dem Angriff auf Lübeck insgesamt 298 Todesopfer zu beklagen. Hinzu kamen mehrere Hundert Verletzte und eine etwas geringere Zahl Vermisster.

Im OKW-Bericht vom 29. März 1942 hiess es lediglich: «Britische Bomber griffen in der letzten Nacht einige Orte im norddeutschen Küstengebiet an, vor allem die Stadt Lübeck. Die Zivilbevölkerung hatte einige Verluste.»

«Die überlegene Führung»

APRIL-JUNI 1942

1. April 1942

«Der Minister ordnet an, die Greuelmeldungen der Russen aufzugreifen und in den deutschen Zeitungen zu kommentieren. Es bestünden keine Bedenken, gegen derartig ungläubwürdige Meldungen vorzugehen, jedoch bitte er, Berichte über Lebensmittelkrawalle aus den bekannten Gründen nicht zu bringen.»

Schon tags zuvor verbot Goebbels, auf die Moskauer Nachrichten über Hungerdemonstrationen in deutschen Städten irgendwie einzugehen. Am 25. Febr. 1942 hatte Radio Moskau mit aller Bestimmtheit verkündet, in der Stadt Waren in Mecklenburg hätten die Einwohner im Verlauf von 20 Tagen des Februar je Person insgesamt nur 650 g Brot und 750 g Kartoffeln erhalten. 170 Einwohner der Stadt seien schon vor Hunger gestorben, 70 hätten Selbstmord verübt.

Die sowjetische «Hungerpropaganda» setzte mit Bekanntwerden der Rationskürzungen ein und konnte trotz absolut falscher Behauptungen von Goebbels kaum zurückgewiesen werden, da die Lebensmittelkürzung zum «heissen Eisen» der deutschen Publizistik geworden war. Die Stimmung der Bevölkerung war laut SD-Bericht an einem «bisher noch nicht festgestellten Tiefstand angelangt». Die Lebensmittelkürzungen, im Gegensatz zu früheren Äusserungen über eine gesicherte Versorgungslage, führten zu Enttäuschung, Verbitterung und Kritik an der Führung. Fürchtete Goebbels vielleicht, dass es tatsächlich zu grösseren Protestaktionen käme?

2. April 1942

«Mit zunehmender Besserung des Wetters rückt die Möglichkeit einer deutschen Offensive zusehends in den Vordergrund der öffentlichen Meinung. Um nicht wieder in eine Zwangslage wie im vergangenen Jahr zu kommen, gibt der Minister die Weisung, nur über das zu berichten, was tatsächlich geschieht. Die Kommentare hätten die Aufgabe, mehr abzdämpfen als aufzustacheln.

In zunehmendem Masse arbeitet die Feindpropaganda mit Hellsehern. Es wird die Möglichkeit besprochen, zwei oder drei bekannte Hellseher mit bedeutendem Namen zu erfinden und ihnen zwei oder drei Sätze, die genau überlegt und präzise ausgearbeitet sind, in den Mund zu legen. Es gäbe immer sehr viele Leute, die auf hellseherische Experimente hereinfielen.»

Immer wieder bediente sich Goebbels auch in den folgenden Jahren der Hellseherei für seine propagandistischen Zwecke. Beispielsweise erschienen auf seine Veranlassung Anfang 1944 in einer norwegischen Zeitung die angeblichen «Offenbarungen

des schwedischen Hellsehers Gruenberg», der eine phantastisch-verrückte Vorschau auf den Krieg gab und voraussagte, dass Deutschland nach allergrössten Schwierigkeiten den Sieg erringen werde. Nach vielen Niederlagen werde 1948 das grosse Jahr Hitlers kommen. Schliesslich werden Deutschland und die Westmächte gemeinsam gegen den Bolschewismus kämpfen und in Hitler sehe man den Retter Europas. Diese Voraussagen wurden auszugsweise auf maschinenschriftlichen Handzetteln in einigen deutschen Städten verbreitet.

11. April 1942

«Der Minister geht auf die Erfahrungen ein, die er mit seiner Propagandaaktion in den letzten Wochen gemacht hat. Die von ihm veröffentlichten Artikel und sonstigen Verlautbarungen, deren Zweck es war, die deutsche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der verlangten Einschränkungen auf dem Gebiet der Ernährung und auf anderen Lebensgebieten zu überzeugen, haben in einer Unzahl von Briefen, Anrufen, Gesprächen usw. einen Widerhall gefunden, der beweist, dass das Volk diese Notwendigkeiten durchaus einsieht. Zugleich aber bestehen in breiten Kreisen Zweifel an der Übereinstimmung von Theorie und Praxis. Es wird gefragt, ob die vom Minister aufgestellten Forderungen in der Praxis nicht nur von der breiten Masse, sondern auch von den führenden Schichten in Partei und Staat erfüllt werden. Der Minister erklärt, dass ein solches Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis in der Vorstellung des deutschen Volkes untragbar sei. Entweder müssten die Tatsachen der von ihm vertretenen Theorie angepasst werden, oder aber er müsste seinen Propagandafeldzug einstellen. Der Minister weist auf die Versuche von manchen Gauleitern und anderen hochgestellten führenden Männern hin, auch heute noch Veranstaltungen durchzuführen, die der gegebenen Lage nicht entsprechen und in der Öffentlichkeit schärfste Kritik hervorrufen. Das beziehe sich u.a. auch auf grosse Auffahrten von Personenkraftwagen bei Empfängen u.ä. Er kritisiert in diesem Zusammenhang u.a. als typisches Beispiel, wie es nicht gemacht werden soll, eine vom Polizeipräsidenten in Berlin an die Presse gegebene Notiz, wonach in einem Schlafwagen zwei Damen zwei Handkoffer mit Juwelen im Werte von 21'000 bzw. 18'000 RM gestohlen worden sind. Es sei klar, dass der Durchschnittsleser sich frage, was für Damen Dienstreisen oder sonst absolut notwendige Reisen, noch dazu im Schlafwagen, unternehmen dürfen, wobei sie derartig wertvolle Schmuckgegenstände mitführen.

Der Minister gibt Weisung, dass die Abteilung Propaganda sofort in Verbindung mit dem OKW prüft, welche Hilfe das deutsche Volk der Ostfront nach den Erfahrungen des vorigen Sommers für diesen Sommer geben kann. Er erwähnt als Beispiel eine Sammlung von Tüllstoffen jeder Art, aus denen von den NS-Frauenschaften Schutzschleier gegen die unerträgliche und die Kampfkraft schädigende Fliegen- und Mückenplage hergestellt werden sollen. Er weist darauf hin, dass Sammlungen – wenn sie rechtzeitig geschehen – von der deutschen Öffentlichkeit sicher gern mitgemacht werden, und dass bei den Truppen der schlechte Eindruck, den die verspätete Wollsachensammlung hinterlassen habe, dadurch zweifellos

verwischt werde. Der Vertreter des OKW wird gebeten, dafür zu sorgen, dass durch Befragung solcher Frontsoldaten, die den vorigen Sommer im Osten kämpfend mitgemacht haben, die Notwendigkeiten geprüft werden und dass die vom OKH schon einmal ausgesprochene Ablehnung derartiger Massnahmen zurückgezogen wird. In diesem Zusammenhang kommt zur Sprache, dass die Waffen-SS ihrerseits vorbildlich für ihre Truppen sorgt und für diesen Zweck wiederholt Sammlungen auf eigene Faust durchgeführt hat. Den Einwand des OKW-Vertreters, dass ein solches Verfahren für eine kleine Truppe leicht sei, für das gesamte Heer jedoch schwer durchführbar erscheine, weist der Minister mit einem Hinweis auf die bisherigen Ergebnisse grosser Sammlungen für die gesamte Wehrmacht als nicht stichhaltig zurück.»

In der Konferenz vom 9. Apr. 1942 gab Goebbels bekannt, dass sich wahrscheinlich eine weitere Spinnstoffsammlung notwendig mache, obwohl vorausszusehen sei, dass das Ergebnis sehr gering sein werde. Ende November 1942 war in der deutschen Presse zu lesen, dass durch die Spinnstoffsammlung 1942 4-5 Millionen zusätzlich eingekleidete Arbeitskräfte mit Arbeitskleidung versorgt werden konnten.

12. April 1942

«Der Minister kommt auf die englischen Drohungen mit Landungen auf dem europäischen Festlande zu sprechen und gibt Weisung, in der deutschen Propaganda in dieser Beziehung nicht die geringste Zaghaftigkeit zu zeigen, sondern dieses Thema ausschliesslich unter dem in den Führer-Reden gegebenen Motto zu behandeln: Je zahlreicher Ihr kommt, desto grösser wird das neue Dünkirchen.

Der Minister kommt auf die Feierstunde am nächsten Sonntag, den 19. d. M., zu sprechen und gibt Anweisung, mit Rücksicht auf das ganz besonders auserlesene Publikum in jeder Hinsicht alle Massnahmen zu treffen, um einen würdigen und störungsfreien Ablauf sicherzustellen.

Am 19. April 1942 fand in der Berliner Philharmonie eine Feierstunde der NSDAP aus Anlass des 53. Hitler-Geburtstages statt. Geladen waren u.a. Rüstungsarbeiter, Soldaten und Wissenschaftler. Die Festansprache, gleichzeitig im Rundfunk übertragen, hielt Goebbels, der, ausgehend von dem Film «Der grosse König», Parallelen zwischen Friedrich dem Grossen und Hitler zog: «So hat das deutsche Volk den Führer in diesem Winter im Geiste immer vor Augen gehabt: umgeben von seinen Mitarbeitern, Politikern und Generälen, eingehüllt in der Liebe von ungezählten Millionen Menschen und doch zuletzt auf sich selbst gestellt, die schwere Last der Verantwortung nur auf seinen Schultern tragend, um das Schicksal und das Leben seines Volkes ringend.» Wie an jedem Vorabend zu Hitlers Geburtstag, zuletzt am 19. April 1945, schloss Goebbels mit den Worten: «Er soll uns bleiben, was er uns war und ist: Unser Hitler!»

Schliesslich behandelt der Minister die mit dem 1. Mai einsetzende Aktion im Gau Berlin zur Förderung der Höflichkeit. Er legt dar, dass eine einfache Aufforderung durch Presse, Rundfunk, Plakate usw. nicht genüge, dass vielmehr unter Mitwirkung des Publikums eine Prämierung der höflichsten Schaffner, Verkäufer, Schalterbeamten, Kellner usw. beiderlei Geschlechts nach Ablauf eines Monats stattfinden und in der Presse gross aufgemacht werden solle. Der Vorschlag eines

– offensichtlich vor der Einziehung stehenden – Teilnehmers der Konferenz, auch den höflichsten Feldweibel zu prämiieren, wurde abgelehnt.»

Der Presse ging am 22. Apr. 1942 die Weisung zu: «Vom 24. April bis 31. Mai wird gemäss Anordnung des Herrn Reichsministers eine sogenannte Höflichkeits-Aktion gestartet. Es ist Aufgabe der Presse, diese Aktion im Lokalteil in Kästen, Witzecken, Anekdoten und Erlebnisberichten zu unterstützen. Es wird weiterhin gewünscht, dass die Pressepropaganda so aufgezogen wird, dass sich kein Beruf bevormundet fühlt.»

13. April 1942

«Der Minister kommt auf eine DNB-Meldung zu sprechen, derzufolge der japanische General Tatekawa bei der Rückkehr von einem Aufenthalt in Moskau in Japan Erklärungen über die Lage in der Sowjetunion abgegeben hat, die für die Sowjetrussen ausserordentlich günstig klingen. Der Minister sagt, dass diese Erklärungen für uns nicht angenehm seien, da sie die Lage der Russen ausserordentlich rosig erscheinen liessen und in der Öffentlichkeit der übrigen Feindländer beruhigend und stärkend wirken müssten. Er könne sich aber vorstellen, dass die Japaner derartige Nachrichten mit einer bestimmten Absicht der Irreführung in die Welt gelangen lassen. In diesem Falle sei natürlich nichts dagegen einzuwenden. Der Minister bittet festzustellen, ob der General tatsächlich mit bewusster Absicht einer Irreführung diese Äusserungen gemacht habe. Verneinendenfalls bittet er, die Japanische Regierung auf das Unerwünschte solcher Meinungsäusserungen aufmerksam zu machen.

Der japanische Botschafter in der Sowjetunion, General Tatekawa, gab während eines Urlaubs in Tokio ausserordentlich positive Schilderungen über die inneren Zustände in der Sowjetunion. Der deutsche Botschafter in Tokio, General Ott, erhob dagegen Einspruch und erwirkte, dass Tatekawa vom japanischen Aussenministerium wegen seiner Äusserungen gerügt wurde.

Der Minister weist darauf hin, dass in einer slowakischen Zeitung der angebliche Möldersbrief veröffentlicht worden sei und bittet zu veranlassen, dass ein Dementi erscheint. Es kann dabei auf die Feststellung der Reichsregierung vor etwa zwei Wochen Bezug genommen werden, dass der Brief eine Fälschung ist. Er bittet um Unterrichtung über das Veranlasste und weist auf die besondere Bedeutung dieses Briefes auch für die deutsche Öffentlichkeit hin.

Seit Ende Februar 1942 kursierte namentlich in kirchlichen Kreisen ein Brief des Fliegerobersten Werner Mölders (1913-41), der bei einem Unfall mit einem Kurierflugzeug am 22. Nov. 1941 über Breslau tödlich verunglückt war. Der Brief enthielt eine heftige Kritik an der Staatsführung und namentlich an deren Massnahmen gegen die Kirchen. Von dem streng katholischen Mölders, der dem Bischof von Münster, Graf v. Galen, nahestand, war schon zu Lebzeiten bekannt, dass er aus seiner Kritik an der Kirchenpolitik des Dritten Reiches keinen Hehl gemacht hatte. Hitler setzte dennoch zur Ergreifung des Verfassers des angeblich gefälschten Mölders-Briefes eine Belohnung von 100'000,- RM aus. Die Untersuchungen ergaben, dass der greise Feldmarschall v. Mackensen massgeblich an der Verbreitung des Briefes beteiligt, nur war gegen ihn schwerlich etwas zu unternehmen.

Der Mölders-Brief erschien in zwei slowakischen Zeitungen, die sich nach Einschreiten der deutschen Gesandtschaft in Pressburg von seinem Inhalt distanzieren.

Der Minister erteilt Weisung, eine amerikanische Pressestimme in grösster Form aufzugreifen, in der dargestellt wird, dass das Gold für die Kriegführung an sich heute wertlos ist und nur als Metallsatz für fehlende Metalle, z.B. für die Herstellung von Konservendosen für Apfelmus nützlich sei. Der Minister gibt Weisung, diesen Sieg einer seit zwei Jahrzehnten vom Nationalsozialismus vertretenen grundsätzlichen Auffassung über den Wert des Goldes als solchen im Gegensatz zum Wert von Blut und Arbeitskraft mit besonderer Unterstreichung herauszustellen.»

Aufgegriffen vom «VB» am 14. Apr. 1942 unter der Überschrift: «Apfelmus in goldenen Konservendosen.»

15. April 1942

«Der Minister kommt auf die Ernennung Lavals zum Ministerpräsidenten zu sprechen und betont, dass es nicht einfach sei, der Öffentlichkeit diese Mitteilung in der richtigen Form zu machen, nachdem es damals untersagt worden war, die Absetzung von Laval im Dezember 1940 zu veröffentlichen. Auf die englischen und amerikanischen Kommentare zur Regierungsumbildung bittet er aus begreiflichen Gründen vorläufig nicht einzugehen. Falls es notwendig werden sollte, in irgendeiner Form auf die französische Kabinettsumbildung einzugehen, so werde dazu wohl schon Weisung ergehen.»

Mit der Rückkehr Lavals – für die Auslandspresse der Quisling Frankreichs – an die Spitze des Kabinetts in Vichy hoffte man von Seiten der deutschen Führung, dass eine stärkere Anlehnung Frankreichs an Deutschland erfolge. Von den Schwierigkeiten der deutschen Presseberichterstattung über Laval sagte Goebbels in seinen Tagebüchern bezeichnenderweise kein Wort.

17. April 1942

«Der Minister erklärt, es sei unzweckmässig, die Engländer durch hämische oder sarkastische deutsche Bemerkungen über die Unwirksamkeit der englischen Luftangriffe auf das Reichsgebiet zu weiteren Angriffen herauszufordern. Wenn die englische Propaganda jetzt in der ganzen Welt auf die Wirksamkeit der englischen Luftangriffe hinweist, so sollen wir hierzu schweigen.

Der Minister gibt Anweisung, sich in der deutschen Presse nicht polemisch mit Massnahmen auseinanderzusetzen, die in Anlehnung an Massnahmen der russischen Regierung von der englischen Regierung getroffen werden. Es sei zwar richtig und notwendig, das Vordringen bolschewistischer weltanschaulicher Thesen in England und die hierauf bezügliche Propaganda in England, wie z.B. das Absingen der Internationale, bolschewistische Lehrkurse, englisch-bolschewistische Feierlichkeiten usw. anzugreifen, es sei jedoch sehr unzweckmässig, praktische Massnahmen herabzusetzen, deren Zweckmässigkeit durch die russische Widerstandskraft jedem kritischen deutschen Betrachter klar geworden sei. Der Minister führt in diesem Zu-

sammenhang u.a. aus, dass das bolschewistische System, soweit es die Mobilisierung der Arbeitskraft und der materiellen Mittel des ganzen Landes für die Kriegführung betreffe, so erfolgreich gewesen sei, dass es manchen Deutschen nachdenklich gemacht habe. Nur die Tatsache, dass das deutsche Heer in Russland auf Schritt und Tritt die furchtbarsten sozialen, hygienischen und sonstigen Verhältnisse in der Bevölkerung angetroffen habe, habe sich als ein wirksamer Schutz gegen die Infizierung Deutschlands durch den Bolschewismus erwiesen. Dieser Schutz sei allerdings auch vollkommen ausreichend.»

18. April 1942

«Die Kirchenfrage in Russland soll in der deutschen Öffentlichkeit nur dann behandelt werden, wenn sehr eindeutige Unterlagen über schwere antikirchliche Handlungen der Sowjets vorliegen. Auch diese Nachrichten sind auf das Äusserste einzuschränken. Am besten wird das Thema mit Rücksicht auf die Auffassungen der deutschen Öffentlichkeit überhaupt nicht berührt.

In der Konferenz vom 1. Dez. 1941 hatte Goebbels bereits einen Führerbefehl mitgeteilt, der der deutschen Propaganda verbot, das Thema der Öffnung der Kirchen in den besetzten Gebieten der UdSSR zu behandeln. Auch die in den folgenden Monaten erlassenen Edikte über die Tolerierung der Ostkirchen durften in der deutschen Presse nicht aufgegriffen werden, weil nicht allein Hitler fürchtete, aus der Duldung der Kirchen Russlands könnte man im Reich den Schluss ziehen, der Nationalsozialismus würde sich grundsätzlich von seiner antikirchlichen Politik abwenden.

Anknüpfend an eine Hetzmeldung des schwedischen Journalisten Lindquist beauftragt der Minister Herrn Brauweiler, Lindquist schärfstens zu beobachten, und falls er sich noch einmal etwas zuschulden kommen lässt, seine sofortige Ausweisung vorzunehmen.»

Nils Eric Lindquist, geb. 1904, Berlin-Korrespondent der schwedischen Zeitung «Social-Demokrat» 1940-42.

19. April 1942

«Der Minister meint, dass die Engländer anscheinend ihre Luftoffensive gross herausbringen und damit in den nächsten Monaten vielleicht Reklame machen werden. Der Zweck der Offensive liege darin, dass sie damit der Welt ihre Hilfeleistung für Russland zum Ausdruck bringen.

Er bittet, die Erfolge der Engländer in der Luftoffensive nicht zu dementieren. Die Schweigetaktik werde sich, wie bei der Non-stop-Offensive, als das beste Mittel letzten Endes erweisen.

Anders seien die Meldungen zu behandeln, die von einer ins Riesenhafte gesteigerten Anhäufung von Kriegsmaterial in England sprechen. Gegen diese Übertreibungen müsse vorgegangen werden.

In der «Times» und in anderen englischen Zeitungen sind Stimmen über das Versagen der Russen bei der Offensive zu verzeichnen. Diese Urteile bestätigen aufs

Beste die deutsche Nachrichtenpolitik, die in den Krisenmonaten zwar von harten Kämpfen sprach, aber mehrfach darauf hinwies, dass einschneidende Positionen nicht verloren gegangen sind. Heute gebe England dies zu und damit sei unsere Nachrichtenpolitik aufs Glänzendste gerechtfertigt.»

21. April 1942

«Der Minister berichtet über die zunehmenden Invasionsdrohungen der Engländer. Er ordnet an, davor nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern klar und eindeutig auf die Chancen einer Invasion einzugehen. Nach den Erfahrungen, die die Engländer bisher gemacht hätten, könne man kaum auf einen Erfolg rechnen. Den Engländern gegenüber könne man mit Bestimmtheit betonen, dass sie bei jedem Versuch entsprechend von uns empfangen würden. Die Invasionsarmee wird sich eines herzlichen und warmen Empfangs erfreuen dürfen. Ein gutes Mittel zur Neutralisierung dieser Drohung stelle Churchills Vergangenheit dar. Seine verschiedenen Misserfolge bei Landungen solle man zur Grundlage der Polemik machen. Neuerdings bringt die «Prawda» wieder Greuel, die angeblich von deutschen Soldaten verübt sein sollen. Als Antwort werden verschiedene Meldungen von Menschenfresserei für die Auslandsdienste herausgegeben.»

Über die in den besetzten Ostgebieten an Zivilisten und Kriegsgefangenen begangenen Greuel berichtete seit Juni 1941 nicht nur laufend die Sowjetpublizistik. Beinahe in jedem Monat überreichte das sowjetische Ausenministerium allen in Moskau akkreditierten Missionen diplomatische Protestnoten zu deutschen Greuel-taten. Schon am 7. Jan. 1942 erläuterte Fritzsche vor der Berliner Pressekonferenz zu einer Molotow-Note, dass hierauf in der deutschen Öffentlichkeit nicht eingegangen werden dürfe. «Wir haben im Sommer 1941 auch keine Einzelheiten von den sowjetischen Greuel-taten in Wolhynien, Galizien, den baltischen Staaten usw. mitgeteilt. Auch das Problem der Behandlung der Sowjetgefangenen im Reich soll zu unserer grundsätzlichen Abrechnung mit Molotow nicht herangezogen werden. Es ist richtig, dass bei der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland in den Gefangenenlagern Knute, Stock und Peitsche eine grosse Rolle spielen, weil man allein mit dem Revolver die Ordnung nicht aufrechterhalten kann. Der Sowjetgefangene ist diese Behandlungsart gewohnt und allein durch sie zur Arbeit anzuhalten. Aus dem Lande liegen, so sagte Fritzsche, allerlei Meinungsäusserungen harmloser deutscher Zeitgenossen vor, die sich über die Anwendung der Knute beschwerten. Tatsächlich beklagt sich Molotow auch nicht über diese Behandlungsart der Kriegsgefangenen, sondern er stellt teuflischste Greuel zusammen, die niemals Deutsche, sondern nur Bolschewisten begangen haben.» – Fs. 28. Apr. 1942.

22. April 1942

«Der Minister gibt Weisung, der englisch-amerikanischen Propaganda, die von einer bevorstehenden Bildung einer zweiten Front spricht, in der deutschen Auslandspropaganda mit äusserster Schärfe und sarkastischen Hinweisen auf Dünkirchen, Singapur usw. entgegenzutreten. Er erklärt, dass diese englisch-amerikanische Propaganda anscheinend eine Entlastungsoffensive für die Russen bilden

und uns veranlassen soll, Truppen zur Verteidigung für die besetzten Gebiete Westeuropas vom Osten abzuziehen.

Fs. 18. Mai 1942.

Der Minister bittet zu prüfen, ob eine Bearbeitung der französischen Öffentlichkeit auf indirekten Wegen in folgender Weise möglich sei: Abwurf angeblich englischer, in Wirklichkeit deutscher Flugblätter über Frankreich, die von bevorstehenden Angriffen und den dabei unvermeidlichen Opfern an Menschen, Städten, Gebäuden, Vermögen usw. sprechen; Aufstellung eines als englisch getarnten Geheimsenders, der die französische Bevölkerung in der gleichen Richtung in Atem hält.

Mit über Frankreich abzuwerfenden gefälschten, anscheinend englischen Flugblättern beschäftigte sich auch Hitler persönlich. Am 9. Febr. 1942 liess er beispielsweise dem Chef des Wehrmachtsführungsstabes, General Jodl, folgenden Flugblattvorschlag übermitteln, von dem er meinte, er sei «unmerklich für die Franzosen» den Engländern abträglich. Die Tendenz eines solchen Flugblattes, von dem man in Frankreich annehmen würde, es stamme aus England, sollte sein: «Franzosen! Als wir 1940 Euren Boden verliessen, ungeschwächt und in voller Siegeszuversicht, so taten wir es mit Rücksicht auf Euch, damit Euer schönes Land von weiteren Zerstörungen verschont blieb und Ihr weitere Opfer für unsere gemeinsame Sache nicht mehr zu bringen brauchtet.

Nun lastet die ganze Schwere des Kampfes auf unseren Schultern allein. Ihr könnt auf uns rechnen, dass wir den Krieg siegreich bestehen. Wir rechnen auf Euch, dass Ihr weiter zu uns steht.»

Der Minister gibt Weisung, in der deutschen Presse und in der Auslandspresse darauf hinzuweisen, dass die Amerikaner auch jetzt wieder angefangen haben, europäische Patente zu stehlen. Er wünscht, dass dabei der Gedanke zum Ausdruck kommt, dass die Amerikaner sich von Zeit zu Zeit in die europäischen Konflikte einmischen, um auf diese Weise in den Besitz der Errungenschaften der europäischen Wissenschaft und Technik zu gelangen.

Der Minister gibt aus Anlass der Veröffentlichungen der DAF schärfste Weisung dafür zu sorgen, dass in der deutschen Propaganda anstelle des Begriffs «Nationalsozialismus» unter keinen Umständen der Begriff «Sozialismus» oder «Nationalismus» oder «nationaler Sozialismus» tritt. Das Wort «Nationalsozialismus» habe einen Inhalt, der nicht auf andere Weise umschrieben werden könne und dürfe.»

27. April 1942

«Es wird mitgeteilt, dass der 4. Angriff auf Rostock hauptsächlich mit Luftminen durchgeführt wurde, die die noch stehenden Reste der Altstadt und einige schon vorher besonders schwer getroffene Wohnviertel weitgehend zum Einsturz brachten. Insgesamt sind jetzt etwa 40'000 Menschen obdachlos, von denen 10'000 bereits in Einzelquartieren in der Umgebung untergebracht sind, während der Rest noch aus Massenquartieren in Einzelquartiere umquartiert werden muss. Der Führer hat die Aufstellung eines Planes für harte Vergeltungsmassnahmen auf entsprechende Städte angeordnet. Der Minister wird anregen, dabei auch Flugblätter abzuwerfen, in denen Bilder von Lübeck und Rostock mit einem Hinweis

gebracht werden, dass es sich bei den deutschen Angriffen um Vergeltungsangriffe handelt.

Die RAF bombardierte in den Nächten vom 23. bis 27. April 1942 die Seestadt Rostock. Sie setzte die mit Lübeck begonnene Flächenbombardierung von Wohngebieten fort, wobei weit mehr Brand- als Sprengbomben, über 400 t allein in zwei Nächten, abgeworfen wurden. Bis zum Abend des 29. Apr. wurden in Rostock 163 Tote, darunter 29 französische Kriegsgefangene erfasst. Man zählte ferner rund 200 Schwer- und 500 Leichtverletzte. Rund 100'000 Einwohner Rostocks waren bis zum 28. Apr. evakuiert. Die deutsche Propaganda vermerkte als Reaktion der Rostocker auf die Luftangriffe: «Die Hauptsache, wir leben noch. All das, was wir verloren haben, muss Churchill bezahlen.»

Mit seiner Ernennung zum britischen Luftmarschall erhielt Harris im März 1942 den Geheimbefehl: «Es ist beschlossen worden, dass Ihr Hauptangriffsziel von nun an die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft sein soll.» Auf die Generalproben der neuen britischen Bomberstrategie in Lübeck und Rostock folgte schliesslich der Grossangriff auf Köln. In den britischen Kommunikés über die in vier aufeinanderfolgenden Nächten geschehene Bombardierung Rostocks wurde hingegen betont, dass die Angriffe vornehmlich der Zerstörung der Heinkel-Werke und der Neptun-Werft galten.

Der Minister gibt Weisung, in der deutschen Presse die feindlichen Meldungen über die Wirkungen unserer Angriffe auf Bath und Malta zu bringen.

Während die deutschen Luftangriffe auf englische Mittelstädte als «Vergeltungsschläge» für das britische Luftbombardement deutscher Städte gedacht waren, dienten die rund 1'000 deutsch-italienischen Luftangriffe Maltas sowohl der Sicherung der Nordafrika-Geleite als auch der Vorbereitung der zunächst geplanten Eroberung der britischen Insel festung. Im Juni 1942 wurde jedoch die Landung auf Malta zurückgestellt.

Der Minister erwähnt das Auslandsecho der Führer-Rede und stellt fest, dass die persönlichen Angriffe auf den Führer selbstverständlich unsererseits völlig zu übergehen sind. Im Übrigen versuche die Feindpropaganda, wie zu erwarten, eine Entfremdung zwischen Führung und Volk und eine militärische Schwäche in die Äusserungen des Führers hinein zu interpretieren. Er meint, dass unsere Propaganda auf den Unterschied zwischen der Lage in Deutschland und in England hinweisen solle: In England verlange das Volk, wie aus der Presse hervorgehe, scharfe Massnahmen der Regierung gegen alle Auswüchse, und zwar ohne Erfolg; demgegenüber würden in Deutschland diese Massnahmen von der Führung her ergriffen.

Hauptanliegen der von Hitler am 26. April 1942 vor dem Reichstag in Berlin gehaltenen Rede war die «Legitimation» von ihm geforderter unbegrenzter Vollmachten als «oberster Gerichtsherr», der «nicht an bestehende Rechtsvorschriften gebunden» sein sollte.

Die Gründe für diese Massnahme sind wohl vor allem in den Auswirkungen der Winterkrise 1941/42 zu suchen, in der allgemeinen Stimmungverschlechterung und letztlich in der Furcht Hitlers, dass sich die Ereignisse des Novembers 1918 möglicherweise wiederholen könnten. Er selbst erläuterte bei einem Tischgespräch im Führerhauptquartier am 28. Juli 1942, dass die «Einsicht» des Volkes nur so lange wirkungsvoll sei, «solange das Volk das notwendige Vertrauen zu seiner Führung

besitzt». Den allmählichen Vertrauensschwund des Volkes aber konnte Hitler aus den SD-Berichten herauslesen. Es kann daher auch nicht als Zufall angesehen werden, wenn er schon am 7. Apr. 1942, ebenfalls anlässlich eines Tischgespräches, sehr konkrete Sofortmassnahmen für den Fall entwickelte, dass «heute irgendwo im Reich eine Meuterei ausbrechen» würde. Das Blutbad, das er für diesen Fall plante, hätte alle historischen Parallelen in den Schatten gestellt.

Eine Anregung, im Hinblick auf die Tatsache, dass die englischen Luftangriffe der letzten Nächte die Wirkungslosigkeit der Abschaltung der deutschen Sender erweise, die deutschen Sender abends wieder voll in den Dienst der Propaganda und Unterhaltung zu stellen, lehnt der Minister mit dem Hinweis darauf ab, dass er später nicht für das Gelingen weiterer englischer Luftangriffe verantwortlich gemacht zu werden wünsche. Es sei anzunehmen, dass im gegebenen Falle die Luftwaffe ihm die Verantwortung zuzuschieben suchen werde.»

28. April 1942

«Der Minister kommt auf die Lage in Rostock zu sprechen und hob die glänzende und vorbildliche Organisation des Reichsstatthalters und Gauleiters Hildebrand hervor. Die notwendigen Hilfsmassnahmen sind sehr rasch durchgeführt worden und haben wesentlich dazu beigetragen, eine Panik der Bevölkerung zu verhüten. Zur Behandlung des Angriffs von Rostock in der deutschen Öffentlichkeit weist der Minister darauf hin, dass wir entweder die volle Wahrheit sagen oder aber über die Angelegenheit schweigend hinweggehen müssten. Die Evakuierung eines grossen Teiles der Bevölkerung verschaffe weiten Kreisen unseres Volkes einen genaueren Überblick über die Lage in Rostock und zwingt uns ganz klar zu sagen, wie hoch die Zahl der Opfer und wie gross die Zerstörung ist. Die Wochenschau und die Presse müsse daher alles oder nichts sagen. Es soll eine Führerentscheidung darüber herbeigeführt werden, ob der ganze Umfang der Zerstörung mitgeteilt werden kann. Grundsätzlich müsse ausserdem im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht ein solcher Luftangriff die entsprechende Beachtung finden.

In der «Times» ist ein Artikel erschienen, der sich mit dem Angriff auf Lübeck beschäftigt und zugibt, dass zum weitaus grössten Teile nur Wohnviertel getroffen sind. Dieser Artikel eigne sich sehr für Flugblätter, in denen die Schuld für unsere Vergeltungsangriffe der englischen Führung vorgeworfen werde, die in verbrecherischer Weise zum grössten Teil Wohnviertel heimsuche.

Als Erwiderung auf die neue Molotow-Note wegen Greuelthaten der deutschen Truppen sollen nunmehr in grösstem Stile Einzelfälle bolschewistischer Menschenfresserei und anderer Greuelthaten gebracht werden. Die Meldung über Menschenfresserei der Bolschewisten bilde die beste Entgegnung auf die unverschämte Note der Russen, die sich erdreisten, der Welt ein Theater vorzuspielen. Diese Kannibalen, Priestermörder und Menschenfresser seien nicht geeignet, der Welt mit Greuelthaten der deutschen Truppen zu kommen.

Die am 27./28. April 1942 über Radio Moskau publizierte Note Molotows zitierte «Beutedokumente» u.a. über die Vernichtung der Sowjetvölker, von der angeblich

in der Verordnung Nr. 431 des Standortältesten von Feodosia, Hauptmann Eberhard, gesprochen wurde.

Goebbels stellte erst gar nicht die Frage, ob es sich hierbei möglicherweise um eine Fälschung handelte, was auch tatsächlich der Fall war, denn er wusste nur zu gut von den im Osten geschehenen Unmenschlichkeiten, die die deutsche Kriegführung in jeder Hinsicht belasteten. Aus der Reaktion von Goebbels auf die sowjetischen Greuermeldungen sprach die Furcht, die Welt könnte ihnen auf die Dauer Glauben schenken.

Meldungen über den Kannibalismus innerhalb der Roten Armee wurden fortan beim OKW, Propagandaministerium und Auswärtigen Amt gesammelt bzw. auch erfunden. So hatte man beispielsweise am 9. Juni 1942 der Presse in Oslo zwei gefangene sowjetische Spione vorgeführt, die angeblich nach Verbrauch ihrer Lebensmittelvorräte einen dritten Sowjetsoldaten und zwei norwegische Begleiter ermordet und «aufgefressen» hätten.

Für das Inland hingegen sperrte Goebbels die lediglich für das Ausland bestimmt gewesene Meldung, dass ein Rotarmist einem deutschen Offizier die Kehle durchgebissen habe.

Das deutscherseits auch für einen künftigen Kriegsverbrecherprozess zusammengetragene Anklagematerial findet sich ferner in: «Bolschewistische Verbrechen gegen Kriegrecht und Menschlichkeit», Dokumente zusammengestellt vom Auswärtigen Amt, 1. Folge Berlin 1941, 309 S., 2. Folge Berlin 1942, 280 S.

Anhand eines in einer deutschen Zeitung erschienenen Artikels bittet der Minister, unsere Einschränkungen nicht zu Überspannen. Das Verschwinden gewisser Bequemlichkeiten, das durch die Kriegsumstände bedingt sei, dürfe nicht zu einer allgemeinen Bilderstürmerei führen und die an sich gesunde Aktion zur Vermeidung alles Unnötigen lächerlich machen.»

Anlass zu diesen Ausführungen war ein Artikel in der SS-Zeitung «Das Schwarze Korps», der sich gegen die Friseurin wandte. «Schliesslich und endlich können wir nicht mit Apostelhaaren herumlaufen», empörte sich Goebbels gegen jenes Zeugnis aufkommender «Primitivitätssucht».

Eine Unterredung mit Hitler referierend schrieb Goebbels am 10. Mai 1943 in sein Tagebuch: «Vor allem darf im totalen Krieg kein Krieg gegen die Frauen geführt werden. Noch niemals ist ein solcher Krieg von einer Regierung gewonnen worden. Die Frauen stellen doch eine ungeheuerere Macht dar, und sobald man die Hand nach ihrer Schönheitspflege ausstreckt, wird man sie zum Feinde haben.»

30. April 1942

«Der Minister wünscht, dass bei der Bekämpfung der feindlichen Störmeldungen über angebliche italienische Sonderfriedens-Absichten darauf hingewiesen wird, dass England und die USA diese Nachrichten immer dann auszustreuen pflegen, wenn es ihnen besonders schlecht geht. Diese Lügenmeldungen seien daher auch jetzt ein schlechtes Zeichen für ihre Urheber.

Am 1. Dez. 1942 erklärte der Regierungssprecher (Fischer) vor der Berliner Pressekonferenz: «Es häufen sich Meldungen über antifaschistische Demonstrationen in Italien. Ich brauche nicht zu betonen, dass das alles aus den Pfoten jüdischer Skribenten gesogen ist.»

Unter Hinweis auf einen in der deutschen Presse erschienenen Artikel, wonach die deutsche Luftwaffe in England alle diejenigen Objekte besonders angreifen werde,

die im Baedeker mit 3 Sternen bezeichnet seien, erklärt der Minister, dass es völlig falsch sei, mit der Zerstörung von Kulturwerten zu prahlen. Jede solche Zerstörung bleibe eine an sich äusserst bedauerliche Tat. Wenn man sie gezwungenermassen vornehmen müsse, so muss man den Zwang logisch und überzeugend erklären, man dürfe sich aber nie dazu hinreissen lassen, derartige Taten als solche zu rühmen.

Der Begriff «Baedeker»-Angriffe stammte vom Baron Braun von Stumm, dem Stellv. Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amts. Im Verlag Karl Baedeker, Leipzig, gegr. 1827, erschienen die in der Vorkriegszeit weitverbreitetsten Reisehandbücher, in denen alle Orte mit bedeutenden Sehenswürdigkeiten besonders gekennzeichnet waren. Beginnend mit dem Angriff auf Bath richteten sich die deutschen Luftangriffe im Frühsommer 1942 fast ausnahmslos gegen häufig schutzlose englische Mittelstädte mit ehrwürdigen Kulturdenkmälern. Im Juni 1942 wurde bei einem Angriff auf Canterbury die dortige Kathedrale getroffen und schwer beschädigt.

Der Minister gibt Anweisung, dafür zu sorgen, dass an den Stadträndern der deutschen Millionenstädte eine gerechtere Regelung der Zuteilungen erfolge. Es gebe ganze Bevölkerungsteile, die weit draussen wohnten, aber in der Grosstadt ihre Arbeit hätten und trotzdem von den Sonderzuteilungen, die in den Grosstädten vorgenommen würden, ohne einen sachlichen Grund ausgeschlossen wären.

Aus Anlass von Beschwerden, dass der deutsche Rundfunk deutsche kirchliche Musik überhaupt nicht bringe, macht der Minister grundsätzliche Ausführungen. Er erklärt, dass er Anfang Dezember die Aufführung eines Mozartschen Requiems deswegen nicht gestattet habe, weil der sehr düstere und weltentsagende Text in der damaligen ausserordentlich ernsten Lage stimmungsmässig schlecht gewirkt haben würde. Er sei aber der Auffassung, dass dies ein ganz besonderer einmaliger Ausnahmefall aus besonderen Gründen habe sein sollen. Man dürfe die deutschen Kulturgüter der Vergangenheit, zu denen besonders auch die mit kirchlichem Inhalt erfüllte Musik gehöre, nicht aus missverstandenen weltanschaulichen Überlegungen ausschalten. Wenn jede Epoche die vorhergegangenen Kulturleistungen eines Volkes deswegen zerstöre oder als nicht vorhanden ansehe, weil der Inhalt dieser Kulturleistungen einer gerade im Entstehen begriffenen neuen Weltanschauung widerspreche, so streiche das Volk damit seine eigene Vergangenheit aus und mache sich selbst zum Parvenü. Der Minister erklärt, dass man zwischen einer historischen Betrachtungsweise und Freude an Kulturleistungen früherer Epochen einerseits und der Entwicklung der eigenen neuen Weltanschauung andererseits einen Unterschied machen müsse.»

5. Mai 1942

«Es wird mitgeteilt, dass der Reichsmarschall entschieden habe, dass über England keine Flugblätter abgeworfen werden sollen. Die Entscheidung sei mit luftwaffenmilitärischen Gesichtspunkten begründet worden.»

Es fehlte an Flugzeugen, die für den Flugblattabwurf über England hätten zur Verfügung gestellt werden können.

8. Mai 1942

«Staatssekretär Gutterer teilt die Weisungen des Ministers mit. Der Minister hat angeordnet, dass die Erfolge der deutschen Vergeltungsangriffe auf England noch stärker als bisher in der deutschen Presse unterstrichen werden. Dem tritt der Vertreter des OKW mit einem Hinweis darauf entgegen, dass die Luftwaffenführung nur der Bezeichnung der deutschen Angriffe als «Vergeltungsschläge», nicht aber der bisher schon üblich gewesenen grossen Aufmachung der Wirkungen zustimmen könne. Die Angriffe seien in ihrer Wirkung mit den Angriffen des Vorjahres nicht zu vergleichen, übertreibe man, so gebe man der englischen Kriegsleitung Hinweise, die vermieden werden müssten.

Staatssekretär Gutterer gibt mit der Bitte um vorläufige Geheimhaltung bekannt, dass auf Befehl des Führers am 15. 5. in der Reichskanzlei eine besondere Ehrung deutscher Rüstungsarbeiter als Anerkennung dafür stattfinden solle, dass bestimmte Rüstungsprogramme in den letzten Tagen bereits mehrere Tage vor Ablauf der gestellten Fristen durchgeführt worden seien. Gleichzeitig solle die Arbeiterschaft zu weiteren besonderen Leistungen angespornt werden. Es ist vorgesehen, dass ein Arbeiter das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz erhält, und dass ihm diese Auszeichnung durch drei Ritterkreuzträger der Wehrmacht überreicht werde. Ferner sollen 100 Arbeiter das Kriegsverdienstkreuz erster Stufe und 1'000 Arbeiter das Kriegsverdienstkreuz zweiter Stufe ebenfalls durch Generäle und Admiräle ausgehändigt erhalten. Die Veranstaltung wird durch Presse, Rundfunk und Film propagandistisch in breitester Weise bekanntgegeben werden.

Die Veranstaltung wurde verschoben und fand am 20. Mai 1942 in Form eines Staatsaktes in der Reichskanzlei statt. Ein Arbeiter wurde erstmals mit dem «Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz» ausgezeichnet, 137 Rüstungsarbeiter erhielten das Kriegsverdienstkreuz (erster Stufe). In Ansprachen würdigten Speer und Göring die «symbolische Einheit von Front und Heimat».

Da beobachtet worden ist, dass Juden in grösserem Umfange ausserhalb der für sie festgesetzten Zeiten Einkäufe tätigen und Nahverkehrsmittel benutzen, ohne die notwendige Genehmigung zu haben, wird eine strenge Kontrolle der Durchführung der bestehenden Regelung angeordnet.»

10./11. Mai 1942

«Staatssekretär Gutterer leitet vertretungsweise die Konferenzen. Es wird erklärt: Gegenüber den englischen Drohungen mit verstärkten Luftangriffen ist nach wie vor mit aller Schärfe der Standpunkt zu vertreten, dass uns diese Drohungen keinerlei Eindruck machen und jeder einzelne Versuch die Engländer schwere Verluste kosten werde.

Am 28. Mai 1942 verlangte Goebbels, dass zu den britischen Drohungen mit einem intensiven Luftbombardement zu erklären sei, «jedes Bombardement einer deutschen Stadt werde mit der Zertrümmerung einer englischen Stadt beantwortet». Am 29. Mai meinte er, dass die angedrohte britische Luftoffensive ein grosser Bluff sei, um die verbündeten Russen von der Einsatzbereitschaft Englands zu überzeugen.

Als Goebbels am folgenden Tage bei Hitler in der Reichskanzlei einen Besuch abstattete, bestärkte ihn dieser in der Überzeugung, dass die deutschen «Vergeltungsschläge» gegen englische Mittelstädte von kolossal verheerender Wirkung gewesen seien und sein werden.

Die Presse wurde ergänzend angewiesen: «Die Verstärkung der britischen Luftangriffe gegen deutsche Wohn- und Kulturstätten ist nicht nur auf das Drängen der Bolschewiken, sondern vor allem auch auf den Einfluss Roosevelts zurückzuführen. Harry Hopkins und General Marshall haben bei ihren Besprechungen in London vor einigen Wochen im Auftrage Roosevelts auf die Engländer dahin eingewirkt, dass die britische Luftwaffe nunmehr in verstärktem Masse mit Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung vorgehe. Den Amerikanern ist es gleichgültig, ebenso wie den Bolschewiken, wenn alte Städte in Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Italien und Deutschland beschädigt und jahrhundertealte Kulturstätten zerstört werden. Sie haben keinen Sinn für diese alten Werte, da sie nur Motore, Kühlschränke und Radioapparate zu schätzen wissen.»

Zu den Behauptungen Churchills in seiner Rede, dass Deutschland Gas anwenden wolle, ergab sich eine verschiedenartige Auffassung zwischen dem Propagandaministerium und dem OKW. Während ersteres jede Erwähnung eines Gaskrieges auch in diesem indirekten Zusammenhang in der deutschen Öffentlichkeit ablehnt, wünscht das OKW, dass eine kurze, klare und sachliche amtliche Stellungnahme, die die Feindbehauptungen über deutsche Absichten zurückweist, nicht nur dem Ausland gegenüber, sondern auch im Inland gebracht wird. Das OKW will dadurch vermeiden, dass die feindliche Propaganda auf eine unterschiedliche Behandlung dieser Frage gegenüber dem Ausland und dem deutschen Inland hinweisen und behaupten kann, dass die deutsche Propaganda dem Inland gegenüber diese Frage verschweige, weil Arbeiter und Soldaten in Deutschland über die Fabrikation von Giftstoffgeschossen genau unterrichtet seien.

Auf die Churchill-Rede soll im Übrigen durch schärfste Anprangerung seiner Geschichtsfälschungen und schärfste Angriffe gegen ihn persönlich reagiert werden.»

In seiner Rundfunkrede vom 10. Mai 1942 ging Churchill ausführlich auf den Luftkrieg und die klar erkennbare britische Überlegenheit ein. Man habe eine lange Liste zu bombardierender deutscher Städte vorbereitet. «Die deutsche Zivilbevölkerung hat indessen einen einfachen Weg, diesen Härten zu entgehen. Sie haben nichts anderes zu tun, als die Städte, in denen Kriegsmaterial hergestellt wird, zu verlassen – ihre Arbeit zu verlassen und aus der Ferne zuzuschauen, wie ihre Heimstätten brennen. Auf diese Art werden sie Zeit zum Nachdenken und zur Reue haben. Dort können sie an die Millionen russischer Frauen und Kinder denken, die sie hinausgetrieben haben, damit sie im Schnee umkämen, und an die Massenhinrichtungen von Bauern und Kriegsgefangenen, die sie in verschiedenem Ausmass bei so vielen alten und berühmten Völkern Europas durchführen.» Und zum Gaskrieg sagte Churchill: «Die Sowjetregierung brachte uns gegenüber die Ansicht zum Ausdruck, die Deutschen würden bei Fehlschlägen ihres Angriffs Giftgas gegen die Armeen und das Volk Russlands verwenden. Wir selbst sind fest entschlossen, diese abscheuliche Waffe nicht zu gebrauchen, solange sie von den Deutschen nicht gebraucht wird. Da wir aber unsere Hunnen kennen, haben wir Vorbereitungen in ganz furchtbarem Ausmass getroffen.»

13. Mai 1942

«Auch in der innerdeutschen Propaganda soll mit den Drohungen Churchills einer eventuellen Gasanwendung, schärfstens polemisiert werden. Unter dem Motto: «Wir fangen nicht an, aber wehe dem, der anfangen sollte«, soll u.a. erkennbar werden, dass es sich bei der in manchen Führer-Reden angedeuteten, bisher unbekanntem Waffe jedenfalls nicht um Giftgas handelt.

Am 14. Mai 1942 kam die Weisung, in der Auslandspropaganda auch das sogenannte «Nervengas» nicht zu erwähnen. Einige Tage danach verbot Hitler, die Anwendung von Giftgas herauszustellen. Inzwischen diskutierte auch namentlich die Presse des neutralen Auslandes heftig über die Gasanwendung. Ein aus Berlin ausgewiesener Schweizer Korrespondent berichtete über das sog.. Nervengas, das angeblich nicht giftig sei, aber betäube und die Soldaten lähme. Auch eine UP-Meldung aus Stockholm wollte wissen, dass die neue geheime Waffe der Deutschen ein Gas sei, «das die Nerven des Gegners angreife, Menschen aber nicht töte». Neue Waffen, z.B. Geschosse mit komprimierter Luft, seien bereits auf der Halbinsel Kertsch eingesetzt worden. Man war im Ausland deutschen Zweckmeldungen aufgesessen. Tatsächlich aber wurde in Deutschland ein Nervengas produziert, das jedoch tödlich wirkte. Deutsche Gase von dieser Wirkung waren Sarin sowie die Tabun- und Somangase.

Die übertriebenen spanischen Meldungen über den Beginn der deutschen Ostoffensive sollen in Deutschland nicht gebracht werden.

In allen Propagandamitteln soll vermieden werden, dass irgendwelche geographisch bestimmten deutschen militärischen Ziele in die Debatte kommen.»

Die Führerweisung Nr. 41 vom 5. Apr. 1942 sah den Durchbruch der russischen Südfront in drei Angriffskeilen vor, die sich in der Gegend von Stalingrad vereinigen sollten. Als Nebenaktion galt die am 8. Mai 1942 begonnene Rückeroberung der Halbinsel Kertsch, die im Dezember 1941 verlorengegangen war. Am 12. Mai 1942 begann jedoch überraschend die sowjetische Offensive im Raum von Charkow mit dem Ziel, zunächst den deutschen Frontvorsprung mit Charkow durch eine Zangenoperation einzuschließen.

18. Mai 1942

«Auf Wunsch des Führerhauptquartiers soll in der deutschen Presse die Frage der «Zweiten Front» nicht mehr besonders herausgestellt werden.»

Das «Gerede von der Zweiten Front» bezeichnete Hitler während einer Unterredung mit Goebbels am 30. Mai 1942 als «Gefasel». – Fs. 24. Juni 1942.

19. Mai 1942

«Es kommt zur Sprache, dass in der Antisowjetausstellung zwei Sabotageakte durch Entzündung von Phosphorbrandsätzen versucht worden sind. Während in dem einen Fall überhaupt keine Personen- und Sachschäden entstanden sind, hat im anderen Fall eine Stichflamme zwei Besucher schwer und 6 Besucher leicht verletzt. Der Brandschaden ist aber auch in diesem Fall so gering, dass die Ausstellung an der Schadensstelle nicht gesperrt zu werden braucht.»

Am 8. Mai 1942 eröffnete Staatssekretär Gutterer im Lustgarten in Berlin die antibolschewistische Ausstellung «Das Sowjet-Paradies». Gezeigt wurden bis 21. Juni in einer 900 qm umfassenden Zeltstadt u.a. Beutewaffen des Ostfeldzuges, ein Kolchos-Haus, ein russisches Fabrikkontor, ein Studentenheim und Arbeiterwohnungen der Sowjetunion. Es fehlte nicht die obligate «Todeszelle der GPU». Am Ausgang der Ausstellung erschien der «deutsche Infanterist als Verteidiger der abendländischen Kultur gegen die bolschewistische Barbarei».

Goebbels: Die Ausstellung habe in grösstem Umfange für die Berechtigung unseres Krieges gegen die Sowjetunion zu werben. Kein Ausstellungsgegenstand darf daher aufgenommen werden, der «irgendwie für den Bolschewismus werbend wirken» könnte. – Fs. 26. u. 27. Mai 1942.

22. Mai 1942

«Die Rede Vansittards im Oberhaus hat zu einer Diskussion in der englischen Öffentlichkeit über die Behandlung des deutschen Volkes nach dem Kriege geführt. Der Minister weist zum wiederholten Male scharf darauf hin, dass die Unterscheidung in deutsches Volk und nationalsozialistische Führung durch die Engländer unter allen Umständen aus unseren Nachrichten herausgenommen wird. Es müsste auf jeden Fall vermieden werden, jemals eine feindliche Stimme zu bringen, die nur den Nationalsozialisten die Schuld am Kriege zuschiebt und eine unterschiedliche Behandlung der Nazis und des übrigen Volkes vorschlägt.

Im Verlauf der britischen Diskussion über die Behandlung der Deutschen nach dem Kriege erklärte Lord Vansittard, offenbar um seine «Vernichtungsstrategie» zu rechtfertigen, dass Deutschland die Absicht habe, nach dem Kriege 20 Millionen Engländer auszurotten oder als Sklaven nach Afrika zu schicken. Andere Stimmen wollten einen Unterschied zwischen den Nazis und dem deutschen Volke machen. Goebbels am 23. Mai 1942: «Würden sie einen Unterschied zwischen dem Volke und uns machen, so könnten sie zweifellos mehr damit erreichen, als sie heute erreichen.» Ende Nov. 1942 erklärte Goebbels, dass er in der Propaganda den Grundsatz verfolgte, «Hassauswüchse» der anderen dem deutschen Volk zur Kenntnis zu bringen, wie etwa den Artikel des Amerikaners Kaufmann, der fordert, dass die deutschen Männer nach dem Krieg sterilisiert werden sollen, oder Auslassungen über Deportationen deutscher Kinder. Diese Erklärungen hätten im Volk eine erhebliche Stärkung des Widerstandswillens hervorgerufen, weil derartige Massnahmen über das Mass dessen, was ein Mensch ertragen könne, hinausgehen. Bedenklich dagegen sei es, detaillierte politische Pläne, etwa über die Zerstückelung Deutschlands zu bringen, weil sie den Einzelnen nicht berühren, aber insgesamt depressiv wirken.

Die Parole vom «Entscheidungsjahr 1942», die in der gegnerischen Presse jetzt auftaucht, darf nicht aufgegriffen werden. Der Minister betont hierbei in schärfster Form, dass wir uns für den kommenden Winter freie Hand behalten müssten. Er habe keine Lust, nach einem Sommer voller grosser Siege und voll überschwenglichem Optimismus wieder vor einer solchen katastrophalen Lage wie im Oktober vorigen Jahres zu stehen.

Das norwegische Telegraphenbüro bringt eine Mitteilung, wonach 60 Norweger ihrer Staatsbürgerrechte verlustig erklärt worden sind. Der Minister kritisiert schärfstens die Tatsache der Aberkennung und auch die Veröffentlichung. Man

könne nichts Dümmeres tun, als Patrioten, die für ihr Land kämpfen, die Staatsbürgerrechte abzuspochen. Man müsste sich einmal vorstellen, was für ein wunderbares Propagandamittel der NSDAP in die Hand gegeben worden wäre, wenn in der Systemzeit führenden Nationalsozialisten die Staatsbürgerrechte aberkannt worden wären.»

26. Mai 1942

«Die USA-Stimmen über die Schlacht im Korallenmeer sind nach Meinung des Ministers sehr durchsichtig. In unserer Propaganda müsste immer wieder ganz klar und eindeutig an Roosevelt die Frage gestellt werden: «Sind die japanischen Behauptungen über den Verlust des Schlachtschiffes und der Flugzeugträger wahr oder sind sie gelogen? Welches waren die Verluste der USA-Marine?»

Ein Bericht in einer englischen Zeitung über den Rückzug der Engländer aus Burma eignet sich nach Meinung des Ministers ausgezeichnet für die deutsche Öffentlichkeit. Er gibt Anweisung, den Artikel wortwörtlich zu bringen.

Bis Ende Mai 1942 hatten die Japaner Burma besetzt. Man fürchtete den Beginn der japanischen Operationen gegen Indien. Der rasche Rückzug der britisch-indischen Truppen aus Burma, die sich der Umzingelung entziehen wollten, erwies sich für sie als überaus verlustreich. – In der Luft-Seeschlacht im Korallenmeer an der nordaustralischen Küste am 8. Mai 1942 verloren die Japaner einen Hilfsträger, ein weiterer Träger wurde schwer beschädigt. Die Amerikaner mussten einen in Brand geratenen Träger räumen und liessen ihn von eigenen Zerstörern versenken.

Nach einer Mitteilung des Stabsleiters der Reichspropagandaleitung sind die Attentäter der beiden Sabotageakte in der Antisowjet-Ausstellung ermittelt worden. Es handelt sich um insgesamt 12 Personen, davon 7 Juden und 5 Arier. Die Juden sind ohne den Judenstern in die Ausstellung gegangen und haben zusammen mit 5 Ariern die Phosphorbrandsätze gelegt. Der Hersteller der Brandkörper ist ein Ingenieur, der bei der AEG in einem geheimen Laboratorium arbeitet. Durch einen Zufall ist die Terrorgruppe gefasst worden.»

27. Mai 1942

«Der Minister ordnet an, die feindlichen Berichte über die Schlacht bei Charkow von Beginn an stärkstens herauszustellen und sie zu vergleichen mit der heutigen Lage.

Am 29. Mai 1942 endete die Schlacht bei Charkow, die zur Einschliessung von zwei sowjetischen Armeen im Brückenkopf von Isjum führte. Nach einer Sondermeldung vom 30. Mai betrug die Zahl der bei Charkow gemachten Gefangenen 240'000. Am 29. Mai 1942 bat Goebbels, «das Fiasko der englisch-amerikanischen Nachrichtenpolitik im Falle Charkow mit souveräner Überlegenheit abzutun». Die Berichte der neutralen Journalisten über Kertsch seien ein glänzender Beweis für die Wahrheit der deutschen Berichterstattung, die Verlogenheit der feindlichen Nachrichten und der sowjetischen Communiqués. (In der Kesselschlacht auf der Halbinsel Kertsch wurden nach deutschen Meldungen 149'000 Gefangene gemacht.)

Mitte Mai hatte namentlich die anglo-amerikanische Presse die Schlacht bei Charkow als die «grosse Schlüsselstellung, hinter deren Toren lebenswichtige Entscheidungen getroffen» werden würden, hingestellt. Charkow wurde zum Auftakt für die Entscheidungsschlacht des Entscheidungsjahres gestempelt.

Nach einem Wunsche des Oberkommandos der Wehrmacht werden keine Vergleiche zwischen U-Bootversenkungen im Weltkrieg und in diesem Krieg vorgenommen.

Der Minister ist der Ansicht, dass über die hiesigen schwedischen Korrespondenten eine Menge Anhaltspunkte über die innerdeutsche Lage nach England gelangen. Der in diesen Wochen so offensichtlich zur Schau getragene Optimismus bei den Feindmächten gründe sich offensichtlich auf Hoffnungen über eine schwierige innere Lage in Deutschland. Die Unterlagen für diese Hoffnungen gebe nach Ansicht des Ministers aller Wahrscheinlichkeit nach die schwedische Presse, die mehr und mehr in England zitiert werde.

Fs. 10. Juli 1942.

Der Minister habe dem Führer den Vorschlag unterbreitet, die Juden aus Berlin zu entfernen. Dagegen haben sich wirtschaftliche Stellen gewandt mit der Begründung, dass die in der Rüstungsindustrie arbeitenden Juden sehr stark mit Präzisionsarbeit beschäftigt sind und nur schwer ersetzt werden können. Es ist nunmehr geplant, 500 führende Juden als Geiseln festzuhalten, die für ein anständiges Verhalten der Juden in Berlin geradestehen.

Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die «Antisowjetausstellung» im Berliner Lustgarten fasste Goebbels den Entschluss, 500 Berliner Juden als Geiseln festzuhalten. Mit der Zusammenstellung der Geiselliste beschäftigte er sich persönlich. Dabei fielen die Worte: «Zehn Juden im Konzentrationslager oder unter der Erde sind mir lieber als einer in der Freiheit.» Die «New York Times» berichtete, dass nach Stockholmer Informationen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Antisowjetausstellung am 28. Mai in Berlin-Lichterfelde 258 Juden erschossen worden seien.

Als Goebbels am 30. Mai 1942 in der Reichskanzlei einen Besuch abstattete, drängte er Hitler nochmals, die nunmehr 40'000 Juden aus Berlin zu evakuieren. Speer erhielt Anweisung, die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Juden durch ausländische Arbeiter zu ersetzen. Goebbels bekundete hier erneut seine Entschlossenheit, «die jüdische Gefahr zu liquidieren, koste es, was es wolle».

Die Rede des japanischen Ministerpräsidenten Tojo ist, so meint der Minister, ein Musterbeispiel glänzender Propaganda. Die souveräne Art, mit der Ministerpräsident Tojo die Engländer und Amerikaner abfertigte, müsse für uns beispielhaft sein. Ohne zu schimpfen und ohne in den täglichen Kleinkrieg einzutreten, fertigte Ministerpräsident Tojo in überlegener Form die Gegner mit ihrer ganzen Nachrichtenpolitik ab.»

In seiner Rede vor dem neugewählten japanischen Reichstag führte Ministerpräsident Tojo u.a. aus: «Nachdem Burma vom Feinde gesäubert ist, befinden sich alle vorgeschobenen Stützpunkte des britischen Empires für die Verteidigung Indiens jetzt im Besitz der kaiserlichen Truppen und somit steht dem indischen Volk die goldene Gelegenheit offen, sich zu erheben und die Unabhängigkeit zu erringen ...

Nach der siegreichen Schlacht im Korallenmeer steht Australien jetzt hilflos dem Angriff der kaiserlichen Armee gegenüber. Ich möchte daher den Führern Australiens nochmals meinen aufrichtigen Wunsch übermitteln, dass sie über meine Worte nachdenken, sich über die internationale Lage klarwerden, um dann den für Australien bedeutsamsten Schritt mutig zu entscheiden... Die USA mussten Niederlage auf Niederlage einstecken. Mir kann die Bevölkerung der USA und Grossbritanniens nur leid tun, da sie unter derartigen Führern zu kämpfen hat...»

31. Mai 1942

«Der Minister weist auf die Unverschämtheit hin, mit der die englisch-russische Nachrichtenpolitik die Schlacht von Charkow bestreitet. Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln müsse auf diesen grössten Nachrichtenbetrug eingegangen werden, der diese Riesenschlacht als einfach nicht vorhanden ansieht. Der Minister sagt, er sei vieles gewohnt, und er habe ein dickes Fell, aber hier bleibe ihm die Puste fort. Nun liege es an uns, in grösstem Umfange dokumentarische Beweise dieser grössten Vernichtungsschlacht zu bringen. Die Wochenschau und die deutsche Presse werden beauftragt, das Nötige zu veranlassen.»

Tass verlaubliche am 30. Mai 1942, dass die deutsche Wehrmacht bei Charkow 90'000 Tote und Gefangene verloren habe, die russischen Verluste würden sich hingegen auf 5'000 Tote und 70'000 Vermisste belaufen.

1. Juni 1942

«Der Minister sieht im Bombardement von Köln einen Beitrag der Engländer zur russischen Kriegführung. Das Telegramm von Churchill an den kommandierenden General der Luftstreitkräfte über den Einsatz der Bomber beweise, dass die angegebene Zahl von 1'250 Maschinen nicht stimme. Allerdings dürften wir uns auch keinen Illusionen über die Zahl hingeben und müssten klar und deutlich der Öffentlichkeit sagen, wie hoch die Zahl der angreifenden Flugzeuge gewesen sei. Der Vergeltungsangriff von Canterbury wird stark herausgestellt.

Nach dem 1'000-Bomber-Angriff der RAF auf Köln in der Nacht vom 30. zum 31. Mai 1942 zählte man 469 Tote und 5'027 Verletzte. Rund 3'000 t Brand- und Sprengbomben wurden abgeworfen. Die «New York Times» glaubte am 2. Juni zu wissen, dass der Angriff auf Köln 20'000 Tote und 54'000 Verletzte kostete. Die deutsche Luftwaffe flog zur Vergeltung einen 90-Bomber-Angriff auf Canterbury.

In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni 1942 griff die RAF mit 1'036 Bombern Industriebetriebe und Städte des Ruhrgebiets an und warf 400 Spreng- sowie über 31'000 Brandbomben ab. Schwer betroffen wurden Essen, Duisburg und Oberhausen, wo etwa 100 Tote und 300 Verletzte gezählt wurden.

Die Nachricht der Amerikaner über Aufspeicherung von Lebensmitteln für die hungernde Bevölkerung Europas für die kommenden Friedenszeiten soll *unter allen Umständen* übergangen werden.»

4. Juni 1942

«Der Minister erklärt, dass deutscherseits in der Frage der Ermordung des stellvertretenden Reichsprotektors Heydrich sofort die Initiative ergriffen werden müsse.

Nach Mitteilung des Obergruppenführers Daluege sei mit Sicherheit anzunehmen, dass das Attentat durch englische Agenten gestartet worden sei. Diese Tatsache müsse in der deutschen Propaganda, und zwar zunächst im Inland, sofort zum Ausdruck kommen, aber auch möglichst umgehend dem Auslande gegenüber festgestellt werden, um den englischen Bemühungen, das Attentat zu einer spontanen Handlung im Sinne des tschechischen Volkes umzufälschen, entgegenzutreten.»

Am 27. Mai 1942 wurde der Stellv. Reichsprotektor und Chef der Sicherheitspolizei, Heydrich, bei einem auf ihn verübten Attentat in offenem Wagen in einem Prager Vorort schwer verletzt. Die Attentäter waren in England ausgebildete Exiltschechen, die mit Fallschirmen von britischen Flugzeugen abgesetzt worden waren. Hitler beauftragte den SS-Obergruppenführer und General der Polizei Daluege (1897-1946) mit der Vertretung Heydrichs.

Am 4. Juni erlag Heydrich seinen Verletzungen, am 9. Juni fand eine Trauerfeier für ihn in der Reichskanzlei statt.

9. Juni 1942

«Der Minister ist der Ansicht, dass in der deutschen Presse ein massiver Angriff gegen die Plutokratien wieder am Platz sei.

Den amerikanischen Reden von einer Welt, die sie errichten wollen, solle von unserer Seite entgegengestellt werden, welche Welt bisher von den Amerikanern errichtet worden ist und welche Welt wir zu bauen versuchen. Dabei solle darauf hingewiesen werden, welche Unverschämtheit darin liege, dass die amerikanischen und bigotten englischen Staatsmänner den Führer beschimpfen, der sein ganzes Leben lang einfach und schlicht gewesen sei, während diese Sozialreformer in Amerika und England es nicht fertigbrachten, trotz ihres Reichtums ihren Völkern Brot und Arbeit zu geben.»

Am 15. Juni 1942 gab Goebbels in der Konferenz die Weisung, in der «Inlandspropaganda den Gedanken auszusprechen, dass Roosevelt anscheinend ebenso geisteskrank sei, wie es Wilson gewesen sei». Goebbels ventilierte ferner den Plan, dem Ausland gegenüber ähnlich, zu argumentieren, doch wurde von Seiten des Auswärtigen Amtes Einspruch erhoben und auf die andere Mentalität der Amerikaner verwiesen. Goebbels liess sich überzeugen. Die Goebbelssche Kritik an Roosevelts Reden, die mit bekannten Gebeten abschlossen, sollte nicht Amerika gegenüber zum Ausdruck gebracht werden, «da sie nur geeignet sei, Roosevelt in den Augen seiner Landsleute zu nützen».

10. Juni 1942

«Der Minister ordnet an, die amerikanischen Schwindeleien von ihren grossen Seesiegen nach dem Vorliegen der japanischen Berichte aufs Korn zu nehmen. Roosevelts Stellung sei in dieser Frage sehr schwach, denn, wer bisher die Kraft nicht aufgebracht habe, die Verluste von Pearl Harbor zuzugeben, müsse auf dem Papier laufend Siege erringen, um das Volk zu beschwichtigen. Er meint, dass in Amerika sich eine gewisse Unsicherheit herausstelle und dass auch in England an den Pressestimmen, die eine Veröffentlichung der Tonnageverluste wieder verlangen, erkennbar sei, dass man unsicher und beunruhigt über die Lage ist.

In der Luft-Seeschlacht vom 3.-6. Juni 1942 bei den Midway-Inseln verloren die Japaner 4 Träger, einen schweren Kreuzer, 253 Flugzeuge und 3'500 Mann. Den USA kostete die Schlacht 1 Träger, 1 Zerstörer, 150 Flugzeuge und 300 Mann. Die Schlacht bedeutete eine Wende im pazifischen Krieg zugunsten der USA.

Über die Kämpfe bei Sewastopol und Nordafrika sollen nur Stimmen im Rahmen des OKW-Berichtes gebracht werden. Ein Hinweis auf die Stärke von Sewastopol, das wohl eine der stärksten Festungen der Welt ist und von den Russen in den letzten Monaten noch weiterhin ausgebaut wurde, könne nichts schaden, um allzu optimistische Stimmen nicht aufkommen zu lassen.»

Am 7. Juni 1942 trat die Armee v. Manstein zum Angriff auf die Festung Sewastopol an.

12. Juni 1942

«Der Minister gibt Weisung, im Inland das englisch-sowjetrussische Abkommen und die Washingtoner Besprechungen nur kurz zu bringen und dabei wie im Falle der Potomac-Erklärung immer wieder neue Ausdrücke zu gebrauchen, so dass sich in der deutschen Öffentlichkeit nicht die Auffassung von einem wichtigen, mit einem bestimmten Begriff verbundenen Ereignis festsetzt.

Am 26. Mai 1942 unterzeichnete Molotow in London den auf 20 Jahre bemessenen englisch-sowjetischen Bündnisvertrag. Gleichzeitig erhielt er Zusagen zur Errichtung einer Zweiten Front in Europa. Vom 29. Mai bis 4. Juni 1942 verhandelte Molotow in Washington und erhielt auch hier Versicherungen zur Errichtung einer Zweiten Front sowie für eine wirtschaftliche Hilfe der USA. Eine Neufassung des schon bestandenen Pacht- und Leihvertrages wurde unterzeichnet.

Damit das Atlantiktreffen von Roosevelt und Churchill am 11. August 1941 und die bei dieser Gelegenheit verkündete «Atlantikcharta» nicht zu einem feststehenden Begriff in der deutschen Öffentlichkeit wurde, pflegte die deutsche Propaganda stattdessen abwertend von der sog. «Potomac-Erklärung» zu sprechen, so benannt nach der Jagd Roosevelts. Roosevelt und Churchill trafen sich damals an Bord der Schiffe «Augusta» und «Prince of Wales».

Zu den Washingtoner Besprechungen über die Bildung einer zweiten Front in Europa soll deutscherseits in dem Sinne Stellung genommen werden, dass ein solches Abkommen ohne den entscheidenden Partner, nämlich die deutsche Wehrmacht, völlig wertlos und sinnlos sei. Die feindlichen Kräfte würden nach wie vor – hier sind die Formulierungen des Führers zugrunde zu legen – eingeladen, nach Europa zu kommen.»

14. Juni 1942

«Der Minister führt aus, dass der These der Feindseite, die deutsche Offensivkraft sei erschöpft, mit folgenden Argumenten entgegenzutreten sei:

1. Der angelsächsische Kriegsschauplatz ist durch die glänzenden Erfolge unserer U-Boote sehr verlustreich.
2. An der Ostfront sind schon Siege erfochten, die, wenn sie von der Gegenseite errungen worden wären, zweifellos zu der englischen Behauptung geführt hätten.

ten, nach solchen Verlusten bestehe für uns keine Chance mehr, den Krieg zu gewinnen.

3. Wir sind jetzt nach diesen Erfolgen noch immer zwei Wochen früher dran wie im vergangenen Jahre und stehen dabei schon 1'200 Kilometer in Feindesland.
4. Die Lage im Pazifik und in Nordafrika ist für die angelsächsischen Mächte alles andere als günstig.

Der Grossangriff der Engländer auf Köln ist nach Meinung des Ministers die englische Visitenkarte an Molotow. Churchill hat in der entscheidenden Stunde der Verhandlungen mit Russland diesen Angriff gestartet und für ihn alle vorhandenen Kräfte mobilisiert. Die Tatsache, dass die verschiedensten Typen bei dem Angriff auf Köln, vom einmotorigen bis zum viermotorigen Bomber, abgeschossen wurden, ist ein Beweis dafür, dass für diesen Propagandaangriff alle verfügbaren Kräfte zusammengekratzt worden sind.

Die Verluste an Menschenleben sind zwar kein absoluter Wertmassstab für den Erfolg der Bombardierung, aber sie geben doch einen gewissen Anhaltspunkt. Nach amtlichen englischen Erklärungen betrug die Verluste an Toten durch die deutschen Luftangriffe im April und Mai 1'337, während zu der gleichen Zeit 1'132 Todesopfer durch die englischen Luftangriffe in Deutschland zu verzeichnen waren.»

Am 2. Juni 1942 erklärte Goebbels zu den englischen Luftangriffen, «dass wir in unseren Verlautbarungen über die Vergeltungsangriffe auf keinen Fall das Wort Terrorangriffe verwenden dürften. Die Engländer hätten es bisher sorgsam vermieden, von Terrorangriffen gegenüber Deutschland zu sprechen.» Tags darauf meinte er, dass die britischen Flugzeugverluste zu einer zunehmenden Skepsis in der englischen Beurteilung der Luftangriffe geführt hätten. Es würden sich die Stimmen mehren, die am Erfolg dieser Methode zweifeln, doch sei darauf nicht einzugehen, vielmehr seien die harten Vergeltungsschläge gegen englische Städte weiter scharf zu betonen.

17. Juni 1942

«Der Minister erteilt erneut Weisung, bei der Behandlung der Kampfhandlungen in Afrika keine angeblichen deutschen Ziele wie z.B. Tobruk oder Suez zu nennen, auch nicht etwa in negativem Sinne.

Am 26. Mai 1942 begann die deutsch-italienische Offensive in Nordafrika, am 21. Juni kapitulierte unerwartet die von den Briten besetzte Festung Tobruk. Am Tage darauf verlangte Hitler den weiteren Vormarsch zur Eroberung Ägyptens, und Rommel bestimmte am 26. Juni als nächste Angriffsziele El-Alamein, Nil, Alexandria und Kairo, das er bis zum 30. Juni erreichen wollte. Die Presse hatte freilich darüber Stillschweigen zu wahren.

Der Minister gibt Weisung, beim Hauptquartier nach dem Stand der Untersuchungen im Falle Heydrich anzufragen, und führt aus, dass die englischen Meldungen, die eine gewisse Übernahme der Verantwortung durch England enthalten, anscheinend dazu dienen sollen, die Tschechen zu entlasten. Unter Hinweis darauf, dass die tschechische Öffentlichkeit nach den vorliegenden Berichten in erheblichem

Umfange über das Attentat erbost ist, das dem Tschechentum so schwere Opfer gekostet hat, meint der Minister, dass es nun bald an der Zeit sei, deutscherseits in eindeutiger Weise propagandistisch Stellung zu nehmen.»

19. Juni 1942

«Der Minister erklärt, die deutsche Propaganda könne im Gegensatz zum Molotow-Besuch, der sehr zurückhaltend behandelt worden sei, den jetzigen Churchill-Besuch in Washington zum Anlass nehmen, um offensiv propagandistisch vorzugehen. So könne darauf hingewiesen werden, dass Churchill immer in den Momenten, in denen er infolge einer besonders schlechten Kriegslage mit unangenehmen Fragen befasst werde, sich in irgendeiner Art den Fragestellern zu entziehen pflege, dass seine Reise zum Befehlsempfang in Washington ein deutliches Zeichen für die katastrophale Lage Englands, besonders in Nordafrika und im U-Bootkrieg sei, dass sich in Washington zwei am Kriege Schuldige zusammenfänden, die glaubten, durch eine grosse Aufmachung die wirklichen Schäden verdecken zu können und ähnliches. Der Minister weist darauf hin, dass die Nennung der angeblichen Erfolge und der angeblichen guten Lage an den Fronten als Beratungsgegenstand paradox sei, da man sich nicht über solche Themen, sondern über die bestehenden Schwierigkeiten und ihre Beseitigung zu unterhalten habe. Was die zweite Front angeht, so geht aus dem jetzigen Washington-Programm hervor, dass sie mit Molotow gar nicht endgültig festgelegt worden sei. Deutscherseits könne unter dem Motto: «Warum in die Ferne schweifen ..darauf hingewiesen werden, dass Nordafrika ein ausreichendes Betätigungsfeld biete.

Vornehmlich um das notwendige Einvernehmen über die Operationspläne für 1942 und 1943 zu erzielen, hielt sich Churchill u.a. zu Besprechungen mit Roosevelt vom 18. bis 25. Juni 1942 in den USA auf. In einem am 20. Juni verfassten Geheim-Memorandum wurde die Landung in Französisch-Nordafrika in Erwägung gezogen.

Der Minister behandelt auch das inzwischen erschienene Kommuniqué über die Auffindung der Mörder des Stellvertretenden Reichsprotektors. Es wird festgestellt, dass dieses Kommuniqué zwischen den Prager Dienststellen und dem Hauptquartier unmittelbar vereinbart worden ist. Ergänzend wird mitgeteilt, dass 13 Männer in der griechisch-orthodoxen Kirche in Prag festgestellt worden sind, die, als man sie verhaften wollte, sich sofort auf das Äusserste verteidigten und, soweit sie in dem sich hieraus entwickelnden Kampf nicht ums Leben kamen, sich selbst das Leben nahmen. Sie waren mit umfangreichen, vorzüglichen Waffen, Munition usw. englischer Herkunft ausgestattet. Zwei Wochen vor dem Attentat sind Fallschirmspringer über Böhmen abgeworfen worden. Der Minister erklärt es für äusserst bedauerlich, dass das Kommuniqué in seiner jetzigen Form herausgegangen sei, weil es infolge der wenig präzisen Angaben leicht in Zweifel gezogen werden könne. Er will versuchen, ein ergänzendes Kommuniqué mit genauen Angaben zu veranlassen.»

Die beiden Heydrich-Attentäter sowie 12 Angehörige der tschechischen Widerstandsbewegung fanden in der Prager Karl-Borromäus-Kirche Unterschlupf. Die Kirche wurde von der SS belagert, die schliesslich alle bis auf den letzten Mann tötete. Nach einem Gestapo-Bericht wurden in dem Rachefeldzug für den ermordeten Heydrich insgesamt 1331 Tschechen, darunter 201 Frauen, hingerichtet. Am 9. Juni 1942 fand zur «Sühne» und Abschreckung das Massaker von Lidice statt. Das Dorf wurde dem Erdboden gleichgemacht, rund 200 Männer und einige Frauen wurden von Erschiessungskommandos fusiliert. 195 Frauen des Dorfes kamen ins Konzentrationslager Ravensbrück.

21. Juni 1942

«Der Minister erklärt nach seinem Zusammentreffen mit dem Führer, dass man in der Auslandspropaganda gegenüber England alle Schuld an dem Verlust von Tobruk auf Churchill werfen solle. Im Übrigen könne darauf hingewiesen werden, dass Churchill sich in kritischen Lagen stets auf Reisen begeben, beispielsweise sei während seiner letzten Reise nach Amerika Singapur gefallen. Die Tatsache, dass 25'000 Gefangene in der Festung waren, soll auf militärischen Wunsch nicht als Zeichen für eine mangelnde englische Widerstandskraft ausgelegt werden. Im Inland soll Ägypten in keiner Form, auch nicht durch Zitate der ausländischen Presse, behandelt werden. Der Minister gibt das Stichwort aus «Die Rache für Köln heisst Tobruk», und ordnet an, darauf hinzuweisen, dass der Dilettant an der Spitze der englischen Regierung auf militärisch wertlose Ziele in Deutschland Flugzeuge einsetze, während militärisch entscheidende Schlachten durch den Mangel dieser Flugzeuge für England verloren gehen.

Die rumänische Armeeleitung gibt Verlustlisten bekannt. Der Minister ordnet an, dass der Führer um Genehmigung zur Herausgabe einer deutschen Verlustmitteilung gebeten wird und sperrt bis dahin die rumänischen Angaben.

Die deutschen Verluste für die Zeit vom 22. Juni 1941 bis zum 21. Juni 1942 wurden im OKW-Bericht vom 2. Juli 1942 bekanntgegeben. Danach betrug die Zahl der Toten 271'612, die der Vermissten 65'730. Diese durchaus zutreffenden Zahlenangaben ergaben aber insofern ein unvollständiges und der Schwere der Verluste keineswegs angemessenes Bild, als die Zahl der Verwundeten unerwähnt blieb. Im Juni/Juli 1942 erreichte die Zahl der im Ostfeldzug Verwundeten rund eine Million. Bis zum 10. Mai 1942 zählte man 851'053 Verwundete.

Hitler entschloss sich erst zur Bekanntgabe der deutschen Verluste, nachdem TASS am 23. Juni 1942 eine Gegenüberstellung der bisherigen deutschen und sowjetischen Verluste während des Russlandfeldzuges veröffentlicht hatte und dabei «phantastische Ziffern» nannte. Der deutsche Gesamtverlust an Toten, Verwundeten und Gefangenen wurde auf etwa 10 Millionen geschätzt, darunter allein 3½ Millionen Gefallene. Die sowjetischen Gesamtverluste bezifferte man auf 4,5 Millionen Tote, Verwundete und Vermisste. Auf die gleichzeitig von TASS veröffentlichten deutschen und sowjetischen Materialverluste ging man von deutscher Seite «aus verständlichen militärischen Gründen» nicht ein.

Der deutschen Presse wurde zur Veröffentlichung der deutschen Verlustziffern ergänzend gesagt: «Diese verhältnismässig niedrigen Verlustziffern, denen Millionen Verluste des Gegners gegenüberstehen, sind zurückzuführen auf die Güte der deutschen Waffen, die zusammen mit der allerbesten soldatischen Haltung unseren

Truppen die Kampfüberlegenheit verleihen. In diesen Ziffern sind Verletzte, die ihren Verwundungen erlegen sind, mitenthaltene.»

Um die immer spürbarer werdenden deutschen Menschenverluste auszugleichen, wurde bereits am 26. Apr. 1942 General Walter v. Unruh (1877-1956) von Hitler zum «Sonderbeauftragten für Überprüfung des zweckmässigen Kriegeinsatzes» ernannt mit der Aufgabe, alle für den Frontdienst geeigneten Männer zu erfassen und diesem zuzuführen. In Auswirkung der Tätigkeit des Generals v. Unruh, in die deutsche Kriegsgeschichte unter dem Namen «Heldenklau» eingegangen, wurde vom OKW Ende Juni 1942 mitgeteilt, die personelle Lage erfordere es, «dass alle militärisch noch verwendbaren versehrten Soldaten im Ersatzheer eingesetzt werden, um dadurch kv.-Soldaten für das Feldheer freizumachen». Ein Erlass Hitlers vom 29. Juli 1942 bestimmte, dass ferner «Arbeitsmädchen» des Reichsarbeitsdienstes in den Büros der Wehrmacht und der Staatsbehörden verwendet werden.

Der Minister empfing am gleichen Tage Brigadeführer Oberg, den Stabschef des Befehlshabers in Frankreich, Oberst Kossmann, Oberst von Wedel und Oberst Kratzer sowie eine Anzahl diese Herren begleitende Offiziere in Gegenwart des Staatssekretärs und der meisten Abteilungsleiter des Propagandaministeriums. Der Minister legt auf dem Empfang seinerseits in etwa 5/4-stündigen Ausführungen seinen Standpunkt zur Frage der Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten dar. Er betont sowohl am Anfang als auch am Schluss seiner Darlegungen ausdrücklich, dass er sich nicht in die Angelegenheiten anderer Ressorts oder Dienststellen einmischen wolle, dass er sich aber als ein Mann, der nach dem ersten Weltkrieg die feindliche Besetzung im Rheinlande als aktiver Vorkämpfer für die Freiheit miterlebt habe und der über Kenntnisse und Erfahrungen in der Behandlung der Öffentlichkeit verfüge, veranlasst sehe, mit Rücksicht auf die deutschen Opfer der Attentate in Frankreich und auf die wichtigen auf dem Spiele stehenden deutschen Interessen, seine Auffassung über die besten Methoden der Verhinderung unnützer Blutopfer durch Attentate darzulegen.

1. Strafen müssen vorher angedroht und dann rücksichtslos durchgeführt werden, um abschreckend zu wirken. Es ist notwendig, die Strafen klug zu überlegen, damit sie die Attentäter in den Augen der Bevölkerung isolieren und nicht in der Bevölkerung dazu anreizen, die Attentate zu unterstützen. Das System von Geiseln, die möglichst den führenden Schichten der Opposition zu entnehmen und deren Erschiessung namentlich anzudrohen sei, habe sich in vielen Fällen als zweckmässig erwiesen, da sie dazu führen, dass der gesamte Anhang dieser Geiseln seine ganzen Bemühungen darauf konzentriere, Ereignisse zu verhindern, die zum Vollzug der Erschiessung führen könnten.
2. Ein Wehrmachtbefehlshaber sollte sich möglichst nicht in die Verwaltung, besonders der schwierigen Aufgaben, einmischen, diese vielmehr den einheimischen Behörden überlassen, aber durch ein geschicktes Eingreifen zeigen, dass er Verständnis für die Nöte der breiten Bevölkerung habe und dort, wo in dieser Hinsicht Ungerechtigkeiten geschehen, eingreifen.»

Seit April/Mai 1942 mehrten sich in Frankreich die Attentate auf deutsche Soldaten. Allein von Ende April bis Ende Mai 1942 zählte man 43 Tote und 50 Ver-

letzte, für die 1221 französische Geiseln erschossen wurden. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wurde die Zahl der während des Krieges in Frankreich erschossenen Geiseln auf über 29'000 beziffert.

Goebbels hielt Anfang Mai 1942 die getroffenen Gegenmassnahmen für die Attentate auf deutsche Soldaten als «ziemlich sinn- und zwecklos», weil vor allem die Namen der erschossenen Geiseln nicht veröffentlicht wurden. Ausserdem kam von ihm der Vorschlag, für jedes Attentat 10'000 Fahrräder zu beschlagnahmen, weil man dadurch den Franzosen schade und die Wehrmacht die Fahrräder «ausserordentlich gut gebrauchen» könne. Am 23. Mai 1942 lobte Hitler den Goebbels-Vorschlag, für Attentate Fahrräder einzuziehen, als «grossartig».

Auf die französische Öffentlichkeit wirkten die Geislerschiessungen im April/Mai 1942 schockierend und bestürzend. Einhellig wurden derartige Massnahmen als «ungerecht» abgelehnt und das dabei angewandte Prinzip der «kollektiven Verantwortung» als unerträglich und grausam verurteilt. In der Amtszeit des Höheren SS- und Polizeiführers Frankreich, des SS-Brigadeführers und Generalmajors der Polizei, Carl Albrecht Oberg (1897-1965) von Juni 1942 bis August 1944 sei jedoch angeblich die Zahl der Geislerschiessungen zurückgegangen. – Fs. 14. Juli 1942.

24. Juni 1942

«Der Minister ordnet an, dass die Waffenleistung der Italiener in unserer Presse betont wird. Wenn bei der Eroberung von Tobruk diejenigen englischen Stimmen zitiert werden, die die Waffentaten der deutschen Truppen hervorheben, dann sollen in den Kommentaren und Leitartikeln die Italiener herausgestrichen werden. Wir könnten mit gutem Gewissen die italienischen Truppen herausstellen, da die Welt ohnedies wüsste, wer den Sieg errungen hätte.

Nach den Presseberichten und Debatten im Unterhaus erscheint dem Minister die Lage in England krisenhaft. Inzwischen sei jedoch schon wieder ein gewisser Optimismus festzustellen, und die deutsche Presse müsse sich in der Beurteilung der englischen Lage zurückhalten und die Möglichkeiten eines Sturzes des Churchill-Regimes überhaupt nicht in Erwägung ziehen.

Gegen das Gerede von der zweiten Front könne sehr stark polemisiert werden und dabei auf die Unsinnigkeit dieser Erörterungen hingewiesen werden, da die Engländer und Amerikaner selbst zugeben, dass ihnen überall die allerdingendst notwendigen Waffen fehlen.

Angesprochen auf das Problem einer englischen Invasion äusserte Hitler an der Abendtafel in der Reichskanzlei am 22. Juni 1942, dass die Engländer drei Landungsmöglichkeiten hätten: in Spanien, Holland und Norwegen. Da er eine Landung in Norwegen für am wahrscheinlichsten hielt, meinte er dort sorgfältigste Sicherungsmassnahmen treffen zu müssen. Goebbels wohnte der Abendtafel bei. – Fs. 15. Juli 1942.

Der Minister ordnet an, die Veröffentlichung des geheimen Abkommens durch «Göteborgs Morgenpost» in allerstärkster Form in der Propaganda zu verwenden. Dies geheime Abkommen könne nicht in einigen wenigen Tagen abgetan werden, sondern müsse in der täglichen Propaganda dauernd verwandt werden. Man dürfe sich in eine Diskussion über die Echtheit gar nicht einlassen, sondern müsse unermüdlich von diesem Dokument reden und es zum Faktum machen. In der

täglichen Propaganda bittet er solche Formulierung zu verwenden «wie bekanntlich» u.ä. Das Geheimabkommen müsse als Faktum feststehen.»

Das zuerst in der schwedischen Zeitung «Göteborgs Morgenpost» am 23. Juni veröffentlichte, 5 Punkte umfassende, angeblich sowjetisch-britische geheime Zusatzabkommen wurde am 24. Juni 1942 im «VB» abgedruckt. Auch ohne das Reuter- und Tass-Dementi war jenes vermeintliche Abkommen als deutsche Propagandafälschung erkennbar, da es den Fortbestand der militärischen Machtposition der Achsenmächte in Mitteleuropa mit Selbstverständlichkeit voraussetzte. Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag wurde jedoch am 26. Mai 1942 in London ohne geheimen Zusatzvertrag und ohne territoriale Klauseln von beiden Seiten unterzeichnet. Zwar hatte die Sowjetregierung – zuletzt durch Molotow in London – territoriale Ansprüche auf Ostpolen und Rumänien gestellt und ihre Fixierung in einem geheimen Zusatzabkommen verlangt, doch lehnten Eden und Churchill den Abschluss eines derartigen Abkommens, das eine Verletzung der Atlantikcharta dargestellt hätte, grundsätzlich oder zumindest für die Dauer des Krieges ab.

25. Juni 1942

«Der Minister führt aus, dass Churchill sicherlich mit vielen Versprechungen und Zahlenangaben über die amerikanischen Hilfeleistungen zurückkommen werde, um die erregte englische öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Es sei an uns, diese Taktik Churchills schon jetzt klarzulegen und die wahrscheinlichen Erklärungen Churchills vorauszunehmen. Dabei müsse darauf hingewiesen werden, dass diese dauernden Abschwächungen der Niederlagen und Vertröstungen auf die amerikanische Hilfe der sicherste Weg seien, das Weltreich zu verlieren.

Der Fall von Tobruk, so erklärte Goebbels in der Konferenz vom 23. Juni 1942, dürfe in der deutschen Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken, dass England schon völlig am Ende sei. «Er machte darauf aufmerksam, dass die amtliche englische Nachrichtenpolitik zu dieser Angelegenheit offenbar nach dem Grundsatz arbeite, die Schwere der Niederlage zunächst bewusst zu übertreiben, um nach einiger Zeit in der englischen Öffentlichkeit den Eindruck erwecken zu können, dass eine solche Stimmungsdepression übertrieben gewesen und die Lage doch nicht so verzweifelt sei. Diesen Trick habe die englische Propaganda schon wiederholt angewandt.»

In der Konferenz vom 26. Juni 1942 hielt es Goebbels für unwahrscheinlich, dass die britische Niederlage in Nordafrika eine Kabinettskrise heraufbeschwöre. Churchill dulde die öffentliche Kritik, damit sich die Öffentlichkeit «die Wut abreagiert habe», bis er von Amerika zurückkommt.

Nach einer DNB-Meldung ist wiederum ein Dorf im Protektorat wegen Unterstützung von Fallschirmspringern dem Erdboden gleichgemacht worden. Es ist zwar dieses Mal die Veröffentlichung nur durch die Presse gegangen und nicht über den Rundfunk, aber der Minister ordnet an, Veröffentlichungen dieser Art ihm grundsätzlich vorher zur Stellungnahme vorzulegen.»

Eine offizielle Meldung aus Prag teilte mit, dass am 24. Juni 1942 das Dorf Levzsaky im Bezirk Chrudim niedergebrannt und alle erwachsenen Bewohner getötet worden seien. Die Kinder wurden angeblich in einem Erziehungsheim untergebracht.

«Seid nicht allzu gerecht»

JULI-SEPTEMBER 1942

1. Juli 1942

«Der Minister führt aus, dass jetzt die Zeit gekommen sei, die deutsche Propaganda in die arabische Welt hinein zu aktivieren. Es sei unzweckmässig, etwa die ägyptische Regierung anzugreifen. Auch dürfe der ägyptische König in keiner Form erwähnt werden. Er halte es aber für zweckmässig, die Ägypter darauf hinzuweisen, dass England auch in Ägypten nach dem Prinzip der «verbrannten Erde» zu handeln beabsichtige. Der Minister fragt den Vertreter des OKW, wie die Militärdienststellen die Zweckmässigkeit einer deutschen Propaganda beurteilten, die in die von den Engländern besetzt gehaltenen arabischen Länder Unruhe hineintrage. Der Vertreter des OKW erwidert, dass eine solche Propaganda militärisch ausserordentlich erwünscht erscheine. So werde es z.B. zweckmässig sein, in Palästina die Araber auf das jüdische Problem besonders hinzuweisen, um die Engländer zu veranlassen, ihre Truppen mit Rücksicht auf etwaige Unruhen an Ort und Stelle zu belassen und nicht an die ägyptische Front zu werfen.

Am 30. Juni 1942 erreichten die deutsch-italienischen Truppen die El Alamain-Stellung, waren aber infolge Erschöpfung nicht in der Lage, den Vormarsch fortzusetzen, obwohl die deutsche Führung noch grösste Hoffnungen hegte. Goebbels glaubte, propagandistisch «die Widerstandskraft Ägyptens gegen die englischen Versuche einer Anwendung des Prinzips der verbrannten Erde» stärken zu müssen. In diesem Zusammenhang prägte er am 3. Juli 1942 das Schlagwort: «Churchill siegt im Parlament, Deutschland im Kriege.» Die arabische Bevölkerung in Palästina zu einem Aufstand aufzurufen, hielt man noch für verfrüht. Der Presse wurde am 2. Juli 1942 gesagt: «Der Kampf der Achsenmächte wird auch Ägypten die Befreiung von der britischen Herrschaft und damit die Wiederherstellung der ägyptischen Souveränität bringen, mit welcher Feststellung der politischen Seite dieser Frage Genüge getan worden ist.»

Der Minister erwähnt unter Hinweis darauf, dass zahlreiche Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, die in den von uns besetzten Ostgebieten umhergereist seien, ebenso wie andere Reisende dieser Art in Deutschland die Meinung verbreiteten, dass die Verhältnisse in der Sowjetunion gut gewesen seien und dass die deutschen, den Tatsachen und dem Eindruck der kämpfenden Truppen durchaus entsprechenden Darstellungen unrichtig gewesen seien. Der Minister erklärt, dass der Führer hiervon erfahren und dieser Tage angeordnet habe, dass solche Reisen sofort unter

allen Umständen zu unterbinden seien. Dabei habe er besonders die Reisen von Archäologen usw. aus der Dienststelle des Reichsleiters Rosenberg gemeint. Der Minister gibt Herrn Staatssekretär Gutterer den Auftrag, sich mit allen beteiligten Stellen dieserhalb in Verbindung zu setzen, um jede nicht absolut notwendige und aus kriegswirtschaftlichen Gründen gerechtfertigte derartige Reise zu verhindern.»

6. Juli 1942

«Der Minister erteilt Weisung, die Lage in Ägypten zurückhaltend zu behandeln, auch in den Auslandsdiensten. Dagegen hält er in Übereinstimmung mit dem OKW ein Polemisieren mit den russischen Ablehnungen unserer Erfolge am Don, den von Russland übertriebenen deutschen Verlustzahlen und der angeblichen Rettung grosser Besatzungsteile aus Sewastopol für erforderlich.

Den Fall von Sewastopol kündigte der Wehrmachtbericht vom 1. Juli 1942 an. Am 3. Juli teilte ein Moskauer Kommuniké mit, dass die sowjetischen Truppen Sewastopol nach 250 Tagen heroischem Widerstand evakuiert haben.

Was die Tätigkeit der G-Sender angeht, so wünscht der Minister eine genaue Darstellung der vorhandenen Sender unter Angabe ihrer Zwecke und Arbeitsweise. Er erklärt, dass im Allgemeinen jetzt die G-Sender nicht mehr aktuell seien, so wie beispielsweise 1932 im innerdeutschen Kampf das Flugblatt einmal überholt gewesen sei. Die Tätigkeit der G-Sender soll daher nur in solchen Fällen fortgesetzt werden, in denen besondere Gründe vorliegen.

Das Ergebnis der geforderten Überprüfung der Geheimsender lag Goebbels mit Schreiben vom 8. Juli 1942 vor. Aufgrund dessen genehmigte er am 9. Juli die Einstellung von 4 Geheimsendern, während 7 Sender bestehen bleiben sollten. Darunter befanden sich 4 Concordia-Sender: Concordia N = «New British Broadcasting Station», die nationale Zersetzungpropaganda mit pazifistischem Unterton bot, Concordia S = «Worker's Challenge», zuständig für revolutionäre Arbeiterpropaganda, Concordia H = «Stimme des freien Indien» unter der Gesamtleitung von Subhas Chandra Bose und Concordia A = «Stimme der freien Araber».

Von den geheimen Ostsendern blieb nur der Ostsender V = «Sender der alten Garde Lenins» bestehen, der eine von Karl Albrecht geleitete gegen Stalin gerichtete leninistische Zersetzungpropaganda betrieb. Als angebliches Organ einer in Europa lebenden Gruppe unabhängiger Amerikaner, die gegen die «Katastrophenpolitik Roosevelts» eingestellt sei, meldete sich der «Sender der freien Amerikaner». Schliesslich wurde noch ein besonders getarnter Agentensender (Geheimsender Z) unterhalten, der verschlüsselte Instruktionen für Agenten weitergab.

Was die Propaganda nach Ägypten angeht, so soll sie, soweit sie offen betrieben wird, etwas ruhiger gehandhabt werden. Die deutsch-italienische Regierungserklärung soll herausgestellt werden. Auf geeigneten Wegen kann aber nach wie vor in Ägypten zu Sabotage- und Unruheakten aufgerufen werden.

Am 3. Juli 1943 gaben Deutschland und Italien eine gemeinsame Regierungserklärung ab, in der es u.a. hiess: «In dem Augenblick, in dem ihre Streitkräfte auf ägyptischem Boden vordringen, bekräftigen die Achsenmächte feierlich ihre feste Absicht, die Unabhängigkeit Ägyptens und die Souveränität Ägyptens zu achten und sicherzustellen.» – Schon während eines Tischgespräches vom 28. Juni

1942 beschäftigte sich Hitler mit den Möglichkeiten nach dem Eindringen des Afrikakorps in Ägypten. Er meinte, man müsse möglicherweise König Faruk zur Flucht veranlassen, um zu verhindern, dass die Engländer ihn wegführten. Nach der Besetzung Ägyptens würde er aber bereit sein, den König in Ägypten feierlich wieder zu inthronisieren. «In solch einem Falle habe er gegen die Monarchie gar nichts.» Am 9. Juli sprach er sich dagegen aus, dass das Auswärtige Amt nach der Besetzung Ägyptens einen Residenten nach Kairo oder Alexandrien entsende. Er wolle Ägypten den Italienern zusprechen, die einen Residenten als Vertreter Rommels nach Ägypten abstellen mögen.

Der Minister führt aus, dass die Behandlung der Schwere der vergangenen Winterkämpfe in der deutschen Propaganda jetzt nicht mehr zweckmässig sei. Die Bevölkerung würde bei einer Behandlung dieses Themas nicht mehr wie am Ende des Winters ein Gefühl der Erleichterung verspüren, dass dies nunmehr überwunden sei, sondern von der Besorgnis durchdrungen werden, was der nächste Winter an Opfern, Strapazen und Anforderungen bringe. Der Minister erteilt daher für die innerdeutsche Propaganda verbindliche Weisung, dieses Thema nicht mehr zu berühren.

Bei Erörterungen über die Widerstandskraft der Russen führt der Vertreter des OKW aus, dass nach übereinstimmenden Aussagen von Gefangenen die Russen nur deswegen so hartnäckig kämpfen, weil sie mit der Vorstellung eines deutschen Sieges keinerlei Hoffnungen für sich selbst verbinden können. Die Stimmung der russischen Truppen sei an sich ausserordentlich schlecht. Der Russe halte es aber immer noch für besser, «stehend zu sterben, als knieend zu leben». Unter den Teilnehmern der Ministerkonferenz besteht die Auffassung, dass eine Propaganda, die dem Russen einen deutschen Sieg als vorteilhaft erscheinen lasse, entscheidend zu einem Erlahmen der russischen Widerstandskraft beitragen würde.»

7./9. Juli 1942

«Verschiedene in den letzten Tagen im Rundfunk gehaltene Vorträge über den Kampf um Sewastopol sowie die Berichte der nach Sewastopol gesandten ausländischen Journalisten über die ihnen von deutschen Offizieren geschilderten Kämpfe hat der Minister zum Anlass genommen, grundsätzlich zu der Frage Stellung zu nehmen, wie die Kampfweise der Sowjets geschildert und gewertet werden muss:

In den letzten Tagen vernahmen wir ergreifende und erschütternde Kriegsberichte. Es ist aber zu befürchten, dass Teile des deutschen Volkes aus ihnen falsche Schlüsse ziehen. Mehrere Formulierungen waren psychologisch ausserordentlich gefährlich. Es kam nämlich zum Ausdruck, dass auch die Sowjets eine Idee hätten, die sie zum Fanatismus und zum heroischen Widerstand begeisterten und die sie vor keinen Entbehrungen und Anstrengungen im Interesse der Kriegführung zurückschrecken liessen. Das gehe sogar so weit, dass sich Tausende von Soldaten und Zivilpersonen einschliesslich Frauen und Kinder lieber in die Luft sprengen und auch in den Bunkern begraben liessen, als dass sie kapitulierten, dass bei dem Angriff auf ein

Werk, in dem die «richtigen Bolschewisten, die Jungkommunisten und fanatischen Kommissare» sassen, diese bis zum letzten Atemzug Widerstand leisteten.

In ähnlicher Weise enthalten die Berichte der Auslandskorrespondenten Erklärungen deutscher Offiziere mit dieser Tendenz. Ein Offizier bemerkte, die Russen hätten «wahrhaft heroisch» gekämpft oder es heisst dort: «Die Kommissare besorgen die Propaganda; sie üben eiserne Disziplin; wer weicht, wird erschossen ...» Ein anderer Bericht sagt sogar: «Was auch das Geheimnis der russischen Widerstandskraft sein mag, sie liegt für die deutschen Militärstellen bei den politischen Kommissaren ..Damit wird der politische Kommissar, dessen Einrichtung wir für die deutsche Wehrmacht ablehnen, plötzlich der Held und das Geheimnis des bolschewistischen Widerstandes, der Zähigkeit und des Durchhaltens.

Eine derartige Berichterstattung muss, wenn ihr nicht entgegengetreten wird, die Einstellung des deutschen Volkes gegen den Bolschewismus erschüttern und in kurzer Zeit eine Art Bolschewistenbegeisterung erzeugen. Der Nationalsozialismus lehrt, im Bolschewismus nicht eine Idee zu sehen, sondern ihn als Ausfluss des Untermenschentums und verbrecherischer, jüdischer Instinkte zu betrachten.

Es muss weiterhin bedacht werden, dass der Nationalsozialismus das deutsche Volk zwar von der *Krankheit* des Bolschewismus befreit hat, dass aber eine gewisse Anfälligkeit dazu immer noch besteht, die sich mit der Dauer des Krieges und den vermehrten Opfern steigern kann. Es ist genau so wie bei einem Tuberkulosekranken, der durch eine Kur geheilt worden ist. Auch der Geheilte bleibt der früheren Krankheit gegenüber anfällig. Die Bazillen sind eingekapselt [und] noch vorhanden, und es wäre hier die grösste Torheit und könnte direkt eine Geisteskatastrophe in Deutschland herbeiführen, wenn wir diese Kapselwände selbst aufweichen und damit das ganze Bazillengift wieder in den deutschen Volkskörper eindringen liessen. Es darf nicht vergessen werden, dass in unserem Volk noch 5'000'000 Menschen leben, die früher einmal kommunistisch gewählt haben.

Einer Berichterstattung, wie sie jetzt in Erscheinung getreten ist, fehlt auch das geschichtliche Erkennungs- und Einfühlungsvermögen in die Prinzipien, nach denen grosse Weltanschauungsbewegungen sich durchgerungen haben und Jahrhunderte und Jahrtausende alt geworden sind.

Vergleichsweise ist gar nicht vorstellbar, dass im 30jährigen Krieg etwa die katholische Kirche in einer Kriegsschilderung dargestellt hätte, wie schwer der Kampf war, weil auf der Gegenseite die Urprotestanten, die jungen, durch Luther geistig erzogenen Protestanten waren, die, von ihren Pfarrern angeführt, durch ihre Anschauung zu einer wilden Zähigkeit und Besessenheit sowie zum erbittertesten Widerstand befähigt worden sind; oder, dass bei der Auseinandersetzung des alten römischen Imperiums mit dem jungen Christentum ein römischer Senator von dem heldenhaften Einsatz der Christen, die, besessen von ihrer Idee, lieber bereit sind zu sterben, als sich zu ergeben, gesprochen hätte. Die Bolschewisten haben auch ihrerseits z.B. über den heldenhaften und schliesslich siegreichen deutschen Widerstand in der Festung Demjansk nicht ein Wort verloren.

Im Übrigen handelt es sich beim Widerstand der Bolschewisten überhaupt nicht um Heldentum und Tapferkeit. Was sich uns hier in der russischen Massenseele entgegenstellt, ist nichts anderes als die durch einen wildwütigen Terror zur Widerstandskraft organisierte primitive Animalität des Slawentums. Es ist fehlerhaft, dahinter ein Geheimnis der russischen Massenseele nach der Philosophie Dostojewskijs zu wittern. Es gibt Lebewesen, die deshalb zu widerstandsfähig sind, weil sie so minderwertig sind. Ein Strassenkötter ist auch widerstandsfähiger als ein hochgezüchteter Schäferhund. Deshalb ist aber der Strassenkötter nicht wertvoller. Eine Ratte ist auch widerstandsfähiger als ein Haustier, weil sie unter so schlechten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, dass sie sich schon eine gesunde Widerstandskraft aneignen muss, um überhaupt existieren zu können. Auch der Bolschewist ist widerstandsfähig. Das Geheimnis liegt darin, dass sich vorhandene slawische Mentalität verbündet hat mit einer infernalischen jüdischen «Erziehung», die alles andere vom russischen Volk ferngehalten hat. 20 Jahre durften die Russen nichts von Europa erfahren und jetzt wird ihnen erklärt, dass die deutschen Barbaren jeden erschliessen, verstümmeln, martern usw. Das Ergebnis dieser die primitive, animalische Veranlagung raffiniert ausnützenden jüdischen «Erziehung» ist der Bolschewismus. Das hat mit heroischem Widerstand nichts zu tun.

Die Geschichte zeigt uns, dass die Russen auch in früheren Kriegen so gewesen sind, wie wir sie heute erleben (Der 7jährige Krieg, Krim-Krieg, Verteidigung der Festung Port Arthur). Das Verhalten der Russen steht in scharfem Gegensatz zu dem bewussten Heldentum *des* Menschen, der die Kraft besitzt, sich für eine grosse Sache einzusetzen und dafür zu sterben.

Es handelt sich hier um eine entscheidende grundsätzliche Frage. Darum muss für die Berichterstattung eine bestimmte Begriffsskala geschaffen werden, die das Tapfere und Heldenhafte des deutschen Soldaten von der primitiven animalischen Haltung des Bolschewisten scharf trennt. Es muss bei der Berichterstattung über die Bolschewisten vermieden werden

1. jeder Ausdruck oder Hinweis auf ein nach unseren Begriffen soldatisches Verhalten und auf eine angebliche Idee des Bolschewismus,
2. jeder Begriff, der für die Schilderung der Taten unserer Soldaten vorbehalten bleiben muss.

Die deutsche Sprache hat Ausdrucksformen genug, die grundsätzlichen Verschiedenheiten zu trennen und trotzdem die Schwere und Härte des Kampfes voll auszudrücken.

Wenige Tage nach dem Fall von Sewastopol berichtete der Kommandeur des an der Erstürmung der heftig verteidigten Sewastopoler Forts sich besonders ausgezeichneten 16. Infanterie-Regiments, Oberst v. Choltitz, über die Kämpfe um die Festung in den Berliner Pressekonferenzen und im Rundfunk. Seinen Vortrag verwerteten sogleich die BBC-Sendungen in französischer Sprache, um vor allem das Heldentum der Russen herauszukehren. Das war umso mehr für Goebbels Anlass, in den Konferenzen vom 7. und 9. Juli 1942 vom politischen Standpunkt aus an diesem Vortrag grundsätzliche Kritik zu üben. Er führte ferner dazu aus:

Selbstverständlich sei die Darstellung des Erlebten in jedem Punkt richtig gewesen. Falsch aber sei die Tatsache, die von den politischen Zensurstellen verantwortet werden müsse, dass die Motive des feindlichen Widerstandes der bolschewistischen Idee zugeschrieben worden seien. Der Minister erklärt unter Hinweis auf seine Erfahrungen, dass das deutsche Volk zwar vom Bolschewismus zurzeit frei sei, dass es aber eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber einem idealisierten Bolschewismus nach wie vor habe. Je länger der Krieg dauere, desto mehr frage sich die deutsche Öffentlichkeit, ob die schweren Opfer und Entbehrungen nötig seien; wenn sich dann in der deutschen Propaganda Anhaltspunkte ergäben, dass die Bolschewiken ebenfalls für eine hochstehende Idee kämpften, die ihnen eine so grosse Widerstandskraft verleihe, so würde damit der deutsche Angriffswille, der in diesem Kampf auf Tod und Leben entscheidend sei, irritiert. Es liege ihm, dem Minister, völlig fern, Motive, wie sie z.B. de Gaulle leiteten, minder zu bewerten. Im jetzigen Kampf heisse es aber: Ich oder Du, und da dürften keine Schwächemomente in das Volk hineingetragen werden. Das deutsche Volk sei ein Volk ohne Nuancierungen. Es kenne nur schwarz oder weiss und nichts dazwischen. In dieser Erkenntnis zögere z.B. auch der Führer, den Völkern Russlands unter der deutschen Oberherrschaft Autonomie zu geben, weil er befürchte, dass der deutsche Hang zur Anerkennung der fremdvölkischen Ansprüche hemmungslos sein und nach kurzer Zeit zu grössten Schwierigkeiten führen würde.

Was die Lage im Osten angehe, so sei sie günstig genug, um stärker betont zu werden. Allerdings müsse man sich hüten, die auffallend pessimistischen Beurteilungen, die die Ostlage in der Feindpropaganda finde, ohne Weiteres auszuwerten, da hier erfahrungsgemäss ein Zweckpessimismus der gegnerischen Propaganda-leitung vorliegen könne.»

10. Juli 1942

«Der Minister führt aus, dass die Weigerung der englischen Regierung, eine öffentliche Debatte über die Schiffslage durchzuführen, das Misstrauen über die Lage der Alliierten in der Welt stärken und der Gerüchtebilderei Tor und Tür öffnen werde. Er weist die deutsche Presse an, die letzten besorgten Stimmen der Alliierten über die Tonnagelage zu zitieren und immer neue Aufstellungen über Schiffsbauten, Verluste und dergleichen zu bringen. Dabei müsse von uns ohne Unterlass die Frage gestellt werden, warum die englische Regierung keine öffentliche Unterhausdebatte gestatte. Man könne von uns aus darauf hinweisen, dass die Deutschen die Verluste durch die Meldungen der Unterseeboote ja kennen würden und deshalb kein Staatsgeheimnis preisgegeben werde, wenn die englische Regierung über die Versenkungen spreche, sofern die Verluste die deutschen Angaben nicht übersteigen würden. Es sei eben einfach so, dass die Versenkungsziffer weit höher liege als im OKW-Bericht mitgeteilt werde. Wenn sie günstiger wäre, könnte dies die englische Admiralität ja sagen.

Bei Geleitzugsoperationen von Mai bis Juli 1942 wurden im Nordatlantik nach deut-

schen Erfolgsmeldungen 31 Schiffe mit zusammen 167'600 BRT versenkt, tatsächlich waren es nur 24 Schiffe mit insgesamt 120 586 BRT.

Die Bolschewisten sprechen erneut von Aussagen Gefangener, die von der deutschen Wehrmacht misshandelt worden sein sollen. Diese Meldungen bezwecken offensichtlich, das Überlaufen zu verhindern und einer eventuellen Demoralisierung wegen der Offensive entgegenzutreten. Aussagen von Gefangenen über ihre Behandlung sollen als Gegenschlag in stärkerem Masse in der Presse erscheinen.

Der Minister kommt erneut auf die Ausweisung des dänischen Korrespondenten zu sprechen und bittet, bei den zuständigen Stellen zu klären, ob die Zensur nunmehr eingeführt werden könne. Es glaube uns niemand in der Welt, dass wir keine Zensur haben und jedermann sei überzeugt, dass schon lange eine Zensur in Deutschland bestehe. Ausserdem wisse heute jeder in der Welt, wohin er gehöre und jedermann glaube, dass die Presse überhaupt nicht mehr frei sei. Aus diesem Grunde würden Meldungen, die durchrutschen, ein besonderes Gewicht erhalten, weil die Weltmeinung sich sage, dass sie durch die deutsche Zensur ja durchgegangen seien und deshalb schon etwas dahinter stecken müsse. Er halte die Frage für so wichtig, dass er unter Umständen mit dem Führer darüber sprechen möchte. Die Nicht-einführung einer Zensur nütze uns nichts mehr, während die Einführung der Zensur uns nichts schade.»

Die in der schwedischen Presse erschienenen Meldungen über deutsche Friedensabsichten waren für Goebbels am 8. Juli Anlass, erneut das Thema «Einführung einer lückenlosen Zensur für Auslandsjournalisten» aufzugreifen. Zunächst sollte sie den Auslandsjournalisten angedroht werden. Am 9. Juli 1942 gab er die Anordnung, die Tatsache der Ausweisung des dänischen Journalisten in der Inlands- presse zu bringen, ohne zu erwähnen, «dass er Friedensgerüchte verbreitet habe». Nur nach dem Ausland sei die volle Begründung für seine Ausweisung zu geben, da auf diese Weise zugleich die Behauptungen über deutsche Friedensführer dementiert werden würden.

Im «VB» vom 10. Juli 1942 erschien die folgende Notiz: «Der dänische Korrespondent Hjelm Hansen [1878-1957] wurde wegen wahrheitswidriger, tendenziöser Berichterstattung an die schwedische Zeitung ‚Socialdemokraten‘ und andere Blätter kurzfristig aus Deutschland ausgewiesen.»

13. Juli 1942

«Der Minister kommt auf die Einführung der Zensur für Meldungen aller in Deutschland tätigen Auslandskorrespondenten zu sprechen und bittet um eine möglichst schnelle endgültige Klärung. Er weist darauf hin, dass beim jetzigen Zustand leicht nicht nur politische Störungen, sondern weit darüber hinausgehende ernste Nachteile für das Reich entstehen könnten, für die die Verantwortung nicht getragen werden könne. Berlin habe sich in letzter Zeit infolge der Berichterstattung der Auslandskorrespondenten zu einer Art Nachrichtenlatrine entwickelt; dieser Zustand müsse beseitigt werden.

Zur Tagespropaganda gibt der Minister Weisung, darauf zu achten, dass die ungewöhnlich pessimistischen russischen Nachrichten über die Lage an der Ostfront

eine Falle sein könnten; wir sollten uns daher in jeder Hinsicht im Rahmen des OKW-Berichtes halten. Ganz besonders sei nach wie vor die Nennung des Kaukasus und seiner Verbindung mit Russland unerwünscht. Der Minister erklärt ferner jede Beschäftigung mit Nordafrika für unerwünscht und weist darauf hin, dass die deutsche Propaganda im Seekrieg und in der Darstellung des Ostfeldzuges genügend Material zur Bearbeitung habe.»

Den Kaukasus als operatives Ziel zu nennen, wurde der deutschen Presse im Verlaufe des Juli 1942 wiederholt verboten. Mit der Führerweisung Nr. 43 vom 11. Juli 1942 war der 11. Armee die Aufgabe gestellt, bis spätestens Mitte August alle Vorbereitungen für einen Übergang über die Strasse von Kertsch zu treffen mit dem Ziel, in den Kaukasus vorzustossen und vor allem das Erdölgebiet um Maikop in Besitz zu nehmen. Die Führerweisung Nr. 45 vom 23. Juli 1942 plante einen Vorstoss bis ans Kaspische Meer und die Eroberung des Raumes um Baku.

Bezüglich der Kämpfe in Nordafrika hegte man deutscherseits im Juli noch Optimismus. Goebbels am 8. Juli 1942: «Die weitere Entwicklung kann mit grosser Ruhe abgewartet werden.» – Übrigens bat in jenen Tagen der bekannte Schriftsteller John Knittel, der fliessend Arabisch sprach, im Stabe Rommels beschäftigt zu werden.

14. Juli 1942

«Der Minister führt aus, dass die deutsche Propaganda sich zwar wie bisher im Rahmen der OKW-Berichte halten müsse, dass die ausserordentlich pessimistische feindliche Berichterstattung über die Lage im Osten es aber doch nahelege, nunmehr unter dem Gesamtmotto «Abbau der Illusionen» zu zeigen, wie sehr sich die feindliche Propaganda geirrt und wieviel sie gelogen habe. Hierher gehörten z.B. Hinweise darauf, dass die von der Feindpropaganda als gefallen gemeldeten deutschen Soldaten nun im Osten in die Erscheinung treten, dass die deutschen angeblichen Materialverluste durch die Tatsachen widerlegt würden, dass die zweite Front nicht zustande gekommen sei und dass die auf den Afrika-Feldzug gesetzten Hoffnungen deutscherseits zunichte gemacht worden seien. Der Minister erklärt, dass gerade nach dem Ausland hin eine Propaganda unter dieser Gesamtschau zweckmässig sei. Dabei sei besonders darauf hinzuweisen, wie sehr die Feindvölker beschwindelt und belogen worden seien.

Schliesslich geht der Minister auf den Erlass des Obersten SS-Führers in Frankreich, Oberg, über Geiselfestnahmen und Erschiessungen usw. ein. Er stellt nachdrücklich in den Vordergrund, dass er mit dem Erlass, so wie er jetzt herausgekommen wäre, nichts zu tun habe und den Erlass psychologisch fast in jeder Hinsicht für völlig verfehlt halte. Erstens sei es falsch, einen solchen Erlass ohne einen ganz besonderen Anlass, z.B. die Ermordung eines als franzosenfreundlich und hilfsbereit bekannten deutschen Offiziers, der eine grosse Familie hinterlasse, herauszugeben. Zweitens sei es völlig verfehlt, Massnahmen gegen Frauen, und erst recht gegen Kinder anzudrohen. Die feindliche Propaganda werde diesen deutschen Fehler weidlich ausnützen. Drittens sei es falsch, die Geiseln aus der Blutsverwandtschaft derjenigen Männer zu entnehmen, die als Täter in Frage kommen. Man müsse nicht nach blutmässigen, sondern nach politischen Massstäben messen, d.h. solche Män-

ner als Geiseln in Gewahrsam nehmen, die den vermutlichen Tätern politisch nahestehen und die Erschiessung dieser Männer im gegebenen Fall androhen. Dann würde die Verwandtschaft und der Bekanntenkreis der als Geiseln festgenommenen und mit dem Tode bedrohten Männer zur Entdeckung der wirklichen Täter beitragen. Der Minister bittet, auch im Auswärtigen Amt an zuständiger Stelle diese seine Auffassung über den neuen Erlass zum Ausdruck zu bringen.»

Am 13. Juli 1942 wurde der Erlass Obergs in Paris angeschlagen. Danach sollten alle männlichen Verwandten von Attentätern binnen 10 Tagen hingerichtet, die Frauen zu Zwangsarbeit verurteilt und die Kinder Waisenhäusern überantwortet werden.

15. Juli 1942

«Das neu auftauchende Argument in den feindlichen Nachrichtendiensten, dass wir den Winter nicht überleben würden, wird unbeachtet von uns übergangen. – Eine englische Zeitung spricht davon, dass der Feldzug in Russland gemäss den Erwartungen der Alliierten verlaufe. Dem sollen die hochtrabenden und hochgespannten Berichte aus dem Winterfeldzug über die Vernichtung der deutschen Armee entgegengehalten werden.

Am 26. Juli 1942 kam das Verbot, den in der Feindpropaganda auftauchenden «General Winter» zu erwähnen. – Fs. 22. Sept. 1942.

In einer englischen Sendung wird davon gesprochen, dass eine Nachfrage bei den kleinen Leuten in England ergeben habe, dass die zweite Front nicht dringlich sei. Diesen Dreh der Engländer sollten wir genau beachten, so führt der Minister aus, weil er der Vorbote eines allgemeinen Rückzuges von der Idee der zweiten Front voraussichtlich sein werde.

Am Tage darauf erklärte Goebbels, dass ein alliierter Versuch zur Bildung einer Zweiten Front in Europa oder Afrika durchaus denkbar sei und deshalb vermieden werden müsse, in der Öffentlichkeit die Auffassung hervorzurufen, als käme ein jeder derartiger Versuch unerwartet. Dennoch sollte im Inland von der Zweiten Front überhaupt nicht und gegenüber dem Auslande nur dann gesprochen werden, wenn der Feind im grösseren Umfange darauf zurückkommen sollte.

«Das beste Argument gegen das Gerede von der Zweiten Front», meinte Goebbels in der Konferenz vom 21. Juli, seien die Wochenschauberichte über die militärischen Vorbereitungen im Westen und über die dortigen Befestigungsanlagen. – Fs. 18. Juli 1942.

Aus innerdeutschen Meldungen ergibt sich, dass in der Volksstimmung gegenüber dem Verhalten der Russen eine Wandlung eingetreten ist. Unsere These, wonach die Kommissare mit der Knute die russische Armee Zusammenhalten, werde nicht mehr geglaubt, vielmehr gewinne die Überzeugung täglich an Boden, wonach der russische Soldat vom Bolschewismus überzeugt sei und für ihn kämpfe.»

Da der OKW-Bericht ferner für den nördlichen und mittleren Frontabschnitt der Ostfront anhaltend schwere Abwehrkämpfe meldete, war es mehr oder weniger offensichtlich, dass dort das «Gesetz des Handelns» bei den Sowjetarmeen lag und sich zugleich innerhalb breiter Bevölkerungskreise die Frage stellte, «ob der Bolschewismus wohl jemals vernichtend geschlagen werden könne».

16. Juli 1942

«Der Minister kommt wiederum auf die Einführung der Vorzensur für Meldungen der Auslandskorrespondenten zu sprechen und führt aus, dass er es zwar früher auch seinerseits für richtig gehalten habe, von der Einführung einer solchen Vorzensur abzusehen, inzwischen aber hätten sich die Verhältnisse weiter entwickelt, und die Gesichtspunkte, die heute für eine Änderung des bisherigen Verfahrens sprächen, seien so gravierend, dass er sich unter keinen Umständen mit einem Weiterbestand des bisherigen Zustandes einverstanden erklären könne. Er müsse sonst die Verantwortung, und zwar ausdrücklich auch gegenüber dem Führer, für seine Person ablehnen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs erläutert der Minister seine Auffassung dahin, dass er nicht etwa an eine plötzliche Einführung einer lückenlosen Zensur denke. Er halte es vielmehr für zweckmässig hier schrittweise vorzugehen und denke es sich so, dass den Auslandskorrespondenten zunächst einige Themen benannt werden, für die ihnen eine Vorlagepflicht auferlegt wird. Er nennt beispielsweise die militärischen Ereignisse und die Frontlage, die Kirchenfrage, die Lage in den mit Deutschland verbündeten Ländern, die Friedensfrage. Zeige sich, dass die Einführung einer Vorlagepflicht in diesem begrenzten Rahmen, der natürlich den jeweiligen Verhältnissen angepasst werden müsse, sich bewähre, so könne man nach einiger Zeit hier haltmachen; anderenfalls könne man das Verfahren ausdehnen, wenn nötig, bis zu einer lückenlosen Vorzensur.»

Nachdem namentlich vom Auswärtigen Amt mehrwöchige Recherchen über die Ausübung der Zensur ausländischer Korrespondentenberichte in anderen Ländern Europas und in Übersee angestellt und verschiedene Denkschriften ausgetauscht worden waren, kam im September 1942 eine Neuregelung der Zensur zustande. In der Auslandspressekonferenz vom 7. Sept. 1942 teilte Brauweiler den Korrespondenten mit, dass der Reichspressechef neue Richtlinien für die Auslandsjournalisten in Berlin erlassen habe. Die Richtlinien würden mit dem 15. Sept. in Kraft treten. Grundsätzlich wolle man «die freie Berichterstattung» beibehalten, nur sollen die geltenden Bestimmungen komplettiert werden. Künftig haben alle Auslandsmitteilungen mit der authentischen Quelle übereinzustimmen. Eigenmeldungen seien zuvor der Prüfstelle zur Kontrolle vorzulegen, müssen aber in Tenor und Tendenz den Vorschriften des Propagandaministeriums und des Auswärtigen Amts entsprechen. Wer den Richtlinien zuwiderhandelt, habe mit Ausweisung bzw. Bestrafung wegen Landesverrats zu rechnen.

18. Juli 1942

«Der Minister bittet, auf das Thema der zweiten Front wieder einzugehen, da die Gegenseite sich stärker damit beschäftige. Dabei könne eine englische Meldung aufgegriffen werden, wonach die Deutschen gerne möchten, dass eine zweite Front eröffnet werde. Hierbei soll zum Ausdruck gebracht werden, dass das Gerede von der zweiten Front jedoch nicht von uns ausgehe, sondern die Diskussion der feindlichen Mächte seit Monaten bestimmend beherrsche. Gleichzeitig könnten dabei einige englische Feststellungen über die Kriegführung polemisch behandelt werden.

Man habe die russische Kriegführung dahingehend gekennzeichnet, dass die Sowjets Raum aufgeben, um Zeit zu gewinnen. Jetzt aber hätten sie keine Zeit gewonnen und dabei die wichtigsten Räume verloren.»

Am 18. Juli 1942 äusserte sich Hitler an seiner Tischrunde zum Thema «Zweite Front». Obwohl er persönlich an die Aufrichtung einer «Zweiten Front» nicht glaube, werde er hingegen in einem geplanten Interview ausführen, dass sich Deutschland auf alle Eventualitäten, auch die einer Zweiten Front, vorbereite. Fs. 28. Juli 1942.

18. Juli 1942

«Der Minister bittet, die Berichterstattung über die Ostfront in der deutschen Presse und im Rundfunk zu bremsen. Er bezieht sich hierbei besonders auf einen Artikel in der DAZ. vom 18. ds. Mts., in dem von den weitreichenden Folgen der russischen Niederlage gesprochen wird. Der Minister führt dabei aus, dass schon einmal im Herbst v. J. von dem Zusammenbruch der russischen Armeen gesprochen wurde, ohne dass er eintrat. Als dann im Winter die schweren Rückzugskämpfe einsetzten, hätten die gleichen Kreise, die im Herbst im Optimismus schwelgten, im Winter den Zusammenbruch der Ostfront vorausgesehen. Diese Leute hätten heute kein Recht, über den Ernst der Operationen im Osten zu sprechen. Der Kampf könne überhaupt von den militärischen Sachverständigen nicht verstanden werden, da es in der Hauptsache eine weltanschauliche Auseinandersetzung sei, und niemand wissen könne, ob nicht die Russen in kurzer Zeit schon wieder einige Millionen Menschen uns entgegenwerfen würden.

Goebbels knüpfte dabei an seine Ausführungen in der Konferenz vom 17. Juni 1942 an, in der er vor optimistischen Erwartungen über das Tempo der Operationen warnte. Er wies darauf hin, «dass zur Vermeidung von Schwierigkeiten, wie sie im vorigen Winter aufgetaucht seien, die Nachschubwege einschliesslich der Umnagelungen der Bahnen in Ordnung gebracht werden müssten, was bei einer bisher zurückgelegten Vormarschentfernung von 350-400 km zwangsläufig bald zu einem vorübergehenden Stillstand des Vormarsches führen müsse».

Die Meldung von der Absetzung Timoschenkos, die von einer türkischen Nachrichten-Agentur gebracht wurde, dürfe nicht aufgegriffen werden, da wir Timoschenko schon verschiedentlich im vergangenen Jahre abgesetzt hatten. Man solle eine amtliche Meldung der Russen abwarten.»

Marschall Semjon Konstantinowitsch Timoschenko (geb. 1895) war von Okt. 1941 bis Dez. 1942 Oberbefehlshaber der sowjetischen Südfront. Am 23. Juli 1942 trat Generalleutnant Gorodow an die Stelle Timoschenkos als Oberbefehlshaber der neugebildeten sowjetischen Heeresgruppe «Stalingrad».

Als Mitte Okt. 1942 Timoschenko und Budjonny nicht auf der Kandidatenliste des sowjetischen Jugendkongresses genannt wurden, gab Goebbels vorsorglich die Weisung: «Im vergangenen Jahr haben wir mit derartigen Meldungen so viel Schiffbruch erlitten, dass es ein gefährlicher Fehler wäre, heute wieder mit derartig unkontrollierbaren Gerüchten» über ihre Absetzung herauszukommen.

19. Juli 1942

«Die Feindmächte arbeiten wieder in starkem Masse mit der Zersetzungspropaganda und behaupten, dass Göring, Himmler und andere ihrer Posten enthoben sind. Hiergegen sind einige Dementi notwendig, die von oben herab diese lächerlichen Meldungen abtun.»

22. Juli 1942

«Die gegnerische Nachrichtenpolitik der letzten Tage ist geteilt in eine optimistische und pessimistische Richtung. Der Minister ordnet an, die optimistischen und pessimistischen Nachrichten gut zu mischen, aber auf jeden Fall dafür Sorge zu tragen, dass nicht beim deutschen Volk der Eindruck entsteht, als gehe die russische Armee an der Südfront einer Katastrophe entgegen. Er bittet, die Stadt Rostow in den deutschen Nachrichten erst dann zu nennen, wenn sie im OKW-Bericht als gefallen oder eingeschlossen gemeldet wird.

Am 25. Juli 1942 wurde die Stadt Rostow am Don, die bereits im November/Dezember 1941 für einige Tage in deutschen Händen war, zum zweiten Male genommen. Vom 23. bis 25. Juli tobten in Rostow erbitterte Strassenkämpfe.

Auslandspressstimmen über die katastrophale Lage der russischen Südfront, so verlangte Goebbels in der Konferenz vom 21. Juli 1942, sollten nicht aufgegriffen werden. Andererseits gebot er, mit sowjetischen Siegesmeldungen zu polemisieren. Würde die Behauptung auftauchen, der russische Rückzug verlaufe in vollster Ordnung, sei auf die kommende Wochenschau zu verweisen.

Zu der Diskussion über die zweite Front bemerkt der Minister, dass die Mitteilungen einzelner Blätter, die zweite Front sei vertagt, kein Beweis dafür seien, dass sie nun wirklich nicht mehr aktuell sei. Gegen das Gerede von der zweiten Front könnte man als Argument die Vermutung gebrauchen, dass Beaverbrook sozusagen als Zweiter-Front-Minister in das Kabinett Churchill wahrscheinlich eintreten werde. Diesen Plan könne man so kommentieren, dass man sage, Churchill nehme Beaverbrook in die Regierung, um ihn später beim Fehlschlagen der zweiten Front als Sündenbock jederzeit verjagen zu können.

Der Minister bittet im Anschluss an seine Unterredung mit S. C. Bose, der Indienfrage weiterhin sorgfältige Aufmerksamkeit zu widmen. Er ordnet jedoch an, nicht von Aktionen in Indien zu sprechen, bis sie nicht tatsächlich bevorstehen.»

Der indische Nationalistenführer Subhas Chandra Bose (1897-1945) war Leiter der in Berlin ausgehaltenen und errichteten «Zentrale freies Indien». Er diente als deutsche Propagandafigur und war aussersehen, gegebenenfalls an die Spitze einer indischen «Gegenregierung» gestellt zu werden. Vorerst hatte er die Aufgabe, an der deutschen Propaganda nach Indien mitzuwirken und nach Möglichkeit von Berlin aus eine antibritische Untergrundbewegung in Indien zu fördern. Bose, vor Ausbruch des Krieges Präsident der indischen Freiheitsbewegung, war bis zu seiner Flucht nach Deutschland im Jahre 1942 Bürgermeister von Kalkutta. 1943 wurde er auf einem deutschen U-Boot nach Japan gebracht.

Am 21. Juli 1942 empfing Goebbels Bose in Berlin. Nach der Unterredung meinte er, man habe den «richtigen Mann in der richtigen Weise» herausgestellt. Während der Unterredung mit Bose sprach Goebbels über die Befreiung Indiens und über die

Propaganda nach Indien. Die Parole sei seiner Meinung nach: «Wir wollen Indien frei und unabhängig von den Engländern machen.» Bose verglich die Lage in Indien mit der des Nationalsozialismus im Jahre 1931, Gandhi mit Hindenburg und betonte, dass auch für seine Bewegung die Wegräumung überalterter nationalistischer Auffassungen erforderlich sei und eine «Revolution der Tat» erfolgen müsse.

23. Juli 1942

«Der Minister führt aus, dass nach seinen Informationen in den besetzten Gebieten die Meinung weit verbreitet sei, dass eine zweite Front nicht kommen werde. Es sei demgegenüber angebracht, von unserer Seite aus darauf hinzuweisen, dass bei der Einstellung und der Politik von Winston Churchill alles möglich sei und dass nach den bisherigen Erfahrungen mit der Churchillschen Politik der englischen Regierung alles zuzutrauen sei. Von uns aus könnten wir sagen, wir seien bereit, die Engländer zu empfangen, und wir wünschten, dass sie die Absicht hätten zu kommen; aber wir würden sie auch entsprechend empfangen. Er sei der Meinung, dass man die Angelegenheit nicht mehr bagatellisieren dürfe, und der Versuch einer Landung sei nicht nur möglich, sondern seiner Ansicht nach wahrscheinlich. Eine solche Gelegenheit wie das kurze Erscheinen britischer Truppen in St. Nazaire könnten sich die Engländer nicht mehr leisten. Wenn sie tatsächlich kommen sollten, sei es unter Umständen möglich, dass sie 2-3 Wochen sich am Kontinent festsetzten, aber dann sei es wahrscheinlich aus. Bei der Behandlung der zweiten Front dürften wir keine Schwäche zeigen, sondern müssen klar und deutlich sagen: der Versuch scheitert! In unserer Berichterstattung über die zweite Front, meint der Minister, sollten wir gelegentlich Meldungen von Truppenversetzungen vom Osten nach dem Westen hineinstreuen, sie jedoch nicht dramatisieren.»

24. Juli 1942

«Der Minister meint, dass die Reden der feindlichen Staatsmänner immer blöder seien und man ihnen zuviel der Ehre antun würde, wenn man sie ausführlich in der deutschen Presse behandelte. Seiner Meinung nach genüßten 3 bis 4 Zeilen vollauf, um das Geschwätz Hulls und Edens zu charakterisieren.»

In einer weltweiten Rundfunkansprache von Washington aus sprach der amerikanische Aussenminister Cordell Hull über Planungen der Vereinten Nationen für die Zeit nach dem siegreichen Kriege. Er schlug vor, den Vereinten Nationen einen festen institutionellen Rahmen zu geben, der gewährleiste, dass unter den Nationen der Friede erhalten bleibe.

In einer Rede in Nottingham umriss Eden die britischen Kriegsziele, die in der Entmachtung des Totalitarismus gipfeln sollten.

25. Juli 1942

«Der Minister wendet sich wieder einmal mit scharfen Worten gegen «Göteborgs Handels- og Sjöfartstidende», die am 17.7. einen unverschämten Artikel von Victor Vinde gebracht hat. Seiner Meinung nach müsse gegen diese Zeitung einmal

etwas unternommen werden. Er schlug vor, dass in zwei Berliner Zeitungen Segerstedt als Pathologe und grundsätzlicher Deutschenhasser hingestellt wird. Damit solle dann das Kapitel für uns erledigt sein.»

26. Juli 1942

«Aufgrund eines Briefes des zurzeit als Ordonnanzoffizier im Stabe des Generalfeldmarschalls Rommel tätigen Ministerialdirektors Berndt, in dem Berndt darstellt, wie bitter die deutsche Truppe die Herausstellung der italienischen Truppen in der deutschen Presse empfindet, führt der Minister aus, dass die Italiener trotzdem bei jeder sich bietenden Gelegenheit in der deutschen Presse usw. herausgestellt werden müssen. Dies entspreche im Übrigen den Weisungen aus dem Führerhauptquartier. Es wird sodann die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, Generalfeldmarschall Rommel auf diese politischen Notwendigkeiten aufmerksam zu machen. Der Minister nimmt im Einvernehmen mit dem Vertreter des OKW in Aussicht, einen geeigneten Angehörigen seines Ministeriums zu Generalfeldmarschall Rommel zu entsenden, um diesen davon zu überzeugen, dass in der deutschen Inlandpropaganda die Herausstellung der Italiener unvermeidbar notwendig sei.»

Am 27. Juli 1942 gab Goebbels erneut Weisung, trotz Missstimmung über die Leistungen der italienischen Truppen deren «Verdienste» wie bisher in der Propaganda zu betonen.

28. Juli 1942

«Der Minister führt aus: Es besteht kein deutsches Interesse daran, dass eine zweite Front zustandekommt. Es wäre daher falsch, durch die deutsche Propaganda die Feindseite zur Bildung einer solchen zweiten Front zu provozieren und in diesem Zusammenhang z.B. die Gründe ins Lächerliche zu ziehen, die von der Feindseite gegen die Bildung einer zweiten Front geltend gemacht wurden. Unser Interesse fordert vielmehr, dass wir den Engländern eher behilflich sind gegenüber Russland ein Alibi zu haben, wie es die Luftangriffe auf deutsche Städte darstellen. Es wäre daher falsch, in der deutschen Propaganda diese Angriffe zu bagatellisieren. Der Minister erklärt in diesem Zusammenhang, dass deutscherseits gar nicht die Absicht bestehe, unter allen Umständen Stalin immer weiter zu bekämpfen; sollte Stalin, der über das Ausbleiben der zweiten Front schon äusserst erbittert sei, eines Tages zu einem Arrangement bereit sein, das uns eine strategisch gute Grenze und die Sicherheit gegen eine Neuaufrüstung Russlands gibt, so werde deutscherseits eine solche Möglichkeit sicher nicht ohne Weiteres verworfen werden.»

In der Konferenz vom 27. Juli kündigte Goebbels seinen Leitartikel im «Reich» über die Zweite Front an, der angeblich dieses Thema in autoritativster Weise behandeln würde. Der Artikel erschien am 2. August 1942 unter dem bezeichnenden Titel «Auch der Versuch ist strafbar» und schloss mit den Sätzen: «Wir rufen deshalb den Engländern ein herzliches Willkommen zu. Hoffentlich bringen sie auch einige Amerikaner mit. Die Mac-Arthurs würden dann zum ersten Male Bekanntschaft mit deutschen

Soldaten machen, die zwar keine Tennisschläger und Golfbälle mitbringen, aber erstklassige Waffen und einen auf allen Kriegsschauplätzen Europas gesammelten reichen Schatz von kämpferischen Erfahrungen.

Mit Vergnügen würden sie die Gelegenheit wahrnehmen, den Yankees klarzumachen, dass auch für sie der Eintritt nach Europa verboten ist.»

2. August 1942

«Der Minister kommt auf die zweite Front zu sprechen und meint, dass der grosse Flugzeugeinsatz der Engländer zur Bombardierung der deutschen Städte ein Beweis dafür sei, dass eine Landung nicht unternommen werden solle. Die englische Luftwaffe könne sich einen so schweren Aderlass, wie die Angriffe auf Deutschland ihn darstellten, nicht leisten, wenn sie tatsächlich die zweite Front errichten sollte. Die übertriebenen Erfolgsmeldungen der Engländer sollten wir ruhig hinnehmen und nicht dementieren. Wenn die Engländer mit ihren Luftangriffen ihren Beitrag zur zweiten Front für genügend hielten, dann sollten sie es tun. Es dürfe selbstverständlich auch wiederum nicht so sein, dass in Deutschland ein verdächtiges Schweigen über die Luftangriffe herrsche, denn das würde wiederum nicht den gewünschten Zweck erfüllen.»

Goebbels verbot am 29. Juli 1942 von den schwedischen Pressemeldungen Notiz zu nehmen, die darauf schliessen lassen, dass man in England «den Gedanken einer zweiten Front vorläufig aufgegeben habe».

3. August 1942

«Der Minister ordnet an, dass die Berichterstattung über die Luftangriffe auf deutsche Städte besonders vorsichtig formuliert wird. Vor allem sollen Bemerkungen und Hinweise unterlassen werden, wonach die Luftangriffe nicht kriegsentscheidend seien.

Die Moskauer Presse beschäftigt sich nunmehr auch mit der zweiten Front. Diese Tatsache macht die zweite Front zu einer politischen Frage erster Klasse. Der Minister bittet, die russischen Stimmen nicht zu registrieren, um dieses «zarte Pflänzchen» nicht durch Beifall unsererseits zu vernichten. Wir hielten uns am zweckmässigsten zurück und schürten damit wohl am besten den Streit untereinander.»

4. August 1942

«Der Minister gibt Anweisung, aus unserer Reserve über die Lage an der Ostfront stärker herauszugehen, nachdem sich die Dinge sehr günstig entwickelt haben. Vor allem bittet er, sich polemisch mit der lächerlichen Meldung der Engländer zu befassen, die Russen hätten uns Maikop als Lockmittel vor die Nase gehalten, um uns abzulenken.

Am 9. August 1942 abends wurde die Ölstadt Maikop gestürmt. Die Öllager waren zerstört, die Anlagen durch Demontage lahmgelegt. Bis zum 13. August 1942 wurde die Stadt Krasnodar genommen. Der Vertreter des OKW schilderte in der Konferenz vom 10. Aug. den besonders verbissenen Widerstand der Bevölkerung

von Krasnodar. «Er wies darauf hin, dass diese Bevölkerung offenbar restlos unter dem Einfluss der sowjetrussischen Propaganda stehe, während von einem Einfluss der deutschen Propaganda nichts zu spüren sei.»

Es sei nunmehr an der Zeit, auch wieder etwas über unsere Verlustmeldungen zu sagen, um gegen die feindliche Propaganda von einer enormen Einbusse an Soldaten vorzugehen. Man könne hier sehr gut mit dem Argument arbeiten, dass anscheinend die vielen Millionen Toten, die der Winterfeldzug gekostet haben soll, wieder auferstanden sind.»

7. August 1942

«Die Reisen des amerikanischen und britischen Botschafters nach Moskau sollen als Zeichen der Krise innerhalb des alliierten Lagers gewertet werden. Die Gerüchte von einer Reise Churchills nach Moskau werden weiterhin von uns schweigend übergangen. Ebenso bittet der Minister, sich nicht mit den Gerüchten eines deutsch-russischen Sonderfriedens, die aus Lissabon kommen, zu beschäftigen.

Im August 1942 tauchten in der Weltpresse verschiedentlich Meldungen über Friedensfühler zwischen Deutschland und der Sowjetunion auf. Im Propagandaministerium erklärte man, die Meldungen seien von England und den USA ausgegangen, um die Sowjetunion zu einem Dementi zu veranlassen. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass diese Meldungen, die u.a. zuerst in Tokio und Lissabon auftauchten, von deutscher Seite inspiriert worden waren, um die Haltung der Sowjetregierung zu sondieren. – Ausserdem kursierten auch Meldungen – über von deutscher Seite den Engländern unterbreitete Friedensvorschläge. Beispielsweise meldete am 29. Apr. 1942 die gaullistische Nachrichtenagentur «Freie Franzosen» aus London, dass Deutschland in den letzten sechs Wochen auf drei Wegen, über die Türkei, die Schweiz und über Schweden, Friedensvorschläge an England gerichtet habe. In allen Friedensvorschlägen forderte Deutschland angeblich die Kontrolle über Europa. – In Moskau fand am 7. Aug. 1942 eine alliierte Botschafterkonferenz statt, an der u.a. der US-Botschafter in Moskau, Admiral William H. Standley, und der britische Botschafter, Sir Archibald Clark Kerr, massgeblich beteiligt waren. Die Konferenz diente der Vorbereitung des Besuchs von Churchill sowie des Sonderbeauftragten von Roosevelt in Moskau. Dass das Thema «Zweite Front» zur Diskussion stand, wurde offiziell dementiert.

In Referentenbesprechungen der Auslandsabteilung des Propagandaministeriums wurde am 31. Aug. und 2. Sept. 1942 das Thema «Friedensgerüchte» behandelt. Das Ergebnis der Aussprachen: «In der deutschen Bevölkerung sind z. Zt. Wieder Gerüchte über einen baldigen Friedensschluss weit verbreitet; diese Gerüchteverbreitung bedient sich nicht nur der Flüsterpropaganda, sondern neuerdings auch der Kettenbriefe. Als Termin des Friedensschlusses wird von der Flüsterpropaganda der ‚Herbst‘ genannt, von der ‚christlich‘ aufgezogenen Kettenbriefpropaganda dagegen ‚Weihnachten‘.

Diese Flüster- und Kettenbriefpropaganda (einem Referenten der Auslandsabteilung des RMVP ist es gelungen, sich in den Besitz einer Abschrift eines solchen Kettenbriefes zu setzen) kann nur vom Feinde ausgehen. Sie verfolgt, abgesehen von der Mehrbelastung des Postverkehrs, den Zweck, unerfüllte oder doch übertriebene Hoffnungen im deutschen Volke zu wecken und zu nähren und die deutsche Bevölkerung nach Fehlschlägen dieser unbegründeten Hoffnungen in einen

Zustand der Bereitschaft für die Aufnahme defaitistischer Propaganda zu versetzen. Es wird dieser Propaganda mit Nachdruck entgegengetreten werden. Die Bekämpfung stösst jedoch insofern auf besondere Schwierigkeiten, als die Friedensparole diesmal aussergewöhnlich leicht und gerne geglaubt wird.»

Der Minister bittet, die indische Frage weiterhin stärkstens herauszustellen. Wir könnten dies ruhig tun in Erwartung der Zusammenstösse, die wahrscheinlich zwischen den Engländern und Indern erfolgen würden. Wir müssten uns dabei jedoch davor hüten, die internen Unterschiede zwischen den einzelnen indischen Bewegungen herauszustellen. Unsere Aufgabe sei es, die prekäre Lage der Engländer aufzuzeigen und sie für uns auszunützen.»

Zum Thema Indien in der Konferenz vom 6. Aug. 1942: «Wir könnten wohl in unserer Presse darauf hinweisen, dass Indiens Stunde bald kommen wird ...» – Um den indischen Subkontinent zu befrieden, hatte England im März 1942 Indien den Dominiumstatus angeboten und gegebenenfalls auch das Recht, das britische Commonwealth zu verlassen, doch sollten diese Regelungen erst nach dem Kriege in Kraft treten. Die indischen Führer lehnten den Vorschlag ab. – Anfang August 1942 drohten die Unruhen in Indien zu einer Rebellion auszuwachsen. Die Führer der indischen Kongress-Partei, u.a. Gandhi und Nehru, wurden daraufhin verhaftet und interniert. Aus Furcht vor der japanischen Invasion beruhigte sich jedoch sehr rasch die indische Öffentlichkeit und liess Indien zum Hauptarsenal der alliierten Streitkräfte im Mittleren Osten werden.

10. August 1942

«Der Minister bittet, in scharfer polemischer Form die Lage in Indien darzustellen. Der Bambusknüppel, mit dem die Engländer heute versuchten, die Inder niederzuhalten, müsste zum Symbol der englischen Herrschaft gemacht werden, wie der Polizeiknüppel in der Systemzeit in Deutschland das Symbol gewesen sei.

In unserer Berichterstattung über Indien sollten wir vornehmlich auf das niedrige Lebensniveau hinweisen, und das scheinheilige Bedauern der Engländer über ihre Zwangsmassnahmen gegen die Inder herausstellen. Er bittet, vornehmlich auch alle Einzelheiten von den Verhaftungen der führenden Männer der Kongresspartei zu bringen.»

11. August 1942

«In ausführlicher Weise spricht der Minister nach seiner Rückkehr von seiner Vortragsreise in Westdeutschland über die Lage in den bombardierten Gebieten. Die rheinisch-westfälischen Städte müssten zweifelsohne heute eine schwere Zeit durchmachen, von deren Ausmass sich die Berliner Dienststellen leider kein richtiges Bild machen könnten. Wir würden ausserdem die Frage der Luftangriffe nicht in der richtigen Form behandeln, und er habe festgestellt, dass wir einige erhebliche psychologische Fehler gemacht hätten. Wir könnten recht gut von den Engländern lernen, die während der schweren Angriffe auf London die Haltung der englischen Bevölkerung heroisiert und aus London einen Mythos gemacht hätten. Dieser Mythos hätte sicherlich in London in erheblichem Masse zur Stärkung der Bevölke-

rung beigetragen und die Stimmung in der Bevölkerung hochgehalten. Der Minister sagt, er sei der Meinung, man müsse einmal in den OKW-Berichten viel eindrucksvoller die Angriffe darstellen und zum anderen der Bevölkerung eine grössere Anerkennung zukommen lassen. So schlägt er u.a. vor, man solle den Männern und Frauen, die sich bei den Luftangriffen besonders auszeichneten, eiserne Kreuze verleihen, unter Umständen auch an ganz besonders verdiente Leute das Ritterkreuz, und in der deutschen Presse heroische Einzelleistungen viel mehr zur Darstellung bringen.

In schärfster Form polemisiert der Minister gegen die deutsche Verwaltung in den Niederlanden, die eine unglaubliche Einstellung gegenüber der rheinisch-westfälischen Bevölkerung zur Schau trage. Das Verlangen der rheinisch-westfälischen Bevölkerung nach Obst und Gemüse sei ausserordentlich gross, aber die deutsche Zivilverwaltung in Holland lasse nur in geringstem Umfange Obst und Gemüse nach Deutschland kommen. In Holland könne jeder in unbeschränkter Masse Obst und Gemüse kaufen, während in dem schwer arbeitenden rheinisch-westfälischen Industriegebiet nichts zu haben sei. Man habe vielfach den Eindruck, als ob nicht Holland das geschlagene und gegen uns im Krieg befindliche Land gewesen sei. U.a. erzählt er den Fall des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, dessen holländisches Dienstmädchen zum Regierungspräsidenten gesagt habe, sie könne diesen Mangel an Gemüse und Obst in dessen Familie nicht mehr mit ansehen, und sie werde daher ihren Eltern schreiben, sie möchten doch der Familie des Regierungspräsidenten etwas Obst und Gemüse schicken. Der Minister sagt, er werde aufgrund der ihm vom Führer erteilten Vollmachten in aller Schärfe diesem Problem zu Leibe gehen und eine vernünftige und gerechte Lösung erzwingen.

Der Minister bittet, die Frage Indiens weiterhin in stärkster Form zu behandeln, und wir sollten uns ein Beispiel an der englischen Propaganda nehmen, die aus jeder kleinlichen Geschichte im Protektorat oder in anderen besetzten Gebieten eine ungeheure Sache mache. Die Reuter-Meldungen sollten nur als Materialunterlage dienen, auf denen wir unsere Berichte aufbauen könnten. Der Bambusknüppel sollte immer wieder als das Symbol der englischen Herrschaft herausgestellt werden. Er bittet, das Buch des amerikanischen Journalisten Miller «Ich fand keinen Frieden» für unsere Propaganda auszunutzen und dabei besonders die Teile herauszustellen, in denen Miller das Vorgehen der englischen Polizei gegen die Inder anprangert. Der Minister bittet, dass bei unserer Propaganda über Indien nicht die einzelnen Unterschiede zwischen Ghandi und den übrigen Kongress-Vertretern oder aber indischen Parteien herausgestellt werden, sondern das gemeinsame gleiche Ziel der indischen Parteien in den Vordergrund gestellt wird. Wir dürften heute keinen Unterschied in der Betrachtung der indischen Parteien machen, sondern nur den gemeinsamen Kampf gegen England herausstellen.»

Goebbels bezog sich auf das ihm aus der Vorkriegszeit bekannte Buch von Webb Miller, «I found no peace. The journal of a foreign correspondent», das in mehreren Auflagen, zuletzt in New York 1938 herauskam.

In den Konferenzen der folgenden Tage ordnete Goebbels an, das Indien-Thema in der Presse «in grosser Form zu behandeln ... Am besten würde man den Passus der Atlantik-Charta, die den Völkern die Selbstverwaltung bringen soll, mit den heutigen Terrormassnahmen in Indien vergleichen und die Heuchelei der Engländer anprangern.» Am 16. Aug. 1942 bremste er: Die Lage in Indien dürfe nicht so dargestellt werden, «als ob dort der Zusammenbruch der englischen Herrschaft vor der Tür stünde».

13. August 1942

«In Berlin werden in diesen Tagen wieder grössere Judenevakuierungen vorgenommen. Der Minister bittet, dass gerade in den bürgerlichen Zeitungen in den nächsten Tagen einige Berichte über die Hetze der Juden in den feindlichen Staaten gebracht werden.»

Nach Goebbels vorgelegten Zahlen waren Ende August 1940 72'327 Juden in Berlin ansässig; Ende August 1941 waren es rund 76'000 und Ende Oktober 1942 rund 40'000. Mit der sog. «Wannseekonferenz» vom Januar 1942 war es beschlossene Sache, die Judenfrage durch «Aussiedlung» nach dem Osten und durch «andere Massnahmen» planmässig zu lösen. – Fs. 3. Nov. 1942.

15. August 1942

«Der Minister kommt auf die grosse optimistische Stimmung im Reich zu sprechen und weist vornehmlich auf die verschiedenen Berichte des SD und der Gauleiter hin, die alle gleichermaßen betonen, dass das deutsche Volk sich grossen Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende hingäbe. Selbst die kleinsten Nachrichten in der Zeitung oder im Rundfunk dienten dazu, diesen Glauben zu stärken und ihn zu einer Gewissheit für breite Volksmassen zu machen. Der Minister sagt, er habe nichts dazu getan, einen solchen Optimismus zu nähren, und er halte ihn für ausserordentlich gefährlich. Aus diesem Grunde solle die deutsche Propaganda in der nächsten Zeit sehr kurz treten und vornehmlich die pessimistischen Stimmen des feindlichen Auslandes mit Vorsicht aufnehmen. Er weist den Rundfunk an, in Kommentaren auf die Weltweite des Krieges aufmerksam zu machen und dem Volk zu erklären, dass der Krieg mit einigen harten Schlägen für die Russen und die Engländer noch nicht gewonnen sei. Ein weltumspannender Krieg verlange tödlichere Schläge als diejenigen, von denen das Volk glaube, dass sie zum Zusammenbruch der Feinde führten.»

16. Aug.: «Der Minister kam aufgrund eines ihm vorliegenden Berichts erneut auf die optimistische Stimmung und die illusionistischen Hoffnungen in Deutschland zu sprechen, die seiner Meinung nach auf einem Wunschbild beruhten. Wir dürften keinesfalls diese Illusionen stützen, auch nicht durch kleine Zeitungsnotizen, denn selbst auf kleinste Berichte stützten diese Leute ihre Hoffnung und machten nachher das Reichspropagandaministerium dafür verantwortlich, wenn der Krieg über den Winter noch hinausgehe.»

17. Aug.: Der Minister warnte vor der Welle des Optimismus. Kein Mitarbeiter des Propagandaministeriums dürfe im Volke Illusionen erwecken, die nicht erfüllt werden können.

16. August 1942

«Zum Churchill-Besuch in Moskau bemerkt der Minister, dass wir ihn als einen Verzweigungsschritt des englischen Premierministers hinstellen und vornehmlich das ganze Drum und Dran mit Frontabschreiten, Besichtigung von Ehrenformationen und dergl. lächerlich machen müssten. Es müsste das Demütigende an der ganzen Reise in den Vordergrund gestellt werden, und dabei sei besonders zu bemerken, dass Stalin nach den amtlichen Angaben noch nicht einmal am Flugplatz erschienen war, sondern angeblich im Kreml beschäftigt gewesen sei. Wir könnten dabei die Bemerkung anknüpfen, wohin Winston Churchill das englische Weltreich geführt habe, dass er heute als englischer Premierminister noch nicht einmal vom Bolschewistenhäuptling in Moskau bei seiner Ankunft empfangen wird. Die Haltung von Stalin sei überdies ein besonderes Zeichen der «Aufrichtigkeit» der Russen. Die vielen Lächerlichkeiten, die um den Besuch herum gemacht wurden, seien ein Beweis, dass nicht viel herausgekommen sei. Im Zusammenhang mit dem Churchill-Besuch in Moskau könnten ausserdem die vielen Äusserungen Churchills über die Russen der Welt erneut ins Gedächtnis gerufen werden.

Ferner am 22. Aug.: «In den Kommentaren zur Reise von Churchill nach Moskau ist verschiedentlich die These aufgetreten, dass Churchill von Stalin verlangt habe, Maisky solle sich aus der inneren englischen Politik heraushalten. Diese Meldungen sind von der englischen Propaganda in mehr oder weniger starker Form unterstützt worden. Inzwischen berichten die englischen Zeitungen von Forderungen der Kommunisten auf dem Gebiet der Innenpolitik. Dies sei ein Beweis dafür, dass Churchill in Moskau nicht als Förderer aufgetreten ist, sondern als devoter Bittsteller, wie wir es verschiedentlich herausgestellt haben.»

Vom 12. bis 16. Aug. 1942 führte Churchill in Moskau Besprechungen mit der Sowjetregierung. Auf dem Moskauer Flugplatz wurde er von Molotow empfangen. Noch am Abend des 12. traf er im Kreml «zum erstenmal den grossen Revolutionshäuptling», der in einem zunächst spannungsgeladenen Gespräch zum Ausdruck brachte, dass die Engländer sich offenbar mit der Bombardierung Deutschlands «aus der Affäre ziehen wollten». Sodann erläuterte Churchill die geplante alliierte Landung in Nordafrika. Stalin jedoch forderte eine Landung bei Cherbourg. In der veröffentlichten Abschlusserklärung über die Besprechungen zwischen Churchill und Stalin war freilich von den schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten nicht die Rede; es wurde nur bestätigt: «Beide Regierungen sind entschlossen, diesen gerechten Befreiungskrieg bis zur völligen Vernichtung des Hitlerismus und jeder ähnlichen Tyrannei mit ihrer gesamten Kraft und Energie weiterzuführen.»

Der Minister kommt wieder auf die optimistische Stimmung in Deutschland zu sprechen und bittet dringendst, mit unseren Meldungen kurz zu treten. Seiner Meinung nach sei der vergangene Winter so schwer für uns gewesen, weil wir mit einem überschwenglichen Optimismus die Lage betrachtet hätten und uns nicht darüber Rechenschaft abgelegt hätten, dass der russische Winter vor der Türe stand. Besondere Vorsicht sei mit den Meldungen über die Lieferungen aus Russland am Platze. Wir sollten durchaus nicht verschweigen, dass wir fruchtbare und industriell bedeutsame Gebiete eroberten, aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass eine Auswirkung einer Eroberung nicht sofort erfolgen könne. Wenn er gegen

einen übertriebenen Optimismus in Deutschland vorgehe, so nicht, weil er nicht optimistisch in die Zukunft blicke, sondern realistisch die Lage ansehe.»

Schon am 31. Juli gab Goebbels die Anweisung, auf keinen Fall durch Darstellungen über die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Ernte in den eroberten Ostgebieten falsche Hoffnungen im deutschen Volk zu erwecken. Alle Fragen, die mit Lebensmitteln zu tun haben, seien zu übergehen. Und zu den geplanten Wochenschauberichten über das «Aufbauwerk» im Osten ordnete Goebbels am 14. Aug. an, keine grösseren Berichte zu bringen, «weil die Partisanen erfahrungsgemäss sich in den Gebieten, die wir herausstellten, besonders betätigen».

20. August 1942

«Der Minister ist von seiner Reise ins Führerhauptquartier zurückgekehrt und berichtet über seine Besprechungen beim Führer. Der Führer ist der Ansicht wie der Minister, dass die illusionistische Stimmung im Reich etwas gedämpft werden müsse. Zum Luftalarm hat der Führer angeordnet, dass eine Neuregelung erfolgt und der Alarm in zwei Stufen gegeben wird. Ausserdem werden die bombenbeschädigten Gebiete mit Sonderzuteilungen in grösserem Umfange bedacht.

Anfang September 1942 wurde eine Neuregelung des Luftalarms eingeführt. Luftalarm wurde fortan in zwei Stufen gegeben: die erste beim Erscheinen von bis zu drei feindlichen Flugzeugen, die zweite bei mehr als drei Flugzeugen. Nachts gab man grundsätzlich die zweite Alarmstufe.

Der Führer ist entschlossen, die Brot- und Kartoffelrationen im Reich im Herbst auf jeden Fall zu erhöhen. Dazu werden die besetzten Gebiete noch in grösserem Umfange herangezogen und ihr Lebensunterhalt, wenn nötig, zugunsten des deutschen Volkes verringert.

Mitte September 1942 wurde die Erhöhung der Lebensmittelrationen mit Wirkung vom 19. Okt. 1942 bekanntgegeben. Die Ankündigung behielt sich Göring persönlich vor. Er wollte vor allem darauf hinweisen, dass die Rationserhöhung im 4. Kriegsjahr «den grossartigen Leistungen des deutschen Heeres in erster Linie zu verdanken sei».

Mitte September 1942 wurde in der Presse bekanntgegeben, dass auf Anordnung Görings ab 19. Okt. 1942 die Fleisch- und Brotration erhöht werde. Der Normalverbraucher bekam statt 300 nunmehr 350 g Fleisch und statt 2'000 2'250 g Brot wöchentlich.

Der Führer hat angeordnet, dass der Bismarck-Film in einer neutralen deutschen Stadt ausprobiert wird. Nach der Meldung über die Aufnahme des Filmes wird der Führer dann weiter entscheiden, ob er in anderen deutschen Städten noch gezeigt werden darf.

Im Auftrage Hitlers hatte sich Bormann den Film angesehen und ihm sein Urteil darüber mitgeteilt. Göring äusserte sich begeistert über den Film.

Der Tobis-Film «Die Entlassung», Regie Wolfgang Liebeneiner, mit Emil Jannings, Werner Hinz, Werner Krauss, Paul Bildt, O. E. Hasse u.a., das Manuskript schrieben Felix v. Eckardt u. C. J. Braun, wurde Anfang September 1942 in Stettin uraufgeführt. Man wollte zunächst in einer Reihe von Aufführungen die Reaktion des Publikums auf die im Film dargestellte Entlassung Bismarcks testen, d.h. vor allem die von den Kinobesuchern möglicherweise gezogenen Vergleiche zur Gegenwart.

Die deutsche Erstaufführung des Films erfolgte am 6. Oktober 1942 in Berlin. Die Presse erhielt am 3. Okt. 1942 die Weisung: «Bei dieser filmischen Darstellung der Episode der Entlassung Bismarcks liegt es nahe, dass der Stoff an sich wieder behandelt wird. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Presse, sich mit den Fehlern Wilhelms II. zu beschäftigen. Vielmehr steht allein das Kunstwerk, das eine tragische Episode der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts darstellt, zur Debatte. Das heisst nicht, dass die Kunstbetrachtungen nun pflaumenweich sein sollen, sondern in vorliegendem Film wird der deutschen Öffentlichkeit ein Kunstwerk gezeigt, das es verdient, dass der Kunstbetrachter sich mit ihm intensiv beschäftigt. Es wird darüberhinaus empfohlen, bei der Betrachtung dieses Filmwerkes zu zeigen, wie gross der Unterschied zwischen damals und heute in der Führung in der Politik des deutschen Volkes ist.» – Bedenken, die auch Goebbels teilte, äusserte gegen den Film vor allem das Auswärtige Amt. Doch am 5. Okt. 1942, also unmittelbar vor der Erstaufführung, meinte Goebbels, dass die Bedenken unbedingt zurückzustellen seien, da er sich davon überzeugt habe, «dass der mögliche Schaden doch weit überwogen werde durch die in dem Film enthaltene Kritik an dem Regime des letzten Kaisers».

Goebbels schätzte den Film als «Kunstwerk» und hielt ihn politisch für noch tragbar, obwohl seine Tendenz nicht im Sinne der nationalsozialistischen Geschichtsauffassung liege. Vor allem wegen der Kriegslage seien Bedenken gekommen, denn bisher habe Goebbels für den Film Stoffe nationalen Inhalts genommen, um den Kriegswillen des Volkes zu stärken. Im Drehbuch war ausserdem die folgende Anklage Bismarcks gegen Holstein zu lesen: «Sie haben die Interessen des Reiches, Sie haben das Vaterland geopfert, um Ihren Machthunger zu stillen, den Sie wie ein Laster verbergen, denn Sie sind ja nicht dumm, Sie wissen, dass uns jetzt der Zweifrontenkrieg droht.» – Immerhin wurde auf Wunsch des Auswärtigen Amts von Goebbels die Ausfuhr des Films über die deutschen Reichsgrenzen verboten.

Mit ungewöhnlicher Schärfe wendet sich der Minister gegen das Interview des Reichskommissars Koch in der deutschen Presse, der u.a. sagte, dass das deutsche Volk staunen würde, wenn es wüsste, in welchem Umfange die Ukraine bereits zur Ernährung des deutschen Volkes beitrüge. Der Minister hält diese Art von Propaganda für unverantwortlich und gibt Anweisung, seine Richtlinien genauer zu befolgen. Es sei nicht zu verantworten, dass in der heutigen Zeit dem Volke mit derartigen Veröffentlichungen Illusionen gemacht würden, die nachher unter Umständen nicht in Erfüllung gingen.»

Im «VB» vom 20. Aug. 1942 veröffentlichte der Reichskommissar für die Ukraine, Erich Koch, einen längeren Artikel mit der Überschrift: «Ein Jahr deutsche Ukraine.» Darin wird gesagt: «Es galt in erster Linie, die deutsche Kriegswirtschaft und Kriegführung mit den ausserordentlichen Ernährungs- und Rohstoffquellen des Landes zu unterstützen und zu sichern, damit Deutschland und Europa einen Krieg von beliebig langer Dauer überstehen können ... Das deutsche Volk kann daher, was selbst Optimisten im Vorjahre nicht für möglich hielten, in Zukunft zusätzliche Erträge für das Reich erwarten, die seine Ernährungsgrundlage günstiger gestalten.» – In einem Auszug wurde über DNB am 19. Aug. ferner ein Interview Kochs mit dem Vertreter der «Deutschen Ukraine-Zeitung» verbreitet.

24. August 1942

«Die erfreuliche Entwicklung der militärischen Lage bei Stalingrad bietet, so führt der Minister aus, keine Veranlassung, auf dieses Thema einzugehen, bevor nicht der OKW-Bericht sich mit den Kämpfen beschäftigt.

Zu Stalingrad:

17. Aug. – «Die Nachricht von der Einsetzung Molotows zum ersten stellvertretenden Präsidenten des Rates der Volkskommissare soll als Zeichen des sowjetrussischen Zerfalls gebracht werden. Die feindlichen Meldungen, wonach Stalin die Verteidigung von Stalingrad selbst übernommen hat, werden nicht gebracht, bevor nicht Stalingrad selbst gefallen ist.»

21. Aug. – Das Thema Stalingrad darf nicht angeschnitten werden. «Man könne heute noch nicht voraussagen, wie lange es dauern würde, bis die Stadt in deutschen Händen ist, und es sei nicht tragbar, wenn man heute schon auf die Operationen hinweist.»

22. Aug. – Bevor nicht entscheidende Ereignisse im Kampf um Stalingrad eintreten und sie im OKW-Bericht genannt werden, soll die Stadt Stalingrad nicht erwähnt werden.

26. Aug. – Die Russen befehligen sich «anscheinend eines Zweckpessimismus. Die Lage sei im Augenblick nicht so, dass wir den Pessimismus der Russen in der deutschen Presse herausstellen könnten. Die englischen Stimmen über die Bedeutung von Stalingrad werden gesammelt, um, falls Stalingrad fällt, für die Propaganda verwendet zu werden. Es sei damit zu rechnen, dass die Engländer ihre alte Methode anwenden würden, nach dem Fall von Stalingrad zu behaupten, die Stadt sei von geringem Wert für die Russen. Für dieses Manöver würden die früheren Stimmen über die Bedeutung von Stalingrad für uns von grossem Wert sein.»

Am 19. August 1942 gab Hitler dem Oberbefehlshaber der 6. Armee (Paulus) den Befehl zum Angriff auf die Stadt Stalingrad. Die 4. Panzerarmee (Hoth) stiess schon am 23. Aug. bis in die Nähe der Stadt vor, doch standen beide Armeen Ende August/Anfang September 1942 noch vor dem äusseren Befestigungsgürtel Stalingrads. Der OKW-Bericht erwähnte jedoch beinahe täglich Stalingrad fast einen Monat, bevor überhaupt deutsche Truppen den Stadtrand erreicht hatten. Erst Mitte September konnten heftige Strassenkämpfe am Stadtrand Stalingrads gemeldet werden.

Der Fehlschlag der englischen Landung bei Dieppe soll weiterhin in der deutschen Presse behandelt werden. Dieser Fehlschlag der Engländer sei so schwerwiegend, dass wir laufend uns damit beschäftigen müssten. Ebenso soll jetzt in der deutschen Presse die Frage erhoben werden, ob inzwischen die Feststellungen der Engländer über den Geleitzug im Mittelmeer möglich gewesen seien. Damals hätten sie verkündet, sie könnten zu den «Behauptungen» der Achsenmächte über die Katastrophe nicht Stellung nehmen, bevor nicht die militärische Aktion abgeschlossen sei. Nunmehr sei geraume Zeit vergangen, ohne dass die englische Admiralität über den Geleitzug etwas gesagt habe. Wir sollten nunmehr fragen, was die Engländer tatsächlich verloren hätten.»

Ein völliger Fehlschlag war die britisch-kanadische Landung an der Kanalküste bei Dieppe am 19. Aug. 1942. Stadt und Hafen, der deutschen Geleiten als Zwischenhafen diente, sollten von 6'000 Mann, meist Kanadiern, überraschend besetzt werden. Die Hafenanlagen waren mit den darin liegenden Fahrzeugen zu zerstören.

Schon in den Mittagsstunden mussten sich die schwachen Reste der Landungsgruppen infolge der starken deutschen Gegenwehr wieder einschiffen. Sie verloren 3'600 Mann, 28 Panzer und zahlreiche Landungsfahrzeuge. Aus Ottawa kam Mitte September die Meldung, dass sich die kanadischen Gesamtverluste bei Dieppe auf 3'350 Tote, Gefangene und Verwundete beliefen.

Die Bevölkerung von Dieppe und Umgebung wurde wegen ihres Verhaltens während der Kampfhandlungen vom deutschen Festungskommandanten nach Abschluss der Kämpfe öffentlich belobigt. Auf Wunsch Hitlers sind etwa 1'000 französische Kriegsgefangene, die in Dieppe und Umgebung beheimatet waren, entlassen worden. Goebbels erhob im Führerhauptquartier gegen die Veröffentlichung einer Meldung in der deutschen Presse Einspruch, weil sie die «weit verbreiteten francophilen Komplexe in unserem Volke nur» erhöhe.

In der Konferenz vom 26. Aug. wurde mitgeteilt, dass sich Hitler der Auffassung von Goebbels angeschlossen und angeordnet habe, über die Freilassung von Gefangenen aus den Dörfern um Dieppe nur eine unauffällige und kurze Meldung zu bringen.

Am 6. September 1942 erschien im «Reich» der Goebbelssche Leitartikel «Seid nicht allzu gerecht!». Der Artikel, mit dem Goebbels eine dringende volkserzieherische Mission zu erfüllen meinte, wurde ferner in Postwurfsendungen in Millionenaufgabe verbreitet, er wurde im Inland und an die Front versandt. Goebbels übte in diesem Artikel Kritik an vermeintlichen Schwächen bzw. Nachteilen des deutschen Nationalcharakters, wodurch das deutsche Volk «immer noch vielfachen Anfechtungen ausgesetzt» sei. Auf Kosten der «eigenen Interessen» würde es ein zu schwach ausgebildetes Nationalbewusstsein haben sowie unter einem zu stark ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühl und einer «Art von Überobjektivität» leiden. Erst der Nationalsozialismus habe sich bemüht, hier eine Änderung zu schaffen. Aber das alles sei noch «jung und zerbrechlich».

Im Einzelnen führte er aus: «Man kann sich gar nicht ausmalen, was unser Volk mit einer Regierung anstellen würde, die es so anschwindeln wollte, wie beispielsweise die Mr. Churchills die Engländer anschwindelt. Und trotzdem gibt es Menschen unter uns, die selbst darin eine Art von politischem Stil entdecken wollen ... Wir haben eine derartige Angst, einem anderen Unrecht zu tun, dass wir uns im Zweifelsfalle lieber selbst Unrecht tun ... Das Hassen müssen wir Deutschen noch lernen. Wir eignen uns nur schlecht zum Chauvinismus, und wenn einer bei uns die Volksseele zum Kochen bringen will, dann muss er es schon sehr geschickt anfangen ... Sind das die Eigenschaft, die uns in der Welt besonders beliebt machen? Mitnichten! Dieses deutsche Manko ist dort eher ein Gegenstand der Verachtung als der Bewunderung... Wir Deutschen müssen noch viel lernen, wenn wir uns endgültig auch geistig und gesellschaftlich durchsetzen wollen ...» Anstatt richtiger im Ich-Stil zu sprechen, fuhr er fort: «Wir wollen gar kein objektives Urteil fällen, wenn es um unsere Existenz geht oder wenn es sich um Fragen unseres nationalen Lebens handelt; da sind wir ganz Partei, ganz Voreingenommenheit, ganz sture und eigensinnige Einseitigkeit. Man komme uns nicht mit dem Einwand, das sei nicht Deutsch. Mag sein, dass das Gegenteil Deutsch ist; aber dann ist es eine schlechte und gefährliche Seite unseres Nationalcharakters, die wir bekämpfen müssen.»

Abschliessend sagte Goebbels, dass Objektivität, Gerechtigkeitsucht und Sentimentalität die Deutschen an ihrer Weltmission hindern würden, die nicht darin bestände, Kultur und Bildung in die Welt zu tragen, sondern «Getreide und Öl mitzunehmen». Das Jahrhundert falscher und verlogener Humanitätsbegriffe sei vorbei.

Am 12. Sept. 1942 berichtete Goebbels in der Konferenz, dass sein Artikel in der deutschen Öffentlichkeit gut aufgenommen worden sei und viel Zustimmung erhalten habe. halten habe.

9. September 1942

«Zur Churchill-Rede bemerkt der Minister nach seiner Rückkehr aus Venedig, dass die amerikanischen Zeitungsstimmen über das mangelnde Interesse der englischen Unterhausabgeordneten während der Rede besonders hervorgehoben werden sollen. Diese Berichte der amerikanischen Zeitungen sollen in dem Sinne gebracht werden, dass sie die Richtigkeit unserer Stellungnahme, wonach es niemanden mehr interessiere, was Churchill dem englischen Volk vorerzähle, bestätigen. Dabei soll hinzugefügt werden, dass die englischen Zeitungsstimmen, die wiederum von einer grossartigen Rede des englischen Premiers sprechen, nichts bedeuten, da sie von oben herab befohlen seien. Die Sätze von Churchill, dass Smuts mit ihm «massiv» und Stalin «barsch» gesprochen habe, sollen besonders vermerkt werden.

Goebbels war am 30. Aug. zu einem Besuch des internationalen Filmfestivals in Venedig eingetroffen. Erst am 8. Sept. kehrte er nach Berlin zurück.

In seiner Unterhaus-Rede vom 8. Sept. 1942 berichtete Churchill über die Kriegslage, betonte die britische Luft- und Seeüberlegenheit und brachte zum Ausdruck, dass sich im Kriegsgeschehen eine Wendung zugunsten der Alliierten ankündige. Er sprach vom Einsatz der «fliegenden Festungen», dem Ausbau des «Konvoi-Systems» und der gründlichen Reorganisation der Wüstenarmee. Schliesslich ging er auf seinen Besuch in Moskau und auf seine Unterredungen mit Stalin ein und sagte wörtlich: «Es ist ein Beweis für die erhöhte Stärke, die Premierminister Stalin Russland verlieh, dass Russland allein die ungeheuere Tat vollbracht hat, der ganzen teutonischen Armee so lange und mit soviel Erfolg Widerstand zu leisten. Den Russen die Probleme der See und des Ozeans verständlich zu machen, ist schwierig. Wir sind Seetiere und die Vereinigten Staaten sind zum grossem Teil Ozeantiere. Die Russen aber sind Landtiere. Glücklicherweise aber sind wir alle drei Tiere.»

Im Hinblick auf die in den von Deutschland besetzten Ländern begangenen Grausamkeiten erklärte Churchill: «Wenn die Stunde der Befreiung in Europa schlagen wird, und sie wird schlagen, dann wird sie auch die Stunde der Vergeltung sein.» Alle, die sich der Naziverbrechen schuldig gemacht haben, werden sich vor Gerichten in den Ländern verantworten müssen, in denen die Abscheulichkeiten begangen wurden.

Von Seiten der Reichspropagandaleitung war an den Minister die Frage einer schlagenden propagandistischen Winterparole herangetragen worden. Der Minister führt dazu aus, dass wir auf den Winter noch nicht zu sprechen kommen sollten. Es sei erst Frühherbst, und wir müssten vorerst einmal abwarten, wie weit die militärischen Operationen sich entwickelten. Er habe immer darauf gedrückt, keinen, übertriebenen Optimismus in Deutschland zu erzeugen, und wir hätten deshalb Zeit, uns mit diesem Problem Ende September zu befassen, wenn die Lage zu übersehen sei.

Dazu am 10. Sept.: «Aus den Berichten der verschiedenen deutschen Dienststellen und Organisationen geht hervor, dass die optimistische Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende nicht mehr in dem Umfange vorhanden ist wie in diesem Sommer. Der Minister begrüsst diese Tatsache und fügt hinzu, dies könne nur als eine positive Sache gewertet werden, da wir damit seelisch besser in den Winter hineingehen würden als im vergangenen Jahre.»

Zum Thema Stalingrad bemerkt der Minister, dass wir keine Illusionen über einen

schnellen Verlauf der Operationen erwecken dürften und ruhig Stimmen wie die von «Exchange Telegraph» bringen sollten, die von der Härte und dem gigantischen Ausmass der Kämpfe sprächen. Unserem Volk solle man ruhig sagen, wie schwer, hart und wie gross die Kämpfe um Stalingrad seien.

Schon Ende August erklärte man in Moskau, dass Stalingrad das «neue Sewastopol» sein werde. Von Radio Moskau waren Anfang September Kommentare der Art zu hören: «Freuet Euch, wenn Ihr seht, wie das rote Blut des Feindes in Strömen fliesst.» Die schweren deutschen Verluste an der Ostfront waren für die britische Nachrichtenagentur «Exchange Telegraph» Grund genug, um von verhaltenem Optimismus getragene Frontlageberichte nach London zu kabeln.

Die Kritik an der Roosevelt-Rede habe sich nicht genügend mit den Diktatoren-Gelüsten Roosevelts beschäftigt. Die Rede mit ihrer Vollmachtsforderung sei ein klares Eingeständnis Roosevelts, dass er die Diktatur wolle, und dies könnten wir in unserer Propaganda gut verwerten. Der Minister wendet sich gegen den Begriff «Weltgouvernante», den wir auf keinen Fall für Roosevelt einführen dürften. Der Begriff «Gouvernante» bezeichnet immerhin noch etwas Harmloses, wenn auch Lächerliches, aber im Grunde doch Anständiges. Roosevelt sei ein Kriegsverbrecher, ein Weltfeind, ein Judenknecht und müsse als solcher dem deutschen Volke dargestellt werden. Das Wort «Weltgouvernante» wird in Zukunft nicht mehr angewandt.

Am 7. Sept. 1942 richtete Präsident Roosevelt eine Botschaft an den Kongress, in der er diesen aufforderte, ihm die Zustimmung zu einem Gesetzentwurf zu geben, der den Präsidenten ermächtigt, eine Verwaltung zur Kontrolle der Lebenskosten und der Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte einzusetzen. Ziel dieser Massnahme war die Stabilisierung der Preise und Löhne durch angemessene Besteuerung, Einführung von Engros-Höchstpreisen und durch Verhinderung der Ratenkäufe.

Am 3. Sept. hielt Roosevelt eine Rede auf einer Kundgebung des internationalen Studentenkongresses, auf dem u.a. Delegierte aller Studentenschaften der USA zugegen waren. Roosevelt sagte wörtlich: «Seit Jahren wendet sich der Feind mit scheinheiligen Aufrufen an die Jugend und sucht sich als ihr Vorkämpfer darzustellen. Aber die Welt weiss, dass die Nationalsozialisten, die Faschisten und die japanischen Militaristen der Jugend nichts ausser dem Tode zu bieten haben ...» Der Reichsleiter für Jugenderziehung, v. Schirach, hatte die Aufgabe, dieser Rede Roosevelts zu entgegnen, was in einer von allen deutschen Sendern übertragenen Rundfunkansprache vom 4. Sept. geschah. Schirach erklärte: «Die Jugend Europas hat ihre Führer. Sie [Roosevelt] aber sind durch Ihre Rede nicht zum Führer der Welt geworden, sondern haben sich als Gouvernante dieser Jugend aufgespielt.» –

Der Brief von Roosevelt über christliche Fragen wird ebenfalls nicht aufgegriffen, obgleich auch er ein reizvolles Objekt für eine Polemik bietet. Es gäbe viele Gemüter in Deutschland, die sich durch die Phrasen von Roosevelt einfangen liessen.

In einer türkischen Zeitung ist die Frage nach der Menschlichkeit des Krieges erhoben worden. Der Minister sagt, dass diese Frage ausserordentlich gefährlich sei. Es wäre dies im vierten Kriegsjahr besonders gefährlich, und wir könnten heute keine Philosophie des Krieges treiben. Es gäbe viele Deutsche und auch viele Menschen in der Welt, die sich bei jedem Kriegsbild fragen würden, was für einen Sinn diese Zerstörungen hätten. Wenn wir nun eine Philosophie über die Menschlichkeit

des Krieges zuliessen, so würde das Sicherheitsgefühl des deutschen Volkes durch derartige Auslassungen unterhöhlt.»

11. September 1942

«Der Minister erklärt, dass die deutsche Presse in den letzten Tagen die Lage bei Stalingrad in viel zu rosigen Farben geschildert habe. Die Darstellung über die Kämpfe bei Stalingrad soll nunmehr vornehmlich die Härte und Schwere hervorheben und nicht dauernd von Einbrüchen, Erweiterungen und dergl. sprechen. Die Gründe, warum Stalingrad von den Russen so verteidigt werde, seien ein einleuchtendes Argument für die Hartnäckigkeit dieses Ringens. Hier könne man nicht von einem Fort oder einem befestigten Gelände sprechen, sondern hier reihten sich Bunker an Bunker, weil die Stadt ein zentraler Punkt der russischen Wehrkraft sei und demgemäss von den Russen so zäh verteidigt werde.

Der Minister kommt erneut auf die Reise von Wendel Willkie nach der Türkei zu sprechen und hebt die Tatsache hervor, dass die türkischen Zeitungen sich auf der ersten Seite in grossen Schlagzeilen mit der Anwesenheit dieses amerikanischen Privatmannes beschäftigten. Es könne keinem Zweifel unterliegen, dass Wendel Willkie einen propagandistischen Erfolg in der Türkei zu verzeichnen habe, obgleich er keine amtliche Funktion besitze und sicherlich auch nicht zu Verhandlungen nach der Türkei geschickt worden sei. Der Minister hält diese Methode der Amerikaner für sehr gefährlich und fragt an, ob es nicht möglich sei, mit einer ähnlichen Aktion zu einem gegebenen Zeitpunkt – vielleicht nach Beendigung der Operationen im Osten – zu antworten.

Der Minister denkt dabei an den Namen Krupp von Bohlen und Halbach, ohne damit einen endgültigen Vorschlag zu machen. Dieser z.B. würde in der Türkei sicherlich eine gute Figur abgeben und für uns allein schon als Persönlichkeit die nötige Propaganda zu machen in der Lage sein.»

12. September 1942

«Der Minister warnt erneut vor der Zitierung der pessimistischen Feindstimmen über die Lage bei Stalingrad. Dagegen könnten alle Meinungen über die Folgen eines Verlustes der Stadt Stalingrad gebracht werden, da sie zumeist zeigten, wie wichtig Stalingrad für die russische Verteidigung ist und wie sehr die russische Führung daher bestrebt ist, den Ansturm der deutschen Truppen abzuhalten. Auch Terminfestsetzungen, dass Stalingrad innerhalb von 48 Stunden fallen müsste, und ähnliche Voraussagen werden selbstverständlich verschwiegen.

In der Konferenz vom 13. Sept. 1942 kritisierte Goebbels überaus scharf eine Berliner Zeitung, «die über den heroischen Kampf der Russen bei Stalingrad spricht und die nationalen Parolen der bolschewistischen Führung wörtlich zitiert. Der Minister sieht darin eine klare Sabotage dieser Zeitungen. Dieser Artikel könne nur Sympathien für die Bolschewisten erwecken. Der Minister will gegen diese Zeitung vorläufig nichts unternehmen, bittet aber den Vertreter der Abteilung Deutsche Presse, in scharfer Form in der Pressekonferenz diesen Artikel zum Anlass einer ersten Ermahnung an die Presse zu nehmen.»

Der Minister ist der Ansicht, dass es an der Zeit sei, zu dem Luftkrieg in grundsätzlicher Form Stellung zu nehmen. Es gehe nicht an, dass dem deutschen Volke die Diskussion über dieses ausserordentlich wichtige Thema selbst überlassen werde. Millionen von Menschen beschäftigten sich jeden Tag mit der ernster werdenden Luftlage im Westen und fragten sich, wie das ausgehen werde. Wir müssten eine Erklärung herausgeben oder zumindest die Hoffnung erwecken, dass es einmal anders werde. Vielleicht sei es auch angebracht, der Bevölkerung den vollen Ernst der Lage zu sagen und sie darauf aufmerksam zu machen, dass die deutsche Luftwaffe nicht überall gleich stark sein könne. Bisher hätten wir den richtigen Ton zu dem Luftkrieg noch nicht gefunden.»

15. September 1942

«Zur Erhöhung der Lebensmittelrationen betont der Minister, dass die amtliche Kommentierung Anfang Oktober erfolge. Von sich aus gibt er bereits folgende Gesichtspunkte, die unbedingt gebracht werden müssten:

1. Die Engländer und auch Amerikaner hätten ihre ganzen Siegeschancen auf die Aushungerung der deutschen Bevölkerung gesetzt. An einen militärischen Sieg hätten sie von Beginn an nicht geglaubt, aber wie 1918 ihre Hoffnungen auf die allmähliche Zermürbung des Volkes durch Lebensmittelmangel gesetzt. Wenn wir nun heute die Lebensmittelrationen erhöhten, so falle dabei die Hoffnung der Engländer auf diesem Gebiet ins Wasser und sie könnten sich nicht damit herausreden, dass wir die Lebensmittel nur dem Scheine nach erhöhten, ohne dem Volke mehr zu geben. Was wir an Lebensmitteln dem Volk zugestanden hätten, wäre auch immer verteilt worden.
2. Die grosse Parole der Engländer sei immer gewesen, dass mit der zunehmenden Länge des Krieges eine zunehmende Verschlechterung der Lebensmittellage eintrete. Nunmehr ergebe sich die Tatsache, dass im 4. Kriegsjahr die Rationen nicht wie im vergangenen Kriege gesenkt, sondern erhöht würden.
3. Mit den erhöhten Rationen erhielten wir die ersten bescheidenen Zinsen unserer Kriegführung. Es seien die ersten Früchte des tapferen Einsatzes unserer Soldaten, und wir zeigten hiermit, dass wir nicht nur blassen Idealen nachliefen, sondern auch aus sehr realen Gründen den Krieg im Osten führten.
4. Die Erhöhung der Rationen sei gewiss erst ein Anfang, aber sie widerlege eindeutig das Schlagwort, dass die Engländer alle Schlachten mit Ausnahme der letzten verlieren, denn die Erhöhung der Lebensmittelrationen zeige, dass gewonnene Schlachten während des Krieges auch zu einer Erhöhung des Kriegspotentials und zum Gewinnen der letzten Schlacht beitragen. Mit allem Nachdruck könnten wir darauf hinweisen, wie gross die Stärkung unseres Kriegspotentials geworden sei, wenn wir imstande sind, die Lebensmittelrationen zu erhöhen.

Der Minister meint, dass die Parole der Engländer, wonach wir mit dem zivilen Luftkrieg begonnen hätten, gefährlich werden könne. Er gibt daher die Anwei-

sung, in einigen Leitartikeln und Berichten, ohne dass es einen forcierten Eindruck macht, darauf hinzuweisen, dass der zivile Luftkrieg von der englischen Seite aus begonnen wurde. Unser Angriff auf Warschau im Jahre 1939 habe einer Festung gegolten, die mit Soldaten und militärischen Objekten angefüllt gewesen sei und nicht der Zivilbevölkerung.»

16. September 1942

«Aus den Berichten der Reichspropagandaämter geht hervor, dass das Gerede, zwischen der Reichsregierung und der englischen Regierung sei ein Pakt über die Schonung der beiderseitigen Hauptstädte geschlossen worden, in vielen Gauen sehr verbreitet ist. Der Minister befürchtet, es könne hierdurch eine Aversion gegen Berlin entstehen, zumal in Kriegszeiten die Hauptstadt eines Landes immer sehr unbeliebt sei. Von militärischer Seite aus glaubt man nichts gegen das Gerücht unternehmen zu brauchen, da aller Wahrscheinlichkeit nach wir im Spätherbst Angriffe auf Berlin zu erwarten haben und damit das Gerede in sich selbst zusammenbricht.

Zwischen Arbeitern aus Sowjetrußland und unseren Bergarbeitern hat sich, wie aus verschiedenen Teilen des Ruhrgebiets gemeldet wird, bei der Arbeit ein Meinungsaustausch über die Arbeitsverhältnisse ergeben. Die Sowjetrussen berichten teilweise von besseren Arbeitsverhältnissen in ihrem Lande und sprechen auch von der besseren Ernährung, die sie erhalten haben. Diese Diskussion hält der Minister für ausserordentlich gefährlich, und er fordert Vorschläge an, wie dieser Gefahr am besten begegnet werden kann.

Bei einigen deutschen Zeitungen ist die Methode eingerissen, sich sachlich mit den englischen Propagandareden zu befassen. Der Minister weist die Abteilung Deutsche Presse an, diesen Übelstand zu beseitigen und auf jeden Fall zu verhindern, dass mit dem Feind sachlich diskutiert wird. Im Kriege müsste man bedacht sein, die Fronten ganz klar zu scheiden und keine Brücke über die Front zuzulassen. Er wäre in den Jahren 1931/32 immer angegriffen worden, wenn er bewusst immer wieder einige Systemleute attackiert und herausgestellt habe. Nachträglich erst hätte man begriffen, wie wichtig dies gewesen sei, und wir müssten heute genau das Gleiche tun und uns auf keinen Fall sachlich mit den Propagandatheorien der anderen befassen.

Schon am 10. Sept. ordnete Goebbels an, über Reden feindlicher Staatsmänner überhaupt nichts zu bringen oder sie polemisch abzutun. «Die Reden feindlicher Staatsmänner wären ja nicht dazu da, sachlich Thesen zu vertreten, sondern allein Propaganda für ihre Politik zu treiben.»

Der Minister polemisiert sehr scharf gegen das Gerede vom «Neuen Europa». Er halte es nicht für richtig, wenn heute von unserer Seite aus so ein Lärm um dieses Thema gemacht würde. Es wird uns in der Welt niemand glauben, dass wir nur für ein neues Europa kämpfen würden, ohne dabei materielle Interessen zu haben. Von dem Deutschen allgemein würde man es noch glauben, dass er nur für eine

Idee kämpfe, aber von den Nazis wisse man, dass sie einen Kampf um Öl und Getreide und eine materielle Besserstellung unseres Volkes führen würden und nicht einem Phantom nachrennten.»

18. September 1942

«Der Minister weist nochmals auf die Geheimhaltungspflicht hin und ermahnt alle Mitglieder des Ministeriums, in den Äusserungen vorsichtig zu sein und auch nicht in Andeutungen auf Fragen Antwort zu geben, die zurzeit die Bevölkerung beschäftigen. Als Beispiele führt er die Sondermeldungen von Stalingrad und über die Vernichtung des Geleitzuges im Nordmeer an. Über Stalingrad habe damals Ofi aus irgendeiner deutschen Quelle erfahren, dass wir im Besitz des Hauptbahnhofes seien und die Sondermeldung bald zu erwarten sei; über die Vernichtung des Geleitzuges sind die Italiener aus deutscher Quelle seit einigen Tagen unterrichtet.

Nachdem nun der Fall von Stalingrad mit Sicherheit zu erwarten ist, beginnt die Feindseite wieder mit ihrer alten Methode und schwächt die Bedeutung Stalingrads ab. Es sind umfangreiche Sammlungen der Pressestimmen aus den vergangenen Wochen vorhanden, die die Bedeutung Stalingrads für die Feindseite in eindeutiger Form zum Ausdruck bringen. Im gegebenen Zeitpunkt wird darauf zurückgegriffen.

Bereits am 15. Sept. 1942 lautete die «Tagesparole des Reichspressechefs»: «Das Ringen um Stalingrad nähert sich seinem erfolgreichen Ende. Wichtige Meldungen des OKW über die bis jetzt erzielten Erfolge sind im Laufe des heutigen oder morgigen Tages zu erwarten. Die deutsche Presse wird sich darauf vorzubereiten haben, die siegreiche Entscheidung dieses so grossen Kampfes um die Stadt Stalins in wirkungsvollster Form – gegebenenfalls durch die Ausgabe von Extrablättern – zu würdigen.»

Obwohl die angekündigte Sondermeldung über Stalingrad am 15. Sept. und an den folgenden Tagen ausblieb, erschienen am 15./16. September 1942 Extrablätter über Stalingrad mit Schlagzeilen (wie beispielsweise der Stuttgarter NS-Kurier) «Der Kampf um Stalingrad im letzten Stadium». Bei näherem Hinsehen erfährt man, dass einige Auslandsstimmen dieser Überzeugung seien. In den OKW-Berichten war lediglich vom Vordringen deutscher Truppen in das Stadtgebiet die Rede. Am 18. September berichtete die Presse vom erbitterten «Kampf um jeden Schutthaufen».

Ein am 7. Sept. 1942 von Island abgegangener, für die Sowjetunion bestimmter Geleitzug, bestehend aus 13 Handelsschiffen, 20 Sicherungsfahrzeugen und einem Geleitträger verlor 13 Handelsschiffe und ein Rettungsschiff.

Der Minister kommt im Zusammenhang mit den Meldungen über den europäischen Jugendkongress in Wien erneut auf die verschiedenen Äusserungen bezüglich der Neuordnung von Europa zu sprechen und präzisiert seine Meinung. Es sei notwendig, dass man in der heutigen Situation unseren Idealismus zum Ausdruck bringe, aber nicht dies in einer Form tue, die uns niemand glaube. Es gebe zwei Möglichkeiten der Neuordnung Europas, und zwar die paneuropäische, die selbstverständlich von uns verworfen werde, und die Bildung einer Zentralgewalt, die

mit magnetischer Kraft die übrigen Staaten anziehe. Die europäische Geschichte und die Geschichte überhaupt beweise, dass bei Auseinandersetzungen immer ein Konkurrent siegt, nach dem sich dann die anderen in ihrer politischen Auffassung richten und dessen Führung sie sich mehr oder minder unterordnen. Wir müssten heute mit aller Deutlichkeit betonen, dass wir derjenige Konkurrent sind, der eines Tages siegt und dass sich nach uns die übrigen europäischen Völker über kurz oder lang ausrichten werden. Dabei müsse betont werden, dass wir nicht als Bettler vor die übrigen europäischen Staaten uns hinstellen, sondern die Gebenden sind, die Europa eine neue Ordnung bringen. Es stehe fest, dass eines Tages Deutschland das reichste Land Europas sein wird und dass es nun jedem Volk selbst überlassen ist zu entscheiden, ob es mit diesem reichsten Land in Freundschaft leben wolle. Der europäische Jugendkongress in Wien sei jedoch eine denkbar ungeeignete Angelegenheit, den europäischen Völkern diese Lage klarzumachen. Wien komme ihm wie eine Neuauflage des Frankfurter Kongresses vor, nur dass damals Männer mit Bärten getagt, während dieses Mal die Pimpfe sich in nutzlosem Geschwätz ergangen hätten. Der Minister sagt, ihm komme die Tagung in Wien wie eine Jugendkirmes vor. Die kämpfende Front und die arbeitenden Schichten in Deutschland seien jedoch genau so wenig an diesen Dingen interessiert wie damals bei dem Frankfurter Kongress. Allerdings sei die Notwendigkeit nicht zu bestreiten, dass nunmehr von autoritativer Seite einmal wenigstens etwas Klarheit über die Fragen, die mit dem neuen Europa Zusammenhängen, geschaffen wird. Heute schreibe und spreche jeder über das neue Europa, was er will, und dies schade uns ausserordentlich.»

Vom 14. bis 18. September 1942 fand in Wien ein von Schirach inszenierter «Europäischer Jugendkongress» statt, an dem Jugenddelegationen der 13 Gefolgschaftsstaaten Deutschlands teilnahmen. Es kam zur Gründung eines «Europäischen Jugendverbandes». Ribbentrop hatte die Veranstaltung zu verhindern gesucht, Goebbels sperrte die Berichterstattung über sie. Trotzdem kam es zu recht aufwendigen Festakten, Kundgebungen mit Eidesleistungen, Empfängen, Aufmärschen und Galaabenden. Die Wiener verspotteten das Treiben der «wichtig dreinblickenden Halbwüchsigen» als «Baldurs Kinderfest». Der Wiener Witz brachte die kostspieligen Festtage mit dem sich abzeichnenden Misserfolg im Osten in Beziehung: «Wissen's, warum die Panzer an der Wolga net weiterroll'n?» – «Warum?...» – «Nun, weil sie den Sprit für Baldurs Kinderfest haben abgeben müssen.»

In seinem «Reich»-Artikel vom 20. Sept. 1942 behandelte Goebbels unter der Überschrift «Der steile Aufstieg» die in der Öffentlichkeit vieldiskutierte Frage des Kriegsendes. Er schrieb: «Die Frage nach der Dauer des Krieges wird meistens in ihrem Wunschbild vom Fragesteller selbst bestimmt. Sie hängt fast immer davon ab, was der Einzelne sich vom Ausgang des Krieges verspricht. Eine endgültige Antwort darauf gibt es nicht...» Weiter heisst es: «Niemals in der Geschichte hat eine kriegführende Macht sich im Verlaufe einer relativ so kurzen Zeit so viele Voraussetzungen zum Siege geschaffen, wie diesmal wir... Was sollte uns auch veranlassen, die Lage rosiger zu sehen als sie ist? Sie gibt uns ohnehin jede Chance zum Sieg. Sie wird von uns noch viele Opfer und Anstrengungen verlangen. Aber wir halten es für richtiger, die Öffentlichkeit rechtzeitig darauf aufmerksam zu machen, damit weder wir noch unser Volk irgendeiner Täuschung anheimfallen.»

21. September 1942

«Der Minister führt aus, dass wir zu neuen Schlagzeilen übergehen müssten und nicht immer Stalingrad in den Vordergrund schieben dürften. Seit Wochen würden wir das Volk in Hochstimmung halten, und allmählich werde dies nicht mehr möglich sein. Im Volke werde schon seit geraumer Zeit die Frage nach dem Falle Stalingrads erhoben, aber die militärischen Fortschritte seien so, dass mit der endgültigen Einnahme vorläufig noch nicht zu rechnen sei. Aus diesem Grunde würden nunmehr andere Dinge in den Vordergrund geschoben.»

22. September 1942

«Der Minister erteilt Weisung, die zu seiner Genugtuung von englischer Seite aufgegriffene Angelegenheit der «Internationalisierung» deutscher Kinder, die nunmehr durch England selbst in der ganzen Welt bekannt wurde, in dem Sinne zu behandeln, dass das amtliche englische Reuterbüro den Vorschlag nach Südamerika durchgegeben habe; die deutsche Propaganda soll auf die übrigen englischen Angaben über die Entstehung dieser Meldung in keiner Form eingehen. Der Minister erklärt, dieser nachgewiesenermassen durch England verbreitete Vorschlag solle mit einer stetigen Beharrlichkeit der Öffentlichkeit so eingepaukt werden, dass er ähnlich bekannt wird wie das Wort von Clemenceau über die 20 Millionen Deutschen. Einen Vorschlag der Reichspropagandaleitung, in Deutschland Frauenversammlungen als Protest gegen den englischen Vorschlag abzuhalten, lehnt der Minister mit einem Hinweis ab, dass solche Veranstaltungen als erzwungen wirken und in der deutschen Öffentlichkeit höchstens die Auffassung auslösen würden, dass die Führung mit der deutschen Öffentlichkeit Missbrauch treiben wolle.

In deutschen Presseberichten war in jenen Tagen zu lesen, dass die in London erschienene Zeitung «Vrij Nederland» berichtet habe, nach dem Sieg der Alliierten würden alle deutschen Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren ihren Müttern entrissen werden, um für die Dauer von 25 Jahren ins Ausland geschickt zu werden. – Die Entstehungsgeschichte dieser Meldung ist aus Goebbels' Worten herauszulesen. Sie wurde von Deutschland ins Ausland lanciert.

Der Minister wiederholt die Weisung, bis auf Weiteres in der innerdeutschen Propaganda den bevorstehenden Winter nicht zu erwähnen und insbesondere auch die Versorgung der Truppe mit Winterausrüstung unter keinen Umständen zu behandeln, bevor auch der letzte Soldat persönlich im Besitz der vollen Ausrüstung ist.

Dazu Anfang Sept. 1942: «Das Thema ‚Winter‘ wird weiterhin nicht erwähnt. Wenn es so weit ist, soll mit einem Schlage über unsere Auffassung über den Winter gesprochen werden.» – Fs. 14. Okt. 1942.

Der Vertreter des OKW teilt mit: Die Kämpfe sind ausserordentlich hartnäckig, da die Stadt [Stalingrad] infolge der naturbedingten Zerklüftung des Geländes und ihrer Bauweise sich zur Verteidigung hervorragend eignet. Die deutschen Truppen kommen nur sehr langsam vorwärts. Entscheidend für das Schicksal dieses Kampfes kann im negativen Sinne das Wetter werden. Falls es nämlich vor Abschluss der Kämpfe zu langandauerndem Regen kommen sollte, wird der deutsche Nachschub,

der über 700 km über die Strasse herangeführt werden muss, mehr oder minder abgeschnitten, während der Nachschub für die russischen Truppen über die Wolga bis unmittelbar zu den kämpfenden Einheiten in beliebig grossem Umfange hergebracht werden kann. Aber selbst wenn das Wetter weiterhin günstig bleiben sollte, ist die Dauer der Kämpfe in der Stadt noch nicht abzusehen.

An der gesamten Front sind die Russen noch immer in der Lage, mit grossen Mengen an Material und mit unerwartet viel Menschen in Erscheinung zu treten. Allerdings haben sich in der letzten Zeit die Qualitäten zusehends verschlechtert. So sind im Verlauf des letzten Monats über 30'000 Russen übergelaufen – eine Zahl, die vorher niemals auch nur annähernd erreicht worden ist.»

27. September 1942

«Der Minister macht grundsätzliche Ausführungen über die Unzulänglichkeiten der deutschen Propagandamethoden. Ausgehend von einer Anzahl ihm vorliegender Berichte erklärt er, dass die Öffentlichkeit im Inland, aber auch im Ausland, die deutsche Propaganda deswegen nicht mehr abnehme, weil sie in ihrer Ausdrucksweise und im Stile so abgegriffen und schäbig geworden sei, dass sie bei Hörer und Leser ein Gefühl des Überdrusses hervorrufe. Die Wahl der Ausdrücke, mit denen z.B. das Kriegsgeschehen wiedergegeben werde, entspreche den Jahren 1939 und 1940, keinesfalls aber dem jetzigen Zeitpunkt. Worte wie «Einsatzbereitschaft», «Der deutsche Soldat steht seinen Mann» usw. seien so abgebraucht, dass sie nicht mehr den geringsten Eindruck machten. Der Minister erteilt sämtlichen Propagandastellen wie Presse, Rundfunk, Wochenschau, Rednereinsatz verbindliche Weisung, von dieser Methode einer schablonenhaften und geistlosen Wiederholung der Propagandaausdrücke abzurücken und sich von jetzt an mehr anzustrengen, um ein weiteres Absinken des Interesses der Öffentlichkeit an den Informationen, Mitteilungen, Artikeln, Vorträgen usw. zu verhindern.

Weiter erklärt der Minister nochmals, dass er derartige Fehler, wie sie vor Wochen durch Vorbereitung eines Extrablattes über Stalingrad vorgekommen seien, in Zukunft unnachsichtlich bestrafen werde, weil sie seine Glaubwürdigkeit und damit die Glaubwürdigkeit der deutschen Nachrichtengebung überhaupt im In- und Ausland gefährden. Aufgabe der Propaganda sei nicht, Voraussagen zu machen, sondern Tatsachen mitzuteilen. Der Minister zieht einen Vergleich mit den Speisekarten in den Restaurants, die nicht das verzeichnen, was in den nächsten Tagen beabsichtigt ist, sondern das, was der Gast fertig vorfindet.»

Zum gleichen Thema hat Goebbels in der Konferenz vom 26. Sept, längere Ausführungen gemacht. Sie richteten sich deutlich gegen Reichspressechef Dietrich. Goebbels sah wiederum in ihm den Stündenbock propagandistischer Missgriffe, obwohl er doch wissen musste, dass Dietrich völlig unter dem Einfluss Hitlers stand und daher gewiss zu viel von Dietrich erwartet wurde, wenn man von ihm verlangte, gegen Weisungen Hitlers Einsprüche und Bedenken anzumelden. Nach Dietrich lag übrigens seit Mitte August 1942 «die fertig redigierte ‚Sondermeldung‘ über den stündlich erwarteten Fall Stalingrads auf Hitlers Schreibtisch».

«Wir verdauen die eroberten Gebiete»

OKTOBER-DEZEMBER 1942

1. Oktober 1942

«Der Minister gibt Weisung, bei der propagandistischen Behandlung der Führer-Rede im In- und Ausland in erster Linie herauszustellen, dass es in diesem Krieg nun nicht mehr um Theorien, sondern um reale Tatsachen gehe; die wesentlichsten Bodenschätze und Raumgewinne befänden sich in unserer Hand. Es bedürfe nur noch einer gewissen Geduld und Zeit zu ihrer Erschliessung. Die Zeit arbeite für uns. In der Auslandspropaganda solle keinesfalls auf die kleinen und kleinlichen «Stänkereien» der fremden Agitation eingegangen werden. Dagegen solle sich die deutsche Propaganda mit denjenigen Argumenten zur Führer-Rede, die Niveau hätten, ruhig und gelassen auseinandersetzen.

Im Inland soll besonders die Abfertigung der Gerüchtemacher und Gestrigen, auch in Anlehnung an die Ausführungen zu Anfang seiner eigenen Rede, herausgehoben werden.»

Eine Ansprache von Goebbels leitete die Berliner Sportpalast-Kundgebung vom 30. Sept. 1942 ein, die der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks 1942/43 diene. Zur Gerüchtemacherei erklärte Goebbels: «Die zweifelhaften politischen Existenzen, die damals [1932] im Reich in der Endphase des Kampfes um die Macht gegen uns standen, stehen heute wieder gegen den nationalsozialistischen Staat, um vom Ausland her zu versuchen, ihm in der entscheidenden Phase des Kampfes um die deutsche Freiheit doch noch im letzten Augenblick den Sieg zu entreissen. Auch heute wieder, wie damals, wollen sie durch Ausstreuung dummer und alberner Gerüchte Unruhe in die deutsche Volksgemeinschaft hineinbringen und den Glauben unseres Volkes an den Endsieg schwächen und zersetzen.»

Die Rede Hitlers vom 30. Sept. 1942 zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks war in der Tat mehr eine niveaulose Schimpfkanonade auf seine ausländischen Gegner. Goebbels selbst beklagte das niedrige Niveau der Rede. Jedenfalls versicherte Hitler, dass er «Stalingrad berennen und es auch nehmen» werde und kein Mensch werde ihn «von dieser Stelle mehr wegbringen». Künftigen englischen Invasionsversuchen prophezeite er, Churchill könne «von Glück reden, wenn er neun Stunden an Land bleibt!»

2. Oktober 1942

«Der Minister gibt Weisung, der feindlichen Behauptung, dass die Führer-Rede den Übergang Deutschlands aus der Offensive in die Defensive beweise, entgegen-

zutreten. Dabei soll das Schwergewicht auf die Ausführungen des Führers gelegt werden, dass wir das Inbesitzgenommene ausbauen.

Der Minister bittet, in der Auslandspropaganda im Anschluss an die englischen Meldungen über 43'000 durch den Bombenkrieg getötete Zivilisten zum Ausdruck zu bringen, dass die deutschen Verlustzahlen entgegen den englischen Behauptungen wesentlich niedriger sind. Die Zahl der in Deutschland bisher entstandenen zivilen Todesopfer des Luftkrieges wurde mit 10'900 angegeben.

Der Minister gibt Weisung, eine feindliche Polemik gegen seinen Artikel über das neue Europa (der über Herrn Gesandten Schmidt dem Herrn Reichsaussenminister vorgelegen hat) nicht aufzugreifen.

In der Ausgabe vom 4. Okt. 1942 des «Reich» erschien der Leitartikel «Das neue Europa», in dem Goebbels vor allem auf das Schicksal der bereits besetzten wie auch der neutralen Kleinstaaten Europas eingeht, letzteren ihre Neutralität zum Vorwurf machend. Und das ging soweit: «Dass man heute in den Hauptstädten der neutralen Staaten mehr Fleisch und Fett isst als in Berlin oder in Rom, das ist noch lange kein Beweis dafür, dass das auch noch in zehn Jahren der Fall sein wird. Um reich zu werden, muss man eine Zeit lang den Mut zur Armut und Bedürfnislosigkeit haben; aber das macht sich später bezahlt.»

Die englischen Meldungen über die angebliche Bildung einer österreichischen militärischen Formation in London sollen nicht gebracht werden. Der Minister weist in diesem Zusammenhang in längeren Ausführungen darauf hin, dass die Österreicher genau so gute Deutsche seien wie die Altreichsdeutschen, dass sie aber erst 5 Jahre später als das Altreich durch den Nationalsozialismus erfasst wurden und kurz danach in den Krieg eintraten; die ganze im Altreich von 1933-1938 durchgeführte politische Entwicklung fehle also in den Donau- und Alpengauen, so dass dort noch eine erhöhte Anfälligkeit in politischer Hinsicht bestehe.»

Die Anfang Januar 1943 erschienene Meldung über die «Bildung eines österreichischen Emigranten-Bataillons» wurde von Goebbels gesperrt. Mitte Jan. 1943 kam die Meldung aus den USA, dass durch ein Komitee, dem angeblich auch Erzherzog Otto v. Habsburg angehöre, ein österreichisches Emigranten-Bataillon aufgestellt wurde, das bis dahin aber noch nicht 900 Soldaten zählte.

4./5. Oktober 1942

«Der Minister gibt Weisung, besonders gegenüber dem Ausland als wichtigste Tatsache, die aus den verschiedenen Reden der Vorwoche hervorzuheben ist, die Feststellung in den Vordergrund zu stellen, dass wir den Krieg nunmehr unbegrenzt aushalten können. Er gibt den zuständigen Sachbearbeitern Weisung, zur Untermauerung dieser These reale Zahlen, insbesondere über die frühere russische Produktion an Lebensmitteln und Rohstoffen zusammenzustellen und herauszugeben. Diese Zahlen seien dahin zu kommentieren, dass sie 1. Russland fehlen und 2. anfangen, nunmehr für uns nutzbar zu werden. Das Hauptthema müsse dabei immer sein: «Ihr könnt den Krieg jetzt praktisch nicht mehr gewinnen.» Auch durch Bildpropaganda soll diese These unterstrichen werden. Der Minister erklärt,

diese Propaganda müsse nach ähnlichen Grundsätzen durchgeführt werden, wie seinerzeit nach der Machtübernahme die Propaganda über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Der Minister gibt ferner Weisung, die Stelle aus der Rede des Reichsmarschalls, in der von der ausschliesslichen Ernährung der Besatzungstruppen durch die besetzten Gebiete die Rede gewesen ist, nach aussen nicht zu sehr hervortreten zu lassen.

In seiner Ansprache zum «Erntedankfest» im Berliner Sportpalast am 4. Okt. 1942 kündigte Göring an, dass in den luftgefährdeten Gebieten die Fleischration um weitere 50 g erhöht werde und zu Weihnachten eine Sonderzulage zu erwarten sei. Freilich nahm er – wie so häufig – den Mund zu voll, wenn er wörtlich sagte: «Von heute ab wird es dauernd besser werden; denn die Gebiete fruchtbarster Erde besitzen wir... Eier, Butter, Mehl, das gibt es dort [im Ostraum] in einem Ausmass, wie Sie es sich nicht vorstellen können.» Angesichts dieser Fülle von Lebensmitteln gab er der Hoffnung Ausdruck, dass er im kommenden Jahr eine weitere Erhöhung der Lebensmittelrationen vornehmen könne.

Als die Engländer besonders auf die Stellen der Rede Görings eingingen, in denen von der Ernährung Deutschlands zu Lasten der besetzten europäischen Länder gehandelt wurde, erklärte Goebbels am 6. Okt. 1942, «er wolle durch seine grundsätzlich positive Propaganda versuchen, das Ausland von diesem Thema in kurzer Frist abzuziehen. Gelingt dies nicht, so behalte er sich vor, eine unmittelbare Widerlegung der hierauf bezüglichen Feindpropaganda nächste Woche einzuleiten.»

Zu den Meldungen aus Stockholm und Ankara über die Abgabe des Oberbefehls der Sowjetarmeen durch Stalin soll vorläufig nichts gebracht werden. Er führt aus, dass er an die Wahrheit dieser Gerüchte nicht ohne Weiteres glauben könne. Aber sofern, wenn sie den Tatsachen entsprechen sollten, so solle man sie nicht voreilig als ein Schwächezeichen werten. Es habe sich z.B. herausgestellt, dass vor Jahren die Erschiessung der Generäle, bei uns als ein Anzeichen für einen beginnenden Verfall der Macht Stalins angesehen, in Wirklichkeit eine ausserordentliche Stärkung seiner Position und seines Regimes durch Beseitigung schwächerer Generäle und ihre Ersetzung durch «ganze Kerle» dargestellt habe.»

Die Gerüchte, die jeglicher Grundlage entbehrten, wollten wissen, dass Marschall Schaposchnikow, der Chef des sowjetischen Generalstabes, an die Stelle Stalins als Volkskommissar für Verteidigung trete.

7./8. Oktober 1942

«Zu der Drohung des Präsidenten Roosevelt, nach dem Kriege sogenannte Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen, soll nach dem Wunsch des Ministers in der Weise Stellung genommen werden, dass uns eine solche Drohung eiskalt lässt und dass Herrn Roosevelt Vorsicht angeraten wird, damit sich dieser sein Gedanke nicht gegen ihn selbst wendet.»

Wenige Monate später mussten alle Auslandsstimmen, die von einer Bestrafung der Nazi-Kriegsverbrecher nach dem Kriege sprachen, von der deutschen Publizistik übergangen werden. Goebbels am 16. Okt. 1942 zum Thema Kriegsverbrecher: «Unsere Lage sei jedoch nicht so, dass wir ohne Weiteres ein ähnliches in unserer Propaganda wie die Engländer tun könnten.»

9. Oktober 1942

«Zum Thema der Auseinandersetzung mit dem englischen Oberkommando erklärt der Minister, dass die Frage der Fesselung von Soldaten im Inlande nicht berührt werden solle, soweit nicht ausdrücklich Weisungen vom Hauptquartier vorlägen. Was das Ausland angehe, so solle man den englischen Behauptungen über deutsche Untaten und Kriegsverbrechen «frech und pampig» entgegentreten, weil nur so ein Eindruck zu erzielen sei. Auf einen Einwurf, dass die Engländer die Zahl der gefangenen Soldaten der Achse der Zahl der gefangenen Engländer gegenüberstellen und dass infolgedessen die Repressalien auf Italiener (allein über 220'000) ausgedehnt werden könnten, geht der Minister nicht ein.»

Die Anordnung, dass die Angelegenheit der Repressalien gegen englische Kriegsgefangene ausschliesslich nach den Weisungen des Führerhauptquartiers in der In- und Auslandspropaganda zu behandeln sei, erging am 8. Okt. 1942.

Aufgrund von angeblich bei Dieppe erbeuteten englischen Dokumenten, nach denen allen Gefangenen die Hände zu binden seien, um sie an der Vernichtung ihrer «Papiere» zu hindern, sowie wegen der vermeintlich schlechten Behandlung deutscher Soldaten, die bei Sark gefangengenommen worden waren, hat Hitler angeordnet, dass alle bei Dieppe gefangengenommenen britischen Offiziere und Soldaten ab 3. Sept. 1942, 14.00 Uhr, in Fesseln gelegt werden. Am 7. Oktober 1942 brandmarkte das britische Kriegsministerium die deutschen Behauptungen über die Misshandlung deutscher Kriegsgefangener als Lügen. Am 10. Okt. wurde ferner von britischer Seite bekanntgegeben, dass als Antwort auf die Fesselung britischer Kriegsgefangener 1376 deutsche Kriegsgefangene gefesselt werden würden.

10. Oktober 1942

«Der Minister führt aus, dass es nunmehr an der Zeit sei, für die publizistisch-propagandistische Behandlung des Luftkriegs allgemeingültige Grundsätze auszuarbeiten. Was vor zwei Jahren und noch vor einem Jahr in der Öffentlichkeit abstossend, verletzend, überzeugend oder sonst in irgendeiner Weise gewirkt habe, wirke heute anders. Man sei überall weniger sentimental und dafür härter geworden. So sei es seiner Ansicht nach nicht zweckmässig, in der Propaganda allzu sehr auf die Zerstörung von Kulturwerten hinzuweisen – erstens, weil sich beim Durchschnittsleser oder -beschauer die Stimmung dadurch nicht gegen den Feind, sondern mehr gegen den Krieg als solchen wende, und zweitens, weil Kulturwerte auf beiden Seiten zerstört worden seien –. Die deutsche Propaganda solle ihr Schwergewicht viel mehr auf Einzeltaten bei der Bekämpfung von Bränden, Rettung von Menschen u.ä. legen.

In weiteren grundsätzlichen Ausführungen beschäftigt sich der Minister mit der als ganz besonders bedeutsam bezeichneten Meldung über die Abschaffung der Einrichtung der politischen Kommissare in der Sowjetarmee. Der Minister sagt, es sei ihm noch nicht recht klar, was hinter dieser Massnahme stehe. Wenn man sie mit den Gerüchten über Schaposchnikow, mit dem Stalin-Interview und mit anderen Nachrichten aus und über Russland Zusammenhalte, so sei es immerhin nicht ausgeschlossen, dass sich hier Symptome einer grundsätzlichen Wandlung vollzögen,

die vielleicht eine Schwergewichtsverlagerung von der Partei auf die Rote Armee bedeuteten. Man solle sich aber über die Volkstümllichkeit Stalins keine Illusionen machen.»

Stalin verfügte am 9. Okt. 1942 für die Rote Armee die Aufhebung der Trennung zwischen militärischer und politischer Kommandogewalt. Damit wurde zugunsten einer Stärkung der militärischen Befehlsgewalt der politische Kommissar, der parteiamtliche Überwachungsoffizier, abgeschafft, von dem man sich zwar schon am 13. Aug. 1940 getrennt hatte, der aber am 16. Juli 1941 wiedereingeführt worden war. Am 16. Okt. 1942 teilte die sowjetische Armee-Zeitung «Roter Stern» mit, dass nunmehr sog. «Regimentsagitatoren» in der Armee eingesetzt werden, die die Aufgabe haben, die Moral der Truppe zu stärken und die politischen Kommissare zu ersetzen.

14. Oktober 1942

«Der Minister sperrt das Thema Winterausrüstung der deutschen Wehrmacht für die deutsche Presse und den Rundfunk. Es sollen damit die Pannen vermieden werden, die sich im letzten Jahr ergeben haben, als in Wochenschau und Presse von der guten Winterkleidung der Wehrmacht gesprochen wurde, während tatsächlich fast nichts vorbereitet worden war.»

Am 6. Okt. 1942 ordnete Goebbels an, besonders hervorzuheben, «dass die Generäle ‚Winter, Kälte, Zeit, Hunger usw.‘ Deutschland nicht mehr schaden, vielmehr für Deutschland arbeiten».

In der Konferenz vom 20. Okt. wurde verlautbart: «An der Ostfront ist an einigen Stellen bereits der Winter eingebrochen. Zum Thema ‚Winter‘ wird vorläufig Stillschweigen bewahrt, solange nicht der OKW-Bericht eine offizielle Verlautbarung herausgibt.» – Fs. 25./26. Nov. 1942.

16. Oktober 1942

«Der Minister bittet, bei der Polemik mit den feindlichen Kommentatoren, die davon sprechen, dass Deutschland zur Defensive übergegangen sei, das Wort «Defensive» grundsätzlich zu vermeiden. Das Wort «Defensive» habe einen defaitistischen Beigeschmack. Er schläge vor, dafür Formulierungen wie «Wir verdauen die eroberten Gebiete», «Wir kämpfen gegen einen Erdteil und organisieren ihn» und dergl. anzuwenden.

Der Minister wird in der nächsten Woche einen Artikel im «Reich» veröffentlichen unter der Überschrift «Für wen arbeitet die Zeit?» In diesem Artikel sind alle Einwände, die von feindlicher Seite gegenüber unserer Kriegführung gemacht werden, berücksichtigt und widerlegt. Die Grundtendenz seines Artikels wird die sein, dass nicht die Zeit, sondern der Raum der entscheidende Faktor sei, und wer den Raum ausnütze, für den arbeite auch die Zeit.

Am 25. Okt. 1942 erschien im «Reich» der Goebbelssche Leitartikel «Für wen arbeitet die Zeit?», mit dem Goebbels die vielfältigen Stimmen der Auslandspublizistik, die behaupteten, Hitler habe nun endgültig den «Wettlauf mit der Zeit» verloren, zu widerlegen versuchte. Bezogen auf die Rüstungswirtschaft kursierte schon seit Beginn des Jahres in der amerikanischen Presse das Wort: «Wir wollen Deutschland ausproduzieren.» Und angesichts des späten Beginns der deutschen Sommeroffensive 1942 hiess es: «Hitler hat den Wettlauf mit dem Kalender ver-

loren.» – Goebbels gelangte zu anderer Überzeugung und stellte so optimistische Prognosen, dass er es im folgenden Jahr tunlichst unterliess, diesen Aufsatz in seine 1943 erschienene Aufsatzsammlung «Der steile Aufstieg» aufzunehmen.

An den Artikel schloss sich eine inländische Propagandakampagne an. Mit dem Auslandsecho wurde in den Sendungen für das Ausland polemisiert.

In der Fesselungsfrage der Kriegsgefangenen, sagt der Minister, solle weiterhin Zurückhaltung geübt werden. Die Fesselung von Kriegsgefangenen sei eine unpopuläre Angelegenheit, wie aus den englischen Pressestimmen und auch aus den Berichten aus dem «Reich» hervorgehe.»

Am 12. Okt. verbietet Goebbels herauszustellen, dass in Deutschland die dreifache Anzahl von Gefangenen wie in England gefesselt worden sei. Er erklärte: «Unsere Propaganda müsse vielmehr in den Vordergrund rücken, dass England alles habe zugeben müssen, was wir behauptet hätten. Wir sollten uns nicht auf juristische Erörterungen einlassen, sondern klarstellen, dass ein Befehl zur Fesselung existiert hat und angewendet worden ist. Auf die Mitteilung, dass das OKW heute oder morgen eine abschliessende Gesamtdarstellung geben werde, meinte der Minister, dass dies reichlich spät sei, dass man aber in der propagandistischen Behandlung keine Zeit verloren habe.»

Am 13. Okt. 1942 gab Churchill vor dem Unterhaus eine Erklärung zur «Fesselung von Kriegsgefangenen» ab. Er räumte ein, dass die Fesselung «zeitweilig unter dem Druck der Verhältnisse nötig» sei, um die Gefangenen vor Gefahr zu schützen. Das beziehe sich nur für die Zeit während des Kampfes, gelte aber nicht für Gefangene, die «sich in sicherer Gefangenschaft befinden» und für deren Behandlung nach den Bestimmungen der Genfer Konvention zu verfahren sei, an die auch Deutschland gebunden ist. Deutschland habe dagegen diese verletzt, indem es 1376 britische Gefangene in Ketten legen liess. Die britische Regierung habe über die Schutzmacht gegen den Bruch der Genfer Konvention bei der deutschen Regierung «feierlichen Protest» eingelegt.

Vom 16. Okt. 1942 datiert die ausführliche Stellungnahme des OKW zur Erklärung des britischen Premier «über die Misshandlung deutscher Gefangener». Dadurch wurde die deutsche Öffentlichkeit erstmals über diese Angelegenheit unterrichtet und mit dem Wortlaut der bei Dieppe erbeuteten Dokumente vertraut gemacht, deren Existenz Churchill offenbar nicht ausschloss.

Nach diesem Austausch von «Erklärungen» hüllte man sich weitgehend in Schweigen, weil die Diskussion der Angelegenheit in der Weltöffentlichkeit beiden Seiten wenig angenehm war.

Anfang Dezember 1942 wurden die deutschen Gefangenen in Kanada entfesselt. Die Entfesselung der englischen Gefangenen in Deutschland war für den 15. Dez. in Aussicht genommen, so dass Goebbels annahm, nun endlich «aus dieser leidigen Angelegenheit herauszukommen». Er täuschte sich; die Gefangenen blieben gefesselt. Am 16. Dez. erkundigte sich daher Goebbels vorsorglich beim Vertreter des OKW, «ob ausser dem General Reinecke in Deutschland noch jemand etwas davon wüsste».

Erst nach der Kapitulation der deutschen Tunis-Armee entschloss sich Hitler, Ende Mai 1943 der Frage der Entfesselung der englischen Kriegsgefangenen näherzutreten. Sie sollte unauffällig vorgenommen werden. Goebbels am 17. Mai 1943: «Auf einen Prestigekampf bezüglich der Fesselung können wir uns mit den Engländern jetzt nicht mehr einlassen, da die Engländer viel mehr deutsche als wir englische Gefangene in Gewahrsam haben.»

17. Oktober 1942

«Der Minister warnt erneut vor dem Ausdruck «Defensive» und meint, wir müssten von diesem Begriff unbedingt in unserer Propaganda wegkommen. Für jeden Staat ist es gefährlich, den Eindruck zu erwecken, dass er saturiert ist. Diese Tatsache der Saturierung führt zu einer defensiven Auffassung und ist für ein revolutionäres Regime von grösster Gefahr. Ausserdem erinnere das Wort «Defensive» an das Jahr 1917 und verführe zu Parallelen, die gefährlich sind.»

Am 18. Oktober 1942 verkündete Goebbels auf einer Grosskundgebung vor der Feldherrnhalle in München: «Wer aber Weizen, Öl, Eisen und Kohle und dazu noch die stärkste Wehrmacht besitzt, der wird den Krieg gewinnen ... Wenn wir uns zu einem Teil damit beschäftigen, das zu verdauen, was wir verschluckt haben, so wird auch dieser Verdauungsprozess wieder zu Ende gehen.» – Goebbels wollte damit ausdrücken, dass nach der «Verdauung» wiederum die deutsche Offensive einsetze.

19. Oktober 1942

«Der Minister führt aus, dass der Fall von Stalingrad noch einige Tage dauern kann, so dass auch heute alle Kommentare sich im Rahmen des OKW-Berichtes bewegen.

Auch in der Konferenz des folgenden Tages gebot Goebbels Zurückhaltung in der Behandlung des Themas Stalingrad. Am 18. Okt. meldete der OKW-Bericht den «Einbruch» in die erbittert verteidigte Stalingrader Geschützfabrik «Rote Barrikade», am 20. Okt. wurde die Bombardierung des Eisen-Werkes «Roter Oktober» gemeldet, dessen teilweise Einnahme der OKW-Bericht vom 24. Okt. mitteilte. Der Fall Stalingrads, mit dem die deutsche Führung Mitte Oktober 1942 erneut rechnete, blieb Wunschbild.

Am 17. Okt. waren vom OKW propagandistische Massnahmen für den «in den nächsten Tagen» zu erwartenden Fall Stalingrads getroffen worden. Vorgesehen war, die Zahl der in Stalingrad Gefallenen zu veröffentlichen, auf das entscheidende Eingreifen der auf dem Ostufer der Wolga stationierten sowjetischen Artillerie hinzuweisen, alle Ritterkreuzträger aus Stalingrad nach Berlin zu holen, um sie vor Presse, Funk und Film zu Worte kommen zu lassen, ferner einen Artikel, möglichst vom Hitler-Adjutanten, General Schmunt, über die Schwierigkeiten des Strassenkampfes in Grossstädten zu veröffentlichen, schliesslich sollte in «Schauerartikeln» in der Auslandspresse (u.a. «über unseren Verbindungsmann bei United Press») über in Stalingrad eingesetzte neue deutsche Nahkampfmittel berichtet werden.

Wörtlich heisst es weiter: «Man lasse in unserer Auslandspropaganda den Gedanken anklingen, dass, so sehr Deutschland im vorigen Herbst den russischen Gegner unterschätzt habe und als Folge dieser Unterschätzung vor Moskau liegengeblieben sei, umso richtiger habe die militärische Führung des Reiches in diesem Jahre die Schwierigkeiten des Angriffsunternehmens auf Stalingrad eingeschätzt...

Man veröffentliche einen Tag nach der Einnahme von Stalingrad eine kurze Meldung, die besagt, dass die Deutschen diesmal mit dem Wettergott sich bestens geeignet hätten, denn bis zum Fall von Stalingrad seien Wetter und Temperatur dem Angriff günstig gewesen, jetzt, wo die Stadt in deutschen Händen sei und wo das Wetter auf den Ausgang der Kämpfe keinen Einfluss nehmen könne, jetzt ausgerechnet beginne der Regen, der ein Steigen des Wasserstandes der Wolga zur Folge haben werde, das [!] dem Feind Angriffe so gut wie unmöglich mache. Dies sei

gerade das, was die Deutschen gewollt hätten, denn die Überschwemmungsperiode würden sie nun benutzen, um sich auf den Trümmern von Stalingrad einzurichten, damit, wenn die Wolga gefröre, bolschewistische Angriffe uns gerüstet finden.»

Es wird der Vorschlag gemacht, in einigen deutschen Städten Schilder aufzustellen, die die Entfernung zu den markantesten Städten und Kampfabschnitten der Front angeben. Der Minister begrüsst diesen Vorschlag und glaubt, dass dies psychologisch gut wirken wird und den Kritikern den Wind aus den Segeln nimmt, die von der Langsamkeit unseres Krieges in Russland gegenüber den übrigen Feldzügen dieses Krieges sprechen.»

Das Anbringen von Entfernungsschildern, übrigens von Berndt vorgeschlagen, sollte die Machtausdehnung und absolute Sicherheit Deutschlands demonstrieren. Das OKW machte dagegen geltend, wenn solche riesigen Entfernungen von mehreren tausend Kilometern den Soldaten und ihren Angehörigen täglich vor Augen geführt werden, könne man sich kaum begeistert zeigen.

22. Oktober 1942

«Der Minister führt aus, dass eine Verwendung der Bezeichnung «Rote Barrikade» oder «Roter Oktober» für die grossen Fabriken in Stalingrad und ein Hinweis auf die Verteidigung dieser Fabriken durch die Arbeiter in der deutschen Propaganda unerwünscht seien; durch diese Bezeichnungen würden die hier und da immer noch vorhandenen kommunistisch infizierten Kreise angesprochen; der Führer habe aus dem gleichen Grunde seinerzeit angeordnet, den Begriff der «Roten Armee» in der innerdeutschen Propaganda nicht zu verwenden.

Aufgrund von Erfahrungen, die der Minister auf seinen letzten Reisen in Deutschland gemacht hat, erklärt er, dass der Illusionismus, der in gewissen deutschen Kreisen über den Krieg im Osten besteht, unerträglich und ausserordentlich gefährlich sei. Er habe seit Monaten immer wieder davor gewarnt, die Lage leichter darzustellen, als sie sei. Das deutsche Volk habe ein Recht darauf, die Lage so zu erfahren, dass keine falschen Illusionen geweckt würden. Wenn dieser sein Standpunkt einer illusionsfreien Zuversicht nicht überall zur Geltung gekommen sei, so müsse er es ablehnen, nunmehr als Verantwortlicher für die Stimmung schuldig gesprochen zu werden, da die Aufklärung des Volkes nicht richtig stattgefunden habe. Der Minister wendet sich mit diesen Ausführungen deutlich gegen die Wehrmachtsberichte.

Am 29. Okt. folgte die Weisung, in der Presse wieder eine Reihe von Urteilen über das verbotene Abhören von Auslandssendern «zur Abschreckung» zu veröffentlichen.

Der Minister beanstandet scharf, dass die japanischen Meldungen über Repressalien gegen amerikanische Flieger in der deutschen Presse gebracht worden seien. Er führt aus, dass im Falle weiterer Luftangriffe die deutsche Bevölkerung an notgelandeten feindlichen Fliegern Rache nehmen würde in dem Gedanken, dass, wie die japanischen Meldungen ergeben haben, bewusster Mord an Kindern und Frauen vorliege. Ein solches Verfahren würde zu Repressalien führen, und man würde in einen vollkommen rechtlosen Zustand hineingeraten, in dem die in englischer Hand

befindlichen deutschen Gefangenen den Engländern ausgeliefert wären. Die Japaner nähmen nach ihrer Grundeinstellung auf Gefangene keine Rücksicht, da diese als Feiglinge gälten und abgeschrieben würden. Europa habe in dieser Beziehung andere Begriffe, und es sei gefährlich, eine Verwirrung der asiatischen und europäischen Begriffe eintreten zu lassen. In diesem Zusammenhang erwähnt der Minister, dass z.B. im deutschen Volke die Aktion zur Fesselung von Kriegsgefangenen mit ihrer gegenseitigen Steigerung durchaus unpopulär sei, da sie dem westlichen Empfinden widerspreche.

Am 21. Okt. kam aus Tokio die Nachricht, dass man in Japan amerikanische Piloten, die die Zivilbevölkerung bombardieren, somit an ihr Grausamkeiten begehen, mit schweren Strafen belegen werde. Der «VB» vom 22. Okt. 1942 berichtete darüber.

Der Minister kritisiert ferner scharf die Einleitungsworte des Leitartikels im heutigen V. B., in dem festgestellt wird, dass der russische Widerstand uns «unerklärlich» sei. Eine solche Behauptung aus der Feder eines Nationalsozialisten in dem führenden Blatt der NSDAP sei unerträglich.

Am 22. Okt. 1942 brachte der «VB» einen Leitartikel von J. Schieferdecker, dem Hauptschriftleiter der Berliner «VB»-Ausgabe, mit der Überschrift «Unverständlich». Er begann mit den Sätzen: «Wir begreifen die Bolschewisten nicht. Sie leisten einen sturen Widerstand, den wir mit unseren Begriffen nicht erklären können.» – Der Verfasser drückte jedoch aus, was auch Führung und grossen Teilen des deutschen Volkes unverständlich war. Man rechnete mit der Kapitulation Stalingrads, aber es kapituliert nicht.

Mit besonderem Ernst werden die umlaufenden Gerüchte über die angeblichen Waffenstillstandsverhandlungen mit Russland behandelt. Der Vertreter des OKW teilt mit, dass sich in den Händen von Urlaubern Papiere befunden haben, die den Urlaub mit solchen Verhandlungen in Zusammenhang bringen. Eine Untersuchung, ob es sich um feindliche Propaganda, Sabotage oder Dummheit handelt, ist im Gange. Der Minister gibt Weisung, im Führerhauptquartier dieserhalb anzufragen und vorzuschlagen, dass in geeigneter Weise diesen Meldungen nunmehr schärfstens entgegengetreten wird. Er erklärt, dass die aussenpolitischen Bedenken gegen ein solches Dementi jetzt, wo eine ernste Gefahr für einen Rückschlag in der innerdeutschen Stimmung verursacht worden sei, wohl zurücktreten müssten. Im Übrigen wiederholte er mehrmals, dass er seine Urteilsfähigkeit völlig verloren hätte, wenn an diesen Gerüchten auch nur ein wahres Wort wäre. Er sei vom Gegenteil fest überzeugt.»

In der Konferenz vom 26. Okt. 1942 meinte Goebbels, er brauche den Gerüchten über Waffenstillstandsverhandlungen mit Russland nicht entgegenzutreten, da sie sich ohnehin totlaufen würden. – Fs. 28. Okt. 1942.

24. Oktober 1942

«Der Minister gibt erneut Weisung, die Kämpfe um Stalingrad nur im Rahmen des OKW-Berichts zu behandeln und den unerhört übertriebenen russischen Nachrichten über deutsche Verluste energisch entgegenzutreten.

Durch Bekanntgabe der eigenen schweren Verluste war freilich den Feindmeldungen über die deutschen Verluste nicht entgegenzutreten. Schon am 10. Okt. 1942 bat Goebbels das OKW vergebens, «dafür zu sorgen, dass den astronomischen deutschen Verlustziffern, die die Russen über die Kämpfe am Imlensee herausbringen, dauernd und mit aller Schärfe entgegengetreten wird. Es sei unmöglich, in dieser Frage den gegnerischen Lügen das letzte Wort zu lassen. Wenn das OKW selbst keine Meldungen herausbringe, so müsse er seine Dienststellen anweisen, die russischen Meldungen immer wieder als Lügenmeldungen zu bezeichnen.»

Was den Besuch von Frau Roosevelt angeht, so gibt der Minister Weisung, zu vermeiden, dass sie etwa durch eine chronologische Registrierung der Ereignisse auf ihrer Reise in gewissem Sinne bei uns propagiert wird. Er bittet Herrn Fritzsche ferner dafür zu sorgen, dass die Kommentierungen dieser Reise in der deutschen Presse nur von solchen Journalisten vorgenommen werden, die über besondere journalistische Fähigkeiten verfügen; es gehöre erfahrungsgemäss ausserordentlich viel überzeugender Witz dazu, eine Frau so anzugreifen, dass die Angriffe in der breiten deutschen Öffentlichkeit nicht abgeschmackt, sondern überzeugend wirken. Der Minister verurteilt in diesem Zusammenhang scharf einige platte Glossierungen, die in der heutigen Morgenpresse erschienen waren.

Am 23. Okt. 1942 traf Eleanor Roosevelt zu einem fast vierwöchigen England-Besuch in London ein und war als First Lady der USA zunächst Gast im Buckingham-Palast. In London empfing sie u.a. die europäischen Exilpolitiker sowie die im Londoner Exil lebenden europäischen Monarchen. Ferner besuchte sie in England stationierte amerikanische Truppen sowie Einheiten des britischen Frauen-Hilfskorps und war nicht zuletzt gern gesehener Gast englischer Kinderheime. Goebbels-Weisung vom 2. Nov. 1942: «Der Rummel um Eleanor Roosevelt soll langsam abklingen und nicht dazu führen, dass diese Reise von Frau Roosevelt popularisiert und ihr eine gewisse Bedeutung beigemessen wird.»

Der Minister verbietet in der deutschen Presse davon Kenntnis zu nehmen, dass die in 20 Jahren vom faschistischen Regime für soziale Zwecke zur Verfügung gestellten 20 Milliarden Lire nicht einmal dem Ergebnis eines deutschen WHW gleichkommen und dass sich über 40 italienische Generäle in feindlicher Gefangenschaft befinden.

In längeren Ausführungen beschäftigt sich der Minister schliesslich mit der Tatsache, dass wir in der Rüstungspropaganda gegenüber den USA vollständig in die Defensive geraten seien. Während zu Beginn des Krieges deutsche Ausdrücke wie Stuka, Einkesselung, Panzer usw. in der ganzen Welt zu einem Begriff für die Unüberwindbarkeit der deutschen Rüstung und der deutschen Methode geworden seien, stehe die Welt heute unter dem Eindruck der amerikanischen Bluff-Zahlen. Der Minister ordnet an, dass Staatssekretär Gutterer in Fühlungnahme mit dem Munitionsministerium ein besonderes Gremium zusammensetzt, das ihm innerhalb einer Woche in grösstem Umfange Zahlen und sonstige Angaben zur Verfügung stellt, die zu einer grossen Propagandakampagne auf dem Rüstungsgebiet verwendet werden sollen. Der Minister führt aus, dass er immer wieder die Erfahrung gemacht habe, dass der Führer bei aller Wahrung der militärischen Geheimnisse in

solchen Fragen viel grosszügiger sei als die militärischen Zensoren. Er glaubt auch annehmen zu können, dass Minister Speer weitestgehend Verständnis zeigen werde. Im Übrigen werde es unter allen Umständen zweckmässig sein, auf dem Wege der Flüsterpropaganda oder auch in anderer Form das Vorhandensein neuer, unerhört wirksamer Waffen – natürlich ohne irgendwelche näheren Angaben – andeuten zu lassen. Eine entsprechende Propaganda habe im vorigen Winter sehr gute Wirkung geleistet und sei dann später durch das Herausstellen des vor Sewastopol eingesetzten Riesengeschützes nachträglich noch verstärkt worden.»

Im Propagandaministerium war, ausser dem für diese Angelegenheiten zuständigen «Büro Schwarz van Berk», ein «Arbeitsstab für Rüstungspropaganda» gebildet worden, über den die entsprechenden Propagandaaktionen in die Wege geleitet wurden. Am 5. Nov. 1942 fand dort die erste Besprechung über die von Goebbels angeregte Rüstungspropaganda statt. Bei dieser Aktion, die unter dem Motto stehen sollte: «Mit den besten Waffen wird gesiegt» und im In- und Ausland anlief, waren u.a. die «Nebelwerfer», die starke Sewastopol-Artillerie, neue Flak- und Pakschütze, die Nachtjäger und U-Boot-Versorgungsschiffe propagandistisch herauszustellen.

Die eingeleitete Rüstungspropaganda-Aktion begann aber Ende November mit einem peinlichen Fehlstart. Goebbels kritisierte in der Konferenz vom 27. Nov. 1942 die Veröffentlichung neuer Waffen, die «im denkbar ungünstigsten Augenblick erfolgt» sei. Er ordnete eine Untersuchung über den Herausgeber der Meldung an und verlangte: «Die Fabrik, die die Maschinengewehre herstellt, soll von der Auslandspresse besichtigt werden, damit die sowjetrussische Verlautbarung, wonach es diese Maschinengewehre überhaupt nicht gibt, widerlegt werden kann.»

Um den 24. Nov. 1942 wurde im In- und Ausland die Meldung verbreitet, dass in Stalingrad ein neuer Flammenwerferpanzer eingesetzt worden sei, der seine Flammen über fünf- und mehrstöckige Häuser hinwegschleudern könne. Ferner seien durch neue Maschinengewehre, die eine Feuergeschwindigkeit von 3'000 Schuss in der Minute besässen, den Sowjets schwere Verluste zugefügt worden. Die Sowjets würden das neue Maschinengewehr, schon an seinem Abschussgeräusch erkennbar, «elektrisches» Maschinengewehr nennen. In beiden Fällen handelte es sich um Wunschbilder der deutschen Rüstungspropaganda. Erst im September 1942 hatte Hitler in seinen Konferenzen mit Speer angeregt, schwere Panzer für den Häuserkampf in Grossstädten zu konstruieren. Bei dem sog. «elektrischen» Maschinengewehr stand sicherlich das damals in der Konstruktion befindliche MG 45 Pate, das zwar während des Krieges nicht mehr zum Einsatz kam, aber immerhin eine Feuergeschwindigkeit von 40 Schuss je Sekunde erreichte, bei Dauerfeuer aber gewiss weniger als 1'000 Schuss abgab. Die Zahlen für das MG 42: etwa 25 Schuss je Sekunde, bei Dauerfeuer bis 400 Schuss in der Minute.

28. Oktober 1942

«Es kommt die englische Meldung, wonach das OKW eine viertägige Waffenruhe bei Stalingrad erbeten habe, zur Sprache. Es wird festgestellt, dass nach Kenntnis der verschiedensten Dienststellen die Meldung nicht den Tatsachen entspricht. Der Minister schlägt vor, ein ganz klares Dementi herauszugeben und zu betonen, dass diese Meldung purer Schwindel und von feindlicher Seite nur erfunden worden sei, um einen künstlichen Optimismus zu pflegen.»

Die am 27. Okt. von Radio London aufgestellte Behauptung, dass von deutscher Seite durch Vermittlung des Roten Kreuzes ein Waffenstillstand für den Kampfabschnitt Stalingrad vorgeschlagen worden sei, wurde im OKW-Bericht vom 28. Okt. 1942 zurückgewiesen. – Fs. 4. Nov. 1942.

30. Oktober 1942

«Aus gegebenem Anlass macht der Minister einige grundsätzliche Bemerkungen zur Propaganda: Die nationalsozialistische Propaganda hat von Anfang an sich stets an den einfachen Mann im Volk gewandt und nicht den Versuch unternommen, den Intellektuellen zu bekehren. Die volkstümliche Sprache der nationalsozialistischen Propaganda hat den kleinen Mann angesprochen und ihn den nationalsozialistischen Ideen nähergebracht. Es ist verkehrt, die Propaganda so zu treiben, dass sie den kritischen Prüfungen der Intellektuellen standhalten kann. Der Intellektuelle wird nie die Kraft besitzen, den Mann auf der Strasse mit seinen Ideen vertraut zu machen, vielmehr richtet sich der Intellektuelle stets nach dem, was der kleine Mann denkt und was er will. Der Minister betont, dass er bei einer seiner letzten Reden wieder bemerkt habe, dass die primitivsten Argumente am zugkräftigsten sind und bei der Masse die meiste Zustimmung finden. Die Intellektuellen beugen sich stets dem Stärkeren und dies wird immer der kleine Mann auf der Strasse sein.»

3. November 1942

«Die Bestrafung von Direktoren in Russland wegen Duldung von Sabotage in ihren Betrieben wird kommentarlos wiedergegeben, um gewissen Leuten im Reich zu zeigen, wie die Sowjetunion die Faulpelze behandelt.

Im Zusammenhang mit einem Artikel, der in einer englischen Zeitung unter der Überschrift «Wie wird das Ziel für die RAF ausgesucht?» erschienen ist, behandelt der Minister unvorsichtige Pressemeldungen und die gedankenlose Wiedergabe von Tatsachen, die dem Feinde von Nutzen sein können. In diesem englischen Artikel wird ausgeführt, dass der Angriff auf eine deutsche Stadt geflogen wurde, weil aus einem Zeitungsbericht hervorging, dass in dieser Stadt eine Fabrik ein ganz besonders gutes Geschäft getätigt hatte. Der Minister weist darauf hin, dass wir mit derartigen Meldungen nicht vorsichtig genug sein könnten, denn es habe sich bei verschiedenen Fällen eindeutig erwiesen, wie gut der Nachrichtendienst der Feindmächte funktioniere. Die kleinsten und scheinbar unwichtigsten Neuigkeiten könnten dem Feinde wertvolle Fingerzeige geben. Insbesondere glaubt der Minister, dass die noch im Reich befindlichen Juden eine wichtige Grundlage des englischen Nachrichtendienstes sind. Er will, dass die noch in Berlin befindlichen 40'000 Juden so schnell wie möglich aus der Reichshauptstadt abgeschoben werden, und zwar soll die Evakuierung auf einen möglichst geringen Zeitraum verteilt werden. Man hofft, bis zum März alle Juden aus Berlin entfernt zu haben.»

Goebbels am 2. März 1943: «Wir schaffen nun die Juden endgültig aus Berlin hinaus. Sie sind am vergangenen Samstag [27. Febr.] schlagartig zusammengefasst

worden und werden nun in kürzester Frist nach dem Osten abgeschoben. Leider hat sich auch hier wieder herausgestellt, dass die besseren Kreise, insbesondere die Intellektuellen, unsere Judenpolitik nicht verstehen und sich zum Teil auf die Seite der Juden stellen. Infolgedessen ist unsere Aktion vorzeitig verraten worden, so dass uns eine ganze Menge von Juden [über 4'000] durch die Hände gewischt sind. Aber wir werden ihrer doch noch habhaft werden.»

Und am 20. März 1943: «Der Führer ist glücklich darüber, dass, wie ich ihm berichte, die Juden zum grössten Teil aus Berlin evakuiert sind. Jedenfalls werden die Juden die Verlierer dieses Krieges sein, so oder so.»

4. November 1942

«Zu den Wahlen in den Vereinigten Staaten nehmen wir erst dann Stellung, wenn eine klare Übersicht über den Ausgang vorliegt. Bei einem Sieg der Republikaner sollten wir uns hüten, einen Optimismus an den Tag zu legen, der im deutschen Volk Hoffnungen erwecken kann, die nach Meinung des Ministers nicht eintreten werden. Die Frontstellung in Amerika sei rein innerpolitisch und müsse von diesem Gesichtspunkte aus gewertet werden. Er sei überhaupt der Überzeugung, dass in keinem kriegführenden Lande in der näheren Zukunft ein Regierungssturz möglich ist. Die autoritäre Regierungsform mache es ausserordentlich schwer, etwas gegen die Regierung zu tun, und es sei eine verkehrte Spekulation, auf einen Regierungssturz etwa in England oder Amerika zu hoffen, genau so wie ein solcher in Italien oder Japan oder Russland unmöglich ist. Unsere Aufgabe sei es nur, die Kriegsbegeisterung und die Stimmung bei den anderen im Volk durch unsere Arbeit zu schwächen. Bei der Betrachtung der Lage in England zum Beispiel ergebe sich seiner Meinung nach keine Brucherscheinung im Verhältnis der Regierung zum Volk. Solange ein kriegführendes Land nicht besetzt sei, könne man nicht erhoffen, dass der Krieg wie ein Wunder beendet werde. Wir Deutschen geben uns leider oft falschen Hoffnungen hin, weil wir selbst einmal im Jahre 1918 durch unsere Ideologen und durch unsere mangelnde politische Schulung umgefallen seien. Wir glauben nun, die anderen könnten einmal das Gleiche tun, weil wir es selbst getan haben. Diese Haltung müssten wir aus unseren Betrachtungen und Berechnungen ausschalten, weil sie gefährlich sei.

Die Wahlen in den USA brachten einen Sieg der Demokraten, die 218 Mandate im Repräsentantenhaus bekamen, während die Republikaner mit 208 Mandaten vertreten waren. Im Senat gehörten den Demokraten 66 Sitze, den Republikanern 28.

Der Minister empfiehlt, den Wortlaut des russischen Dementis, wonach keine Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem deutschen OKW und dem russischen Oberkommando stattgefunden haben, zu bringen, weil es in ganz besonderem Masse die Einstellung der Russen zeigt.

Laut «VB» vom 5. Nov. 1942 erklärte das sowjetische Informationsbüro, dass die Nachricht über Waffenstillstandsverhandlungen in Stalingrad aus Stockholm stamme und «erlogen» sei. In der Konferenz vom 7. Nov. 1942 wurde festgestellt, dass die Gerüchte über einen angeblichen Waffenstillstand mit Russland abgeklungen seien.

Es wird eine Kinderevakuierung im grösseren Stil in Berlin wegen evtl. Luftangriffe durchgeführt. Auf Befehl des Führers wird jedoch auf die Eltern keinerlei Druck ausgeübt, vielmehr hofft man, mit propagandistischen Mitteln die Evakuierung vornehmen zu können.»

Vgl. 3. Dez. 1940.

5. November 1942

«Der Minister weist in sehr scharfen Worten die Presse und den Rundfunk an, äusserste Zurückhaltung bei der Behandlung der Nordafrikakämpfe an den Tag zu legen. Die englischen Sondermeldungen und Berichte über die Siege werden nicht beachtet. Wir könnten für 24 Stunden den Engländern ruhig das Wort überlassen, wie wir das schon öfter getan hätten und nachher, wenn die Lage sich geklärt habe, in der nötigen Form antworten. Für die nächsten Tage verbietet der Minister die Veröffentlichung von Bildern über den Nachschub nach Nordafrika. Diese Massnahmen sollen jedoch nicht uns dazu verführen, gegenüber dem Ausland den Eindruck des Pessimismus oder der inneren Bewegtheit zu schaffen. Es sei nicht so weit, dass man alle Kräfte zusammenraffen müsse, denn Rommel werde schon das Beste herausholen. Vorläufig wird Nordafrika nur nachrichtenmässig behandelt, bis eine andere Tendenz im OKW-Bericht zutage tritt.»

6. November 1942

«Der Minister spricht über die Ereignisse in Nordafrika und legt allen seinen Mitarbeitern die Verpflichtung auf, in diesen kritischen Tagen keinen Pessimismus nach aussen hin in Erscheinung treten zu lassen. Er erläutert in kurzen Zügen die militärische Lage und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass Generalfeldmarschall Rommel wieder, wie so oft, die Lage meistern werde. Wir könnten nicht wissen, wie der Kampf ausgehen werde, aber eines sei sicher, dass die Tapferkeit unserer Soldaten und das geniale Können des Feldmarschalls das Letzte und Beste für das Reich herausholen. In propagandistischer Hinsicht sollten wir vorläufig kurz treten und die Ereignisse nur nachrichtlich behandeln. Im Augenblick wisse man nicht, was man sagen könne und deshalb schweige man am besten. Auch diese schweren Stunden würden vorübergehen und dann könne man sich mit anderen Problemen befassen, denn die Zeit schreite voran und bringe jeden Tag neue Momente.»

Trotz des Befehls Hitlers vom 3. Nov. 1942: «Halten um jeden Preis», befand sich die deutsch-italienische Panzerarmee in Nordafrika seit dem 2. Nov. im Rückzug. Am 4. Nov. stand für die Engländer fest, dass sie die Schlacht gewonnen hatten. Der Verfolgung und drohenden Einkreisung konnte sich Rommel entziehen. Am 6. Nov. meldete General Alexander seinem Premier schätzungsweise 20'000 Gefangene. Die Engländer verloren über 10'000 Gefallene, Verwundete und Vermisste. In England wurden wegen des Sieges von El-Alamein die Glocken geläutet.

Im OKW-Bericht wurde für einige Tage der Kriegsschauplatz in Nordafrika nicht erwähnt, erst am 10. Nov. meldete er die «Absetzbewegung» nach Westen.

8. November 1942

«Die Landung in Nordafrika soll als ein infamer Rechtsbruch des Gangsterpräsidenten gebrandmarkt werden. In einer amerikanischen Verlautbarung werde betont, dass die Initiative und der Plan zu diesem Unternehmen bei den Amerikanern gelegen und dass England seine Zustimmung zu der Wegnahme europäischen Kolonialbesitzes gegeben hat. Der Minister bemerkt dazu, dass England die Zustimmung zu dieser Wegnahme europäischen Besitzes durch Amerika ohne Weiteres gegeben habe, da ja Amerika ohnedies auch den englischen Kolonialbesitz langsam übernimmt. Die Begründung von Roosevelt, dass *er* einem Achsenangriff zuvor kommen wollte, sei scharf zurückzuweisen und daran zu erinnern, dass wir drei Jahre nichts taten, um die afrikanischen Besitzungen uns anzueignen, obwohl wir die Möglichkeit dazu gehabt hätten.»

Am 7./8. Nov. 1942 begann das Unternehmen «Torch», die englisch-amerikanische Landung von rund 110'000 Mann in Marokko und Algerien. Am 8. Nov. Wurde aus Vichy mitgeteilt, dass amerikanische und britische Streitkräfte am 7. Nov. An den Küsten Französisch-Nordafrikas gelandet seien. Landungsversuche, die bei Algier und Oran stattfanden, wurden aber unter schweren Verlusten abgewiesen. Weitere Landungsversuche seien im Gange.

In der Konferenz vom 10. Nov. 1942 äusserte Goebbels den Verdacht, dass der Widerstand der Franzosen in Nordafrika stärker herausgestellt werde, als er tatsächlich sei. Ein «gewisses Misstrauen» sei daher angebracht. Am 11. Nov. Gab Admiral Darlan, inzwischen von Vichy nach Algier übergesiedelt, den französischen Truppen in Nordafrika den Befehl, das Feuer gegen die Alliierten einzustellen. Der Befehl wurde befolgt.

10. November 1942

«Der Minister macht nach seiner Rückkehr aus München einige Ausführungen zur politischen Lage, die offensichtlich den Zweck haben, die Abteilungsleiter des RMVP dazu anzuhalten, in den jetzigen kritischen Tagen nach aussen hin durch keinerlei veränderte Haltung Unruhe ins Volk zu bringen. Der Minister vergleicht die heutige allgemeine Lage mit der Situation einer Fussballmannschaft, die in der ersten Halbzeit mit ganzer voller Kraft gespielt hat und ein Ergebnis von 4:0 Toren erreichte. Nach der Pause ist es nunmehr der anderen Mannschaft gelungen, ein überraschendes Tor zu schiessen, was die eigenen Reihen etwas verblüfft hat. Nunmehr kommt es darauf an, diese kurze Krise zu überwinden und psychologisch dabei keine Fehler zu machen. Die heutige Lage bietet keinen Anlass zu Pessimismus oder gar zu Zweifeln an unserem Siege. Wenn er die jetzigen Tage mit den schweren Krisenzeiten von 1932 und 1934 vergleiche, so werde ihm erst bewusst, wie viel schwerer und kritischer die damalige Zeit doch gewesen sei. Die Lage sei auch keinesfalls zu vergleichen mit unserem Rückzug im Winter vorigen Jahres, wo tatsächlich das Schicksal der Nation oft auf dem Spiel stand. In der jetzigen Phase des Krieges handele es sich darum, einem Schlag, den die andere Seite uns ausgeteilt habe, zu parieren und zum Gegenangriff überzugehen.

Er wisse nicht, was in München aus den Verhandlungen herauskomme, aber er

hoffe, dass wir eine Absprungbasis für unsere Propaganda bekommen, die dann erst eine richtige Substanz erhält. Wir hätten bisher zwar sehr viel von Europa gesprochen, aber viele Europäer mit Dreschflegeln bearbeitet, was keine Ouvertüre für eine Zusammenarbeit sei; nun hoffe er, dass die Verhandlungen von München zu einer anderen Politik führten.

Der Minister stellt die Schwierigkeit der Lage Italiens dar und macht auf den Gegensatz zwischen Frankreich und Italien aufmerksam. Man dürfe die Schwierigkeiten der Verhandlungen nicht unterschätzen und müsse besonders Verständnis für die Lage Italiens aufbringen. Bisher hätten nur wir vom Kriege profitiert, während die Italiener noch nichts erhalten hätten. Wenn heute der Krieg plötzlich zu Ende ginge, so seien in unseren Händen eine Menge Faustpfänder, während die Italiener nichts als ihr verlorengegangenes Imperium aufweisen könnten.

Wenn wir heute uns mit den Franzosen an einen Verhandlungstisch setzten, so dürfe man nicht übersehen, dass die Position der Franzosen ganz anders durch den Überfall der Amerikaner geworden sei. Die Franzosen wüssten sehr wohl, dass wir Tunis haben müssten, und es sei wohl nicht zu umgehen, dass auch wir bei unseren Verhandlungen Haare liessen.

Zur Gedenkfeier des 8. November sprach Hitler im Münchener Löwenbräukeller. Er verneinte in seiner Rede, dass ein deutsches Friedensangebot unterbreitet werde, bagatellierte die Niederlage in Nordafrika und stellte die U-Boot-Erfolge heraus. Die Ereignisse des vergangenen Winters, so versicherte er, würden sich nicht wiederholen. In Stalingrad wolle er es nicht zum zweiten Verdun kommen lassen, deshalb greife er «lieber mit ganz kleinen Stosstrupps» an. Kein Wort von einem raschen, überwältigenden Sieg war zu hören, stattdessen: «Das Deutschland von einst [von 1918] hat um 8/412 die Waffen niedergelegt – ich höre grundsätzlich immer erst 5 Minuten nach zwölf auf!»

Am 10. Nov. 1942 traf Hitler in München zu einer Besprechung mit Laval und Ciano zusammen. Hitler erwartete von Laval, dass die französische Armee an der Seite Deutschlands die französischen Grenzen und Nordafrika verteidigt, wollte sich aber auf keine Kompromisse mit Vichy-Frankreich einlassen. Am Tage darauf wurde Laval die Besetzung Rest-Frankreichs, bereits durch Führerweisung Nr. 42 vom 29. Mai 1942 vorbereitet, sowie von Korsika und Tunis angekündigt.

Wenn Goebbels tatsächlich in der Hoffnung lebte, in München würde es zu einem wirklichen Arrangement zwischen Vichy-Frankreich und Deutschland kommen, so übersah er nicht bloss die Kompromisslosigkeit Hitlers, sondern verkannte auch die militärische Situation im Mittelmeer-Raum, die rasche militärische Gegenmassnahmen erforderte und keine Zeit zum «Werben eines Bündnispartners» liess. Am 11. Nov. 1942 gab Goebbels die Weisung: «Gegenüber Frankreich und Spanien müssten wir die freundschaftlichen Gefühle zum Ausdruck bringen. Es komme darauf an, die Franzosen in dem Sinne zu beeinflussen, dass sie Ruhe halten, und die deutschen Auslandssendungen so zu gestalten, dass sie Sicherheit und Gelassenheit der deutschen Führung erkennen lassen.»

In der italienischen Zeitung «Tewere» ist ein Artikel erschienen, der die Italiener auffordert, allen Miesmachern in diesem Augenblick ins Gesicht zu schlagen. Diese Methode hält der Minister für die richtige und meint, man sollte diese Haltung der Italiener dem deutschen Volke zur Kenntnis bringen.»

12. November 1942

«Der Minister führt aus, dass die Lage sich allmählich kläre. Man könne annehmen, dass, wenigstens vorläufig, Marschall Pétain für eine korrekte und ruhige Haltung der französischen Bevölkerung auf dem Kontinent Sorge, während man Nordafrika im Wesentlichen abschreiben müsse. Darlan sei zum Feinde übergegangen; die Frage, wie sich Tunis verhalten werde, sei noch offen.

Marschall Pétain gab zwar am 8. Nov. den Befehl zum Widerstand in Nordafrika, doch wurde Algier am 8., Oran am 10. und Casablanca am 11. Nov. 1942 von den Alliierten besetzt. Am 9. Nov. begannen deutsche Luftlandungen in Tunis, gleichzeitig marschierten deutsche Truppen trotz Pétains Protest in das unbesetzte Frankreich ein.

Der Minister fährt fort, dass die deutsche Propaganda es unter diesen Umständen nicht leicht habe. Ihr wichtigster Grundsatz müsse sein, fest und sicher aufzutreten, keinerlei Schwäche zu zeigen, keinen Bruch in der europäischen Front als möglich erscheinen zu lassen und so, wie Churchill dies nach Dünkirchen getan habe, die Energien hochzureissen. Es sei daher auch jetzt nicht die Zeit, um Niederlagen zu erklären oder auch nur zu erwähnen. So, wie man den Ernst der Situation im Winter 1941 erst zu einem Zeitpunkt habe in Erscheinung treten lassen, als die Gefahr überwunden gewesen sei, müsse man auch jetzt handeln.»

14. November 1942

«Auf das Interview von Stalin soll in der deutschen Publizistik in keiner Form eingegangen werden.

Am 13. Nov. beantwortete Stalin dem Moskauer Berichtersteller von Associated Press, Cassidy, drei an ihn brieflich gerichtete Fragen zur Kriegslage. Stalin betonte, dass der Feldzug in Afrika, sofern die Initiative an die Alliierten übergeht, «von Grund aus die militärpolitische Lage in Europa zugunsten der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition ändert». Schliesslich schaffe der Feldzug in Afrika, erklärte Stalin, «die Voraussetzungen dafür, die zweite Front in Europa in nächster Nähe der lebenswichtigen Zentren Deutschlands zu organisieren, was für die Organisation des Sieges über die Hitlertyrannei von entscheidender Bedeutung sein wird».

Der Minister beschäftigt sich in grundsätzlichen Ausführungen mit dem Wehrmachtbericht. Er übt bittere und scharfe Kritik daran, dass z.B. der Fall von Tobruk deutscherseits bisher nicht bekanntgegeben sei, während jeder Deutsche ohne gegen Abhörverbote zu verstossen, auf dem Deutschlandsender die deutschen Nachrichten in englischer Sprache abhören und dadurch erfahren könne, dass Tobruk gefallen ist. Die falsche Nachrichtenpolitik habe dazu geführt, dass die deutsche Öffentlichkeit die Tatsachenlage auf Umwegen erfahre und die amtlichen deutschen Verlautbarungen nur deswegen mit Interesse aufnehme, weil sie feststellen wolle, wie weit das deutsche Volk von der eigenen Regierung über die wirklichen Tatsachen aufgeklärt wird. Die Gefahr einer sehr ernststen Vertrauenskrise sei nunmehr, wenigstens auf dem Gebiet der Nachrichtenpolitik, gegeben. Er müsse das OKW mit allem Nachdruck hierauf aufmerksam machen, weil letzten Endes die Verantwortung auf ihn, als den Propagandaminister, geschoben

werde. Der Vertreter des OKW teilt mit, dass der deutsche Wehrmachtbericht über Nordafrika jetzt stets dem italienischen Bericht angeglichen und jedenfalls erst nach Eingang des italienischen Berichtes abgefasst werde.

Der Minister will in dieser Frage auch von sich aus beim Führer vorstellig werden. Er führt abschliessend aus, dass die Stimmung im deutschen Volk ohnehin gedrückt sei und dass die Führung nicht ihrerseits die Stimmung dadurch weiter herunterdrücken dürfe, dass sie das Vertrauen des Volkes missbraucht. Er vergleicht die augenblickliche Lage mit einem Krankheitszustand; wenn man die unabänderlichen Tatsachen der militärischen Lage verschweige, so sei es so, als ob man einem Kranken verschweige, dass er krank ist, um ihn nicht aufzuregen. Man nehme sich aber damit selbst die Möglichkeit, die Krankheit durch Medizin und die eigenen Abwehrkräfte zu bekämpfen und käme so zu einem absurden Ergebnis.»

Am 12./13. Nov. 1942 nahmen britische Truppen die Festung Tobruk. Zum Fall Tobruks äusserte sich der OKW-Bericht vom 14. Nov. mit den Worten: «Die deutsch-italienischen Truppen haben nach Zerstörung aller militärischen Anlagen Tobruk planmässig geräumt.»

20. November 1942

«Der Minister macht einige Ausführungen über seine Reise nach dem Westen und Holland. Seiner Meinung nach geben die vorliegenden Stimmungsberichte aus dem Reich nicht in der richtigen Weise die tatsächliche Stimmung des Volkes wieder. Der Kreis, der vom Sicherheitsdienst, den Propagandaämtern der Partei und den übrigen Dienststellen erreicht wird, ist fast immer der gleiche. Die von diesen erfassten Personen sind an den täglichen politischen Ereignissen zumeist so interessiert, dass ihre Stimmung durch positive oder negative Tagesereignisse weitgehend beeinflusst wird. Demgegenüber ist im Volke selbst ein fest verwurzelter Konservatismus zu bemerken, der über die Tagesereignisse hinwegsieht und seine ihm gestellten Aufgaben treu erfüllt. Diese Menschen sind aus ihrer Haltung nur schwer herauszubringen und werden nicht hysterisch, wenn die eine oder andere Sache nicht planmässig verläuft. Diese Menschen leisten in ihrer täglichen Arbeit gewaltige Kriegsdienste für unser Reich. Im ganzen Westen und in Holland hätten alle Schlote geraucht, und es sei ein imponierendes Bild gewesen festzustellen, wieviele Millionen Menschen doch heute für unsere Rüstung arbeiten.

Der Minister wendet sich gegen einige Begriffe der Feindseite, die in gefährlicher Weise sich in den Sprachschatz der Deutschen einschlichen. Wir sollten uns hüten, Begriffe wie «Die Vereinten Nationen», «Die Alliierten» zu verwenden, die einen propagandistischen Hintergrund hätten und die uns an den Weltkrieg erinnerten und daher vielen Menschen einen Schrecken einjagten. Es sollte daher immer nur von «unseren Feinden», «von der Feindseite» u. dergl. gesprochen werden.»

Am 8. Febr. 1943 wollte Goebbels die «Vereinten Nationen» als «Hilfsvölker» der Sowjetunion bezeichnet wissen.

22. November 1942

«Zu der angeblichen Verschwörung deutscher Offiziere gegen den Nationalsozialismus gibt der Minister die Weisung, nicht in Talks oder langen Speechs auf diese lächerliche Meldung einzugehen, sondern in prägnanten Kurzmeldungen die Auswüchse der Engländer und Amerikaner lächerlich zu machen. Dabei sollte am Schluss dieser Kurzmeldungen immer betont werden, dass hierbei der Wunsch der Vater des Gedankens ist und dass die Engländer Kraft und Stärke dort vortäuschen, wo sie nicht sind.»

23. November 1942

«Der Minister spricht über die augenblickliche Lage an der Ostfront und weist darauf hin, dass die heutige Situation nicht im mindesten verglichen werden könne mit der im vergangenen Winter. Für uns sei es nun einmal so, dass der November immer schwere Rückschläge bringe. Die Russen hätten zweifelsohne gewisse Vorteile erzwingen können, obgleich man sich über die Offensivvorstösse noch kein rechtes Bild machen könne. Ein offensiver Erfolg sei ihnen bisher noch nicht beschieden gewesen, und die von uns eingeleiteten Gegenmassnahmen würden bald ihre Früchte tragen. Es sei klar, dass in diesem Augenblick die gesamte Feindpropaganda sich auf dieses Thema stürze und einen grossen Lärm veranstalte. Wir sollten die Lage sich erst entwirren lassen und uns nur im Rahmen des OKW-Berichtes äussern. Es sei in diesem Augenblick aber von besonderer Bedeutung, die Nachrichtenpolitik offensiv zu führen. Gerade jetzt müssen wir frech, überheblich und mit souveränem Gleichmut der feindlichen Propaganda entgentreten. Unsere Presse dürfe in diesem Augenblick nicht von den Nachrichten beherrscht sein, sondern jetzt zeige sich, ob die Presse tatsächlich ein Führungsinstrument sei. In diesem Zusammenhang verwarnt er erneut ein Berliner Blatt.»

Am 19. Nov. 1942 begann die sowjetische Gegenoffensive bei Stalingrad zunächst durch Truppen der Heeresgruppe «Südwestfront» und «Donfront». Die Linien der 3. rumänischen Armee wurden durchstossen. Am 20. Nov. setzte der Angriff der sowjetischen Heeresgruppe «Stalingrad» ein, die die Front der 4. rumänischen Armee durchbrach und sich mit ihren Angriffsspitzen am 22. Nov. bei Kalatsch (westl. Stalingrad) mit den Stossverbänden der Heeresgruppe «Südwestfront» vereinte. Damit waren rund 300'000 Mann, die 6. Armee (Paulus) und Teile der 4. Panzerarmee eingekesselt. Am Abend des 22. Nov. befahl Hitler: «6. Armee igelt sich ein und wartet Entsatz von aussen ab.» – Für fast zwei Monate bot nunmehr der von Hitler redigierte Wehrmachtbericht ein Beispiel für die «Kunst des Verschweigens». Soweit der Wehrmachtbericht überhaupt die Front von Stalingrad erwähnte, so war ihm jedoch bis zum 16. Jan. 1943 nicht zu entnehmen, dass dort eine deutsche Armee eingekesselt war und ihrer Vernichtung entgegensah.

25./26. November 1942

«Der Minister führt aus, dass die Presse noch stärker von der Nachrichtenpolitik zum propagandistischen Führungsmittel übergehen müsse. Es sei bei der heutigen Lage am Platze, durch geschickte Zusammenstellung des Materials über die Rück-

schläge hinwegzukommen. Nach der militärischen Methode, eingebrochene Feinde herauszuwerfen, müssten wir auch heute die propagandistischen Einbrüche der letzten Tage ausbügeln. Dabei sollten wir selbstverständlich nicht zu optimistisch sein, aber auch auf keinen Fall durch einen an den Tag gelegten Pessimismus die feindlichen Propagandanachrichten bestätigen. Er sei auch im Sommer ein Realist gewesen und habe vor dem grossen Optimismus, der sich vielfach im Volke breit-zumachen suchte, gewarnt und jetzt, da ein Pessimismus die Oberhand zu gewinnen scheine, könne er dagegen vorgehen und auch hiervon Abstriche machen. Er persönlich sei dazu berechtigt, denn wenn man gegen den allzu starken Optimismus angegangen sei, könne man auch gegen den Pessimismus vorgehen. Er bittet, Nachrichten der Feindseite aufzunehmen, die für uns sprechen. Dem deutschen Volk soll der Ernst der Lage nicht verschwiegen werden, aber andererseits dürfe nicht der Eindruck entstehen, als sei nun ein entscheidender Schlag dieses Krieges erfolgt.

Über die Kämpfe bei Stalingrad bemerkt der Minister, dass die Härte und Schwere des Kampfes herausgestellt werden soll. Von der Winterkleidung wird vorläufig noch nichts erwähnt, da noch nicht alle Truppenteile hundertprozentig beliefert sind.

Am 27. Nov. 1942 folgte die Weisung: «Gegen die astronomischen Zahlenangaben der Bolschewisten über unsere Verluste bei den Kämpfen um Stalingrad sollten wir wieder vorgehen und sie auf das Entschiedenste dementieren.»

Seit Beginn der sowjetischen Stalingrad-Offensive wurden in Moskau beinahe täglich Kommuniqués u.a. über die Verluste der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten bei Stalingrad herausgegeben. Beispielsweise bezifferte Moskau am 26. Nov. 1942 die auf deutscher Seite bei den Kämpfen um Stalingrad seit dem 19. Nov. Gefallenen auf 51'000 und die Zahl der Gefangenen auf 63'000. – Fs. 1. Dez. 1942.

Am 4. Dez. 1942: «Die Winterkleidung ist an der Ostfront zum weitaus grössten Teil angekommen. Trotzdem empfiehlt der Minister, die Frage der Winterkleidung in der deutschen Propaganda nicht aufzugreifen, da ein Verschweigen dieser Tatsache die beste Propaganda für uns sei. Es werde sich von selbst herumsprechen, dass die Ostfront in diesem Winter mit Winterkleidung gut versorgt ist.»

Der Minister wird einen Leitartikel über die politischen Leidenschaften veröffentlichen und dabei vornehmlich mit der Objektivität der Deutschen ins Gericht gehen. Es sei heute an der Zeit, wieder einmal dem Volke klarzumachen, dass wir Fanatiker unseres Kampfes um die Sicherstellung der Zukunft des Reiches sein müssen. So wie die Engländer sich nicht um Recht oder Unrecht gekümmert haben, wenn es sich um die Existenz und den Vorteil ihres Volkes handelte, müssten auch wir das Gleiche tun.»

Am 29. Nov. 1942 erschien im «Reich» der Goebbels-Leitartikel «Über die politische Leidenschaft». Er machte den Deutschen gewisse «Nationallaster» zum Vorwurf, sie seien «Objektivitätsfanatiker», würden sich von Sentimentalitäten leiten lassen und einem philisterhaften Gerechtigkeitsinn huldigen. Das alles sei aber gefährlich und lästig, vor allem in einem Kriege, den letztlich der Erfolg entscheide. Wiederum beklagte sich Goebbels, dass ein verkümmertes nationaler Instinkt das Volk hindere, «in Wallung» zu gelangen. Nötig aber sei «der radikalste Fanatismus

und die heisseste Leidenschaft für unsere grosse Sache... Dem Feind jedoch gebührt unser Hass und unser Vernichtungswille. Wer uns in diesem Kriege vom Recht des Gegners spricht, dem treten wir mutig und mannhaft entgegen, weil er das Recht des eigenen Volkes schmälert.»

27. November 1942

«Die Selbstversenkung der französischen Flotte in Toulon soll nur im Rahmen des OKW-Berichtes gebracht werden. In unserer Propaganda könnten wir darauf hinweisen, dass das Ehrenwort eines französischen Generals oder Admirals für uns keine Gültigkeit besitze, wie die Vorgänge mit Darlan, Giraud und Nogues bewiesen hätten. Ausserdem könne das Deutsche Reich seine Zukunft nicht auf dem Ehrenwort französischer Militärs aufbauen. Es wäre ein unverzeihlicher Leichtsinns dies zu tun, nachdem wir bereits diese Erfahrungen mit den Franzosen gemacht hätten.

Am 27. Nov. 1942 besetzten deutsche Truppen den südfranzösischen Kriegshafen Toulon, doch waren die dort liegenden französischen Kriegsschiffe weder ausgelaufen noch gaben sie sich dem deutschen Zugriff preis, sondern waren zuvor von ihren Besatzungen kampfunfähig gemacht worden. Die Touloner Flotte bestand u.a. aus 3 Schlachtschiffen, 7 Kreuzern, 25 Zerstörern und 26 U-Booten.

Der latente Gegensatz zwischen Giraud, Darlan und de Gaulle sei wert, von uns ausgenutzt zu werden. Ausserdem könnten wir die Franzosen darauf hinweisen, dass in Nordafrika alle französischen Grubenbesitzer unter der Begründung beseitigt und durch Amerikaner ersetzt worden sind, dass sie Anhänger von Pétain seien. Dabei könnten wir darauf hinweisen, dass selbstverständlich die Amerikaner niemals aus Nordafrika herausgehen werden und dies sei die Folge davon, dass sich Frankreich in den entscheidenden Augenblicken nicht klar entschieden habe.»

In den Konferenzen vom 28. und 29. Nov. 1942 wiederholte Goebbels seine Weisung, den Streit zwischen de Gaulle und Darlan «liebervoll» zu schüren. De Gaulle war für die deutsche Presse grundsätzlich das «gekaufte Subjekt» Churchills und Darlan das Roosevelts. Nach dem Tode Darlans war Giraud für diese Rolle aussersehen. Goebbels Anfang Dezember 1942: «Der Gegensatz Darlan-de Gaulle verdient weiterhin eine pflegliche Behandlung. Die Darstellung des Streites darf jedoch nicht zu einem Gegensatz zwischen diesen beiden Männern gemacht werden, sondern zu einem politischen Konflikt, hinter dem sich auf der einen Seite England, auf der anderen Seite Amerika befindet.»

28. November 1942

«Der Minister hält es für angebracht, bald von dem Thema Toulon herunterzukommen, um der Gefahr zu entgehen, dass die Versenkung der französischen Flotte zu einer Legende und mit der Versenkung der deutschen Flotte bei Scapa Flow verglichen wird. Dafür soll der Ehrenwortbruch, wie ihn der Führer in seinem Brief an den Marschall Pétain besonders betont habe, stärker herausgestellt werden. Bei dem Ehrenwortbruch müsse besonders die Tatsache hervorgehoben werden, dass er gegenüber dem Marschall gemacht worden sei, der ja der Vertreter des nationalen Frankreichs immer gewesen sei. Gegenüber der feindlichen Propaganda

müsse darauf hingewiesen werden, dass wir die französische Flotte in Toulon gar nicht haben wollten, dass aber Frankreich nunmehr seinen letzten Trumpf verloren habe. Dies sei die Folge des Attentismus und des Glaubens, man könne in diesem Augenblick der grössten geschichtlichen Entscheidung warten, sich die Hände reiben und sich als Zuschauer benehmen.»

29. November 1942

«Der Minister bemerkt zum Führer-Brief an Pétain, dass er in wirklich klassischer Weise die politische Lage entwirrt habe. Er führt dazu aus, dass durch den dauernden Wechsel der Tagespolitik die grossen Richtlinien des Krieges uns verloren zu gehen drohten. Er halte es für notwendig, in diesem Augenblick eine systematische Kampagne in Presse, Rundfunk und bei den anderen Mitteln der öffentlichen Meinungsbildung mit dem Ziel zu starten, dem Volke wieder zum Bewusstsein zu bringen, dass dieser Krieg von uns nicht gewollt und nicht begonnen wurde. Die Tatsache, dass der Krieg wegen Danzig angezettelt wurde, darf im Streit der Tagesmeinungen nicht verlorengehen und muss immer wieder in das Gedächtnis der Welt zurückgerufen werden. Alle Redner der Partei, alle Wochensprüche und die Leitartikel sollen für einige Zeit mit dem Satz beginnen: «Wir haben diesen Krieg nicht gewollt!»

Vor dem Einmarsch in das unbesetzte Frankreich richtete Hitler am 11. Nov. 1942 einen Brief an Marschall Pétain und einen Aufruf an das französische Volk. Am 26. Nov. schrieb er nochmals einen Brief an Pétain, in dem er vor allem die Besetzung des französischen Kriegshafens Toulon rechtfertigen wollte. Er schrieb wörtlich: «Ich habe deshalb nunmehr nach Kenntnis der neuen Ehrenwortbrüche französischer Offiziere, Generäle und Admirale durch die nunmehr bewiesene Absicht, den englisch-jüdischen Kriegsverbrechern auch Frankreich ähnlich wie Nordafrika zu öffnen, den Befehl gegeben, Toulon sofort zu besetzen, die Schiffe am Ausfahren zu verhindern oder sie zu vernichten und jeden Widerstand, wenn notwendig, mit äusserster Gewalt zu brechen.» Sodann sprach Hitler die Hoffnung aus, dass es möglich sein müsse, dem französischen Staat wieder eine Wehrmacht zu geben und versicherte, dass Deutschland mit allen Mitteln bei der Rückgewinnung des französischen Kolonialreichs behilflich sein werde.

30. November 1942

«Lur Churchill-Rede bemerkt der Minister, wir sollten die Kritik mit dem Satz einleiten, diesen Krieg habe Churchill gemacht und aus seiner Rede spreche das schlechte Gewissen über seine Kriegsschuld. Churchill sei ein Hauptkriegtstreiber im ersten Weltkrieg gewesen, und nach einem englischen Bericht sei er ja in dröhnendes Gelächter ausgebrochen, als der erste Weltkrieg nun tatsächlich begann. In eben derselben Weise, wie er schuld sei am ersten Weltkrieg, sei er es auch an diesem. Aus der Churchill-Rede selbst sollten wir die Stellen herausnehmen, die auf die Schwierigkeiten der Kriegführung aufmerksam machen. Die amerikanische Führung der Operationen in Nordafrika soll man gegenüber den Engländern herausstellen. Die Prahlerei Churchills mit der Versenkung von deutschen U-Booten

beantworte man damit am besten, dass man den Engländern die Tatsache ins Gedächtnis rufe, dass sie im Weltkrieg nach ihren Angaben mehr U-Boote versenkt haben wollten, als wir tatsächlich hatten. Die Hoffnung von Churchill, dass es uns wie Napoleon ergehen werde, ziehe nicht mehr recht. Denn dieses Beispiel habe schon im vergangenen Winter seine Schärfe verloren. Wenn Churchill das Feldherrntum Adolf Hitlers angreife, so solle ihm entgegengehalten werden, dass ja der Gefreite Adolf Hitler die mächtigste Landmacht Europas, nämlich Frankreich, niedergeschlagen habe.»

In seiner Rundfunk-Rede vom 29. Nov. 1942 berichtete Churchill zunächst von den Erfolgen der alliierten Landung in Nordafrika. Churchill warnte jedoch vor der Hoffnung, der Krieg, von dem er voraussagte, er werde in Europa eher als in Asien beendet, würde nicht mehr lange dauern. Es sei vielmehr zu bedenken, dass Hitler beinahe ganz Europa unter seiner Herrschaft halte, der U-Bootkrieg noch schlimmer werden kann und dass die deutschen Führer, «diese Schurken wissen, ihr Leben stehe auf dem Spiel».

1. Dezember 1942

«Die Erfolge im U-Bootkrieg und die pessimistischen Stimmen der Gegenseite sollen stärker herangezogen werden, um die Stimmung im Reich etwas aufzufrischen. Die Bevölkerung mache sich über die Ostlage mehr Sorgen, als zurzeit angebracht ist, und daher können die U-Booterfolge stärker herausgestellt werden.

Am 2. Dez. 1942 machte die Versenkung von 166 Schiffen mit insgesamt 1'035'200 BRT im Monat November, die bis dahin höchste monatliche Versenkungsziffer, Schlagzeilen der deutschen Presse.

Die Russen haben wiederum übertriebene Zahlenangaben über unsere Verluste gemacht. Es sollen nunmehr alle von den Russen bisher gemeldeten Verluste zusammengezählt werden, dazu die angeblichen Verluste, die wir im Kampf mit Engländern und Franzosen erlitten haben. Zusammengerechnet müssten wir nach den feindlichen Angaben schon jetzt über 12 Millionen Tote haben. In nächster Zeit soll nun die Welt auf diese Lügenmeldungen aufmerksam gemacht werden, um ihr zu zeigen, dass, wenn die Zahlenangaben der Russen richtig wären, rund $\frac{1}{a}$ der Bevölkerung schon tot sein müsste. Diese Zusammenzählung würde den Engländern zweifelsohne unangenehm sein, wie die Rechnung uns, die die Engländer über die angeblich von uns versenkten Flugzeugträger herausgaben, die auch die Zahl der Flugzeugträger überschritt, die die Engländer bei Ausbruch des Krieges hatten. Der Minister glaubt, dem Zahlenschwindel der anderen damit etwas Einhalt gebieten zu können.»

Am 29. Nov. 1942 war im sowjetischen Regierungsorgan «Iswestia» zu lesen, dass in den letzten 10 Tagen bei Stalingrad und im Mittelabschnitt der Ostfront 100'000 Deutsche und Rumänen gefallen seien. Am 12. Dez. meldete Moskau, dass sich die Verluste des Gegners bei Stalingrad seit dem 19. Nov. auf 94'000 Tote und 72'500 Gefangene belaufen.

2. Dezember 1942

«Zum Beveridge-Plan bemerkt der Minister, dass in unserer Kritik das Wesentliche dieses Sozialplanes herausgehoben werden soll und das Unwesentliche am besten vollkommen beiseitegelassen wird. Unsere Kritik sollte sich auf einige grosse Punkte beschränken. Als solche führt der Minister folgende an:

1. Der Beveridge-Plan entspricht in seinem Niveau etwa der Bismarckschen Sozialordnung und beweist also die soziale Rückständigkeit Englands.
2. Die privaten Versicherungsgesellschaften machen mit diesem Plan ein grosses Geschäft, da die Versicherungen nicht nationalisiert werden, sondern privat bleiben sollen. Die vorgesehene Sozialversicherung gleicht also einer Brandschadenversicherung.
3. Selbst diesen primitiven Sozialplan erklären die englischen Kapitalisten noch nicht einmal für annehmbar, wie es aus der «Times» und dem «Daily Telegraph» hervorgeht.
4. Ausserdem stellt der Beveridge-Plan als Norm die Zahl von 1,5 Mill. Arbeitslosen auf. Das englische Weltreich also glaubt selbst nach einem Siege die Arbeitslosenfrage nicht lösen zu können.»

Der britische Nationalökonom und Statistiker William Henry Beveridge arbeitete 1942 in amtlichem Auftrag eine Denkschrift über Sozialversicherungsfragen und verwandte Gebiete aus (Report on Social Insurance und Allied Services), die als Beveridge-Plan allgemein bekannt wurde, auf dem übrigens noch heute die Sozialpolitik Grossbritanniens basiert.

Eine erste kritische Stimme zum Beveridge-Plan, auf die auch Goebbels verwies, erschien u.a. in der «Times» vom 11. Nov. 1942 (Industrie-Entwicklung der Zukunft), jedoch nicht im «Daily Telegraph» vom 11. Nov. 1942 (Trevor Evans: 120 Wirtschaftsführer planen die Nachkriegswelt). Der «Times»-Artikel schloss mit dem Satz: «Aus allem könnte man die Schlussfolgerung ziehen, dass, wenn auch die Verpflichtungen von Industrie und Wirtschaft gegenüber dem Volksganzen voll und ganz anerkannt werden, die Massnahmen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen noch genauer Definition und Ausarbeitung bedürfen.» Der «Daily Telegraph» beschränkte sich darauf, Einzelheiten des Beveridge-Plans zu referieren.

Nach einer Weisung vom 5. Dez. 1942 sollten Nachkriegspläne des feindlichen Auslandes, u.a. der Beveridge-Plan, «eindeutig als utopisch oder Bauernfängerei entlarvt» werden.

Gegen den Plan polemisierte Ley bereits im «VB» vom 5. Dez. 1942. Weitere Polemiken wurden von Goebbels wiederholt in den folgenden Monaten inspiriert. Am 18. Febr. 1943 gab er schliesslich die Weisung, man solle nicht zu sehr hervorheben, dass der Plan «erst nach dem Kriege in Kraft gesetzt werden solle, weil bestimmte Pläne bei uns ebenfalls bis dahin zurückgestellt würden».

4. Dezember 1942

«Der Minister ist der Ansicht, dass trotz der zunehmenden Stabilisierung an der Ostfront dem deutschen Volk gegenüber noch immer von der Härte der Kämpfe gesprochen werden soll. Über die Grösse der Operationen soll man jedoch noch nichts bringen. Demgegenüber könne dem Ausland jetzt eine zusammenfassende

Darstellung der Lage gegeben werden unter der Berücksichtigung dessen, was die Feinde gewollt haben und was sie tatsächlich erreichten. Folgende Ziele könne man dabei aufstellen:

1. Der Feind hat den Versuch unternommen, die Achse aus Nordafrika herauszuwerfen. Dies ist ihm nicht gelungen.
2. Von Nordafrika wollte er nach Italien übersetzen, um das Achsengebäude von Süden her zum Einsturz zu bringen. Auch dies ist ihm nicht gelungen.
3. Durch eine intensive Propagandawelle versuchte er Italien müde zu machen. Diesen Versuch hat Mussolini entlarvt und die Propagandawelle zum Einsturz gebracht.

Dazu am 3. Dez. 1942: «Die guten italienischen Stimmen zur Mussolini-Rede sind herauszuheben. In der Auslandpropaganda ist dabei besonders gegen die englische These vom «kriegsmüden Italien» zu polemisieren und die Tatsache herauszustellen, dass England einem neuen europäischen Bewusstsein gegenüberstehe, das mit den alten abgedroschenen Propagandamitteln nicht zu schlagen sei. Die von Morrison aufgeführten Zahlen über die Zerstörungen durch Luftangriffe sollen nicht gebracht werden.»

18 Monate hatte sich Mussolini mit keiner Rede der Öffentlichkeit gestellt, als er am 2. Dez. 1942 mit einer Ansprache vor dem gesetzgebenden Ausschuss der faschistischen Kammer wiederum von sich hören machte. Er gab einen Überblick über die Kriegslage, nannte den Krieg einen «heiligen Krieg» und stellte als grundlegende Tatsache heraus, dass die Deutschen die Russen geschlagen haben. Ansonsten verlangte er von seinen Landsleuten, erbeutete Fahnen des Feindes zu sehen.

Mussolini bezifferte die italienischen Gesamtverluste für die ersten 30 Kriegsmonate in seiner Rede vom 2. Dez. 1942 auf 230'738 Gefangene, 37'713 Vermisste, 40'219 Gefallene und 85'968 Verwundete. Goebbels meinte, dass der Duce durch die offene Bekanntgabe der italienischen Verluste «auch einen unerhörten Kredit für sich erworben habe».

4. Der Feind hoffte auf einen Zusammenbruch im Osten und sah sich schon mit seinen Streitkräften in Rostow.

Rostow musste Mitte Februar 1943 von der Wehrmacht geräumt werden.

Diese Ziele, die zweifelsohne der Gegner gehabt hat, sollen wir durch Pressestimmen und Rundfunkkommentare untermauern. Die «Times» und andere englische wie amerikanische Zeitungen haben verschiedentlich diese Ziele zum Gegenstand ihrer Erörterungen gemacht. Wir könnten darauf hinweisen, dass, so wie jetzt alle Offensiven der Gegner zu keinem Erfolg führten, es ihnen in der gleichen Weise immer ergehen werde. Selbstverständlich könne bei der Weite der Fronten ihnen hier und da ein Einbruch gelingen, der aber immer wieder abgeriegelt würde. Wenn man eine Front zwischen Sedan und Lüttich zu halten hat, sei es einfach sich zu verteidigen; wenn aber deutsche Truppen an der Wolga und in Nordafrika stünden, so könne es dem Feind bei der Weite der Operationen gelegentlich gelingen, stellenweise einzudringen. Diese Möglichkeit lasse sich nie ausschalten, dies sei aber ohne wesentliche Bedeutung.»

Goebbels wandte nunmehr die gleiche Methode an, die er den Engländern seit Jahren

zum Vorwurf gemacht hatte. Er unterstellte den Gegnern weitergehende strategische Ziele, bewies, dass diese nicht erreicht worden seien, und folgerte sodann, Deutschland habe mit einem grossartigen Abwehrsieg eine schwierige Situation glänzend überstanden. Die Wirklichkeit sah freilich anders aus.

5. Dezember 1942

Das OKW wird durch seine Dienststellen in der Heimat den gerade hier befindlichen Urlaubern aus dem Osten in den nächsten Tagen mitteilen, dass ihr Urlaub bis auf Weiteres verlängert wird. Auf Befragen erklärt der Vertreter des OKW, dass der tatsächliche Grund in der Notwendigkeit liege, die Transportmittel in Richtung Osten vorübergehend restlos für andere Zwecke einzusetzen. Von dem Bekanntwerden dieser Massnahme erwartet man grösste Erregung, und zwar zum Teil ein Wiederaufleben der Gerüchte über einen bevorstehenden Waffenstillstand im Osten, zum Teil Gerüchte über schwere Zusammenbrüche oder sonstige negative Entwicklungen im Osten. Da eine öffentliche Ankündigung der Massnahme unter Angabe des wirklichen Grundes nicht tunlich ist, falsche Gründe jedoch nicht angegeben werden können, wird der Minister die Gauleiter mit der Weisung über den wahren Tatbestand unterrichten, auf dem Wege über die Parteiorganisation allen auftauchenden Gerüchten von vornherein durch Mundpropaganda unter Verwertung des tatsächlichen Grundes für die Urlaubsverlängerung nachdrücklichst entgegenzutreten.»

Ein Korrespondent der Zeitung «Madrid» berichtete unter Entstellung einer in Tokio gehaltenen Rede von Sonderfriedensverhandlungen zwischen Berlin und Moskau. Am 7. Dez. 1942 kam Goebbels nochmals darauf zu sprechen und meinte, dass solche Meldungen «den Eindruck der deutschen Schwäche hervorrufen» müssten.

7. Dezember 1942

«Das Wort «Festung Europa» darf nicht gebraucht werden. Es sei defensiv und enthalte nur negative Elemente. Eine Festung könne man belagern, und es sei nur eine Frage der Zeit, wann sie falle.

Den Begriff «Festung Europa» haben in der deutschen Publizistik zuerst Propagandaexperten des Auswärtigen Amtes eingeführt. Jedoch schon Ende Nov. 1943 schrieb die Auslandspresse, u.a. Ward Price, dass man die grösste Belagerung der Weltgeschichte beginne, der «Angriff gegen die Festung Europa».

Der Minister warnt vor der Auffassung, dass die von den Russen jetzt gestartete Offensive die letzte sei. Wir dürften dies auf keinen Fall sagen, denn niemand könne behaupten, ob die Russen tatsächlich ihre letzten Kräfte einsetzten. Die Russen hätten uns so viele Überraschungen im Verlauf des Krieges geboten, so dass Vorsicht am Platze sei.»

8. Dezember 1942

«Der Minister hat einen Lebensmittelzug aus der Ukraine für den Gau Berlin zusammenstellen lassen. Über diesen Zug wird nichts bekanntgegeben, da er ihn nur für seinen Gau sich unter schweren Mühen erstritten hat.»

Der Lebensmittelzug, vor allem bestehend aus Butter, zusammengestellt vom Reichskommissar für die Ukraine, Koch, war am 13. Dez. in Berlin eingetroffen. Die Verteilung der Lebensmittel übernahm schon «wegen der propagandistischen Wirkung» die Partei. Goebbels in seinen Tagebüchern: «Die Partei hat den Bürgern des Staates so viel Unangenehmes mitzuteilen und ihnen abzufordern, dass es nicht mehr als recht und billig ist, dass sie nun auch einmal etwas Angenehmes bringt.» Sodann beklagte er sich, dass in vielen kleinen Ortschaften das Auftauchen des Ortsgruppenleiters schon «einen Todesschrecken» hervorrufe. Man habe «aus Kurzsichtigkeit» die Partei damit beauftragt, den Angehörigen den «Heldentod» ihres Sohnes, Bruders oder Mannes mitzuteilen, anstatt es wie früher teilweise der Kirche zu überlassen. Daher gelte nunmehr der Ortsgruppenleiter in vielen Teilen des Landes als eine Art «Leichenbitter» und erhielt den Namen «Todesvogel».

12. Dezember 1942

«Die englische Propaganda bemächtigt sich der angeblichen Judengreuel im Osten derart stark, dass der Minister es nunmehr für an der Zeit erachtet, gegen diese Propagandakampagne etwas zu unternehmen. Dieses Thema sei zwar recht heikel, und wir sollten uns auf die Polemik am besten nicht einlassen, dafür aber die Greuel der Engländer in Indien, im Iran und in Ägypten besonders herausstellen. Unsere beste Waffe gegen den Propagandafeldzug sei die Offensive und dafür geben uns die Engländer genügend Material. Die Greuelmeldungen müssten jedoch von uns in einer stärkeren Tonart vorgetragen werden und von der deutschen Presse kräftig unterstützt werden, damit sie auch in der Welt zum Tragen kommen.»

Vor allem im Winter 1942/43 brachte neben der amerikanischen namentlich die britische Presse eine Fülle von Artikeln über deutsche Juden-Exekutionen und machte sich wie kaum zuvor zum Ankläger jener Unmenschlichkeiten.

Die «Misshandlungen der Juden in Polen», erklärte Goebbels schon am 8. Dez. 1942, seien «eine heikle Frage», auf die am besten überhaupt nicht eingegangen werde.

14. Dezember 1942

«Der Minister weist auf die grosse jüdische Propagandaaktion gegen Deutschland in der ganzen Welt hin und erklärt, dass man dieser Aktion, die bereits seit Wochen zu beobachten sei, deutscherseits unbedingt eine Gegenaktion gegenüberstellen müsse. Dabei komme nicht etwa eine völlige oder teilweise Widerlegung der jüdischen Greuelbehauptungen in Frage, sondern lediglich eine deutsche Aktion, die sich mit englischen und amerikanischen Gewalttaten in der ganzen Welt beschäftige. Es müsse daher über Indien, den Iran, Irak, Nordafrika und überhaupt über Gewaltakte Englands und Amerikas lückenlos und immer wieder mit grösstem Nachdruck berichtet werden. Diese Berichterstattung müsse auch im Inland durch-

geführt werden, selbst wenn die deutsche Bevölkerung hierüber nichts mehr hören wolle, um eine Diskrepanz zwischen der Innen- und Aussenpropaganda, die gegen uns verwertet werden könnte, zu vermeiden.

Der Minister bittet, dafür zu sorgen, dass auf allen Wegen auch das Auswärtige Amt entsprechende Massnahmen trifft. Unter anderem dachte er an Aufrufe oder Verlautbarungen der beiden Boses, des Grossmufti von Jerusalem usw.»

Am 18. Dez. 1942 sprach der Grossmufti von Jerusalem auf einer Veranstaltung in Berlin und erklärte u.a., dass die USA und Grossbritannien in jeder Form die jüdischen Ziele unterstützen würden und in Gemeinschaft mit den Juden alle Proteste der Araber und des Islams mit Terror, Blut und Feuer zerschlugen.

Am 22. Dez. 1942 richtete der Inder Bose eine Rundfunkbotschaft nach Indien, wies auf die alliierte «Greuelpropaganda» hin und stellte in Gegensatz dazu die barbarische Art und Weise, wie die britische Regierung in Indien herrsche und hause.

16. Dezember 1942

«In unserer Offensive gegen die Greuelmeldungen der Engländer dürfen wir uns nicht auf die englischen Greuel allein beschränken, sondern müssen auch auf die verschiedenen Gewalttätigkeiten und Erpressungen der Amerikaner und die russischen Greuertaten hinweisen. Der Minister hält ein allgemeines Geschrei über Greuertaten für die beste Möglichkeit, von dem leidigen Judenthema herunterzukommen. Es müsste so sein, dass jede Partei jeder Partei vorwirft, dass sie Greuertaten begeht. Dieses allgemeine Geschrei würde schliesslich dazu führen, dass dieses Thema vom Programm abgesetzt wird. In der deutschen Presse sollen in grösserem Umfange Greuelbeschuldigungen gegen die englische Politik aufgegriffen werden, damit unsere Offensive in der Welt zum Tragen kommt.

Der Propagandawelle über deutsche Greuel sei eine eigene Propagandawelle, «die sich mit Gewalttaten der Engländer, Amerikaner und Russen in aller Welt beschäftigt», entgegenzutreten, erklärte Goebbels am 18. Dez. 1942 und verlangte, dass diese Aktion «unermüdlich und ununterbrochen» fortgesetzt werde. Ihre Fortsetzung wurde nochmals am 29. Dez. 1942 anbefohlen, «weil dieses Thema für uns von erheblicher Bedeutung ist». In seiner Sportpalast-Rede vom 18. Febr. 1943 bezeichnete Goebbels das Judentum «als die Inkarnation des Bösen, als plastischer Dämon des Verfalls», es stelle eine «infektiöse Erscheinung» dar. Die ausländischen Proteste gegen die antijüdische Politik, «das Vergiessen von heuchlerischen Krokodilstränen», könnten nichts daran hindern, dass man der jüdischen Bedrohung entgegenrete durch «Ausrot...» – dann verbesserte sich Goebbels und sagte – «durch Ausschaltung des Judentums».

Es sind insgesamt 600 Postkarten kriegsgefangener deutscher Soldaten aus Russland über das Rote Kreuz ins Reich gekommen. Da die Briefprüfstelle einige Zeit geschlossen war, sind die Postkarten ohne Prüfung an die Angehörigen weitergeleitet worden. Über die Frage der Bekanntmachung dieser Tatsache wird zurzeit noch verhandelt. Die weiteren Briefe und Postkarten werden gesammelt und den Angehörigen bei einer passenden Gelegenheit voraussichtlich zugestellt. Eine grundsätzliche Regelung ist jedoch noch nicht getroffen worden.»

In seinen Tagebüchern erwähnte Goebbels unter dem 17. Dez. 1942 «etwa vier- bis sechshundert Postkarten» deutscher Kriegsgefangener aus Russland. Die Karten seien den Angehörigen ausgeliefert worden, aber mit einem «erklärenden Begleitschreiben». In Zukunft jedoch sollten die Karten den Angehörigen nicht mehr zugestellt werden, weil sich mit den Postkarten «ein Einfallstor für die bolschewistische Propaganda in Deutschland» eröffnen würde.

18. Dezember 1942

«Ferner kritisiert der Minister in längeren Ausführungen in allerschärfster Form die Tatsache, dass alle Versuche der amerikanischen Rüstungspropagandawelle, unter deren Bann die ganze Welt steht, eine deutsche Aufbau- und Rüstungspropaganda entgegenzusetzen, an dem Unverständnis der Zensurstellen gescheitert seien. Diese geradezu groteske Art der Arbeitsweise der militärischen Zensur kennzeichnet er in schärfsten Ausdrücken, wobei er als Beispiel einen Vorfall wiedergab, bei dem die militärische Zensur die Veröffentlichung eines Bildes von einem über dem Reichsgebiet abgeschossenen feindlichen Flugzeug mit dem Hinweis verboten hat, dass dieses Flugzeug noch nicht in dem entsprechenden militärischen Kalender abgebildet sei. Der Minister gibt seinen Mitarbeitern allerschärfste Weisung, ihm umgehend Vorschläge zu unterbreiten, die er nach Abstimmung mit dem Reichspressechef in einer Führer-Vorlage zusammenfassen wolle.»

In seinen Tagebüchern meinte Goebbels, dass Donald Nelsons Bericht über die amerikanische Rüstungsproduktion masslos übertreibe. Leider sei die deutsche Rüstungspropaganda durch die Veröffentlichungen über zwei überhaupt noch nicht in Gebrauch befindliche Waffen zurückgeworfen worden. Vorläufig hätten alle daran Beteiligten «kalte Füße bekommen und möchten sich nicht mehr auf dies glitschige Gebiet wagen». Anfang Jan. 1943 wurden daraufhin deutschen Journalisten auf dem Truppenübungsplatz Döberitz bei Berlin neue Waffen vorgeführt.

22. Dezember 1942

«Der Minister führt aus, dass wir uns in unserer Propaganda durch die aufgeblasenen Meldungen der Feindseite nicht verblüffen und nicht irritieren lassen. Es sei im Gegenteil notwendig, fest auf die Pauke zu schlagen und einen sicheren Eindruck gegenüber dem Ausland zu erwecken. Worte wie, dass es ernst und kritisch stehe, dürfen nicht gebraucht werden, da, wenn wir in unserer Propaganda ernst sagten, die anderen daraus katastrophal machen würden. Es sei dies auch verständlich, denn derjenige, der betroffen sei, würde jeweils das Ereignis kleiner machen als es ist.»

Zur Lage in Stalingrad notierte Goebbels am 20. Dez. 1942 in sein Tagebuch lediglich: sie gebe «zu einigen Besorgnissen Anlass. Der Lufttransport klappt wegen der üblen Wetterlage nicht so, wie das wünschenswert wäre. Unsere Truppen haben nicht mehr ausreichend zu essen.»

Der für den 22./23. Dez. 1942 geplante Ausbruch der 6. Armee aus Stalingrad wurde nicht befohlen, da Hitler die Genehmigung verweigerte. Man wartete in Stalingrad in jenen Tagen vergebens auf den Befreiungsstoss der Entsatzarmee, auf ihren Vorstoss bis in die Nähe des Kessels.

31. Dezember 1942

«Alle für uns günstigen Auslandstimmen über die Lage an der Ostfront sollen gebracht werden. Gegenüber den übertriebenen sowjetrussischen Meldungen soll darauf hingewiesen werden, dass auch im vergangenen Jahre die Russen mit grossen Erfolgen aufwarteten, die sich nachher als wenig bedeutungsvoll herausstellten. Im vergangenen Jahre habe man die polnische Grenze erreichen wollen, während man dieses Jahr sich mit Rostow schon bescheide. Insgesamt sei es notwendig, in allen Jahresabschlussberichten eiserne Festigkeit und Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen und nicht dem Versuch anheimzufallen, nun zu untersuchen, wieviele Kilometer wir zurückgegangen sind, sondern wieviele wir im vergangenen Jahre erreichten. Die 20 km, die zurückgegangen werden mussten, seien bedeutungslos gegenüber den Tausenden, die wir vormarschierten.

«Afton Tidningen» hat einen Bericht über die Ukraine gebracht und dabei festgestellt, dass die Ukraine für die Kriegführung des Reiches nichts biete. Diese Stimme soll totgeschwiegen werden, denn im Laufe der Zeit habe sich herausgestellt, dass eine Pressepolemik mit den Schweden zu nichts führe.»

In seiner Silvester-Ansprache 1942 hielt Goebbels es für angebracht, seine Hörer über den wirklichen Ernst der Lage hinwegzutäuschen. Er sagte u.a.: «Wir nahmen dem Feind seine wichtigsten Rohstoff-, Rüstungs- und Getreidezentren. Er erhielt damit einen Schlag, von dem er sich in seiner weiteren Kriegführung überhaupt nicht mehr erholen kann ... Nun sitzen wir am längeren Hebelarm ... Das Reich wird verteidigt von einer Front, die jeder Belastung gewachsen ist _____ Heute sehen wir in der Ferne schon Licht: das Licht eines neuen Morgens, der auf uns wartet, für den wir kämpfen und arbeiten und dem wir mit der ganzen Kraft unserer Herzen zustreben.»

«Wollt Ihr den totalen Krieg?»

JANUAR-MÄRZ 1943

Zum Jahreswechsel richtete Goebbels einen «Neujahrsgruss» 1943 an die Soldaten der Front. Er sprach davon, dass «ein geschichtliches Jahr erster Ordnung» abgeschlossen sei und «ein geschichtliches Jahr erster Ordnung» eingeleitet werde. Ohne konkretere Prognosen zu stellen, sagte er: «So wie der Krieg plötzlich begonnen hat, so wird er einmal plötzlich sein Ende finden. Die Totalisierung der Kriegführung führt nur zu einer Beschleunigung des Krieges selbst... Dieser Krieg ist unsere grosse, aber auch letzte geschichtliche Chance... Dieser Krieg muss deshalb mit einem so gründlichen Sieg enden, dass er nicht mehr wiederholt zu werden braucht... Das Jahr, das vor uns liegt, wird uns keine Prüfung und keine Belastung ersparen. Es wird hoch hergehen in ihm, und wir haben allen Grund, die Ohren steif zu halten, wenn seine Stürme uns umbrausen»... Dennoch meinte Goebbels, dass das neue Jahr den «endgültigen Sieg», den «Endsieg» näherbringen werde.

4. Januar 1943

«Der Minister macht einige grundsätzliche Ausführungen zur Kriegslage und betont dabei den Ernst der Situation und die Notwendigkeit, alles daran zu setzen, um die letzten Kräfte für die Kriegführung zu mobilisieren. Zu Beginn des neuen Jahres sei es notwendig, sich Rechenschaft über die bisherige Arbeit abzulegen und die Konsequenzen für die Zukunft daraus zu ziehen. Er sei glücklich, dass man nunmehr langsam seine Forderung nach einer totaleren Kriegführung zum Durchbruch kommen lasse. Er habe es in den Ministerkonferenzen laufend betont, dass eine radikalere zivile Kriegführung allein in der Lage sei, militärische Erfolge für uns herbeizuführen. Jeder Tag beweise mehr, dass wir im Osten einem brutalen Gegner gegenüberstehen, den man auch nur mit den brutalsten Mitteln niederzwingen könne, und hierfür müsse der totale Einsatz unserer gesamten Kräfte und Reserven erfolgen. Damit gewinne die deutsche Propaganda auch wieder Boden unter den Füßen, und der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis werde aufgehoben. Wenn das Volk spüre, dass nicht nur Propaganda für den totalen Krieg gemacht, sondern auch die notwendigen Konsequenzen gezogen würden, so bekomme die Propaganda ihre richtige Substanz und Wirkung. Es sei jetzt an der Zeit zu handeln, und man dürfe sich nicht auf den Frühling verträsten. Wenn wir heute nicht die gesamten Reserven mobilisierten, so dürfe man nicht glauben, dass dies im Frühjahr oder Sommer geschehe, wenn auch ohnedies der Optimismus sich

breitmache. Jetzt, wo die Schwierigkeiten so gross seien, müsse man die Zeit ausnützen und zur totalen Kriegführung übergehen.

Zur Kriegspropaganda selbst sagt der Minister, dass wir sie auf einige Kardinalsätze zurückführen müssten. Bei der längeren Dauer des Krieges sei es nicht zu vermeiden gewesen, dass unsere Propaganda durch die Tagesereignisse sich zerfasert hätte und dabei die tragenden Grundsätze dieses Krieges mehr in den Hintergrund treten liess. Die Geschichte der nationalsozialistischen Propaganda beweise, dass die Grundsätze jedoch immer das Entscheidende sind, und ein wirklicher Propagandist jede Möglichkeit wahrnimmt, diese Grundsätzlichkeiten des Krieges an einzelnen Tagesereignissen wieder ans Tageslicht zu holen. Es sei notwendig, einige feststehende Grundsätze laufend und unaufhörlich bei jeder Gelegenheit herauszustellen und sie in das Gewissen des Volkes einzuhämmern. Als solche führte er u.a. an:

1. Der Krieg ist dem deutschen Volke aufgezwungen worden;
2. Es gehe in diesem Kriege um Leben oder Sterben;
3. Es gehe um die totale Kriegführung.

Diese Grundsätze vergleicht der Minister mit den Leitmotiven in den Wagnersehen Opern und meint, diese Sätze müssten immer wieder variiert in Erscheinung treten. Es gebe jeden Tag irgendeinen Anlass, diese grundsätzlichen Thesen dem Volke ins Gedächtnis zurückzurufen. Ein solcher Anlass sei z.B. die Veröffentlichung des Weissbuches durch die nordamerikanische Regierung. Der Minister ist der Auffassung, dass durch diese Leitgedanken z.B. auch das Gefasel über den Urheber des Bombardements von Städten erledigt wird.

Der Minister sagt, dass wir weiterhin die Härte des Krieges betonen müssten. Man dürfe jedoch dabei nicht der Gefahr erliegen, dass durch die Betonung der Härte eine defensive Haltung aus unserer Propaganda hervorgeht. Im Gegenteil, unsere Propaganda habe mehr denn je die Aufgabe, die Sieghaftigkeit des Reiches besonders hervorzuheben.

Zu den Nachkriegsplänen der Feinde, die laufend in der feindlichen Propaganda erscheinen, meint der Minister, dass es besser sei, keine Notiz von ihnen zu nehmen. Es sei nicht zu bestreiten, dass sie auf viele Kreise eine Wirkung hätten. Die massive Veröffentlichung dieser Pläne flösse vielen Leuten, die wenig Ahnung von der tatsächlichen Lage hätten, Furcht ein. Diese Nachkriegspläne seien eben eine reine Propaganda der Feindmächte, und letzten Endes verfolgten sie auch das Ziel, eine Sicherheit bei den eigenen Völkern vorzutäuschen. Wir sollten uns daher in Zukunft überhaupt nicht mehr mit ihnen beschäftigen.

Der Minister setzt sich mit dem Schlagwort auseinander, dass «wir den Krieg nicht verlieren könnten». Er halte dieses Wort für absolut falsch, denn es sei von der Vorsehung nicht vorher bestimmt, wer den Krieg gewinne und wer ihn verliere. Selbstverständlich könnten wir den Krieg verlieren, wenn wir nicht alle Kräfte für den Einsatz mobilisierten. Wenn wir alle Kräfte unseres Volkes ausschöpften

und sie richtig einsetzen, dann könne es allerdings sein, dass im Sommer Russland zerschlagen werde. Er sei froh, dass nunmehr die richtige Sprache geführt werde, und dies könne sich nur zum Vorteil unserer Kriegführung auswirken.»

Nach Semler führte Goebbels wörtlich aus: «Ich persönlich wünsche, dass aus meinen Gedanken und denen meiner Mitarbeiter die Vorstellung verschwindet, wir könnten den Krieg nicht verlieren. Natürlich können wir den Krieg verlieren. Der Krieg kann von einem Volk verloren werden, welches sich nicht anstrengt, aber von jenen gewonnen werden, welche das Härteste versuchen. Wir dürfen nicht einer phantastischen Siegesgewissheit anhängen, sondern müssen einen realistischen Blick für die Wirklichkeit haben.

Es ist meine Überzeugung, und nicht einmal die grösste nationale Katastrophe wird sie erschüttern, dass wir den Krieg mit Leichtigkeit gewinnen werden, wenn wir jetzt alle Kräfte einsetzen. Wir haben alle Trümpfe in unserer Hand. Was wir brauchen, sind allumfassende seelische Anstrengungen und der Einsatz jeder Reserve, die wir haben. Wir müssen alle unsere Reserven mobilisieren, das ist es, was in grösstem Ausmass zu geschehen hat.

Ich glaube, wir können die Sowjetunion im nächsten Sommer in die Knie zwingen, wenn wir jetzt die volle Kraft gebrauchen, welche noch ungenutzt im deutschen Volk vorhanden ist. Wir hätten es im letzten Winter tun sollen.»

5. Januar 1943

«Der Minister knüpft an seine gestrigen grundsätzlichen Ausführungen an und teilt unter Betonung der besonderen Geheimhaltungsverpflichtung für alle Anwesenden mit, dass voraussichtlich ein Gremium, bestehend aus Reichsleiter Bormann, Reichsminister Lammers und Reichsminister Goebbels, einen Aktionsplan für die Verwirklichung des totalen Krieges ausarbeiten werde, der dem Führer innerhalb aller kürzester Frist vorzulegen sei. Es sei notwendig, der Front eine Million Soldaten zuzuführen. Er beabsichtige die Schliessung zahlreicher Geschäfte und Warenhäuser, die doch nichts verkauften und lediglich Unbeschäftigte binden, und ebenso die Schliessung aller Luxuslokale, insbesondere Bars und ähnlicher Einrichtungen vorzuschlagen. Theater, Kinos und sonstige echte Erholungsstätten würden der Bevölkerung, die den ganzen Tag schwer zu arbeiten hätte, natürlich erhalten bleiben. Für Männer werde eine Arbeitspflicht vom 15. bis 65., für Frauen vom 17. bis 50. Lebensjahr vorgesehen. Gleichzeitig würden alle Ressorts erneut ausgekämmt werden, wobei er in seinem Ministerium aus eigener Initiative vorbildlich vorzugehen beabsichtige. Der Minister bringt die Überzeugung zum Ausdruck, dass nach Überwindung des ersten Schocks, den die zu erwartenden Veröffentlichungen in der Öffentlichkeit auslösen würden, alsbald ein Gefühl der grösseren Sicherheit aufkommen werde –, wenn nämlich die angeordneten Massnahmen zeigten, dass vom totalen Krieg nicht nur geredet, sondern dass tatsächlich auch entsprechend gehandelt werde. Der Bevölkerung müsse klargemacht werden, dass der radikalste Krieg auch der kürzeste sei. Es müsse ein illusionsfreier Realismus zum Entstehen gebracht werden, der einem von Optimismus getragenen uningeschränkten Einsatz sämtlicher vorhandener Kräfte als Grundlage diene.»

6. Januar 1943

«Der Minister führt in Ergänzung seiner gestrigen Darlegungen über die Massnahmen zur Durchführung des totalen Krieges aus, die Propaganda müsse selbstverständlich vermeiden, eine defensive Grundhaltung des deutschen Volkes hervorzurufen. Unter keinen Umständen dürften Schlagworte wie: «Leben oder Tod», «Festung Europas», die unerwünschte Vorstellungen hervorriefen, herausgestellt werden. Die Propaganda habe seit Kriegsbeginn folgende fehlerhafte Entwicklung genommen:

1. Kriegsjahr: Wir haben gesiegt.
2. Kriegsjahr: Wir werden siegen.
3. Kriegsjahr: Wir müssen siegen.
4. Kriegsjahr: Wir können nicht besiegt werden.

Eine solche Entwicklung sei katastrophal und dürfe unter keinen Umständen fortgeführt werden. Es müsse vielmehr der deutschen Öffentlichkeit zum Bewusstsein gebracht werden, dass wir nicht nur siegen wollen und müssen, sondern besonders auch, dass wir auch siegen *können*, weil die Voraussetzungen gegeben sind, sobald Arbeit und Leistung in der Heimat voll in den Dienst des Krieges gestellt werden.»

8. Januar 1943

«Der Minister betont, dass wir noch stärker die These vertreten müssen, dass die augenblicklichen Vorgänge an der Ostfront von der Feindseite wie im vorigen Jahre übertrieben werden. Es sei jedoch herauszustellen, dass die Vorgänge in diesem Jahr nicht im mindesten zu vergleichen sind mit der Schwierigkeit der Lage im vergangenen Winter. Er regt an, dass die Kommentatoren sich einmal mit der Brussilow-Offensive des Weltkrieges befassen und die damaligen strategischen Ziele Russlands hervorheben. Die russische Weltkriegsoffensive habe für Russland schwere Folgen gehabt, da sie die Kräfte der Russen aufs Stärkste beanspruchte. Der Minister weist darauf hin, dass die Engländer jetzt schon skeptischer gegenüber der russischen Offensive geworden sind. Diese Stimmen könnten bei uns Verwendung finden. Wenn heute die pessimistischen Stimmen der Engländer bei einer für uns nicht sehr günstigen Lage verwandt werden, so habe er eine moralische Berechtigung dazu, diese Anordnung zu erteilen, denn er habe dafür im Sommer die für uns zu optimistischen Stimmen nicht dem deutschen Volke zur Kenntnis gebracht.

Ein Gauleiter hat den Minister darauf aufmerksam gemacht, dass die starke Behandlung der Streitigkeiten der französischen Generäle in Nordafrika im deutschen Volke Erwartungen ausgelöst habe, die zweifelsohne niemals eintreten. Das Volk glaube, dass aus dem Streit der Verräter-Generäle ein Bruch entstehen könne, der uns grosse Vorteile bringe. Der Minister erklärt, es sei das Verkehrteste, was man tun könne, heute moralische Erörterungen über die Ehrlichkeit der französi-

schen Generäle anzustellen. Wir machten uns dabei nur lächerlich, denn die uns feindliche Welt habe das angenehme Gefühl, dass wir Deutschen von den französischen Generälen über den «Löffel halbiert» worden sind.

Die Diskussion in England über das Ausbleiben der angekündigten Luftangriffe auf die deutschen Städte dürfe nicht zum Anlass einer schadenfrohen Kritik gemacht werden. Dadurch könnten die Engländer provoziert werden, und wenn sie tatsächlich kämen, werfe das Volk uns vor, wir seien mit unserer Propaganda daran schuld.

Der Minister weist noch einmal darauf hin, dass kein Grund zum Panikmadien vorliege, dass wir aber auch nicht illusionistisch die Lage betrachten sollten. Dies sagte er insbesondere im Hinblick auf die neuen Gesetzesentwürfe über die Totalisierung der Kriegführung, die in der nächsten Zeit herauskommen. Wir sollten mit Ernst die Lage betrachten und dabei aber stets berücksichtigen, dass durch die Intensivierung unserer Kriegsanstrengungen die Lage sich ändern werde.»

13./14. Januar 1943

«Der Minister teilt mit, dass der Führer einen Erlass unterschrieben hat, der den totalen Einsatz der Heimat für die Kriegführung anordnet.

Ausführlicher oben S. 18 ff.

Der Minister ist der Ansicht, dass nunmehr alle Stimmen gebracht werden können, die sich mit der Totalisierung der Kriegführung in den übrigen kriegführenden Staaten beschäftigen. So können weitere Totalisierungsbestrebungen in Russland erwähnt werden und auch ähnliche Bewegungen in England. Der Minister ist der Überzeugung, dass die feindlichen Staaten auf unsere Totalisierungsbestrebungen nicht viel sagen können und wenn sie tatsächlich zwei Tage schreien würden, so werde doch bald niemand mehr diese Massnahme zum Gegenstand einer Polemik machen.

Der Minister weist darauf hin, dass die bisherige Praxis der Sondermeldungen zur Kritik Anlass gebe. Die Sondermeldungen seien keine Sondermeldungen mehr, da ihre Ankündigung immer zur gleichen Stunde zwischen 13 und 14 Uhr geschehe und jedermann wisse, dass nunmehr eine U-Bootmeldung mit 100'000 BRT bekanntgegeben werde. Der Minister ist der Ansicht, dass erstens der Zeitpunkt gewechselt werden müsse und zweitens solle man nicht immer nur 100'000 BRT bekanntgeben, sondern, wenn ein ganz besonders erfolgreicher Tag gewesen wäre, auch unter 100'000 BRT bleiben und, wenn sich die Versenkungsziffer auf längere Zeit erstreckt, auch einmal zu warten, bis es 160'000 bis 180'000 BRT geworden sind.»

16. Januar 1943

«Der Minister kommt auf den Eindruck zu sprechen, den ein aus dem Ausland besorgter Film über die Verteidigung von Leningrad im vorigen Winter vermittelt. Er ordnet an, dass die verantwortlichen Leiter der deutschen Propaganda diesen

Film ansehen, weil er zeigt, welch ungeheurer Unterschied zwischen der deutschen und der russischen Kraftanstrengung besteht und wie gering die Mitwirkung der deutschen Zivilbevölkerung im Verhältnis zur russischen ist. Gleichzeitig zeige der Film die Meisterschaft der Russen im Improvisieren; das Geheimnis des russischen Erfolges sei u.a. der Einsatz der rücksichtslosesten und härtesten Typen in den führenden Positionen. Der Minister führt aus, dass wir diesen Thälmann-Typen im gegebenen Falle ebensolche Typen gegenüberstellen müssten, um mit ihnen fertig zu werden.»

19. Januar 1943

«Der Minister kommt auf die Luftangriffe noch einmal zu sprechen und ordnet an, auf keinen Fall in ein Triumphgeheul über die Abschussziffer auszubrechen, denn man könne nicht voraussehen, wieviel englische Flieger bei dem nächsten Angriff abgeschossen würden. Über die Luftangriffe soll überhaupt nur rein sachlich und nicht propagandistisch berichtet werden. Eine nassforsche und kesse Berichterstattung über die Luftangriffe sei der heutigen Lage nicht angepasst.

In der Nacht des 17. Jan. 1943 griffen 400-500 britische Bomber Berlin an; dabei gingen nach britischen Meldungen 22 Bomber verloren. Der OKW-Bericht meldete, dass durch Flak und Nachtjäger beim Angriff auf die Reichshauptstadt 25 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden seien.

Auf den angeblichen Verlust von Schlüsselburg wollen wir nicht eingehen und im Übrigen gegenüber den russischen Sondermeldungen immer nur das Argument verwenden, dass es im vorigen Jahr genau so war wie jetzt und dass im Sommer wieder das Gegenteil eingetreten sei. Dies sei praktisch das einzige Argument, das uns heute übriggeblieben sei, und dieses sollen wir auch immerfort anwenden.

Am 18. Jan. 1943 meldete Moskau die Wiedereroberung von Schlüsselburg.

Der Minister kommt auf die neutralen Pressestimmen zu sprechen und behandelt vornehmlich unsere Stellung gegenüber den schwedischen, schweizerischen und türkischen Zeitungen. Er führt aus, dass er sich oft sehr über die freche und verständnislose Berichterstattung der neutralen Presse ärgere und dass ihm oft der Ekel vor dieser Haltung komme. Er halte es jedoch für angebracht, auf diese Pöbeleien nicht zu antworten, denn es sei nicht zu bestreiten, dass die neutralen Staaten in grösstem Umfang für uns arbeiteten. Er weist auf die Schweiz hin, die in der Herstellung von industriellen Fertigfabrikaten sehr stark zur deutschen Rüstung beitrage, und auf die schwedischen Erzlieferungen, ohne die unser Krieg nur sehr schwer zu führen sei. Die neutralen Staaten versuchten nun, ihre Mithilfe an der deutschen Rüstung zu neutralisieren, indem sie in ihrer Presse eine andere Haltung einnahmen. Wenn auch die Haltung, die in den Zeitungen zum Ausdruck käme, zum grössten Teil von einer Überzeugung getragen sei, so sei es doch nicht angebracht, sich mit ihr dauernd auseinanderzusetzen. Man solle die neutralen Pressestimmen so weit als möglich übersehen und ihnen, wenn nötig, nur in würdiger Form entgegentreten. Es passe sich nicht für eine Grossmacht, drohend den

Finger zu heben, ohne dass nach einer Warnung eine Handlung folgt. Man könne als Grossmacht nur einmal drohen, beim zweiten Male müsse man zuschlagen. Da wir dazu im Augenblick nicht in der Lage seien und es unserer Kriegführung widerspreche, halte er es für das richtige, die Presseausfälle der neutralen Staaten weitgehendst zu übersehen. Schliesslich sei ihre Arbeit für unsere deutsche Rüstung auch wertvoller für uns als das Geschrei in ihrer Presse.»

20. Januar 1943

«Zur Ostlage bemerkt der Minister, dass die Vorgänge in diesem Winter das gleiche Bild böten wie im vergangenen. Wir sollten uns daher nicht auf Einzelheiten einlassen, da alles im Augenblick im Fluss sei und eine Ungewissheit über die Lage herrsche. Wir sollten die Lage grosszügig betrachten und uns nicht auf Streitigkeiten über Orts- und Städtenamen einlassen. Wie im vergangenen Winter machen wir jetzt wieder grosse Belastungsproben durch, jedoch sei dieses Jahr der Vorteil, dass nunmehr auch im Inneren die notwendigen Konsequenzen gezogen würden. Dies sei das Positive an der militärischen Krise, und er glaube fest, dass, wenn das gesamte Potential des deutschen Volkes ausgeschöpft werde, wir im Osten noch in diesem Jahre fertig werden könnten. Wir sollten uns nicht in unserer Überzeugung beirren lassen und unentwegt weiterkämpfen.»

Wer den OKW-Bericht vom 16. Jan. 1943 aufmerksam studierte, erfuhr erstmals, dass die deutschen Truppen seit Wochen in Stalingrad eingekesselt waren. Der OKW-Bericht lautete: «Im Raum von Stalingrad schlugen unsere Truppen, die seit Wochen im heldenmütigen Abwehrkampf gegen den von allen Seiten angreifenden Feind stehen, auch gestern starke Angriffe feindlicher Infanterie- und Panzerverbände unter grossen Verlusten für die Bolschewisten ab. Führung und Truppe gaben damit wiederum ein leuchtendes Vorbild heroischen deutschen Soldatentums.»

21. Januar 1943

«In ausführlicher Weise beschäftigt sich der Minister mit den Totalisierungsmassnahmen und führt dabei Folgendes aus: Der Arbeitsdienst, der für Frauen und Männer in der nächsten Zeit eingeführt wird, umfasst alle Frauen zwischen 17 und 50, und alle Männer zwischen 16 und 65 Jahren. Ausgenommen sind die Frauen, die ein Kind unter 6 oder zwei Kinder unter 14 oder einen Haushalt zu versorgen haben. Anträgen auf Befreiung aus Gesundheitsrücksichten kann nur stattgegeben werden, wenn ein amtsärztliches Attest vorliegt. Der Minister werde dafür sorgen, dass die Töchter der Plutokraten sich nicht um diese Pflicht herumdrücken könnten. Als Ziel der neuen Massnahmen gibt der Minister an, 1 Million Uk-Stellungen aufheben zu können, so dass insgesamt mit dem Jahrgang [1925] im Frühjahr P/2 Millionen Soldaten zur Verfügung gestellt werden könnten. Es sei notwendig, mit den Einziehungen zur Wehrmacht sofort zu beginnen und keine grosse Frist zu gewähren, damit die Totalisierungsmassnahmen sich sofort auswirken könnten. Wenn die Soldaten eingezogen würden und ein Vakuum entstünde, dann zwingt uns schon die Not dazu, die Frauen einzuziehen. Er halte es sogar für notwendig,

einen Notstand an Arbeitskräften zu schaffen, um dem Gesetz die richtige Durchschlagskraft zu geben.

Mit den von ihm genannten Zahlen der zur Wehrmacht Einzuberufenden hat Goebbels sicher bewusst masslos übertrieben. Geplant war, im Frühjahr 1943 800'000 Mann der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen; am 9. März 1943 äusserte sich Goebbels Hitler gegenüber besorgt, dass sich das 800'000-Mann-Programm kaum verwirklichen lasse, sondern lediglich das Goebbelsche 500'000-Mann-Programm.

Zur publizistischen Behandlung des Gesetzes gibt der Minister folgende Weisungen:

Die Verschärfung der Kriegslage und das Andauern der schweren Kämpfe zwingen uns zur Ausschöpfung aller Menschenreserven. Wir haben der Front zuviel zugemutet und in der Heimat noch nicht alle Menschen an der Kriegführung beteiligt. Er gibt jedoch die ausdrückliche Weisung, nicht mit Schimpfen die Leute an die Arbeit zu bringen, sondern ihnen gut zuzureden und ihnen gute Worte zur Aufnahme der Arbeit zu geben. Man soll eindringlich und klar schildern, was los ist und was an Arbeitskräften gebraucht wird. Die meisten Volksgenossen werden darauf schon eingehen, dass sie in diesen kritischen Stunden gebraucht werden und willig dem Gesetz Folge leisten. Ausserdem sieht das Gesetz ausdrücklich vor, dass nicht jeder in einen Rüstungsbetrieb zu gehen braucht, sondern dass sich erst einmal jeder umsehen kann, wo er eine passende Stelle findet. Es können für die erste Zeit zumindest Wünsche geäussert werden. Ausserdem sollen die Eingezogenen nach ihrem Können eingesetzt werden. Der Minister hält es für besonders wichtig, die Eingezogenen rationell einzusetzen. Es soll ja niemand gequält werden, und wir können in unseren Kommentaren ruhig sagen, dass wir jedem ein bequemes Leben gönnen, dass aber heute der Einsatz für die Kriegführung notwendig ist. Formulierungen wie «Wir hoffen, dass jeder diese Massnahmen versteht», «Wir wüssten nicht, was gegen diese Massnahmen einzuwenden sei», eignen sich gut für die Kommentierung. Der Mensch soll nicht auf den Kopf geschlagen werden, sondern überzeugt an seine Arbeit gehen. Was gegen das Gesetz opponiert, kann dann später von uns angegriffen werden. Es wären dies sicherlich nur schwächliche Kreise, denn die anderen würden dem Appell der Pflicht Folge leisten. Der Appell an die nationale Solidarität wird nicht ungehört verhallen und zweifelsohne auch zur Hebung der Stimmung beitragen.

Anhand einer Nummer der Moskauer «Prawda» erläutert der Minister die Propagandamethode der Russen. Der Erfolg der russischen Propaganda beruhe auf den ständigen Wiederholungen. Die Russen hätten wenige Grundsätze der Propaganda aufgestellt, und durch die gesamten Zeitungen zögen sich diese Grundsätze hindurch. Es seien dies die beiden Grundsätze, dass den Russen der Hals abgeschnitten werde oder dass man sie in die Versklavung führen werde. Ein Leitartikel in der «Prawda» ist nur angefüllt mit Zitaten aus der Deutschen Ukrainischen Zeitung, die unsere Absichten auf Ausbeutung Russlands eindeutig ausdrückt. Der Erfolg dieser russischen Propaganda sei der, dass Stalin heute ein geschlossenes

russisches Volk hinter sich habe, und man könne nicht umhin zu sagen, dass die Russen ein Meisterwerk in der Propaganda vollbracht hätten. Es sei ihnen gelungen, dieses dem Bolschewismus so skeptisch gegenüberstehende Volk zum totalen Einsatz zu bringen. Von dieser Methode könnten wir nur lernen, und wir sollten auch einige Grundsätze immer wieder durchklingen lassen. Einer dieser Grundsätze sei der, dass, gleichgültig wie die einzelnen Deutschen zum Nationalsozialismus stehen, wenn wir besiegt würden, jedem der Hals abgeschnitten werde. Diese Propagandaparole werde sich durchsetzen. Ausserdem verlangten die Leute ja gerade die Wiederholung. Die Kirche lebe nur von ständigen Wiederholungen und werde deshalb nicht leerer. Ebenso habe der Nationalsozialismus in der Kampfzeit immer nur durch die Wiederholungen die Leute an sich gezogen und zu Mitkämpfern gemacht.

Sehr scharf wendet sich der Minister gegen die Methode, gegenüber den Russen von unserer Eroberungsabsicht im Osten zu sprechen. Der Minister verweist auf das Beispiel der nationalsozialistischen Kampfzeit und sagt, dass, wenn wir vor der Machtübernahme von dem Wotanglauben oder der Auflösung der deutschen nationalen Partei, der Kassierung der Sozialdemokraten und der Einsperrung der Kommunisten gesprochen hätten und von dem Kampf gegen die Kirchen, sicherlich uns niemand gewählt hätte. So sei es auch heute Wahnsinn, gegenüber den Russen von unseren Absichten im Osten zu sprechen. Es gebe nur eine Parole, die immer wieder verkündet werden müsste, das sei unser Kampf gegen den Bolschewismus. Heute führe Russland seinen Kampf unter der Parole des Nationalismus und könne sich dabei auf alle Kräfte der Nation stützen. Unsere Propagandaparole könne im Osten daher nur sein, nicht den Kampf gegen das Russentum, sondern gegen den Bolschewismus zu führen.»

23. Januar 1943

«Die vorliegenden U-Bootstimmen können weiterhin verwandt werden, wenn auch gewisse Bedenken geäussert werden. Sie sind im Augenblick für uns von Bedeutung, um die Lage an der Ostfront abzustützen.

Der U-Bootkrieg, nach Goebbels «unser grosses As», befand sich im Wettlauf zwischen Schiffsversenkungen und alliierten Schiffsneubauten. 1943 belief sich der Neubau der Alliierten auf über 12 Millionen BRT. Sollte sich somit ihr Schiffsraum verringern, mussten wenigstens eine Million BRT im Monat versenkt werden, eine Zahl, die schon wegen der technischen Errungenschaften der Gegenseite bei der U-Bootbekämpfung nicht zu erreichen war. Ende Mai 1943 erlebte schliesslich der U-Bootkrieg im Nordatlantik seinen Zusammenbruch.

Ein Hirtenbrief des Berliner Bischofs über die Menschenrechte ist im Senat der Vereinigten Staaten verlesen worden. Diese Tatsache wird zu der bestehenden Sammlung über die Haltung der Kirche im Kriege gelegt.»

24. Januar 1943

«Nach seiner Reise zum Führerhauptquartier spricht der Minister ausführlich über

die augenblickliche Lage und weist darauf hin, dass Ministerialdirektor Naumann schon am Sonnabend Abend die notwendigen Erklärungen für sein Haus abgegeben habe. Ministerialdirektor Naumann hatte Sonnabend Abend den wichtigsten Abteilungsleitern einen kurzen Überblick über die Besprechungen mit dem Führer gegeben und besonders betont, dass nunmehr der Führer entschlossen sei, die vom Minister vorgeschlagenen totalen Kriegsmassnahmen durchzuführen. Ausserdem sei der Führer damit einverstanden, in der Nachrichtengebung restlose und uneingeschränkte Offenheit an den Tag zu legen. Der Minister führt aus, dass trotz des Ernstes der Lage an den Fronten wir ein befreiendes Gefühl haben könnten, da wir in der Propaganda nunmehr wieder Boden unter den Füssen hätten. Die augenblickliche Krise, die wir durchzumachen hätten, könne nicht im mindesten verglichen werden mit der Schwere der englischen Dünkirchen-Krise. In diesem kritischen Augenblick der Dünkirchen-Krise habe Winston Churchill in bewunderungswürdiger Offenheit die Konsequenzen gezogen und dem englischen Volk die absolute Wahrheit gesagt. Wir hätten es damals nicht verstanden, aber Churchill habe mit dieser Taktik die konservativen Kräfte im Volk geweckt. Heute gelte es, im deutschen Volk die gleichen konservativen Kräfte aufzurütteln und zu mobilisieren. Unser Volk sei in diesen Tagen nicht verzweifelt, sondern ernst und tief beeindruckt von der Lage. Es verlange eine starke Hand, die es führt, und es müsse das Gefühl haben, dass die Regierung wisse, was sie wolle. Heute könne er nur eine Parole geben, und das sei die: Arbeit, Arbeit und totale Kriegführung. – Die vielen Geschwülste, die sich am deutschen Volkskörper gebildet hätten, müssten abgeschnitten werden. Er werde hier rücksichtslos vorgehen und die notwendigen Konsequenzen ziehen. In unserer Betrachtung sollten wir jedoch immer wieder zum Schlusse sagen, dass am Ende der grossen Kriegsanstrengungen der Sieg stehe. Wir dürften nicht schwarz in schwarz malen und nicht ernst sein um des Ernstes willen.

Schon am 23. Jan. 1943 lautete die «Tagesparole des Reichspressechefs»: «Das grosse und ergreifende Heldenopfer, das die bei Stalingrad eingeschlossenen deutschen Truppen der deutschen Nation darbringen, wird im Zusammenhang mit der unmittelbar bevorstehenden Arbeitspflicht für Frauen und anderen durchgreifenden Organisationsmassnahmen für die totale Kriegführung die moralische Antriebskraft zu einer wahrhaft heroischen Haltung des ganzen deutschen Volkes und zum Ausgangspunkt eines neuen Abschnittes deutschen Siegeswillens und der Erhebungen aller Kräfte werden.

Der deutschen Presse fällt hierbei die besondere publizistische Aufgabe zu, durch ergreifende Schilderung der einzigartigen Opferbereitschaft der Helden von Stalingrad auch den letzten Volksgenossen aufzurütteln, damit er sich einreihet in die grosse Front des entschlossenen Widerstandes und Siegeswillens. Die Schriftleitungen werden aufgefordert, sich auf diese ernste Gesamteinstellung, die auch den 30. Januar mit erfassen wird, einzurichten, damit sie bei Vorliegen der zu erwartenden Aufrufe und Bekanntgaben die dann erforderliche tiefgreifende Wirkung der Zeitungen gewährleisten können.»

Der Minister erklärt, dass der Führer ihm weitgehendste Vollmachten gegeben

habe, die er ausnutzen werde. Er erwähnt dabei, dass der Führer für alle Dinge aufgeschlossen sei, und wenn gewisse Leute beim Führer nichts erreichten, so läge es daran, dass sie nicht in der Lage seien, mit dem Führer zu sprechen. Der Führer habe ihm erklärt, dass im Laufe der drei nächsten Monate er keinen empfangen werde, der gegen ihn, den Minister, stänkere. Der Führer wisse, dass bei den grossen Massnahmen, die jetzt durchgeführt werden, viel Unrecht geschehe. Denn wenn man 1½ bis 2 Mill. Soldaten einziehe und so radikale Massnahmen durchführe, käme es immer wieder vor, dass einem Unrecht zugefügt werde. Der Minister sagt, dass er in seinem Ministerium selbst ebenfalls in den nächsten Monaten keinen Krach wünsche, um sich restlos der Arbeit widmen zu können. Er vergleicht seine eigene Lage mit der im Jahre 1932, wo er *auch* [getilgt] der verhassteste Mann gewesen sei. Die lauen Kräfte innerhalb der NSDAP seien damals gegen ihn gewesen, weil er alles oder nichts verlangt habe. Er werde auch heute wieder radikale Massnahmen ergreifen und durchführen, und er wisse, dass das Volk ihm dabei restlos zustimmen werde. Das Volk nehme heute schon seine Artikel im «Reich» mit Begeisterung auf und auch im Hauptquartier selbst habe er festgestellt, wie beeindruckt die Männer von seinen Artikeln seien. Er sei der Überzeugung, dass das Volk heute nach einer Führung schreie und glücklich sei, wenn es eine starke Hand über sich fühle. Es würden sich dann selbst jene Kräfte auf seine Seite stellen, die bisher abseits gestanden haben.

Zum 30. Januar erklärt der Minister, dass er die Wochenschau umgeändert habe, weil Fackeln und Erinnerungsfeiern in diesem Augenblick nicht angebracht seien. Er hält es auch für angebracht, nicht allein die Leistungen der NSV mit der Verteilung von Milch und dergl. zu bringen. Heute gebe es nur eine These, und diese sei die des 30. Januar: «Was wäre aus Deutschland und Europa geworden, wenn der Nationalsozialismus nicht zur Macht gekommen wäre!» Wir sollten dem Volk klarmachen, was es bedeutet haben würde, wenn die riesige bolschewistische Militärmaschine über ein Reich hinweggebraust wäre, das von einem General Schleicher regiert wird und in dem 150 Kommunisten im Reichstag sitzen und das übrige Volk in Hausbesitzer und übrige Parteien aufgespalten ist. Heute gebe es wie 1932 nur eine Alternative und die sei «Bolschewismus oder Nationalsozialismus». Er sei überzeugt, dass, je näher die Russen kämen, umso freundlicher würden die neutralen Staaten sich zu uns einstellen. Wir könnten heute die Frage an die Welt richten: «Ist jemand da, der an unsere Stelle treten will?» Wir seien heute das Bollwerk der europäischen Kultur gegen den Bolschewismus und der Schutzwall Europas gegen die roten Horden. Auch gegenüber England könnten wir die Frage erheben, was aus seinem Weltreich würde, wenn der europäische Weltteil bolschewistisch sei. An den englischen Meldungen lasse sich auch im übrigen erkennen, dass viele einsichtige Stimmen die Gefahr des Bolschewismus erkannt hätten. Es sei das höchste Verdienst des Nationalsozialismus, und das werde sich eines Tages herausstellen, dass er den Kommunismus in Deutschland vernichtet und dem russischen Bolschewismus Einhalt geboten habe.

Zur Nachrichtenpolitik bemerkt der Minister, dass wir die russischen Sondermeldungen und Meldungen über ihre Fortschritte bei der Offensive nicht dementieren sollten. In diesem Augenblick sollten wir die russischen Meldungen ruhig laufen lassen, damit das übrige Europa aufgeschreckt wird von der russischen Gefahr.»

Seine Weisung, die sowjetischen Siegesmeldungen undementiert durchgehen zu lassen, ergänzte Goebbels am 25. Jan. 1942: «Er sei der Überzeugung, dass die Engländer langsam kalte Füße bekämen und die Gefahr eines eventuellen Sieges der Bolschewisten heraufdämmern sähen. Er erinnere an seine Parole von gestern, die wir immer wieder in die Welt hineinrufen sollten, nämlich: Was wäre geschehen, wenn der Nationalsozialismus nicht zur Macht gekommen wäre, und was würde kommen, wenn wir den Krieg verlören? Wir sollten die europäischen Völker fragen, was mit ihnen geschehe, wenn die deutsche Wehrmacht im Osten nicht mehr stehe. Es sei heute an der Zeit, die antibolschewistischen Tendenzen in den einzelnen Staaten herauszukitzeln und langsam eine antibolschewistische Front zu schaffen. Ganz anders müssten wir die Lage in Afrika sehen, wo wir den Kampfverlauf zu unseren Gunsten herausstellen müssten.»

In der Konferenz vom 26. Jan. 1942 vermerkte man, dass die «Propagandataktik, die bolschewistische Gefahr stark herauszuheben», sich schon auswirke.

26. Januar 1943

«Der Tagesbefehl Stalins an die bolschewistische Armee existiere für uns nicht. Ausserdem sollten wir auch nicht die russischen pessimistischen Stimmen zur Kriegslage bringen, da sie in unsere Propagandaparole im Augenblick nicht hineinpassten. Dagegen sollten in stärkerem Umfange die neutralen Stimmen zu Worte kommen, denen schon langsam das Gruseln vor dem Bolschewismus käme. Die Parole von Churchill, «Blut, Schweiss und Tränen» dürfe nicht aufgenommen werden; wir müssten eine eigene Parole erfinden.»

Am 25. Jan. 1943 erliess Stalin einen Befehl an alle Truppen der Front. Er nannte als Ergebnis zweimonatiger sowjetischer Offensivkämpfe die Zerschlagung von 102 Divisionen und bezifferte die Zahl der Gefangenen auf mehr als 200'000. Die Rote Armee sei bis zu 400 km vorgeückt. Der Befehl hob den Sieg bei Stalingrad hervor, erwähnte den Durchbruch der Blockade von Leningrad und nannte zahlreiche Städte, die wiedererobert werden konnten, u.a. Welikije Luki, Schlüsselburg und Woronesh.

27. Januar 1943

«Zu dem Treffen Roosevelt-Churchill in Casablanca bemerkt der Minister, dass wir in Zukunft bei Meldungen über angebliche Zusammenkünfte zwischen Churchill und Roosevelt in der Veröffentlichung von Einzelheiten vorsichtig sein müssten, um nicht üble Pannen zu erleben. Während gestern noch in der deutschen Presse von einem Treffen in Washington die Rede war, müsse man heute zugeben, dass sie in Casablanca 10 Tage zusammengewesen sind. Zur Behandlung der Zusammenkunft gibt er folgende Weisung:

1. Wir beteiligen uns auf keinen Fall an der Sensationsmacherei;

2. Es wird dem deutschen Volk offen gesagt, dass Churchill und Roosevelt sich in Casablanca getroffen haben, um die weitere Kriegführung gegen die Achsenmächte zu besprechen. Es wird dem deutschen Volk gesagt, wo sie zusammengekommen sind und wie lange sie verhandelt haben.

Als Zweck der Reise werden wir hinstellen, dass die schweren Differenzen zwischen den Amerikanern und Engländern in Nordafrika zu einer Regelung zwingen. Dazu komme das U-Bootproblem, das für die feindliche Kriegführung von erheblicher Bedeutung sei. Wir würden dem Volk ausserdem nicht verschweigen, dass die Alliierten Offensivaktionen planen. Ebenso müsse das deutsche Volk aber davon unterrichtet werden, dass die Feindmächte die bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte als ihr Ziel aufgestellt haben. Diesen Zielen gegenüber hätten wir folgende Trümpfe:

Im Osten durchlebten wir zwar im Augenblick eine Krise, aber wir würden schon irgendwie Herr der Lage werden. Die U-Boote behinderten die feindliche Kriegführung auf das Empfindlichste und ausserdem könnten wir die Totalisierungsmaßnahmen ins Feld führen, denn durch sie würden die Kräfte des deutschen Volkes erst voll ausgenutzt werden.

Die Nichtanwesenheit von Stalin bezeuge, wie desinteressiert die russische Politik an dem Verhältnis England-Amerika sei. Stalin hoffe heute, Europa einzusacken ohne die Hilfe der anderen zu benötigen. Er lege auch keinen Wert mehr auf die zweite Front und schicke deshalb auch nicht einmal einen Vertreter zu dieser Zusammenkunft.

Vom 14. bis 26. Jan. 1943 fand die Casablanca-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill sowie der beiden militärischen Stäbe der Alliierten statt. Das in Aussicht genommene Dreier-Treffen mit Stalin kam nicht zustande, da Stalin wegen der russischen Winteroffensive sein Land nicht verlassen wollte. Die Casablanca-Konferenz war bis zur offiziellen Pressekonferenz am 24. Jan., in der Roosevelt erklärte, dass die Alliierten die «bedingungslose Kapitulation» der Achsenmächte erzwingen werden, ein wohl behütetes Geheimnis geblieben. Die Konferenz galt vor allem den Planungen für die Kriegführung im Jahre 1943, u.a. der Vorbereitung der Landung in Sizilien und Nordfrankreich.

Die Konferenz von Casablanca wertete man deutscherseits zunächst als Zeichen alliierter Uneinigkeit. Man meinte, es habe in Casablanca Stimmen gegeben, die eine Verständigung mit Deutschland für zweckmässig hielten. Um diese Strömung abzubremsen, habe Roosevelt das Wort vom Unconditional Surrender geprägt. Bestärkt wurde diese Interpretation durch seit März 1943 aus den USA zu hörenden Stimmen, die zum Ausdruck brachten: «Deutsches Volk, trenne Dich von Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus, dann bekommst Du einen gemässigten Frieden!»

Zum Heldenkampf der deutschen Truppen in Stalingrad bemerkt der Minister, dass wir es nicht nötig haben, uns von den englischen Zeitungen die Tapferkeit unserer Truppen bescheinigen zu lassen. Die englischen Pressestimmen über den Heldenkampf in Stalingrad werden daher übergangen.

Wir treten nicht mit den Engländern in eine Polemik über unsere Propaganda ein,

die inzwischen klar durchschaut haben, dass unsere neue Parole von der bolschewistischen Gefahr uns nur Kräftezuwachs bringen kann und geeignet ist, die europäischen Staaten in eine gemeinsame Front zu bringen.

Die Nachrichten aus Stalingrad lassen darauf schliessen, dass der Heldenkampf unserer Soldaten seinem Ende sich nähert. Dieser einmalige Vorgang in der deutschen Kampfgeschichte – denn noch niemals hätten deutsche Soldaten in einem so aussichtslosen Kampf gestanden – müsse psychologisch zu einer Kräftigung unseres Volkes ausgenützt werden. Er ermahnt die Presse, dessen eingedenk zu sein, dass jedes Wort über diesen Heldenkampf in die Geschichte eingehe. Insbesondere müsse der OKW-Bericht eine Formulierung erhalten, die über die Jahrhunderte hinweg noch die Herzen bewege. Man müsse den OKW-Bericht so abfassen, dass er mit den Ansprachen Caesars an seine Soldaten, mit dem Appell Friedrichs des Grossen an seine Generäle vor der Schlacht von Leuthen und die Aufrufe Napoleons an seine Garde gleichstehe. Die wenigen Sätze über das Heldenlied von Stalingrad müssten unpathetisch klar und bescheiden wie aus Erz gemeisselt dastehen.»

28. Januar 1943

«Der Minister gibt Anweisung, bei der Behandlung des Treffens zwischen Churchill und Roosevelt Vorsicht walten zu lassen. Er persönlich sei der Überzeugung, dass die beiden irgendetwas ausgekocht hätten. Als sie sich damals in Washington trafen, sei der Plan zur Landung in Nordafrika ausgeheckt worden, und wenn sie sich diesmal zehn Tage getroffen hätten, so bedeute dies schon etwas. In dieser Zeit, da der Krieg an einem dramatischen Punkt angelangt sei, habe man zweifelsohne über neue Pläne gesprochen. Wir sollten auf die gutgespielte Enttäuschung der Engländer über das Schlusskommuniqué nicht hereinfliegen.

Der Minister kritisiert sehr scharf einen Vortrag im deutschen Rundfunk, der das Volk ermahnte, in den schweren Kämpfen nicht den Mut und die Nerven zu verlieren. Der Minister ist der Ansicht, dass das Volk nicht den Mut verliere, sondern schärfere und härtere Massnahmen zur Weiterführung des Krieges verlange. Es sei ja so, dass das Volk zu den Fahnen wolle und alles daran setze, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu bringen. Der Ernst, den er predige, dürfe von den Leuten draussen nicht in Pessimismus umgefälscht werden.

Der Minister betont erneut, dass wir die antibolschewistische Propaganda verstärken müssten, und prägt das Wort, dass Ideen keine Geleitzüge benötigten. Wenn der Bolschewismus an der Kanalküste angekommen sei, werde er, und dessen solle sich England bewusst sein, über den schmalen Kanal hinüberspringen und auch England erfassen.»

29. Januar 1943

«Der Minister erklärt die Kommentierung des Arbeitspflichtgesetzes durch die heutige Presse für gut und gibt Weisung, in diesem Sinne fortzufahren. Anfang

nächster Woche folge die Schliessung der Luxuslokale, Luxusgeschäfte und sonstiger überflüssiger Einrichtungen. Bei der Behandlung dieses Themas, so erklärt der Minister, müsse Presse und Rundfunk darauf hinweisen, dass es sich um Geschäfte handle, die praktisch keinem nützlichen Zweck dienten, weil sie keine Waren zu verkaufen hätten und höchstens der Schauplatz eines, die Öffentlichkeit beleidigenden Tauschhandels seien. Der Minister gibt Weisung, immer wieder darauf hinzuweisen, dass selbstverständlich die lebensnotwendigen Produktions- und Handelsstätten in vollem Umfange aufrechterhalten würden.

Als Gauleiter von Berlin erteilt der Minister den Gaudienststellen die Weisung, die Durchführung der Anordnungen ausschliesslich nach Gesichtspunkten der Zweckmässigkeit unter Ausschaltung jedes Ressentiments vorzunehmen. Wenn es richtig sei, z.B. grosse repräsentative Blumengeschäfte wie Rothe zu schliessen, weil dadurch Arbeitskräfte usw. freigemacht würden, so wäre es andererseits falsch, beispielsweise einer alten, für andere Aufgaben nicht mehr einsetzbaren Frau, die einen kleinen Blumenstand unterhält, diese ihre Existenzgrundlage nur aus der Theorie heraus fortzunehmen, dass Blumengeschäfte zu schliessen seien. Wenn jetzt von der Bevölkerung ein rücksichtsloser Einsatz verlangt werde, so müssten in erster Linie diejenigen Einrichtungen verschwinden, die besonders in die Augen springen und bisher nur noch aus Gründen repräsentativer Art geduldet worden seien.»

30. Januar 1943

«Der Minister gibt Weisung für die deutsche Presse und den deutschen Rundfunk, bei der Behandlung von Stalingrad mehr als bisher den Heroismus und weniger das Grauenhafte und Verzweifelte des Kampfes herauszustellen. Es müsse die Widerstandskraft, der Widerstandswille und die Kameradschaft herausgestellt werden. Man müsse bedenken, dass die Kämpfer an die grauenhafte persönliche Lage, in der sie sich befinden, sich langsam gewöhnt hätten. Ohne irgendeinen Illusionismus könne man auch feststellen, dass die Lage in der Stadt sich gestern etwas gebessert habe. Die Verbündeten sollten im Rahmen der durch den OKW-Bericht gegebenen Grenzen behandelt werden.

Nach der Kapitulation Stalingrads berichtete der Major i. G. v. Zitzewitz, der aus dem Kessel ausgeflogen worden war, über seine Eindrücke vor der Berliner Pressekonferenz am 3. Febr. 1943 mit ausdrücklicher Genehmigung Hitlers. Er sagte u.a. wörtlich: «Als ich am 16. Januar auf der Strasse von Gumrak nach Stalingrad ging und die erschütternden Bilder verhungerten deutscher Soldaten sah und erlebte, wie sich die dortigen ausgehungerten und erschöpften Soldaten noch zu einer vorbildlichen Ehrenbezeugung zusammenrissen, da ist mir das nur ein äusserer Ausdruck dafür gewesen, wie sich der deutsche Soldat in diesem Kampf überall gehalten hat.»

Für die Behandlung der heutigen Kundgebung gibt er Weisung, besonderen Wert auf die Darstellung der positiven Stimmung des in der Kundgebung repräsentierten deutschen Volkes zu legen. Sachlich sei besonders die von ihm freigegebene

Meldung über die Absicht der Sowjetregierung herauszustellen, nach dem Kriege das deutsche Volk zu Zwangsarbeiten nach Russland zu verschleppen.»

Zum 10. Jahrestag der «nationalsozialistischen Machtübernahme» sprach Goebbels im Berliner Sportpalast. Seine Rede erwähnte die «unvorstellbare Härte» der Kämpfe im Osten und deutete zumindest die katastrophale Lage der Front an. «Wenn der Feind glaubte», erklärte Goebbels, «uns durch einige Schläge entmutigen zu können, so irrt er sehr. Diese Schläge waren und sind für uns nur ein Alarmsignal zum totalen Krieg, zu dem wir nunmehr fest entschlossen sind. ... Für uns aber war es seit jeher feststehender und unumstösslicher Grundsatz, dass das Wort Kapitulation in unserem Sprachschatz nicht existierte. Dabei verbleiben wir und werden wir immer verbleiben!» Und er führte weiter aus: «Wir glauben an den Sieg! Wir glauben daran, weil wir den Führer haben. ... Der Glaube versetzt Berge. Dieser bergeversetzende Glaube muss uns alle erfüllen.» Neu an dieser Rede von Goebbels war einmal die ausdrückliche Auseinandersetzung mit dem Gedanken an eine Kapitulation und zum anderen die Betonung des Glaubens an den Sieg.

31. Januar / 1. Februar 1943

«Der Minister erklärt, für die Propaganda der nächsten Zeit bilde selbstverständlich die Proklamation des Führers die Grundlage. Insbesondere sei dabei herauszustellen, dass Deutschland für Europa kämpfe. Was den Osten angehe, so folge zu gegebener Zeit eine weitere Weisung des Führers. Er habe vom Führer den Auftrag, den Text einer Verlautbarung an das russische Volk zu entwerfen. Inzwischen solle das, was der Führer über den Osten gesagt habe, in den besetzten Ostgebieten verwertet werden.

Die von Goebbels vorgeschlagene «Ostproklamation» fand zunächst nicht die Billigung Hitlers, der in einer Unterredung mit Goebbels am 9. März 1943 meinte, «dass der Bolschewismus bei den Ostvölkern so verhasst und gefürchtet sei, dass die anti-bolschewistische Tendenz unserer Propaganda vollauf genüge». Hitler befürchtete, dass eine solche Proklamation als Zeichen von Schwäche und Nachgiebigkeit ausgelegt werde. So begnügte sich Goebbels, seine Gedanken vorerst in allgemeinen Richtlinien allen deutschen Dienststellen nahezulegen. – Fs. 15. Febr. 1943.

Der Minister weist darauf hin, dass das deutsche Volk nunmehr praktische Massnahmen zur Totalisierung der Kriegführung erwarte und dass er unter keinen Umständen die Hand dazu reichen werde, die Bevölkerung zu enttäuschen. Wenn in den letzten Tagen zweimal die Fensterscheiben bei Horcher eingeschlagen worden seien, so könne er jedenfalls keine Polizei zum Schutz dieses Schlemmerlokals anfordern, weil die Bevölkerung gefühlsmässig vollkommen Recht habe, wenn sie dessen Schliessung im Zeichen der Ereignisse im Osten und der angekündigten Totalisierung fordere.

Die Aktion zur Schliessung Berliner Luxusgaststätten lief Anfang Febr. 1943 an. Bis dahin wurden dort für die «oberen Tausend» lukullische Diners ohne Markenabgabe, jedoch zum Preise von 50-100 RM serviert. Das bekannteste Schlemmerlokal war Horcher in der Therstrasse, dessen Gastronom übrigens die besondere Gunst Görings genoss. Die Fensterscheiben des Lokals wurden allerdings auf Geheiss von Goebbels von einigen SA-Männern eingeworfen.

Der Minister weist darauf hin, dass die englische Presse überhaupt nichts über die Proklamation des Führers gebracht habe. Dieses Verfahren, das er im umgekehrten Falle auch der deutschen Presse anempfohlen habe, solle man sich zum Beispiel nehmen, denn es zeige, dass selbst im demokratischen England Verlautbarungen des Feindes, die unangenehm sind, von der Presse totgeschwiegen werden.

Die Hitler-Proklamation vom 30. Jan. 1943, die Goebbels im Berliner Sportpalast verlas, versicherte, dass nicht «die Vorsehung den Sieg» verschenke und dass «es in diesem Krieg nicht Sieger und Besiegte, sondern nur Überlebende und Vernichtete geben kann». Als Kriegsziel nannte Hitler «den germanischen Staat der deutschen Nation als ewige und gleiche Heimat aller Männer und Frauen unseres Volkes; das nationalsozialistische Grossdeutsche Reich».

In der deutschen Presse soll ferner auf die feindlichen Stimmen zur Bildung einer zweiten Front nicht eingegangen werden. Ebenfalls ist die russische Meldung über die angebliche Gefangennahme des Oberbefehlshabers in Stalingrad nicht zu bringen.

Zu Paulus am 2. Febr. 1943: «Mit der russischen Meldung über die angebliche Gefangennahme des Generalfeldmarschalls Paulus soll sich die deutsche Publizistik in keiner Form beschäftigen, weil die Meldungen so propagandistisch aufgemacht sind, dass ihre Glaubhaftigkeit sehr fraglich erscheint. Dem OKW liegt keine eigene Nachricht vor.»

Am 4. Febr. 1943 äusserte Goebbels in der Konferenz die Vermutung, «dass Generalfeldmarschall Paulus tatsächlich lebend in die Hände der Russen gefallen sei».

Anweisung vom 9. Febr. 1943: «Auf die Feindnachrichten, dass Generalfeldmarschall Paulus und eine Anzahl weiterer Generäle lebend in die Hände der Russen gefallen sind, wird in keiner Form eingegangen. Bisher hat die deutsche Bevölkerung sich mit dieser Frage nach den vorliegenden Nachrichten nicht befasst.»

Der noch am 31. Jan. 1943 von Hitler zum Generalfeldmarschall beförderte Oberbefehlshaber der 6. Armee, Paulus, ging wenige Stunden nach Erhalt des Funkspruchs über seine Ernennung in sowjetische Gefangenschaft. Die Gefangennahme des «Generalfeldmarschalls» kündigte ein Moskauer Kommuniqué vom 31. Jan. 1943 an. Die Gefangennahme weiterer Generale wurde am 2. Febr. mitgeteilt. In der deutschen Publizistik wurde darüber Stillschweigen gewahrt.

Schliesslich ist für die deutsche Presse auch das Interview des Generals Giraud gesperrt, weil seine Veröffentlichung der Kritik des deutschen Volkes an der Unzulänglichkeit seiner Bewachung in deutscher Gefangenschaft erneut Nahrung geben würde.»

Während des Casablanca-Treffens fand die Aussöhnung zwischen Giraud und de Gaulle statt. – Der schon während des 1. Weltkriegs aus deutscher Gefangenschaft entflohenen französischen General Henri-Honoré Giraud (1879-1949) befand sich seit Mai 1940 erneut in deutscher Gefangenschaft. Am 17. Apr. 1942 gelang jedoch Giraud, der sich übrigens geweigert hatte, sein Ehrenwort zu geben, nicht zu entweichen, die Flucht von der Feste Königstein. Erst 10 Tage nach Bekanntwerden der Flucht erlaubte Hitler, der für die Ergreifung Girauds eine Belohnung von 100'000,- RM aussetzen liess, die Pressefahndung, die ebenfalls nicht zum gewünschten Erfolg führte. Giraud entkam nach Nordafrika und war dort von 1942 bis 1944 Oberkommandierender der französischen Streitkräfte. Die deutsche Führung fürchtete zunächst, dass Giraud das Haupt der französischen Emigranten-

regierung in London werde und de Gaulle ersetze. Goebbels: «Das wäre sehr unangenehm», ... denn de Gaulle sei «von einem schwachen geistigen und moralischen Kaliber».

3. Februar 1943

«Der Minister gibt bekannt, dass sofort nach Herausgabe der Meldung über die Beendigung der Kämpfe in Stalingrad ein dreimal 24 Stunden dauerndes Gedenken der Nation durchgeführt werden wird. In dieser Zeit werden sämtliche Unterhaltungsstätten einschliesslich der Theater und Kinos geschlossen werden. Es besteht die Absicht, am ersten und letzten Tage je eine Minute Verkehrsstillen einzulegen. Es wird aber noch geprüft, ob diese ohne Sirenen nicht durchführbare Massnahme im Hinblick auf Luftschutzfragen durchführbar ist. Der Minister teilt ferner mit, dass der Zeitpunkt der Bekanntgabe noch nicht endgültig feststeht. Es sei möglich, dass sich die Bekanntgabe auf morgen verschiebt.

Für die publizistische Behandlung gibt er folgende Weisung: Nicht in Frage kommen Trauer, Sentimentalität, erst recht nicht Nassforschheit. Dagegen müssen die drei Gedenktage der inneren Sammlung, Besinnung und Kraftkonzentration dienen. In diesem Gesamtrahmen werde z.B. nicht geflaggt und den Zeitungen verboten werden, mit Trauerrand zu erscheinen. Die gesamte deutsche Propaganda müsse aus dem Heldentum von Stalingrad einen Mythos entstehen lassen, der einen kostbarsten Besitz der deutschen Geschichte bilden werde. Dabei seien selbstverständlich Worte wie Märtyrertum und eine übertriebene Verwendung des Wortes Heldentum unangebracht. Je sachlicher die Berichterstattung, desto besser. Sie müsse auf der anderen Seite vermeiden, zur Greuelberichterstattung zu werden, wie dies in letzter Zeit stellenweise leider geschehen sei. Der Minister führt aus, das deutsche Volk wisse nunmehr genau, wie es an der Ostfront und insbesondere in Stalingrad in den letzten Wochen ausgesehen habe. Es sei nicht nötig, dem Einzelnen das Herz durch Berichte dieser Art unnötig schwer zu machen. Es sei aber nötig, jeden Einzelnen zu zwingen, dass er sich die Frage vorlegt, ob und wie er noch mehr zur Kriegführung beitragen kann.»

Am 2. Febr. 1943 meldete ein Moskauer Kommuniqué das Ende der Schlacht um Stalingrad, die am 22. Aug. 1942 begann und bei der die Achsentruppen seitdem nach inoffiziellen Schätzungen 503 650 Soldaten verloren hätten.

Am 1. Febr. hatte der OKW-Bericht die Kapitulation der «Südgruppe in Stalingrad unter Führung von Generalfeldmarschall Paulus» mitgeteilt, am 3. Febr. hiess es: «Der Kampf um Stalingrad ist zu Ende.» Die «Tagesparole des Reichspressechefs» vom 3. Febr. lautete:

«Der Heldenkampf um Stalingrad hat sein Ende gefunden. In mehrtägiger Trauer wird das deutsche Volk seiner tapferen Söhne gedenken, die bis zum letzten Atemzug und bis zur letzten Patrone ihre Pflicht getan und damit die Hauptkraft des bolschewistischen Ansturms gegen die Ostfront gebrochen haben. Der Heldenkampf um Stalingrad wird nunmehr zum grössten Heldenlied der deutschen Geschichte werden. Der deutschen Presse wird damit eine ihrer grössten publizistischen Aufgaben gestellt. Anhand und im Sinne der für heute zu erwartenden Sondermeldung des OKW muss die deutsche Presse das ergreifende Ereignis, das die grössten hero-

ischen Waffentaten der Weltgeschichte überstrahlt, würdigen und dieses erhabene Beispiel höchster heldischer Haltung, letzten Opferwillens für den Sieg dem deutschen Volk als ein heiliges Fanal vor Augen führen. Aus dem unsterblichen Heldentum der Männer von Stalingrad werden sich in der deutschen Nation noch stärker als bisher der Geist und die Kräfte entfalten, die ihr den Sieg sichern, den zu erringen sie jetzt umso fanatischer entschlossen ist.»

Über die deutschen Verluste bei Stalingrad wurde kein Wort gesagt, nicht einmal «Worte der Trauer» durfte die Presse «anstimmen». Einige Tage später kam hingegen die Meldung, dass 47'000 Verwundete aus dem Kessel von Stalingrad gerettet worden seien.

4. Februar 1943

«Der Minister, der heute für zwei Tage zu einer Gauleitertagung nach Posen fährt, gibt bekannt, dass morgen in Berlin die erste Veröffentlichung über die Schliessung gewisser Berliner Luxusgaststätten in der Presse bekanntgegeben wird. Er gibt Weisung, die Aktion zur Schliessung nichtkriegswichtiger Betriebe in Berlin beispielgebend und zeitlich zuerst in der Weise durchzuführen, dass alle 2 bis 3 Tage eine Anordnung herauskommt, die weitere Schliessungen bekanntgebe. Um die Aktion auch im übrigen Reichsgebiet zu intensivieren, sollen diese Meldungen weitgehend auch in der Provinzpresse wiedergegeben werden.

Der Minister führt in diesem Zusammenhang aus, dass sämtliche Nachrichten aus dem Lande, gleichgültig woher sie stammten, übereinstimmend besagen, dass die deutsche Bevölkerung nunmehr Taten für die Totalisierung des Krieges sehen will und dass sie bitter enttäuscht werden würde, wenn nicht endlich Ernst gemacht werden sollte.

Eine Enttäuschung dieser Art würde uns dann allerdings die Möglichkeit nehmen, die uns jetzt durchaus noch gegeben sei, durch eine riesenhafte Kraftanstrengung alle die Kräfte zum Einsatz zu bringen, die notwendig seien.»

Hinweis vom 7. Febr. 1943: «Die publizistische Behandlung der Totalisierungsmassnahmen der deutschen Kriegführung wünscht der Minister persönlich in der Hand zu behalten. Während einerseits eine Verwässerung der notwendigen Massnahmen unter keinen Umständen stattfinden darf, muss andererseits vermieden werden, die öffentliche Behandlung in ein klassenkämpferisches Fahrwasser abgleiten zu lassen.»

8. Februar 1943

«Der Minister, der von der Gauleitertagung und dem persönlichen Empfang beim Führer heute zurückgekehrt war, teilt mit, dass der Führer die von ihm, dem Minister, seit 1½ Jahren geforderte Politik der äussersten Totalisierung der Kriegführung in jeder Hinsicht billige und manche Forderungen aufgestellt habe, die über das vom Minister Gewünschte hinausgingen. Dies gelte nicht nur für das Inland, wonach dem Wunsch des Führers die ausserordentliche Opfer- und Arbeitsbereitschaft des Volkes voll ausgenutzt und manches Anstössige eingestellt werden müsse, das der Bevölkerung unter den heutigen Umständen unverstänglich er-

scheint, sondern auch für die besetzten Länder. Es bestehe die Absicht, die Reichskommissare usw. demnächst nach Deutschland zu berufen und ihnen in dieser Hinsicht strengste Weisung zu erteilen.

Am 5. und 6. Febr. 1943 fand in Posen eine Tagung der Reichs- und Gauleiter statt. Auf der Tagung sprachen u.a. Bormann, Goebbels, Speer, Sauckel, Backe und General v. Unruh. Anschliessend wurden die Reichs- und Gauleiter ins Führerhauptquartier beordert. Über die vor ihnen am 7. Febr. von Hitler gehaltene Ansprache erschien in der Presse nur ein knappes Kommuniké. Der genaue Wortlaut dieser Hitler-Rede ist der Forschung bisher noch nicht bekannt.

Der Minister weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in Berlin nach den bisher vorliegenden noch durchaus unvollständigen Meldungen das gestrige Sammelergebnis um 92 v. H. höher gewesen sei als das entsprechende vorjährige, obwohl keine Abzeichen ausgegeben wurden. Als Verteidigungskommissar und Gauleiter von Berlin gibt er u.a. die Weisung, die Rennbahn Ruhleben sofort zu schliessen und für den Bau von Baracken sowie Lagerung von wichtigem Material freizugeben sowie bis auf Weiteres die Ausgabe von Sammelabzeichen überhaupt einzustellen. Es soll die Parole ausgegeben werden, dass das nächste Abzeichen die Siegrune sein werde. Die Bevölkerung habe schon längst nicht verstanden, warum man Material, das anderweitig dringend benötigt werde, für solche Abzeichen verwende.

Der Minister stellt fest, dass der Führer seine ganz besondere Zufriedenheit mit der deutschen Propaganda, insbesondere der Behandlung des Themas Stalingrad zum Ausdruck gebracht habe.

Der Minister verpflichtet seine Mitarbeiter, sich unter keinen Umständen merken zu lassen, dass ihnen bekannt ist, dass die Aufreissung der Front auf einer Breite von etwa 450 km mit einem Versagen gewisser Bundesgenossen begonnen hat. Über diese Dinge könne überhaupt erst nach dem Krieg gesprochen werden.»

11. Februar 1943

«Der Minister bittet darum, aus der deutschen Presse die Karikaturen herauszunehmen, die unsere Gegner klein machen. Wir hätten zurzeit keinen Anlass, unsere Gegner kleiner darzustellen, als sie tatsächlich sind, da uns das Volk in dieser Hinsicht nicht folgen werde.

Als Stalin am 7. März 1943 zum «Marschall der Sowjetunion» ernannt wurde, verbot Goebbels ausdrücklich, die Ernennung «zu bespötteln».

Es wird darüber berichtet, dass in Wien verschiedentlich die Jahreszahl 1918 angeschrieben ist. In einigen besetzten Ländern macht sich diese Propaganda auch bemerkbar, jedoch ist in Berlin noch nichts festgestellt worden mit Ausnahme einiger Flugzettel, die die Jahreszahl 1918/1943 aufwiesen.

Der Minister hält es für denkbar unglücklich, in der deutschen Presse heute von der Mobilisierung der letzten Reserven zu sprechen. Dies sei ein Ausdruck, der der tatsächlichen Lage nicht gerecht werde und ausserdem zum Pessimismus Anlass gebe.

Auf einer Besprechung zwischen den zuständigen Stellen ist vereinbart worden, dass der Berufssport für die Kriegsdauer gänzlich eingestellt wird. Die Fussballmeisterschaften, die Freundschafts- und Städtespiele und auch jede Art von Rennen werden nicht mehr stattfinden. Der Minister hat ausserdem ein Verbot des Reitens im Grünwald und Tiergarten erlassen. Es wird von den Sportarten wie Golf, Tennis und dergl. in der deutschen Presse keine Notiz mehr genommen.»

12. Februar 1943

«Der Minister führt aus, dass uns jetzt eine einmalige grosse Gelegenheit gegeben sei, eine schlagkräftige Propagandaparole herauszugeben. Der Kampf gegen den Bolschewismus und die Gefahr der Bolschewisierung Europas beschäftige heute Freund und Feind in der gleichen Weise. Unser Kampf gegen den Bolschewismus müsse als die grosse und alles beherrschende Propagandathese alle Propagandainstrumente beherrschen. Unter diesem Gesichtspunkt hätten die kleinen laufenden Tagesfragen zurückzutreten und nur einen untergeordneten Platz zu beanspruchen. Mit dem Näherrücken der bolschewistischen Gefahr verstärke sich die Angst der Neutralen und das Zugehörigkeitsgefühl der mit uns befreundeten und verbündeten Staaten. Das Thema des Bolschewismus spreche alle an. Auch in England werde es sicher Kreise geben, die sich der Gefahr des Bolschewismus bewusst seien. Der Minister sagt, er könne sich nicht vorstellen, dass der Bolschewistenfresser Churchill über Nacht zum Philobolschewisten geworden sei, sondern die englische Politik mit Russland sei ein Zweckbündnis. Die Engländer hofften, dass sich Bolschewisten und Nationalsozialisten gegenseitig totschiessen, damit England dann in der entscheidenden Stunde seine Politik und seine Vorherrschaft durchsetze.

Der Minister verweist bei unserer Propaganda gegen den Bolschewismus auf die Parteitage der NSDAP, die teilweise ganz unter der Parole des Kampfes gegen den Bolschewismus gestanden hätten. Von der Eröffnung bis zur Schlussproklamation habe alles nur unter der einzigen und beherrschenden Formel des Kampfes gegen den Bolschewismus gestanden. Vielen Leuten habe diese Tatsache zum Halse herausgehangen, aber sie habe schliesslich einen Erfolg gezeigt. Selbst der Dummste sei aufmerksam geworden, und die Welt habe vom Bolschewismus ein deutliches Bild bekommen. In der Propaganda sei die Systematik das Entscheidende, und er werde dafür sorgen, dass der Antibolschewismus Wochen und Monate lang von nun an die Propaganda beherrsche. Er lasse zurzeit Broschüren verfassen, die in Millionenaufgaben verbreitet werden sollen.

Gewiss habe eine solche Propaganda wegen ihrer Uniformität gewisse Nachteile, aber diese müssten in Kauf genommen werden vor dem Erfolg einer solchen systematischen Bearbeitung.

Von nun an müsse jeder Rundfunkvortrag, jede Meldung, jede Rede und jede Wochenparole mit der stereotypen Wendung schliessen, dass der Kampf gegen den Bolschewismus unsere grosse Aufgabe sei. Der Minister verweist dabei auf Cato, der mit seiner Forderung auf Zerstörung Karthagos auch durchgekommen sei.

Anscheinend wurde Goebbels von der stereotypen An- und Absage der deutschen Sendungen des Moskauer Rundfunks inspiriert, die lautete: «Tod den deutschen Okkupanten!»

Bei dieser Propagandaaktion muss sorgsam darüber gewacht werden, dass nicht von einem Kampf gegen die Slawen oder das russische Volk gesprochen wird.

In der Propaganda könnten wir noch darauf hinweisen, dass der Bolschewismus, wenn er tatsächlich in Europa sich durchsetzt, nur bolschewistische Völker hinterlasse, die zusammen mit dem russischen Kriegspotential eine Macht darstellen würden, gegen die so leicht niemand ankönne. Wir sollten auch alle bolschewistischen Regungen in Europa, wie Streiks und dergleichen, eifrigst registrieren.

Bei unserer Propaganda sei es wichtig, dass wir auch Bischöfe und andere Kirchenfürsten, Wissenschaftler, berühmte Gelehrte usw. zu Worte kommen lassen. Ebenso könnten wir in unserer Propaganda die Worte von Churchill über den Bolschewismus und andere Äusserungen von Staatsmännern im feindlichen Lager verwenden.

Dem Leiter der Presseabteilung gibt der Minister die Anweisung, auf der Pressekonferenz bei der Tagesparole immer auf den Bolschewismus zu sprechen zu kommen. Der Minister weist dabei darauf hin, dass wir immer Bolschewismus sagen müssten und nicht Kommunismus, weil das Wort Kommunismus einen anderen Klang habe und vielleicht in der Lage sei, bei diesen oder jenen vergangene Zeiten anklingen zu lassen.

Der Minister erteilt Anweisung zur Errichtung eines Propagandaausschusses unter Führung der Reichspropagandaleitung, die diese Propaganda lenkt und führt. Bis zum Ende des Krieges werde nunmehr immer auf dem Bolschewismus herumgetreten werden und in jeder Versammlung solle das A und O der Kampf gegen den Bolschewismus sein.»

15. Februar 1943

Vom 15. Febr. 1943 datiert ein Erlass, den Goebbels in seiner Eigenschaft als Reichspropagandaleiter herausgab und der allen Reichsleitern, Gauleitern, aber auch allen Armeeeoberkommandos des Heeres zur Kenntnisnahme übersandt wurde. In diesem Erlass zog Goebbels allgemein verbindliche Richtlinien aus der Proklamation Hitlers vom 30. Jan. 1943 über die Behandlung der europäischen Völker, soweit sie im deutschen Machtbereich lebten. Im Einzelnen gab Goebbels folgende Richtlinien:

- *1. Es müssen für den Sieg nicht nur alle noch irgendwie vorhandenen und verfügbaren Kräfte des deutschen Volkes mobilisiert werden, sondern auch die jener Völker, welche die bisher im Verlauf des Krieges von uns besetzten oder eroberten Länder bewohnen. Jede Kraft des europäischen Kontinents, also auch vor allem der Ostvölker, muss in den Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus eingesetzt werden.
2. Die gesamte Propagandaarbeit der NSDAP und des nationalsozialistischen Staates muss daher darauf ausgerichtet werden, nicht nur dem deutschen Volk, sondern auch den übrigen europäischen Völkern einschliesslich der Völker in den

besetzten Ostgebieten und den noch bolschewistischer Herrschaft unterstehenden Ländern den Sieg Adolf Hitlers und der deutschen Waffen als in ihrem ureigensten Interesse liegend klarzumachen.

3. Es verträgt sich hiermit nicht, diese Völker, insbesondere die Angehörigen der Ostvölker, direkt oder indirekt, vor allem in öffentlichen Reden oder Aufsätzen herabzusetzen und in ihrem inneren Wertbewusstsein zu kränken.

Man kann diese Menschen der Ostvölker, die von uns ihre Befreiung erhoffen, nicht als Bestien, Barbaren usw. bezeichnen und dann von ihnen Interesse am deutschen Sieg erwarten. Wie wir in der Kampfzeit in Deutschland zwischen dem System der demokratisch-marxistischen Parteien einerseits und den von ihnen irreführten deutschen Menschen andererseits unterschieden haben, so muss auch jetzt immer nur die Bestie Stalin und die Bestialität des bolschewistischen Systems angegriffen werden, nicht aber die Völker, die von ihm unterworfen wurden.

4. Ebenso unangebracht ist eine Darstellung der künftigen Neuordnung Europas, aus der die Angehörigen fremder Völker den Eindruck gewinnen könnten, als ob die deutsche Führung sie in einem dauernden Unterwerfungsverhältnis zu halten beabsichtige.

Äusserungen, dass Deutschland im Osten Kolonien errichten und Kolonialpolitik betreiben werde, das Land und seine Bewohner als Ausbeutungsobjekt betrachte, sind völlig verfehlt. Sie würden der Sowjetpropaganda nur eine willkommene Gelegenheit zu der Behauptung bieten, dass Deutschland die Völker des Ostens auf eine Stufe mit den Negern stelle. Dies würde bei der Bevölkerung wie bei den Sowjettruppen nur eine Stärkung des Widerstandswillens gegen die deutsche Wehrmacht und das Deutsche Reich zur Folge haben.

5. Ebenso abwegig ist es, von neuen deutschen Siedlungen oder gar Grosssiedlungen und Landenteignung zu sprechen oder theoretische Aufsätze über die Frage zu verfassen, ob man die Völker oder den Boden germanisieren müsse. Gerade der nationalsozialistische Grundsatz, dass nur der Boden germanisiert werden kann, wird ohnehin von feindlicher Seite dahin ausgewertet, dass eine riesige Aussiedlung der Völker als Plan des Reiches verkündet werde. Der feindlichen, insbesondere der Sowjet-Propaganda, darf hierzu keine Handhabe geboten werden, da auch hier das Ergebnis eine Stärkung des Widerstandswillens der Ostvölker wäre.

Erst recht kann eine Verschickung der alteingesessenen Bevölkerung nicht erörtert werden.

6. Demgegenüber ist bei allen sich bietenden Gelegenheiten der Freiheitswille, der Kampfwille gegen das bolschewistische Terrorregiment, wie er die von den Sowjets unterdrückten Völker beseelt, ihr Soldatentum sowie ihre Arbeitswilligkeit hervorzuheben. Als Beweis ist der Einsatz der Ostvölker in landeseigenen Truppenkontingenten, wie ihn der Wehrmachtbericht bereits hervorhob, der

Einsatz der Ostarbeiter im Reichsgebiet und die Arbeit anzuführen, durch die die Ostvölker in industriellen oder landwirtschaftlichen Betrieben ihrer Heimat unter deutscher Führung das Ihre für den Sieg, für die deutsche Rüstung und die Sicherung des Ernteertrages leisten.

7. Die besetzten Ostgebiete werden nach ihrer planmässigen Zerstörung durch den Bolschewismus (entsprechend Stalins Befehl der verbrannten Erde) unter deutscher Führung wieder aufgebaut. Dies sichert mit den Reichtümern des Bodens Deutschland, ganz Europa und damit auch den im Osten lebenden Völkern die Nahrungs- und Rohstofffreiheit und den sozialen Aufstieg für alle Zukunft. Alles, was die notwendige Mitarbeit aller europäischen Völker, insonderheit der Ostvölker, für den Sieg gefährdet, muss also unterlassen werden. Jede Entgleisung würde der Sowjetpropaganda die Handhabe geben, womöglich auf das Zeugnis führender Persönlichkeiten des Reiches hinzuweisen, welche die Knechtung der Völker des Ostens zum Ziele hätten. Jede Vorsicht in Äusserungen hilft dagegen deutsches Blut sparen und den Sieg erringen.»

16. Februar 1943

«Zu der antibolschewistischen Kampagne führt der Minister aus, dass man schon deutlich die Nervosität auf der anderen Seite feststellen könne. Die zunehmende Gefahr löse eine tiefe Wirkung auf die europäischen Völker aus, und das Argument, dass England helfen könne, habe keine Wirkung.

Der Minister wird im Übrigen am kommenden Donnerstag [18. Febr.] im Sportpalast neben den Ausführungen über die totalen Kriegsmassnahmen auch besonders über die bolschewistische Gefahr sprechen. Seine Ausführungen über die Totalisierungsmassnahmen sollen nur in geringem Umfange gebracht werden, während die Behandlung der bolschewistischen Gefahr ganz gross herausgestellt wird.»

Weitere Weisungen zu seiner Sportpalast-Rede gab Goebbels am 18. Febr. 1942: «Die Auseinandersetzungen mit dem Bolschewismus gehen nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die Welt an, während die Ausführungen der Rede über die Totalisierung der Kriegführung eine überwiegend auf das Inland berechnete Angelegenheit darstellen. Der Minister führte weiterhin aus, dass man deutscherseits vernünftige Stimmen neutraler Länder zu der bolschewistischen Gefahr nicht aufgreifen sollte, dagegen sollte die deutsche Propaganda stets an die täglich einlaufenden Meldungen aus den Feindländern anknüpfen, aus denen der Verrat der Engländer und der Amerikaner an der europäischen Sache hervorgeht.»

17. Februar 1943

«Der Minister gibt im Hinblick auf wiederholte Verstösse gegen die jetzigen Richtlinien der Ostpolitik in Reden hochgestellter Persönlichkeiten Weisung, dafür zu sorgen, dass mindestens alle diejenigen Reden, deren Bekanntwerden im Ausland zu erwarten ist, zuvor einer Prüfung auf ihre Übereinstimmung mit den jetzt bestehenden Grundsätzen der deutschen Ostpolitik unterzogen werden.

Aufgrund von Stimmungsberichten aus dem Inland stellt der Minister fest, dass

in Deutschland zurzeit folgende vier Parolen zum Thema des Bolschewismus in Umlauf seien, denen entgegengetreten werden muss:

1. «Der Bolschewismus hat sich gemauert.» – Dieser falschen Auffassung soll dadurch entgegengewirkt werden, dass speziell aus den letzten Jahren, nicht aber aus den ersten Jahren der Bolschewikenherrschaft praktische Beispiele für die Behandlung der unter den Bolschewikenterror fallenden Völker gebracht werden (Randstaaten, Bessarabien usw.);
2. «Die Engländer und Amerikaner werden die Bolschewisierung schon verhindern.» – Dieser besonders in intellektuellen Kreisen des Inlandes verbreiteten Auffassung soll durch unentwegte Wiedergabe derjenigen englischen und amerikanischen Stimmen entgegengetreten werden, aus denen hervorgeht, dass England und Amerika bereit sind, Europa den Bolschewiken zu überlassen;
3. «Mehr als arbeiten kann man ohnehin nicht.» – Diese besonders in den deutschen Arbeiterkreisen verbreitete Meinung ist durch Schilderung der Arbeitslager in den russischen Tundren usw. schlagkräftig zu widerlegen;
4. «Die Bolschewiken werden nur die Nazis aufhängen.» – Dieser Parole ist durch Bekanntgabe von Zahlen über die Ermordung und Verschleppung von Arbeitern und sonstigen Angehörigen der breiten Masse in den von den Bolschewiken überfallenen Gebieten entgegenzutreten.

Der Minister unterstreicht ganz besonders, dass die deutsche Propaganda den Verat Englands und Amerikas an Europa uneingeschränkt herausstellen müsse. Für die Inlandpropaganda im Grossen gab er ferner die Weisung, keine kleineren Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung wie z.B. persönliche Angriffe Frau Roosevelts oder Differenzen zwischen Giraud und de Gaulle besonders herauszustellen; das deutsche Volk sei in einer ernsten Stimmung und wolle über die grossen Fragen und ihre Entwicklung unterrichtet sein; es wolle sich aber nicht mit läppischen Angelegenheiten befassen.»

Am 18. Februar 1943 hielt Goebbels im Berliner Sportpalast seine Rede zum «totalen Krieg». Darüber ausführlich oben S. 19 f.

19. Februar 1943

«Der Minister gibt Weisung für die Inlandpropaganda, die gestrige Rede zunächst innenpolitisch zur Auswirkung kommen zu lassen, ehe in grösserem Umfange auf das Auslandsecho eingegangen wird. Er hebt die disziplinierte und politisch reife Haltung der im Sportpalast erschienenen Berliner Bevölkerung hervor, die besonders in den Beifallskundgebungen für Italien zum Ausdruck gekommen sei. In der deutschen Propaganda sollen als Hauptthemen immer wieder herausgestellt werden der Kampf gegen den Bolschewismus, die totale Kriegführung und die Antwort des Volkes auf die am Schluss der Rede gestellten Fragen. Ab morgen sollen dann die Auslandsstimmen verwertet werden, insbesondere auch diejenigen, die zeigen, dass die Hoffnung auf einen inneren deutschen Zerfall völlig illusorisch ist.»

Noch vor der Berliner Sportpalastkundgebung erhielt die Presse am 18. Febr. 1943 die folgenden Hinweise: «Die Zeitungen werden besonders darauf hingewiesen, dass die Stimmungsbilder dem Charakter der Goebbels-Kundgebung im Berliner Sportpalast Rechnung tragen müssen, d.h. diese Stimmungsbilder müssen die Volkskundgebung ansprechen und dem kämpferischen Willen des ganzen deutschen Volkes Ausdruck geben. In den Stimmungsbildern und Leitartikeln werden die beiden Kardinalpunkte der Rede besonders zu unterstreichen sein, einmal das antibolschewistische Thema und zum andern das Thema des totalen Kriegseinsatzes. Die hervorragendste Herausstellung jedoch werden die 10 Fragen verdienen, die Dr. Goebbels an das deutsche Volk richten wird.»

20. Februar 1943

«Der Minister führt aus, dass der Erfolg der antibolschewistischen Kampagne grösser sei, als man habe erwarten können. Die Auslandsstimmen beweisen, dass die Gefahr des Bolschewismus in den Vordergrund der Diskussion geschoben worden ist und dass von unserer Parole alle Kenntnis genommen haben. In verschiedenen Ländern lösen sich vorhandene Komplexe, die durch unsere Propaganda sicher weiteren Auftrieb erhalten.

Der Minister weist darauf hin, dass wir bedauerlicherweise die einheitliche grosse Linie des Bolschewismus verlassen hätten und dadurch uns vielen Angriffen aussetzen müssten. Wir sollten deshalb heute nicht mehr von unseren Eroberungen im Osten sprechen, sondern von dem Kreuzzug gegen den Bolschewismus. In diesem Zusammenhang erwähnt er, dass er von der Front verschiedene Zustimmungstelegramme zu seiner Rede im Sportpalast erhalten habe. Ein besonderes Lob erteilt er der Berliner Bevölkerung, die sich als ein politisches Publikum ersten Ranges erwiesen habe.

In der täglichen Kleinarbeit sollten die drei Thesen seiner Sportpalastrede weiter vertieft werden, nämlich die über den Bolschewismus, den totalen Krieg und die Volksabstimmung im Sportpalast für die Fortsetzung der totalen Kriegführung. Die Bereitschaft, die in unserem Volk vorhanden sei, müsse aufgefangen werden, und er wird jetzt am Ende jeder Woche eine Verlautbarung über die in der betreffenden Woche getroffenen Massnahmen zur Radikalisierung der Kriegführung herausgeben. Dies sei notwendig, um die Bereitschaft des Volkes nicht versiegen zu lassen und gleichzeitig auch einen Druck auf die Dienststellen auszuüben, in der einmal von ihm aufgezeichneten Linie fortzufahren. Das wöchentliche Komunique enthalte eine moralische These, deren Durchführung vom Volk jederzeit kontrolliert werden könne.

Der Minister weist noch einmal darauf hin, alle egoistischen Ziele im Osten abzustreiten und von dem heiligen Kreuzzug des 20. Jahrhunderts gegen den Bolschewismus zu sprechen. Die Begriffe Ordnung, Disziplin und Menschheit hätten in dem Vordergrund unserer Propaganda zu stehen.»

22. Februar 1943

«Der Minister bittet, die günstigen Nachrichten über die militärische Lage an der Ostfront auf keinen Fall in unserer Propaganda in Erscheinung treten zu lassen. Es sei das Verkehrteste, was man machen könne, im jetzigen Augenblick zu triumphieren und die Gefahr als gebannt anzusehen. An der Ostfront habe sich kein grundsätzlicher Wandel durch die Stabilisierung der Front vollzogen, sondern nur die Fieberkurve sei zurückgegangen. Die Ursachen für die Stabilisierung der Front liegen erstens nach Meinung des Ministers in dem frühen Eintritt der Schlammperiode, zweitens in den Nachschubschwierigkeiten, denen die Sowjets durch die Verlängerung der Wege ausgesetzt sind. Uns könne die bessere Lage an der Ostfront und das augenblickliche gute Wetter nicht dazu bringen, in den alten Kardinalfehler der letzten Jahre zurückzufallen. Wir hätten uns über die Lage im Osten immer Illusionen gemacht, und er lehne es strikt ab, diesen Fehler noch einmal zu begehen. Die erste Winterkrise hätten wir relativ gut überstanden, die zweite schon viel schlechter und bei einer eventuellen dritten Winterkrise wünsche er nicht mehr Propagandaminister zu sein. Das Volk würde das Vertrauen verlieren, wenn wir im Frühjahr und Sommer wieder gross auf die Pauke schlugen und im Winter einer Krise ausgesetzt seien. Wir sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass in diesem Winter das Vertrauenskapital angegriffen worden ist. Ausserdem würde ein illusionärer Ton in diesem Augenblick alle unsere Massnahmen zur Totalisierung der Kriegführung hinfällig machen.

Scharfe Kritik übt der Minister an der Behandlung des 25. Jahrestages der Roten Armee in der deutschen Presse. Die Behandlung dieses Themas sei daneben gegangen. Unsere Presse habe Propaganda für die sozialistischen Tendenzen gemacht und seine gegebenen Weisungen nicht befolgt. Der Hauptartikel des V. B. über dieses Thema sei so formuliert, dass man genau das Gegenteil von dem gemacht habe, was notwendig ist. Der Artikel spreche von dem russischen Volk, der russischen Armee, der russischen Kirche, den russischen Menschen. Er habe ausdrücklich Weisung gegeben, die Worte «russisch» und «slawisch» aus allen Artikeln und Reden herauszunehmen und dafür stets «bolschewistisch» zu sagen. Durch den Ausdruck «bolschewistisch» ergebe sich für uns keine Möglichkeit, den englischen Propagandarummel zum 25. Jahrestag der Roten Armee propagandistisch für uns zu verwerten. Der Minister verlangt sehr scharf, dass seinen Weisungen unbedingt Folge zu leisten sei.»

Für den «VB» vom 22. Febr. 1943 bildete der Artikel «25. Jahrestag der Sowjetarmee ein britisches Nationalfest» die Hauptaufmachung.

25. Februar 1943

«Der Minister lässt noch einmal darauf hinweisen, dass die Lage an der Ostfront uns nicht veranlassen könne, ein Triumphgeschrei anzustimmen. Die Basis unserer Propaganda werde uns sonst entzogen. Er weist darauf hin, dass wir durch den ersten Winter verhältnismässig noch gut hindurchgekommen sind; durch den zwei-

ten schon schlechter, während seiner Meinung nach eine dritte Krisis nur schwer von uns überstanden werden könne. Wir würden alles Vertrauen verlieren, das im Laufe der Zeit aufgehäuft sei, wenn wir den Sommer über in Optimismus machten und im Winter einen neuen Rückschlag erlitten.»

26. Februar 1943

«Der Minister kommt auf seine Sportpalast-Rede noch einmal zu sprechen und führt aus, dass er eine Flut von Briefen wie niemals zuvor erhalten hat. 90% dieser Briefschreiber verlangten die radikalsten Massnahmen zur Kriegführung, während nur einige Schmähbriefe eingegangen seien, die offensichtlich von Juden geschrieben wurden. Aus allen Briefen klinge die Sorge heraus, ob wir nun auch tatsächlich die totalen Massnahmen durchführen. Der Minister führt aus, dass zur Aufrechterhaltung der Stimmung weiterhin die Härte der Kämpfe betont werden müsse und jeden Tag aufs Neue dem Volke gesagt wird, wie hart die Kämpfe sind. Die Parole, die heute unsere Propaganda beherrschen müsse, sei die: «nie wieder eine Krise!». Diesmal müssten wir schon im Frühjahr uns auf den Winter vorbereiten, denn nach den zwei erlittenen Krisen könne man nicht verlangen, dass bei einer dritten das Volk noch Vertrauen zu uns habe.»

Im SD-Bericht vom 22. Febr. 1943 kam zum Ausdruck, dass die Goebbels-Rede durch ihre Darstellung des Ernstes der Situation entspannend gewirkt und das Vertrauen zur Führung erneut gestärkt habe. Vereinzelt wurde von der Bevölkerung bemerkt, Goebbels habe schwarz gemalt, um den Totalisierungsmassnahmen Nachdruck zu verleihen. Die Ankündigung radikalster Massnahmen habe jedoch «überall grösste Zustimmung ausgelöst», wenngleich die 10 Fragen im letzten Teil der Rede «uneinheitlich aufgenommen» wurden.

3. März 1943

«Der Minister bittet, bei der Bekanntgabe der Räumung des Bogens bei Rschew die Planmässigkeit stark zu betonen. Nach dem Bericht der zuständigen militärischen Dienststellen ist die Räumung ohne jede Störung und Feindbehinderung vorsichgegangen, so dass wir durch die Betonung der Planmässigkeit den Russen die Möglichkeit nehmen, einen grossen Sieg in die Welt zu posaunen. Der Minister wird in der nächsten Nummer des «Reichs» einen Artikel über die Ostfront erscheinen lassen, der das von ihm geprägte Wort «Nie wieder Krise!» als Hauptthema hat.

Ein Moskauer Kommuniqué vom 3. März 1943 meldete, dass die Rote Armee («heute») Rschew zurückerobert habe. Der OKW-Bericht vom 3. März gab bekannt, dass Rschew unbemerkt vom Feind «im Zuge planmässiger Bewegungen zur Verkürzung der Front» geräumt worden sei. – Am 14. März 1943 erschien im «Reich» der Goebbels-Leitartikel «Die Winterkrise und der totale Krieg».

Zum Bombenangriff auf Berlin bemerkt er, dass die Zeitungen zu grossen Wert auf Sachschilderungen gelegt haben, während der Einsatz der Menschen zu gering dargestellt ist. Die Bevölkerung habe sich recht gut verhalten, und es sei nun an

der Führung, in diesen Tagen durch besondere Zurückhaltung auf der einen und Einsatz auf der anderen Seite der Bevölkerung mit gutem Beispiel voranzugehen. Es sei gerade Aufgabe der Partei, sich der Bevölkerung anzunehmen, denn es wäre in erster Linie ein psychologisches Problem, über diese Notzeit hinwegzukommen. Der Minister hat der Berliner Hedwigskirche einen Besuch abgestattet und ist dabei vom Probst empfangen worden, der ihm die Bitte vorgetragen hat, eine kleine Notkapelle für den Gottesdienst herrichten zu lassen. Der Minister gibt als Reichsverteidigungskommissar von Berlin den Auftrag, diesem Wunsch zu entsprechen.»

Während des britischen Luftangriffs in der Nacht vom 2. zum 3. März 1943 wurden auf Berlin 900 t Bomben abgeworfen. Dabei brannten die katholische St.-Hedwigskirche in unmittelbarer Nähe der Staatsoper und vier weitere Kirchen aus. Den Pfarrern der Hedwigskirche wurde als Notkapelle ein Saal in der Singakademie angewiesen.

In einem Aufruf an die Berliner Bevölkerung vom 6. März gab Goebbels u.a. auch die Zahl der bei diesem Angriff ums Leben Gekommenen bekannt. Es waren bis dahin 486 Tote und 377 Schwerverletzte gezählt worden. Unter den Toten befanden sich 96 Kriegsgefangene. Goebbels am 9. März 1943: «Man muss sich das auf sechs Monate übertragen denken, dann stehen wir in vielen Städten vor einem Trümmerfeld, haben Tausende von Toten und eine doch etwas angeknackte Haltung unseres Volkes. Das können wir uns unter keinen Umständen leisten.»

5. März 1943

«Der Minister gibt Weisung, keine grossen Dementis gegen den angeblichen grossen Sieg der Russen bei Rschew loszulassen. Wir sollten die Russen ruhig die Siegesfanfare blasen lassen, denn dieser «Sieg» der Russen koste uns militärisch nichts, aber stütze unsere antibolschewistische Kampagne. Die Lage an der Ostfront wird sonst nur im Rahmen des OKW-Berichtes behandelt. Die für uns positiven Stimmen über die Lage an der Ostfront werden übergangen.

Zum russischen Sieg bei Rschew wurde in der Konferenz vom 4. März 1943 gesagt: «Das russische Geschrei über Rschew lassen wir unbeachtet. Auch die Meldungen über die grosse Zahl der Beute übergehen wir. Der Vertreter des OKW führte dazu aus, dass die Russen in Rschew nichts als Trümmer und zerstörte Eisenbahnanlagen gefunden haben und ihre Meldungen über grosse Beutezahlen glatt erfunden seien.» In seinem Tagebuch mockierte sich Goebbels am 5. März über die «blöden Dementis» des OKW. Am 14. März 1943 folgte die Weisung, gegen die russischen Greuelmeldungen über Rschew usw. «mit aller Schärfe» vorzugehen.

Ein deutscher Industrieller hat sich an den Minister gewandt und ihn auf die schlechte Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Osten im Reich hingewiesen. Der Minister führt aus, dass er mit den verschiedensten Persönlichkeiten, u.a. mit dem Reichsmarschall gesprochen habe, die alle gegen eine schlechte Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte sind. Es herrsche eine Meinung, dass wir die Ostvölker nicht bei der Sache halten können, wenn wir mit unseren bisherigen Methoden weiter fortfahren. Der Minister erklärt, er habe noch keine Persönlichkeit und keine Dienststelle gefunden, die einen Erlass her-

ausgegeben haben, wonach die Ostvölker schlecht zu behandeln sind, aber in Wirklichkeit werden sie im täglichen Leben hart angefasst. Er wendet sich scharf gegen die Methode, diese für uns so wichtigen Hilfskräfte hinter Drahtverhau zu stecken oder zu verprügeln. Er gibt Staatssekretär Gutterer Weisung, in der nächsten Zeit alle zuständigen Stellen zusammenzurufen und eine endgültige Klarheit in dieser Frage herzustellen. Der Minister will dann einen Erlass herausgeben, der diese Frage in weitgehendem Masse erschöpfend regelt. Verstöße gegen diesen seinen Erlass werde er dann mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit ahnden. Es könne sich nach diesem Erlass später niemand dahinter verstecken, dass es eine besonders nationalsozialistische Tugend sei, die Ostvölker zu beschimpfen und zu misshandeln. Die Regelung dieses Problems sei nicht eine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Er wendet sich auch scharf gegen die Abzeichen für die Ostarbeiter und ist der Auffassung, dass mit derartigen Methoden eine Gewinnung dieser Menschen nicht möglich ist.»

Die Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten der UdSSR hatten bereits seit Ende 1941 ein Viereck mit der Aufschrift «Ost» sichtbar an ihrer Kleidung zu tragen, das abzuschaffen Goebbels ebenso misslang wie sein Bestreben, einen Kurswechsel in der deutschen Ostpolitik zu erwirken.

10. März 1943

«Der Minister berichtet über seinen Besuch im Führerhauptquartier und erklärt, dass der Führer mit den Massnahmen der Totalisierung des Krieges 100%ig einverstanden sei. Der Führer billige die radikalsten Massnahmen, und er sei sicher, dass, wenn wir uns auf diesem Kurs weiterbewegen, der Führer auch in Zukunft diese Dinge gut heisse.

Am 9. März 1943 führte Goebbels längere Unterredungen im Führerhauptquartier in Winniza u.a. mit Hitler, der die von Goebbels getroffenen Massnahmen für den totalen Krieg vollauf billigte und meinte, dass er mit der Sportpalastrede «einen Hauptschlagler» gelandet habe. Eine Kritik an der Tätigkeit des Dreier-Ausschusses Bormann, Keitel, Lammers wagte Goebbels nicht anzubringen.

Die Frage des Luftkrieges sei im Augenblick eine schwere Sorge. Der Minister befürchtet, dass das deutsche Volk in eine gewisse Resignation verfallen könne. Diese Resignation sei sehr leicht möglich, weil niemand wisse, wann der zermürbende Luftkrieg enden werde. Gegen diese Gefahr müssten wir alles einsetzen und alle Massnahmen von diesem Gesichtspunkt aus durchführen. Er wünsche nicht mehr, dass in Zukunft das Wort «Stimmung» gebracht werde, denn man könne nicht von Stimmung reden, wenn die Häuser abgebrannt seien und die Städte verwüstet sind. Er wünscht, dass nur noch von einer guten Haltung gesprochen werde. Man könne nicht erwarten, dass das Volk nach Luftangriffen in ein Hurra-Geschrei ausbrechen werde. Die englische Propaganda, die im Herbst 1940 getrieben wurde zur inneren Abwehr der Luftangriffe, sei für uns untragbar. In Deutschland würde man jeden Propagandisten davonjagen, wenn er etwa wie die Engländer im Herbst 1940 fragen würde, wo die nächsten Bomben bleiben.

Der Minister glaubt, dass der Luftkrieg nur beseitigt werden kann, wenn ein Gegenangriff auf England in grösstem Umfang durchgeführt werde. Die Abwehrmassnahmen seien nicht geeignet, die Engländer vor weiteren Angriffen zurückzuschrecken. Wenn bei dem Angriff auf München, bei dem 200 Maschinen beteiligt waren, nur 9 Maschinen abgeschossen wurden, so könne man sich an allen Fingern abzählen, dass die Engländer derartige Angriffe noch lange durchhalten, zumal wenn man bedenkt, dass die Produktion durch die amerikanische Rüstung noch weiter ansteigen wird. In der propagandistischen Behandlung des Themas bittet der Minister, vorsichtig zu Werke zu gehen. Es sei vollkommen verkehrt, heute in unserer Propaganda grosse Versprechungen von Vergeltung zu machen. Die einzige Antwort, die erteilt werden könne, sei der Gegenangriff. Die einzige Aufgabe für die Propaganda sei, den Widerstandswillen zu härten, aber auch hierbei auf keinen Fall bei der Bevölkerung Anstoss zu erregen.

Der Minister warnt vor dem Fehler, nach der offenen Sprache in unserer Nachrichtenpolitik nun plötzlich in das andere Extrem auszuschiessen und die Dinge ernster zu schildern, als sie sind. Wir wissen heute noch nicht, wieviel Tote unser letzter Angriff auf London hervorgerufen hat, während wir die Berliner Opfer laufend und wahrheitsgetreu berichteten. Wir sollten uns heute nicht in der Wahrheitsliebe baden, wie wir uns früher in der Verheimlichung aller Massnahmen überboten. Alle Veröffentlichungen dürften nach der Zweckmässigkeit beurteilt werden. Zahlen, wie z.B. die über Opfer bei Luftangriffen, sollten nur in Bedarfsfällen veröffentlicht werden. Ebenso ordnet er an, mit der Veröffentlichung von Plünderungsurteilen aufzuhören, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als sei in Berlin viel geplündert worden.

Der Minister teilt mit, dass der Führer über die antibolschewistische Propaganda des Lobes voll ist und besonders die Rede des Ministers im Sportpalast als psychologisches Meisterstück bezeichnet hat. Wir sollten in dieser Propaganda fortfahren und beständig in die alte Kerbe schlagen. Eine 150-jährige Eiche falle auch nur dann, wenn man immer in dieselbe Kerbe schlage und nicht nur gelegentlich einen Hieb anbringe. Die Erfolge, die wir mit unserer antibolschewistischen Propaganda erreichten, dürften jedoch auf keinen Fall vermerkt werden. Es sei ebenso falsch, sich schadenfroh die Hände zu reiben, weil die feindliche Propaganda durch unsere antibolschewistische Kampagne nun in ein gewisses Dilemma geraten ist.

Durch die Erfolge an der Ostfront sei es für uns schwer, weiterhin in Pessimismus zu machen. Solange jedoch die Russen fortfahren, grosse Erfolgsmeldungen infolge der freiwilligen Räumungen einzelner Gebietsteile im Norden heraus zu posaunen, sollten wir böse Miene zu gutem Spiel machen. Wir sollten uns jedoch dabei schon vorbereiten, unsere antibolschewistische Propaganda aus der Theorie zu speisen, wie das in den Jahren 1936/37 vornehmlich auf den Parteitag der Fall gewesen ist.»

12. März 1943

«Der Minister erklärt, dass es zweckmässig sei, die Tatsache der Räumung gewisser Gebiete in Russland dem Ausland gegenüber weiterhin deutlich in Erscheinung treten zu lassen. Bei Behandlung der für uns günstigen Entwicklung an der Ostfront solle dem Ausland gegenüber keinesfalls über die OKW-Berichte hinausgegangen, dem Inland gegenüber die Weckung von Illusionen vermieden werden. Der Minister bittet in diesem Zusammenhang das OKW, von einer Sondermeldung über die Wiedereinnahme von Charkow abzusehen.

Die während der sowjetischen Winteroffensive Mitte Februar aufgegebene Stadt Charkow war im März 1943 Ziel einer deutschen Offensive, die bis zum 12. März bis ins Stadtgebiet vordrang. Am 15. März wurde die von Goebbels vergebens verhinderte Sondermeldung veröffentlicht, dass Charkow in umfassendem Angriff zurückerobert worden sei.

Die englischen Drohungen mit der Intensivierung des Luftkrieges sollen in Deutschland nicht gebracht werden. Die Sprache der deutschen Propaganda gegenüber England darf unter keinen Umständen weinerlich, sondern muss hart und gefasst wirken.

Der Minister beschäftigt sich mit Meldungen über Anpöbelungen, denen gut gekleidete Damen seitens gewisser Leute ausgesetzt seien, die die Erfordernisse der totalen Kriegführung völlig missverstanden hätten. Gegen Versuche des Pöbels, sich nun breit zu machen, müsse mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die deutsche Presse wird entsprechende Anweisung erhalten.»

U.a. wurde im SD-Bericht vom 1. März 1943 darauf hingewiesen, dass für die Bevölkerung die «Hosenweiber mit Indianerbemalung» ein Stein des Anstosses seien. Z.B. werde in Berlin über jene Damen geklagt, die auf der Strasse Hosen aus besten Herrenstoffen zeigen und erkennen lassen, dass sie die Hosen nicht etwa aus beruflichen Gründen tragen. Die Presse erhielt am 16. März die Anweisung: «dass mit den Massnahmen der totalen Kriegführung nicht Instinkte der gegenseitigen Beschnüffelung, insbesondere in äusseren Dingen des Auftretens, der Kleidung usw. wacherufen werden sollen. Es ist richtig, wenn in den Leserspitzen dieses Thema noch einmal positiv aufgegriffen und darauf hingewiesen wird, dass es keinen Verstoß gegen die Kriegsdisziplin darstellt, wenn sich z.B. eine Frau mit den Sachen, die sie besitzt, nett anzieht oder sonst noch hübsch macht. Nicht die äussere Aufmachung interessiert, sondern allein die Haltung und Leistung.»

Das ferner vom Reichswirtschaftsminister verfügte Verbot der Anfertigung von Dauerwellen wurde Ende März 1943 wieder rückgängig gemacht. Am 29. März 1943 kam die DNB-Meldung, «dass die Anfertigung von Dauerwellen reichseinheitlich gestattet wird».

13. März 1943

«Der Minister berichtet, dass nach Angabe des OKW das Kernstück aller Feldpostbriefe die Zustimmung zu den Massnahmen über den totalen Krieg bildet. Die Soldaten berichten einheitlich in begeisterten Worten über die Massnahmen, die in der Heimat durchgeführt werden sollen.

Zum Kampf gegen den Bolschewismus bemerkt der Minister, dass dieses Thema

von uns in einer solchen Form propagiert worden ist, dass es von der Welt nicht überhört werden konnte. Wir müssten nun dieses Thema an einem Nagel aufhängen, jedoch dabei nicht die Wand benutzen. Der Minister meint dies in dem Sinne, dass wir auf keinen Fall die Reaktion auf unsere Propaganda verzeichnen.

Der Minister übt Kritik an einigen Zeitungen, die mit Gewalt jedesmal Stellung zu den Reden der ausländischen Staatsmänner nehmen. Der Minister hält diese Methode für sehr gefährlich, und zwar glaubt er, dass unsere Polemiken und eine lange Zitierung den kritischen Deutschen nur dazu veranlassen könnten, den englischen Rundfunk einzustellen, um zu hören, was der Mann nun tatsächlich gesagt hat. In Zukunft soll man sich darauf beschränken, nur die Sachen herauszupicken, die sich im Rahmen unserer Propaganda mitverwenden lassen. Ausserdem warnt er vor Karikaturen, denn diese hätten zumeist eine gänzlich andere Reaktion als beabsichtigt ist. Selbst die scheinbar negativsten Karikaturen führten häufig dazu, dass der Betrachter sich sage, dieser Mann muss doch eine grosse Persönlichkeit sein, wenn die Propaganda sich dauernd mit ihm beschäftigt. Karikaturen machen populär und daher sollten wir uns im grösseren Umfange zurückhalten.

Zum Luftkrieg bemerkt der Minister, dass die Engländer immer genau wüssten, was zerstört worden sei, während wir über unsere Luftangriffe keine genauen Tatsachenberichte erhielten. Wir seien zu offen und zu ehrlich in unserer Berichterstattung und setzten Nachrichten in die Welt, während wir Propaganda treiben sollten.

In diesem Zusammenhang weist der Minister es auch zurück, Angaben über Zerstörungen von Kirchen zu geben, da wir aus den Angaben der Engländer über zerstörte Kirchen jeweils geschlossen haben, welchen Erfolg wir hatten. Nach dem Prozentsatz der getroffenen Kirchen haben wir die Zerstörungen an Bahnhöfen und Industriestätten beurteilt. Diese Anhaltspunkte dürften wir den Engländern in Zukunft nicht mehr geben. Dagegen sei selbstverständlich, dass man Berichte über einzelne weltbekannte Kulturdenkmäler, die zerstört worden sind, herausgebe.

Die Lage im Osten stabilisiert sich weiterhin und nimmt damit in gewissem Sinne der Propagierung des totalen Krieges die Zugkraft. Der Minister gibt deshalb Anweisung, dem Volk klarzumachen, dass der totale Krieg eine Sache für sich ist und unabhängig von Sonnenschein und anderen positiven Dingen durchzuführen ist. Der totale Krieg hat nichts mit der Krise im Osten zu tun, sondern soll kommende Krisen vermeiden. Das Schlagwort sei: «Nie wieder Krise!»

Dazu in seinem Tagebuch: «Die rollende bolschewistische Dampfwalze ist zum Stehen gebracht, die Deutschen haben doch wieder ein Wunder vollbringen können. Sie sind mit der Gefahr im Osten fertig geworden, und alle die, die im vergangenen Winter, obschon sie die bolschewistischen Erfolge rühmten, doch insgeheim die grösste Sorge und Beängstigung empfanden, sind jetzt wieder wie neugeboren.»

DIE QUELLEN

Die in diesem Band publizierten Protokolle und sonstigen Aufzeichnungen aus den Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium sind verstreut über mehrere Archive; einige Ergänzungen wurden der Memoirenliteratur sowie den veröffentlichten und unveröffentlichten Goebbelschen Kriegstagebüchern entnommen.

Die Fundorte der Quellenvorlagen sind im Einzelnen:

- Seite 21-179: Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Ministerbüro, Nr. 1 a/1 g, Deutsches Zentralarchiv Potsdam.
- Seite 119-120: (Molotow-Besuch) ZSg 109/16, Vertrauliche Informationen (Sammlung Oberheitmann), Bundesarchiv Koblenz.
- Seite 180: R. Semmler (richtig Semler), Goebbels, the man next to Hitler, London 1947, S. 39.
- Seite 181-182: ZSg 109/22, Vertrauliche Informationen (Sammlung Oberheitmann), Bundesarchiv Koblenz, und W. Stephan, Joseph Goebbels, Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949, S. 226.
- Seite 182-183: ZSg 109/22 u. 23, Vertrauliche Informationen (Sammlung Oberheitmann), Bundesarchiv Koblenz.
- Seite 184-187: ZSg 101/40 (Sammlung Brammer), Bundesarchiv Koblenz.
- Seite 187-188: ZSg 109/25 u. 26, Vertrauliche Informationen (Sammlung Oberheitmann), Bundesarchiv Koblenz.
- Seite 189-191: ZSg 101/41 (Sammlung Brammer), Bundesarchiv Koblenz.
- Seite 192-193: ZSg 109/26, Vertrauliche Informationen (Sammlung Oberheitmann), Bundesarchiv Koblenz.
- Seite 193: (29. Okt. 1941) Dr. Goebbels. Nach Aufzeichnungen aus seiner Umgebung. Hrsg. unter Mitarbeit von K. Niehoff von B. v. Borresholm, Berlin 1949, S. 150-151 (dort Fehldatierung).
- Seite 194-196: ZSg 109/27, Vertrauliche Informationen (Sammlung Oberheitmann), Bundesarchiv Koblenz.
- Seite 196-255: Auswärtiges Amt, Krümmer, Aufzeichnungen über Teilnahme an der Ministerkonferenz im Promi u.ä., Bd. 1, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn.
- Seite 255-257: OKW Nr. 638, Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg.
- Seite 258-337: Auswärtiges Amt, Krümmer, Aufzeichnungen über Teilnahme an der Ministerkonferenz im Promi u.ä., Bd. 1 u. 2, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn.
- Seite 297: (30. Okt. 1942) Auswärtiges Amt, V-Stelle B. f. L, Auslandspropaganda-Leitstelle, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn.
- Seite 337-339: Panzer AOK 2, Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg. Diesen Goebbels-Erlass verdanke ich einem freundlichen Hinweis von Herrn Dr. E. Klink, Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg.
- Seite 339-348: Auswärtiges Amt, Krümmer, Aufzeichnungen über Teilnahme an der Ministerkonferenz im Promi u.ä., Bd. 2, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn.

Grundsätzlich wurden jeweils ganze Abschnitte der Konferenzprotokolle und der sonstigen Aufzeichnungen ungekürzt und selbstverständlich unverändert wiedergegeben. Der wörtliche Abdruck von der Vorlage wird gemäss den technischen Editionsgrundsätzen mit » « gekennzeichnet. Lediglich Schreibfehler, grobe Schnitzer in der Orthographie, der Interpunktion und stilistischer Art verfielen der Korrektur. Einfügungen des Herausgebers in

den Quellentext sind durch eckige Klammern [] kenntlich gemacht. Für die Einführung und die in den Anmerkungen gebotenen Ergänzungen sind neben den erhaltenen Tondokumenten den Goebbels-Reden zahllose Akten verschiedener Archive, eine Fülle von wissenschaftlichem Schrifttum sowie vor allem die zeitgenössischen Presseveröffentlichungen des In- und Auslandes herangezogen worden. Diese Publikationen hier allesamt aufzuführen, würde den Rahmen des Bandes erheblich sprengen. Immerhin ist ein Grossteil der benutzten Schriften in dem ausführlicheren Dokumentarwerk «Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium», hrsg. von Willi A.Boelcke, Stuttgart 1966, zitiert, so dass für ergänzende und vertiefende Studien darauf verwiesen werden kann. Ausdrücklich seien jedoch genannt:

G. Moltmann, Goebbels' Rede zum totalen Krieg am 18. Febr. 1943, in: Vierteljahreshefte f. Zeitgeschichte, 12. Jg., 1964, S. 13-43;

A. Hillgruber (Hrsg), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939-1941, Frankfurt a. M. 1967;

A. Philippi u. F. Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941-1945. Ein operativer Überblick, Stuttgart 1962.

Allen, die mir mit Rat und Tat bei der Abfassung dieses Bandes behilflich waren, gebührt mein verbindlichster Dank. Ihnen wie allen gedankenvollen Lesern sei das Buch gewidmet.

Stuttgart, 20. September 1967.

Willi A. Boelcke

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA.	= Auswärtiges Amt
AEG.	= Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AP.	= Associated Press
ARD.	= Arbeitsgemeinschaft der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BBZ.	– Berlinere Börsen-Zeitung
BDM.	= Bund Deutscher Mädel
DAF.	= Deutsche Arbeitsfront
DAZ.	= Deutsche Allgemeine Zeitung
DNB.	= Deutsches Nachrichtenbüro
Fs.	= Fortsetzung
G.-Sender	= Geheim-Sender
Gestapo	= Geheime Staatspolizei
HJ.	= Hitler-Jugend
KdF.	= NS-Gemeinschaft «Kraft durch Freude»
Kv.	= Kriegsverwendungsfähig
KZ.	= Konzentrationslager
MG.	= Maschinengewehr
MOB.	= Mobilmachung
NSDAP.	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV.	= Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKH.	= Oberkommando des Heeres
OKL.	= Oberkommando der Luftwaffe
OKW.	= Oberkommando der Wehrmacht
ORR.	= Oberregierungsrat
Pg-	= Parteigenosse
PK.	= Propagandakompanie
RAF.	= Royal Air Force
RMVP.	= Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RPA.	= Reichspropagandaamt
SA.	= Schutz-Abteilung
SD.	= Sicherheitsdienst
SPD.	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS.	= Schutz-Staffel
TASS	= Telegraphenagentur der Sowjetunion
TO.	= Transocean (Nachrichtenagentur)
U-Boot	= Untersee-Boot
UK.	= Unabkömmlich
UP.	= United Press
VB.	= Völkischer Beobachter
vo.	– Verordnung
WHW.	= Winter-Hilfswerk
WPr.	= Abt. Wehrmacht-Propaganda im OKW.

PERSONENREGISTER

- Albrecht, Karl I., *Publizist* 60
- Alexander, Sir Harold (geb. 1891), *brit. General* 299
- Alfieri, Dino, *ital. Botschafter in Berlin* 151
- Amann, Max (1891-1957), *Reichsleiter u. Präsident der Reichspressekammer* 31
- Anderson, Sir John, *brit. Minister für innere Sicherheit* 110
- Antonescu, Johann (1882-1946), *rumän. General und Staatschef* 98
- Bach, Johann Sebastian (1685-1750), *Musiker u. Komponist* 199
- Backe, Herbert (1896-1947), *Staatssekretär im Reichsernährungsministerium* 71, 335
- Baedeker, Karl, *Verleger* 237
- Bainville, Jacques (1879-1936), *frz. Schriftsteller* 79
- Barth, Dr. Karl (geb. 1886), *Prof. für Theologie in Basel* 159, 160
- Beaverbrook, Lord, William Aitken (1879 bis 1964), *brit. Minister* 264
- Beck, Josef (1894-1944), *poln. Aussenminister* 138
- Beethoven, Ludwig van (1770-1827), *Komponist* 173
- Berndt, Alfred-Ingemar (1905-1945), *1938 bis 1941 Leiter der Rundfunkabteilung im RMVP, danach der Propagandaabteilung* 22, 32, 111, 213, 266, 293
- Best, S. Payne, *Captain des «Intelligence Service»* 24, 26
- Beveridge, William Henry (1879-1963), *brit. Nationalökonom* 309
- Bibra, Dr. Sigismund, *Botschaftsrat der dt. Gesandtschaft in Bern* 34
- Bismarck, Otto Fürst v. (1815-1898), 160, 273, 274
- Blomberg, Werner v. (1878-1945), *Reichskriegsminister bis 1938* 170
- Böker, Erich (geb. 1903), *seit 1941 Leiter des RPA Berlin* 110
- Börner, Dr. Karl, Prof. (1900-1942), *1938 bis 1941 Leiter der Auslandspresseabteilung im RMVP* 7, 29, 34, 38, 40, 42, 43, 51, 53, 62, 63, 81, 82, 90, 91, 93, 105-107, 109, 110, 134, 135, 151, 152, 156
- Bohle, Ernst Wilhelm, *Gauleiter, Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP* 169
- Bormann, Martin (1900-1945), *Stabsleiter der NSDAP, Leiter der Parteikanzlei, 1941 Reichsleiter u. Reichsminister* 18, 129, 173, 192, 207, 273, 318, 335, 345
- Bose, Subhas Chandra (1897-1945), *ind. Nationalistenführer* 264, 265, 313
- Bouhler, Philipp (1899-1945), *Reichsleiter, Leiter d. Parteiamtlichen Prüfungskommission* 162
- Braeckow, Ernst (geb. 1910), *ORR in der Propagandaabteilung des RMVP* 91, 162
- Bräuer, Dr. Kurt, *dt. Gesandter in Oslo* 50
- Brandt, Karl (1904-1948), *Dr. med., Prof. Leibarzt Hitlers* 162
- Brauchitsch, Walther v. (1881-1948), *Generalfeldmarschall* 200
- Braun v. Stumm, *Stellv. Leiter der Presseabt. des AA* 237
- Brauweiler, Dr. Ernst (1889-1945), *Leiter der Abt. Auslandspresse im RMVP* 40, 55, 60, 92, 176, 179, 231, 262
- Brussilow, Aleksey A. (1853-1926), *russ. General u. Befehlshaber der erfolgreichen russischen Offensive von 1916* 319
- Budjonny, Semjon Michailowitsch (geb. 1883), *Sowjetmarschall* 184, 263
- Caesar, Gajus Julius (100-44 v. Chr.), *röm. Feldherr* 329
- Carol II. (1893-1953), *König von Rumänien 1930-1040* 98, 99
- Cassidy, Henry, *amerik. Journalist* 302
- Cato, Marcus Portius (234-149 v. Chr.), *erbitterter Feind Karthagos* 336
- Chamberlain, Neville (1869-1940), *brit. Premierminister* 24, 32, 36, 49, 52, 110
- Choltitz, Dietrich v. (1894-1966), *Oberst u. Regimentskommandeur* 257
- Churchill, Winston Spencer (1874-1965), *brit. Premier seit 1940* 32, 52, 55, 61, 68 bis 70, 72, 76, 78, 82, 91-93, 100, 106, 107, 111, 121, 136, 137, 142, 149, 151, 153, 155, 157, 160-162, 164, 165, 169, 170, 172, 177, 180, 196, 212, 214-219, 222, 232, 234, 239, 240, 244, 246-248, 251-253, 264, 265, 268, 272, 276, 277, 286, 291, 299, 302, 306-308, 325, 327 bis 329, 337
- Ciano di Cortellazzo, Galeazzo Graf (1903 bis 1944), *ital. Aussenminister* 39, 77, 78, 301
- Clausewitz, Karl v. (1780-1831), *preuss. General* 202

- Clemenceau, Georges (1841-1929), *frz. Ministerpräsident* 55, 284
- Cohrs, Wilhelm (1894-1944), *Major, Referent im OKW* 28
- Cripps, Sir Richard Stafford (1889-1952), *Lordsiegelbewahrer* 214-216, 218, 219, 222
- Cudahy, John, *US-Botschafter in Brüssel, danach Berlin-Vertreter vom «Life»* 158, 159
- Daladier, Edouard (geb. 1884), *frz. Ministerpräsident* 61, 68, 69, 110, 142, 217
- Daluege, Kurt (1897-1946), *General der Polizei* 245
- Darlan, François (1881-1942), *frz. Admiral* 224, 300, 306
- Davies, Rhys, *Labour-Abgeordneter* 179
- Delmer, Sefton (geb. 1904), *engl. Journalist* 82
- Dietrich, Dr. Otto (1897-1952), *Reichspresseschef* 181, 188, 189, 193, 262, 285, 325, 333
- Diewerge, Wolfgang (geb. 1906), *1940-41 stellv. Leiter der Rundfunkabteilung im RMVP* 34, 168
- Dittmar, Walter Wilhelm (1898-1945), *1939-42 Leiter des Drahtlosen Dienstes in der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft* 55
- Dostojewskij, Fedor Michailowitsch (1821 bis 1881), *russ. Dichter* 257
- Duff Cooper, Sir Alfred (Lord Norwich), *brit. Informationsminister* 24, 54, 85
- Eckardt, Felix v., *Filmautor* 273
- Eden, Sir Anthony, Earl of Avon (geb. 1897), *brit. Kriegsminister, danach Aussenminister* 121, 252, 265
- Elser, Georg, *Zimmermann* 25, 26
- Fangauf, Eberhard (1895-1962), *Referent in der Filmabteilung des RMVP* 38
- Faruk I., (1920-1965), *König v. Ägypten 1936-1952* 253, 255
- Fischer, Erich (geb. 1908), *seit 1942 Leiter der Abteilung Deutsche Presse im RMVP* 175, 236
- Fischer, Hugo (geb. 1902), *Stabsleiter in der Reichspropagandaabteilung* 173
- Flannery, Harry, *amerik. Journalist* 177
- Fletscher, Albert (gest. 1956), *brit. Luft-Commodore* 153
- Foch, Ferdinand (1851-1929), *frz. Marschall* 71
- Forster, Albert (1902-1954?), *Gauleiter u. Reichsstatthalter von Danzig-Westpreussen* 34, 38
- Freisler, Roland (1893-1944), *Staatssekretär im Reichsjustizministerium u. Präsident des Volkggerichtshofes* 118
- Frick, Wilhelm (1877-1946), *Reichsinnenminister* 23, 207, 211
- Friedrich der Grosse (1712-1786), *König von Preussen* 220, 228, 329
- Fritzsche, Hans (1900-1953), *1938-1942 Leiter der Abteilung Deutsche Presse im RMVP* 7, 21, 27, 29, 30, 36, 37, 39, 40, 47-49, 52, 55, 65, 66, 71, 88, 91-93, 105, 106, 113, 117, 131, 151, 152, 163, 179, 186, 187, 189-191, 232
- Fröhlich, Gustav, *Schauspieler* 220
- Funk, Walter (1890-1960), *Reichswirtschaftsminister* 207
- Galen, Clemens August Graf v. (1878 bis 1946), *Bischof v. Münster* 217, 229
- Gamelin, Maurice-Gustave (1872-1958), *frz. General* 55
- Gandhi, Mohandäs Karamchand (1869 bis 1948), *Haupt der ind. Unabhängigkeitsbewegung* 269, 270
- Gaulle, Charles de (geb. 1890), *frz. General* 61, 74, 107, 258, 306, 333
- Georg II. (1890-1947), *König von Griechenland* 154
- George, Heinrich (1893-1946), *Schauspieler* 108
- Giraud, Henri (1879-1949), *frz. General* 306, 332
- Glasmeier, Dr. Heinrich (geb. 1892), *Reichsintendant des Grossdeutschen Rundfunks* 92, 168, 173
- Göring, Hermann Wilhelm (1893-1946), *Reichsmarschall u. Oberbefehlshaber der Luftwaffe* 52, 60, 89, 93, 100, 117, 119, 129, 197, 207, 211, 237, 264, 273, 288
- Görlitzer, Arthur, *stellv. Gauleiter von Berlin* 104
- Goethe, Johann Wolfgang v. (1749-1832), *Dichter* 173
- Gorodow, *Sowjet. Generalleutnant* 263
- Gregory, Karl Freiherr v., *Leiter der Abt. Kulturpolitik beim Reichsprotector in Prag* 22
- Greiner, Dr. Erich (1877-1953), *Ministerialdirektor im RMVP* 33
- Greiser, Arthur (1897-1946), *Gauleiter u. Reichsstatthalter des «Wärthegau»* 35
- Grimm, Hans (1875-1959), *Prof., Schriftsteller* 43
- Grossmufti v. Jerusalem, Mohammed Emin el Huseini (geb. 1895), *1926-37F7 Vors. des Obersten arabischen Rates* 313

- Gruenberg, *schwed. Hellseher* 227
- Gustav V. Adolf (1858-1950), *König von Schweden* 208
- Gutterer, Leopold (geb. 1902), *1938-1941 Ministerialdirektor im RMVP., danach Staatssekretär* 21, 23, 25-27, 31, 33, 35, 38, 39, 42, 48, 56, 57, 62, 78, 80, 82, 85, 88, 97, 111, 112, 118, 119, 129-131, 133, 151, 155, 163, 171, 172, 200, 203, 204, 238, 241, 254, 295, 345
- Haakon VII. (1872-1957), *König von Norwegen* 46, 50
- Habsburg, Otto v. (geb. 1912), *Erzherzog* 287
- Hadamovsky, Eugen (1904-1944), *1933 bis 1942 Reichssendeleiter* 36, 91
- Hahn, Klaus-Friedrich (geb. 1901), *Korvettenkapitän, Referent in der Abt. OKWI WPr. 7*, 29, 31, 148
- Hambro, Carl (1885-1964), *norw. Storting-Präsident* 138
- Hansen, Hjelm (1878-1957), *dänisch. Journalist* 259
- Harlan, Veit (1899-1964), *Filmregisseur* 108, 220
- Harris, Sir Arthur Travers (geb. 1892), *brit. Luftmarschall* 234
- Haw-Haw, Lord, d. i. William Joyce (1906 bis 1946), *Kommentator des Englanddienstes des deutschen Rundfunks* 102
- Hearst, William Randolph (1863-1951), *amerik. Zeitungsverleger u. Publizist* 159
- Heinrich II. (1519-1559), *König von Frankreich* 25
- Helldorf, Wolf Heinrich Graf v. (1896 bis 1944), *Polizeipräsident von Berlin* 104, 227
- Hense, Dr., *Major* 133
- Hess, Rudolf (geb. 1894), *«Stellvertreter des Führers»* 28, 52, 129, 167-171, 173, 206
- Heydrich, Reinhard (1904-1942), *Chef der Sicherheitspolizei u. des SD* 25, 244, 245, 247-249
- Hildebrandt, Friedrich (1898-1948), *Gauleiter u. Reichsstatthalter von Mecklenburg* 235
- Himmeler, Heinrich (1900-1945), *Reichsführer SS* 25, 28, 105, 132, 264
- Hindenburg, Paul v. Beneckendorff u. v. (1847-1934), *Reichspräsident* 170
- Hinkel, Hans (1901-1960), *1939-1941 Leiter der Abteilung Besondere Kulturaufgaben im RMVP.* 99, 105, 112
- Hinsley, Arthur, *Kardinal u. Erzbischof von Westminster* 85
- Hippler, Dr. Fritz (geb. 1909), *1939-1943 Leiter der Filmabteilung des RMVP.* 23, 45
- Hitler, Adolf (1889-1945), *Führer u. Reichskanzler* 11, 13, 14, 16, 18-20, 24, 28, 29, 34-36, 38, 40, 42, 44, 48, 49, 51, 60, 62, 63, 66, 71, 74-78, 81-84, 86-88, 92, 94, 95, 97, 104-106, 114, 119, 120, 122, 124, 125, 127, 130, 132-134, 137-140, 144 bis 146, 148, 152, 153, 155, 158, 159, 162, 164, 165, 168, 170-172, 180-185, 187, 188, 192-194, 196-198, 200, 201, 203, 206-213, 217, 218, 220, 224, 225, 227, 228, 231, 233-236, 238-240, 243, 247, 249, 251, 253, 255, 260, 262, 273, 276, 285, 286, 289-295, 298-304, 306-308, 314, 320, 323-326, 328, 330-332, 334, 335, 337, 338, 345, 346
- Hoffmann-Lörzer, *Major im Luftwaffenführungsstab* 131
- Holstein, Friedrich August v. (1837-1909), *Geh. Rat im AA.* 274
- Hopkins, Harry L. (1890-1946), *Berater Präsident Roosevelts* 239
- Hore-Belisha, Leslie (1894-1957), *brit. Kriegsminister* 21, 32
- Hoth, Hermann (geb. 1885), *Generaloberst* 275
- Hottel, Richard C., *UP-Korrespondent in Berlin* 134
- Hull, Cordell, *amerik. Aussenminister* 265
- Hunke, Dr. Heinrich (geb. 1902), *1940-1943 Leiter der Auslandsabteilung im RMVP.* 179
- Inönü, Ismet (geb. 1884), *türk. Staatspräsident* 193
- Jannings, Emil (1884-1950), *Filmregisseur u. Schauspieler* 273
- Jetter, Heinz (geb. 1905), *NSDAP-Gauinspektor in Berlin* 21
- Jodl, Alfred (1890-1946), *General, Chef des Wehrmachtführungsstabes im OKW* 195, 233
- Kailani, Raschid Ali el (1888/94-1965), *irak. Ministerpräsident* 164
- Kasper, Wilhelm, *Vorsitzender der KPD-Fraktion im preussischen Landtag bis 1933* 60
- Kauffmann, Samuel H. (geb. 1898), *amerik. Zeitungsverleger (?)* 241
- Kaufmann, Karl O. K. (geb. 1900), *Reichsstatthalter u. Gauleiter von Hamburg* 166
- Keitel, Wilhelm (1882-1946), *Generaloberst, Chef des OKW* 31, 32, 71, 125, 192, 195, 207, 345

- Kerenski, Alexander, *russ. Ministerpräsident bis 1917* 164
- Kerillis, Henri de, *Direktor des «Epoque»* 54
- Kerr, Sir Archibald Clark, *brit. Botschafter in Moskau* 268
- Kessler, Anton, d. i. Pater Josef Anton, *kath. Publizist* 97
- Kleffens, Eelco Nicolaas van (geb. 1894), *niederl. Aussenminister* 217
- Knittel, John (geb. 1891), *Schweiz. Schriftsteller* 260
- Koch, Erich (geb. 1896), *Reichskommissar für die Ukraine* 194, 274, 312
- Körner, Theodor (1791-1813), *Dichter* 20
- Koht, Dr. Halvdan, *norw. Aussenminister* 138
- Kollo, Walter (1878-1940), *Komponist* 173
- Konoye, Ayamaro Fürst (1891-1945), *jap. Ministerpräsident* 184
- Kossmann, Karl-Richard (geb. 1899), *Oberst* 250
- Kratzer, Rolf, *Oberst* 250
- Krauss, Werner (1884-1959), *Schauspieler* 108, 273
- Krebs, Hans (1898-1945), *Oberst, stellv. Militärattaché in Moskau* 148
- Krümmer, Ludwig Ewald (geb. 1896) *Gesandter* 9, 10
- Krupp v. Bohlen u. Halbach, Gustav (1870 bis 1950), *Industrieller* 279
- Kurzbein, Heiner (1910-57), *1933-45 Bildpresse-Referent im RMVP* 62
- Lammers, Dr. Hans (1879-1962), *Reichsminister u. Chef der Reichskanzlei* 207, 211, 318, 345
- Langsdorff, Hans, *Kapitän zur See, Kommandant der «Graf Spee»* 29
- Laval, Pierre (1883-1945), *Aussenminister der Vichy-Regierung* 224, 230, 301
- Lehár, Franz v. (1870-1948), *Komponist* 173
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1870-1924) 254
- Leopold III. (geb. 1901), *König von Belgien* 58
- Ley, Dr. Robert (1890-1945), *Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Reichsleiter der DAF* 309
- Liebeneiner, Wolfgang, *Filmregisseur* 273
- Lincke, Paul (1866-1946), *Komponist* 173
- Lindbergh, Charles (geb. 1902), *Oberst, amerik. Flieger, der als erster 1927 allein den Atlantik überflog* 156, 159
- Lindquist, Nils Eric, *schwed. Journalist* 231
- Lloyd George, David (1863-1945), *brit. Kriegspremier 1916-22* 142, 165
- Lochner, Louis P., *Leiter des AP-Büros in Berlin (1921-41)* 9(3)
- Lohse, Hinrich (geb. 1896), *Reichskommissar für das Ostland* 194
- Ludendorff, Erich (1865-1937), *1916 Generalquartiermeister* 133
- Luther, Martin (1483-1546), *Reformator* 256
- Machiavelli, Niccolo (1469-1527), *florentin. Politiker und Historiker* 16
- Machon, Max, *Boxmanager* 176
- Mackeben, Theo (1897-1953), *Komponist* 173
- Mackensen, August v. (1849-1945), *Generalfeldmarschall* 229
- Maisky, Iwan (geb. 1884), *Sowjet. Botschafter in London* 224, 272
- Mandel, Georges (1885-1944), *frz. Innenminister* 55-56, 68
- Marian, Ferdinand, *Schauspieler* 108
- Marshall, George C. (1880-1959), *US-General u. Generalstabschef* 239
- Martin, Hans (geb. 1899), *Oberst (1942), Abteilungsleiter im OKW/WPr.* 38, 51, 58, 64, 65, 83, 108, 110, 115, 125, 152, 153, 157, 168, 171, 175, 200, 206, 221, 225, 228, 253, 255, 267, 303, 311
- Matschek, Wladimir, *stellv. jugosl. Ministerpräsident, kroat. Politiker* 144
- Matsuoka, Yosuko (1880-1946), *jap. Aussenminister* 148
- Menzies, Rt. Hon. Robert Gordon, *austral. Ministerpräsident* 161
- Meyer, Dr. Alfred (1891-1945), *Stellv. Rosenbergs* 194
- Michael I. (geb. 1921), *König von Rumänien* 98
- Milch, Erhard (geb. 1892), *Generalfeldmarschall der Luftwaffe* 117
- Miller, Webb, *amerik. Journalist* 270
- Mölders, Werner (1913-41), *Oberst u. Comodore der Jagdflieger* 229, 230
- Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (geb. 1890), *Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR* 85, 119, 120, 232, 235, 236, 246-248, 252, 272, 275
- Monroe, James (1758-1831), *Präsident der USA* 77
- Morrison, Herbert (1888-1965), *brit. Minister f. innere Sicherheit seit Okt. 1940* 110, 122
- Mozart, Wolfgang Amadeus (1756-1791), *Komponist* 237

- Müller, Georg Wilhelm (geb. 1909) *Referent im Ministerbüro des RMVP* 38
- Mussolini, Benito (1883-1945), *Duce* 39, 40, 52, 62, 156, 310
- Napoleon I. (1769-1821), *Kaiser der Franzosen* 119, 265, 308, 329
- Naumann, Dr. Werner (geb. 1909), *Leiter der Ministerbüros des RMVP* 325
- Nehru, Dschawaharial (1889-1964), *Pandit* 269
- Nelson, Donald Marr (geb. 1888) 314
- Neumann, Karl (geb. 1900), *Referent in der Propagandaabteilung des RMVP* 21
- Neurath, Konstantin Frhr. v. (1873-1956), *Reichsprotector v. Böhmen und Mähren* 21
- Nostradamus, Michel de Notredame (1503 bis 1566) 25, 28, 84
- Oberg, Carl Albrecht (1897-1965), *SS-Brigadeführer* 250, 251, 260, 261
- Ohnesorge, Wilhelm (1872-1952), *Reichspostminister* 211
- Oshima, Hirosho, *japan. Botschafter in Berlin* 222
- Ott, Eugen, *General, dt. Botschafter in Tokio* 229
- Oven, Wilfred v., *seit 1942 Pressereferent bei Goebbels* 96
- Papen, Franz v. (geb. 1879), *dt. Botschafter in Ankara* 193
- Paulus, Friedrich (1890-1957), *Feldmarschall* 275, 304,332
- Pavolini, Alessandro, *ital. Unterrichtsminister* 52
- Pétain, Philippe (1856-1951), *frz. Marschall u. Staatschef der Vichy-Regierung* 54, 55, 68, 69, 73, 119, 224, 302, 306, 307
- Peter II. (geb. 1923), *König von Jugoslawien 1934-41* 141, 143, 160, 161
- Preysing, Konrad, Graf von P.-Lichtenegg-Moos (1880-1950), *Bischof v. Berlin* 217, 324
- Prien, Günther (1908-41), *Kapitänleutnant, Kommandant von U 47* 176
- Quisling, Vidkun, A. L. J. (1887-1945), *norweg. Faschistenführer* 49, 50, 212, 230
- Raemaekers, Louis, *holl. Karikaturist* 128
- Raskin, Dr. Adolf (1900-40), *Intendant des deutschen Auslandsfunks* 57,62,83,87,92
- Rauschning, Hermann (geb. 1887), *Senatspräsident von Danzig* 34, 35, 38, 62
- Reese, Maria, geb. Meyer, *Mitglied der Reichstagsfraktion der KPD bis 1933* 60
- Reichenau, Walter v. (1884-1942), *Generalfeldmarschall* 210
- Reinecke, Hermann, *General im OKW* 291
- Reynaud, Paul (geb. 1878), *frz. Ministerpräsident* 41, 43, 54, 55, 61, 65, 67, 69, 142
- Ribbentrop, Joachim v. (1893-1946), *Reichsaus-senminister* 119,120, 211, 217, 283, 287
- Rienhardt, Dr. Rolf, *Stabsleiter in der Reichspres-sekammer* 36
- Röhm, Ernst (1887-1934), *Stabschef der SA* 169, 170
- Rommel, Erwin (1891-1944), *Generalfeldmar-schall* 209-211, 247, 255, 260, 266, 299
- Roosevelt, Eleonora (1884-1962), *amerik. Politi-kerin* 295
- Roosevelt, Franklin Delano (1882-1945), *Präsi-dent der USA* 42, 67, 132, 154, 155, 158, 159, 161, 184, 208, 239, 245, 246, 248, 268, 278, 288-290, 300, 302, 306, 327-329
- Rosenberg, Alfred (1893-1946), *Reichsleiter, Reichsminister f. d. besetzten Ostgebiete* 194, 200,254
- Rydz-Smigly, Edward, *poln. Marschall u. «Staats-führer»* 138
- Ryti, Risto H. (1889-1956), *finn. Staatspräsident* 213
- Sauckel, Fritz (1894-1946), *Generalbevollmächti-ger für den Arbeitseinsatz* 335
- Schaposchnikow, Boris Michailowitsch (1882 bis 1945), *Sowjetmarschall* 288-289
- Scharnhorst, Gerhard Joh. David v. (1755 bis 1813), *preuss. General* 133
- Schieferdecker, Joh., *Hauptschriftleiter der Berli-ner Ausgabe des «VB»* 294
- Schirach, Baldur v. (geb. 1907), *Reichsstatthalter u. Gauleiter von Wien* 278, 283
- Schirmeister, Moritz Augustus v. (geb. 1903), *persönl. Pressereferent bei Goebbels* 52
- Schleicher, Kurt v. (1882-1934), *General, 1932/33 Reichskanzler* 326
- Schmeling, Max (geb. 1905), *Boxer* 176, 177
- Schmidtke, Heinz (geb. 1902), *Major, Stell-vertr. Abteilungsleiter im OKW/WPr.* 59
- Schmundt, Rudolf (1896-1944), *Generalmajor, Chefadjutant der Wehrmacht beim Führer* 292
- Schulenburg, Friedrich Werner Graf v. d. (1875-1944), *dt. Botschafter in Moskau* 34

- Schwarz, Dr. Urs, *Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Berlin* 179
- Schwarz van Berk, Hans (geb. 1902), *Leiter eines Pressebüros* 296
- Schwerin, Eberhard Graf, *Hauptschriftleiter* 124
- Segerstedt, Torgny Karl S. (1876-1945), *1917-45 Chefredakteur von «Göteborgs Handels- und Schifffahrtszeitung»* 208, 266
- Semler, Dr. Rudolf (geb. 1913), *persönl. Referent von Goebbels* 318
- Simovich, Duschán, *General, jugosl. Ministerpräsident* 138, 149, 161
- Simpson, Wallis, *Herzogin von Windsor* 83
- Smuts, Jan Christian (1870-1950), *General, südafrik. Ministerpräsident* 277
- Söderbaum, Kristina, *Filmschauspielerin* 220
- Sommerfeldt, Martin H. (geb. 1899), *Hauptmann, Verbindungsoffizier von OKW/WPr* 25
- Sostschenko, Michael, *Sowjet. Dichter* 88-89
- Spencer, Dr. Herbert 148
- Speer, Albert (geb. 1905), *Reichsminister f. Rüstung und Kriegsproduktion* 214, 238, 296, 335
- Sperrle, Hugo (1885-1953), *Feldmarschall der Luftwaffe* 96
- Stalin, Josef Wissarionowitsch (1879-1953), *seit 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare u. Oberbefehlshaber der Roten Armee* 16, 25, 34, 88, 148, 164, 180, 182, 183, 189, 215, 218, 219, 266, 272, 275, 277, 288, 327, 328, 335
- Standley, William Harrison (1872-1963), *Admiral, US-Botschafter in Moskau* 268
- Stanley, Oliver (1896-1950), *brit. Kriegsminister* 32
- Stephan, Werner (geb. 1895), *Referent in der Presseabteilung des RMVP* 57, 63, 152
- Stern-Rubarth, Dr. Edgar, *Publizist* 128
- Stevens, R. H., *Major im «Intelligence Service»* 24, 26
- Strasser, Gregor (1892-1934), *Hitlers Gegenspieler innerhalb der NSDAP, erschossen 1934* 170
- Strasser, Otto (geb. 1897), *Mitbegründer der «Schwarzen Front», 1933 emigriert* 25, 62
- Sullivan, Frank, *Berlin-Korrespondent des «New York Herald Tribune Syndicate» (The New Yorker)* 154
- Suner, Serrano (geb. 1901), *span. Innenminister, danach Aussenminister* 104
- Tatekawa, *General, japan. Botschafter in Moskau* 229
- Taubert, Dr. Eberhard (1904-1965), *ORR, Referent in der Propagandaabteilung des RMVP* 60
- Terboven, Josef (1898-1945), *Reichskommissar für die besetzten norweg. Gebiete* 49
- Thälmann, Ernst (1886-1944), *bis 1933 Vorsitzender der KPD* 321
- Thon, Dr. Zdeněk, *Rechtsanwalt* 21
- Tiessler, Walter (geb. 1903), *Verbindungsmann zur Parteikanzlei der NSDAP* 129, 173
- Timoschenko, Semjon Konstantinowitsch (geb. 1895), *Marschall der Sowjetunion* 184, 185, 263
- Titel, Walter (1894-1944), *Major d. Schutzpolizei, Referent für «Reichsverteidigungsangelegenheiten» im RMVP* 77, 147
- Todenhöfer, Dr. Gerhard (geb. 1913), *Legationsrat im AA* 10
- Todt, Dr. Fritz (1891-1942), *Generalbauinspektor, Reichsminister für Bewaffung und Munition* 197, 214
- Tojo, Hideki (1884-1948), *1941-44 japan. Ministerpräsident* 243, 244
- Torgler, Ernst (1893-1963), *Vorsitzender der Reichstagsfraktion der KPD bis 1933* 60
- Tschammer und Osten, Hans v. (1887 bis 1943), *Reichssportführer* 35, 203
- Tschernischew, Sachar Grigor (1722-1784), *russ. General* 220
- Unruh, Walterv. (1877-1956), *General* 250, 335
- Urdarianu, Ernest, *rumän. Minister des Kgl. Hauses* 99
- Vansittart, Lord Robert (1881-1957), *brit. Politiker* 224, 241
- Vernon-Bartlett, Charles, *Mitglied des Unterhauses* 174
- Vinde, Victor, *schwed. Journalist* 265
- Wächter, Werner (geb. 1902), *Leiter des RPA Berlin, seit 1942 Chef des Propagandastabes in der Reichspropagandaleitung* 37, 55, 180
- Wagner, Eduard (1894-1944), *Gen., Generalquartiermeister* 195, 196
- Wagner, Richard (1813-1883), *Komponist* 16, 317
- Walther, Paul, *Reichskohlenkommissar* 85, 114
- Ward Price, George, *Korrespondent der «Times» und der «Daily Mail»* 311

- Wedel, Hasso v. (1898-1961), *Generalmajor, Chef der Abt. OKW/WPr.* 250
- Weizsäcker, Ernst Frhr. v. (1882-1951), *Staatssekretär im Auswärtigen Amt* 135
- Welles, Sumner, *Unterstaatssekretär im amerik. Aussenministerium* 39, 43
- Wentscher, Bruno (1887-1961), *Oberstleutnant, Leiter des «Reichsverteidigungsreferates im RMVP* 29
- Weygand, Maxime (1867-1965), *frz. General* 55
- Wilhelm II., *Deutscher Kaiser u. König von Preussen (1859-1918)*, 178, 274
- Wilke, Walter, *Mitarbeiter des Berliner UP-Büros* 176
- Willkie, Wendell Lewis, *republ. Präsidentschaftskandidat der USA* 279
- Wilson, Thomas Woodrow (1856-1924), *Präsident der USA* 42
- Windsor, Herzog v., *König Eduard VIII. v. England bis 1936* 83
- Wodarg, Rudolf (geb. 1908), *Major im Luftwaffenführungsstab* 64, 83, 88, 95, 100, 116
- Wolf-Lupescu, Magda H., *Gefährtin König Carols II. v. Rumänien* 98, 99
- Woroschilow, Element E. (geb. 1881), *Sowjetmarschall* 184
- Zitzewitz, Coelestin v., *Major i. G.* 330

ORTSREGISTER

- Aachen 148
Afrika s. Nordafrika u.a. 51, 214, 241, 247, 261, 327
Agedabia 209
Ägypten 154, 209, 247, 249, 253-255, 312
Alexandria (Ägypten) 176, 247, 255
Algerien 300
Algier 300, 302
Altötting 97
Amerika s. USA 208
Amsterdam 130, 131
Ankara 193, 288
Arabien 163, 253, 254, 313
Argentinien 29, 208
Armenien 25
Athen 138, 152, 154, 157, 176
Atlantik 258, 324
Augsburg 168
Aussee 171
Australien 160, 161, 209, 242, 244
- Baku 260
Balkan 17, 51, 105, 119, 139, 140, 141, 146, 147, 151, 152, 156, 158, 160, 164, 165, 181
Baltikum 73
Bardia 150
Bath 234
Bayern 43
Belgien 43, 51-53, 56-58, 79, 105, 139, 142, 146, 161, 213, 216, 239
Belgrad 138, 139, 141-144, 149, 159
Bengasi 145, 149, 209, 210
Beresina 186
Berlin 7, 8, 10, 16, 18-21, 24, 26, 33, 35, 36, 40-44, 52-54, 59, 62, 63, 65, 71, 74, 77, 78, 80, 82, 85, 89, 95, 96, 99, 101-105, 107-109, 111, 112, 114-117, 119, 127, 134, 148, 151, 155, 158, 172, 176, 177, 179, 180, 186, 188, 189, 194, 196, 211, 215, 217, 220, 223, 227, 228, 231, 232, 234, 236, 238, 240, 241-243, 245, 257, 259, 264, 266, 269, 271, 274, 277, 286-288, 294, 297-299, 310-314, 321, 324, 326, 330-336, 339-346
Bern 34
Bessarabien 75
Bialystok 184
Birmingham 101, 166
Böhmen s. Protektorat
Boulogne 25
Brabant 25
Braunschweig 148
- Bremen 147, 167
Brenner 40, 123
Breslau 82, 229
Brest 175, 216
Bristol 166
Britisch-Indien s. Indien
Brjansk 186
Brügge 25
Brüssel 158
Bruneval 219
Buenos Aires 29
Bug 180
Bukarest 98
Bukowina 75
Bulgarien 132, 143, 203
Burma 242, 243
- Calais 25, 168
Canterbury 237, 244
Casablanca 302, 327, 328, 333
Charkow 192, 240, 242-244, 347
Chemin de Dames 186
Cherbourg 272
Chile 208
China 216
Compiègne 69-71
Coventry 166
Cyrenaika s. a. Libyen 147, 165, 209-211, 214
Dachau 25
Dänemark 44, 46, 79, 203, 213, 239, 259
Dakar 107
Danzig 34, 39, 118, 215
Deauville 96
Demjansk 256
Den Haag 217
Derna 146, 147
Dieppe 275, 276, 289, 291
Doorn 178
Düna 184
Dünkirchen 60, 84, 147, 150, 197, 215, 232, 325
Düsseldorf 148, 270
Duisburg 244
- El Ageila (Halfaya) 165
El-Alamein 247, 253, 299
Elsass-Lothringen 51
England (Grossbritannien) 19-28, 30, 32, 35, 36, 42-47, 50-62, 64, 66, 68-81, 83 bis 104, 106-128, 131-133, 135-138, 140

bis 142, 145-158, 160-175, 177-180, 187, 189,
 190, 192, 193, 197-199, 206, 207, 209, 211, 212,
 214-225, 228, 230-241, 243, 244, 246-254, 257,
 258, 261-272, 275-277, 280, 281, 284, 287, 289,
 291, 295, 297-304, 306-313, 317, 319, 320, 321,
 325-329, 332, 336, 340, 342, 345, 346, 348
 Essen 124, 148, 244
 Estland 184

Feodosia 236
 Finnland 10, 182, 203, 213
 Flamen 53
 Flandern 25
 Frankfurt 283
 Frankreich 12, 17, 22-25, 28, 40-45, 51-72, 74-81,
 83, 89, 90, 92, 94, 105, 107, 115, 116, 119, 128,
 138, 140, 142, 146, 151, 159, 161, 162, 177,
 192, 203, 207, 213, 217, 219, 220, 221, 224,
 230, 233, 239, 250, 251, 260, 261, 276, 300-
 302, 306 bis 308, 319, 320, 328, 333, 334
 Freiburg 92

Galizien 232
 Gallipoli 161
 Garmisch 203
 Generalgouvernement s. Polen 35
 Genf 72
 Gent 25
 Gibraltar 107
 Göteborg 208, 251, 252, 265
 Göttingen 26
 Gomel 186
 Graz 223
 Griechenland 17, 145-147, 149, 150, 152, 154-
 156, 160, 161, 165, 171, 177, 213
 Grossbritannien s. England
 Gumrak 330

Habbaniya 164
 Halfaya 209
 Hamburg 21, 102, 148, 166, 167
 Hameln 36
 Hampshire 110
 Hannover 148
 Hawaii 198
 Heidenheim/Württ. 210
 Hongkong 198

Ilmensee 295
 Indien 91, 190, 221, 242, 243, 254, 264, 265, 269,
 270, 271, 312, 313
 Iran 164, 193, 312

Irak 163, 164
 Irland 22
 Isjum 242
 Italien 28, 33, 39, 43, 47, 49, 62, 66, 72, 77-79,
 92, 101, 107, 110, 123, 124, 127, 132, 134, 156, 157,
 182, 197, 198, 203, 208, 209, 216, 239, 247,
 251, 254, 255, 266, 282, 288, 295, 298, 299, 301,
 303, 310
 Japan 42, 101, 108, 148, 184, 187, 192, 197-199,
 202, 204, 205, 208, 209, 215, 216, 220, 222,
 223, 229, 242, 243, 245, 246, 264, 269, 293,
 294, 298
 Java 220, 221
 Jerusalem 313
 Juden 13, 14, 19, 21, 24, 35, 54, 55, 82, 99, 104,
 105, 108, 130-132, 134, 155, 156, 183, 214,
 223, 242, 243, 256, 271, 297, 312, 313, 343
 Jugoslawien s. auch Serbien und Kroatien
 u.a. 17, 132, 136-146, 149, 152, 156, 161, 165

Kairo 247
 Kalatsch 304
 Kalkutta 264
 Kanada 275, 276, 291
 Kanal 87, 88, 90, 92, 116, 166, 216, 329
 Kania 177
 Kapstadt 31
 Karthago 336
 Kaspisches Meer 260
 Kaukasus 193, 194, 260
 Kertsch 224, 240, 242, 260
 Kiel 147, 150
 Kiew 189
 Kirkenes 219
 Koblenz 74
 Köln 59, 148, 244, 247, 249
 Königsberg 88
 Königstein 332
 Konstantinopel 154
 Korallenmeer 242, 244
 Korsika 301
 Krasnodar 267
 Kreta 165, 172, 174, 175, 177-179, 180, 215
 Krim 257
 Kroatien 28, 140, 143-145, 203
 Kursk 192

Laeken 58
 La Plata 29
 Leipzig 26, 59, 93, 132
 Lemberg 183
 Leningrad 185, 195, 221, 320, 327
 Leuthen 329

Levszaky 252
 Libyen 147,211
 Lidice 249
 Lippe 47
 Lissabon 268
 Litauen 73
 London 33, 40, 54, 61, 64, 67, 74, 84, 91, 94, 95,
 98, 99-101, 103, 104, 106, 107, 109-111, 114-
 116, 118, 121, 122, 126, 135, 150, 153, 160, 161,
 166-168, 170, 178, 192, 206, 215, 246, 252, 268,
 269, 284, 287, 295, 297
 Loretto-Höhe 57
 Lublin 13
 Lübeck 14, 225, 233-235
 Lüttich 310
 Luxemburg 37, 59, 105, 174

 Madagaskar 105
 Madrid 311
 Maikop 267
 Manila 198
 Malta 234
 Marokko 300
 Midway-Inseln 246
 Minsk 184
 Monte Carlo 149
 Montevideo 29
 Montoire 119
 Moskau 135, 148, 181, 183-188, 192-196, 215,
 226, 229, 232, 235, 254, 267, 268, 272, 277, 278,
 302, 308, 311, 321, 323, 333, 337, 343
 München 7, 24, 25, 85, 89, 112, 300, 301
 Münster 35, 38, 217, 229

 Narvik 48, 50, 59, 124
 Neuseeland 160, 172
 New York 54, 134, 161
 Niederlande 24, 26, 28, 43, 51-53, 66, 79, 128,
 130, 131, 139, 142, 146, 161, 172, 178, 203, 213,
 217, 221, 239, 251, 279, 284, 303
 Nil 247
 Nordafrika 107, 153, 158, 206, 209, 211, 234, 246-
 248, 252, 260, 272, 299, 300 bis 303, 306-308,
 310, 312, 319, 328, 329
 Nordamerika s. USA
 Nordkap 181
 Nordmeer 282
 Norwegen 37, 40, 44-50, 58, 73, 79, 94, 126, 138,
 139, 140, 142, 146, 152, 161, 177, 202, 212, 213,
 226, 236, 241, 242, 251
 Nottingham 265
 Nürnberg 7, 8, 100

 Oberdonau 171
 Oberhausen 244
 Obersalzberg 80, 159, 167
 Österreich s. auch Ostmark 119, 153, 162,
 170, 287
 Oran 76, 300, 302
 Orel 221
 Orléans 67
 Oslo 50, 236
 Osnabrück 133
 Ostmark s. auch Österreich 223, 287
 Ozeanien 198

 Palästina 253
 Paris 16, 40, 54-57, 61, 63-65, 67, 74, 89, 159, 220,
 221, 224, 261
 Pazifik 247
 Pearl Habor 198, 245
 Persien s. Iran
 Piräus 152
 Polen (Generalgouvernement) 15, 28, 34, 41, 43,
 51-53, 79, 82, 90, 105, 138, 161, 162, 172, 219,
 252, 312
 Port Arthur 257
 Portugal 62, 99
 Posen 334, 335
 Potsdam 8, 9, 60, 220
 Prag 21, 22, 25, 35, 159, 245, 248, 249, 252
 Pressburg 230
 Preussen 43, 119, 178, 257
 Protektorat (Böhmen u. Mähren) 22, 32, 35, 79,
 105, 172, 245, 247, 249, 252, 270

 Reich = Deutschland
 Reichsprotektorat s. Protektorat
 Reval 194
 Rheinland 41, 59, 170, 269, 270
 Rio de Janeiro 208
 Rom 32
 Roslawl 184
 Rostock 233-235
 Rostow 264, 310, 315
 Rotterdam 64
 Rschew 343, 344
 Ruhrgebiet 41, 43, 53, 59
 Rumänien 28, 43, 75, 98, 99, 181, 182, 203, 249,
 252, 308
 Russland s. Sowjetunion 119, 192, 220, 319

 Sachsen 153
 Saloniki 146, 147, 156
 Sark 289
 Scapa Flow 306
 Schlüsselburg 321, 327
 Schottland 83
 Schwarzes Meer 119, 181, 193

Schweden 28, 37, 48, 105, 106, 203, 206, 208, 227, 231, 243, 251, 252, 259, 265, 266, 268, 315, 321
Schweidnitz 220
Schweiz 25, 26, 29, 33, 34, 42, 62, 79, 159, 160, 240, 268, 321
Sedan 310
Serajewo 140
Serbien 28, 140-145, 160
Sewastopol 246, 254, 255, 257, 278, 296
Sheffield 123
Singapur 161, 215, 216, 232, 249
Sizilien 328
Skagerrak 152
Slowakei 144, 182, 203, 229, 230
Slowenen 140, 145
Smolensk 184-187, 196
Sowjet-Union 8, 9, 10, 13, 17-20, 33, 34, 60, 65, 73, 75, 88, 89, 93, 119, 130, 135, 139, 142, 148, 164, 180-198, 200-202, 204, 205, 211-221, 223, 224, 226-233, 235, 236, 238-242, 246-249, 252-261, 263, 264, 266-268, 272-275, 277-279, 281-290, 292-298, 302-305, 308, 309, 313-316, 318-333, 335-348
Spanien 42, 72, 101, 104, 203, 251, 301
Stalingrad 10, 18, 192, 240, 275, 277-279, 282, 284, 285, 292-294, 296-298, 301, 304, 305, 308, 314, 322, 325, 327 bis 330, 332-335
Stettin 273
St. Nazaire 224, 265
Stockholm 243, 288, 298
Stresa 79
Südamerika 92, 208, 284
Suezkanal 150, 214

Thorn 34
Tobruk 165, 247, 249, 251, 252, 302, 303
Tokio 204, 229, 268, 294, 311
Toulon 306, 307
Triest 43
Tripolis 211
Tschechoslowakei s. auch Protektorat 21, 22, 32, 43, 103, 140, 162, 248
Tschenschow 90
Tschernigow 186
Türkei 142, 158, 164, 193, 263, 268, 278, 279, 321
Tunis 291, 301, 302

Uesküb 146, 147
Ukraine 180, 186, 194, 274, 312, 315
Ungarn 43, 98, 143, 182, 203
Ural 185, 186, 192, 196
USA 19, 20, 23, 28, 34, 38, 39, 42, 45, 47, 67, 77, 86, 87, 89-92, 97, 98, 109, 120, 122, 127, 128, 132, 134, 135, 137, 142, 146, 148, 151, 154-156, 158, 159-162, 172, 175, 176, 182, 184, 189, 192, 193, 198-200, 207, 208, 216, 217, 224, 230, 232, 233, 239, 241, 242, 244-246, 248, 249, 255, 265-268, 277-280, 287, 288, 290, 293-295, 298, 300-303, 306, 307, 312, 313, 317, 324, 328, 340, 346
Vatikan 151
Venedig 209, 277
Venetien 43
Verdun 116, 301
Versailles 122
Vichy 107, 230, 300, 301

Walliser 83
Wallonen 53
Waren 226
Warschau 64, 84, 159
Washington 98, 134, 204, 246, 248, 265, 327
Welikije Luki 327
Weser-Ems 148
Westdeutschland 269, 303
Westfalen 148, 269, 270
Wien 26, 89, 99, 118, 139, 196, 223, 282, 283
Wjasma 187, 189
Wolga 185
Wolhynien 232
Woronesh 327

Zeebrügge 161
Zürich 179